Anstöße – Erträge – Spiegelungen

Ein Lesebuch
von und für Friedrich-Martin Balzer

mit Texten von Wolfgang Abendroth, Erwin Eckert, Heinrich Fink, Georg Fülberth, Eric Hobsbawm, Hans Heinz Holz, Dieter Kraft, Eckehard Lieberam, Thomas Metscher, Hanfried Müller, Herbert Münchow, Kurt Pätzold, Helmut Ridder, Renate Riemeck, Werner Röhr, Peter Römer, Walter Ruge, Hans See, Robert Steigerwald, Manfred Weißbecker und Gert Wendelborn

Herausgegeben von Manfred Weißbecker

Ein Lesebuch von und für Friedrich-Martin Balzer mit Texten von Wolfgang Abendroth, Erwin Eckert, Heinrich Fink, Georg Fülberth, Eric Hobsbawm, Hans Heinz Holz, Dieter Kraft, Ekkehard Lieberam, Thomas Metscher, Hanfried Müller, Herbert Münchow, Kurt Pätzold, Helmut Ridder, Renate Riemeck, Werner Röhr, Peter Römer, Walter Ruge, Hans See, Robert Steigerwald, Manfred Weißbecker und Gert Wendelborn

Herausgegeben von Manfred Weißbecker

© 2015, by Selbstverlag. Marburg

2. durchgesehene und korrigierte Ausgabe Marburg 2021

Inhalt*

Manfred Weißbecker: Ein Wort zuvor 5

I. Anstöße 11

Wolfgang Abendroth: Zur Mentalitätsgeschichte akademischer Mittelschichten zwischen den Weltkriegen. Korporationen in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung des Wingolfs 11

Wolfgang Abendroth: Nachruf auf Robert Neumann 27

Erwin Eckert: Kann die evangelische Kirche erneuert werden? 29

Gert Wendelborn: Zu der nicht gehaltenen Rede Erwin Eckerts auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag 1930 34

Gert Wendelborn: Die Stellung des deutschen Protestantismus zu Krieg und Frieden vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1945 43

Helmut Ridder: Nichts vergessen, aber alles gelernt 61

Hans Heinz Holz: Das Ende der Aufklärung. Kampfthesen einer reaktionären Philosophie 70

Hans Heinz Holz: Orientierung in der Vielheit der Erscheinungen. Die Einheit des Marxismus auf dem Prüfstand 75

Peter Römer: Helmut Ridder. Ein radikaler Demokrat. Porträt zum 90. Geburtstag 79

Eric Hobsbawm: Krieg der Ideen 85

Eric Hobsbawm: Es wird Blut fließen, viel Blut. Interview 90

Eric Hobsbawm: Alle verhielten sich einwandfrei 96

II: Erträge 103

Friedrich-Martin Balzer/Ekkehard Lieberam/Herbert Münchow: Die Aktualität Wolfgang Abendroths im Bundestagswahlkampf 2002 103

Friedrich-Martin Balzer: Wider die Tabus der bundesdeutschen Geschichte 123

Friedrich-Martin Balzer: Zur Verdrängung und Verfälschung der historischen Wahrheit von Faschismus und Antifaschismus 138

Friedrich-Martin Balzer: Erwin Eckert und Heinz Kappes. Zwei Pfarrer gegen Hitler 145

Friedrich-Martin Balzer: Vor 80 Jahren: Der antifaschistische Pfarrer Erwin Eckert tritt in die KPD ein und wird von der Kirche entlassen 161

Friedrich-Martin Balzer: Sicherung des Friedens. Vor 100 Jahren wurde der „Atomspion“ Klaus Fuchs geboren 166

Friedrich-Martin Balzer: Vielheit der Aspekte und die Einheit der Wahrheit. Über die Publizistik von Hans Heinz Holz (2007-2011) 169

Friedrich-Martin Balzer: Wir schlagen uns nicht in die Büsche. Grußwort zum 95. Geburtstag von Walter Ruge 175

* Das Inhaltsverzeichnis orientiert sich nach den Seitenzahlen der PDF-Datei.

Friedrich-Martin Balzer: Für eine andere Gesellschaft und gegen die falsche Geschichtsschreibung. Zum Tode von Eric Hobsbawm (1917-2012) 178

Friedrich-Martin Balzer: Der demokratische Jurist und Antifaschist Heinz Düx 181

Friedrich-Martin Balzer: Was hat der deutsche Mehrheitsprotestantismus mit Auschwitz zu tun? 195

Friedrich-Martin Balzer: Die Aktualität von Emil Fuchs in der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus. 211

Friedrich-Martin Balzer: „Dem Ganzen dienen, sich selbst treu bleiben“. Erwin Eckert. Ein Lebensbild in Briefen und Selbstzeugnissen 224

Friedrich-Martin Balzer: Löscht denn hier niemand? Ostermarsch in Marburg 237

Friedrich-Martin Balzer: Marx an die Uni. Anmerkungen zu einer gleichlautenden Buchveröffentlichung 240

Friedrich-Martin Balzer: Grußwort zum 80. Geburtstag von Klaus Fuchs-Kittowski 245

III. Spiegelungen 246

Renate Riemeck: Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten 246

Helmut Ridder: „Aufarbeitung“ 249

Hanfried Müller: Gegen den Strom 251

Georg Fülberth: Falsche Flagge 253

Dieter Kraft: Christen in der DDR. Recht zur Revolution bejaht 257

Heinrich Fink: Mut zum Widerspruch 260

Kurt Pätzold: Professor Unding. Ein offenes Stück über die Angst der westdeutschen Nachkriegsuniversitäten vorm Marxismus 260

Werner Röhr: Schröders Nachtgedanken 262

Manfred Weißbecker: „Ich habe mehrere Leben gelebt“ – Erinnerungen des Historikers Wolfgang Ruge 267

Kurt Pätzold: Unveraltete Einsichten aus dem Düsseldorfer Prozeß 271

Walter Ruge: Einer, der seinen Überzeugungen bis zuletzt treu blieb. Kurt Goldsteins Vermächtnis 272

Manfred Weißbecker: Im Dunst von Nebelkerzen. Kurt Finker über das erste westdeutsche Nachkriegsjahrzehnt 274

Thomas Metscher: Spurensuche 275

Robert Steigerwald: Mit dem Strom schwimmen nur die Leichen 277

Hans See: Ein anregendes Buch über „die Grundtorheit des 20. Jahrhunderts“ 278

Georg Fülberth: Heinz Düx. Justiz und Demokratie 283

Kurzbiographie Friedrich-Martin Balzer 284

Personenregister 285

Editorische Notiz

Am 24. November 2015 begeht der Marburger Historiker, Dokumentarist und Publizist Friedrich-Martin Balzer seinen 75. Geburtstag. Diesen Anlass nutzt der Herausgeber gern für einen Band, der an seine Veröffentlichungen „Gegen den Strom“ (1990), „Es wechseln die Zeiten“ (1998) und „Prüfet alles, das Gute behaltet“ (2010) anknüpft, sie fortführt und ergänzt. Das vorliegende Buch enthält zumeist unveröffentlichte bzw. schwer zugängliche „Erträge“ seines umfangreichen Schaffens aus den letzten 25 Jahren. Erweitert werden seine Beiträge durch einige Texte, deren Autoren ihm vielfältige „Anstöße“ zu eigenem Denken und Handeln boten, sowie durch Texte, die gleichsam als „Spiegelungen“ das Wirken des Jubilars reflektieren und würdigen.

Dank gilt allen Autoren, die hier zu Wort kommen, den Urheberrechtsinhabern Klaus Eckert, Marlene Hobsbawm, Silvia Holz-Markun Christa-Maria Ridder, Tatjana Ruge und Rosemarie Müller-Streisand sowie den Verlagen und Zeitschriften, in denen ihre Artikel erstmals erschienen.

Manfred Weißbecker

Manfred Weißbecker: Ein Wort zuvor

Würde Friedrich-Martin Balzer selbst auf die 75 Jahre seines Lebens zurückblicken und nach einem Motto suchen, er fände es gewiss in dem Ausspruch: „On s'engage, et puis on voit" – man engagiert sich und dann sieht man weiter. Seine Engagiertheit einerseits und andererseits sein Blick nach vorn auf neue Ziele und Projekte, getragen von unermüdlichem Arbeitswillen – dies alles kennzeichnet treffend den Jubilar. Stets engagierte sich der über Marburg hinaus bekannte Historiker, Dokumentarist und Publizist für die fortschrittliche Veränderung der Gesellschaft durch sozialkritisch-historisches Wissen. Angetrieben von der Sorge, daß die Befürchtung, „wo Faschismus möglich war, da wird immer alles möglich sein", sich bewahrheitet, wurden Antifaschismus und Opposition gegen menschenverachtende Kriege zu Balzers Lebensmaximen. Sie sind das Ergebnis seiner Wege vom rebellierenden Schüler am Ende der 50er Jahre zum gewählten Verbindungslehrer der Schülervertretung Mitte der 70er Jahre, vom studentischen Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen (AgF) der 60er Jahre zum Betriebsratsvorsitzenden der 70er Jahre, vom Verbindungsstudenten zu Beginn der 60er Jahre zum Teilnehmer am Internationalen Vietnamkongress im Februar 1968 in West-Berlin, vom studentischen Gegner der „Notstandsgesetze" in der ersten Hälfte der 60er Jahre zum Bibliographen der Gesamtwerke von Wolfgang Abendroth, Helmut Ridder und Hans Heinz Holz, dem Dreigestirn der Notstandsopposition, vom Wahlhelfer der Deutschen Friedensunion (DFU) 1961 zum Wahlhelfer der Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF) 1969, vom Pastorensohn zum Doktoranden über „Klassengegensätze in der Kirche", vom Mitbegründer und Sprecher der Friedensinitiative Marburger Forum zum Mitinitiator und Kandidaten der „Friedensliste" bei den Europawahlen 1983, vom Kriegskind im Westen zum Teilnehmer des vom Weltfriedensrat ausgerichteten Moskauer Kongresses aus Anlass des 40. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus, vom Studiendirektor im Privatschuldienst zum Mitglied der „Marx-Engels-Stiftung".

FMB, wie oftmals in kürzester Form zu lesen ist, oder Martin, wie ihn Freunde und Bekannte nennen, lässt sich vom Wissen um die unabweislich wahrzunehmende Verantwortung jedes Einzelnen in und für die Gesellschaft leiten. Wer handeln will, für den kann es kein Beharren bei bloßer Betrachtung der Dinge geben, der muss, um verändernd eingreifen zu können, Zusammenhänge analysieren und Ursachen erklären. Der muss Ross und Reiter benennen, die Triebkräfte des historischen Prozesses erforschen sowie zu den ökonomischen, politischen, sozialen und geistig-kulturellen Wurzeln bestehender Verhältnisse vorstoßen.

Friedrich-Martin Balzer versteht sich als *homo politicus*. Und er meint das parteilich, wenn auch auf keinen Fall in dem Sinne: parteiisch zu sein oder sich an oftmals unergründlich-taktierende Parteipolitik gebunden zu fühlen. Der Historiker darf kein schlichter Registrator von Gewesenem sein. Ihm obliegt es, die innere Logik von Geschichte und ihrer Bedeutung für die Gestaltung von Zukunft zu erschließen.

Allerdings wird oft genug – auch von sehr einflussreichen Historikern – die Vergangenheit strapaziert, um bestehende Missstände zu rechtfertigen, um Gegenwärtiges zu verhüllen und als alternativlos erscheinen zu lassen. Von Michael Stürmer, dem konservativen Historiker, der als Leitartikler der „*Frankfurter Allgemeinen Zeitung*" auftrat und Berater Helmut Kohls gewesen ist, stammt der Deutungshoheit beanspruchende Satz, daß derjenige die „Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet".[1]

Balzer hält es mit Helmut Ridder, dem er viele Anstöße zu eigenem wissenschaftlichem Denken und politischem Handeln verdankt. Nach Ridder erkennen wir erst durch die Vergegenwärtigung der Geschichte eine die „Zukunft *ermöglichende* Vergangenheit". Generell betrachtet

---

[1] M. Stürmer: Geschichte in geschichtslosem Land. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25.04.1986.

Ridder Wissenschaft als Synonym für Zukunft. Zukunft, gemeint ist eine bessere, könne nur hervorgehen aus „geschichtsbewusster Gegenwart, d. h. aus einer Gegenwart, die die Vergangenheit nicht verfälscht“. Gerade weil aber Wissenschaft überwiegend als Instrument genutzt wird, um die jeweils gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse besser steuern und sichern zu können, sei „die Utopie von Politik als Praxis der Wissenschaft vom gesellschaftlich Notwendigen unverzichtbar“.[2] Ein hoher Anspruch, dem Wissenschaft im Interesse einer menschlicheren Politik gerecht werden sollte, besonders durch das Erschließen politischer Fehler in der Geschichte. Sonst würde alles Geschichtliche zu einem „Steinbruch, der nur für die jeweiligen Zielsetzungen der erinnerungsfüllenden, begriffsprägenden und vergangenheitsdeutenden Politik geeignete Brocken hergeben darf und muss. Alles andere bleibt verdrängt, obwohl es gegenwärtige Vergangenheit ist; Geschichtsverlust ist auch Verlust gegenwärtiger Realität.“[3]

Als Sohn eines Pfarrers der Bekennenden Kirche (BK) lernte Martin Balzer früh, gegen den Strom zu schwimmen. Sinnvoll nutzte er im sozialdemokratisch regierten Hessen sich bietende Gelegenheiten und Möglichkeiten. Als Schüler erlebte er einerseits Lehrer, die – den Nachkriegsverhältnissen angepasst – tätig waren, ohne die eigene politisch verfehlte Vergangenheit in den zwölf Jahren hitlerfaschistischer Diktatur aufgearbeitet zu haben, andererseits – und deshalb umso nachhaltiger – wirkte auf ihn Robert Neumanns eindrucksvoller Vortrag im Norddeutschen Rundfunk, betitelt „Ausflüchte unseres Gewissens“. Schließlich, es war der 5. Juli 1961, geriet die persönliche Begegnung mit Neumann, damals Vizepräsident des internationalen PEN-Clubs, zu einem Schlüsselerlebnis. Balzer, der sich gern daran erinnert, beschrieb mehrfach ausführlich, wie er als Erstchargierter einer farbentragenden, nichtschlagenden Verbindung half, eine Veranstaltung mit Neumann im Audimax der Marburger Universität zu organisieren und wie schwer es war, einen geeigneten Diskussionsleiter für die Veranstaltung zum Thema „Was geht uns Eichmann an?“ zu finden. Keiner wollte sich – außer einem „Alten Herrn“ des Wingolfs – in der Öffentlichkeit äußern, als in Jerusalem der Prozess gegen den Organisator des massenhaften Judenmordes Adolf Eichmann begonnen hatte.

Nach dieser Veranstaltung, deren Folgen Balzer als „einschneidend“ für sein Leben wertet, beeindruckten ihn gleichermaßen Neumanns weitergehende politische Aktivitäten. Diese verfolgten das Ziel einer Annäherung beider deutscher Staaten, einer Überwindung ihres strikten Gegeneinanders in den Hoch-Zeiten des Kalten Krieges. In der DDR spielte Neumann Studenten und Professoren der Humboldt-Universität 1962 das Tonband der Marburger Veranstaltung vor und stellte sich einer anschließenden Debatte. Deren Mitschnitt wurde anschließend im Oberseminar von Wolfgang Abendroth diskutiert. 1964 fand eine erneute Veranstaltung im Audimax unter dem Titel „Soll die Universität Marburg mit der Humboldt-Universität reden?“ statt, bevor im gleichen Jahr alle Gespräche im Westdeutschen Rundfunk höchst kontrovers debattiert wurden. Das Thema des deutsch-deutschen Dialogs führte Balzer nach dem Untergang der DDR zur Herausgabe eines seiner zahlreichen Bücher. Zusammen mit Reinhard Hübsch publizierte er die auf Tonband festgehaltenen Gespräche, die unmittelbar vor und nach dem 13. August 1961 geführt wurden – betitelt: „Operation Mauerdurchlöcherung“.[4]

---

2 Vorbemerkung der Redaktion von *Demokratie und Recht*. In: *Demokratie und Recht*, 12. Jg., 4/1984, S. 364.

3 H. Ridder: Die „deutsche Frage“ gestern und heute. In: Ehrenpromotion Helmut Ridder. Ausgewählte Vorträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena 1988, S. 12-27, hier: S. 14.

4 R. Hübsch/F.-M. Balzer (Hrsg.): „Operation Mauerdurchlöcherung“. Robert Neumann und der deutsch-deutsche Dialog, Bonn 1994. Siehe auch R. Hübsch: „Dieckmann raus – Hängt ihn auf!“. Der Besuch des DDR-Volkskammerpräsidenten Johannes Dieckmann am 13. Januar 1961 in Marburg, Bonn 1995. Balzer hatte diese Veranstaltung hautnah als Teilnehmer der Diskussionsveranstaltung drinnen erlebt und wurde – auch durch das Verhalten fast der gesamten ehrenwerten Gesellschaft der Universitätsstadt Marburg draußen – nachhaltig geprägt.

In der Veranstaltung vom 5. Juli 1961 trat neben Robert Neumann zugleich ein anderer Antifaschist in Balzers Blickfeld: Wolfgang Abendroth. Dieser sollte für ihn in besonders hohem Maße wegweisend, formend und prägend werden. Sein späterer akademischer Lehrer hatte sich, wie auch Abendroths Frau Lisa, an der Debatte beteiligt. Dessen kritische Aussagen über die deutschen Eliten, die dem faschistischen Mordregime aktiv Unterstützung gewährt hatten, weckten Aufmerksamkeit und Nachdenklichkeit. Abendroth hatte gefragt, was man tun müsse, um verhüten zu können, daß Männer aus den Reihen der Wehrmachtsführung, der Staatsbürokratie und des Justizwesens, „die bewusst mitgewirkt oder auf realen Widerstand verzichtet haben, wieder an führenden Stellen tätig sein dürfen".[5] Balzer fühlte sich bald darauf veranlasst, in seinem „eigenen Hause", in seiner Korporation kritisch deren Rolle in der Vergangenheit aufzuarbeiten. Er stellte dem marxistischen, in Marburg vielfach angefeindeten und aus der SPD ausgeschlossenen Gelehrten Materialien zur Geschichte des Wingolfs, gefunden auf dem Dachboden des Verbindungshauses, zur Verfügung und lud ihn zu einem Vortrag über das Korporationswesen der Weimarer Republik im Übergang zum Faschismus ein. Dieser Vortrag – mit dem in diesem Band der Teil „Anstöße" eröffnet wird – könnte in seinen Folgen durchaus als grundlegend und lebensverändernd bezeichnet werden: Balzer wechselte vom Studienfach Germanistik hin zu dem der Wissenschaftlichen Politik. Er trat aus der Korporation aus und wurde Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS).

In Abendroths Vorlesung, gewidmet dem „Widerstand im ‚Dritten' Reich", hörte der junge Student erstmals den Namen des Pfarrers Erwin Eckert, Vorsitzender des Bundes der religiösen Sozialisten in der Weimarer Republik, der 1931 unmittelbar nach seinem Ausschluss aus der SPD der KPD beigetreten war. Von dessen politischer Widerständigkeit angeregt, begann Martin Balzers eigenes wissenschaftliches Arbeiten. Er fand das Thema, das sein weiteres Leben bestimmen sollte. Es war ein Thema, mit dem er sich auch in den 30 Jahren Unterrichtstätigkeit als Lehrer an einer Privatschule für die Fächer Englisch, Gemeinschaftskunde, Geschichte und Rechtskunde (1968 bis 1997) und insbesondere danach außerordentlich intensiv befasste: das Versagen und die Schuld des deutschen Protestantismus vor und während des Faschismus. Zahlreiche Publikationen bezeugen dies, vor allem die gründlich erforschte und spannend erzählte Biographie des Pfarrers und Kommunisten Eckert. Es ist aber nicht nur die Biographie eines außergewöhnlichen Mannes und Lebens, es ist auch ein Beitrag zur kritischen Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.[6]

Sechs Jahre lang – von 1966 bis 1972 – bot sich Balzer die Gelegenheit, mit Erwin Eckert engen Kontakt zu halten, dessen Persönlichkeit kennenzulernen sowie tiefe Einblicke in sein Denken und Handeln zu gewinnen. Die Begegnungen mit ihm veranlassten Balzer nicht nur zum genauen „Nachzeichnen" dieses ungewöhnlichen Lebensweges, sondern auch zu intensiver Suche nach den Ursachen und der „Bedeutung" eines solchen Lebens und einer solchen Lebenshaltung. Für einen marxistischen Sozialwissenschaftler ein ungewöhnliches Forschungsfeld, aber gerade deshalb ein lebenslanger Ansporn, der bis heute fortwirkt und herausfordert. Gewisse Fehleinschätzungen bezüglich der Aporie des kommunistischen Christen Eckert, welche die 1972 neben dem Schuldienst entstandene Dissertationsschrift „Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der religiösen Sozialisten" enthielt, konnten im Laufe der Jahrzehnte korrigiert werden. Wenn heute die Geschichte des deutschen Protestantismus im 20. Jahrhundert untersucht wird, führt an Balzers Arbeiten kein Weg vorbei. Der dazu „Ange-

---

5 „Operation Mauerdurchlöcherung", a. a. O., S. 37.

6 Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands, Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth, [3]1993 [[4]2021]; Gemeinsam mit Karl Ulrich Schnell: Der Fall Erwin Eckert. Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik, [2]1993; Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Erwin Eckert in Quellen und Dokumenten, Bonn 2011.

stoßene“ reifte im Laufe der Zeit zu einem Wissenschaftler heran, der anderen neue Anregungen und Anstöße zu geben vermag.[7]

Nach Martin Bubers Wort „Alles wirkliche Leben ist Begegnung“ führte Balzers eingreifende Forschungstätigkeit zu immer neuen Bekanntschaften und Freundschaften, zu an- und aufregenden Gesprächen und gemeinsam verfolgten Projekten. Einer Kette gleich führten die Begegnungen von Robert Neumann zu Wolfgang Abendroth, über diesen zu Erwin Eckert und – nach den ersten Publikationen und Rezensionen – zu Hans Heinz Holz, Gert Wendelborn, Wolfgang Ruge und Helmut Ridder, die, so Balzer, zusammen mit Wolf-Dieter Gudopp, Georg Fülberth, Kurt Pätzold und dem Verfasser des Vorworts zu engsten Weggefährten wurden.

Jede Publikation, jede Begegnung, jedes Thema ließ neue Kontakte entstehen, andere ausweiten und vertiefen. Insbesondere der Besuch bei Eric Hobsbawm, entstanden nach dem Erscheinen des Buches „Blick in den Abgrund“, löste neue Nachdenklichkeit und Horizonterweiterung aus. Balzer und seiner Frau Brigitte Kustosch verdanken wir die erste Bibliographie der Veröffentlichungen Eric Hobsbawms in deutscher Sprache[8], davon einige von Balzer übersetzt. Hobsbawms letztes Interview in deutscher Sprache[9] bleibt als düstere Prognose auf die Zukunft in nachhaltiger Erinnerung.

Balzer lernte zudem Kurt Goldstein und Walter Ruge kennen, im Zusammenhang mit der Edition des Urteils im Frankfurter Auschwitzprozess auch Heinz Düx. Zu dem einem Mosaik vergleichbaren Geflecht vielfältiger Beziehungen zählen auch Karl Kleinschmidt, Heinz Kappes, Ludwig Simon, Hanfried Müller, Rosemarie Müller-Streisand, Hans Prolingheuer, Hans Lutter, Ekkehard Lieberam, Herbert Münchow, Martin Rumscheidt, Hans Lebrecht, Klaus Fuchs-Kittowski, Herbert Mies, Pierre Kaldor, Peter Römer, Emil Carlebach, Peter Gingold, Robert Steigerwald, Kurt Finker, Hermann Kant, Dieter Lattmann, Günter Gaus, Richard Albrecht und Hans See. Regen Gedankenaustausch gab es in Marburg mit Reinhard Kühnl, Frank Deppe, Gert Meyer, Helge Speith, Peter Braun und Matin Baraki. Die Arbeit Balzers in der Friedensbewegung[10] ermöglichten seit den 80er Jahren weitere Begegnungen, u. a. mit Ellen Weber, Leonhard Froese, Lorenz Knorr, Marie Veit, Horst Stuckmann, Rainer Rupp, Martha Buschmann, Norman Paech, Manfred Sohn, Gisela Kessler und vielen anderen. Jeder darf, so Balzer, seines nachdrücklichen Dankes für Rat, Kritik, Förderung und gemeinsames Arbeiten gewiss sein.

Unter den Themen seiner gewichtigsten Publikationen und Editionen[11] ragen besonders jene Arbeiten heraus, in denen Martin Balzer sich als Verfasser oder Herausgeber u. a. mit einigen Prozessen vor bundesdeutschen Gerichten befasste[12] oder die dem antifaschistischen Wider-

---

7 Siehe dazu u. a. den Beitrag von Gert Wendelborn „Die Stellung des deutschen Protestantismus zu Krieg und Frieden“ in diesem Band.

8 Gemeinsam mit B. Kustosch: 100 Veröffentlichungen von Eric Hobsbawm in deutscher Sprache bzw. deutscher Übersetzung. In: Eric Hobsbawm, Zwischenwelten und Übergangszeiten. Interventionen und Wortmeldungen. Herausgeben von Friedrich-Martin Balzer und Georg Fülberth, Köln 2. durchgesehene Auflage 2010, S. 230-237.

9 Eric Hobsbawm: Es wird Blut fließen, viel Blut. In: *stern* 20/2009, vom 7. Mai 2009, S. 138-144 in diesem Band.

10 Nach den Worten des DGB-Vorsitzenden von Marburg-Biedenkopf war Balzer für viele Jahre „das Gesicht der Marburger Friedensbewegung“. Siehe: *Oberhessische Presse* vom 22.04.2014.

11 Ein Verzeichnis aller Publikationen sowie deren Rezensionen kann auf Balzers Homepage eingesehen werden.

12 Gemeinsam mit W. Renz: Das Urteil im Frankfurter Auschwitz-Prozess, Bonn 2004, 623 Seiten; Der Frankfurter Auschwitz-Prozess 1963-1966, CD-ROM, Bonn 2004. Justizunrecht im Kalten Krieg. Die Kriminalisierung der westdeutschen Friedensbewegung im Düsseldorfer Prozess. Mit einer Einleitung von Heinrich Hannover. Beiträge von Walther Ammann, Friedrich-Martin Balzer, Walter Diehl, Heinrich Hannover, Rudolf Hirsch, Friedrich Karl Kaul und Denis Nowell Pritt. Hrsg. von F.-M. Balzer, Köln 2006.

standskampf und dem geschichtspolitischen Umgang mit ihm galten.[13] Zumeist jedoch sicherte er Spuren im Leben und Werk solcher Persönlichkeiten, die trotz ihrer vorbildlichen Haltung längst in Vergessenheit geraten wären, die verkannt oder gar verachtet waren. Umfang- und aufschlussreiche Arbeiten Balzers entstanden zu Emil Fuchs, Heinz Kappes[14], Wolfgang Abendroth[15], Helmut Ridder[16], Wolfgang Ruge[17], Hans Heinz Holz[18], Kurt Goldstein[19], Gert Wendelborn[20], Klaus Fuchs[21] und Heinz Düx[22]. Martin Balzer erhellte und würdigte mit diesen Publikationen Biographien und Leistungen von Juristen, Philosophen, Hochschullehrern, Politikern, Historikern und Theologen, die, wie er selbst, auf jeweils eigene Weise „Abschied vom Bürgertum" genommen haben. Getreu der chinesischen Weisheit, wenn die Wahrheit gesucht werde, müsse man sich an die Tatsachen halten, schlug Balzer mit Darstellungen und Dokumentationen wichtige Schneisen der Aufklärung ins Dickicht der jüngeren deutschen Geschichte und bewies, daß man den hohen Maßstäben durchaus gerecht werden kann, die die geschichtsphilosophisch geforderte Einheit von Objektivität und sinnvoll-nützlicher Parteilichkeit setzen.

Der vorliegende Band knüpft unmittelbar an jene Bücher an, die Balzer seit 1990 herausgegeben hat.[23] Er enthält vor allem bislang unveröffentlichte bzw. an anderen, aber in der Regel schwer zugänglichen Stellen veröffentlichte „Erträge", die in Balzers wissenschaftlicher und politisch-publizistischer Werkstatt während der letzten 25 Jahre entstanden. Zugleich – und

---

13 K. Finker: Der Dämon kam über uns. Faschismus und Antifaschismus im Geschichtsbild und in der Geschichtsschreibung Westdeutschlands (1945-1955). Hrsg. von F.-M. Balzer und mit einem Geleitwort von O. Köhler, Bonn 2008.

14 Gemeinsam mit G. Wendelborn: „Wir sind keine stummen Hunde". Heinz Kappes (1893-1988). Christ und Sozialist in der Weimarer Republik. Bonn 1994.

15 Gemeinsam mit H. M. Bock und U. Schöler (Hrsg.): Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker. Bio-Bibliographische Beiträge, Opladen 2001; Wolfgang Abendroth für Einsteiger und Fortgeschrittene, CD-ROM, 2. durchgesehene und erweiterte Auflage 2006.

16 Helmut Ridder: Das Gesamtwerk. Werkausgabe in 6 Bänden. Gesamtbibliographie und 500 gesammelte Schriften von Helmut Ridder im Volltext, 4. Auflage Bonn 2019.

17 Wolfgang Ruge für Einsteiger und Fortgeschrittene, CD-ROM Bonn 2003, [2]2011; Wolfgang Ruge. Beharren, kapitulieren oder umdenken. Gesammelte Schriften 1989-1999, Berlin 2007.

18 Gemeinsam mit H. Speith: Deutsche Misere. Die Auseinandersetzungen um den marxistischen Philosophen Hans Heinz Holz (1970-1974). Privatdruck Marburg 2002; Hans Heinz Holz für Einsteiger und Fortgeschrittene. Gesamtbibliographie mit 2400 Veröffentlichungen, 500 publizistische Beiträge im Volltext zu den Bereichen Kunst und Kultur, Theater und Literatur, Philosophie und Geschichte, Politik und Zeitgeschehen, CD-ROM, Bonn 2007.

19 Vorwärts und nicht vergessen. Kurt Julius Goldstein. Ein Porträt. Dokumentarfilm von Ingrid Strobl. Video-Produktion von F.-M Balzer, 1994. Kurt Goldstein: Wir sind die letzten. Fragt uns. Hrsg. von F.-M. Balzer, 2. erheblich erweiterte Auflage Bonn 2005.

20 Gert Wendelborn für Einsteiger und Fortgeschrittene, CD-ROM, Bonn 2005; Gert Wendelborn. Christentum und Sozialismus. Als Theologieprofessor in der DDR. Hrsg. von F.-M. Balzer, Bonn 2010.

21 Prison is not a bad place for observing human nature. Aus den Gefängnisbriefen zwischen Emil Fuchs und Klaus Fuchs. 1950-1959. In: Dieter Kraft (Hrsg.): Aus Kirche und Welt. Festschrift für Hanfried Müller zum 80. Geburtstag. 2005, S. 312-326.

22 Heinz Düx: Die Beschützer der willigen Vollstrecker. Persönliche Innenansichten der bundesdeutschen Justiz, Bonn 2004; Heinz Düx: Justiz und Demokratie. Anspruch und Realität in Westdeutschland nach 1945. Gesammelte Schriften 1948-2013, Bonn 2013; Heinz Düx: Das Gesamtwerk. CD-ROM, Bonn 2013.

23 Miszellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus. „Gegen den Strom" mit einem Nachwort von Gert Wendelborn, Marburg 1990; „Es wechseln die Zeiten...", Reden, Aufsätze, Vorträge, Briefe eines 68ers aus vier Jahrzehnten (1958-1998), mit einem Geleitwort von Manfred Weißbecker, Bonn 1998; „Prüfet alles, das Gute behaltet". Auf Spurensuche u. a. nach Wolfgang Abendroth, Erwin Eckert, Emil Fuchs, Kurt Julius Goldstein, Hans Heinz Holz, Eric Hobsbawm, Robert Neumann, Helmut Ridder und Wolfgang Ruge. Mit einem Geleitwort von Hans Heinz Holz „Kleine Eloge auf einen Freund" und einem Essay von Manfred Gailus „Iserlohner Pfarrersohn, Marburger 68er und protestierender Post-Protestant. Friedrich-Martin Balzer zum 70. Geburtstag" Bonn 2010.

darin besteht sein besonderer Charakter – widerspiegelt er als Danksagung „Anstöße“, die Erfahrungen und Erkenntnisse bei Balzer auslösten, die im letzten halben Jahrhundert einen Lernprozess von Dissoziation und Assoziation bewirkten. Kurz: Wer sich in „wechselnden Zeiten“ bewähren will, muss, alles prüfend und nur das Gute behaltend, „gegen den Strom“ schwimmen und sich dankbar derer erinnern, die ihn angestoßen und begleitet haben.

Das Buch würdigt viele kämpferische Antifaschisten, Friedensfreunde, Wissenschaftler der Generation seiner Lehrer. Es frischt bei Freunden und Mitstreitern seiner eigenen Generation manche verblassende Erinnerung auf und bietet Anlass zu aktualisierten Diskussionen über Fragen, die längst als beantwortet gelten. Besonders jüngeren Menschen kann dieses Buch helfen, den durch die Expansion des fusionierenden und zugleich konkurrierenden Weltimperialismus völlig außer Kontrolle geratenen globalen Problemen zu trotzen und für eine friedlichere, antifaschistische Zukunft zu kämpfen.

Manfred Weißbecker

I. Anstöße

Wolfgang Abendroth: Zur Mentalitätsgeschichte akademischer Mittelschichten zwischen den Weltkriegen. Korporationen in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung des Wingolfs[1]

Wenn wir die Situation des Korporationsstudententums in der Weimarer Republik analysieren wollen, nicht nur die Situation der Waffenstudenten, sondern auch Ihre, dann müssen wir davon ausgehen, daß das Korporationsstudententum dieser Periode in bestimmten sozialen Bindungen gestanden hat, ganz ohne Zweifel, und in bestimmten politisch-ideologischen Bindungen, die ganz einfach durch die damaligen sozialen Positionen der Herkunftsschichten dieses Korporationsstudententums bestimmt gewesen sind.

Gerade diese Überlegung hilft uns übrigens, von billiger und im Grunde gleichgültiger, sozusagen moralisch-ethischer Bewertung der Fakten zur realen politisch-soziologischen Bewertung der Fakten zu kommen. Sie schließt keineswegs moralische und ethische Komponenten aus, sondern durchaus ein, weiß aber dabei durchaus, daß die damals, wie ich Ihnen zeigen werde, durchaus verfehlte Verantwortung der damaligen Korporationsstudenten und auch die Ihres Verbandes durch Komponenten politisch-soziologischer Art mitbestimmt war, die zu durchbrechen wahrscheinlich eine übermenschliche Aufgabe bedeutet hätte.

Als die Weimarer Republik und damit die erste längere Zeit funktionierende Demokratie in Deutschland entstand, da entstand sie aus dem Ringen einer bestimmten, sehr genau definierbaren sozialen Klasse, der Arbeiterklasse, *gegen* die Identifikation von monarchisch obrigkeitsstaatlicher Gestaltung des politischen Lebens und sozialer Verbundenheit nicht nur der obersten Oberschichten, sondern sehr breiter Oberschichten der damaligen Zeit mit diesem politischen System. Diese Identifikation hatte die erstaunlichsten politischen Konsequenzen, wenn man sich sozusagen als Beobachter aus fernen Zeiten die Dinge ansieht, gehabt hatte und vielleicht auch haben mußte.

Ein Verband wie der Ihre war ja keineswegs allein dadurch bestimmt, daß er sich als Korporation, als studentische Korporation wusste, sondern war ebenso bestimmt durch die, wie sich zeigen wird, zu einer bloßen Mentalitätsform abgesunkene protestantisch-christliche Bindung des Verbandes. Dabei dürfen Sie nicht vergessen, daß bereits vor dem 1. Weltkrieg, dann aber betont durch die emotionale Erfassung breitester Schichten des deutschen Volkes zugunsten einer solchen Konzeption im 1. Weltkrieg, das deutsche nationalstaatliche Bewusstsein, wie es nur durch die Ober- und Mittelklassen, nicht durch die dagegen opponierende Arbeiterklasse, wenigstens nicht durch ihren politischen Kern, getragen war, sich dahin gewandelt hatte. Wir können schichtenspezifisch verfolgen, wie seit dem Ende der 70er Jahre [des 19. Jh.] das frühere nationalstaatliche Bewusstsein umgeschlagen war in ein nationales Sendungsbewusstsein. Es verschmolz sich sehr bald mit sehr handfesten und realen ökonomischen Interessen

---

[1] Der Vortrag fand am 13. Dezember 1961 nach der Fakultätssitzung, auf der Abendroth die Habilitation von Jürgen Habermas durchgesetzt hatte, mit einiger Verspätung statt. Jürgen Habermas schrieb in seinem Brief an FMB vom 26. November 1996, daß er „Wolfgang Abendroth zeitlebens für den ganz unkonventionellen Entschluss“ dankbar sei, ihn „als einen Außenseiter gegen eine widerstrebende Fakultät durchzusetzen“. Habermas erinnert sich „an die letzte Situation, in der ich das noch einmal bekräftigen konnte: Während einer Anhörung des Bundestagsausschusses, der in Sachen DDR-Vergangenheit eingesetzt worden war, sollte ich nämlich durch eine denunziatorisch gemeinte Erinnerung an meine Abendroth-Herkunft diskreditiert werden.“ In seinem Grußwort zur Konferenz „Arbeiterbewegung – Wissenschaft – Demokratie“ anlässlich des 100. Geburtstages von Wolfgang Abendroth sagte Habermas: „Auch wenn er (Abendroth) nur Vorträge zur Mentalitätsgeschichte akademischer Mittelschichten zwischen den beiden Weltkriegen gehalten hätte – wie er es damals, 1961, am Beispiel der Korporationen der Weimarer Republik, vor dem Clausthaler Wingolf getan hat – auch dann wäre Abendroth ein Glücksfall gewesen.“ Jürgen Habermas: In: *literaturkritik.de*, Nr. 5, Mai 2006.

einer sehr engen Oberschicht, eines sehr engen Teils der Oberschicht, nämlich in Wirklichkeit der Spitzenschichten, nicht des liberalen, sondern des organisierten Kapitalismus, zur Weltmachtpolitik imperialistischer Art. Diese Weltmachtpolitik überformte sich sozusagen ideologisch in einer aggressiv nationalistischen Gesinnung, die mit dem Begriff des Nationalismus und des nationalstaatlichen Denkens, wie es einst im Zeitalter der bürgerlichen Revolution entstanden war und seine Bedeutung, auch seine progressive Bedeutung, hatte, im Grunde nichts mehr gemein hatte außer der Identifikation mit bloßen Phrasen.

Wie stark dieser Drall in Richtung des aggressiven Imperialismus und der Anbetung der obrigkeitsstaatlichen monarchischen Struktur des Staates geworden war, haben wir jetzt in einer neueren historischen Arbeit, weit über die ausgezeichneten Untersuchungen Hallgartens in seinem Buch über den deutschen Imperialismus vor 1914 hinaus, einen klassischen Beleg, nämlich in dem Buch des Hamburger Historikers Fritz Fischer. Der „Griff nach der Weltmacht“ belegt die Kriegszielpolitik Deutschlands in der allerersten Phase seines ersten großen imperialistischen Raubkrieges, den Umschlag in den Krieg von 1914.

Wohlgemerkt, diese Identifikation war im Zeitalter der Transformation des Bewusstseins der früher demokratisch-national denkenden Bildungsschichten Deutschlands in dies neue imperialistisch aggressiv obrigkeitsstaatliche Bewusstsein leicht erklärlich. Denn es ist nun einmal so, daß wenn eine Sozialschicht, ich möchte hier Bert Brecht strapazieren, sich sozusagen im Wohlstand weiß, daß dann diese Sozialschicht allzu leicht alle kritischen Bewusstseinsformen abstreift und ihre schlechte, nämlich nun im schlechten Sinn ideologische Identifikation mit der realen Machtlage vollzieht.

Das ist kein Vorwurf, sondern eben eine durch die Sozialwissenschaften immer wieder erwiesene Tendenz in der geschichtlichen Entwicklung nicht nur Deutschlands, sondern jeder Nation. Und deshalb beschmutzen wir auch unser Nest nicht, wenn wir am Beispiel unserer eigenen Geschichte derartige Verirrungen analysieren. Wir beschmutzen es a) nicht als Nation, dieweil wir, wenn wir genau hinsehen, genau die gleichen Züge mit anderen Resultaten, weil es nämlich besser ging oder gut ging und friedlichere Transformationen stattgefunden haben, in jeder anderen großen industrialisierten Nation zu beschreiben vermögen, wir beschmutzen es aber auch b) hinsichtlich sozusagen der Sozialschicht nicht, in der sich so etwas vollzieht.

Ich glaube, der einzige moralische Vorwurf, den wir hier erheben dürfen und erheben müssen, richtet sich höchstens gegen einige, sozusagen Spitzenfiguren der intellektuellen Welt, der man um ihres Anspruchs auf intellektuelle Objektivität willen eben mehr und anderes abverlangen müsste. Der Vorwurf, den ich Ihnen gegenüber hinsichtlich Ihrer eigenen Geschichte zu belegen habe, ist im Grunde gar nicht ein Vorwurf an all die Studenten, die in solche Verirrungen hineingetorkelt sind. Es ist viel stärker ein Vorwurf, wenn man es überhaupt moralisch und ethisch analysieren will, was man ja auch muss, an diejenigen, die sozusagen jene Mentalitäten ideologisch verbrämt und überbaut haben, denen diese studentischen Schichten zum Opfer gefallen sind: Ein Vorwurf also viel stärker an die Herren Professoren als an die Herren Studenten von damals.

Aber zurück zum Problem. Wir haben gesehen, daß diese Identifikation mit den imperialistischen, ins Imperialistische transformierten ehemals nationalstaatlichen Zügen sich in der ganzen deutschen, sozusagen beamtete Stellungen erstrebenden Mittelschicht noch vor dem 1. Weltkrieg vollzogen hatte, soweit vollzogen hatte. Die Züge kritischen Denkens solchen Positionen gegenüber waren natürlich in den herrschenden Klassen vollständig untergegangen. Sie waren auch in deren sozusagen intelligentesten und zweifellos wissenschaftlich bedeutungsvollsten Ideologen, ich nenne einen Mann wie Max Weber in der Soziologie, aber auch eben in den Unterschichten versunken waren. Demokratisch-kritisches Denken und dem Imperialismus und der Raubkriegsideologie gegenüber ablehnendes kritisches Denken war längst vor 1914

zum Monopol der Sozialdemokratie als der politischen Repräsentation der Arbeiterklasse geworden, der gleichen Sozialdemokratie, die in dieser Mentalität der Gesamtgesellschaft sozusagen von allen anderen Schichten der Gesellschaft als der Abschaum der Menschheit empfunden wurde. Nicht anders als etwa heute antikommunistische Akzente dort, wo sie wachgerufen werden, den Mann außerhalb der diskutablen Gesellschaft stellen.

Sie wissen, wenn Sie etwa, jetzt wieder im theologischen Bereich, an den Kampf um jenen Blumhardt denken, den Vater wie den Sohn, die aus kritisch-theologischen Positionen heraus den Weg zu der kritischen Partei und zu der Kritik dieser Mentalität überhaupt gefunden haben, wie etwa die Kirche auf solche Züge reagiert. Ich meine jetzt Ihre Kirche, die protestantische Kirche, nicht die katholische, die nicht im Mindesten anders reagierte, aber das wäre ein Problem einer Spezialuntersuchung, die ich nicht hier anzuschneiden nötig habe. Hier hatte sich in Wirklichkeit eine Mentalität, und das betraf Ihre Verbindung als eine durch die Kirche mitbestimmte, durch kirchliches Denken mitbestimmte Verbindung, entwickelt.

Im Übrigen war hier die Mentalität aller theologisch diskutierenden Gruppen wesentlich ähnlich. Das hatte sich in dieser Weise durchspielen können, weil diese protestantische Kirche und die zahlreichen Theologen etwa, die dem Wingolf angehörten, in den kirchlichen Dienst treten wollten oder Elternhäusern entstammten, die dem kirchlichen Dienst entsprangen. Die Kirche war Staatskirche und wusste sich bei der immer noch geltenden prinzipiellen Wendung zum Summepiskopat des Landesfürsten geradezu als Exekutor und identischer Faktor dieser politischen Ordnung.

So war es nicht erstaunlich, daß die Angehörigen der studentischen Korporationen Ihrer Art in dieser Zeit – der Wingolf stellte dabei im Grunde kein Spezialproblem dar – in diese Rolle der Bindung an diese Mentalität, dieser merkwürdig gemischten Mentalität aus christlichen Phrasen abgesunken, und zur Bejahung imperialen Machtstaatsdenkens hineingelangt waren. Kritisches christliches Denken war hier zur bloßen, die schlechte Realität segnenden Phrase abgesunken.

So war es nicht zu verwundern, daß die Studentengeneration zu jener Massenhysterie des Jahres 1914, die in Langemark gipfelte, bereit wurde. Wenn wir das feststellen, so ist damit der Heroismus des einzelnen Studenten, der Anerkennung verdient, der hineingelangt war in dieses Denken, in seinem Einsatz für solche entfremdeten Ziele, gar nicht bezweifelt. Im Gegenteil. Und sicherlich mag, neben dem Denken der Jugendbewegung, das nebenbei bemerkt in seinem unkritischen Charakter in ähnlichen Entfremdungen endete, zu dieser Einsatzbereitschaft, einem an sich positiven Faktor also, mag sicherlich auch das Denken nicht nur Ihrer Korporation, sondern das korporative Denken der Studenten überhaupt seinen Teil beigetragen haben.

Und nun müssen wir wieder wissen, daß eben in diesem ersten Wettrennen zweier Machtgruppen von imperialistischen Staaten um die Neuverteilung der Welt – und das war der wirkliche Inhalt dieses 1. Weltkrieges –, in diesem Ringen nun deutlich die Gruppe der Mittelmächte unterlag und geschlagen wurde. Es stellte sich dann sehr rasch heraus, daß die geradezu wahnwitzigen Ziele, die sich die gesamten Oberschichten in der ersten Phase des 1. Weltkrieges gestellt hatten, in nichts, noch nicht einmal in den Methoden der Menschenbehandlung, auf die man abstellte, sich von den späteren Abenteuern Hitlers unterschieden haben, daß diese Ziele sich als Hybris enthüllten. Fritz Fischer hat ihre außenpolitischen Ambitionen im Einzelnen nachgewiesen.

Das wurde Teilen dieser Oberschichten und der Ideologen bereits während des 1. Weltkrieges klar. Und daraus erklärt sich nun der Weggang einer ganzen Reihe von geistigen Köpfen, die diese Hybris zunächst mitgetragen hatten, nachdem sie die Bedeutung der Marne Schlacht begriffen hatten. Daraus erklärt sich jenes Schisma, wenn Sie so wollen, in den deutschen Oberschichten, das sich dann nach der Friedensresolution des Reichstags und im Ringen um diese

Friedensresolution im Jahre 1917, nach der 1. Russischen Revolution, was ich nicht zu vergessen bitte, im Ringen zwischen der Vaterlandspartei und dem Bund Neues Vaterland demonstrierte.

Dabei rutschte auch ein Teil liberal denkender, jetzt meine ich gar nicht kirchlich liberal denkender, sondern eben politisch liberal denkender Theologen führender Art nun in das Lager derjenigen, die begriffen hatten, was war, während die *Vaterlandspartei* mit ihrem annexionistischen Wahnsinn und die oberste Heeresleitung und die Regierung das nicht zu begreifen vermochten, sondern an ihrem imperialistischen, annexionistischen Wahnsinn festhalten wollten.

Aber dies bloße Begreifen, was war, also der realpolitischen Unmöglichkeit radikaler annexionistischer Lösungen zugunsten Deutschlands, erwies sich zunächst noch gar nicht als eine Reinigung von früherem Denken, sondern als eine realpolitische Einsicht und nicht mehr: Bei Max Weber, bei Friedrich Naumann, teilweise auch bei manchen Männern, die dann später darüber hinwegkommen konnten. Nennen wir Ernst Troeltsch und viele andere aus diesem Zirkel.

Für die Studenten, die an die Fronten geeilt waren, und dazu gehörten Ihre späteren Kameraden, die nun in der ersten Phase der Entwicklung in der Weimarer Republik die Entwicklung Ihres Verbandes getragen haben, stellten sich notwendig die Probleme anders und nicht so realistisch. Denn diese Studenten, die an die Fronten geeilt waren und nun die junge Offiziersgeneration stellten, waren aus den Korporationen gekommen, dann, von der Front zurück, in die Korporationen zurückgekehrt. Diese jungen Leute, die da vorne an der Front kämpften, konnten sich gar nicht das Material dazu holen, um festzustellen, was nun weltpolitisch wirklich war und was sich in der Heimat vollzog.

Und dazu müssen wir wieder eins bedenken, um diese ganze Mentalität zu verstehen, von der aus wir allein dann die Geschichte der Korporationen in der Weimarer Republik zu begreifen vermögen: Beim ersten Rausch des ausbrechenden Weltkriegs hatten sich auch die Unterklassen plötzlich in wenigen Tagen der Mentalität der herrschenden Klassen angepasst und unterworfen. Sie denken an jenen Prozess, der zur Bewilligung der Kriegskredite für einen imperialistischen Raubkrieg durch die sozialdemokratische Partei, dieser verfemten Opposition, geführt hat. Es wäre lächerlich, wie es die Kommunisten tun, zu behaupten, daß dieser Umfall dort oben in der Reichstagsfraktion ein „Verrat“ gewesen sei, denn die Massen, sie dachten nicht anders.

Der Begeisterungstaumel des August 1914 hatte für wenige Wochen, sagen wir besser wenige Monate, ausgelöscht, was an kritischem Bewusstsein in dieser deutschen Gesellschaft vorher existiert hatte, und es waren nur wenige Männer und Frauen, vereinzelte Männer und Frauen, die diesem Rausch kritisch zu begegnen vermochten.

Das aber war inzwischen, wenn wir nun den Kriegsverlauf ansehen, und wenn wir uns in diese Phase des Jahres 1917 hineindenken, deren unmittelbare Folge dann jener November 1918 war, der die Dinge veränderte, sehr bald wieder anders geworden.

Da wachte unten, zunächst in den proletarischen Massen und bei den früher zur Sozialdemokratie tendierenden Intellektuellen, der freischwebenden Intelligenzschicht, wenn Sie so wollen, das kritische Bewusstsein in breiterer Weise wieder auf. Und das führte zu den berühmten Massenstreikbewegungen in Deutschland, beginnend mit jenem Demonstrationsstreik gegen das Zuchthausurteil gegen Karl Liebknecht, der im Jahre 1916 bereits ausbrach. Dann schlagen die großen Streikwellen in die Marinemeutereiwelle, sachlich gesehen eine Streikwelle auf den Schiffen des Jahres 1917, dann nach dem Sieg der russischen, kriegsfeindlichen Revolution, der Oktoberrevolution des Jahres 1917, um. Die nächste große Welle, jene Massenstreikwelle der Munitionsarbeiter des Januar 1918, wurde durch die Selbstenthüllung des imperialistischen Raubcharakters dieses Krieges in den Bedingungen ausgelöst, die man der Russischen

Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik im Friedensvertrag von Brest-Litowsk aufzwingen wollte.

Alles das wussten diese Studenten, als Frontoffiziere vorne, die die Prozesse, die dahinterstanden, nur aus der Ferne kannten, nicht. Was lag da näher für sie, als anzunehmen, nachdem das Debakel nun offenkundig da war, und nachdem das Debakel nun umgeschlagen war in die Revolution des Jahres 1918, daß die Niederlage dieses herrlichen schimmernden Heeres durch einen Dolchstoß von hinten der schäbig arbeitenden Marxisten herbeigeführt worden sei. Ein sozialpsychologisch leichtverständlicher Prozess. Ein Prozess, der aber diese Studentengeneration, soweit sie aus solchen Schichten stammte, in heftigste Opposition gegen die werdende Demokratie von vornherein hineinführen mußte, wenn sie nicht verstand, dieses Empfindungsdenken, dieses unkritische Empfindungsdenken durch kritische Analyse zu überwinden.

Aber wo sollte sie dazu den Anreiz finden? Denn die Schicht, jetzt rechne ich wieder in Majoritäten, es gab da rühmliche Ausnahmen genug, aber die Schicht der akademischen Lehrer dieser Periode, sie dachte ja ähnlich. Dies ähnliche Denken in jener Schicht, es war in stärkerem Maße Verschulden, weil es an mangelndem Gebrauch dessen hing, was der akademische Lehrer haben sollte, nämlich wissenschaftliche Kritik und Hang zur Objektivität. Aber, der Tatbestand war da.

Die Hochschullehrer, die diese Studenten nun vor sich sahen, waren mit wenigen Ausnahmen – zu den rühmlichen Ausnahmen gehört hier Ernst Troeltsch – im Allgemeinen geradezu darauf angelegt, dieses Scheinbild, das nur sozialpsychologisch, aber nicht durch die Objektivität verständlich war, mit scheinwissenschaftlichen Argumenten, zum Teil mit unmittelbarem wissenschaftlichem Schwindel, und das gilt für den Großteil der Historiker der damaligen Zeit, zu begründen.

Die Opposition dieser Schicht, die sich dem Obrigkeitsstaat verbunden gewusst hat, die in der ersten Phase des Krieges davon geträumt hatte, daß die Welt am „deutschen Wesen genesen“, und das heißt, daß die großen deutschen Konzerne über ganz Europa gebieten würden, aber damit auch ihre Art „wissenschaftlichen“ Denkens, diese Schicht war in dieser Mentalität stehengeblieben. Sie wusste sich nun bedroht durch sozialistische Revolution und Demokratie.

Hinzu kam ein weiteres: diejenigen, die hier kritisch opponierten, etwa in intellektuellen Kreisen, waren wieder, aus soziologisch leichtverständlichen Gründen, im Allgemeinen diejenigen, die sozusagen im sozialen Aufstieg in der früheren Scheinselbstbestätigung des Wilhelminischen Reiches in seiner Periode der Blüte benachteiligt gewesen waren. Und das waren nun einmal die Juden.

Infolgedessen war für den jüdischen Intelligenzler der Zugang zur objektiven Analyse der Situation viel leichter als für den nichtjüdischen Intelligenzler. Da dem aber so war, war es wieder verständlich, daß jener bis dahin nur angebahnte Antisemitismus, der zweifellos im Wilhelminischen Reich seine Rolle, seine erhebliche Rolle spielte, aber eben als bloß latenter gesellschaftlicher Antisemitismus, nun Blüten trieb, die erstaunlich wurden.

Denn nun wusste dieser Student, der von solchen Hochschullehrern, von solchen „alten Herren“, die in diesen Legenden dachten, erzogen und durch sie bestimmt wurde, der als zurückkehrender Kriegsteilnehmer und Frontoffizier die Dinge gar nicht kritisch zu analysieren imstande gewesen war, sondern nur erlebt hatte, daß, während er sich draußen schlug, sich hier eine politische Änderung vollzogen hatte. Nun wusste dieser junge Student sehr häufig, daß derjenige, der diese seine Vorstellungskraft kritisiert und aufzulösen trachtet, das ist in der Intelligenzschicht der Jude, das ist im Übrigen die demokratische Arbeiterbewegung. Demokratisch in diesem Sinne war damals unzweifelhaft noch auch die Arbeiterbewegung in ihren radikalsten Formen, etwa in kommunistischen Formen, wenn Sie an die Bürgerkriegsperiode in

Deutschland denken und sich etwa vorstellen, daß damals noch die Formulierung Rosa Luxemburgs, daß Freiheit immer Freiheit der Andersdenkenden sei, sogar in die Programmvorstellungen dieser Kommunistischen Partei hineingerückt war.

Und also entstand hier ein merkwürdiges Gefühlsgemisch in dieser Sozialschicht, organisatorisch gefroren in den Korporationen, aus welchen Gründen, werde ich Ihnen gleich zeigen, in dieser Sozialschicht der jungen Studenten, das antisemitisch-völkische, „christliche“, scheinchristliche wohlgemerkt, und antidemokratische Züge verband, zunächst als unbestimmtes Gemisch von Gefühlen.

Dabei hatte auch die antisemitische Komponente ihre Geschichte, ihre Geschichte in der akademischen Jugend seit der Zeit, in der der Verein Deutscher Studenten (VDSt) als erster eine Korporation des virulenten kleinbürgerlichen Antisemitismus wurde, wie vorher in den Reihen der christlichen Kirche Stoecker den Antisemitismus in besonderer Form zur Blüte gebracht hatte. Und tatsächlich gab es hier ja sehr viele geistige Verbindungszüge.

Das hatte sich schon vor dem 1. Weltkrieg auch auf die anderen Korporationen erstreckt, wenn auch noch nicht mit deutlichen Ausleseformulierungen. Es drängte nun weiter nach vorn in der Situation nach dem Ende des 1. Weltkriegs und dem Sieg der Revolution, die ich charakterisiert habe.

Und so war es kein Wunder, daß in der Periode des Bürgerkrieges um die Demokratie in Deutschland, in der Periode, die wir durch das Endjahr, genau besehen 1920, im Wesentlichen charakterisieren können, daß diese korporierten Studenten, einschließlich derer, die sich wie Ihre Verbindung für „christlich“ hielten, die virulente „Aktivitas“ der Gegenrevolution, und zwar der militanten und schießenden Gegenrevolution darstellten.

Denken Sie an jene Periode, in der, z. B. hier in Marburg, Studentenbataillone, Zeitfreiwilligenbataillone nur aus Studenten aufgestellt wurden, die nun singend, raubend und mordend durch Thüringen zogen, um sozusagen ihr Mütchen an den Thüringischen Gegnern für den Verlust des Kapp-Putsches zu kühlen.

Ich erinnere an den Mordprozess, der dann wegen dieses Raubzuges abgespielt wurde und in den eine ganze Reihe Marburger Korporationsstudenten hineingezogen wurde. Aber das war kein besonderes Signum von Marburg, denn Sie können an jeder anderen Studentenschaft dieser Periode die gleichen Züge überprüfen.

Da einer mit mir sehr befreundeten Vettern, der Pfarrer geworden ist und Wingolfit war, wusste ich sehr genau Bescheid, in welcher Weise die militärische Ausbildung auch nach dem Jahre 1920 noch großgeschrieben wurde, wie sehr diese Mentalität des antidemokratischen und antisozialistischen Bürgerkrieges und die Mentalität der Abneigung gegen die Juden wie alle anderen Korporationen so auch den Wingolf erfaßt hatte. Auch in den entsprechenden studentischen Korporationen war es das Anliegen, den völkischen, das heißt auch den antisemitischen Volkstumsgedanken gegen die nationale Existenz einer Demokratie als einer Staatsvolkinstitution zu stellen. Im Einklang mit dieser Position stand die Ablehnung der demokratischen Struktur des Weimarer Staates, die Ablehnung des angeblich hypertrophierten jüdischen Einflusses in diesem Staat, und damit der Juden als „volksfremder Elemente“, und selbstverständlich die Ablehnung jeder Form der Arbeiterbewegung. In der ganzen Periode der Weimarer Republik gab es in wechselnden Formen gleichzeitig die Position des militanten, nicht friedlichen Revisionswillens gegenüber dem Versailler Vertrag, repräsentiert durch die Hochschulringe deutscher Art und durch die entsprechenden Korporationszusammenschlüsse.

Es war dabei soziologisch interessant, daß diese Mentalität, repräsentiert durch die Korporationen, die nur vorübergehend – unmittelbar nach der Revolution – Auseinandersetzungen darüber zeigten, vorübergehend einmal bedauert wurde. Gestützt auf die Mentalität der „alten

Herren“ siegten jedoch reaktionäre Elemente, so daß diese Entwicklung sogar von den Führungsklassen, die sie erst produziert und gestützt hatten, um sozusagen den Sieg in der bürgerlich werdenden Republik behalten zu können, das Gegengewicht gegen die Arbeiterbewegung behielten. Verständlicherweise in der sozialgeschichtlichen Periode, in der die Weimarer Republik sich auch ökonomisch stabilisiert hatte, nach dem Dawes-Plan und der Überwindung der Deflationskrise, in jener Periode, in der wir vorübergehend auch einmal eine Hochkonjunktur hatten. Der gleiche Reichsverband der Deutschen Industrie, der vorher diesen militanten, antisemitisch-völkischen Geist des Korporationswesens energisch gefördert und finanziell ausgestattet hatte, er wandte sich nun der Versöhnung mit der Realität zu. Der politische Ausdruck dieser Versöhnungsperiode ist jene Periode, in der der ehemalige Radikal-Annexionist Stresemann sich zum wirklich großen Staatsmann entfalten konnte.

Dramatisch trat das Ganze in der Rede zutage, die Duisberg, der Chef des werdenden IG-Farben-Konzerns, im Jahre 1927 hielt. Darin betonte er, daß auch die studentischen Korporationen, das studentische Verbindungswesen und die Studentenschaften doch jetzt ihren Frieden mit der Realität und mit der Republik machen müssten, denn die Gefahr des Sozialismus und sozialistischer Umgestaltung der Republik sei überlebt. Was an solchen Normen noch in der Weimarer Verfassung stecke, sei gänzlich uninteressant geworden, weil es ja praktischer Verwertung nicht mehr zugänglich sei. Es lasse sich in diesem System, sozusagen wie die Konjunktur ad oculos demonstrierte, durchaus existieren und leben.

Verständlich, daß diese junge Studentengeneration von damals, daß auch ein Teil der dahinterstehenden „alten Herren“ diese Wendung nicht voll mitvollziehen konnte, weil diese ihre Mentalität nun Eigenständigkeit gewonnen hatte und man damals Bevölkerungsstimmungen noch nicht so rasch und so gut ummanipulieren konnte, wie wir das technisch im Dritten Reich, aber technisch auch in der Nachkriegsperiode so gut vordemonstriert bekamen.

So blieb also trotz dieser Versöhnungsperiode, in der allerdings das militant gegenrevolutionäre Denken dieser gesamten Korporationswelt, inklusive Ihrer, Sie stellen gar keinen Sonderfall dabei dar, eher einen Fall größerer Mäßigung als etwa bei den Waffenstudenten, die Tatsache, daß dies Denken sich dann doch zwar milderte, aber bestehen blieb.

Und als dieses System zunächst gar nicht politisch, sondern nur ökonomisch in eine neue Krisenperiode eintrat, konnte dieses Denken zu größter Virulenz und neuer Kraft aufsteigen. Zunächst war ja die Krise, der dann die Weimarer Demokratie und ihre politische Ordnung zum Opfer gefallen ist, gar nicht eine politische, sondern allein ökonomische Krise. Sie war ausgelöst durch mehrere Momente: Rein ökonomisch von jener Überproduktionsperiode und Stagnationsperiode, die schon Ende 1928 deutlich wurde. Sie war ausgelöst von sozialen Kämpfen, die von dort ausgingen, aber immer von einer merkwürdigen Parallelerscheinung begleitet, die wir heute nicht haben, von der Parallelerscheinung nämlich der strukturellen Erwerbslosigkeit selbst in der Konjunktur, also einem Rest von Erwerbslosigkeit, der selbst auf dem Ast der Hochkonjunktur verblieben war und der sich besonders stark gerade für die akademische junge Generation demonstrierte. Sie zeigte sich dadurch, daß hier eine ganze Anzahl von juristischen und sonstigen, auch philologischen Führungsstellen ganz einfach durch die Reduktion des deutschen Reichsgebiets und durch die Steigerung der Studentenzahl entfallen war. Dem jungen Studenten, selbst demjenigen, der in den Jahren der Hochkonjunktur 1927/28 Examen machte, stand keineswegs jene sichere Aussicht auf berufliche Verwendung in solchem Maße offen, daß er seine Statusansprüche, die er mit dem akademischen Herrenbewusstsein, das ihm die Korporationen wie die Universität vermittelt hatten, mitbrachte, verwirklichen konnte, daß ihm eine solche Verwirklichung seines Berufslebens durchaus nicht sicher war.

In Wirklichkeit setzt dies Problem der Übersetzung des Studiums in breitestem Maße tatsächlich auch erst nach 1918 an. Aus vielfachen Gründen. Einmal aus dem Grunde, daß hier nun

sozusagen gestaut eine ganze Reihe von Jahrgängen im Studium zusammentrafen, denen natürlich nicht entsprechende Abgänge in die Sozialpositionen, die die Leute nach dem Examen einnehmen wollten, entgegenstanden. Auf der anderen Seite ergaben sich Stauungen durch einen allgemeinen sozialen Prozess, der alle Industriegesellschaften bestimmt, aber darüber hinaus die Situation wesentlich erweitert und nicht zuletzt wesentlich verändert.

Auch dies Moment müssen wir bei dem Entstehen dieser Mentalität und bei dieser translatio imperii von der obrigkeitsstaatlichen imperialistischen Mentalität des Korporationswesens vor 1914 in das aktiv antirechtsstaatlich konterrevolutionäre Denken nach 1918 in Betracht ziehen.

In jeder modernen Industriegesellschaft, nicht nur in der deutschen, erzwingt die Struktur der bloßen Industriegesellschaft die Erweiterung des Bildungsniveaus der Gesamtbevölkerung, denn eine moderne hochindustrielle Gesellschaft kann ohne solche Erweiterung nicht existieren. Ein Prozess, den Sie vielfältig auch heute beobachten können, der sich übrigens, und das gehört auch wieder zum Verständnis dieses Prozesses, in kapitalistisch organisierten Gesellschaften anders vollzieht als in sogenannt sozialistisch organisierten, also auf gesellschaftlichem Eigentum basierenden Gesellschaften. In solchen Gesellschaften, die sich rasch industrialisieren, wird dieser Prozess von vornherein geplant und daher überbewertet. In den kapitalistischen entsteht er erst auf einem bestimmten sozialen und ökonomischen Niveau der Gesamtentwicklung als breiter Prozess.

Das hatte zur Folge, daß, während in der klassischen Struktur der Gesellschaft, der das Korporationswesen historisch entstammt, nur die gesichert begüterten Schichten ihre Söhne zum Studium geschickt hatten, jetzt andere Schichten zum Studium drängten.

Wenn Sie das soziologisch etwa an der Weimarer Republik analysieren, so finden Sie, daß damals bereits die große Majorität der Studenten gar nicht aus akademisch gebildeten Elternhäusern oder aus den Oberklassen stammt. Das war wenig mehr als ein Drittel bis 40 Prozent, das schwankt im Einzelnen. Die Majorität der Studenten, die nun nach 1918 zum Studium drängten, entsprangen den, wenn wir in den Strata-Vorstellungen der amerikanischen Soziologie oder etwa Geigers sprechen, lower middle-classes, also den mittleren Beamtenschichten, den Angestelltenschichten und dergleichen mehr.

Diese Studenten brachten aber nun eine merkwürdige Bewusstseinslage mit. Erstens das Bewusstsein des Tatbestandes, daß ihr Studium nicht ökonomisch gesichert war, daß sie aber nun gerade die ökonomische Sicherung jenseits des Studiums doppelt erstrebten, denn das war ja ihre Statusbestätigung. Dann auch das Bewusstsein des Minderwertigkeitskomplexes, des sozialen Minderwertigkeitskomplexes gegenüber den Studenten aus den traditionalen akademischen Führungsschichten ist ein generelles Gesetz jeder Gesellschaft. Gerade dieser soziale Minderwertigkeitskomplex, der sich immer sozusagen als Anpassungskomplex gegen das putativ Obere darstellt, auch das, das ist kein spezieller Vorwurf, der hier erhoben wird, mußte sich nun darin zeigen, daß sie gerade in jenen von klassischen Schichten getragenen und von den „alten Herren“ dieser klassischen Schichten gehaltenen Korporationen den Idealpunkt für sich sahen.

Die Aufnahme in die Korporation war der Ausweis ihres neuen sozialen Status für ihr Bewusstsein, für ihr durchaus ja unkritisches Bewusstsein. Aber wer half ihnen von den akademischen Lehrern denn zu kritischem Bewusstsein? Und deshalb liegt in diesem Anpassungsvorgang wiederum kein Vorwurf, sondern eine objektiv historisch-soziologische Feststellung, nicht mehr.

Aber in diese Lage platzt nun für diese gesamten Schichten ein doppelter Prozess hinein, erstens für die Oberschichten, die traditional akademischen Schichten, und den Teil der selbständigen, jenen Teil der aus den selbständigen Mittelschichten, jetzt nicht nur Angestelltenschichten und

dergleichen entstammte, der Vorgang jenes inflationären Prozesses, der im Jahre 1923 kulminiert und all diesen Schichten ihre frühere Vermögensgrundlage nahm. In Wirklichkeit handelte es sich hier um einen mittels der politischen Gewalt und ihres Mitwirkens vollzogenen Raubprozess groteskester Art, einen Raubprozess der großen Sachwertbesitzer, der großen Konzerne nämlich, gegen die Gesamtbevölkerung, nämlich gegen die Mittelschichten und nichts anderes. Gewiss spielte dabei auch die politische Ordnung eine Rolle, nämlich die Regierung Cuno und ihre Vorgänger, die diesen Prozess mitorganisiert haben, aber im Interesse der Konzerne, denen die Herren dieses Kabinetts zum großen Teil entstammten.

Für diese Studenten aber und die Betroffenen stellte sich das Ganze als ein Raubprozess des demokratischen Staates gegen die Sicherheit, die es im Obrigkeitsstaat einst gegeben hatte, dar. Das war zwar ein falsches Bewusstsein, aber wiederum ein verständliches Bewusstsein. Hinzu kam, daß durch diese Vermittlung sich dies gegenrevolutionäre Bewusstsein der Periode bis 1920 nun in die folgende Periode leicht transformieren ließ.

Das alles wiederholte sich aber dem Schein nach nun nach 1929 in breitester Weise durch den Prozess der ökonomischen Krise, die die Berufsaussichten der gesamten akademischen Jugend, abgesehen von denen, die durch allzu enge Familienbeziehungen voll abgesichert waren, geradezu auf den Nullpunkt sinken ließ.

Ich erinnere nur daran, daß, als ich selbst mein Referendarexamen ablegte, im Jahre des Heils 1930 die Durchfallquote schon etwa 70% in Preußen betrug, weil man auf diese Weise sieben wollte. Sie können sich vorstellen, was das nun für jeden einzelnen Studenten hieß. Denn das war kein besonderes Charakteristikum bei der juristischen Fakultät, und daß darüber hinaus für denjenigen, der ohne sogenanntes Prädikatsexamen bestand, sich herausstellte, daß, wenn er auch nur als Assessor, als bezahlter Assessor im Staatsdienst Unterkunft finden wollte, nun mit einer Wartefrist nach dem zweiten Staatsexamen von mindestens sieben Jahren zu rechnen hatte. Dann können Sie sich etwa von der Situation, in der der damalige Student sich befindet und die er nun ideologisch überformt, ein Bild machen. Man wusste die Vertreter der Linken in Deutschland als „Feinde“ in der akademischen Jugend. Das normale akademische Bewusstsein ging nun dahin, die Prozesse, die sich hier realiter abspielten, nicht durch soziologische Analyse und Kritik zu erhellen, sondern zu verdunkeln, und in dies gleiche Bewusstsein abzugleiten, wenn wir wieder davon absehen von einer Anzahl von Hochschullehrern, die anders verfuhren. Aber in dieser Anzahl von Hochschullehrern, die anders verfuhren, war nun wieder die Majorität mit dem Makel jüdischer Herkunft oder jüdischen Glaubens ausgestattet. Gerade gegen diese jüdische Herkunft und diesen jüdischen Glauben war man mobilisiert und geimpft worden. Und so war es wieder nicht zu verwundern, daß dieser Prozess der Krise, der nun einsetzt, der so präparierten Studentenschaft, die durch das von den „alten Herren“ vermittelte obrigkeitsstaatliche Bewusstsein von früher gestaltet war, umschlug in militantes, jetzt nicht mehr obrigkeitsstaatliches und daher noch an bestimmte Rechtsschranken gebundenes Bewusstsein. Denn zur Situation des Obrigkeitsstaates vor 1914 gehörte ein gewisses Maß an rechtsstaatlicher Bindung, sondern umschlug in ein militantes faschistisches, und das hieß hier in Deutschland konkret nationalsozialistisches Bewusstsein.

Nicht immer nationalsozialistisch, aber in Wirklichkeit unterschied sich ja der Hugenberg-Flügel der DNVP und die Nationalsozialistische Partei, und diese beiden wieder von den verschiedensten anderen militant völkischen Gruppen, einschließlich des TAT-Kreises nur durch das Moment der Konkurrenz untereinander, nicht aber in den Grundlagen ihres Denkens. Und so war es kein Wunder, daß sich nun dies Korporationsstudententum, in diese Mentalität hineingebracht, zu diesen militant faschistischen Bewegungen hingezogen fühlte, abgesehen von katholischen Korporationen, die ihre Repräsentanten, Herrn Brüning zunächst, an der Macht und sich so identifiziert wussten. Tatsächlich hatte in der ganzen Periode zuvor die katholische

Kirche in Deutschland niemals eine Machtstellung wie damals. Die katholischen Korporationen hatten es also leicht, hier anders zu verfahren und die Brüningsche obrigkeitsstaatliche Diktatur als ihren Identifikationspunkt anzunehmen. Abgesehen von diesen katholischen Korporationen wanderten also alle anderen Korporationen, wieder mit wenigen Ausnahmen, auch das will ich nicht bestreiten, ab zur faschistischen Massenbewegung und ihren militanten antirechtsstaatlichen und zum Teil auch nun an die Grenze des Verbrecherischen gehenden Formen.

An die Grenze des Verbrecherischen gehende Formen, das müssen wir hier durchaus betonen. Wir dürfen hier wieder zum Entstehungsprozess dieses Vorgangs nicht vergessen, wo diese Wendung ansetzt. Wohlgemerkt, es besteht kein Zweifel, das Korporationsstudententum, ob waffenstudentisches, ob anderes, wie die ihm entsprechenden Klassen – das Korporationsstudententum wusste sich vor 1914 nur als die Vorbereitung dieser Klassen in bestimmten gesellschaftlichen Formen rechtsstaatlich gebunden, gewiss rechtsstaatlich mit Schranken. Für dieses rechtsstaatliche Bewusstsein von vor 1914 galt die Ausnahme, daß man den Proleten, Prolet war zum Schimpfwort hier geworden, als Paria wusste. Dazu gehörte, daß man etwa den Sozialdemokraten als „Staatsfeind“ und als subversives Element und als Feind der Gesellschaft wusste. Aber für das Bewusstsein der Sozialschicht dieser Zeit besaßen auch der Paria und auch der Feind der Gesellschaft dabei das andere Moment, Mensch zu sein und also mindestens in dieser seiner Existenz als Mensch, wenn auch in Schranken, respektiert zu werden. Der Gedanke etwa an den politischen Mord als selbstverständliches Spiel liegt der deutschen Periode, der Entwicklungsperiode dieses Denkens vor 1914, noch fern.

Nach 1918 hat sich dies Bild ungeheuerlich rasch, von heute auf morgen, gewandelt, gewandelt in den beginnenden Klassenkämpfen und Bürgerkriegsauseinandersetzungen der Weimarer Republik selbst.

Sie werden wissen, daß es in Deutschland breiten Terror von links in dieser Periode nicht gegeben hat. Die Mordfälle von links, die man zu zählen vermag, soweit man das als Mord charakterisieren will – es handelte sich in allen diesen Fällen, abgesehen von den Münchener sogenannten Geiselerschießungen, um Tötungen im Kampf oder in der Aufregung des Kampfes –, bezifferten sich in diesen ganzen Jahren auf maximal 50. Die Tötungsfälle von rechts beliefen sich am Ende auf weit über 1.000. Diese Tötungsfälle von rechts hatten den Sondercharakter, daß sie mit bestem Gewissen vollzogen wurden, während die Linke noch in der damaligen Situation an jener Mentalität festhielt, die im Programm der äußersten Linken, als Beispiel nehme, daß Terror in jeder Form unzulässig sei, nicht nur als individueller Terror, sondern auch als Massenterror. So stand es im Programm der kommunistischen Partei Spartakus und weil, so begründete das das Spartakus-Programm, der Terror immer darauf ausgehe, den Menschen zu vernichten. Die proletarische Revolution charakterisiere sich aber dadurch, daß sie nicht Menschen vernichte, sondern gesellschaftliche Bedingungen verändere. Diese Mentalität wurde von der Linken in Deutschland bis in die Verzerrungen des Bürgerkriegs hinein durchgehalten.

Von rechts sah es sehr bald so aus, schon an jenem 15. Januar 1919, daß – wenige Tage vorher waren schon Parlamentäre der Spartakusleute, die Waffenstillstandsverhandlungen führen sollten, von den Freikorps niedergemacht worden – jetzt der systematische Ausrottungsfeldzug gegen alle Führer der äußersten Linken begann. Und dieser wurde nun merkwürdigerweise nicht mehr von der Justiz behindert. Der Untersuchungsrichter, der den Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg klären sollte, hat nachweislich in einem Prozess 1930 – inzwischen war dieser Untersuchungsrichter zum Reichsanwalt aufgestiegen – die Täter ganz bewusst begünstigt und der Strafe entzogen. Das änderte nichts daran, daß dieser Nachweis in einem Beleidigungsprozess geführt werden konnte, daß der Mann Reichsanwalt blieb. Das charakterisiert die Mentalitätsverzerrung, die hervorgekommen war, wohl mit am besten.

Aber dieser Mord wurde nun überall akklamiert, formell akklamiert durch eine Sozialschicht. Und damit war das Klima geschaffen, das den politischen Mord an dem, den man als „Feind“ ansah, selbstverständlich werden ließ. Die Mordwelle der ersten Periode endete erst, als 1922 die Mörder nun nicht mehr nur nach Arbeiterführern griffen, sondern auch Außenminister niederzuschießen begannen, nämlich Walter Rathenau. Dann wurde das Ganze vorübergehend gestoppt. Aber die Mentalität war geschaffen, auf die es hier ankam.

Und diese Mentalität wacht nun nach 1930 verständlicherweise virulent auf. Und diese Mentalität macht die generelle Identifikation des Korporationswesens mit dieser antirechtsstaatlichen, antisemitischen, antidemokratischen Bewegung verständlich.

Wie weit sie auch Ihre Korporation ergriff, darauf will ich aus Ihren Akten nur ein Beispiel bringen. Der Breslauer Wingolf gab folgende Darstellung der Zusammenstöße in der Breslauer Universität im Dezember 1932, also vor der „Machtergreifung“, in der Periode der Schleicherschen Diktatur. Vielleicht auch noch der Papen‘schen Diktatur, denn das genaue Datum ist hier nur angedeutet. „Der Breslauer Wingolf gibt folgende Darstellung der kürzlichen Zusammenstöße in der Breslauer Universität: Der Breslauer Wingolf an all seine Brüderverbindungen: Liebe Brüder! Unseren Gruß zuvor. Wie Ihr durch die Presse erfahren habt, stehen wir mitten in einem hochschulpolitischen Kampf, der sich um die Person eines gewissen Professor Cohn dreht! Zusammen mit der gesamten deutschen Studentenschaft der Universität Breslau lehnen wir die Berufung eines ‚Cohn‘ an die deutsche Grenzlanduniversität Breslau ab und stehen nicht an, aufs schärfste gegen die Berufung des Cohn in den juristischen Prüfungsausschuss zu protestieren. So lange ein ‚Cohn‘ an der Universität, von der im Jahre 1813 die Befreiung des deutschen Volkes ausging, liest, wird niemals Ruhe eintreten, und wir werden mit allen erlaubten akademischen Mitteln kämpfen, bis die Ehre und das Ansehen unserer Hochschule wiederhergestellt ist.“ Und so weiter.

Sie sehen: das, was hier die Explosion erzeugt für das Bewusstsein dieser Studenten aus Ihrem Verband – es geht hier nicht um Vorwürfe, es geht hier darum zu sehen, was war – wird durch den bloßen Tatbestand des Namens Cohn hervorgetrieben, durch gar nichts anderes. Inzwischen ist das Denken soweit entrationalisiert und, entschuldigen Sie, aber man muss es sagen, entchristlicht, daß den Leuten gar nicht mehr auffällt, daß sie hier ohne jeden inhaltlichen Bezug sozusagen ihren explosiven Willen an der bloßen Symbolwirkung eines Namens entzünden.

Und so war es kein Wunder, daß in dieser Periode nun ganz allgemein alle studentischen Korporationen, wohlgemerkt nicht nur Ihre, in Ihrer tritt das auch hervor, ganz selbstverständlich, zunächst mit dem Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) zwar eventuell sozusagen Ressortschwierigkeiten haben, insofern er ein konkurrierender Studentenverband ist. Das läuft an der einen Universität so und an der anderen Universität anders, aber sich ihm politisch und der Hitler‘schen Bewegung politisch voll verbunden wissen, obwohl diese Hitler‘sche Bewegung, wie Sie auch wissen, aus ihren antirechtsstaatlichen und auf offenen Mord gerichteten Willen mindestens seit 1930/31 überhaupt keinen Zweifel zugelassen hatte. Dazu müssen Sie lediglich an Äußerungen von Reichstagsabgeordneten der Hitlerbewegung im Reichstag: „Legal bis zur letzten Sprosse, gehenkt wird doch“ und an das faktische Verhalten der SA denken – denken Sie an jenen Potempa-Mord, bei dem ein kommunistischer Arbeiter von der SA in seiner Wohnung überfallen und zu Tode getrampelt wird. Und alle diese Fälle waren der Öffentlichkeit durchaus zugänglich und durchaus bekannt. Das ist die Situation, in der nun der Umschlag auch des politischen Systems naht, und die Leichtigkeit dieses Umschlages wird Ihnen vielleicht aus der vorbereitenden Wirkung, die auch das Korporationswesen, das sich hier identifiziert hatte, bei allem Konkurrenzwillen im Übrigen gegenüber anderen Verbänden, leichter verständlich.

Der Umschlag der Machtübernahme von Schleicher zu Hitler, zur Hitler-Hugenberg-Kombination, war sicherlich nicht durch Korporationen gewollt und herbeigeführt worden, auch nicht durch Ihre, sondern er war ganz eindeutig herbeigeführt worden durch kombiniertes Handeln, wie wir heute sehr genau wissen, von Führern der deutschen Wirtschaft und Führern des deutschen Großgrundbesitzes und ihren Druck auf Hindenburg. Aber dieser Machtübergang mußte jetzt geradezu als Befreiung, als symbolische Befreiung akklamiert werden. Und er wurde als das akklamiert, was ich hier charakterisiert habe. Akklamiert zunächst unter dem Gesichtspunkt nur der „nationalen Revolution", wie der Terminus hieß, dann als mehr. Und schon als er nur als Moment der „nationalen Revolution" akklamiert wurde, beinhaltete diese Akklamation all das, was dann natürlich auch kam. All das mag übertrieben erscheinen. Es ist in einer Beziehung, wie wir sehen werden, wirklich übertrieben. Es gehörte zu den Charakteristika des Korporationsdenkens, daß es das Honoratiorendenken des Studenten der liberalen Entwicklungsperiode des vorigen Jahrhunderts in ein Elitedenken transformiert hat. Dieses Elitedenken war dadurch charakterisiert, daß man sich erstens einmal, die akademischen Schichten überhaupt, als vorberechtigte Elite gegenüber der übrigen Bevölkerung zu wissen glaubte, zweitens aber, daß man sich selbst, die Gesamtheit der Korporierten, als Elite innerhalb der akademischen Jugend und also die alten Herren als Elite innerhalb der Berufsakademikerwelt zu wissen glaubte. Dies Elitedenken, in dieser Form sozusagen eine Entsprechung, so wird man als Soziologe zu urteilen haben, zu dem hierarchisch elitären Denken a) des Militärs und b) der Bürokratie des Wilhelminischen Obrigkeitsstaates, anderen Gesellschaften in dieser Form fremd, war nun aufrechterhalten geblieben und sozusagen bewährt im Ringen, im bewussten Entgegensetzen dieses elitären Denkens gegen die Demokratie. In Wirklichkeit wurden die Formen dieses Elitedenkens auch von der nationalsozialistischen Bewegung verwandt, die sich nun auch in Parteistruktur wie Verhaltensweise demonstrativ als Elite, die Akklamation erheischt, glaubte und aus diesem ihrem Bewusstsein keinerlei Hehl machte.

Am antidemokratischen Charakter dieser Bewegung haben trotz aller Phantasien heutiger Historiker darüber, daß die nationalsozialistische Bewegung sozusagen eine Form Rousseauisch totalitärer Revolution sei, ernsthafte Zweifel niemals irgendeinen Grund gehabt. Es handelte sich um eine militante faschistische Gegenrevolution, die sich als Gegenrevolution gegen die Demokratie wusste, nicht um eine demokratisch vermittelte revolutionäre Bewegung. Insofern konnte man also ideologisch sehr hübsch nebeneinander und ineinander finden. Und infolgedessen war auch, so lange der Konkurrenzcharakter der Verbände nicht hervortrat, die Identifikation der Korporationen auch hier mit nationalsozialistischen Vorstellungen leicht. Diese wandelte sich partiell bereits in der Periode vor der nationalsozialistischen Machtbesetzung – von Eroberung kann man nicht sprechen, denn sie wurden in die Macht eingewiesen – bereits partiell häufig in den Konkurrenzkampf sich elitär wissender Gruppen ab. Das Korporationsstudententum hier auf der einen Seite, der NSDStB auf der anderen Seite gingen nun vielfältig ineinander über, aber harmonisierte durchaus nicht immer. In der allerletzten Periode der Weimarer Republik führte es zu dem ständigen Ringen zwischen den Korporationsbünden mit dem NSDStB hin.

Gleichwohl, nun war die Machteinweisung der Nationalsozialisten geschehen. Sie wurde als „nationale Revolution" drapiert, mit all dem Phrasengebimmel, das dazu gehörte. Da standen Hindenburg, Hitler und Hugenberg nebeneinander, wobei den jungen Studenten verständlicherweise trotz dieses Konkurrenzdenkens der Verbände hierbei noch der jüngere Hitler, der nicht so sehr kompromittiert war, als der sympathischste erscheinen mußte, auch wenn man mit dem NSDStB im Übrigen gar nicht so einverstanden war.

Aber jetzt setzten sehr bald notwendig auch der Konkurrenzkampf nationalsozialistischer Studentenführung mit den Korporationen und das Ringen um die Eingliederung und Unterwerfung der Korporationen ein. Ein Ringen, das in Wirklichkeit Konkurrenzen, wie Sie sehen, innerhalb

ein und der gleichen ideologischen wie politischen Grundlage betraf. Nicht mehr. Verständlich, daß es dabei Reibungen gab, Reibungen in hohem Maße. Verständlich, daß dabei die altelitäre Struktur der Korporationen ihre Bewahrung erzielen wollte. Aber hier ging es um Konkurrenz, nicht um Gegensatz, nicht um Zweifel am Ganzen.

Nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler wurde diese Führerstruktur in nationalsozialistischer Art durch Druck von oben und gar nicht durch den freien Willen der in ihren altelitären Formen denkenden Korporationen den Korporationen aufgedrängt. Wie weit das der Fall war, dafür ein Beispiel. Ich bitte das Datum zu beachten, weil es zur Exegese dieser Problematik interessant genug ist. Der neue „Bundesführer“ des Wingolfs proklamiert am 13. Juni 1933 „a) ich gelobe, all meine Kraft in den Dienst des Wingolfs zu stellen, sein Wesen, wie es von seinen Gründern bestimmt, durch fast hundertjährige Geschichte gepflegt und in der Gegenwart mit neuer Verantwortlichkeit erfüllt wurde, wird die Richtung meines Handelns bestimmen.“ Dann kommt ein zweiter Absatz, und hier kommt nun natürlich auch die Verpflichtung auf „christliches“ Denken. Aber jetzt kommt der zweite Abschnitt: „Ich gelobe Adolf Hitler, dem Führer des geeinten deutschen Volks und dem Schöpfer des neuen deutschen Staats, treue Gefolgschaft. Die Aufgabe des Wingolfs ist, ihm und damit dem Neubau des Deutschen Reiches in Gottes- und Menschenzucht gefestigte, kämpferische, von heißer Liebe zu ihrem Volk erfüllte Männer zu stellen, die einsatz- und opferbereit ihr Leben Deutschlands Dienst weihen“ usw.

Sie sehen, daß hier die klare Identifikation mit Adolf Hitler, sicherlich durch Druck auf die Korporation, aber bereits widerspruchslos in einer Zeit zu erfolgen vermag, in der, ich erinnere wieder an das Datum, staatsrechtlich gesehen, politisch gesehen, von dieser Identifikation im Übrigen noch keine Rede ist. Denn das Ganze liegt vor der Auflösung des Koalitionscharakters der deutschen Reichsregierung, die wenige Tage darauf durch die Liquidation der Machtstellung Hugenbergs erfolgt. Das Ganze liegt lange vor jener Transformation staatsrechtlicher Art des Reichskanzlers Adolf Hitler in den „Führer“ des Deutschen Reichs unter Wegfall des Präsidentenamts, die nach dem Tode Hindenburgs erst erfolgt. Wohlgemerkt, dieser Prozess war kein Wunder. Ich habe Ihnen zu zeigen versucht, daß dieser Prozess dieser Hinwendung nicht unter dem Zeichen ethisch zurechenbarer Schuld analysiert werden sollte, sondern unter dem Zeichen objektiver politisch-soziologischer Analyse, die natürlich dann individuell auch einmal durch das Schuldelement gemessen zu werden vermag. Warum nicht? Und der Appell zu verantwortlichem Handeln sollte der Appell sein, der der Hinwendung zu a) theologischem und christlichem und b) politischem Denken immer zugrunde liegt. Aber dieser Prozess war, wenn auch nicht reibungslos, vollzogen. Zwar gab es in der Abklang Periode noch zaghafte Versuche, sozusagen einigen bösen Konsequenzen des Dritten Reiches lahm zu entgehen. Doch kommt sehr rasch die Periode, in der den Altherren-Verbänden wie den Korporationen sozusagen von außen durch die Führerstruktur, die man der Studentenschaft gegeben hatte, aufgenötigt wird, sich zum „Arierparagraphen“ zu stellen und zu bekennen. Und zwar zum Arierparagraphen jetzt nicht mehr in der Weise des schlicht emotionalen antisemitischen Bekenntnisses, wie es sich Ihnen aus Ihren Reihen im Jahre 1932 demonstriert hat, in einer geradezu kindisch-symbolischen Form, sondern auch in der Form zu bekennen, daß man nicht nur die mit dem Arierparagraphen kollidierenden Studenten, sondern „alte Herren“ aus dem Philisterverband hinaussetzt.

Damit war ein Strukturelement merkwürdigster Art gefährdet, nämlich das alte elitäre, aber auf Kameradschaft und Bruderschaft der Elite gerichtete Denken überhaupt. Wie kann ich den Philister meiner Verbindung, der der Bruderschaft angehört hat, nun in dieser seiner Stellung liquidieren, wenn ich nicht die Grundlagen dieses Denkens überhaupt in die Luft sprenge? Gleichwohl blieb auch hier der Widerstand zaghaft. Die Forderungen gingen außerordentlich weit. Was hier lange vor den Nürnberger Gesetzen gefordert wird, ist nicht nur das Hinaussetzen des Juden oder des, wenn wir hier den Rasseunfug übertragen wollten, „reinrassigen

Judenchristen“, sondern ist darüber hinaus der ganze Zinnober mit den jüdischen Großeltern. Wenn auch nur ein jüdischer Großelternteil vorlag, dann mußte er gehen. Auch diese Forderung wurde erfüllt. Zu Ehren dieses Bundesführers muss gesagt werden, daß er, wie mir die Akten zeigen, versucht hat, diesen Zwang mindestens einzuschränken und abzubiegen, wenn auch nicht generell zu beseitigen, weil es ihm doch zu bös vorkam. Aber es blieb beim Versuch. Und als die Forderung abrupt auftauchte, da war die Antwort nicht die, die selbst im alten Elitendenken eigentlich selbstverständlich gewesen wäre und, wenn es noch strukturell in Ordnung gewesen wäre, auch selbstverständlich gekommen wäre, daß man dann sagt: „Wollt ihr uns dazu zwingen, dann ade! Dann geben wir halt den Betrieb auf, weil wir uns damit selbst in die Luft sprengen.“ Sondern da war die Antwort die, daß man sich fügte mit der Hoffnung, in einzelnen Fällen noch abbiegen zu können und das Hinauswerfen der Betroffenen doch in möglichst freundlichen Formen zu vollziehen. Und damit war die moralische Kapitulation sozusagen des aus dem alt-elitären Denken des Korporationswesens in das elitäre Denken des Nationalsozialismus voll überführten Korporationsdenkens voll vollzogen. Und alles andere war Spielball und Konsequenz.

Wohlgemerkt, auch hier, auf daß ich nicht der Inobjektivität geziehen werde, bin ich der letzte, der behauptet, daß andere Punkte des gesellschaftlichen Lebensprozesses sich als wesentlich widerstandsfähiger erwiesen hätten. Ganz sicherlich nicht. Nicht um Ihnen ein gutes Gewissen zu geben, sei daran erinnert, daß etwa die christlichen Gewerkschaften durch Jakob Kaiser, die Hirsch-Duncker‘schen Gewerkschaften durch Ernst Lemmer, die freien Gewerkschaften durch Leuschner im Jahre 1933 sich nicht um ein Haar besser benommen haben. Sie haben kapituliert. Sie waren bereit, all ihre alten Bindungen um der Existenz des Verbandes willen in den Mond zu schreiben und haben das durch Erklärungen gegenüber dem Führer und Reichskanzler, Führer wurde er später, im Jahre des Heils 1933 zum Ausdruck gebracht. Und, wenn Sie so wollen, die gleiche sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die sich beim Ermächtigungsgesetz später als Sie noch tapfer geschlagen hatte, hat dann wenige Monate darauf in ebenso jämmerlicher Weise moralischen Selbstmord begangen – in jenem Verhalten Paul Löbes, der die Fraktion dazu führte, Adolf Hitler am 17. Mai 1933 in einer Reichstagsabstimmung das Vertrauen auszusprechen.

Aber all diese dunklen Punkte zeigen das moralische Entgleisen, und hier handelt es sich um moralisches Entgleisen, wenn man seine eigenen Moralgesetze, nach denen man angetreten ist, so verfremdet sie inzwischen sein müssten, verletzt. All dieses moralische Entgleisen in der deutschen Gesellschaft, das wir historisch und soziologisch analysieren und verstehen müssen, rechtfertigt nicht das Entgleisen der anderen sozialen Gruppe. Für Sie und Ihre damaligen Bundesbrüder und ihre Verbandsführung ist Paul Löbe nicht als Entschuldigung zu verwerten. Wie umgekehrt für Paul Löbe nicht Ihre Verbandsführung. Aber damit war der Prozess zur Konsequenz geführt. Was nachfolgt, sind nur Konsequenzen der Konsequenz.

Daß dann Ihr Verband zwar noch kämpft gegen die „Deutsche Glaubensbewegung“, ist nur dem Schein nach als Positivum zu werten. Denn das lag in den Gesetzen des Verbandes geradezu vorgezeichnet. Zu einem Parallelkampf aber, auch gegen die hirnverbranntesten Entartungen der „Deutschen Christen“, war der Verband als Verband nicht zu führen. Als ob die Diskussion etwa mit den Autoren jener Novemberkundgebung der „Deutschen Christen“ in Berlin auch nur irgendetwas mit innerchristlicher Auseinandersetzung hätte zu tun haben können? Davon war objektiv gar nicht die Rede.

Trotzdem war der Verband als Verband noch nicht einmal zur Identifikation mit der jungreformatorischen Bewegung zu führen, so lahm, so politisch kapitulantenhaft diese jungreformatorische Bewegung in ihren Ansätzen war.

Daß gleichwohl aus Ihrem Verband dann auch andere Männer hervorgegangen sind, sei nicht bestritten. Genauso sind auch aus der gleichen kapitulierenden Gewerkschaftsbewegung dann Männer hervorgegangen, die nun ihre eigene Schande zu überwinden vermochten wie Leuschner. Ihre Schande des April 1933 und des Mai 1933. Das spricht für diese Männer, die das vermochten, nicht für den Verband, der diese Kraft nicht aufbringen konnte.

Und so sind wir am Ende dieser Betrachtung. Sie sehen, wie ein Verhängnis der deutschen Geschichte zum Verhängnis des deutschen Korporationswesens wurde, wie eine politisch-soziale Identifikation mit den geistigen Ansätzen, die man zu vertreten vorgab, gar nichts zu tun haben konnte. Die Identifikation des Wingolfs mit dem „Alldeutschen Denken“ hat zu einer Entwicklung geführt, die die drei Generationen, die in der Weimarer Republik groß wurden, des kritischen Selbstbestimmungswillens beraubte und zu Instrumenten einer entmenschten Entwicklung herabwürdigte und am Ende verbrauchte.

In Wirklichkeit ist alles das, was im 2. Weltkrieg geschah, in seiner Unmenschlichkeit von deutscher Seite mitgetragen von allen diesen Schichten, wenn häufig auch ohne persönliche Identifikation, wie das traurige Ende nichts als die Konsequenz dieser Entwicklung ist.

Das Problem, das dadurch aufgeworfen ist, scheint mir darin zu bestehen: Ist es möglich – das ist eine Frage, die man nur praktisch, nicht theoretisch beantworten kann –, ist es möglich, dem Zwang solcher Kontinuitäten in den gleichen gesellschaftlichen Formen noch zu entgehen? Ich will Ihnen den Optimismus nicht rauben, daß Sie das durch die Praxis als möglich erweisen werden, denn was wirklich ist, das wäre zweifellos dann auch möglich.

Mir als politischem Soziologen, der ich bin, steht es zu, Sie nicht auf die Unmöglichkeit dieses Prozesses zu verweisen – unmöglich ist in dieser Welt wenig –, sondern Sie auf die Gefahren eines solchen Prozesses zu verweisen. Diese Gefahren, die sich unzweifelhaft gar nicht so sehr aus Ihrer Mitte und aus Ihren Formen, sondern sich unzweifelhaft aus der Verbindung mit einer belasteten, aus der organisierten Verbindung mit einer belasteten Generation ergeben und weithin ergeben müssen.

Hier kommen wir in einen Prozess hinein, auf den ich Sie hinweisen muss. Wohlgemerkt, mir steht es nicht zu, Ihnen zu sagen, die kritische Lösung der Aufgabe sei nicht möglich. Nach meiner Meinung ist sie auch objektiv möglich, wenn auch nur mit geringem Wahrscheinlichkeitsgrad bei Aufwendung ungeheuerlicher geistiger und moralischer Energie, kritisch-intellektueller wie ethischer Energie. Aber auf die Gefahren darf ich Sie wohl auch hier hinweisen, die Gefahren, die sich in der Wiederherstellung alter Bewusstseinslagen, wenn auch in neuen ideologischen Formen, aber in Wirklichkeit der ganzen alten Bewusstseinslage, wieder in der Sozialschicht ergeben, die in Ihrem Fall wieder konkret vermittelt durch die Altherrenorganisationen auf Sie einwirken muss.

Ich könnte auf die Gefahren in dieser Richtung sozusagen in der „christlich-abendländischen“ Umformung obrigkeitsstaatlicher Denkformen in der Theologie und zum Teil auch deutsch-christlicher Denkformen in der Theologie verweisen, obrigkeitsstaatlicher aus der alten jungreformatorischen Bewegung heraus. Ich weiß, daß diesen Gefahren sehr kritische, sehr wache lebendige Tendenzen in der Theologie entgegenstehen, und kaum eine Organisation, wenn ich jetzt wieder als politischer Soziologe spreche, hat eine solche Virulenz eines derartigen geistigen Auferstehungsvorganges erlebt wie die protestantische Kirche und gerade die protestantische theologische Fakultät in vielen Fällen. Aber die Gefahren bestehen. Sie gehen von dort wie in viel schwerwiegenderem Maße vom unmittelbar politisch-sozialen Prozess aus.

Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen die Berichte über die Tagung zur Rechtsprechung zu Fällen der Bewältigung nationalsozialistischer Vergangenheit, die die Evangelische Akademie in Loccum vor kurzem veranstaltet hat, gelesen haben. Dann würden Sie sehen, daß eine Staatsan-

wältin mit Recht darauf hinweisen konnte, leider mit Recht, daß in der deutschen Justiz, die wir haben, ein Judenmord durchschnittlich zehn Minuten Freiheitsverlust kostet, nach der statistischen Aufrechnung der Urteile, die die bundesdeutsche Justiz zu solchen Problemen gegeben hat. Auf der gleichen Tagung mußte die gleiche Staatsanwältin darauf hinweisen, daß die Verfolgung von Mördern der nationalsozialistischen Zeit leider auf dem normalen Weg des höheren Kriminaldienstes unmöglich sei. Man könne gewiss sein, daß dank der Kameraderie dieses Dienstes, und hier handelt es sich um akademische Dienststellen im höheren Kriminaldienst, nach ihrer Erfahrung derjenige, den man suche, sobald er im Fahndungsblatt erscheine, sofort gewarnt sei. Das war eine Staatsanwältin der Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufdeckung nationalsozialistischer Verbrechen, und ich glaube, eine Staatsanwältin, die einfach aus der Praxis und unreflektiert Fakten berichtete.

Solche Elemente zeigen sich nicht nur hier in der deutschen Gesellschaft unvermeidlich. Ich möchte das erwähnt haben, um Ihnen die vielfältigen Verkleidungsformen des deformierenden Druckes auf das kritische Bewusstsein einer jungen Studentengeneration deutlich zu machen. Mehr ist, glaube ich, nicht meines Amtes, und damit möchte ich jetzt schließen und Ihre Diskussion einleiten.

Vortrag am 13. Dezember 1961 vor dem Clausthaler Wingolf zu Marburg. Erstveröffentlichung mit Vorbemerkung von Friedrich-Martin Balzer in: *Topos*. *Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie*. Herausgegeben von H. H. Holz und D. Losurdo, Heft 12 (Bildung), Bielefeld 1999, S. 133-164.

Vorliegende Fassung wurde geringfügig überarbeitet.

Wolfgang Abendroth: Nachruf auf Robert Neumann

Mit Robert Neumanns Tod ist die literarische Tradition der ersten deutschen Republik beendet. Er war der letzte ihrer großen Repräsentanten.

Als 1927 „Mit fremden Federn“ erschien, war Robert Neumann mit einem Schlag überall bekannt. Auch die zweite Parodien-Sammlung „Unter falscher Flagge“ wurde 1931, kurz bevor er emigrieren mußte, zum großen Erfolg. Seine Lyrik, später von ihm selbst nicht mehr ernst genommen, und auch seine Romane hatten ihm diese Geltung in der öffentlichen Meinung jener Zeit nicht eingetragen. Darunter hat er schon damals gelitten.

Um dem Terror der SA zu entgehen, kehrte Neumann in sein Herkunftsland Österreich zurück. Doch als im Februar 1934 die Regierung der Christlich-Sozialen und die Heimwehren die Arbeiterbewegung und die Reste geistiger Freiheit zerschlugen, war auch in Wien – wo sein jüdischer Vater einst die österreichische Sozialdemokratie mitgegründet und zu dem Kreis um Viktor Adler gehört hatte – seines Bleibens nicht mehr lange.

Robert Neumann ging zunächst nach London, dann zog er sich in sein mittelalterliches Posthaus in Kent zurück. Er wollte es sich ersparen, seine Kraft in den Händeln der Emigration zu verzetteln.

Nach dem Ende des Dritten Reichs kehrte er auf den Kontinent zurück. Er wusste um die Restauration in Westdeutschland – also wollte er hier nicht wohnen. Er wusste um den Stalinismus und die Grenzen geistiger Freiheit in der DDR (der XX. Parteitag der KPdSU hatte noch nicht stattgefunden) – also konnte es für ihn den Weg nicht geben, den Arnold Zweig gegangen ist und den Heinrich Mann und Lion Feuchtwanger gegangen wären, hätte ihn der Tod ihnen nicht verstellt.

Andererseits: Robert Neumann war zwar niemals Stalinist geworden, wie allzu viele, die heute am wildesten gegen die UdSSR schreien, es zur Zeit des unmenschlichsten Terrors gewesen waren. Aber sein historisches und analytisches Denken blieb immer intakt genug, ihm zu zeigen, daß die Sowjetunion gleichwohl das Land der Oktoberrevolution blieb und – bei allen Irrwegen, die ihm die Geschichte auferlegte – seinen Weg zum sozialistischen Aufbau weiterging. Er ließ sich nie zum Propagandisten des Kalten Krieges erniedrigen, zu dem so viele sich in diesen Jahren machten.

Im Grunde hat er seitdem immer um Anerkennung in der Bundesrepublik geworben. Die Eitelkeit, der „Größenwahn“ (wie er das selbst nannte) der Literaten, den er teilte, zwang ihn immer wieder, darauf zu hoffen. Vergeblich, denn im Büchermarkt der Bundesrepublik war (und ist) kein Raum für die große Literatur der Weimarer Republik. Die neue westdeutsche Literatur nach 1945 (oder besser: nach der Entscheidung der USA für die Restauration und die Spaltung Deutschlands 1947) wollte von Anknüpfung an die Tradition humanistisch-demokratischer Schriftsteller nach 1918 nichts wissen.

So wurden zahllose Literaturpreise gestiftet und vergeben. Viele Tagesgrößen, die – aus gutem Grund – schon heute keiner mehr kennt, haben sie bekommen. Niemals Robert Neumann. Das hat ihn tief verletzt, obwohl er die Logik sah: Denn was in der Bundesrepublik geschah, von der Restauration monopolkapitalistischer Machtverhältnisse bis zur Wiedereinsetzung aller „entnazifizierten“ Mitträger des Nationalsozialismus in Staatsapparat, Justiz, Bildungswesen und publizistischem Apparat, wusste er nur zu gut. In vielen seiner Publikationen, nicht nur in seinen Kolumnen in „*konkret*“, auch in einem seiner letzten Romane, im „Tatbestand“, kommt es klar zum Ausdruck.

Das deutsche „gebildete Publikum“ hat ihn so behandelt, wie es einst Heinrich Heine behandelt hat. Ist es ein Wunder, daß er, dem dies geschah, Meister der bitteren Ironie blieb (und also auch ihrer besten Kunstform, der Parodie)? Versöhnlichen Humor kannte er kaum und auch

darin glich er Heinrich Heine, der ihm übrigens an Rang so überlegen blieb, wie es die große Literatur des Aufstiegs des bürgerlichen Zeitalters gegenüber der seines geistigen Abstiegs nun einmal generell ist.

Nur eins ist dabei qualitativ wirklich gleichgeblieben: Die besondere Verächtlichkeit des Verhaltens der deutschen Klassen von „Bildung und Besitz“ gegenüber ihren eigenen besten, humanistisch-demokratischen Schriftstellern, und die Sucht dieser Schichten, apologetische Eintagsfliegen, die jede jeweils aktuelle Feigheit als Tugend feiern, zu protegieren,

Ein letztes Wort sei dem Schreiber dieser Zeilen als Freund Robert Neumanns gestattet, der er seit 1961 war. Damals – es war die Zeit des ersten Auschwitz-Prozesses, den ein anderer Freund, Fritz Bauer, der nun auch schon lange tot ist, durchkämpfen mußte – damals kam er nach Marburg. Die Wendung der Masse der Studenten zu kritischem und antifaschistischem Denken war erst im Entstehen. Der Vortrag des jüdischen Antifaschisten Neumann Riss einen großen Teil noch widerstrebender Studierender mit – zumal er (anders als der größte Teil der bundesdeutschen Publizistik) deutlich machte, daß die Brutalität des Dritten Reiches nicht nur den Juden galt, sondern auch der deutschen Arbeiterbewegung, den deutschen Kommunisten, Sozialisten, Demokraten und vielen anderen Nationalitäten.

Das Bündnis, das bei diesem Besuch entstand, blieb und wurde ständig fester. Bald darauf – zu einer Zeit, in der auch für die Brandts und Bahrs die DDR noch „rechtlich nicht existent“ und eine Ausgeburt des Teufels war – diskutierte Robert Neumann mit Wissenschaftlern der DDR in Ost-Berlin über Probleme der Faschismus-Analyse, kam zurück nach Marburg mit den Tonbändern, diskutierte sie in unserem Oberseminar mit uns durch und brachte Tonbänder davor zurück nach Ost-Berlin.

So kam, als so etwas noch von allen großen Parteien, auch der SPD, „illegal‘ und „würdelos“ genannt wurde, durch Robert Neumann eine erste Zusammenarbeit über die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten hinweg zustande. Durch diesen großen deutschen Schriftsteller, der die britische Staatsbürgerschaft besaß und weit vom Zugriffsbereich von BND und Verfassungsschutz in Locarno lebte.

In: *konkret*, 19. Jg., (1975), H. 2, (Februar), S. 43.

Erwin Eckert: Kann die evangelische Kirche erneuert werden?

Meine Herren!

Ich werde gegen die vom Kundgebungsausschuss vorbereitete Erklärung des Kirchentags zur Kirchenfrage stimmen, weil ich auch den Schein vermeiden möchte, als ob wir religiösen Sozialisten von einer solchen Kundgebung, die das Recht und die Kraft der protestantischen Kirche zur Kirchenbildung in der Vergangenheit betont, ihre Verdienste rühmt und zur kirchlichen Treue auffordert, irgendetwas Wesentliches für die Erneuerung der Kirche erwarten.

Sie wollen durch diese Kundgebung den Status der verfassten Kirche erhalten, von der Sie sagen, daß sie die gleiche Kirche sei wie die in der Reformationszeit aus Gottes Mitten gewordene „communio protestantium“ (Gemeinschaft der Protestanten). Wir sind der Auffassung, daß sich die Zeit vorbereitet, in der die Kirche, die ganze Kirche Christi – die „communio sanctorum“ (Gemeinschaft der von Gott Gerufenen) – erneuert werden muss. Wir hoffen nicht eine neue Kirche, sondern eine neue Gestaltwerdung der Kirche des Evangeliums.

Vielleicht führt die Neuordnung des religiösen Lebens zu einer Entkirchlichung des Christentums überhaupt, dazu, daß die Kirche als besondere Organisation aufhören wird, um als tiefste geistige Funktion der Gesellschaft wieder in Erscheinung zu treten.

Nicht von den verfassten Kirchen, sondern von Gott selbst her wird das Evangelium nach dem Sturm und Wetter der Revolutionierung unseres heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftslebens, das faul und gerichtet ist, unter die Menschen, in die Seelen der Menschen, fallen, wird Christus, der auferstandene Herr der Menschheit, sein Reich, seine Kirche als eine Gemeinschaft im Geist und in der Wahrheit bauen.

Sie werden fragen, woher uns diese Gewissheit gegeben wird. Wir versuchen Gottes Weg und Absicht im Gebet zu begreifen. Wir sehen in den Krisen des Bestehenden, in den Anfängen des Neuen seine Hand.

Wir sehen den Zusammenbruch der griechisch-katholischen Kirche, sehen das krampfhafte Bemühen der römisch-katholischen Kirche, durch Organisationsausbau, durch gesetzliche Positionssicherungen, durch Konkordate, durch Spezialausbildung von Apologeten, ja durch ein Umbiegen der revolutionären Kräfte und durch Zugeständnisse des Zentrums an die neue Zeit sich an der Macht zu halten. Wir sehen die Krisis unserer Kirche, ihre Krankheiten, ihre Versuche, sich in ihrer, in den Anfängen der bürgerlichen Kulturepoche gewordenen, besonderen Art zu erhalten, sich durch internationale Zusammenschlüsse und durch politische Spezialparteien zu sichern.

Wir sehen die gefährlichen Versuche der christlichen Kirchen in allen Ländern, sich aufs Neue mit der bürgerlich-kapitalistischen Welt- und Lebensauffassung, mit dem Faschismus, zu verbinden, die bürgerliche Kultur im Namen des Christentums und der Menschlichkeit zu verteidigen!! Diese Tatsachen lassen uns manchmal daran irrewerden, ob die Kirche überhaupt noch eine große und wichtige Bedeutung für die Zukunft hat. Wir wissen aber auch in diesen Zweifeln von der Notwendigkeit der in Christus geoffenbarten Wahrheit, wissen, daß jede neue Gesellschaft, die Gemeinschaft sein will, nur sein wird, wenn sie aufgebaut ist auf der Freiheit der in Christus aus Gottes Gnade erlösten, zu Opfer und Hingabe bereiten Menschen.

So wie durch den Kampf und den Sieg der unter der heutigen Ordnung der Wirtschaft und des Lebens leidenden, zum Bewusstsein ihrer Aufgabe erwachenden Massen das äußere Leben umgestaltet und nur das, was wirklich lebenswert ist, aus der Vergangenheit und Gegenwart bleiben wird, so wird auch das religiöse Leben und seine Form sich ändern und nur das bleiben, was von Gott ist und Kraft hat, der großen Aufgabe der innersten Gemeinschaftsbildung zu dienen.

Wenn wir darum unserer Kirche eine Aufgabe und eine Bedeutung für die Zukunft zuweisen wollen, kann müssen wir entschlossen jede auch nur scheinbare Verbindung unserer Kirche mit

den politischen und wirtschaftlichen Interessen und Kulturverbänden der bürgerlich-individualistischen Welt abbrechen.

Die Kirche sollte in unserer Zeit das Evangelium von der Geborgenheit des Menschen in Gott, von der Erlösung des Menschen durch Christus, von der Gemeinschaft aller Menschen, von dem Friedensreiche Gottes rein und lauter verkündigen, die Seelen bereit machen zur Umgestaltung der gegenwärtigen Verhältnisse, welche den Forderungen lebendiger christlicher Frömmigkeit direkt widersprechen. Die Seelen der Christen unserer Tage sollten bereit sein oder bereit gemacht werden zur Überwindung der individualistisch-kapitalistischen, auf römisch-heidnischer Rechtsordnung beruhenden Eigentumsverhältnisse, bereit zum gemeinwirtschaftlichen System, zur planmäßigen Wirtschaft, die nicht um des Profits, sondern um der Bedürfnisse der Menschen wegen da und notwendig ist. Bereit sein sollen die Seelen der Christen unserer Tage zur Überwindung des Nationalismus, nicht durch die Aufhebung oder die Verneinung der Wesensart auch unseres Volkstums, sondern dadurch, daß die Kirche ein entschiedenes Wort sagt gegen die Gesinnung, die auch in unserem Lande mit neuen Kriegen nicht nur rechnet, sondern neue Kriege für notwendig und zum Schicksal unseres Gottes gehörig bezeichnet, die so den Frieden unter den Völkern unmöglich macht. Wir sollten so weit in unseren Kirchen sein, daß in der Weihnachtszeit etwa ein besonderer Gottesdienst gehalten wird in allen evangelischen Kirchen Deutschlands, in dem die Herzen der an Christus, den Friedefürsten, Gläubigen zur Friedensbereitschaft und zur Völkerversöhnung aufgerufen werden sollen in Predigt und Gebet.

Es würde zu weit führen, wollte ich im Einzelnen sagen, wo und wie wir die Möglichkeit einer Erneuerung unserer Kirche sehen.

Wir hätten es für besser gehalten, wenn der Kirchentag zu dieser schwierigen und ungeklärten Frage geschwiegen und in der Stille Wege gesucht hätte, die aus dem Dickicht und der Wirrnis der Zeit heraus in die Zukunft führen. Für Ihre Kundgebung, meine Herren, ist es schon zu spät und für einen Aufruf in unserem Sinne noch zu früh!

Aber Sie meinen, es sei die Gelegenheit günstig; die Erinnerung an das Augsburger Bekenntnis gebe eine gute Grundlage, das Kirchenvolk des 20. Jahrhunderts zur Treue an die Kirche dieses Bekenntnisses zu ermahnen. Ich halte es geradezu für gefährlich, die Erinnerung an Augsburg mit der beabsichtigten Kundgebung zu verbinden. Das Augsburger Bekenntnis war vor 400 Jahren trotz aller Einschränkungen, die man bei dieser Feststellung machen muss, eine Tat. Ihre Kundgebung aber ist weder ein Bekenntnis noch eine Tat; sie ist der Ausdruck der gemeinsamen Sorge der bürgerlich-konservativen und liberalen Fraktionen dieses Kirchentags um den Bestand und den Umfang der verfassten Kirche.

Gestatten Sie mir einige Fragen:

An wen wendet sich die von Ihnen vorgeschlagene Kundgebung?

An die Kirchenglieder, die schon ohnedem sich aus Tradition und persönlichem Bedürfnis zur Kirche halten? Wollen Sie die Kirchentreuen besonders anfeuern zu noch größerer Kirchlichkeit? Das kann nicht Ihre Absicht sein, denn dazu braucht es nicht den deutschen evangelischen Kirchentag!

Oder wenden Sie sich an die breiten Schichten in unserer Kirche, die zwar die Kirchensteuer noch zahlen, aber keinen inneren, nicht einmal einen traditionellen Anteil an dem Leben der Kirche und an den von ihr angebotenen Heilsgütern nehmen? Wenden Sie sich an diese Schichten, die sich aus Gewohnheit, aus bürgerlichen muss und aus einem noch nicht überwundenen Trägheitsmoment heraus zur kirchlichen Organisation zählen, die ihre Kinder taufen und konfirmieren lassen, die kirchliche Trauung und Beerdigung als feierliche Formen, ohne die man in Verlegenheit kommen würde, hinnehmen und fordern? Glauben Sie, daß auch nur einer aus

dieser Masse sich durch Ihre feierliche Kundgebung wird in seiner Einstellung beeinflussen lassen, daß auch nur einer den tieferen Sinn der Kundgebung verstehen und innerlich verarbeiten wird?

Eine dritte Möglichkeit: Sie wenden sich ad urbem et orbem (an alle Welt): an die katholische Kirche, um ihr zu sagen, daß wir nicht daran denken, uns das Recht und die Kraft zur Kirchenbildung und Kirchenerhaltung nehmen zu lassen; an die Freidenker zum Zeichen, daß wir fest zum Evangelium stehen; an den Staat, um ihm zu beweisen, daß wir auch nach der formalen Trennung von Kirche und Staat durch die Verfassung noch existieren?

Sie werden sich bei ruhiger Betrachtung der tatsächlichen Situation sagen müssen, meine Herren, daß sich weder die katholische Kirche, noch die Freidenker, noch der Staat von einer solchen Kundgebung werden imponieren lassen. Sie müssten schon mit uns zusammen dafür sorgen, daß die evangelische Kirche die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben entschlossen anfasst, etwas tut, um die Neugestaltung des Lebens mit durchzuführen; dann würde die katholische Kirche aufhorchen und um ihren Einfluss fürchten. Sie müssten den Freidenkern die Möglichkeit nehmen, daß sie mit Recht von der reaktionären Einstellung der evangelischen Kirche zu den Dingen und Aufgaben dieser Welt reden können, um ihnen auch Respekt vor den übersinnlichen Wahrheiten, die wir zu verkünden haben, beizubringen. Sie müssten mit uns zusammen die vollkommene, auch die finanzielle Trennung der Kirche vom Staate zu erreichen trachten, damit die Kirche das Gewissen unserer Zeit auch dem gegenwärtigen Staate gegenüber sein könnte.

Eine zweite Frage! Was verstehen Sie unter Treue zur Kirche? Sie müssen darunter dem ganzen Sinn der Kundgebung nach verstehen die energische Zustimmung zu der Art des heutigen kirchlichen Betriebs, die „Kirchlichkeit“, die sich nicht nur im regelmäßig besuchten Gottesdienst, in der kritiklosen Zustimmung zu allen Maßnahmen des geistlichen Regiments und der periodischen Teilnahme am Abendmahl zeigt, sondern auch darüber hinaus die Mitgliedschaft in den kirchlichen Verbänden und Vereinen für ein Zeichen besonderer Frömmigkeit hält.

Es ist traurig, daß der Normal- und Idealtyp des kirchentreuen Christen im evangelischen Bund, im Gustav-Adolf-Verein, im Männerverein auch Mitglied sein soll. Seine wirtschaftlichen Interessen vertritt er ohne Anmaßung und in gemäßigter Weise im evangelischen Arbeiterverein, in der christlichen Gewerkschaft, seine politischen Rechte aber in der Deutschnationalen Partei oder neuerdings im Christlich-Sozialen Volksdienst. Sein internationales Verständnis erweist sich im „Verein für das Auslandsdeutschtum“. Selbstverständlich tritt er für die Konfessionsschule ein, für dieses „letzte Bollwerk des Christentums gegen den Unglauben“. Der kirchentreue Mann, die kirchentreue Frau ist selbstverständlich antisozialistisch und überzeugt davon, daß Gott ein für alle Mal die auf dem heiligen Recht der Persönlichkeit aufgebaute Privatwirtschaft, „das heilige Privateigentum“, vor allem Umsturz bewahrt wissen will.

Eine dritte Frage. Warum wehren Sie sich so ausdrücklich dagegen, daß evangelische Frömmigkeit in ihrer Konsequenz die Entkirchlichung des Christentums fordere? Warum bleiben Sie auch heute noch, nach 400 Jahren, bei der Halbheit, die damals revolutionär und das äußerst Erreichbare gegen den Absolutismus des Papsttums gewesen ist, heute aber Stillstand und Rückschritt des Protestantismus bedeutet, Rückschritt nämlich zu einem Liebäugeln mit dem autoritären Kirchenbegriff des Katholizismus, zu einem Liliputkatholizismus, der unsere Kirche in den bewusst evangelischen Kreisen um den Rest des Vertrauens zu ihr bringen muss.

Eine vierte Frage. Können Sie hier im Rahmen der deutschen evangelischen Kirchen überhaupt sprechen? Wer ist die evangelische Kirche? Die kirchenpolitischen Gruppen und deren Vertreter im Kirchentag, die voneinander sehr verschiedene Auffassungen haben auch über das Wesen und die Aufgaben der Kirche? Sind die Theologen, die hier in überwältigender Mehrheit anwesend sind, die Kirche, und welche Gruppe unter ihnen hat den richtigen Kirchenbegriff? Welche der Theologenschulen, die heute lehren, ist die maßgebende? Die Vorträge der Herren Profes-

soren auf dieser Tagung des Kirchentages waren so verschieden voneinander, daß man nicht weiß, wo nun die Wahrheit sei.

Wem sollen wir folgen? Herrn Professor Althaus, Herrn D. Rendtorff, Herrn Präses D. Wolff, oder Herrn Professor Brunstäd? Kann der Kundgebungsausschuss, in dem heiß um diese Erklärungen gerungen wurde, glauben, er sei die Kirche?

Sind die Hunderttausende von evangelischen Christen und Kirchengliedern, die mit der gegenwärtigen Führung der Kirchen und der gegenwärtigen Theologie nicht im Geringsten einverstanden sind – nicht etwa aus Kritiklust, sondern aus lebendiger Frömmigkeit –, nicht auch Kirche??

Ich bezweifle, daß Sie hier im Namen der Evangelischen Kirche sprechen können. Es gibt nach meiner Auffassung im Augenblick überhaupt keine Stelle, die im Namen der evangelischen Kirche sprechen könnte.

Aber Sie wollen die Erklärung, wie wir vorhin vom Herrn Berichterstatter gehört haben, hinausgeben, um inmitten des tosenden Kampfes der Interessen- und Machtgruppierungen im politisch-wirtschaftlichen Leben eine Insel der Zuflucht, eine Gemeinschaft im Geiste, zu ermöglichen. Sie wollen wenigstens dazu aufrufen. Sie sprechen darum auch in diesem Sinne von der Volkskirche, in der alle gleich seien, in der es kein Ansehen der Person, keine Politik und keine Stellungnahme zu den Fragen des Wirtschaftslebens gibt. Zugleich aber nehmen Sie einstimmig Kundgebungen an zum Friedensvertrag von Versailles, zur Russlandfrage, zur Ostmarkfrage, zur Rheinlandbefreiung, sprechen sich für den Wirtschaftsfrieden, der natürlich die bestehende Wirtschaftsunordnung vor dem drohenden Kriegszustand retten soll. Sind das keine politischen Fragen? Ist das kein Stellungnehmen zu den Fragen des Kampfes um die Art der Wirtschaft und der Ordnung unserer Gesellschaft? Trotzdem, Sie wollen in der Kirche die Harmonie, die Überwindung, die Überbietung aller Gegensätze des sozialen Lebens; sie wollen die christliche Gemeinschaft!

Ein schöner, großer Gedanke, unser tiefster Wunsch – die in Christus geeinigte Gemeinschaft aller, die guten Willens sind.

Aber meine Herren, es ist eine Utopie im besten Falle, von einer solchen Gemeinschaft heute in unserer Kirche zu reden, es ist eine Schwärmerei, eine Wunschvorstellung, die Sie in Gedanken realisieren; es ist geistliche Romantik, wenn Sie davon reden.

Sie werden mir das nicht zugestehen wollen, umso mehr, weil Sie offensichtlich die kirchliche Wirtschaft für sich haben. Beinahe wäre es ja auch wieder auf diesem Kirchentag zu dieser alles umfassenden, scheinbaren Harmonie gekommen, wenn ich nicht zu Ihrem Leidwesen da wäre und von einer ganz anderen Auffassung über die uns allen wichtigen Dinge gesprochen hätte.

Im Allgemeinen ist es nämlich in unserer Kirche und innerhalb des kirchlichen Lebens im weiteren Sinne so, daß man keine Gegensätze mehr merkt. Die sich z. Zt. verjüngen wollende Orthodoxie und der sich seines geruhsamen Alters immer mehr bewusste Liberalismus treffen sich auf der mittleren Linie. Man ist sich theoretisch wenigstens darüber einig, daß sowohl die patriarchalisch-konservative Frömmigkeit des Urluthertums wie die individualistische Frömmigkeitshaltung der liberalen Sturm- und Drangperiode endgültig vorüber sei. Auf dem Gebiet der Lehrstreitigkeiten ist es still geworden; man sucht auch da einen modus vivendi (Lebensmöglichkeit); nur gelegentlich streitet man sich noch über das Maß des gegenseitigen Nachgebenmüssens, wobei die Liberalen regelmäßig unterliegen.

Aber meine Herren, diese Kampflosigkeit, dieses Müdegewordensein der einst so streitbaren Theologen und Parteiführer, die sich über die kirchlichen Körperschaften in Land und Gemeinde bis in das Kirchenvolk hineingesenkt hat, ist nicht Gemeinschaft!

Die Einträchtigkeit der beiden großen bürgerlichen Gruppen, die scheinbare Gemeinschaft, kommt daher, daß beide Gruppen in Verteidigungsstellung gedrängt sind, daß neue uneingrenzbare Kräfte lebendiger christlicher Frömmigkeit aufbrechen, die alles in Frage stellen, was 400 Jahre lang die Formen der Kirche und ihre Betätigung bestimmte, was kirchliches Herkommen geworden ist.

Täuschen Sie sich darüber nicht; wenn diese Kräfte, die heute noch sehr zerstreut, sehr gehemmt sind, sich zusammengefunden haben werden, in Leid und Gebet geklärt und stark geworden sind, dann muss auch in unserer Kirche und nicht nur in ihr der Kampf beginnen um die tatsächliche Erneuerung der christlichen Kirche überhaupt in allen ihren historisch gewordenen Erscheinungsformen.

Die Träger dieses Kampfes werden nicht die Bischöfe, nicht Konsistorien, nicht die Besitzenden, nicht die Gebildeten, nicht das wohlanständige Bürgertum sein, nicht die Theologen und nicht die Gelehrten; es werden die Massen sein, die unter ihrem gegenwärtigen Schicksal körperlich und seelisch leiden und ins Licht drängen, und mit ihnen zusammen die Frommen, die als Stille im Lande nichts anderes wollen, als in Demut Gottes Willen zur Erfüllung zu bringen, und auf keine Stimme hören, die Frommen im Lande, die es nicht mehr fertig bringen, zu der Not der Brüder zu schweigen und sich dabei fromm vorzukommen.

Wir wollen nicht zu denen gehören, die vor dem Gericht Gottes, das kommen wird, auch über unsere Kirche kommen wird, zittern müssen, weil Sie mit offenen Ohren nicht hörten und mit sehenden Augen nicht sahen. Wir warnen darum, wir bitten Sie darum, nehmen Sie die Situation, in der unsere Kirche und alle Kirchen sind, ernster; sie ist gefährlich, und glauben Sie nicht, die ihr drohenden Gefahren durch Erklärungen und Aufrufe zur kirchlichen Treue, zur „Kirchlichkeit“, abwenden zu können.

Man wird Gott nicht hören in dem Sturm und dem Wetter, das kommen wird und muss nach seinem Willen; man wird ihn nicht hören im Feuer und Erdbeben des Umsturzes – so wenig wie Elias Gott darin hören konnte, als sein Herz danach verlangte –, aber im sanften Sausen nach dem Sturm, in den Zeiten des Neubauens, wird Gott wieder reden, wird sein Evangelium aufs Neue unter die Menschen fallen, und es wird wieder Kirche werden – die Kirche Gottes, die Wohnung Gottes unter den Menschen in ihren Seelen.

Wir halten es also, um es noch einmal zu sagen, für eine gefährliche Illusion, von Ihren Erklärungen eine Erneuerung unserer Kirche, eine Stärkung des kirchlichen Lebens zu erwarten.

Sie würden besser schweigen, aus der Vergangenheit lernen, die Fehler ausmerzen, das Kommende und von Gott uns Aufgetragene erkennen – und dann erst, wenn die Kirche den radikal neuen Standort gefunden hat, – dann reden – dann handeln.

Das wäre ein Bekenntnis; das müsste ein Bekenntnis sein gegen die heute in der Welt Mächtigen, gegen die, die heute Gottes Wort unter Menschengetue verschütten, gegen die, die heute mit Gottes Wort Schindluder treiben und es missbrauchen, um ihren Vorteil und ihre Macht zu sichern.

Dann wird Bekenntnis werden zur Kirche Gottes, zur Kirche Jesu Christi, die nicht untergehen kann, die das Leben der Menschen auch in seinen neuen Formen bestimmen wird aus dem Born der ewigen Kräfte des Heiligen Geistes.

Rede, die Eckert auf dem deutschen evangelischen Kirchentag nicht halten konnte, weil dessen Mehrheit unter Zustimmung des Präsidenten ihm das Wort durch einen Antrag auf Schluss der Debatte entzog. In: *Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes* (*SAV*), 12. Jg., Nr. 29 vom 20. Juli 1930, S. 225-228. Nachgedruckt in: F.-M. Balzer (Hrsg.), Protestantismus und Antifaschismus vor 1933, Bonn 2011, S. 103-108.

Gert Wendelborn: Zu der nicht gehaltenen Rede Erwin Eckerts auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag 1930

Wichtig ist, so denke ich, die eigentliche Stoßrichtung zu erfassen, das, was er eigentlich mit seinen Bemerkungen sagen wollte, in der Antithese und in dem, was ihm als positives Ziel vor Augen steht. Auf jeden Fall ist seine Antithese gerichtet gegen die bestehende Kirche, so wie er sie gegen Ende der Weimarer Republik vorfindet. Er sagt sehr deutlich, daß dies eine Kirche sei, die weithin Gefangene des bestehenden Systems und damit eines Ausbeutersystems sei. Er weist ungemein treffend darauf hin, daß der Eindruck erweckt wird, die allein bestehende Alternative sei die zwischen dem konservativ-positiven und dem liberalen Flügel der Institution Deutsche, und er weist völlig richtig darauf hin, daß es sich hier in Wahrheit gar nicht um eine Alternative handelt, sondern daß es hier weithin um einen Scheingegensatz gehe. Er weist dies historisch auf Grund der völlig richtigen Beobachtung nach, daß der Unterschied zwischen den konservativen und den liberalen Kräften in der Kirche immer geringer geworden sei. Bekanntlich ist dies ein Prozess, der in Parallele zu staatlichen Prozessen seit der Bismarckzeit, vor allen Dingen seit Gründung des Deutschen Reiches, verlaufen ist. Schon Bismarck hatte sich auf die Rechtsliberalen ebenso wie auf die Neukonservativen gestützt. Bekanntlich ist dieser Vorgang darin begründet, daß die Liberalen immer stärker ihr Ideal der 48er-Revolution aufgegeben hatten, daß sie erklärten, es habe sich damals um Illusionen gehandelt, die nicht in die Realität überführt werden könnten, und daß sie sich immer stärker dem Machtgesichtspunkt angeschlossen hatten, natürlich besonders seit Gründung des Deutschen Reiches. Wir finden dies besonders deutlich ausgesprochen bei Friedrich Naumann, der mit seinem Nationalsozialen Verein die These aufgestellt hatte, man müsse durch eine expansive Macht- und Kolonialpolitik die Mittel überhaupt erst bereitstellen, um dann im Inneren eine Sozialpolitik voll verwirklichen zu können. Dieser Trend ist weithin im Liberalismus vorhanden. Erwin Eckert weist auch völlig richtig darauf hin, daß weder die Konservativen noch die Liberalen in der Kirche bei ihrem alten Standpunkt stehen geblieben seien. Dies ist eine Erkenntnis, die man in der Kirchen-, Geistes- und Dogmengeschichtsforschung allgemein findet. Danach ist es seit etwa 1870 zu einer Umgruppierung bei den Liberalen gekommen, vor allen Dingen im Zeichen der Entstehung der Ritschl‘schen Schule unter Albrecht Ritschl. Diese hatte zweifellos Vorzüge gegenüber den früheren Liberalen, die sauber historisch denken konnte und die sich auch mit viel Recht, aber auch mit einigem Unrecht zurückbezog auf Martin Luther und damit auf die reformatorischen Ursprünge. Auch die Konservativen waren nicht dort stehen geblieben, wo sie standen; man spricht gern von der modern-positiven Theologie; freilich muss man sehen, daß es dort große Differenzen dann auch wieder gegeben hat auch in Bezug auf Macht und Polis. Einen Martin Kähler würde ich persönlich sehr viel positiver bewerten als einen Reinhold Seeberg, der geradezu neodarwinistisch Machtgesichtspunkte in seine theologische Ethik aufgenommen hat. Ich lese die völlig richtigen Feststellungen Eckerts, daß die Alternative hier nicht liege, weil die Unterschiede zwischen Konservativen und Liberalen immer kleiner geworden sind und im Grunde jetzt beide – und das würde auch gerade für die badische Kirchenleitung gelten – zu Vertretern einer Gewaltenteilung in der Institution Kirche geworden sind. Was mir noch wichtiger ist, da die von Erwin Eckert angestrebte Erneuerung der Kirche nicht im Zeichen dessen stehen kann, daß eine dieser beiden Establishment-Gruppierungen in der Institution Kirche zur Herrschaft kommen.

Damit ist also auch gesagt, daß der theologische Liberalismus, so weitgefächert und komplex er ist, in sich in Wahrheit nicht die Kraft hat, eine wirkliche Erneuerung der Kirche herbeizuführen. Er hat manches Gute als Nachfolger der Aufklärung getan zur Durchsetzung von Geistesfreiheit in der Kirche, hat in gewisser Weise dafür gesorgt, daß gewisse demokratische Spielregeln, etwa in Synoden, einzogen. Ich denke an die Thüringer Landessynode, wo dies vielleicht am deutlichsten war, sogar mit der Übernahme des Fraktionssystems in die Synode. Aber die reformatorische Alternative lag hier gewiss nicht vor. Dafür war der Substanzschwund in

geistlich-theologischer Hinsicht nun doch aufs Ganze gesehen zu groß. Eine Anpassung an gewisse Säkularisierungstrends lag nun doch eben auch im Gefälle der liberalen Theologie, die bei extremen Spielarten des theologischen Liberalismus zu einer fast völligen Substanzpreisgabe des eigentlich christlichen Glaubens geführt hat, extremen Gruppierungen, die freilich in der Minderheit blieben, aber doch einen schleichenden Trend anzeigten. Vor allen Dingen aber würde ich sagen, daß auch das wirklich Kirchenkritische dem Liberalismus zu dieser Zeit schon sehr weithin abhandengekommen war. Sie waren jetzt eine Gruppierung, die mit den Konservativen die Gewalt in der Kirche teilte. Sie waren im Grunde zu einem Bestandteil des klerikalen Establishments geworden. Sie waren ein Stück Amtskirche geworden, ganz besonders natürlich auch an manchen theologischen Fakultäten vertreten, und sie sahen auch gar nicht die Notwendigkeit zu einer wirklichen geistlichen Umstrukturierung der Kirche von unten, zu einer geistlichen Erneuerung und Reformation zu kommen. Der späte Karl Barth hat einmal gesagt, die Liberalen müssten ihm liberaler, freiheitlicher sein, wenn er an sie glauben sollte.

Damit ist, glaube ich, etwas sehr Wichtiges gesagt. Die Liberalen waren sehr kritisch, sagen wir in Bezug auf exegetische, neutestamentliche Ergebnisse. Sie konnten im Extrem alles bis hin zu Gott in Frage stellen; sie taten sich aber merkwürdig schwer damit, die sichtbare Kirche in Frage zu stellen, denn hier war die Macht gruppiert und zentriert, und damit arrangierten sie sich lieber, als daß sie sie angriffen. Daß eine liberale Theologie durchaus nicht im Gegensatz zu einem Klerikalismus stehen mußte, das hat kein anderer so deutlich gezeigt wie Otto Dibelius. Otto Dibelius war dogmatisch gesehen von keinem stärker als von Adolf von Harnack beeinflusst, einem sehr ehrenwerten großen Vertreter des theologischen Liberalismus. Er war aber in seiner Kirchenpolitik und damit in seiner eigentlichen Stoßrichtung ganz entscheidend von Adolf Stoecker beeinflusst, und Stoecker kam ganz aus dem konservativen Lager und war ein besonders demagogischer und gefährlicher Vertreter einer neuen Welle innerhalb dieses Konservatismus, wo man sich sogar dem Antisemitismus gegenüber aufschloss. Bei Stoecker ist es geradezu so, daß er auch demagogisch und massenwirksam gewisse Dinge, die später die Nazis, die Faschisten betrieben haben, als erster einzuüben versuchte. Und obgleich er mit seiner Partei im Wesentlichen scheiterte, darf man dies nicht verkennen. Auch sein Antisemitismus ist nichts Abstraktes, sondern liegt in diesem Gefälle drin. Es geht im Grunde um das Kleinbürgertum, das man gewinnen will. Man will es für die Herrschenden nutzen, aber mit einer gewissen sozialen Demagogie und so, daß man zugleich einen Sündenbock für die Fehler und Gebrechen des Kapitalismus suchen mußte, und das sollten eben, wie später bei den Nazis, zum Teil schon gleichzeitig mit den antisemitisch Rechtsradikalen die Juden sein.

Ich sage dies alles nur, um damit zu zeigen: Erwin Eckerts Erkenntnis in dieser Hinsicht ist goldrichtig, und sie ist umso höher zu bewerten, als eigentlich sonst keiner damals eine solche Erkenntnis ausgesprochen hat. In gewisser Weise liegt sie freilich auch im Gefälle der Neubesinnung durch Karl Barth, also dessen, was man gemeinhin die dialektische Theologie nennt, aber abgesehen davon, daß er gelegentlich das Missverständnis, ein Neoorthodoxer zu sein, doch nicht ausgeschlossen hat, sind seine Erkenntnisse eigentlich geschichtswirksam erst in der Bekennenden Kirche geworden mit einer gewissen notwendigen Phasenverschiebung. Immerhin hatte auch Karl Barth bereits in seinem zornigen Aufsatz „Quousque tandem“ nicht zufällig gegen Otto Dibelius sein Kirchenverständnis dem Dibelianismus, dem kirchlichen Triumphalismus von Dibelius’ Werk „Das Jahrhundert der Kirche“, entgegengestellt. Insofern also ist es sehr wichtig und bedeutsam, sich heute auf Eckert neu zu besinnen, zumal seine positive Zielrichtung die gelegentlich durch seine Polemik etwas versteckte eigentlich wichtige Sache ist. Und hier wäre auch darauf hinzuweisen, daß man sich natürlich zur Zeit des Nürnberger Kirchentages bereits am Anfang der letzten Periode der Weimarer Republik befindet. Sie ist deutlich unterschieden von den vorhergehenden Zeiten, ganz besonders natürlich der mittleren Periode der relativen Stabilisierung von 1924 bis 1929, die auch dadurch gekennzeichnet war, daß die Altkonservativen der Deutsch-Nationalen Volkspartei (DNVP) im Sinken ihres Einflusses

begriffen waren und daß die sogenannten Völkischen und damit die Neukonservativen, die Rassistischen immer stärker an Boden gewannen. Es ist gar nicht zu verkennen, daß selbst so bedeutende Theologen wie Friedrich Gogarten – gar nicht zu reden von anderen wie Paul Althaus in dieser Zeit – den starken Staat unaufhörlich forderten, gegen die Ächtung der Autorität sich sehr polemisch äußerten. Das alles liegt auf der Hand und hatte seine gravierenden Auswirkungen.

Gegen den Eindruck, Eckert habe überpointiert in seiner Polemik und sei der eigentliche Störenfried in der Kirche gewesen, muss eingewandt werden, daß auch hier Ursache und Wirkung nicht verwechselt werden dürfen. Der Kirchenkampf, den man meist auf die Nazizeit begrenzt, hat in Wahrheit nicht erst 1933 begonnen, sondern man könnte wohl sagen mit dem Vorgehen gegen Eckert mit einem besonderen Höhepunkt nun auch auf dem Nürnberger Kirchentag, aber auch durch den so bekannten Fall Günther Dehn bereits in vollen Gang gesetzt wurde. Es ist, glaube ich, auch in Wahrheit nicht nur eine Vorgeschichte, sondern der Kirchenkampf war bereits vollständig entbrannt. Erwin Eckert hat die Notwendigkeit einer Entscheidung in dieser Phase selbstverständlich besonders empfunden, weil auch sein politisches Feeling ganz besonders entwickelt war. Konkret gesagt, er sah wie wenige andere die Gefahr des menschenverachtenden Faschismus, und er sah, was für verheerende Auswirkungen das für Deutschland und viele andere Länder haben würde. Obgleich sie sich noch ein bisschen zierte und zunächst andere Spielarten des Faschismus mehr klerikalfaschistischer Art vorgezogen hätte, öffnete die Kirche sich in dieser Zeit immer mehr dem deutschen Faschismus. Obgleich auch zu dieser Zeit noch nicht deutlich war, daß die Hitler‘sche Variante sich durchsetzen würde, war doch deutlich, daß sie, die sich zu allen Zeiten hermetisch nach links abgeschlossen, aber prinzipienlos nach rechts offengehalten hatte, nun also völlig dabei war, jedes Gefühl zu verlieren dafür, daß Kreuz und Hakenkreuz in einem unüberwindbaren Gegensatz zueinanderstehen. Gewisse Töne dieser Art hatte es sogar auf dem vorhergehenden Kirchentag in Königsberg 1927 bereits gegeben, und zwar gerade durch das Referat von Paul Althaus, in dem frühe völkische, gefährliche Töne bereits sehr deutlich sind. Es war auch kein Zufall gewesen, daß jener Kirchentag sich in Königsberg versammelt hatte, wo man meinte, dieses Gebiet sei künstlich vom Reichsganzen abgespalten, indem der polnische Korridor dazwischen liege. Also: das wache, prophetische Wahrnehmen der ganzen Gefahr, die mit dem deutschen Faschismus auf die deutsche Gesellschaft und auf die deutsche Kirche zukam, war bei Eckert ein besonders drängendes Moment seines Engagements. Er sah auch richtig, daß hier im Grunde nur das Verhaftetsein der Institution Kirche in die bürgerliche Ausbeutergesellschaft eine „neue Qualität“ erreiche, anders gesagt, daß das Inhumane, das Barbarische der Ausbeutergesellschaft hier verbrecherisch unverhüllt hervortrete, was in einer bürgerlich-demokratischen Gesellschaft noch weithin verhüllt ist. Und insofern ist freilich auch zu sagen, daß hier nicht nur politische, sondern eben auch geistliche und ethische Gesichtspunkte bei ihm in einer innigen Verwobenheit miteinander vorliegen. Indem er sich gegen den Faschismus wandte, und zwar einschränkungslos und kompromisslos, fällte er natürlich auch eine durch und durch ethische Entscheidung im Zeichen einer Humanität, und zwar, das ist zu betonen, einer kämpferischen Humanität. Ganz gewiss war Eckert ein Humanist in der Beherzigung marxistischer Gesichtspunkte, aber auch in der Übernahme eines biblischen Entscheidungspathos, das sich auf fast jeder Seite der Bibel findet. Hier wird gesagt, man müsse ja oder nein sagen, also nicht auf beiden Seiten hinken, dürfe nicht lauwarm sein, weil Gott die Lauwarmen ausspeien wolle, sondern müsse heiß oder kalt sein. Ganz gewiss ist es zugleich sozialistischer Humanismus und christliches Entscheidungspathos, das hier auch bei Eckert dahintersteht.

Nun freilich ist zu fragen, wie Eckert sich selber die Kirche der Zukunft vorstellte. Hier wäre, denke ich, heute differenziert zu antworten. Hier muss man eigenständig sowohl auf dem Hintergrund der vielen Jahrzehnte, die inzwischen vergangen sind, und unter Berücksichtigung der jeweiligen politischen und geistlich-theologischen Erkenntnisse Stellung beziehen. Denn so

deutlich Eckert erkannt hatte, daß der theologische Liberalismus keine reformatorische Alternative ist, ist freilich zu fragen, ob in seinem Verständnis des christlichen Glaubens nicht doch gewisse, im weitesten Sinne liberale Elemente enthalten bleiben. Mir scheint dies durchaus der Fall zu sein, was ganz gewiss auch keine Schande ist, was übrigens auch sehr für die Komplexität des theologischen Liberalismus spricht. Es konnten sich im theologischen Liberalismus schon aufgrund seiner Betonung der Individualität sehr bedeutsame Unterschiede und gar Gegensätze herausbilden. Man kann eben nicht einen Gottfried Traub mit Emil Fuchs oder Erwin Eckert vergleichen, obgleich beide in gewisser Weise dem theologischen Liberalismus angehören. Und insofern ist es selbstverständlich, daß das Individualistische des theologischen Liberalismus von Eckert vollständig überwunden wurde im Sinne eines sozialistischen Gemeinschaftsgedankens. Trotzdem: gerade ein Satz in seiner Rede scheint mir Anklänge an Richard Rothe zu haben. Richard Rothe im 19. Jahrhundert war ein interessanter Mann, in seiner Weise ein Einzelgänger. Er war einerseits ein sehr frommer Mann, gespeist vom theologischen Pietismus, und er war andererseits ein Hegelianer, der das hegelianische These-Antithese-Synthese-Denken nun auf die kirchengeschichtliche Entwicklung der Zukunft übertrug. Bekanntlich hat Richard Rothe die These gewagt, daß die Institution Kirche in Zukunft verschwinden werde, sich selber auflösen werde, aber nur eben in dem Sinne, daß sie als Sauerteig in der ganzen Gesellschaft aufgehe und ein notwendiges Ferment, das eigentlich geistig Befruchtende und ein Fundament lieferndes Element der neuen Gesellschaft sein sollte. Er meinte, daß dies im Gefälle der Entwicklung des Protestantismus überhaupt liege, in der Reformation aus historischen Gründen noch nicht voll entfaltet; jetzt aber sei man geradezu in Pflicht genommen, diese Aufgabe wahrzunehmen.

Über eine solche These, die in einigen wenigen Sätzen bei Eckert eine deutliche Parallele oder Gefolgschaft hat, ist natürlich zu streiten. Ich denke auch nicht, daß sie theologisch ganz richtig ist, so gewiss man sich auf Jesus selber berufen kann, wenn man von der Sauerteigfunktion des Glaubens spricht. So gewiss die Weltverantwortung und damit das Politische im umfassendsten Sinne untrennbar mit dem Glauben verknüpft ist, so gewiss kann man sagen, daß die Ethik und damit auch das politische Verhalten eines Christen gleichsam die der Welt zugewandte sichtbare Seite des Glaubens ist. Zugleich muss man sagen, daß es auch eine illegitime Politisierung und damit Verweltlichung des Glaubens gibt, und ich denke nicht, daß es Aufgabe von Christen sein sollte, die Kirche als solche aufzulösen, sondern daß man sich auch auf Jesus beruft, wenn man sagt: die kleine Herde muss bleiben. Es ist in gewisser Weise enthusiastisch-schwärmerisch, wenn man erwartet, daß die Gesellschaft als ganze vom Geist Jesu geprägt werden könnte; es bleibt immer die Sache der *mikroi*, der Kleinen und auch der kleinen Schar, um mit dem Matthäus-Evangelium zu reden, die Sache Jesu weiter zu tragen. Die Kirche, so denke ich, ist unverzichtbar. Nun darf man es sich freilich nicht leichtmachen, denn Eckert dürfte sehr weithin auch darin im Recht sein, daß, wenn man Kirche sagt und denkt, man nicht primär an die Institution Kirche denken sollte, sondern an das Geistliche, das, was tiefer geht als die Institution. Dies ist im evangelischen Rahmen immer einmal wieder ausgesprochen worden, indem Institution und Gemeinschaft der Heiligen jedenfalls unterschieden werden, wenn sie auch nicht geschieden werden. Das haben auch anerkannte Theologen der evangelischen Kirche noch in diesem Jahrhundert sehr deutlich gesagt, etwa Emil Brunner in seinem Buch „Vom Missverständnis der Kirche“. Die eigentliche Kirche ist natürlich nicht die Institution, die dienenden Charakter für das Eigentliche haben sollte, aber immer auch dem gefährlichen Trend ausgesetzt ist, daß sie sich selber absolut erklärt. Die eigentliche Kirche ist selbstverständlich die Gemeinschaft der Glaubenden, die Gemeinschaft der Heiligen, wenn man denn so will, die communio sanctorum. Sie ist daraufhin zu hinterfragen, ob sie eigentlich gefasst ist in dem Gegensatz von sichtbarer und unsichtbarer Kirche oder ob es nicht, aber da wären wir wieder mit Eckert einer Meinung, gerade darauf ankäme, nun auch die Reformation so durchzuführen, daß sie in die reale Kirche, auch in die verfasste Kirche eingreift. Dafür, daß ein paar fromme

Seelen gleichsam an der Kirche, der Organisation Kirche, vorbei ihren Glauben pflegen, waren Liberale stets offen gewesen. Aber Eckert sieht völlig richtig, und auch die Bekennende Kirche hat gesehen, daß die Reformation bis in die Organisation hinein durchzuführen ist. Die Barmer Theologische Erklärung hat das in ihrem letzten Artikel daraufhin zugespitzt, daß die Ordnung der Kirche ihrer Botschaft zu entsprechen hat, daß sie also durchaus nicht beliebig ist, daß sie zwar variabel ist, aber jeweils zu fragen ist, welche Organisationsform und welche Strukturen der auszurichtenden Botschaft am besten entsprechen.

Ja, also hier würde ich mich differenziert äußern, würde ganz in erster Linie auch wieder zum Wahrnehmen dessen, was Eckert gewollt hat, ja sagen, würde freilich zugleich fragen, ob nicht gewisse liberale Eierschalen bei ihm drin sind, möchte das sogar dahin zuspitzen, daß dies auch sein Verhältnis zum Religiösen betrifft. Ein Satz sagt das sehr deutlich, daß er durchaus ein durch und durch religiöser Mensch war. Ich würde also gerade nicht, wie es ihm meist vorgeworfen wird, das Problem darin sehen, daß er seinen Glauben aufgegeben hätte, wie er ihn verstand, und zum reinen Politiker geworden wäre. Mit zahlreichen seiner Äußerungen könnte man belegen, daß dies nicht der Fall war. Aber in gewisser Weise ist er in der Feststellung, die er in dieser Rede trifft, für den Aufbau einer neuen sozialistischen Gesellschaft sei der christliche Glaube das notwendige geistige Ferment, noch ein Mensch des 19. und nicht des 20. Jahrhunderts. Gerade das Scheitern des Sozialismus in seinem ersten Realisationsversuch weist darauf hin, daß in der Tat offenbar eine geistig-sittliche Substanz der Erbauer vorhanden sein muss, die, um mit der Bultmann-Schule zu reden, existentiellen Charakter hat, die also ein ganzes Leben formt, wie das von anderen Voraussetzungen her auch die Pietisten mit Begriffen wie Heiligung u. ä. betont haben. Der Glaube ist nicht nur eine Sache des Kopfes, sondern eine Sache auch des Herzens und des gesamten Menschseins, und wenn dieses Erfasstsein des ganzen Menschen nun auch für die gesellschaftliche Aufgabe nicht erfolgt, dann wird das notwendig auch zu Stagnationen und wohl auch zu gewissen Verfallserscheinungen führen. Auch darüber wäre neu nachzudenken. Sowohl aus zeitgeschichtlichen als auch aus theologischen Gründen ist über Eckert noch hinauszugehen. Denn einerseits ist uns in allen entwickelten Industrieländern die Säkularisierung aufgegeben als Tatbestand und als zu bewältigende Aufgabe. Das heißt, es ist auch in absehbarer Zukunft nicht vorstellbar, daß die übergroße Mehrheit der Menschen von einer gleichsam geistlichen Entscheidung her an einen Gesellschaftsaufbau geht, sondern wir müssen damit rechnen, daß der allergrößte Teil der Menschen vom christlichen Glauben nur schwach oder gar nicht erfaßt ist.

Was die Einstellung zur Religion und zur Säkularisierung betrifft, so glaube ich, daß zum Beispiel Dietrich Bonhoeffer, vor allem in seinen Gefängnisbriefen, mit seinem freilich hinterfragbaren Programm der nichtreligiösen Interpretation des Wortes Gottes nun doch noch einen erheblichen Schritt über Eckert hinausgegangen ist. Bonhoeffer stützt sich dabei großenteils auf den antireligiösen Kampf und auf die qualitative Gegenüberstellung von Religion und christlichem Glauben, wie sie bei Karl Barth nach dem Ersten Weltkrieg vorliegt, obgleich es bei Bonhoeffer eine ganz originale Weiterführung ist. Also hier könnte man in der Tat die Frage stellen: „Kann die Religion in direkter Weise für die Bevölkerung der geistige Stoff sein, auf dem die neue Gesellschaft aufgebaut wird?“ Das dürfte in einer langen, langen Säkularisierungsphase, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist, unmöglich sein. Abgesehen von der zeitgeschichtlichen Diagnose der Säkularisierung ergibt sich auch in absehbarer Zukunft die Frage, ob das Geistliche und das Staatlich-Politische noch stärker voneinander unterschieden werden müssten. Das hängt wieder damit zusammen, daß zwar bei Eckert durchaus nicht das Politische und das Geistliche identifiziert, sondern wohl unterschieden werden, daß sie aber in engster Nähe zueinanderstehen. Einerseits ist zu sagen, daß ein deutlicher Überhang des Geistlichen bei ihm da ist über das direkt Politische hinaus; andererseits aber werden beide sehr eng aneinandergekoppelt, und insofern liegt doch zumindest ein gewisser Trend zu einer Bindestrich-Theologie vor, freilich im Sinne von christlich-sozial, und das ist natürlich hundertmal besser

als etwa christlich-national. Trotzdem ist zu durchdenken, ob Barth mit dem, was er eigentlich gewollt hat, als er gegen alle Bindestrich-Theologie kämpfte, nicht doch recht hat, daß der Glaube in einem solchen Maße Eigenbedeutung und Eigengewicht hat, daß er für gar nichts, nicht einmal für das beste Irdische, instrumentalisiert werden sollte.

Indem ich dies sage, fällt mir natürlich zugleich wieder ein, daß es eine ganz legitime Weltverantwortung des Christen gibt, daß das Politische die der Welt zugewandte Seite des Glaubens ist, mittels deren wir Nächstenliebe im überindividuellen Ausmaß praktizieren können und müssen, und insofern ist Eckert natürlich wieder vollständig legitim. Man könnte sagen, daß er Nächstenliebe in gesellschaftlichen Dimensionen in richtiger, in prophetischer Weise praktizieren und dafür die ganze Gemeinschaft inspirieren wollte.

Damit ist auch das Stichwort des Prophetischen gefallen. Ich denke schon, daß das Prophetische und damit etwas legitim Geistliches bei Eckert eine große Rolle spielt, und das dürfte festzuhalten sein. Es gibt die priesterliche Seite des Glaubens, die vielleicht bei ihm schwächer ausgebildet ist, und es gibt die prophetische, die die Institution Kirche meist vernachlässigt hat. Dabei liegt mir daran, noch einmal auf das Wesen des Prophetischen hinzuweisen. Der Prophet ist nicht nur vom Priester unterschieden; er ist auch vom Apokalyptiker unterschieden. Das Prophetische ist nicht die Verneinung des Irdischen, die Absage an das Irdische wie beim Apokalyptiker die Meinung, man stehe am Ende aller Zeiten, es sei mit der Welt Schluss, sie sei bankrott, sondern das echt Prophetische ist Zeitansage und will den Weg erhellen für die Schritte, die das Volk Gottes in nächster Zukunft zu gehen hat. In diesem Sinne gerade ist Eckert ein Erneuerer dessen, was die alttestamentlichen Propheten, die wahren Propheten, gewollt haben.

Aber nun gehe ich einfach noch einmal durch die entsprechenden Artikel und Berichte Eckerts im *Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes*. Da sehe ich zunächst einen Vorbericht in der Nr. 27. Er spricht davon, daß für einen lebendigen, frommen Christen die Lage, die sich auf dem Kirchentag dargestellt habe, niederschmetternd gewesen sei, gerade für einen solchen Christen, der eine zukünftige große Aufgabe der christlichen Kirche sieht. Er spricht davon, daß der neue, einstimmig gewählte Synodalpräsident, der Herr Graf Vitzthum von Eckstädt, Generalleutnant a. D., das EK I auf der Brust getragen und den Nachweis seiner Eignung zur Führung des deutschen evangelischen Kirchentages aus seiner über 40jährigen Tätigkeit als Offizier und General hergeleitet habe.

Die kirchliche Rechte müsse geradezu großen Wert darauflegen, das Kirchenvolk durch die Wahl solcher Männer zu provozieren. Offenbar, und hier spitzt er zu wie die echten Propheten des alten Gottesvolkes, wolle Gott unsere derzeit verantwortlichen Kirchenführer blind und taub machen gegen das, was auf der Tagesordnung steht; er wolle sie offenbar verstocken, damit umso deutlicher werde, daß es Gott ist, der gegen dieses verknöcherte Kirchenbeamtentum seine Kirche erneuert. Das sind Worte, die auch in ihrer Polemik sehr ähnlich klingen wie die Anklagen der alttestamentlichen Propheten gegen das Gottesvolk, die „offizielle Kirche“ ihrer Zeit.

Interessant ist dann, was er über die drei Gruppen der Synode sagt: Orthodoxe, Liberale und Vermittelnde. Es ist interessant, daß er den Versuch gemacht hat, sich der vermittelnden Gruppe anzuschließen, um auf diese Weise in einen Ausschuss zu kommen, was aber fehlgeschlagen ist. Er folgert daraus völlig richtig, daß er praktisch aus der Arbeit ausgeschaltet gewesen sei, während andere Mitglieder der Synode gleich in mehrere Ausschüsse gewählt wurden. Freilich hört man dann, daß die liberale Gruppe nachträglich bereit gewesen sei, ihn als Gast aufzunehmen, aber da waren die Ausschüsse schon gewählt. Interessant ist schon an dieser Stelle, was er zu der Erklärung der Synode gegen angebliche oder wirkliche Religionsverfolgung in der Sowjetunion sagt, ein Angriff auf die Russische Orthodoxe Kirche, sie habe die Seelen des

Proletariats verwüstet, weil sie im Dienst des Zarismus die Befreiung des Proletariats mitverhindern wollte. Das ist in dem zuvor schon genannten Zusammenhang sehr wichtig; im Grunde ist für ihn also die Russische Orthodoxe Kirche ein Pendant zur verbürgerlichten deutschen evangelischen Kirche; sie hat im Exzess unter dem Zarismus das praktiziert; sie war großenteils die Knute der Herrschenden gleichsam oder war doch mit ihnen im Bunde und muss nun die Folgen dafür tragen. Sie hat freilich in viel barbarischerer Weise noch als die deutsche Kirche dieses verhängnisvolle Bündnis praktiziert. Die Geistlichen hätten zu den Besitzenden gehört; das sei der Grund, daß sie heute als Konterrevolutionäre verfolgt würden, obgleich ihnen ihre objektive soziale gesellschaftliche Position gar nicht immer bewusst gewesen sei. Die meisten widersetzten sich noch heute der Kollektivierung.

Er spricht dann unter dem Punkt 5 in seinen Darlegungen, ich erwähne nur das hier, davon, daß die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eine seelenmordende, Christus verratende sei. Hier wird deutlich, daß er aus innersten Glaubensmotiven heraus die kapitalistische Ordnung angreift, sie verneint, weil er der völlig richtigen Überzeugung ist, daß der die kapitalistische Wirtschaft und Gesellschaft beherrschende Geist in diametralem Widerspruch zum Geist Christi, zur Nächstenliebe, zur sozialen Verantwortung, gerade auch für die Niedrigen, die da unten, die Marginalisierten, die um das Leben Betrogenen, steht. Er weist völlig richtig darauf hin, daß auch diese seelenmordende kapitalistische Gesellschaft in Wahrheit Christenverfolgung ist, so wie auch der Weltkrieg gegenseitige Christenverfolgung gewesen sei.

In diesem Zusammenhang findet sich auch ein klares Bekenntnis zu einer Friedensordnung auf Erden. Daran ist noch einmal ausdrücklich zu erinnern, denn auch das ist in der damaligen evangelischen Kirche die Ausnahme und nicht die Regel gewesen, obgleich es gelegentlich vorsichtige Trends hin dazu gegeben hat, etwa bei Kirchenmännern, die im Bund für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen mitgearbeitet haben, einige inkonsequente Trends sogar bei Otto Dibelius. Der etwa gleichzeitige Fall Dehn zeigt, wie bösartig die offizielle Kirche reagierte, wenn man in durchaus nicht abstrakt-pazifistischer Weise, sondern in einer sehr differenzierten Weise, wie Dehn es tat, für den Gedanken des Völkerfriedens eintrat und vor allen Dingen dafür, daß das Opfer Christi und das sinnlose Opfer im Krieg nicht in einer triumphalistischen und schwärmerischen Weise identifiziert würden.

Unter Punkt 6 übrigens hier schon bei Eckert der Aufruf an die Kirche, Buße zu tun, damit nicht auch über sie, die deutsche evangelische Kirche, das Gericht Gottes komme.

Ganz am Schluss erklärt er dann noch einmal programmatisch: es ist nur möglich, unsere Kirche zu erneuern und zu ertüchtigen für die Aufgaben der Zukunft, wenn wir, die religiösen Sozialisten, die tatsächliche Macht in ihr erkämpfen, sicher davon ausgehend, daß allein die religiösen Sozialisten über die prophetische Klarsicht der gegenwärtigen Stunde verfügen.

In der Nummer 28 des *Sonntagsblattes des arbeitenden Volkes* (SAV) findet sich dann die wirklich gehaltene Rede Eckerts zur Frage der Religionsverfolgung in der Sowjetunion, wo nun eine viel differenziertere und auch eine facettenreichere Stellungnahme zu diesem Phänomen da ist. In Russland sei vieles geschehen, was niemand mehr bedauere als ein verantwortungsbewusster Revolutionär. Er weist aber darauf hin, daß man durchaus nicht jedes Vorkommnis für eine von oben planmäßig vorgegebene Aktion halten könnte, so wenig Luther für alle Gräuel im Bauernkrieg verantwortlich war und so wenig Gräuel im Ersten Weltkrieg jeweils der Leitung des Heeres zugeschoben werden könnten. Die Verfolgungen hätten kulturelle, politische und wirtschaftliche Gründe. Die russischen Kirchen – dies auch ein theologisch sehr wichtiger und interessanter Gedanke – müssen diese Leidenszeit durchstehen. Später sagt er sogar, daß sie in gewisser Weise stellvertretend für andere Kirchen diese Leidenszeit durchstehen müssen. Obgleich er das nicht expliziert, ist sein Gedanke offenbar der völlig richtige theologische Gedanke, daß man im Leiden geläutert wird. Er möchte offenbar, daß die Russische Orthodoxe

Kirche gerade im Prozess ihrer Infragestellung zu einer Kirche von neuer Qualität geläutert wird und sich auch dann politisch richtig verhält. Es wird noch einmal expliziert, sie sei ein willenloses Werkzeug des Zarismus gewesen, sei zur systematischen Unterdrückung des proletarischen Freiheitskampfes, zur Verfolgung und Vernichtung der revolutionären Führer genutzt worden. Die deutschen Kirchen, der dazugehörige Gedanke, sind noch nicht in dieser Verfolgungssituation; sie haben noch eine Zeit, die die Russische Orthodoxe Kirche so nicht mehr hat; sie können noch umkehren, bevor sie in eine solche Lage geraten. Direkt steht dort der Satz im folgenden Absatz: „Noch ist es Zeit umzukehren." Und dann der interessante Gedanke: müsse man nicht wenigstens erwägen, daß die Leiden der Russischen Orthodoxen Kirche ein Gericht Gottes sein könnten? Dies ist natürlich etwas, was die offizielle Kirche immer mit größtem Protest gerade nicht bereit ist sich anzuhören. Ich habe da selber meine Erfahrungen, die ich mit einer Pfingstpredigt gemacht habe, als ich einen alttestamentlich-prophetischen Text auszulegen hatte: wir sitzen jetzt auf den Trümmern und damit auf dem Ergebnis unserer eigenen Irrwege. Dies will die offizielle Kirche kaum je hören, aber sie muss es sich von den wenigen Zeugen der wahren Kirche immer einmal wieder sagen lassen. Er weist dann darauf hin, daß sicher Maßnahmen gegen Christen in Russland auch angesichts einer nicht normalen Situation, angesichts dessen, daß man von einer Welt von Feinden umgeben sei, erfolgten. Noch immer meinten auch viele russische orthodoxe Christen offenbar, daß die Revolution des Teufels sei, daß Bolschewisten eine Ausgeburt der Hölle seien, so daß sie subjektiv sogar meinten, als Märtyrer für Christus zu sterben, obgleich sie doch Zentralen antirevolutionärer Konspirationen gewesen seien. Auch dies ist ein wichtiger Gedanke: selbst wer zum Opfer wird von Verfolgungen, der muss sich immer noch fragen, ob diese Verfolgung wirklich dem Christen, dem wahren Zeugen Gottes gilt, oder ob sie nicht dem gilt, der in einer falschen weltlichen, verweltlichten Konspiration mit der bisherigen Ausbeuterordnung gelebt hat.

Ganz klar dann die Feststellung: für mich ist der Bolschewismus nichts Teuflisches, Kollektivierung nichts Teuflisches, sondern ein neuer Weg zur Erfüllung der jeder menschlichen Gesellschaft gestellten Aufgabe, für alle, die guten Willens sind, ein menschenwürdiges Dasein zu erschließen. Er sagt damit, daß er die Oktoberrevolution und ihre Weiterführung für ein eigentlich positives Unternehmen, für das erste große Unternehmen der Menschheitsbefreiung hält und daß dies auch beispielhaft für andere sein sollte. Im Übrigen theologisch hier das interessante, tröstliche Argument, er glaube fest daran, daß Gott wirklich im Regiment sitzt und alles, auch das Geschehen in Russland, so führt, wie es für uns Menschen gut ist. Das richtet sich im Grunde gegen einen falschen Pessimismus in weltlichen Dingen und auch gegen einen Klerikalismus, der meint, daß man ohne irdische Stützen nicht in der Lage sei, das Evangelium auszurichten.

Noch der Weißenseer Arbeitskreis hat in seinen sieben Sätzen über die Freiheit der Kirche zum Dienen darauf hingewiesen, daß die Kirche sorglos um ihre eigene Zukunft sich einfach der Sache hingeben kann, für die Gott sie eingesetzt hat, weil er für die Kirche sorgt; deshalb braucht die Kirche keine falsche Sorgen um ihre Zukunft zu haben. Auch hier wird übrigens deutlich, daß religiös-sozialistische und bekenntniskirchliche, Barthianische Erkenntnisse von sehr verschiedenen Seiten zu einem gleichen richtigen Ergebnis kommen können, das der verfassten Kirche so schwer eingeht.

Der Bolschewismus könne letztlich nicht die Sache Gottes vernichten; er könne nur die faul gewordene Form der Kirche zerschlagen und helfe damit, ob er es wolle oder nicht, sogar dazu, ein ganz Neues zu bauen, Neues letztlich auch für die Erneuerung der Kirche. Eckert ruft darum auf zu einem Gebet, das den russischen Christen das Rückgrat stärke, aber nun eben nicht, sich weiterhin der Neuordnung des äußeren Lebens zu widersetzen, sondern selber umzukehren, um damit in die Lage versetzt zu werden, einen prophetischen Beitrag zu leisten, in dem unerhörten Ringen um die Erneuerung der Gesellschaft ihren Beitrag leisten zu können.

Gegen die ins Licht drängenden Massen dürfe man nicht eine angebliche, eine sogenannte christliche Kultur und Ordnung ausspielen, denn sie sei nur christlich verbrämte, bürgerlich-kapitalistisch materialistische Unkultur und Unordnung. Dabei findet sich der schöne Gedanke, daß die vermeintliche Ordnung des Herkömmlichen und Bestehenden in Wahrheit Unordnung ist und daß das, was gelegentlich in sehr dramatischen Formen sich an Neuem entwickelt, dem Aufbau einer wirklichen Ordnung dienen sollte und könnte und es auch tut.

Erstveröffentlichung

Gert Wendelborn: Die Stellung des deutschen Protestantismus zu Krieg und Frieden vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1945

Die erste Phase des Nationalprotestantismus

Anfang des 19. Jahrhunderts entstand die Frühform dessen, was die Kirchengeschichtsschreibung seit einiger Zeit Nationalprotestantismus zu nennen pflegt. War das 18. Jahrhundert im deutschen Protestantismus von der Aufklärung geprägt worden, so ist der Beginn des 19. Jahrhunderts das erste Beispiel einer Pluralität nebeneinander bestehender theologischer Schulen. Der Nationalprotestantismus, den es so zuvor nie gab, ist eine von ihnen.

Typisch für den frühen Nationalprotestantismus sind emanzipativ-demokratische Ziele, denen man nur zustimmen kann. Doch bestand von Anfang an die Gefahr, daß der Patriotismus zum Chauvinismus gesteigert wurde. In theologischer Hinsicht haben wir es mit einem recht problematischen Bindestrich zwischen evangelisch und national zu tun. Das sehen wir etwa am großen idealistischen Philosophen Johann Gottlieb Fichte (1762-1814). Unter den Augen französischer Besatzungstruppen weckte er seit 1807 in Berlin den Widerstandsgeist gerade der Studenten gegen den Usurpator. Er tat es auch in seinen „Reden an die deutsche Nation“ (1808). Wort und Tat stimmten bei ihm überein. Noch als 50jähriger schloss er sich 1812 der kämpfenden Truppe an, während seine Frau Helferin im Typhushospital wurde. Er infizierte sich und starb daran.

Die Freiheit aber war gedacht als Freiheit aller Bürger. Er unterschied klar zwischen Angriffs- und nationalem Verteidigungskrieg und wandte sich schroff gegen alle Raubkriege, die in Willkür, Ruhmsucht und Ehrgeiz der Fürsten wurzelten. Doch Volk, Vaterland und Freiheit erhielten bei ihm geradezu religiösen Rang, ja wurden zum eigentlichen Glaubensinhalt. Das Individuum müsse sein Leben an das des Ganzen setzen und es ihm aufopfern. Das bloß individuelle Leben habe keinen Wert. Dauer habe das Ich nur in der ewigen Fortdauer seiner Nation. Das individuelle Dasein sei nicht vergeblich und zwecklos, wenn es sich als notwendiges Glied der großen Kette seines Volkes verstehe. Ja, er meinte bereits zu wissen, allein das deutsche Volk habe direkten Zugang zum absoluten Geist. So wollte er ein nationales Bekenntnis neben dem katholischen, lutherischen und reformierten begründen, bei dem während der Kulthandlung Waffen im Hintergrund der Kirche gezeigt werden sollten. Jeder deutsche Mann sei von seinem 20. Lebensjahr an Soldat.

Als 2. Beispiel des frühen Nationalprotestantismus nenne ich Ernst Moritz Arndt (1769-1860). Auch er wollte, daß aus willenlosen Untertanen selbstbewusste Patrioten werden. Sein Buch „*Geist der Zeit*“ (1808) rief die Deutschen zum Kampf gegen Napoleon auf, in dem er „das Satanische“ verkörpert sah. Schon mit seinem Buch „*Geschichte der Leibeigenschaft in Pommern und Rügen*“ (1803) trug er entscheidend zu deren Aufhebung in den schwedischen Gebieten Norddeutschlands bei. Er folgte 1812 dem Ruf des Freiherrn Karl vom Stein (1757-1831), der sich von St. Petersburg aus für Deutschlands Befreiung einsetzte. Er blieb seinem demokratischen Neuansatz auch in der folgenden Zeit der Restauration treu, weshalb er bereits 1820 seine Professur in Bonn für zwei Jahrzehnte verlor. Er gehörte noch der Frankfurter Paulskirchenversammlung 1848 an. Sein in St. Petersburg gedichteter Choral „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte“ aber zeigt die Problematik seines Neuansatzes. Die Betonung liegt zweifellos auf der 2. Zeile. Trotzdem muss gelten: Der „Gott, der Eisen wachsen ließ“ ist nicht der Vater Jesu Christi, sondern der heidnische Götze Mars. Arndt trat ausdrücklich für Hass- und Rachegefühle ein, die freilich nach erfolgtem Sieg wieder aufhören müssten. Sein Ideal blieb das friedliche Nebeneinander der Völker. Doch wandte er sich gegen eine verzärtelte Humanität, trat überhaupt für männliche und kraftvolle Töne ein. In diesem Sinne verwarf er einen philanthropischen Kosmopolitismus. Er meinte bereits zu wissen, daß der germanische Mensch heroischer und edelster Aufopferung fähig sei. Einen Gott und ein Vaterland konnte auch er nebeneinanderstellen. Doch trat er anders als Fichte für die Rechte des Individuums ein und wandte sich im „*Kurzen Katechismus für deutsche Soldaten*“ gegen die

Entwürdigung des Menschen beim Militärdienst. Es gibt bei ihm indes eine gefährliche Herabsetzung französischer Charaktereigenschaften. Er warf den Franzosen Morbidität vor. Die höfische Kultur des Rokokos stand im Widerspruch zu seinen Ansichten über Adel und Würde des Menschen.

Theodor Fontane (1819-1898) gibt in seinem ersten großen Roman „*Vor dem Sturm*“ 1878 ein sehr lesenswertes Beispiel einer Predigt während der Befreiungskriege. Von vielen Kanzeln wurde in dieser Zeit der Volkskrieg gepredigt. Manche Pastoren führten auch in Uniform und mit der Flinte junge Männer ihrer Gemeinde zum Sammelpunkt Breslau. 10.000 Freiwillige meldeten sich, und viele spendeten Silber, Schmuck und ihren Trauring. Der Befreiungskrieg galt ihnen als heiliger Krieg, und sie ließen ihre Waffen segnen. Die Niederlage der französischen Armee in Russland 1812 empfanden sie als Gottesgericht. „Mit Mann und Ross und Wagen hat sie der Herr geschlagen.“ Zentrale biblische Begriffe wie Erlösung, Wiedergeburt und Auferstehung wurden national-politisch umgebogen. In diesem Geist feierten deutsche Studenten auch das Wartburgfest 1817, wo Luther als typischer Vertreter eines unerschrockenen und biederen Deutschtums gefeiert wurde. In ihrem Geist wurden schon 1815 die Burschenschaften gegründet. Luther und Blücher (1742-1819) standen schon hier in einer Reihe. Man feierte die Wiedergeburt des freien Gedankens und die Rettung des Vaterlandes. Ziel war die deutsche Einheit. Werke von Vaterlandsverrätern wurden verbrannt, womit an Luthers Bücherverbrennung vor dem Wittenberger Tor erinnert wurde. Man verbrannte auch die Symbole reaktionärer Einengung wie Korporalstock, Schnürleib und Zopf. Viele Teilnehmer am Wartburg-Fest gehörten zuvor Adolf Freiherr von Lützows (1782-1834) Freikorps an. Es war in Deutschland die erste öffentliche Veranstaltung ohne staatliche oder kirchliche Protektion.

Julius Rupp als erster deutscher evangelischer Friedenstheologe im 19. Jahrhundert

Über die folgenden Jahrzehnte ist kaum etwas zu sagen. Eine durch Christen getragene Friedensbewegung entstand in Deutschland viel später als etwa in England oder gar den USA, was mit deutscher Zersplitterung und dem deutschen Sonderweg als „verspäteter Nation“ (Plessner) und der daraus sich ergebenden „Ungleichzeitigkeit“ (Bloch) zusammenhängt. Daß sich in den USA schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts viele interkonfessionelle Vereine bildeten, darunter auch solche, die dem Frieden dienen wollten, hing auch mit der dortigen großen Laienaktivität zusammen, wo es eine Staatskirche anders als in Deutschland niemals gab. Solche Gedanken wurden von einigen Kirchen aufgegriffen und erlangten später starken Einfluss auf den Zusammenschluss des Federal Council of Churches. Hier machte man sich früh Gedanken über die Verhinderung von Kriegen durch geduldige Verhandlungen, die Bereitschaft zu Kompromissen und ein Schiedsgerichtssystem. Sozial gestimmte Friedensgedanken vertrat etwa der Baptist Walter Rauschenbusch (1861-1918). Die Außenpolitik dürfe nicht länger nach dem Verhalten von Raubtieren gestaltet werden. Wie in der Innenpolitik müsse auch in sie ein zivilisatorischer Geist einziehen. Eine gewisse idealistische Naivität änderte doch nichts an den edlen und zutiefst humanen Intentionen.

Es gibt in Deutschland schon Mitte des 19. Jahrhunderts *ein* überzeugendes Beispiel wirklicher Friedensgesinnung unter Christen. Dabei handelt es sich um Julius Rupp (1809-1884), übrigens Großvater von Käthe Kollwitz (1867-1945), Prediger einer freien Gemeinde, die 1846 in Königsberg entstand. Er war zuvor Divisionspfarrer und besaß auch einen Lehrauftrag an der dortigen Universität. Er verlor beides wegen seiner demokratischen und dem Frieden verpflichteten Haltung. Als Militärpfarrer erregte er Ärgernis, weil er vor den Soldaten ganz normale Predigten hielt. Er gehörte zwar zu den ultraliberalen „*Lichtfreunden*“, die sonst v. a. in Mitteldeutschland vertreten waren. Aber er stand unter ihnen der Bibel am nächsten, während er politisch am weitesten links stand. Der Staat sei christlich nur, wenn er den Völkerfrieden befestige und den Bürgern umfassende Rechte einräume, sie zu mündigen Bürgern erziehe. Ein christlicher Staat wolle nicht Herren und Knechte, sondern brüderliche Gleichheit. Er führe

Böse zurück zum Guten und beuge dem Bösen vor. Er setze Vertrauen in den Geist. Auch alle Glieder seiner freien Gemeinde betrachteten einander als Brüder und bekundeten dies durch die Anrede mit „du“. Rupp war gegen Vorrechte kirchlicher Amtsträger gegenüber den Laien und ließ sich deshalb auch in Predigten und Amtshandlungen durch Gemeindeglieder vertreten, später regelmäßig einmal monatlich. Im Gemeindevorstand hatte er nur eine beratende Stimme. Da Mündigkeit für ihn auch Verantwortung für die Mitgestaltung der Gesellschaft bedeutete, begab er sich auch in die Politik und wurde 1849 und 1862 ins preußische Abgeordnetenhaus gewählt. Besonders wirkungsvoll aber war er als Publizist. Er betonte, er habe sich nur von der bürokratisierten Staats- und Konsistorialkirche getrennt, sei aber nicht aus der evangelischen Kirche ausgeschieden. Daß er ein radikal-liberaler Demokrat war, trug ihm mehrmals Gefängnisstrafen ein. Seine Gottesdienste wurden polizeilich überwacht. So urteilte er denn auch, die bestehenden Gesetze seien nur das Recht des Stärkeren. Er war Anreger und geistiger Führer der ersten Friedensgesellschaft in Deutschland, im September 1850 in Königsberg, unmittelbar nach dem ersten internationalen Friedenskongress auf deutschem Boden in Frankfurt/M., gegründet. In einer Rede „*Der ewige Friede*“ erklärte er, ein Eroberer sei stets ein Narr, Verbrecher oder beides. Er gab den „*Ostpreußischen Volksboten*“ heraus, wo er auch über Forderungen, Ziele und praktische Arbeit der englischen und US-Friedensbewegung informierte. Er polemisierte gegen die preußische Innen- und Außenpolitik, unproduktive Rüstungsausgaben, Arroganz und nationale Überheblichkeit der herrschenden Klassen. Nichts richte ein Volk sicherer zugrunde als die Verachtung anderer Völker und Selbstüberschätzung. Er gab seiner Zeitung das Beiblatt „*Der Völkerfriede*“, das aber wegen staatlichen Verbots nur viermal erscheinen konnte. Auch der Friedensverein wurde im Mai 1851 von der Polizei aufgelöst. Bei allen Vorstandsmitgliedern fanden Hausdurchsuchungen statt.

Die zweite Phase des Nationalprotestantismus

War diese frühe Friedensarbeit in Deutschland aufgrund staatlicher Repression nur kurzzeitig, so entwickelte sich nach dem für Deutschland siegreichen Krieg von 1870/1871 und der Proklamation des Deutschen Kaiserreiches die zweite Stufe des Nationalprotestantismus, die ihren schaurigen Tiefpunkt in der Kriegspredigt im 1. Weltkrieg erreichte. Diese Stimmung bestand in den evangelischen Kirchen noch nicht bei Ausbruch des Krieges. Man nahm zwar nicht aktiv gegen ihn Stellung, denn dazu war man als Staatskirche zu sehr mit der politischen Macht verbunden und dachte auch zu pessimistisch über das irdische Leben. Aber man hielt Bußgottesdienste ab, weil man den Krieg zwar als Schicksal hinnahm, aber wie eine Naturkatastrophe bewertete. Das aber änderte sich schlagartig durch Sieg und neues Kaiserreich, das man sogar heiliges evangelisches Reich deutscher Nation nennen konnte. Man behauptete, in diesem Krieg habe das Prinzip von Unterordnung und Gehorsam endgültig über den Geist der französischen Revolution gesiegt, der in der Pariser Commune nur die letzte Aufgipfelung fand. In diesem Sinne wurde vom Sieg des Geistes von 1871 über den Geist von 1789 gesprochen. Der Magdeburger Generalsuperintendent Leopold Schultze drückte es 1884 so aus, es gehe um die prinzipielle Entscheidung, ob Preußen auf den alten soliden Grundlagen von Katechismus, Bajonett und Zepter oder auf dem Flugsand moderner Theorien zu bauen sei. 1914 unterschied man dann sogar die deutschen Ideen von 1914 und die westeuropäischen von 1789.

Wilhelm Hoffmann (1806-1879) edierte schon 1868 ein Buch mit dem Titel „*Deutschland. Einst und jetzt im Lichte des Reiches Gottes*“, über 500 Seiten stark. Er war 1853 als Hofprediger aus Württemberg geholt und der einflussreichste Mann der preußischen Kirchenregierung. Er entnahm bereits der Geographie, daß Deutschland „im breiten Mittagslicht des Reiches Gottes“ liege. Von nun an wurde gern die Erwählung des Volkes Israel auf die Deutschen übertragen, die gleichsam dessen Nachfolge antraten, wovon vollends die Kriegspredigt ab 1914 überzeugt war, so daß es bei dem Politisch-Militärischen zugleich um Glaubensfragen gehe. Schon für Hoffmann war Preußen-Deutschland Gipfel der gesamten Weltgeschichte. In diesem Sinne

identifizierte er christlich und germanisch. Überhaupt trat in der 2. Hälfte des 19. Jahrhundert weithin an die Stelle der besonders liberalen Versöhnung von (griechisch-römischer) Antike und (vom Judentum herkommendem) Christentum die von Germanen- und Christentum. So äußerten sich Richard Wagners (1813-1883) Schwiegersohn Houston Stewart Chamberlain (1855-1927) und Paul de Lagarde (1827-1891), Orientalist. Chamberlains Buch „*Grundlagen des 19. Jahrhunderts*“ (1898) war ein gewaltiger Bucherfolg, allen preußischen Schulbibliotheken als Pflichtlektüre zugewiesen. Er sah die schöpferische Kraft der germanischen Rasse, aus der sich der moderne Protestantismus speise, im Gegensatz zur orientalischen und römisch-katholischen Religion als Mächten der Finsternis. Luther, Kant, Goethe und Wagner seien Repräsentanten einer nordisch-germanischen Lebensgestaltung. De Lagarde forderte bereits die Ablösung des Christentums vom Alten Testament und Paulus und die Vertreibung der Juden als Ungeziefer. Trichinen und Bazillen würden nicht erzogen oder mit ihnen verhandelt, sondern unschädlich gemacht, wie auch Chamberlain bereits vom Kampf der tugendhaften Arier gegen die lasterhaften Semiten sprach. Die schlimmste jüdische Eigenart war für de Lagarde der Ausgang vom historischen Faktum, denn dadurch werde die Fähigkeit abgetötet, selbst Tatsachen zu schaffen. Man müsse den ganzen fremden Plunder abtun, in den Deutschland vermummt sei. Palästina gehe uns schlechthin nichts an. Wir seien endlich stark genug, vor Fremden die Haustür zu verschließen. Auch Friedrich Langbehn (1851-1907) forderte die Erneuerung der Frömmigkeit aus unverderbtem deutschem Volkstum, wobei ihm Rembrandt Harmenszoon van Rijn (1606-1669) das Vorbild war („*Rembrandt als Erzieher*“, 1890). Auch Pastor Arthur Bonus (1864-1941) forderte die Germanisierung des Christentums.

Von der Entstehung des neuen Nationalprotestantismus zeugen noch viele evangelische Autobiographien aus diesem Zeitraum, die der viel zu früh verstorbene Kirchengeschichtler der Berliner Humboldt-Universität Walter Bredendiek (1926-1984), zuvor Sekretär des Friedensrates der DDR, gründlich erforschte (Heft aus Burgscheidungen 142, 1968). Johannes Keßler (1865-1944), der das Buch „*Ich schwöre mir ewige Jugend*“ 1935 veröffentlichte, Erzieher der Söhne Wilhelms II. (1859-1941) und Prediger an der Potsdamer Garnisonskirche, erlebte Heinrich von Treitschke (1834-1896) als Student in Berlin als den preußischsten Preußen. Seine besondere Liebe habe dem kämpferischen Menschen und deshalb Luther gegolten, in dem sich ihm deutsche Kraft und Geist verkörperten. Seine Sätze seien wie Schwerthiebe niedergesaust. Jedem das Gleiche gelte im Haushalt der Tiere. Deutschlands Größe sei Gottes Wille in der Weltgeschichte. Er hielt auch eine Rede zum 400. Geburtstag Luthers 1883. Luther sei Blut aus unserem deutschen Blut. Aus seinen tiefen Augen blitzte der alte Heldenmut der Germanen. Er wurde der neuen römischen Weltmacht so furchtbar wie einst die deutschen Kohortenstürmer dem Reich der Cäsaren. Deshalb war der Protestantismus allezeit unser sicherster Grenzhüter. Nur wenige Theologen wie Adolf von Harnack (1851-1930) und Ernst Troeltsch (1865-1923) wehrten sich gegen diese Verfälschung Luthers, ohne daß sie die nationalistische Legende außer Kraft setzen konnten. Deren Ausdruck sind viele Standbilder und stilisierte Gemälde. In Luther wurzele das Recht unseres Schwertes. Zuvor herrschte großenteils ein Luther-Bild, das zwar allzu harmlos war, aber nicht eigentlich schadete. Da wurde etwa Luther unter dem Weihnachtsbaum mit seiner Familie gezeigt, die Laute in der Hand.

Das Bekenntnis zur Lösung von Streitfragen durch den Krieg

Schlimm war der Bismarck-Mythos seit 1894. Bezeichnend war dabei, daß der späte Otto von Bismarck (1815-1898) mit seinem Bestreben, den Status quo in Europa seit 1871 zu sichern, völlig ausgeblendet blieb. Von ihm lernte man ausschließlich, daß alle politischen Fragen mit „Eisen und Blut“ zu lösen seien, daß Moral und Politik nichts miteinander zu tun hätten, daß nach dem durchgesetzten Ziel niemand mehr frage, mit welchen Mitteln es erreicht wurde. Immer wieder zitierte man: „Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts in der Welt.“ Keßler nannte ihn eine Hünengestalt in Kürassieruniform. Er wurde wie eine Art Weltenrichter

dargestellt, auf dessen Worte und Taten die ganze Menschheit blicke, ja vor dem sie zittere. Gott und Jesus Christus seien zwar größer als er, aber er stand ihnen doch näher als irgendein anderer Mensch. Dies wirkte besonders verhängnisvoll auf den akademischen Nachwuchs und den Verein deutscher Studenten. Großdeutschland war hier das selbstverständliche Ziel. Heer und Flotte wurden begeistert bejaht, besonders auf den Reichsgründungskommersen. Otto Dibelius (1880-1967) schreibt noch in seiner Autobiographie „*Ein Christ ist immer im Dienst*“ (Stuttgart 1961), der rechte Staat habe das sittliche Recht, die Mittel der Macht zu gebrauchen und der Nation Freiheit und Lebensraum zu erkämpfen. Dann sei kein Opfer zu groß, als daß ein solcher Staat es nicht fordern dürfte.

Unter pietistischem Einfluss wurde auch aus der Passion Jesu die Pflicht zum Tod fürs Vaterland abgeleitet, was naturgemäß im 1. Weltkrieg besonders häufig geschah. In diesem Sinne pflanzten Pfarrer und Lehrer Sedanlinden und Siegeseichen. Ein prominenter Kirchenmann (Rudolf Kögel, 1829-1896) besuchte die Massengräber bei Metz und schrieb darüber ein Gedicht in vielen Strophen. Aber man spürt hier nichts von Erschütterung. Frisch-fröhlich reimt er: „Drinnen ruhn sie, Schicht an Schicht, Jesus ihre Zuversicht.“ Nur wenige wie der Rostocker Praktische Theologe Justus Hashagen (1877-1961) empörten sich dagegen. Er schrieb, daß der nationale Sinn nicht mehr unter evangelischer Zucht stehe und deshalb selbstherrlich und trunken bis zur Selbstvergötzung sei. Ferdinand Kattenbusch (1851-1935) edierte 1906 die Schrift „*Vom sittlichen Recht des Krieges*“ direkt gegen Bertha von Suttner und die Pastoren der Deutschen Friedensgesellschaft. Die Nationen seien nun einmal von unterschiedlichem Wert. Reinhold Seeberg (1859-1935) versuchte sogar im „*Grundriss der theologischen Ethik*“ (1911), die Notwendigkeit des Krieges zu erweisen. Er vertrat das Recht des Stärkeren im internationalen Bereich. Damit war die alte These vom gerechten Krieg durch Sozialdarwinismus ersetzt. In keiner einzigen deutschen Landeskirche wurde der Friedenssonntag eingeführt, wie Friedenspfarrer es vorschlugen. Höhepunkt der chauvinistischen Welle der Vorkriegszeit aber war die Hundertjahrfeier der Völkerschlacht von Leipzig 1913 in ganz Deutschland. Hier ging es nur noch um das Recht der Deutschen, ihren Platz an der Sonne zu erkämpfen. Diese Feiern waren die Generalprobe für die Kriegspredigt des 1. Weltkriegs, wie sie Wilhelm Pressel (gest. 1976) in seinem 1967 erschienenen Buch besonders gründlich analysierte.

Die Kriegspredigt im 1. Weltkrieg

In dieser Zeit kam es in der Kirchenpolitik zum Burgfrieden in Parallele zum politischen. Im August 1914 schien für die Kirche eine völlig neue Situation angebrochen. Viele dem christlichem Glauben Entfremdete strömten zu Anfang des Krieges in die Kirchen. Der Besuch der Gottesdienste war in den ersten Kriegswochen so stark wie seit langem nicht mehr. Die Folge war ein enthusiastischer Taumel bei den meisten Pastoren. In dieser Gottesstunde dürfe die Kirche erfahren, daß sie dem Volk noch etwas bedeute. Man sprach von Herzensmobilmachung des deutschen Volkes, von einem Wunder und einer neuen Weihnacht. Schlagartig wurden alle Verweichlichung und Erschlaffung beseitigt. Insofern sei der Krieg auch ein neues Pfingsten. Geschichte und Heilsgeschehen fielen hier faktisch zusammen. Die spontane Zeichnung einer Kriegsanleihe und die Ekstase beim Sturmangriff wurden als Wirkung des Heiligen Geistes beschrieben. Der Krieg sei ein Volkserzieher von Gottes Gnaden. Nennenswerten Widerstand dagegen gab es nur bei Religiösen Sozialisten. Um diesen Geist zu erhalten, wurden mehrere Predigtsammlungen ediert, unter denen auch schon zwei des jungen Pfarrers Dibelius waren. Oft befreite man sich vom Perikopenzwang und schnitt die Bibeltexte ganz auf das Kriegsgeschehen zu. Häufig bestand zwischen Predigt und Bibeltext kaum ein sachlicher Zusammenhang. Texte aus dem Alten Testament waren besonders beliebt, weil Israels Kämpfe Gotteskämpfe waren. Das Eingangsmotto einer Erfurter Predigt lautete: „Stahl in die Seelen!“. Luther wurde zum Jubiläum 1917 sogar mit Paul von Hindenburg (1847-1934) verglichen als Held von Worms und Recke von Tannenberg.

Wilhelm Walther (1846-1924) brachte 1915 die Schrift „*Deutschlands Schwert durch Luther geweiht*“ heraus. Eine weit stärkere Rolle als Bismarck spielte jetzt Wilhelm II. Er galt in Predigten als von Gott bestallter Fürst, erzstarke Herrschergestalt mit dem goldenen Herrschergewissen, Reinwuchs deutscher Kraft, majestätische Verkörperung soldatischer Edelart, heldenhaft wie Barbarossa. Alte Vorstellungen vom Gottesgnadentum mischten sich hier mit nationalen Großmacht- und Sendungsträumen. Dibelius meinte schon 1914 zu wissen, daß das deutsche Volk nie für eine heiligere Sache in den Krieg zog. Der Tod für das Vaterland sei ein herrlicher. Es gehe jetzt um Selbstbehauptung, nicht um Selbstverleugnung. Oft zitierte man Emanuel Geibel (1815-1884): „und es muß am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen“. Die deutschen Heere seien Bahnbrecher und Wegbereiter Gottes. Deutschland sollte der Christophorus unter den Völkern sein.

Das Feindbild gegen die Kriegsgegner war jetzt zugespitzt. Zum alten Bild vom „Erbfeind Frankreich“ trat jetzt das russische und englische in Analogie zum allgemeinen Slogan „Jeder Tritt ein Brit, jeder Stoß ein Franzos, jeder Schuss ein Russ.“ England, über dessen Kriegseintritt gegen Deutschland man besonders erbittert war, wurde bezichtigt, rein utilitaristisch vom Krämergeist erfüllt zu sein. Den Russen wurden Unkultur und Schmutz vorgeworfen. Die Herabsetzung der Gegner nahm die Form von Verteufelung an, was freilich gegenüber den Deutschen auch auf französischer und englischer Seite geschah. Man blieb auch bei der Behauptung, Deutschland sei völlig schuldlos am Ausbruch des Krieges und führe einen reinen Verteidigungskrieg. Unter den 93 Unterzeichnern des „*Manifestes der Intellektuellen*“ im Oktober 1914 mit der schrecklichen Feststellung „Ohne den deutschen Militarismus wäre die deutsche Kultur vom Erdboden getilgt“ waren auch Friedrich Naumann (1860-1919), Wilhelm Herrmann (1846-1922), Adolf Schlatter (1852-1928), Reinhold Seeberg (1859-1935), Adolf von Harnack (1851-1930) und Adolf Weißmann (1866-1937) zur Erschütterung ihres Schülers Karl Barth (1886-1968). Aber einige von ihnen nahmen bald wieder Vernunft an. So erkannte etwa Otto Baumgarten 1917, daß jeder Krieg von wilden Selbstbehauptungs- und Hasstrieben beherrscht sei. 1919 ergänzte er, die christliche Liebesmoral müsse auch auf das Verhältnis der Völker angewandt werden.

An aktuellen politischen Fragen nahm die Kriegspredigt bis 1917 kaum Anteil. Es ging einzig um das Durchhalten, auch in Kriegsbetstunden, vaterländischen Abenden und Vorträgen. Im Herbst 1917 wurden viele Feldgeistliche zu Predigten und Vorträgen in die Heimat gesandt, von den Kirchenleitungen unterstützt. In den ersten Kriegsjahren gab es kaum Äußerungen über die Kriegsziele, wenn auch oft die Rede vom erhofften größeren Deutschland war. Die Alldeutschen mit Seeberg aber forderten schon 1915 erhebliche Annexionen in Ost und West, und dies betraf nicht nur das Baltikum, sondern auch Belgien und Teile Frankreichs. Man wandte sich schon 1916 gegen Kriegsmüdigkeit und einen Verzichtfrieden. Die bayerische Kirchenleitung erließ im März 1916 einen „Oberhirtenbrief zum Durchhalten“. Der Verzicht darauf wäre Abfall vom Glauben. Man wandte sich gegen „wehleidige Friedenssehnsucht und weichliche Leidensscheu“. Noch im März 1918 hielten die meisten Pfarrer eine deutsche Niederlage für undenkbar. Für einen „Siegfrieden“ trat der Ev. Oberkirchenrat in Berlin noch im Oktober 1918 ein. 160 Berliner Pfarrer erklärten öffentlich, von vielen Zeitungen abgedruckt, es gebe nur Sieg oder Untergang. Das bedeutete, daß die Mehrheit der ev. Kirche jetzt rechts vom bürgerlichen Durchschnitt stand, denn die beiden letzten Reichsregierungen erwogen einen Verzichtfrieden, waren aber angesichts der faktischen Militärdiktatur im Grunde machtlos. Gerade auch Pastoren traten für die *Deutsche Vaterlandspartei* als Sprachrohr der *Alldeutschen* ein. Auf der andren Seite gründeten am 7.1.1918 Troeltsch und Baumgarten den *Volksbund für Freiheit und Vaterland* als Gegenstück zur Vaterlandspartei. Sie traten auch für die Beseitigung des Drei-Klassen-Wahlrechts in Preußen ein. An der Regierung von Prinz Max von Baden (1867-1929) Anfang Oktober bis Anfang November 1918 waren sie beteiligt. Doch diese Partei wurde schon Ende 1919 aufgelöst. Harnack verwarf schon Mitte 1915 die Angliederung politisch selbständiger Völker, was ihm die bittere Feindschaft vieler seiner baltischen Landsleute eintrug.

Pfarrer in der Deutschen Friedensgesellschaft

Doch es gab seit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts auch nicht mehr zu übersehende Friedensbestrebungen deutscher evangelischer Pfarrer. 1889 erschien Bertha von Suttners (1843-1914) Buch „*Die Waffen nieder*“ mit sensationellem Erfolg. Es war auch das Jahr des 1. Weltfriedenskongresses in Paris und der 1. Tagung der Interparlamentarischen Union. Im November 1892 wurde in Berlin von Bertha von Suttner und Alfred H. Fried (1864-1921), der 1911 den Friedensnobelpreis erhielt, die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) gegründet. Zunächst nannten sich die Mitglieder meist Friedensfreunde, aber auch, aus England übernommen, Friedensapostel. Seit 1894 aber setzte sich die Selbstbezeichnung Friedenskämpfer durch. Sie traten für einen gesicherten internationalen Rechtszustand im Sinne des schon von US-Friedensfreunden geforderten Eintretens für die Lösung allen Streitfragen auf friedlichem Wege durch ein Schiedsgerichtssystem ein. Nationale Sonderinteressen sollten dem Gesamtinteresse der Menschheit untergeordnet werden. Das Denken in den Kategorien von Sieg und Niederlage müsse aufhören. So wollte man zu einer gefestigten, dauerhaften Friedensordnung gelangen. Freilich waren diese Friedenskämpfer meist noch beseelt von der idealistischen, letztlich aus der Aufklärung kommenden Überzeugung, jeder werde das allein Vernünftige tun, wenn man es ihm hinreichend erkläre. Sie waren meist gefühlsmäßig antiimperialistische Linksliberale. Auf den Rüstungsstopp sollte die vertraglich gesicherte Abrüstung folgen. Doch der 1891 gegründete Alldeutsche Verband machte sie zur Zielscheibe von Spott und Verleumdungen, stellte sie als weichlich, undeutsch und staatsgefährdend hin. Der Schwerpunkt ihres Wirkens lag in Südwestdeutschland mit seinen spezifischen demokratischen Traditionen, weshalb der Sitz der Leitung 1904 von Berlin nach Stuttgart verlegt wurde.

Man warb zunächst kaum um Pastoren, weil man die evangelischen Kirchen für den erratischen Block der Friedensfeinde hielt und weil man selbst großenteils zu den Freidenkern gehörte. Immerhin gehörte zu den Gründern Pfarrer Hermann Hetzel, bei Fürstenwalde tätig, zeitweise sogar Vorsitzender. Martin Rade (1857-1940), der kath. Prälat Dr. Gießwein (1856-1923) und Pastor Nithack-Stahn (1866-1942) schrieben für die Verlautbarungen der DFG. In der Folgezeit wurden viele Ortsgruppen in Süd- und Südwestdeutschland von Pfarrern geleitet, und der Prediger der Königsberger Ortsgemeinde führte erstmals am 13.12.1908 in seiner Freien Ev. Gemeinde einen kirchlichen Friedenssonntag ein. Nach dem Friedensappell von 1907 (vgl. Bredendiek, Hefte aus Burgscheidungen 97, 1963) schlossen sich 100 Pastoren und Theologen der DFG an. Otto Umfrid (1857-1920) gab ab 1910 den „*Völkerfrieden*“ als Organ der DFG in 8.000 Exemplaren heraus, Fried als Schweizer ab 1899 in Zürich die *Friedenswarte*. Der Stuttgarter Pfarrer Umfrid gründete allein in Württemberg 18 Ortsvereine der DFG. Hetzel veröffentlichte wertvolle historische Arbeiten, so ein großes Sammelwerk zur Geschichte der Friedensbewegungen. Der Diakon und spätere Pfarrer Ernst Böhme (1862-1941), der bei Jena wirkte, schrieb 1894 die Untersuchung „*Der Krieg und die christliche Kirche*“.

Friedensappelle deutscher Theologen

Der bedeutendste Theoretiker der DFG aber war der Historiker Ludwig Quidde (1858-1941), 1914-1929 Vorsitzender der DFG, der 1927 den Friedensnobelpreis erhielt, während dessen Verleihung an Bertha von Suttner 1914 am Ausbruch des 1. Weltkriegs scheiterte. Die Pfarrer in der DFG wurden als Irrlehrer, Schwärmer, schlechte Patrioten und Staatsfeinde angeprangert, Umfrid als Friedenshetzer, Suttner als Friedens Bertha und Friedensfurie. 1897 berichtete ein Pfarrer, einer seiner Kollegen habe vor ihm ausgespuckt wegen seiner Gemeinschaft mit „Juden und Juden-Genossen“. So bewiesen die Pfarrer in der DFG viel Mut und Charakterstärke. Umfrid, von 1900 bis zu seinem Tod Vizepräsident, schrieb über 100 Aufsätze und Rezensionen für Tageszeitungen und Zeitschriften. Er wusste, daß gegen Militarismus und Chauvinismus Kampf notwendig ist. Er edierte 1909 einen „Anti-Treitschke“ gegen den Bismarck-Kult. Viele Pfarrer merkten nicht den Widerspruch zwischen Christus, dem Mann der Liebe

und Selbsthingabe, und dem Mann von Blut und Eisen. Sie verträten in Wahrheit das Ideal der grollenden Bulldogge. Das richte schon wegen des Nimbus der Unfehlbarkeit Verwüstungen in der deutschen Volksseele an. Vor Bismarck nähmen fast alle ehrfurchtsvoll nicht bloß die Hüte, sondern auch noch die Köpfe ab, indem sie das eigenständige Denken einstellten. Solange dieser Götzendienst getrieben werde, gebe es keine Hoffnung auf die siegreiche Auferstehung des Rechtsgedankens. Umfrid wandte sich auch gegen einen preußisch-deutschen Heroenkult und die Inhumanität von Friedrich Nietzsches (1844-1900) Herrenmenschenmoral.

Auf Umfrids Anregung gehen auch die Friedensappelle deutscher Theologen von 1907/08 und 1913 zurück. Der erste wurde vorbereitet durch den Weltfriedenskongress in München 1907 mit Thesen zu „*Kirche und Friedensbewegung*“, von Pfarrer Theodor Rohleder erarbeitet. Das Ziel von Kultur und Religion sei die Aufrichtung der Ordnung auf Erden. Man strebe dies an durch Naturbeherrschung einerseits, sittlich-religiöse Besinnung andererseits. Im Hintergrund stand freilich die kulturprotestantische Gleichsetzung des Reiches Gottes mit der erstrebenswerten Ordnung der menschlichen Gesellschaft. Reich Gottes sei gleichbedeutend mit Herrschaft von Güte und Gerechtigkeit, was den Völkerfrieden einschließe. Ende 1907 versandten Umfrid, Rade und Ludwig Weber das Rundschreiben an 1.000 ev. Pfarrer in Deutschland. Es hieß hier auch, die Arbeit für den Weltfrieden dürfe nicht Sozialdemokraten und Freigeistern überlassen werden. Die Kirche müsse den Verdacht entkräften, blinde Handlangerin der jeweiligen Gewalthaber zu sein. Immerhin reagierten 15% der Pfarrer positiv. Es folgte 1908 der 1. Deutsche Friedenskongress von Pfarrern in Jena. Mit Hilfe Rades stellte man auch Verbindungen zum „Kirchlichen Komitee zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen England und Deutschland“ her. Harnack sprach von einer „gemeinsamen Freude am Guten, Wahren und Schönen nach germanischer Art“ und meinte, die Geschichte habe die drei germanischen Reiche England, Nordamerika und Deutschland an die Spitze der Menschheit gestellt. Redner auf der christlichen Friedenskonferenz waren die Pastoren Hans Francke (1864-1938), Walther Nithack-Stahn, der auch um die Sozialarbeit im Berliner Osten hochverdiente Friedrich Siegmund-Schultze (1885-1964) und der englische Quäker Allen Baker. Francke, aus Schlesien kommend, war seit 1904 in Berlin tätig und wurde hier auch Vorsitzender der Berliner DFG. Er organisierte im August 1910 auf dem 5. Weltkongress für freies Christentum mit über 2.000 Teilnehmern aus allen Kontinenten ein Sondertreffen: „Die Religion und der Frieden“.

Der Aufruf von 1913 war die Antwort auf das chauvinistische Getöse. Auch hier hieß es, der Verständigungsfriede mute den Völkern eine Ethik zu, die zwischen Einzelmenschen selbstverständlich sei. Der Aufruf forderte die Zurückstellung kriegerischen Ehrgeizes und der Gelüste gewaltsamer Eroberung. Das tiefe Ethos der Kämpfer der Befreiungskriege dürfe nicht als Deckmantel der eigenen Kriegslüsternheit missbraucht werden. Diesen Aufruf unterschrieben fast 400 Pfarrer aus allen Landeskirchen und 12 Universitätsprofessoren, auch zwei Konsistorialpräsidenten und fünf Dekane. 108 der Pfarrer wohnten in Elsass-Lothringen, 112 in deutschen Ländern mit antipreußischer oder zumindest antizentralistischer Tendenz. Von den 99 Pfarrern in Preußen, die unterzeichneten, stammte fast die Hälfte aus den 1864/66 annektierten Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau. Diese Pfarrer blieben ihrer Zielsetzung treu auch während des 1. Weltkriegs, obgleich die Arbeit der DFG durch den Staat faktisch lahmgelegt wurde. Quidde wurde aus Berlin sogar ausgewiesen. Sie wurden als ebenso gefährlich wie der *Spartakusbund* angesehen, nahmen jetzt freilich auch Kontakte zu Rosa Luxemburg (1870-1919) und Karl Liebknecht (1871-1919) auf, nachdem es zuvor keine Verbindung zur SPD gab. Böhme setzte bei Kriegsausbruch in seinem Kirchenvorstand durch, daß die Glocken nicht wie in andren Kirchen zu Ehren deutscher Siege läuteten, sondern nur einmal wöchentlich zum Gedenken an die Gefallenen und zur Mahnung, daß Kriege mit dem Evangelium unvereinbar seien. Umfrid, fast schon erblindet, griff in deutschsprachigen Schweizer Zeitschriften den Krieg heftig an, ebenso in vielen öffentlichen Vorträgen. Er edierte in der Schweiz unter dem Titel „*Weltverbesserer und Weltverderber*“ einen Sammelband mit Ana-

lysen und Kommentaren zu den Kriegsereignissen. Die Vergangenheit lasse sich nicht mehr rückgängig machen, aber die Zukunft gestalten. Recht und Moral waren in der bisherigen Welt heimatlose Waisenkinder. Damit sie auf Erden heimisch würden, müssten die Verhältnisse völlig neugestaltet werden, was nur durch Buße und Umkehr möglich sei. Der Hamburger Pfarrer Wilhelm Heydorn (1873-1958) sandte schon zum Advent 1915 eine Petition an den Reichstag, Deutschland führe einen Eroberungskrieg. Die Reichsregierung solle sich sofort zu einem Frieden bereit erklären, „der den früheren Besitzstand wahrt".

Einfluss und Resonanz dieser Pfarrer wuchsen 1917. Im Oktober verschickten die Berliner Pfarrer Dr. Karl Aner (1879-1933), der später als Kirchengeschichtler in Kiel das wichtige Buch „*Geist der Lessingzeit*" schrieb, mit vier anderen Berliner Pfarrern an 1.000 evangelische Theologen einen neuen Aufruf. Der deutsche Protestantismus reiche im Bewusstsein der gemeinsamen christlichen Güter und Ziele auch den Glaubens-Genossen in den feindlichen Staaten die Bruderhand. Die tiefste Ursache dieses Krieges seien Gewaltvergötzung und Begehrlichkeit. Der entscheidende Hinderungsgrund ehrlicher Völkerannäherung sei die Herrschaft von Lüge und Phrase. Der Krieg müsse als Mittel der Auseinandersetzung unter den Völkern verschwinden. Papst Benedikt XV. (1854-1922) nahm eine ähnliche Haltung ein, schon weil auf beiden Seiten der Fronten unzählige Katholiken standen. Der Berliner Friedenserklärung folgten zwei ähnliche von Pfarrern aus Hannover und Sachsen, doch stießen sie auf schärfsten Widerspruch. Nur die linksliberale „*Christliche Welt*" wagte sie zu drucken. Doch unterzeichneten 300 Theologen, auch Johannes Herz (1877-1960), Martin Rade (1857-1940), Wilhelm Foerster (1869-1966) und Alfred Dedo Müller (1890-1972). Obgleich die Unterzeichner recht unterschiedlich geprägt waren, blieben sie großenteils über das Kriegsende hinaus in Verbindung. Der *Bund Neue Kirche* schloss sich im Dezember 1919 mit dem *Bund Sozialistischer Kirchenfreunde* zum *Bund Religiöser Sozialisten* zusammen. Noch sahen sie freilich die entscheidende Kriegsursache nicht: den Kampf um die Neuaufteilung der Erde. Umfrid erklärte, christlich seien der Schutz der Schwachen, die Ehrfurcht vor dem Leben und das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit anderen Völkern. Im Krieg dagegen regiere die Vergewaltigung statt des Schutzes der Schwachen. So werde der Krieg zum Gericht über ein verfehltes politisches und wirtschaftliches System. Es gebe keinen Frieden, wenn Völker bis an die Zähne bewaffnet einander gegenüberstünden. Rüstungswettlauf sei Cäsarenwahnsinn. Schon mit der Hälfte der Summe, die man jährlich für Kriegszwecke ausgebe, könne man das menschliche Elend aus der Welt schaffen. Kriege seien deshalb Gotteslästerung, Friede dagegen das höchste der irdischen Güter. Der Gott der Liebe könne nicht zugleich der Gott des Krieges sein. Umfrid warb bereits vor Kriegsausbruch für den Gedanken des Völkerbundes, der nach dem Krieg zur Hoffnung für viele ehrliche Christen wurde.

Die Stellung der evangelischen Kirchen zu Krieg und Frieden in der Weimarer Republik

Über die Situation in der Weimarer Republik informiert vorzüglich das Buch von Reinhard Gaede „*Kirche – Christen – Krieg und Frieden*" (Hamburg-Bergstedt 1975). Man kann nicht sagen, daß die große Mehrheit der Kirchenmänner jetzt die Zeichen der Zeit verstanden hätte. Die große Mehrheit der Pfarrer war politisch auf die Altkonservativen der Deutsch-Nationalen Volkspartei (DNVP) ausgerichtet, die anfangs sogar nach Kirchgemeinden organisiert war. Hier war der Blick in die Vergangenheit gerichtet. Ideal blieb das deutsche Kaiserreich, und man war auch weiterhin überzeugt, daß Deutschland keinerlei Schuld am Kriegsausbruch habe. Hier war nichts vom Geist der Buße zu spüren. Angesichts dessen mußte der Friedensschluss von Versailles ihnen unerträglich sein. Er war tatsächlich ein imperialistischer Friede, aber die, die selbst Eroberungen machen wollten, waren am wenigsten berechtigt, die Gekränkten zu spielen, statt nach Auswegen aus der Notlage zu suchen und neue Chancen zu nutzen. Daß französische Truppen zeitweise das Ruhrgebiet besetzten, verstärkte die Empörung noch. Noch konnte man nicht an eine Revision der Weltkriegsergebnisse gehen, aber man hielt einen Geist

der Revanche lebendig, der unter günstigeren Bedingungen zur Tat schritt. Weil die eigenen vornehmlich nationalen Interessen ganz im Mittelpunkt ihres Denkens und Strebens standen, taten sie sich auch mit den Friedensbemühungen der Ökumene, auch in der Bewegung für Praktisches Christentum (*Life and Work*), sehr schwer, was etwa das Verhalten der deutschen Lutheraner auf der Stockholmer Weltkonferenz 1925 zeigt, von Deißmann in seinem Buch „*Die Stockholmer Weltkirchenkonferenz*“ (Berlin 1926) analysiert. Man hatte sich sofort die Dolchstoßlegende zu eigen gemacht, wonach die Heimat der kämpfenden Truppe in den Rücken gefallen sei, was nicht entfernt den Tatsachen entsprach. Die zu zahlenden Reparationen erregten große Empörung, war doch das Elend der Massen jedenfalls bis 1923 im Zeichen der Währungsentwertung tatsächlich groß.

Anders verhielten sich „Vernunftrepublikaner“ und Überzeugungsdemokraten. Erstere waren eine Gruppierung im Übergang, innerlich ebenfalls noch weithin dem Alten verpflichtet, aber erkennend, daß man es nun mit einer beträchtlich veränderten Situation zu tun habe, die bewältigt werden müsse. Sie konnten zu Überzeugungsdemokraten werden, die die Chancen der bürgerlichen Republik von einem zuweilen linksliberalen Standort aus verantwortungsbewusst nutzen wollten. Sie waren weithin auch bereit zum Eingeständnis nationaler Schuld trotz manchen Bedenken, wollten jedenfalls der Versöhnung nicht im Weg stehen. In der „*Christlichen Welt*“ überwogen jetzt grundsätzliche Betrachtungen zur Neuorientierung der Staatsethik. Rade druckte 1918 in der „*Christlichen Welt*“ das 1. Programm des „*Neuwerk*“ ab, von drei Pfarrern unterzeichnet mit der Feststellung: „Deutschland erneuert sich. Der alte grausame Jesuslose Machtstaat bricht zusammen“. Gegen Macht-, Geld- und Kriegspolitik habe „Gleichheit der Menschen vor Gott, Brüderlichkeit aller Volksgenossen und unbedingte Friedenspolitik“ zu stehen. „Das echte Christentum verabscheut Macht- und Klassenstaat.“ „Wir warten eines neuen Himmels und einer neuen Erde, in denen Gerechtigkeit wohnt.“ Der Berliner Pfarrer A. Bleier (1882-1958), der die „*Vereinigung der Freunde für Religion und Völkerfriede*“ leitete, forderte individuelle Friedenserziehung und gesellschaftliche Friedensarbeit zugleich. Hass-, Rache- und Revanchegedanken seien zu überwinden. Die Kirche habe an die bestehenden Verhältnisse geglaubt und deshalb den Krieg als unabänderlich hingenommen. Auch die *Deutsche Friedensgesellschaft* meinte im März 1919, Revancheforderungen seien „durch den Krieg tausendfach gebrandmarkt“. Sie leitete jetzt Grundsätze einer internationalen Friedensordnung aus der Universalität des christlichen Liebesgebotes ab als dem tragenden Grund des gemeinsamen menschlichen Lebens. Doch dieser Versuch eines Brückenschlags fand wenig Gegenliebe. Indes auch der *Evangelisch-Soziale Kongress* (ESK), der abgesehen von den religiösen Sozialisten bedeutendste Zusammenschluss der Zukunft zugewandter liberaler Theologen, öffnete sich den neuen Gedanken. Baumgarten machte eine besonders positive Entwicklung durch. Siegmund-Schultze erklärte vor dem ESK: „Der Herrschaftsbereich Jesu hört nicht an den Landesgrenzen auf; die Welt ist seine Parochie [Amtsbezirk eines Pfarrers].“ Das Organ des Weltbundes in Deutschland, „*Die Eiche*“, hatte auch während des Krieges aus der Ökumene berichtet. Dieselbe Zielsetzung verfolgte der Berliner Neutestamentler Deißmann mit seinen 1914-1921 in loser Folge erscheinenden *Evangelischen Wochenbriefen*. Der Friede dürfe nicht nur eine Atempause des Krieges sein. Der Durchbruch gelinge nur durch Verzicht auf pharisäische Selbstgerechtigkeit. Der Göttinger Systematiker Arthur Titius erklärte auf dem Kirchentag 1919: „Aber mehr als Vaterland und Volk gilt uns das Walten der ewigen Gerechtigkeit und Liebe. Gott kann auch die Völker zerbrechen, wenn sie sich nicht mehr fähig erweisen, Träger seines ewigen Geisteslebens zu sein.“ Sie sollten das Ideal der Militärmacht begraben und freiwillig zu ihrer höchsten Aufgabe erwählen, „was Gottes Walten uns durch die Geschichte aufgezwungen hat“. Pfarrer Rudolf Wintermann, Herausgeber der Kirchenzeitung *Christliche Freiheit*, wusste auch 1931, als Deutschland bereits in die präfaschistische Phase eintrat: Die Basis, auf der allein ein Verstehen möglich sei, „wird nicht durch prophetische Proteste geschaffen, sondern durch die sachliche Erforschung der geschichtlichen Tatsachen und durch ein

tiefes evangelisches Wissen von der Schuldverflochtenheit aller“. Es fehle der kirchlichen Mehrheit an Solidarität der Schuld und des ökumenischen Bewusstseins. „Ökumenisches Bewusstsein bedeutet Wille zum Neubau einer anderen Welt. Es geht heute wahrhaftig nicht mehr nur um ‚Wahrheit und Gerechtigkeit für unser verleumdetes und misshandeltes Volk‘, sondern für die Welt.“ „Ein jeder Protest, der sich darum mit Worten nur nach außen wendet, ohne zugleich zur Buße und Wiedergeburt im eigenen Haus zu rufen, züchtet noch Pharisäertum in Form eines falschen Märtyrerbewusstseins und macht die Gräben draußen und drinnen noch tiefer.“ Rade betonte 1929: „Unsere Kirche versündigt sich an unserm Volk, wenn sie seine Lage trost- und hoffnungslos schildert. Wo sie das tut, lässt sie dem Hörer bloß *einen* Schluss: ‚Dann kann uns nur ein neuer Krieg helfen.‘“ Im selben Sinne forderte Deißmann 1925 auf der Stockholmer Weltkonferenz im Gegensatz zur Haltung des größten Teils der deutschen Delegation, es sei Aufgabe der Kirche, „mitten in einer Welt des Rassenhasses und der nationalen und ökonomischen Konkurrenzen als Großmacht der Versöhnung und des Aufbaus zu wirken“. v. Harnack trat 1927 gut zwei Jahre vor seinem Tod mit höchstem Nachdruck für den Völkerbund ein und übernahm den Vorsitz des neu gebildeten Theologenausschusses der *Deutschen Liga für Völkerbund*. Der Freundschaftsbund der Völker müsse durch das Aufgebot aller menschlichen Kräfte geschaffen und behütet werden bei voller Anerkennung der Eigenart und der Rechte der anderen. Ging es im 19. Jahrhundert nur um Abschaffung der Sklaverei und Hebung des Arbeiterstandes, so müsse das viel gewaltigere und höhere Ziel jetzt sein, den Frieden auf Erden zu verwirklichen. Titius bekämpfte auf der Weltbundtagung 1928 die friedensfeindliche Theorie von der Eigengesetzlichkeit des Politischen.

Den klarsten Standpunkt auch in dieser Frage nahmen die religiösen Sozialisten ein. Selbst Erwin Eckert (1893-1972), der in politscher Hinsicht konsequenteste unter ihnen, mußte sich diesen Standpunkt erst in längerem innerem Ringen aneignen. Es war bei ihm wie bei vielen anderen das persönliche Erlebnis des 1. Weltkrieges an mehreren Fronten, das ihn gründlich umdenken ließ. Friedrich-Martin Balzer, der sich die mit Abstand größten Verdienste um Eckerts Werk erwarb, hat uns in dem von ihm herausgegebenen Buch „*Ärgernis und Zeichen. Erwin Eckert-Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben*“ (Bonn 1993) auf S. 29-80 dessen „Impressionen aus dem Ersten Weltkrieg“ im Wortlaut zugänglich gemacht, die Eckert während seiner ersten Haftzeit unter dem NS-Regime gleichsam unter den Augen seiner Bewacher zu Papier brachte. Hier spricht er selbst von der „Wandlung des Kriegsfreiwilligen von 1914 zum Friedenskämpfer nach 1918 in einem schmerzhaften Lernprozess“. Die Wende in seiner Beurteilung des Charakters des Krieges datiert er auf das Jahr 1916, als er erkannte, daß es sich bei diesem Krieg um die „brutale Erreichung der ‚Weltmacht Deutschland‘, um die materielle Ausdehnung und Machtbefriedigung kapitalistisch orientierter Kreise unseres Volkes“ handelte. Doch obgleich er bei Ausbruch des Krieges als Student schon Mitglied der SPD war, urteilt er: „Ich habe niemanden in jenen Tagen gehört, der nicht von einem eventuellen Krieg begeistert gewesen wäre.“ Er war auch während des Krieges kein Drückeberger, was seinem Naturell völlig widersprochen hätte. Der innere Wandel, der sein ganzes folgendes Leben entscheidend prägte, aber erwuchs aus der genauen Kenntnis des Krieges in seiner Wirklichkeit statt im naiven Ideal in allen seinen Erscheinungsformen und Auswirkungen auf Menschen und die andere belebte Schöpfung.

Der *Bund Religiöser Sozialisten*, dem Eckert 1926-1931 vorstand, umfasste 15.000 Mitglieder, darunter 100 Theologen, in 17 Landesverbänden, von denen Eckerts badischer und der Thüringer Landesverband mit Emil Fuchs (1874-1971), dem jungen Eisenberger Pfarrer Karl Kleinschmidt (1902-1978) und Erich Hertzsch (1902-1995) besondere Bedeutung zukommt. In der Meersburger Kundgebung 1926 heißt es: „Innerhalb der Kirche kämpfen wir für die Rechte des arbeitenden Volkes und dafür, daß die Grundsätze des Christentums durchgeführt werden auch in den öffentlichen Ordnungen des Daseins: Gerechtigkeit unter den Menschen, Friede auf

Erden und allen Volksgenossen Freude und volles Genüge.“ Gerechtigkeit und Friede seien ihre Grundwerte. Eckert predigte nicht nur seiner Gemeinde über den Frieden, besonders an den Friedenssonntagen. Er stürzte sich auch in den Kampf für eine befriedete Welt. Er wusste schon 1923, die Geschichte werde vorwärtsgetrieben nicht primär von geistigen Kräften, sondern durch ein dem wirtschaftlichen Geschehen immanentes Gesetz. In diesem Sinne wandte er sich gegen „Versöhnungsapostel“ und „Verkleisterungsbeflissene“, trat also für Parteilichkeit im Friedenskampf ein. Es gehe nicht um die Bosheit einzelner Kapitalisten, die selbst nur Werkzeuge seien, sondern um den Kapitalismus als System. Die Ursachen des Krieges könnten nur durch eine internationale sozialistische Wirtschaft beseitigt werden, womit er sich vom traditionellen Pazifismus abgrenzte. Wie er 1926 auf vielen Veranstaltungen der SPD für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten eintrat, so stand er 1928 im Konflikt um den Panzerkreuzerbau in seiner strikten Ablehnung auf dem äußersten linken Flügel der SPD gegen den Parteivorstand und beteiligte sich an dem von der KPD angestrebten Volksbegehren. Eckert plädierte für das Programm der Gruppe um die theoretische Zeitschrift „*Klassenkampf*“, die einen systematischen Abbau der Wehrmacht forderte. „Die SPD hat die historische Aufgabe, jede Beteiligung Deutschlands an einem kommenden Krieg unmöglich zu machen.“ Alle Kräfte seien vielmehr für die Wohlfahrt aller Bürger einzusetzen. Dies machte sich der Mannheimer Kongress des Bundes zu eigen.

Warnung vor dem drohenden Faschismus

Die religiösen Sozialisten bildeten denn auch die entschlossenste Gruppe frühen kirchlichen Widerstandes gegen den drohenden Hitlerfaschismus. Im Wahlaufruf für den 14.9.1930 warnten sie vor einer Kriegsgefahr: „Du sollst nicht töten! Wollt ihr es als Christen nicht ernst nehmen mit diesem Gebot? Wollt ihr nicht dafür sorgen, daß dies der letzte Krieg gewesen ist, an dem unser Volk teilnimmt?“ „Wenn ihr aber eine Gewähr dafür haben wollt, daß Friede sei für unser Volk, Friede in Europa, Friede in der Welt, dann müsst ihr den politischen Einfluss der sozialistischen Parteien stärken. Nur die Verständigung, die Verbrüderung der arbeitenden Klassen aller Länder kann den Frieden vorbereiten und sichern.“ „Man solle sich“, so Eckert, „abwenden von den völkischen Radaumachern, diesen Hetzaposteln und Hass-Propheten.“ „Sie sind weder national, denn sie führen unser Volk ins Unglück, noch sind sie Sozialisten, denn sie wollen im Grunde nur die ungerechte kapitalistische Gesellschaft vor dem Sturm der Massen retten. Mit der Phrase ‚Die Juden sind an allem schuld‘ wollen sie die Schuld des ‚christlichen‘ Militarismus und Kapitalismus verdecken.“ Fuchs und Kleinschmidt veröffentlichten im November 1930 nach der bei den Septemberwahlen 1930 erstarkten NSDAP eine eindringliche Warnung vor dem Faschismus unter dem Titel „Noch ist es Zeit!“. Sie beginnt mit den Worten: „Die Kirche ist in Gefahr, sich selbst zu verlieren! Sich noch einmal so völlig selbst zu verlieren wie 1914, als sie sich hemmungslos der Weltkriegspropaganda auslieferte und sich dazu hergab, dem Völkermorden die ‚höhere Weihe‘ zu erteilen; sich heute dadurch selbst zu verlieren, daß sie hemmungslos der Propaganda der Nationalsozialisten verfällt, so daß ihr jedes Gefühl dafür verlorengeht, daß der Geist Jesu Christi und der Nationalsozialismus sich gegenüberstehen wie Feuer und Wasser!“

Gegenüber dem Bestreben der SPD, bei den Präsidentenwahlen 1932 Hindenburg als demokratische Garantie gegen Adolf Hitler (1889-1945) darzustellen, stand der inzwischen zur KPD übergetretene und aus der Kirche fristlos entlassene Eckert mit der von der KPD ausgegebenen Parole „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“ allerdings allein.

Zu den schlimmsten Kriegshetzern während der gesamten Weimarer Republik gehörte der DNVP-Abgeordnete Gottfried Traub (1869-1952) mit seinen *Eisernen Blättern*. Vor dem Krieg wegen seiner ultraliberalen Auflösung des christlichen Glaubens seines Pfarramts enthoben, wurde er im Krieg wegen seiner vermeintlichen patriotischen Leistungen von seiner Kirchenleitung wieder ins

geistliche Amt eingesetzt. Er hämmerte immer wieder den Lesern ein: „Weimar und die Republik sind und bleiben ein Notdach, denn die Revolution, die Mutter der Republik, ist aus Meineid und Hochverrat geboren.“ Er forderte: „Der Geist des 1. August 1914 wache wieder auf!“ (so im Juli 1919). Er beklagte „selbstgewollte Entmannung und Entwaffnung“ und wünschte sich einen neuen Bismarck. Er erkannte deshalb Völkerversöhnung nicht als Bildungsziel an. Man solle und müsse hassen. Wer Völkerversöhnung predige, kenne den Versailler Vertrag nicht, oder er sei kein Deutscher.

Der „Fall Dehn“

Zu welcher akuten Gefahr der aufziehende Hitlerfaschismus wurde, zeigt auch der Fall Dehn, der in Wahrheit, wie der „Fall Eckert“ ein „Fall Kirche“ war. Günther Dehn (1882-1970) war Vertreter des linken Flügels der von Karl Barth geprägten Dialektischen Theologie. Er hielt einen Vortrag zur Friedensfrage in einem Magdeburger Gemeindesaal. Er war kein Pazifist, vielmehr offen für den Verteidigungskrieg. Doch er entmythologisierte den Krieg und wies seinen Zusammenhang mit der Sünde auf. Er trat für ein Zusammenstehen mit allen Friedensgesinnten, auch Nichtchristen, gegen den Krieg ein, für eine Abschaffung der Militärpfarrer und für eine Reinigung der Geschichts- und Lesebücher von der Begeisterung für militärische Helden. Vor allem aber wandte er sich dagegen, den Opfertod Jesu und den von Soldaten im Krieg angeblich gemäß Joh. 15,13* auf dieselbe Stufe zu stellen.

Zunächst erhielt er nur grobe Briefe von früheren Offizieren. Auch begann die Rechtspresse bereits die Hetze gegen ihn. Die Kirchenleitung warf ihm vor, mit seiner Anstiftung einer Diskussion über diese Fragen den kirchlichen Interessen geschadet zu haben. Erst mit zwei Jahren Verspätung begann dann in der präfaschistischen Phase das eigentliche Vorgehen gegen ihn. Eine zugespitzte Polemik in den „*Eisernen Blättern*“ führte dazu, daß seine Berufung auf den Lehrstuhl für Praktische Theologie in Heidelberg abgelehnt wurde. In Halle dagegen wurde er zunächst aufgrund seiner Förderung durch den linkssozialdemokratischen Kultusminister Adolf Grimme berufen, doch dann begann ein studentisches Kesseltreiben gegen ihn. In einer Erklärung der „*Deutschen Studentenschaft*“ vom Oktober 1931 wurde angekündigt, alle Studenten würden Halle verlassen, da dort ein Mann lehre, dem man „glühenden Hass und tiefste Verachtung“ entgegenbringen müsse. Es kam am 3. und 4.11.1931 zu Ausschreitungen wie sonst an keiner anderen deutschen Universität, wobei die Studenten u. a. „Dehn, verrecke!“ riefen. Er mußte durch Polizei geschützt werden. Eine Vollversammlung sämtlicher Dozenten erklärte am 11.11.1931, die Studenten seien zwar falsche Wege gegangen, seien aber von „reinen, edlen Gefühlen zum Vaterland“ getragen. Am selben Tag bekundeten in Jena 2.000 Studenten mitteldeutscher Universitäten, sie würden gegen Dehn und seine Schützlinge bis zu dessen Rücktritt kämpfen. Dehn bezeichnete Ende 1931 in seiner Schrift „*Kirche und Völkerversöhnung. Dokumente zum Hallischen Universitätskonflikt*“ das Vorgehen gegen ihn als Kampf dämonisierten politischen Denkens gegen die Freiheit der Wissenschaft, was neue Entrüstungsstürme hervorrief. In diesem Klima der Einschüchterung verlor er bis zum Semesterende fast die Hälfte seiner Hörer. Auch die meisten Mitglieder des Lehrkörpers der theologischen Fakultät in Halle distanzierten sich von ihm, und er erhielt nach eigener Bekundung von ihnen kein einziges freundliches Wort. So nahm er schließlich „Urlaub“, aus dem er nach Fakultätsbeschluss nicht zurückkehren durfte.

Der Kampf von Erwin Eckert und Emil Fuchs gegen den Faschismus

F.-M. Balzer hat in seinem Buch „*Prüfet alles, das Gute behaltet ...*“ auf S. 17 ff interessante Belege für Eckerts parteiliches Eintreten für den Frieden schon in der Weimarer Republik gegeben. So habe er im Mitteilungsblatt der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) Süddeutschlands im Oktober 1926 beklagt, daß die Forderung „Nie wieder Krieg!“ auch unter Christen

* Es gibt keine größere Liebe, als wenn einer sein Leben für seine Freunde hingibt.

noch nicht zur Selbstverständlichkeit wurde. Nach der Verhinderung eines neuen Krieges müssten alle vernünftig Denkenden, alle wirtschaftlich Erfahrenen, alle kulturell Empfindenden, alle sittlich und religiös Bestimmten trachten. Zugleich rückte er von einem vorwiegend emotionalen Pazifismus ab, der nicht nach dem Sozialismus als der realen Grundlage eines dauerhaften Friedens frage. 1929/30 hatte Eckert bereits eine schrittweise Abschaffung der Wehrmacht angestrebt. Er setzte sich zugleich für eine Revision der Schulbücher und Lehrmittel ein, damit ihre militaristische und nationalistische Tendenz verschwinde. Dafür solle in Unterricht und Öffentlichkeit der Friedensgedanke systematisch gefördert werden. Deutschland dürfe sich auch nicht an einem Krieg „in der Front irgendeiner bürgerlich-kapitalistischen Allianz" beteiligen. Besonders in der Weihnachtszeit sollte von den Kanzeln aller Kirchen gegen den Krieg und dessen Vorbereitung gepredigt werden. Deutschland sei aber bereits in eine neue Vorkriegszeit eingetreten, und die neuen Gefahren würden zu wenig wahrgenommen. Weite Teile des Volkes hätten alle Erlebnisse in der Kriegszeit vergessen, und man wolle schon wieder die Jugend für einen Kampf um die Freiheit gewinnen, wo es doch in Wahrheit allein um die Sicherung von Rohstoffquellen und um die angestrebte neue weltpolitische Machtstellung Deutschlands gehe. Man suche auch die Urteilslosen in der Arbeiterschaft zur Schutztruppe der kapitalistischen Front mit ihren imperialistischen Gelüsten zu machen.

Sehr erhellend sind auch Zitate aus den von Friedrich-Martin Balzer und Manfred Weißbecker herausgegebenen Wochenberichten des „*Sonntagsblatts des arbeitenden Volkes/Der Religiöse Sozialist*" unter dem Titel „*Blick in den Abgrund*" (Bonn 2002). So schrieb Fuchs 1932: „Die deutsche Schwerindustrie wittert Kriegsprofit. Sie erkauft sich Aufrüstung und Reparationserleichterung für ein Militärbündnis mit dem ‚Erbfeind'". Er wandte sich gegen die Lieferung von Kriegsmaterial an Japan, mit dem japanische und chinesische Proletarier getötet und der Krieg gegen Sowjetrussland vorbereitet werde. Die Gegensätze zwischen den einzelnen imperialistischen Gruppen seien wieder ausgebrochen. „In verdoppelter Schärfe wird nun der Kampf um die Neuaufteilung der Welt geführt. Die Gegensätze innerhalb der imperialistischen Staaten können aber leicht so stark werden, daß sie nur in dem gemeinsamen Krieg gegen den Raum, den das Proletariat der imperialistischen Ausbeutung entzogen hat, gegen Sowjetrussland, ein Ventil finden können." Japan sei bereits offen zu militärischen Vorbereitungen übergegangen. Alle kapitalistischen Länder profitierten von Japans Raubzug durch dessen Rüstungsaufträge. Am Tag nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler notierte Fuchs: „Die deutsche Tragödie dehnt sich zu einer Tragödie Europas." Beide, Eckert und Fuchs, hatten 1932 in Amsterdam am Internationalen Antiimperialistischen Antikriegskongress teilgenommen.

Der Faschismus an der Macht

Die Machtübertragung an den Hitlerfaschismus konnte nicht verhindert werden, auch wenn Eckert und Fuchs in ihren politischen Wochenberichten im Bundesorgan der religiösen Sozialisten immer wieder vor der Gefahr auch für den Frieden warnten. In der Nazizeit war es der reformatorische Theologe Dietrich Bonhoeffer (1906-1945), der auf einer ökumenischen Tagung auf der dänischen Insel Fanö im August 1934 das Hauptreferat hielt (vgl. Eberhard Bethge, *Dietrich Bonhoeffer*, München 1967, [4]1978, S. 431 ff.), während die ev. Theologen Paul Althaus (1888-1966) und Emanuel Hirsch (1888-1972) schon 1931 in einem in sehr vielen Tageszeitungen im Wortlaut abgedruckten Aufruf sich gegen jede weitere Beteiligung deutscher Theologen an der ökumenischen Bewegung aussprachen, da die Verständigung mit den Feinden Deutschlands unmöglich sei. Althaus wandte sich auch gegen einen „oberflächlichen internationalen Verständigungsjargon". Bonhoeffers Aussagen aber gingen in die Kirchengeschichte ein, auch wenn sich die Versammelten seine Überzeugung in dieser Klarheit nicht zu eigen machen konnten. Er sprach schon damals vom drohenden Krieg der Nationen. Angesichts dessen sei von Christen Gottes Ruf zum Frieden als bindendes Gebot zu vernehmen und nicht als offene Frage zu diskutieren. Es gebe nur den unbedingten Gehorsam der Tat oder die

scheinheilige Frage der Schlange, die der Todfeind des Gehorsams und damit auch jedes echten Friedens sei. Bonhoeffer meinte, der Friede müsse gewagt werden und sei das Gegenteil von Sicherung, worüber zu diskutieren wäre. Er forderte hier auch ein großes ökumenisches Konzil zur Friedensfrage, damit die Welt zähneknirschend das Wort vom Frieden vernehmen müsse. Ein Konzil berate oder beschließe nicht nur Meinungen, sondern verkünde, binde und löse in konkreter Verbindlichkeit. Christen könnten nicht die Waffen gegeneinander richten, weil sie sie damit auf Christus selbst richteten. Bonhoeffer sprach von einer Beschämung der Christen im Westen durch den im Osten wirkenden Gandhi (1869-1948).

Da abgesehen von drei freikirchlichen Vertretern Deutschland auf der Weltkonferenz in Oxford 1937 nicht mehr vertreten war, konnten die für die Ökumene offenen Kirchenmänner vieler Länder umso deutlicher sprechen, wie der offizielle Berichtsband („*Kirche und Welt in ökumenischer Sicht*“, Genf 1938) ausweist. Die Konferenz wandte sich dagegen, daß die Kirche Vorkämpferin menschlicher Interessen sei. Es sei die erste Aufgabe der Kirche gegenüber dem Staat, Kirche zu sein. Ihr Universalismus stelle die Kirche in die vorderste Kampffront, wo immer man versuche, Volk oder Rasse zur höchsten Autorität zu erklären. Hier gebe es nur das große Entweder-Oder. Alle Ordnungen seien teils gottgegeben, teils von der Sünde vergiftet und deshalb dämonisch. Die Geschichte jedes Volkes sei durch nationale Verbrechen entstellt. Jedes Volk habe besondere nationale Fehler und Vorzüge, so daß Licht und Schatten immer verbunden seien. Gerade Treue erfordere zuweilen den Widerspruch zum Gesamtwillen. Die Vergötzung von Nation oder Volk sei deshalb kompromisslos abzulehnen. Ausdrücklich wandte sich die Konferenz gegen jeden Rassismus. Alle Menschen seien Kinder Gottes, nach seinem Ebenbild geschaffen. Jede Rasse sei von Gott mit einzigartigen Gaben gesegnet und leiste einen einzigartigen Beitrag zur Bereicherung des Lebens der Menschheit. Fremde und verstoßene Völker hätten Anspruch auf besondere Rücksicht und Fürsorge. Der Staat sei kein Selbst- oder Endzweck. Alles politische Handeln sei Mittel oder Hindernis der Herrschaft Gottes. Die Gerechtigkeit sei Richtung weisende und begrenzende Norm allen politischen Handelns. Sie könne nicht die bloße Bejahung bestehender sozialer und wirtschaftlicher Verhältnisse bedeuten. In der Dynamik des Geschichtsverlaufes kämpfe die ewige Ordnung der göttlichen Gerechtigkeit um immer neue Verwirklichung. Die Gewalt müsse auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Das Liebesgebot sei Ideal und Maßstab. Die Konferenz wandte sich ausdrücklich gegen eine Gesellschaft mit Luxus auf der einen und Mangel auf der andren Seite und sprach sich gegen die Vorherrschaft des Profitgedankens aus. Man könne nicht Gott und dem Mammon dienen. Alles Eigentumsrecht sei relativ. Von allen Staaten müsse Vertragstreue gefordert werden. Alle Völker stünden wie die Individuen unter Gottes Gericht. Noch immer sei das Zusammenleben der Staaten Verbindung von Recht und Gewalt, doch auch das internationale Recht müsse sich auf ein gemeinsames Ethos gründen. Der bestehende Internationale Gerichtshof nehme den Staaten jede Entschuldigung, sich der Gewalt zu bedienen. Der Krieg sei ein besonders hervorstechendes Zeugnis für die Macht der Sünde. Das Gebot der Nächsten-einschließlich der Feindesliebe gelte uneingeschränkt. Christen hätten ihre Stimme gegen jede zum Krieg treibende Politik zu erheben. Ein hemmungsloses Wettrüsten sei ein Merkmal verantwortungsloser Machtpolitik. Die heftige Reaktion in Deutschland zeigte, daß dieses Votum von den Nazis und ihren kirchlichen Trabanten verstanden wurde.

Die Scheußlichkeiten der Kriegspredigt im 1. Weltkrieg wiederholten sich zwar im 2. Weltkrieg nicht auf breiter Front. Der verbrecherische Charakter des Krieges steigerte sich dagegen immens. An der generellen Unterstützung des barbarischen Krieges durch den Protestantismus besteht kein Zweifel. So meldeten sich zahlreiche Pfarrer und Vikare der Bekennenden Kirche freiwillig als Offiziere oder für die Militärseelsorge. Sie wollten offenbar zeigen, daß ihr Widerstand gegen die Gleichschaltung der Kirche nichts mit ihrem „Patriotismus“ zu tun habe. Auch bildeten sie sich wohl ein, die Wehrmacht sei nicht gleichgeschaltet. Gering ist die Zahl der Pfarrer, die sich mehr oder weniger deutlich gegen den neuen Krieg aussprachen. Helmut

Gollwitzer (1908-1993) und Albrecht Schönherr (1911-2009) gehörten zu ihnen. Der Berliner Pfarrer Dr. Friedrich Flemming bezeichnete Anfang September 1939 in einem Rundbrief an seine Gemeindeglieder den Krieg als Folge der Sünde, „Heimsuchung“ und Zeit der „Drangsal“. Er wurde deshalb Monate lang in Haft gehalten. Nur *ein* ev. Laie verweigerte unmittelbar bei Kriegsbeginn den Dienst in der Wehrmacht: Hermann Stöhr (1898-1940) in Stettin. Er wurde am 21.6.1940 in Berlin-Plötzensee enthauptet. Ab 1940 gab es weitere Fälle der Wehrdienstverweigerung oder Fahnenflucht. Der Arbeitsbereich der Militärpfarrer wurde eingeschränkt. 1944 wurden sie der Kontrolle der „NS-Führungsoffiziere“ unterstellt. In der Parteikanzlei wurde sogar erwogen, alle in der Wehrmacht tätigen 22.000 Theologen zu entlassen, um die Soldaten der Kirche zu entfremden. Zuvor aber wurden mit Vorliebe BK-Pfarrer eingezogen, um so deren kirchliche Arbeit lahm zu legen. Im Krieg fielen 1.858 hauptamtliche evangelische Amtsträger, während nur 21 ev. Christen hingerichtet wurden.

Viele BK-Pfarrer waren nach wie vor fasziniert von einer starken deutschen Außenpolitik, was Loyalität gegenüber dem Politiker Hitler einschloss, sofern er Deutschland einen größeren Lebensraum versprach. Auch meinten sie, die Gehorsamspflicht gelte in jedem Fall. Günter Brakelmann beleuchtete dies wohl am ausführlichsten in seinem Buch „*Kirche im Krieg. Der deutsche Protestantismus am Beginn des II. Weltkriegs*“ (München 1979). Es erschien damals eine anonyme „theologisch-ethische Besinnung“ der BK, die von Peter Brunner stammen soll. Hier heißt es, abgesehen von den durch die Staatsverfassung gegebenen Möglichkeiten, gebe es keinen legitimen Weg für Untertanen, ihrerseits die Staatsgewalt zur Verantwortung zu ziehen. Die theologische Ethik könne weder für den Tyrannenmord noch für eine Revolution den Erlaubnisschein ausstellen, denn das Volk sei nicht verantwortlicher Träger und Vollstrecker der Staatsgewalt. Wer grundsätzlich zur Todesstrafe Ja sage, müsse dies auch zum Krieg tun. Wer als Nation leben wolle, brauche Kohlegebiete, Erzlager, Weizenfelder, Kolonien und Absatzgebiete. Auch völkerrechtliche Abmachungen, Verträge und Pakte könnten keine letzten Instanzen sein. „Der Grad der Bedrohung der Lebensmöglichkeiten wird festgestellt durch den Willen zum Leben, d. h. zur Macht, den eine Nation aufbringt.“ Die Verantwortung für die Kriegführung treffe ausschließlich die Obrigkeit, von Gott in jedem Fall verordnet. „Gerade als Christ habe ich die Pflicht, unter Beachtung der möglichst humanen und ritterlichen Formen der Kriegführung ein möglichst guter Soldat zu sein, der die ihm gestellten militärischen Aufgaben mit peinlicher Sorgfalt und mit Aufopferung aller seiner Kräfte zu erfüllen trachtet.“

Da verwundert nicht mehr, was F.-M. Balzer in seinem Aufsatz „*Die Mitverantwortung des deutschen Protestantismus für Faschismus und Holocaust. Eine Streitschrift*“ in „Prüfet alles, das Gute behaltet“ (Bonn 2010, bes. S. 380 ff.) zusammenstellte: Der Geistliche Vertrauensrat der Deutschen Ev. Kirche, dem auch der Landesbischof von Hannover August Marahrens (1875-1950) angehörte, den manche der BK zurechnen, sandte Hitler am 30.6.1941 ein Telegramm, in dem diesem unmittelbar nach dem Überfall auf die Sowjetunion „unwandelbare Treue und Einsatzbereitschaft der gesamten evangelischen Christenheit des Reiches“ versichert wurde. Dies wird so begründet: „Sie haben, mein Führer, die bolschewistische Gefahr im eigenen Land gebannt und rufen nun unser Volk und die Völker Europas zum entscheidenden Waffengang gegen den Todfeind aller Ordnung und aller abendländisch-christlichen Kultur auf.“ Die DEK sei „mit allen ihren Gebeten bei Ihnen und bei unseren unvergleichlichen Soldaten, die nun mit so gewaltigen Schlägen daran gehen, den Pestherd zu beseitigen.“ Daran änderte sich für ihn auch 1943 nichts: „Wir stehen in einem unseren ganzen Einsatz fordernden Krieg, und dieser Krieg muss in unbedingter Hingabe frei von aller Sentimentalität geführt werden.“ Nach dem gescheiterten Militärputschversuch auf Hitler vom 20.7.1944 ordnete er in allen Gottesdiensten seiner Landeskirche am folgenden Sonntag folgendes Kirchengebet an: „Heiliger, barmherziger Gott! Von Grund unseres Herzens danken wir Dir, daß du unserem Führer bei dem verbrecherischen Anschlag Leben und Gesundheit bewahrt und ihn unserem Volke in einer Stunde höchster Gefahr erhalten hast.“ Sein Nachfolger als Landesbischof, Hanns Lilje (1899-

1977), schrieb 1940/41 Musterkriegspredigten, dazu 1941 die Schrift „*Der Krieg als geistige Leistung*“. Nach siegreichem Feldzug in Frankreich stellte er befriedigt fest, daß nunmehr ein „Stück nationaler Schande von einst ... durch gewaltige neue Taten ausgelöscht sei“. Die Landkarte Europas wurde bis zur Unkenntlichkeit verändert. Das erinnerte ihn an Bismarcks Wort, die Geschichte sei „in ihrer Revision genauer als die ostpreußische Rechnungskammer“.

Da ist es erst recht nicht mehr verwunderlich, daß ein Gottesdienst der radikalen Thüringer Deutschen Christen im erzgebirgischen Schneeberg am 30.6.1940 mit dem Lied begann „Wir treten zum Beten ...“, worauf der Pfarrer mit dem Satz reagierte: „Als frech der Feind uns in den Krieg gezwungen, bist Du, Herr Gott, in unsere deutsche Front gesprungen.“ Er ließ ein Glaubenswort des „Führers“ und „Worte ewiger Wahrheit“ folgen. Darauf sang den Chor: „Gott gab uns den Führer, Gott wollen wir loben.“ Die Gemeinde sang nach der Melodie „Nun danket alle Gott“: „Nun danket alle Gott, der unser Volk geführet aus Nacht und Not zum Licht, wie wir es jüngst verspüret. Wann sprang das Joch entzwei? Wann gab es hellen Klang? Als Gott den Mann gesandt, der sich sein Volk errang. Nun danket alle Gott, nun danket allen Helden, die sich dem einen kühn zu treuen Diensten stellten! Wann sprang das Joch entzwei? Als einer ging voran und manches junge Blut in fremde Erde rann. Der ewig reiche Gott sei gnädig unseren Toten, die für ein köstlich Gut ihr frisches Leben boten. Er mache sie zum Bild und präge fest uns ein: So bist du nichts. Doch soll dein Volk dir alles sein.“ Der Pfarrer forderte die Gemeinde denn auch auf: „Richtet euch auf zur Ehrung der Gefallenen!“ Er trat selbst zum „Leuchter der Gefallenen“ und entzündete zwei Kerzen zum Gedächtnis der beiden letzten Gefallenen. Er und die Gemeinde grüßten mit erhobener Rechter. Dann sang der Chor verhalten die 1. und 3. Strophe des Frankreich-Liedes („Siegreich wolln wir Frankreich schlagen“).“

In einer Kundgebung des Thüringer Landeskirchenrats vom 6.8.1941 heißt es: „Unser Volk steht in einem beispiellosen Kampf um die Ordnung Europas und der Welt. Der Kampf, den wir heute ausfechten, ist der Kampf zwischen dem ewigen Deutschen und dem ewigen Juden. In diesem Kampf verbrüderten sich englische und amerikanische Priester, Vertreter eines internationalen Weltkirchentums, mit dem Satan. Sie haben durch den Bruderkuss, den sie dem bolschewistischen Judas gaben, Christus abermals verraten und erneut ans Kreuz geschlagen. Dieses Internationale Weltkirchentum spricht noch immer von den Juden als von dem auserwählten Volk, und das in einem Augenblick, in dem Gottes Hand ausholt, eben dieses Volk zu vernichten ... Diese Prediger sind auf der Stelle getreten und schauten nach rückwärts, während der Sturmschritt der deutschen Bataillone und der deutschen Jugend Zukunft eroberte ... Wir bekennen uns bedingungslos zum Führer und zu Deutschland. Wir bekennen uns zu artgemäßem deutschem Glauben. Wir gedenken in Ehrfurcht der Männer, die für Führer und Reich das letzte Opfer brachten, und geloben uns durch ihr Opfer bis zum letzten Atemzug für Deutschland verpflichten zu lassen.“ Am 26.4.1940 schließlich rief der *Geistliche Vertrauensrat* zu besonderen Glocken-Opferfeiern auf, „die unserer freudigen Opferbereitschaft für das Vaterland und unserer gläubigen Siegeszuversicht Ausdruck geben.“

Es gab aber einige tapfere und klare Worte. So verabschiedete im Oktober 1943 die 12. und letzte preußische Bekenntnissynode in Breslau ein Wort zur Auslegung des 5. Gebotes, gerichtet an die Pfarrer und Ältesten, in dem es heißt: „Wir sind nicht Herr über das menschliche Leben. Gott untersagt das Töten. Das 5. Gebot gilt immer. Ein Christ wird es verabscheuen, Völker in den Krieg zu treiben. Es ist eine indirekte Art des Tötens, wenn dem Nächsten der Raum zum Leben genommen wird. Wider Gottes Willen tötet auch, wer keimendes Leben vernichtet. Zum Töten gehört geistige Verletzung des Menschen mit Wort und Spott, Verdrängung aus seiner Lebensstellung, Schadenfreude, Hass und Rachedurst ... Friedfertige Wehrlose dürfen auch von der Obrigkeit nicht getötet werden. Begriffe wie ‚ausmerzen‘, ‚liquidieren‘ und ‚unwertes Leben‘ kennt die göttliche Ordnung nicht. Vernichtung von Menschen, lediglich weil sie Angehörige eines Verbrechers, alt oder geisteskrank sind oder einer fremden Rasse ange-

hören, ist keine Führung des Schwertes, das der Obrigkeit von Gott gegeben ist ... Das öffentliche Urteil darüber kümmert die Christen nicht: sein Nächster ist der, der hilflos ist und seiner besonders bedarf, und zwar ohne Unterschied der Völker, Rassen und Religion. Denn das Leben aller Menschen gehört Gott allein. Es ist ihm heilig, auch das Leben des Volkes Israel."

Es ist tröstlich, daß es auch Stimmen der Wahrheit unter evangelischen Christen gab, wozu damals besonderer Mut gehörte. Zu ihnen zählen auch einige Widerständler. So war der Kreisauer Kreis auch vom evangelischen Glauben geprägt. Insgesamt muss aber leider gelten, daß in den fast eineinhalb Jahrhunderten des behandelten Zeitraums die übergroße Mehrheit evangelischer Christen ein solches klares Zeugnis schuldig blieb, sie vielmehr dem Irrtum und seiner selbstgewissen Verbreitung unter Verfolgung der der Wahrheit anhängenden kleinen Minderheit verhaftet blieb. Das hatte schlimme Folgen, nicht nur für die Kirche, sondern für uns alle. Es gab sehr gewichtige Gründe dafür, daß das „*Darmstädter Bruderschaftswort*" den Christen schon 1947 einzuhämmern suchte: „Wir sind in die Irre gegangen ..." Aber auch dieses Wort blieb wieder das Votum einer kleinen Minderheit und enthält kein konkretes Schuldbekenntnis zu Völkermord und Gewaltverbrechen, zur Verantwortung des deutschen Protestantismus für die Mobilisierung von Volksmassen zur Errichtung und Stabilisierung des deutschen. Die wenigen, die nicht in die Irre gegangen waren, bleiben unbenannt. Die Erkenntnis, daß eine radikale Orientierung im Kampf gegen soziale Unterdrückung und imperialistischen Krieg, daß revolutionäre Konsequenz zwingend an die Seite der kämpfenden Arbeiterklasse führen muss, blieb auch in der Folgezeit auf wenige Christen in Deutschland beschränkt. Auf die aber kommt es an.

Stark gekürzte Fassung eines Vortrags am 26.2.2015 in Güstrow vor *RotFuchs* und der *Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR* (ISOR)

Erstveröffentlichung

Helmut Ridder: Nichts vergessen, aber alles gelernt

Von den offiziellen und offiziösen Veranstaltungen zum 50. Jahrestag der Machtübergabe an die Nazis war der Wissenschaftlerkongress im Reichstag am deutlichsten auf langfristige Meinungsbildung angelegt. Im Kontext der politischen „Wende“ verdient insbesondere das Referat von Prof. Hermann Lübbe Beachtung. Der Gießener Staatsrechtler Prof. Helmut Ridder untersucht diese Rede als ein Stück „Ideologie des antidemokratischen Antifaschismus“.

Der Kollege Hermann Lübbe – er lehrt Philosophie am (beneidenswert?) ruhigen Gestade der Universität Zürich, an das er sich von der bundesdeutschen „Studentenrevolte“ hat verschlagen lassen – beantwortete jüngst die Themafrage „Nationalsozialismus im Bewusstsein der deutschen Gegenwart“ so: „Es ist nichts vergessen, aber einiges ausgeheilt“ (Überschrift der Wiedergabe seines Abschlussvortrags auf einem „international besetzten Kongress im Reichstag von Berlin“ anlässlich „der fünfzigsten Wiederkehr des Tages“, „an dem die Nationalsozialisten zur Macht gekommen waren“, in FAZ 24.1.1983, S. 9).

Man sollte sich die Auseinandersetzung mit seiner These und ihrer alles andere als grobschlächtigen Begründung nicht zu leicht machen, auch und sogar erst recht dann nicht, wenn man ihre Botschaft, die mit dem Trend zahlloser anderer Kongresse, Reden, Leitartikel, Aufrufe, Gedenkakte aller Art aus demselben Anlass voll übereinstimmt, von vornherein für erweislich falsch halten muss: Alle diese (also nicht nur die mehr oder minder offiziös eingefärbten) Botschaften von einer gottlob nun wieder großenteils heilen und Tag für Tag heiler werdenden Welt, wenigstens der westdeutschen (dem Staat der anderen Deutschen, die schon nicht mehr als bloß versklavte „Brüder und Schwestern“ gelten, wird – siehe seine durch eine etwas subtiler gewordene Brille der „Wiedervereinigung“ wahrgenommene Besinnung auf Martin Luther, Friedrich II. usw. – Heilbarkeit auch nicht mehr grundsätzlich abgesprochen) müssen schon deshalb falsch sein, weil sie immer noch auf der Identität der (alle „gesamtdeutschen“ Ambitionen weitertragenden) Bundesrepublik Deutschland mit dem von Bismarck aus „Blut und Eisen“ geschmiedeten, mit dem als Republik kaum versuchten und alsbald gestrandeten und mit dem als „Drittes Reich“ zum Inbegriff von Staatsverbrechen gewordenen Staat beharren. Einer Identität, in der die BRD von heute dennoch genau das Gegenbild zur nazistischen Staatsrealisation von gestern darstellen soll – ein deutsches „Wunder“ also (das zentralste unter vielen), dessen unaufhebbare Widersprüchlichkeit allerdings eine höchst reale ideologische Kontinuität enthüllt: die Unfähigkeit zur Revolution, durch die sich der historische Weg der deutschen bürgerlichen Gesellschaft grundlegend von dem der westeuropäischen unterscheidet.

Um die expandierende Mitte

Wer sich diese Grundbefindlichkeit auch aller vor dem „Dritten Reich“ im 19. und 20. Jahrhundert in Deutschland realisierten politischen und Regierungssysteme nicht ständig gegenwärtig hält, wird selbst ein Opfer des sie geflissentlich verdrängenden bundesrepublikanischen „Mainstreams“, der denn auch bestimmt, in welchem historischen Rahmen überhaupt verglichen und gewertet werden darf. So darf nicht nur, sondern muss sogar unentwegt die „Freiheitlichkeit“ in der BRD mit der „Unfreiheit“ im „Dritten Reich“ kontrastiert, darf aber nicht die letztere als die 1933 ff. zunächst bejubelte und als optimal angesehene Erfüllung aller antidemokratischen Sehnsüchte und Projekte der 1919 ff. bloß umständehalber in die ihr äußerlich gebliebene Form der Republik eingetretenen bürgerlichen Gesellschaft, und darf deshalb auch nicht die erstere als ein Produkt derselben, aus ihren erst am Ende wider Erwarten schlechten Erfahrungen mit dem „Dritten Reich“ die Lehre ziehenden und das „Verhältnismäßigkeitsprinzip“ entdeckenden bürgerlichen Gesellschaft qualifiziert werden. „Der Schoß ist fruchtbar noch ...“ (Brecht zu zitieren ist heute geradezu aufdringlich „in“), aber nicht dem Schoß und seiner Fruchtbarkeit, sondern dem, was gestern Morgen aus ihm gekrochen und gestern Abend gestorben ist, gilt das Bemühen. Lässt man sich auf den vorgegebenen Rahmen ein und das tut auch

die „Linke“ immer dann, wenn sie das ihr aus faschistischer Verfolgung erwachsene Vermächtnis geschichtslos in ihre Praxis einbringt –, so hat man sich bereits in ein Abseits manövriert, aus dem heraus nur an den Realitäten von Vergangenheit und Gegenwart vorbei politisch agiert werden kann. Dann kann man sich etwa auch dazu provozieren lassen, den Satz, daß „nichts vergessen, aber einiges ausgeheilt“ sei, durch den Nachweis des Gegenteils widerlegen zu wollen. Ein vergebliches und seine Urheber vollends lähmendes Unterfangen: Seit der Konsolidierung der BRD in den 50er Jahren (etwa bei den „Erdrutschwahlen“ von 1953 festzumachen) ist ihr politisches System eine stabile und stationäre Veranstaltung, bei der die volksparteilich aufgemachten Staatsparteien sich um eine immer mehr expandierende Mitte balgen, die, um „Mitte“ bleiben zu können, allerdings auf ein (nach Null tendierendes) Vorhandensein von „Links-“ und „Rechtsextremisten“ angewiesen bleibt; daher denn die DKP, die durch Projektion der Bannbulle des KPD-Verbots auf sie kleingehalten werden kann, kaum eine Chance hat, verboten zu werden, und der mit oder ohne neonazistische Bezüge in Erscheinung tretende rechte Rand („Bruder Eichmann“ würde ihm natürlich nicht angehören, sondern in der „Mitte“ seinen Beamtenpflichten nachgekommen sein, hätte er sich bedeckt halten und überleben können), dem der Geldhahn abgedreht wird, bevor er sich zur Massenbewegung auswachsen könnte – da ist wirklich alles gelernt und nichts vergessen worden –, sich der schon in Weimar üblich gewesenen Vorzugsbehandlung für nicht systemfeindliche muss erfreut. Doch es kommt auch auf die Richtigkeit oder Falschheit (welche zudem kein Beweis für die Richtigkeit des Gegenteils wäre) dieses Satzes in seinem Bezugsrahmen gar nicht, dagegen ganz entscheidend darauf an, dessen Borniertheit aufzusprengen, soll die herrschende Ideologie, die Ideologie der die BRD Beherrschenden, durchschaut, als eine des antidemokratischen Antifaschismus erkannt, die „Verhältnismäßigkeit“ (oder das „Übermaßverbot“) als ihr „ästhetisches Prinzip“ und ihre nicht muss Handlungsmaxime begriffen und ihrem die Themenwahl, den Blickwinkel und die Bündnisvorstellungen von Demokraten bestimmenden Diktat ein Ende gemacht werden. Sehen wir uns deshalb etwas näher an, wie L. sie darbietet.

In der seit jenen zwölf Jahren verflossenen, einen „Generationswechsel“ einschließenden Zeit haben sich mit der Entwicklung des neuen Systems die Bedingungen zunächst für eine Neutralisierung, sodann für eine Nutzbarmachung des „Dritten Reichs“ zwecks Verinnerlichung und Befestigung der undemokratischen Strukturabnormitäten der von den Westalliierten als Frontstaat nach außen wie nach innen in den kalten Krieg hinein gegründeten BRD verändert. Dem entspricht der Wechsel der für die Selektion und Transformation von historischen Wahrheiten gebrauchten Filter. Daß L. anno 1983 und auf FAZ-Niveau durch den seinen getrost mehr Wahrheiten als früher passieren lassen kann (und muss, um künftiges Systemvertrauen zu stabilisieren), hat geradezu zur Voraussetzung, daß vorher, insbesondere in der von L. ausführlich gewürdigten ersten Nachkriegsdekade, meist viel primitivere benutzt worden sind, die im Übrigen auf dem darunter liegenden „Bild“-Niveau, also auch in den politischen Sonn- und Werktagsreden der Etablierten für mediengläubige Polit-Analphabeten, auch heute noch keineswegs außer Gebrauch sind. Voraussetzung ist vor allem die erste Phase der von L. für die frühe Nachkriegszeit der Sache nach sogar unumwunden zugegebenen, wenn auch verbal geleugneten und umgetauften „Verdrängung“. L.s Paradebeispiel ist die einsichtslos, ja sogar per „Wiedergutmachung“, auf den Stand bis 1932 restaurierte „unpolitisch“-politische Universität wilhelminisch-demokratieresistenter Herkunft. L. spricht zum Beispiel feinsinnig, durchaus zutreffend, nur, wie noch zu zeigen sein wird, halbseiden, nämlich in entscheidenden Punkten unvollständig, über eine Entwicklung von „Verhältnissen nichtsymmetrischer Diskretion“ zwischen „Ex-Nazi-Kollegen“ und dem (von wegen des Renommees und der Auslandsbeziehungen) erst mal zum Rektor gekürten „im Widerstand bewährten Kollegen“. Dieser könnte zum Beispiel Max Horkheimer geheißen haben; und das zeigt, daß hier nur von aus der Emigration heimgekehrten oder vom politischen Scheintod auferstehenden Kollegen die Rede sein dürfte. Die Rede ist von einer „gewissen Zurückhaltung“ in der öffentlichen Thematisierung individueller oder auch

institutioneller Nazi-Vergangenheiten; von einer zur „Verwandlung unserer Nachkriegsbevölkerung in die Bürgerschaft der Bundesrepublik Deutschland“ erforderlichen „gewissen Stille“; und gern räumt L. ein, daß diese „Bürgerschaft“ von (vielleicht sogar „erheblichen“) Relikten des Nationalsozialismus nicht „von Anfang an frei gewesen“ sei.

Kein Zweifel: Ein Globke könnte heute, nachdem die Ende der 60er Jahre, sicher auch aus dem „Generationswechsel“, aufgebrochene „Faschismus-Debatte“ auch einen Filbinger etwas vorzeitig aufs Altenteil eines „verdienten Staatsmanns“ abgeschoben hat, nicht mehr Staatssekretär im Bundeskanzleramt werden. Aber es ist ja nicht von ungefähr, daß die biologischen Daten eine solche Frage von vornherein gegenstandslos machen – weswegen über sie schon mal sinniert werden darf; diese „Verdrängung“ hat zu ihrer Zeit ihren Zweck erfüllt, einen Zweck, den sie auch nur zu ihrer Zeit erfüllen konnte. Um diesen Zweck am Beispiel Globke noch einmal klarzustellen, das der aus dem Ruhestand in die Politik heimgekehrte und sich als patriarchalischer Dauerkanzler etablierende Vordemokrat Adenauer mit himmelschreiender (aber hierzulande nur wenige irdische Ohren erreichender) Unverfrorenheit erfolgreich durchexerziert hat: War dieser Globke, der gewissenhafte Mitvater und Kommentator der „Nürnberger Gesetze“ nicht schließlich gar ein „Widerständler“ gewesen, der durch seine exakten Umschreibungen „Halb“- und „Vierteljuden“ vor der Vernichtung gerettet hatte?

Vorher die bösen braunen E.T.s

Hier wurde für den Bereich der in ihrer Willfährigkeit bewährten Bürokratie vordemonstriert, daß man sich nichts vorzuwerfen hatte und reuelos von neuem integrieren lassen konnte – unter „Wiederanknüpfung an jene moralischen und politischen Traditionen“, wie L. richtig bemerkt, „die in der nationalsozialistischen Kulturrevolution (das Gemeinte ist richtig, der Ausdruck falsch) liquidiert worden waren“, auf deren Grundlage aber, was L., selbst ein Produkt der „Verdrängung“, nicht sehen will, das „Dritte Reich“ eben hier entstehen und staatliche Wirklichkeit werden konnte.

Daß diese „Verdrängung“ alten Stils auch heute auf niederem Niveau noch weiterlaufen muss und auch nur allmählich auslaufen kann, wurde schon erwähnt. Am wirksamsten haben ihrer Ausdehnung auch auf die Heranwachsenden, die sich allerdings mehr und mehr emanzipiert haben, anfänglich die unverdrossenen Lehrer und Oberlehrer gedient, die nach dem raschen Zusammenbruch des grotesken Revolutionssurrogats einer juridifizierten „Entnazifizierung“ und entsprechend den mit der differenzierten Behandlung von Kriegsverbrechern – Verurteilung von Göring, Streicher u. a. hier (Hitler, Goebbels u. a. hatten sich dankenswerterweise schon vorher selbst verabschiedet); Freispruch, Begnadigung oder vorzeitige Entlassung für Flick, Krupp u. a. dort – gesetzten Signalen wieder auf die Schulen und Hochschulen losgelassen wurden, um das „Dritte Reich“ mitsamt der Reichsrepublik entweder einfach auszuklammern oder sich wegen der „Tragik“ der „Verstrickung“ ihrer selbst und der Deutschen überhaupt auszuweinen, wenn nicht gar mit beweinen zu lassen: Die Selbstbeweinung ist das unvermeidliche Korrelat der Unfähigkeit zu trauern – und zu bereuen („bereuen“ heißt für die positiven Kräfte der 2000jährigen europäischen Zivilisation nicht weniger, aber auch nicht mehr als „umdenken“!). Die aus diesen Bildungseinrichtungen und den zeitgenössischen Elternhäusern hervorgegangenen, heute noch in ihren „besten Jahren“ stehenden Politiker können (unterdrücken wir die Frage nach dem Wollen) zum Teil gar nicht verstehen, was denn nun immer wieder auszusetzen sein soll an der besten, freiheitlichsten und rechtsstaatlichsten Demokratie aller Zeiten, die da eine um jeden Preis zu verteidigende Wirklichkeit geworden sein soll, wo vorher böse braune E. T.s ein zwölfjähriges Schreckensregiment ausgeübt hätten. Für sie ist das fabelhafte urplötzliche Entstehen des sich bald als „Modell Deutschland“ spendabel dem ganzen EG-Europa mitteilenden freiheitlichsten usw. Systems noch nicht einmal ein „Wunder“. Ganz einfach sei es zu haben gewesen, lächelt der erste eisern lächelnde in der Reihe der eisernen deutschen Kanzler, nämlich so: Hingefallen? Na, wenn schon – die „Stunde null“

erkennen, also einfach aufstehen, „die Ärmel hochkrempeln“, und schon lief’s; also weitermachen! Honni soit qui mal y pense (Ein Schuft, wer schlecht dabei denkt)! Der Spruch ist freilich schon seit geraumer Zeit vergeben, für den englischen Hosenbandorden; gerade jetzt, wo die ständige kleine Anfrage der durchschnittlichen Sozialdemokratie, ob’s nicht auch mal was weniger an Antidemokratismus sein dürfe, wieder von der zu nichts verpflichtenden Oppositionsbank gestellt wird, würde er das Wappen des Lands des Lächelns trefflich zieren können.

Ein Schuft dann natürlich auch, wer etwa schlecht dabei denkt, daß die Erinnerung an die herrlichen UFA-Schnulzen, nicht zu vergessen das Lied von der Laterne, mit dem „wir“ damals sogar unsere ritterlichen Kriegsgegner im Westen beglücken konnten, die denn auch „unsere“ ritterlichen Freunde geworden sind, aber auch an den ganzen gehobeneren Kulturbetrieb (auf Furtwänglers „unpolitische“ Durchhaltekonzerte in den Werkshallen der Rüstungsindustrie darf schon mal ein kritisches Wort verwendet werden), an das Florieren auch „neutraler“ Wissenschaft („unser“ Wernher v. Braun darf da schon ein bisschen an der Grenze stehen), generell an alle „Normalitäten“ des – zwar (schlimm! sehr schlimm sogar!) „arisierten“, aber auch (da ist doch schon was Positives dran!) vom „Gift“ des „bolschewistischen Marxismus“ und des ihm Vorschub leistenden, nicht durch die deutschnationale Mühle gedrehten „Liberalismus“ gereinigten – „gesellschaftlichen Lebens“ im „Dritten Reich“ einem immer noch zahlreichen Publikum immer wieder aufgefrischt wird. Der angezielte, der jüngeren Generation, weil sie von naturgemäß nicht vorhandenem Gewissensdruck auch nicht entlastet zu werden braucht, freilich nur noch unvollkommen mitteilbare Effekt ist die Zerreißung des einen Funktionszusammenhang bildenden realen historischen Gesamtsystems des „Dritten Reichs“, die dieses zu einem beziehungslosen Nebeneinander von zwei Welten verfälscht. Dadurch lässt sich (möglichst wenig, das aber plakativ) „typisch Nationalsozialistisches“ herauspräparieren und – als verwerflicher Exzess (daß KZ-Verbrecher vielfach auch gegen die systeminterne Befehlshierarchie verstoßen haben, spielte in den wenigen in der BRD gegen sie geführten Strafverfahren eine herausragende, oft die entscheidende Rolle; Richter haben so was nie getan, sie standen später auch nicht vor Gericht) – den (möglichst großen) wohlanständigen Bestandteilen („Des Teufels General“ war wohl deren trächtigste Verkörperung im frühen Zuge derart verdrängender statt verarbeitender Aufblendung von jüngst vergangener NS-Geschichte) konfrontieren, in denen, um es noch einmal brechtisch zu formulieren, der immerwährende „Schoß“ geborgen ist und seine Fruchtbarkeit behält. In der Jurisprudenz, die ein erstrangiger politischer Faktor geworden ist, feiert das Mysterienspiel von den beiden getrennten Reichen seine höchsten Triumphe. Man nehme nur die Dreistigkeit wahr, mit der das Bundesverfassungsgericht – „letzte Instanz“ der „Verfassungsorgane“ (!), wie es unangefochten tituliert wird – z. B. in seinem sog. Radikalenbeschluss die ganze historische Sequenz von Realisationen der antidemokratischen „Treuepflicht“ aufzählt und dabei das „Dritte Reich“, das selbige nicht erfunden, wenn auch in die höchste Potenz erhoben hat, einfach weglässt, weil sonst ein Schatten auf die mit hehrem Pathos proklamierte „abwehrbereite Demokratie“ fallen könnte, die nur eine durch neue Institutionen und mit Hilfe eines neuen ideologischen Instrumentariums „verhältnismäßig“ verstümmelte Demokratie ist.

Rettende „Stunde der Not“

L., der (bei seiner Formulierung von Einwänden gegen die „Faschismusdebatte“) von „Verhaltensprädispositionen“ spricht, hat andererseits nur zu Recht, wenn er (bei seinem Versuch, die „Verdrängungsthese“ zu widerlegen) konstatiert, daß „auf der normativen Ebene jedenfalls“ von den westdeutschen Anfängen an „nationalsozialistische Relikte inexistent“ waren, versteht man unter solchen das, was im Nachhinein eben als „typisch nationalsozialistisch“ bezeichnet wird. War doch längst vor dem mit der „bedingungslosen Kapitulation“ besiegelten Ende der NS-Staatsmaschine, mitten im „Dritten Reich“, der später so genannte Ordo-Liberalismus gezeugt, geboren und genährt worden, der die „Stunde null“ alsbald mit seinen Werten erfüllte,

aus ihr die in Deutschland für die Zwecke der Absorbierung von grundsätzlich ans „Eingemachte“ der ökonomischen Struktur gehendem Veränderungspotential altbewährte „Stunde der Not“ machte und mit voller Kraft nicht auf ein Vorwärts zu neuen Systemufern, sondern auf das Rückwärts aus der Sackgasse der Zerstörung der Produktionsstätten und der militärischen Niederlage schalten mußte. Es ging um die Rückführung des sozioökonomischen Systems aus seinen schließlich irrational und unkontrollierbar gewordenen Verstrickungen in eine Politik, die jegliche Mittel und Zwecke durch Erfolg heiligen will (und daran zwangsläufig scheitert), auf einen Rationalitätspegel, der die Systemerhaltung zum maßgeblichen Zweck macht und danach seine Mittel „verhältnismäßig“ bestimmt (um dauerhaft erfolgreich sein zu können). Die dazu erforderliche Verabschiedung der Systemrealisationen des „Dritten Reichs“ durfte auch den „Nationalsozialismus“ als dafür verantwortliche Weltanschauung umso schärfer verabschieden, als dieser ausweislich seines Namens und anhand der die Politik des „Dritten Reichs“ zeitgenössisch bejubelnden Literatur über den „Deutschen Sozialismus“ den entpolitisierten Massen post festum auch noch als ein eben zum „Sozialismus“ führendes ideologisches Ferment vorgeführt werden konnte. Damit wird auch schon klar, wie die Katze aussieht, die der antidemokratische Antifaschismus schon bald beginnen konnte, früher oder später aus dem Sack zu lassen, mit dem er, bevorzugt zu Gedenktagen in Beziehung aufs „Dritte Reich“, seine Bühnen erklimmt, um die „vollendete Überwindung des Nationalsozialismus“ zu demonstrieren, die dem Antidemokratismus als Blankoscheck dient.

Doch die „vollendete Überwindung des Nationalsozialismus“ zu bestreiten, wie vielfach und nicht nur in der „Faschismusdebatte“ geschehen und daher auch von L. genüsslich aufgespießt, ist töricht, wie es auch töricht ist, aus der von L. ebenfalls aufgespießten „Dimitroff-Formel“ mit ihrem wichtigen allgemeinen heuristischen Hinweis auf den grundsätzlich grenzenlosen Opportunismus der Eigentümergesellschaft bei der Wahl ihrer Regierungssysteme eine dogmatische Scholastik zu entwickeln, die für die empirisch nachweisbare Lernfähigkeit auch der „am meisten reaktionären ... Elemente des Finanzkapitals“ blind ist. Die Geschichte der BRD ist durchaus keine „Geschichte der unvollendeten Überwindung des Nationalsozialismus“, was behauptet zu haben L. nicht zu Unrecht der „Faschismusdebatte“ ankreidet; und das erloschene „Dritte Reich“ war zwar eine „offene terroristische Diktatur“, aber eine zwar vom „Kapital“ inszenierte, jedoch bis fünf Minuten vor zwölf auch von einer (zum größeren Teil aus erfolgstrunkenen Mitläufern bestehenden) Volksmehrheit getragene. Widerstand gegen den Nazifaschismus hat in Deutschland keine ganze Klasse, kein ganzer Volksteil, kein numerisch ins Gewicht fallender, substantieller Untergrund, kein Partisanenheer geleistet. Und die am 20. Juli 1944 im „Führerhauptquartier“ gezündete Bombe (ein heldenhafter Akt antifaschistischen Widerstands) kam aus einer kleinen „Koalition“, in der Demokraten den kleinsten Teil ausmachten. Nicht die (tapfere, in vielen, besonders in ihren außenpolitischen Teilen, sagen wir befremdliche) Reichstagsrede von Otto Wels vermittelt ein objektives Bild vom Zustand einer SPD, die bis zur Auflösung einen Anpassungsschritt nach dem anderen versuchte und deren Verhalten zum „Verschwinden“ der Kommunisten keine spezifischen Abweichungen von dem der im engeren Sinn „bürgerlichen“ Totengräber der Republik erkennen ließ.

Orden und geltendes Recht

Nur wenn vorab diese bittere Wahrheit und des Weiteren begriffen wird, daß und wie das Null der „Stunde null“ restaurativ revoziert wurde, lässt sich voll verstehen, was aus dem (am Kriegsende ausgelaugten) Volk der „Verfolger und Verfolgten“ (wieder Brecht, in „*Furcht und Elend des Dritten Reiches*“, für alle, die es nicht selbst erlebt haben), gegen das, wie L. richtig anmerkt, „der neue deutsche Staat“ „schwerlich eingerichtet werden“ konnte, im Wege der „Verdrängung“ gemacht worden ist: ein Volk der Lügner und Belogenen, wo also die (meist gutgläubigen) Lügner vor allem sich selbst belügen. Bei L. heißt diese Erzeugung einer labyrinthischen Traumwelt „Bewältigung der Unsicherheit“. Zutreffend wird sie als Indiz „der

gelingenden Rekonstruktion deutscher Staatlichkeit“ bezeichnet. Der Sumpf von Realitätsverlust, in dem die Demokratie versinkt, gerät nicht ins Bild.

Wir können hier nur zwei auch von L. erwähnte exemplarische Vorgänge behandeln, deren unermesslicher und langfristiger Schaden für eine umdenkende Aufarbeitung der historischen Wirklichkeit nur durch eine tiefgreifende auch moralische Umgründung der BRD behoben werden könnte. Da ist einmal „der Umgang mit den Orden des II. Weltkriegs“. Sie sind nicht einkassiert; aus ihnen wurde das Hakenkreuz getilgt. So hat die BRD, kurz gesagt, den Krieg des „Dritten Reichs“ salviert, indem sie selbst Auszeichnungen für einen ehrenhaften Krieg verlieh, der nie geführt worden ist, und mehr als bloß unterschwellig dem wirklich geführten Krieg Absolution erteilte. Da ist zweitens der Umgang mit den NS-Verbrechen, die, soweit überhaupt, nach einem Recht verfolgt wurden, das angeblich im „Dritten Reich“ gegolten hat – eine Vorstellung, die aus der schon erwähnten, nachträglich die Realitäten verändernden Zerreißung des Funktionszusammenhangs des „Dritten Reiches“ folgt. In Wahrheit hat dieses Recht „damals“ gerade nicht gegolten, und das ist auch ganz offensichtlich. Der erste Teil von Filbingers geflügeltem Satz (,,Was damals rechtens war ...“) trifft zu. Wer das in Zweifel zieht, verharmlost nur das System, unter dem diese Verbrechen zu „dienstlichen“ Obliegenheiten gehörten und bei guter Erledigung übrigens auch mit jenen Auszeichnungen belohnt wurden, die man in der leicht veränderten Ausgabe aus der bundesdeutschen Traumfabrik trägt. Das heißt: Ohne einen Rekurs auf das neue Völkerstrafrecht, mit dem das Weltgewissen auf den zum Raubkrieg aufgebrochenen Nazi-Faschismus reagiert hat, den die bundesdeutschen Gerichte aber scheuen wie der Teufel das Weihwasser, dürften diese Täter gar nicht bestraft werden. Doch sie werden (gelegentlich und häufig unangemessen) bestraft, und das vielfach auf dem Hintergrund abstruser Naturrechtskonstruktionen, damit selbst hier das andernfalls erforderliche Fünkchen „Revolution“ nicht zünden kann, das wenigstens eine entsprechende Sondergesetzgebung hätte hervorbringen müssen, mit der die Nation sich hätte reinigen können. So ist denn auch das Trauerspiel der Verjährungsdebatte mit einer unbehebbaren Katastrophe für die Demokratie in der BRD zu Ende gegangen, mit der juristisch wie politisch falschen endgültigen Einschmelzung der NS-Verbrechen in die gemeine Kriminalität, von deren Tragweite sich offenbar auch die Faschismus-Debattanten und die (durch die Ausdehnung der Verjährungsfristen „beruhigten“) überlebenden Opfer keine Vorstellung machen können. Sie glauben, damit wenigstens einen Teil selbstverständlicher Forderungen erfüllt zu sehen, ohne den für die Erreichung später Individualsühne (Sühne?) in einigen Fällen, die kein Teil des objektiv Gebotenen, sondern etwas ganz anderes ist, gezahlten Preis zu kennen: Den neuen Stoß von „Verdrängung“, das Verschwinden des Staatsverbrechens aus dem nationalen Bewusstsein von geschichtlicher Verantwortung (die etwas anderes als „Schuld“ ist) und den anonymisierenden Schlussstrich auch unter die individuelle Schuld von mit Paragraphen freilich niemals fassbaren Haupttätern.

Widerstand aus der Traumfabrik

Von der „Wiedergutmachung“, die im Komplex der fortdauernden „Verdrängung“ von Realität durch Mythenbildung eine erstrangige Rolle spielt, handelt L. nicht explizit. „Wiedergutmachung“, gegen die als solche unter bestimmten Umständen nichts einzuwenden sein mag, obwohl die Verrentung erlittener Verfolgung prekär bleibt, birgt aber in sich ohnehin die Gefahr, im öffentlichen Bewusstsein zum Ersatz für Aufarbeitung zu werden. Gewährt wird „Wiedergutmachung“ in Form von individuellen Leistungen für Verfolgung. In der Traumfabrik nun wird der Unterschied zwischen Verfolgung und Widerstand von der Verdrängungsmühle aufgelöst und aus der Verfolgung derjenigen, die gruppenspezifisch gerade nicht ihres Widerstands wegen, die nicht aus „politischen“, sondern aus „rassischen Gründen“ verfolgt worden sind, Widerstand gemacht.

Denn dieser „Widerstand“, der kein Widerstand ist (was das Grauen der danach zunächst „irrational“ erscheinenden Verfolgung eher noch vergrößert), ist auf dem Seelengrund der nach-

faschistischen Eigentümergesellschaft auch ein „guter“, für die ökonomische Grundstruktur nicht bedrohlicher Widerstand. Da kann L. nun kräftig hinlangen und vom „jüdischen Widerstand“ sprechen, den Holocaust (das Filmwerk) dargestellt und dadurch den Deutschen – zur richtigen Zeit – ein „pseudotheoriefreies“, „in moralisch und politisch angemessener Weise auf die Realität des Dritten Reiches“ bezogenes, ein common-sense-fähiges Trauern ermöglicht habe. In Wahrheit wird die historische Realität gefiltert und der „Common sense“ in seiner Unfähigkeit gefestigt, denjenigen Widerstand zu bejahen, der (mit den gleichen blutigen Folgen der Verfolgung, doch „aus politischen Gründen“) wirklich Widerstand war, aber ein auch die mit der heutigen identische damalige ökonomische Grundstruktur bedrohender, daher „böser“ – und daher ein in L.s symptomatischem Geschichtsbild auch überhaupt nicht vorkommender; es ist ja auch ein ganz wesentlich von Kommunisten geleisteter gewesen.

Was die herrschende Ideologie des antidemokratischen Antifaschismus hier mit vielfältigsten Kombinationen von Teilwahrheiten, Teilverdrängungen und Projektionen zuwege gebracht hat, ist wie ein eine grauenhafte Tragödie in manchen Dimensionen noch übertreffendes Satyrspiel. Im Bereich der „Wiedergutmachung“ findet der zur Verfolgung „aus politischen Gründen“ führende Widerstand auf eine nicht einmal subtile Weise gar nicht statt. Denn anspruchsberechtigt ist nur, wer sich nicht nach der Gründung der BRD gegen deren „freiheitliche demokratische Grundordnung“ betätigt hat, die in der Jurisprudenz nichts anderes als die zur verfassungsrechtlichen Formel geronnene Grundstruktur des restaurierten ökonomischen Systems ist. Der anspruchsbegründende Tatbestand ist also nicht im Widerstand wurzelnde Verfolgung, sondern das Bekenntnis zu eben der „fdGO“ usw. Ein Kommunist, der im „Dritten Reich“ Widerstand geleistet hat und deswegen verfolgt worden ist und mit legalen Mitteln heute mutatis mutandis politisch aus seinem fortgeschriebenen Grundkonzept agiert, erhält nichts; der Kommunist, der anderen Sinnes geworden ist, erhält auch keine „Wiedergutmachung“, sondern eine Prämie auf seinen Gesinnungswandel!

Dabei wird das Schicksal der vom „Dritten Reich“ verfolgten und umgebrachten Juden zum zweiten Male ausgebeutet. Die erste Ausbeutung unternahm das Naziregime, dessen antisemitische Aktionen bei näherer Betrachtung keineswegs so „irrational“ gewesen sind, wie sie dargestellt werden, damit die Judenverfolgung als eine Verfolgung absolut „Unschuldiger“ die Verfolgung anderer mehr im Dunkeln lassen kann. Die Nazis hatten in ihrer „Kampfzeit“ nicht zuletzt mit ihrer antisemitischen, alle Geschichtskatakomben ausnutzenden Agitation den zivilisationsverräterischen Atavismus der Massen mobilisiert, „Juda“ und „Moskau“ als die an allem Übel schuldigen Weltverderber verbunden, und sie demonstrierten mit der Judenverfolgung die Notwendigkeit der Abwehr von demokratischer Egalität und die Herstellung von „Sozialismus“ (durch Depossedierung der „jüdischen Bankhyänen“ usw., mit deren Vermögen gleichzeitig das „arische“ Unternehmertum einverständlich dafür kompensiert wurde, daß es kein unangefochtenes politisches Entscheidungsmonopol im Herrschaftssystem des „Dritten Reiches“ erhielt). Aus der BRD-Verdrängungsmühle tritt nunmehr der Antisemitismus sublim als ein geschäftiger Philosemitismus in Erscheinung, der nur langsam abbröckelt und immer noch für den allerwichtigsten Coup der herrschenden Ideologie gut ist, nämlich aus dem gescheiterten „Dritten Reich“, aus dessen Asche sich das System der „sozialen Marktwirtschaft“ wie der Phönix erhoben hat, auch noch die totale Immunisierung gegen all das heimzubringen, was auch nur entfernt wirklich sozialistisch sein oder werden könnte.

Dazu dient heute der angebliche „Sozialismus“ des „Dritten Reichs“, der damals nicht durch die Sozialisten-, sondern nur durch die Judenverfolgung glaubhaft gemacht werden konnte. Daß die Identität der vormaligen bürgerlichen Bejubler des „deutschen Sozialismus“ des „Dritten Reichs“ mit den nachmaligen Verdammern des „Dritten Reichs“ und Antisozialisten der BRD keine Anfrage an die sozialistische Qualität des „Deutschen Sozialismus“ nach sich gezogen hat, ist das unvermeidliche Resultat der Tabuisierung der Personengleichheit in der „diskret“

personenbezogenen ersten Phase der „Verdrängung“. Auf ihm, d. h. auf der Zerstörung einer realen Brücke, und auf der fiktiven Bildung einer nicht vorhandenen Brücke zwischen „Deutschem Sozialismus“ und Sozialismus bauen Autoren wie L. auf, der die Katze jedenfalls mal kurz aus dem Sack schauen lässt, wenn er seine Deutschen aus der richtigen Auseinandersetzung mit dem „Dritten Reich“ anhand von Holocaust gelernt haben lässt, daß ihre „Normalität“ mindestens „eine notwendige Bedingung für die Immunität einer politischen Kultur gegen die totalisierende Machtergreifung ideologischer Heilsgläubigkeit ist“.

Das ist einigermaßen abstrakt formuliert, und L. bricht damit klugerweise auch ab. Aber auch Autoren, die die Verbindung zwischen der „totalisierenden Machtergreifung ideologischer Heilsgläubigkeit“ und dem Sozialistischen deutlich formulieren, werden die sarkastische Frage, unter welcher Mitglieds-Nummer Adolf Hitler in der KPD geführt worden sei, nicht verstehen wollen, mit der man vor dem von L. als „in seiner Urteilszuständigkeit neu bestätigt“ angesehenen „Common sense“, dem „moralischen und politischen Gemeinsinn“ des antidemokratischen Antifaschismus, gar ein „psychiatrischer Fall“ werden könnte. Nein, dieser „Gemeinsinn“ ist inkompetent; er ist unfähig zu erkennen, was das ist, weil er unfähig ist zu erkennen, was gewesen ist. Deshalb ist er aber auch durch eine ihm kongeniale Ungeschichtlichkeit nicht zu widerlegen, die da „Faschistoides“ oder ähnliches sieht, wo es sich „nur“ um Gewächs aus „gutem“, d. h. schlechtem, altem, vom Zentrum des ökonomischen Systems bestimmtem antidemokratischem Stock handelt.

...wenn es nur ein Museum bleibt

Was nach der sog. Machtergreifung, die eine Machtverleihung war, geschehen konnte, hätte man in der Tat in Adolf Hitlers „*Mein Kampf*“ nachlesen bzw. hochrechnen können. Was in der BRD geschehen wird, wenn „Unregierbarkeit“ dadurch chronisch werden sollte, daß die Wähler dauerhaft nicht mehr systemkonform wählen und/oder systemkonform beschließende Parlamente keinen Boden mehr unter sich haben, steht nicht in diesem Buch und auch nicht in neofaschistischen Flugblättern und Traktätchen, sondern (von der Präsenz der amerikanischen Freunde zu schweigen, die nicht nur Raketen installieren, sondern sich bekanntlich auch um die „psychische Gesundheit Westdeutschlands“ sorgen), oft nicht einmal verschlüsselt, in den Büchern, Reden, Grundgesetzrevisionen und Kommentaren, Gerichtsentscheidungen usw., in denen sich der „moralische und politische Gemeinsinn“ der herrschenden antidemokratischen Doktrin ausgebreitet und mit denen Demokraten sich selbst einmauern, wenn sie glauben, sich die Inhalte zwecks instrumenteller Verwertung aneignen zu können, anstatt sie zu studieren, um sie zu entkräften und zu überführen.

Das „Dritte Reich“ ist nach seinem Tode toter, als es vor seiner Geburt gewesen ist; wo kämen „wir“ denn hin mit der Wiederholung dieses nicht mit Bremsen versehen gewesenen Experiments? Deswegen geht die herrschende Ideologie selbst nach Auschwitz, um den Verfolgten Ehre zu erweisen – wenn es nur ein Museum bleibt, aus dem kein Licht auf das Kontinuum fällt, das die Mechanismen der postfaschistischen „Verdrängung“ erzeugt hat! (Hunderttausende sind in den 20er Jahren zum Beinhaus an den Schlachtfeldern von Verdun gepilgert – um zusammen mit den „Kameraden“ von der anderen Seite der beiderseitigen „Helden“ zu gedenken, nicht um die Millionen Opfer zu betrauern, die die miteinander rivalisierenden und gegeneinander kriegführenden Imperialismen gemeinsam ermordet haben.) Der Antidemokratismus lebt – auf einem durch die Restauration der ökonomischen Grundstrukturen wiederaufbereiteten Nährboden. Der „Nationalsozialismus“ war von diesem Nährboden niemals abtrennbar, auch nicht als „typisch nationalsozialistischer“ Antisemitismus (wo etwa verliefe eine wirklich harte Grenze zwischen dem antisemitischen Comment der Studentenverbindungen, aus denen die für die Ausführung der „Nürnberger Gesetze“ zuständigen Beamten hervorgegangen sind, und den Stufen der unter dem Beifall vormals „gestandener“ bürgerlicher Autoren praktizierten „Entjudung“?), und lebt nicht nur in Schmierereien und Grabschändungen, sondern auch im

antifaschistischen Philosemitismus weiter, in asymmetrischer jüdischer Repräsentation, in wiederaufgebauten Synagogen, die eine nicht vollzogene Überwindung demonstrieren sollen, in politisch missbrauchten Gotteshäusern ...

Antifaschistisches Sackhüpfen

Daher darf es keinen Antifaschismus geben, der mit bloßen Reflexreaktionen auf den antidemokratischen Antifaschismus bemüht ist, diesen vom antidemokratischen Kopf auf irrtümlich gemutmaßte demokratische Beine zu stellen – Kopf und Beine sind in demselben Maße antidemokratisch, wie sie antifaschistisch sind –, und sich dadurch selbst in den immerwährenden Schoß verpflanzen lässt ...

Dies zu erwägen ist so wichtig, weil am 30. Januar 1983 zwölf Jahre begonnen haben könnten, in denen immer wieder und immer tiefer in die Köpfe eingehämmert wird, daß jenes „Dritte Reich“ endgültig einer immer ferner werdenden Vergangenheit angehört – was unzweifelhaft richtig ist, aber eben nichts darüber besagt, wie die Gegenwart beschaffen ist. Was bietet sich da nicht alles an: 30. Juni 1984 = 50 Jahre nach den mit dem fingierten Röhm-Putsch gerechtfertigten Mordtaten, 1985 = 50 Jahre nach den „Nürnberger Gesetzen“ usw., und zum triumphalen Schluss 1995 = 50 Jahre nach der „Stunde null“, ohne das von der Tatsache ihrer Verfälschung geredet wird! Wer sich dieser Tatsache, wer sich allen anderen Realitäten der westdeutschen Nachkriegsgeschichte nicht erkennend stellt, wer gegen die Traumwelt der herrschenden Ideologie eine eigene Traumwelt aufbaut, in der die „Stunde null“ doch als Stunde der Revolution geschichtsmächtig geworden sein soll, wird sich in diesen nächsten zwölf Jahren aufs nicht demokratisch befestigte antifaschistische Sackhüpfen kaprizieren, während der antidemokratische Antifaschismus das Rennen macht.

In: *die tat*, 33. Jg., 1983, Teil 1: Nr. 16 vom 22. April 1983, S. 12; Teil 2: Nr. 17 vom 29. April 1983, S. 12.

Hans Heinz Holz: Das Ende der Aufklärung. **Kampfthesen einer reaktionären Philosophie**

Georg Lukács hat einst, sozusagen als ein Handbuch des ideologischen Antifaschismus, die „*Zerstörung der Vernunft*“ geschrieben, ein klassisches Buch der Verteidigung des Erbes, das der Marxismus an Aufklärung und Rationalismus anzutreten hat. Das Buch lässt sich lesen als ein fortlaufender Kommentar zu einer Linie der deutschen weltanschaulichen Tradition seit der Romantik – Ernst Bloch nannte sie die „Unheilslinie“ –, und dieser Kommentar ist in der Auseinandersetzung marxistischer Philosophen mit dem Irrationalismus nach 1945 fortgesetzt worden. Immanuel Kant hatte mit einem großartigen Wort die Aufklärung als den „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ bezeichnet. Seitdem haben die antiaufklärerischen Bemühungen derer, die die Menschen in Unmündigkeit halten wollen, nicht nachgelassen; und die Verteidigung des Mündigkeitsanspruchs der Aufklärung ist stets eine Hauptfront des ideologischen Klassenkampfs gewesen.

Konservatismus und Innerlichkeit

Die Argumentationsmuster der Gegenaufklärung haben sich seit zweihundert Jahren kaum verändert; sie sind nur immer flacher geworden, und natürlich haben sie sich dem jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Problemlage und der gesellschaftlichen Antagonismen angepasst. Ewige Ordnungen des Seins – sei es von Gott gesetzte, sei es als Naturkonstanten beschriebene – bestimmen das menschliche Leben und Zusammenleben und entziehen sich dem Eingriff des Menschen, der Gestaltung durch das historische Subjekt. Solche Ordnungen werden durch Offenbarungsschriften und Propheten verkündet, und verbürgt oder intuitiv vom Individuum erfaßt. Logische Deduktion, vernünftige Konstruktion und dialektische Entwicklung gelten als „schlechte Vernünftelei“. Der objektivistischen Hinnahme des Bestehenden und konservativen Anpassung entspricht dann die Verlagerung von Subjektivität und Freiheit in die Innerlichkeit des Ich: Konzentration der Weltbeziehungen im Brennpunkt der privaten Selbsterfahrung, Selbstverwirklichung als Kunstprodukt einer egozentrischen Kreativität. Psychologismus und Ästhetizismus sind die Kehrseite der konservativen Ordnungsideologien; nur scheinbar richten sie sich auf Freiheit und Herrschaftsverweigerung, in Wirklichkeit schlägt ihr Aufbegehren um in Unterwerfung durch die Flucht aus der öffentlichen Verantwortung in das unantastbare Reich der individuellen Seele und Seligkeit. Es ist kein Zufall, daß die neuen Irrationalismen aller Art sich wieder der Philosophie Nietzsches zugewandt haben, bei dem diese psychologisierenden und ästhetisierenden Tendenzen mit großem Pathos vorgetragen wurden.

Nietzsche erhob den irrigen und irreführenden Anspruch, seine Zerstörung der Vernunft sei eben die Bekundung der echten kritischen Vernunft, er berief sich auf die Freigeister der Aufklärung, auf Voltaire zumal. Weil angeblich eine „radikale Kritik“ jede objektive Wahrheit zersetze und allein das gelten lasse, was die Stärkung der eigenen Kraft und des Lebens bewirke, können aus dieser Kritik sowohl Herrschaftsordnung wie Innerlichkeit gerechtfertigt werden. Wahrheit, sagt Nietzsche, „ist ein Wort für den Willen zur Macht“. Und „alles, was bisher Wahrheit hieß, ist als die schädlichste, tückischste, unterirdischste Form der Lüge erkannt; als der heilige Vorwand, die Menschheit zu verbessern, als die List, das Leben selbst auszusaugen, blutarm zu machen.“ Die Welt zerfällt nun in ein Chaos von Individuen, die ihre Selbstverwirklichung erstreben (was immer sie darunter verstehen mögen), und in dieser Krise des Nihilismus, in der die objektive Wahrheit, die Ziele der Menschheitsentwicklung und die Gesetze der Geschichte unglaubwürdig gemacht werden, stellt sich die älteste und primitivste aller Ordnungen wieder her: die Herrschaft des Stärksten. „Der Wert einer solchen Krisis ist, daß sie reinigt und so zu einer Rangordnung der Kräfte den Anstoß gibt: Befehlende als Befehlende erkennend, Gehorchende als Gehorchende. Es gibt nichts am Leben, was Wert hat, außer dem Grade der Macht – gesetzt eben, daß Leben selbst der Wille zur Macht ist.“

Es braucht uns hier nicht zu interessieren, daß Nietzsches präfaschistische Lebens- und Machtphilosophie hervorgegangen ist aus der verzweifelten, aber unbewältigten, weil unpolitischen Kritik daran, daß das Bürgertum sein eigenes Programm der Aufklärung nicht einzulösen vermochte. Seine heutigen Adepten lesen Nietzsche nicht historisch-kritisch, sondern als Leitfaden für ihr eigenes Weltverständnis, Nachfahren jener Nietzsche-Gemeinde, die einst die Schwester des Philosophen, Elisabeth Förster-Nietzsche, (selbst um den Preis von Textfälschungen) aus den Lesern seiner Schriften formierte.

Aufklärung und Selbstbestimmung

Nun ist die Rezeption Nietzsches zwar das geheime Zentrum der modernen Widervernunft, aber keineswegs ein einhelliges und systematisches Phänomen. Einige Strukturalisten, die sogenannten „Neuen Philosophen" in Frankreich, die Verkünder einer neuen ästhetischen Kultur, und die Verfechter der These vom Ende der Geschichte können sich mit unterschiedlichen Anknüpfungspunkten auf ihn beziehen; die Wiederentdeckung der Vorliebe zuerst für Gottfried Benn und jetzt für Ernst Jünger gehört in diesen Zusammenhang; und oft ist es einfach die unzusammenhängende Aufnahme einzelner Versatzstücke aus den Schriften Nietzsches und die Faszination durch deren autoritären Verkündigungsgestus, die ihn zum Ersatzvater mancher Sekten und Gruppen werden ließ. Wo es nicht um Argumente geht, spielt die Stimmigkeit der Gedankenverbindungen ohnehin keine große Rolle. Sie braucht es nicht und darf es gar nicht, denn das Prinzip jeder Antiaufklärung ist es, die zwingende Kraft des schlüssigen Denkens als vordergründig abzuwerten und sich auf höhere Einsichten zu berufen, die vor der prüfenden Vernunft zu bestehen nicht nötig haben.

Denn das ist das Prinzip jeder Aufklärung: Alles der prüfenden Vernunft zu unterwerfen – seit der vorsokratischen Philosophie, die den vielfältigen und vieldeutigen Mythen die Regeln des Denkens entgegensetzte, welche Aristoteles später im „Organon" zu einem Grundlagensystem der Logik zusammenfasste. Aufklärung ist die Geschichte der Kultur als Geschichte der geistigen Voraussetzungen für die Selbstbestimmung des Menschen (zu deren Verwirklichung natürlich materielle Bedingungen vorhanden sein und geschaffen werden müssen). Selbstbestimmung heißt: Erforschung der äußeren, von mir unabhängigen Gegebenheiten und ihrer Zusammenhänge; Feststellung der Möglichkeiten, in diese Zusammenhänge nach eigenen Zwecken verändernd und gestaltend einzugreifen; Prüfung der Zwecke, ob sie nicht nur kurzfristig und egoistisch, sondern im Hinblick auf die menschliche Gattung überhaupt erstrebenswert sind (sonst würde ich mich letztlich selbst schädigen).

Um dies fertig zu bringen, muss ich Identitäten festhalten und Widersprüche bestimmen, muss Allgemeines von Besonderem und Wesen von Schein unterscheiden, muss die Verknüpfung von Grund und Folge, von Ursache und Wirkung, von Bedingung und Bedingtem offenlegen; kurz, ich muss Verfahren entwickeln, die die Rationalität meines Handelns sichern. Diese Rationalität ist allen Menschen gemeinsam, ohne sie gäbe es keine Verständigung, keine Sprache, keine Arbeit, keine Gesellschaft. Wer sich über die Regeln der Vernunft hinwegsetzt, anhand deren alles geprüft werden kann und im Zweifel geprüft werden muss, macht sich abhängig von einer unbegriffenen, fremden, außer ihm seienden Wirklichkeit.

Die Allgemeinheit der vernünftigen Selbstbestimmung ergibt sich aus dem, was Marx das „Gattungswesen" des Menschen nannte. Aus gutem Grund darf ich mir keinen individuellen Zweck setzen, der andere schädigt; denn dann dürfte das ja auch der andere, und wir würden uns gegenseitig bis zur Vernichtung schädigen. Schon im 17. Jahrhundert baute der englische Philosoph Thomas Hobbes über dieser Einsicht seine Staatstheorie auf, Kant hat dann dem Gedanken als „kategorischem Imperativ" eine klassische Form gegeben: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, daß sie ein allgemeines Gesetz werde." Selbstbestimmung, als Freiheit, schließt den Respekt vor dem anderen ein – nicht weil dies durch ein

göttliches oder überliefertes Gebot gefordert würde, sondern weil die Vernunft gar keine andere Form des Zusammenlebens zulässt.

Sonderinteressen und Gegenaufklärung

In einer komplexen und schwer durchschaubaren Welt gibt es selbstverständlich Schwierigkeiten, das „allgemeine Beste“ (wie die Aufklärungsphilosophen sagten) zu erkennen. Keiner verfügt über alle Kenntnisse und Gründe, Diskussionen sind nötig, Korrekturen getroffenen Maßnahmen sind unerlässlich, um sich jeweils der richtigen Lösung einer gesamtgesellschaftlichen Frage anzunähern. Das ist der Prozess der geschichtlichen Entwicklung, die sich immer durch Widersprüche und Unvollkommenheiten hindurch verwirklicht. Nicht darin liegt Irrationalität, sondern in der Dominanz von Sonderinteressen, die sich gegenüber dem Allgemeinwohl durchsetzen. Wer den eigenen Vorteil auf Kosten anderer sucht – bewusst, weil er denken mag: Nach mir die Sintflut; unbewusst, weil er nicht in Gesamtzusammenhängen zu denken gewöhnt ist –, wird sich der Prüfung seiner Zwecke durch die Vernunft zu entziehen versuchen. Er wird sich auf außervernünftige Bestimmtheiten berufen, auf Sachzwänge, Traditionen, Erkenntnisgrenzen, Schicksal, Intuitionen, Offenbarungen – Rationalität soll dann nur noch in beschränktem Rahmen gelten, größere Zusammenhänge hingegen bleiben der kritischen Reflexion unzugänglich.

So steht der Irrationalismus immer im Dienst der Sonderinteressen gegen das Allgemeinwohl; darum neigen herrschende Schichten und Klassen zu irrationalen Ideologien. Gegenaufklärung ist eine Bedingung ihrer Selbstbehauptung – auch wenn sich die einzelnen das nicht immer klarmachen. Verschleierung gehört zur Erscheinungsweise von Ideologie, auch Verschleierung gegenüber sich selbst. Umgekehrt steht die Forderung nach Vernünftigkeit immer im Dienst der Unterdrückten. Das unwiderlegliche Argument ist schon deren stärkste Waffe, wenn ihnen noch keine anderen Waffen zu Gebot stehen. Als Anselm von Canterbury fragte, wie die Existenz Gottes bewiesen werden könne (statt bloß geglaubt), begann eine lange Entwicklung, in deren Verlauf die Willkür der religiösen Lehren mehr und mehr abgebaut wurde. Am Ende siegte der Anspruch der Vernunft, daß diese Welt nach einsehbaren Gründen und nicht nach Priesterwort eingerichtet werden müsse – und dieser Anspruch gilt als Norm und Postulat, auch wenn die Welt noch alles andere als vernünftig eingerichtet ist.

Rationalität behauptet sich nicht ohne Widerstand, nicht ohne Gegenbewegung. Der Kampf zwischen Aufklärung und Irrationalismus ist nie zu Ende, in jeder Epoche muss er aufs Neue ausgetragen werden. Denn wir wissen nie die ganze Wahrheit über alles in der Welt, und in die Lücken unseres Wissens können sich so immer weltanschauliche Verbindungsglieder einschieben, die das kritische Denken abblocken und zu Trägern von Sonderinteressen zu werden vermögen. Die Spannung zwischen Besonderem und Allgemeinem wird ja nicht dadurch aufgehoben, daß sie einmal theoretisch durchschaut wird, sondern reproduziert sich immer wieder als ein reales Verhältnis in einer mannigfaltigen Welt. Rationale Klärung und Ideologiekritik sind immerwährende Aufgaben des vernünftigen Denkens, im Besonderen der Philosophie.

Dabei versteht sich von selbst, daß nach Hegel und Marx die Vernunft in der Geschichte nicht mehr als Aufhebung der realen gesellschaftlichen Widersprüche im Denken und durch das Denken verstanden werden konnte, wie in der Zeit der „heroischen Illusion der progressiven Bourgeoisie“ (Manfred Buhr in Vernunft – Mensch – Geschichte, Köln 1977), also im 17. und 18. Jahrhundert. Die Ausbildung eines dialektischen Vernunftbegriffs erlaubte es vielmehr, die rationale Struktur der materiellen gesellschaftlichen Prozesse mit den darin auftretenden Widersprüchen zu fassen. Damit wurde der Schein der Irrationalität der Geschichte durchschaut und zerstreut. Der historische Materialismus löste die Intention der Aufklärungsphilosophie ein, indem er den gesetzlichen Verlauf der Geschichte aus einem Prinzip erklärte. Der Mensch behauptet sich in der Natur und entwickelt seine Fähigkeiten durch die Arbeit, in der er die Natur umgestaltet; in der Organisation der Arbeit schafft er die Produktionsverhältnisse, die mit der

Ausbildung der technischen Mittel zu immer differenzierteren Gesellschaftsformationen und Zivilisationen führen.

Das Ende der Geschichte

Mit der Erkenntnis der Gesetzlichkeit der Geschichte war dem Irrationalismus das letzte inhaltliche Terrain genommen worden, auf dem er sich vorwissenschaftlich, und das heißt mit „gutem Gewissen", tummeln konnte. Will er nun eine weltanschauliche Position verteidigen, so muss er dies pseudowissenschaftlich oder antiwissenschaftlich tun. (Das bedeutet, daß das Niveau irrationalistischer Theorien und Philosophien sich gegenüber der Zeit der Romantik, der ersten großen Phase der Antiaufklärung, wesentlich verändert hat: Es ist flach geworden) Anti-wissenschaftliche Einstellung finden wir bei allen Erlösungskulten, Sekten und quasireligiösen Weltanschauungsgemeinschaften, aber auch in der Nietzsche-Nachfolge und bei den prinzipiell vernunft- und wissenschaftsfeindlichen „Neuen Philosophen" in Frankreich (vgl. dazu meinen Beitrag: „Wider den neuen Irrationalismus", in: J. Schleifstein/E. Wimmer, Plädoyers für einen wissenschaftlichen Humanismus, Frankfurt/Main 1981). In gewissem Sinne gehören hierher auch Tendenzen, den wissenschaftlichen Diskurs dadurch aufzuheben, daß eine nicht mehr allgemeinverbindliche Privatsprache gepflegt wird, die beliebig ausdeutbar bleibt; die Verfahren des strukturalistischen Psychoanalytikers Jacques Lacan und seiner Schule führen zu dieser Konsequenz, obschon sie auf einer sehr subtilen Methode der Interpretation beruhen; nur kann eben nirgends angegeben werden, welche kritisch überprüfbaren Zuordnungen für die Übersetzung psychischer Bekundungen in eine objektivierbare, nachvollziehbare Begriffssprache definitiv sind.

Lacans Psychoanalyse ist ein Grenzfall: Er lehnt die wissenschaftliche Rationalität ab, hält aber sein eigenes Verfahren doch auch für wissenschaftlich auf eine neue Art. Anders verfahren zahlreiche antiaufklärerische Theorien, die ihren Irrationalismus paradoxerweise mit dem Anspruch und der Diktion traditioneller Wissenschaftlichkeit vortragen. Carl Gustav Jungs Archetypenlehre ist eine ältere, aber nach wie vor einflussreiche Form dieser Gruppe von Ideologien; einflussreich und wichtig vor allem auch deshalb, weil sie ein Modell dafür abgibt, wie die tatsächlichen Besonderheiten der geschichtlichen Verhältnisse durch Reduktion auf wenige „ewige" psychologische Grundfiguren enthistorisiert und vor dem verändernden Zugriff der handelnden Menschen bewahrt werden sollen; Konservativismus ist hier nicht nur theoretischer Hintergrund, sondern unmittelbar Programm der psychoanalytischen Therapie. In jüngster Zeit gesellt sich hierzu die Wiederauferstehung der Mythologie, nicht als Zweig religionsgeschichtlicher Untersuchung, sondern als Deutung von immer gleichen, sich wiederholenden Lebenssituationen und -mustern, als eine Sprache unwandelbarer Ideen.

Eine ähnliche Stillstellung der Geschichte vollzieht ein metaphysisch interpretierter Strukturalismus, etwa bei Claude Lévy-Strauss und in seiner Nachfolge. Anstelle der psychologisch zu erforschenden Archetypen übernehmen da die von Ethnologie und Soziologie zu beschreibenden fixen Strukturen der Vergesellschaftung – z. B. Heiratsvorschriften, Clanbildungen, Symbolsysteme die Rolle von überhistorischen Ordnungen, die gleichsam vom Himmel gefallene Konstellationen menschlichen Zusammenlebens sein sollen. Die Erkenntnis von Geschichtsprozessen führt uns dann nicht auf die Formulierung von Gesetzen oder Prinzipien wirklicher Prozesse und Beziehungen, sondern zur Dechiffrierung einer „weniger verständlichen Komplexität" durch eine vermeintlich „besser verständliche Komplexität". Es geht darum, einen Code zu finden (bzw. zu erfinden), der die Übersetzung eines Zeichensystems in ein anderes erlaubt – und welchen Code man wählt, ist beliebig: Ein Lebenslauf ließe sich z. B. ebenso in Form eines Horoskops wie eines Krankenblattes des Hausarztes wie eines Schuldbekenntnisses im Beichtstuhl ausdrücken; nur müssten sich an allen drei Codes Übereinstimmungen im formalen Arrangement von Konstanten aufweisen lassen.

Es ist ersichtlich, daß die unumkehrbare Abfolge und die Konkretheit geschichtlicher Prozesse hier eingeebnet werden – ein Vorwurf, den schon Jean-Paul Sartre gegen den Strukturalismus

erhoben hat. Die z. Zt. neueste Abart des Irrationalismus zieht daraus auch die gehörige Konsequenz. Die These von der Epoche der „post-histoire‘ (der Nach-Geschichte), in der wir uns angeblich befänden, schneidet der Geschichte überhaupt den Lebensfaden ab. Es soll keine qualitativ neue und andere Zukunft mehr geben, es bleibe alles, wie es ist, eine sich selbst erhaltende Bürokratie sorge für die immerwährende Erhaltung des gegenwärtigen Zustands der verwalteten Welt. Wir sind aus der Politik entlassen zu Mickymaus, den Ewings und der Trapp-Familie. Schmidt, Kohl und Genscher garantieren schon unser Wohl oder auch nicht; zu ändern gibt es daran ohnehin nichts. Nietzsche, Mythologie und Strukturalismus – von jedem ein bisschen wird in diesen Gifttrank der Apathie gemischt.

Die Funktion solcher Ideologien ist offenkundig: Durchkreuzung jeder Theorie von Geschichte. Lähmung des weltverändernden Bewusstseins und Willens, Erhaltung einer Gesellschaft, die sich selbst keine Zukunft mehr zu geben weiß. Die Frage ist überflüssig, welchen Interessen es dient, das Ende der Geschichte zu proklamieren. Aber der Fortgang der Geschichte ist nicht abhängig vom Dekret herrschender Klassen, von der Zensur gegen die Vernunft. Auch das Ende der Aufklärung spukt nur in den Köpfen reaktionärer Ideologen und resignierter Bürger. Die Arbeiterklasse hat das Erbe der Vernunftphilosophie angetreten, sie hat es in den Kämpfen gegen den Faschismus und für eine neue Ordnung der Welt bewahrt und gemehrt. Ihr Werkzeug ist die kritische Potenz der Vernunft, die sich vor dem Bestehenden nicht beugt, sondern seine Mängel aufdeckt und die in ihm liegenden Möglichkeiten entfaltet. So ist der Gang der Geschichte unaufhaltsam und (wie Hegel sagte) ein Fortschritt im Bewusstsein der Freiheit.

In: *die tat*, Nr. 41 vom 8. Oktober 1982, S. 11 und S. 14.

Hans Heinz Holz: Orientierung in der Vielheit der Erscheinungen. **Die Einheit des Marxismus auf dem Prüfstand**

Im Jahr 1723 veröffentlichte der Tübinger Philosoph Georg Bernhard Bilfinger unter dem Titel „*De harmonia maxima praestabilitata*“ eine erste Monographie über den sieben Jahre zuvor verstorbenen Gottfried Wilhelm Leibniz. Er setzte seinem Buch ein Zitat aus einem Brief von Leibniz an Nicholas Rémond voran, das in deutscher Übersetzung lautet: „Ich suche in den Schriften anderer nicht das, was ich in ihnen missbilligen könnte, sondern was Zustimmung verdient und woraus ich Nutzen ziehen kann. Diese Methode ist heute nicht mehr sehr modern, aber sie ist die gerechteste und nützlichste.“

Marxismus oder Marxismen?

Warum beginne ich mit diesem Zitat? Es scheint die Auffassung auszudrücken, man könne gegenüber ein und derselben Sache verschiedene Positionen einnehmen und diese nützlich miteinander verbinden; es sei also Toleranz für einen Pluralismus von Wahrheiten einzufordern. Weithin ist Leibniz auch in der Philosophiegeschichte als ein „Versöhnler“ oder Mann des „dritten Weges“ interpretiert worden. Pluralismus als Wissenschaftsprogramm – mit polemischer Frontstellung gegen einen nicht-relativistischen Wahrheitsbegriff, der des Dogmatismus verdächtigt wird – verkündet dann die Auswechselbarkeit der Denkmethoden und von deren Ergebnissen, zugespitzt in der Formel des US-amerikanischen Wissenschaftstheoretikers Paul Feyerabend „anything goes“ – irgendetwas geht immer. Unter diesem Vorzeichen des wissenschaftstheoretischen „Anarchismus“ soll es auch eine Mehrzahl von Marxismen geben, in die sich der Kern einer authentischen Theoriegestalt des Marxismus auflöst.

Wenn Erkenntnis nicht beliebige Meinung, sondern wahre Darstellung von Wirklichkeit im Denken sein soll, dann ist eine pluralistische Relativierung des Wahrheitsanspruchs von Theorien schlechterdings wissenschaftsphilosophischer Unsinn. Theorien können wahr oder falsch sein, sie können mehr oder weniger große Ausschnitte oder Aspekte der Wirklichkeit abbilden, aber keinesfalls können sie beliebig und willkürlich austauschbar sein. Es gibt Kriterien, gemäß denen sie sich zu bewähren haben. Um nur die wichtigsten zu nennen:

Sie müssen mit der Erfahrung übereinstimmen (empirische Bestätigung); sie müssen mit anderen bewährten oder bestätigten Theorien in Einklang stehen (propositionale Kohärenz); handlungsorientierend müssen sie zu den gewünschten oder erwarteten Resultaten führen (Kriterium der Praxis); wo sie über den Erfahrungsbereich hinausgehen – also in Weltanschauungsentwürfen – müssen sie einen geordneten Sinn für Selbstverständnis und Verhalten ergeben.

Gesamtzusammenhang

Diese Kriterien der empirischen Bestätigung, der propositionalen Kohärenz, der Praxisbewährung laufen zusammen in der logischen Feststellung, die Georg Wilhelm Friedrich Hegel der „*Phänomenologie des Geistes*“ vorausschickt: „Die wahre Gestalt, in welcher die Wahrheit existiert, kann allein das wissenschaftliche System derselben sein.“ Wenn Wolfgang Fritz Haug von einem „axiomatischen Feld“ des Marxismus spricht, so liegt im Bilde des „Feldes“, wenn es exakt gebraucht wird, das Prinzip des Zusammenhangs der in diesem Feld vorkommenden einzelnen Elemente; Friedrich Engels spricht von der Dialektik als der „Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs“ (MEW 20, S. 307). Übersetze ich das in die Sprache Haugs, so bedeutet das, daß die Dialektik die Beziehungen der Gegenstände und Prozesse kenntlich macht, die ein „Feld“ bilden; und da diese Beziehungen nicht nur ein gleichzeitiges Nebeneinander, sondern auch ein Nacheinander einschließen, müssen sie als „Bewegungsformen“ begriffen werden.

Ein Gesamtzusammenhang, der sich in den Bewegungsformen seiner Bestandteile herstellt und darstellt, hat die Gestalt des Systems. Da die Welt größer ist und mehr enthält, als wir je von ihr wissen können, darf ein System nicht als ein endliches, geschlossenes von sich behaupten,

eine Abbildung des Ganzen zu sein, sondern muss sich offenhalten für Erweiterungen, für den Eintritt des Neuen.

Ein „offenes System“ zeichnet sich dadurch aus, daß die Bewegungsformen, aus denen seine Systemgestalt hervorgeht, auch den Übergang zu Neuem, die Verwirklichung von darin angelegten Möglichkeiten, die Entstehung weiterer Möglichkeiten in Gang setzen. Darum ist der Marxismus als Dialektik nicht nur eine Wissenschaft von der Geschichte und Geschichtlichkeit des Menschen, sondern von der Natur als Geschichte. Auch das steht in formeller Allgemeinheit schon bei Hegel: „Das Wahre ist das Ganze. Das Ganze aber ist nur das durch seine Entwicklung sich vollendende Wesen.“ Karl Marx hat diese Abstraktion in der „Politischen Ökonomie“ dadurch konkretisiert, daß er die logische Abfolge der materiellen Entwicklungsstufen, auf denen sich die Reproduktion des Lebens durch Produktion vollzieht, aufgezeigt hat; und Engels hat in der „*Dialektik der Natur*“ das Programm entworfen, in gleicher Weise die Logik in der Evolution der materiellen Natur herauszuarbeiten (Kant nannte das die „Spezifikation der Natur“). Der Marxismus ist als theoretische Repräsentation dieser Logik der Entwicklung in Natur- und Menschheitsgeschichte eine systematische wissenschaftliche Weltanschauung.

Im Hinblick auf diese Grundlegung kann es keinen Pluralismus von Marxismen geben. Was davon abweicht, ist eben ein anderes „Paradigma“, aber kein marxistisches. Wenn zum Beispiel Theodor W. Adorno den Hegel-Satz „Das Wahre ist das Ganze“ umdreht und dekretiert: „Das Ganze ist das Unwahre“ – so hat das mit Marxismus nichts zu tun; er gibt damit sogar die Dialektik preis, obschon er dieses Prinzip der Zerfällung noch „negative Dialektik“ nennt. Auch Jean-Paul Sartre, der die „totalisation“ nicht als Resultat der materiellen Wechselwirkungen sieht, sondern nur als Resultat der menschlichen Praxis, transformiert den marxistischen Materialismus in eine idealistische Anthropologie: Er löst das geschichtliche Gattungssubjekt Mensch aus dem Zusammenhang der Natur – ein Interpretationsmuster, dessen Ursprünge wohl schon bei Georg Lukács in „*Geschichte und Klassenbewusstsein*“ zu suchen sind.

Systemform des Marxismus

Ernst Bloch hat einmal in Bezug auf Hegel von der „Gewalt des Systems“ gesprochen. Das gilt auch für den Marxismus. Wenn er auch (wie Robert Steigerwald richtig sagt) „im Fluss ist“, in den immer wieder andere Wasser strömen und in den wir deshalb nie zweimal als in denselben steigen können (Heraklit) – so hat er doch ein Flussbett, in dem der Strom verläuft. Um der Gefahr entgegenzuwirken, die Systemgestalt des Marxismus als Dogmatismus zu verstehen oder in Dogmatismus versteinern zu lassen, ist es nun an der Zeit, zu Leibniz zurückzukehren.

Für die Einheit der Wahrheit und die Vielheit der Aspekte, unter denen die eine Wahrheit erscheint, gebraucht Leibniz ein einleuchtendes Bild. Denken Sie sich einen Wanderer, der auf seinem Weg eine Stadt umrundet. Er macht an verschiedenen Aussichtspunkten halt und betrachtet das Stadtbild. Von jeder dieser Stellen aus wird er die Stadt in einer anderen Perspektive sehen.

Die Türme verschieben sich gegeneinander; die Straßenzüge verlaufen in anderer Richtung; die einen Gebäude verdecken die anderen, während andere sich dann erst zeigen; Licht und Schatten wechseln und verfremden die Farben. Es kann sein, daß man, sagen wir, von Nordosten die Stadt nicht wiedererkennt, die man zwei Stunden vorher von Süden gesehen hat. Und doch ist es dieselbe Stadt. Der Stadtplaner, der den Verkehr durch sie lenken will, der Tourist, der ihre Kulturdenkmäler sucht, der Händler, der seinen Stand auf dem Marktplatz aufschlägt, der Feldherr, der sie belagert und erobern möchte – sie alle müssen die verschiedenen Aspekte auf den einen Grundriss beziehen, um sich ihrem Zweck gemäß richtig zu verhalten. Wer das nicht tut, verläuft sich; und „verlaufen“ heißt richtungslos umherlaufen und mithin in die Irre gehen.

So ist es auch mit Theoremen und Systemen, die die Wirklichkeit erklären und verstehen sollen. Sie werden ausgearbeitet von einem Standort aus, an dem sich ein Problem zeigt. Das heißt, sie

sind perspektivisch – Perspektivität ist eine unverzichtbare Kategorie einer materialistischen und dialektischen Erkenntnistheorie. Als perspektivische Darstellung drücken sie eine relative Wahrheit aus, relativ zum Ort des erkennenden Subjekts in Raum und Zeit. Verschiedene Perspektiven können sich ergänzen, wenn sie sich auf denselben Gegenstand beziehen und ihren eigenen Standort, die besondere Blickrichtung und Wahrnehmung (samt den darin liegenden Verzerrungen gegenüber anderen Perspektiven) reflektieren. Aber die perspektivischen Abbilder müssen aufeinander abbildbar, aufeinander beziehbar sein. Sie müssen ein und denselben Grundriss ausdrücken, sonst zerfallen sie in unzusammenhängende und einander ausschließende Meinungen.

Wahrheit und Perspektive

Ist die Sache, um die es geht, eine prinzipiell unabgeschlossene, wie die im Raum unbegrenzte und in der Zeit nach der Zukunft hin offene wirkliche Welt, so wird es von ihr keine Theorie geben, die sie ganz und gar abbildet – keine „absolute Wahrheit“, die nur als ein Grenzbegriff, analog der Infinitesimalrechnung, gebildet wird. Lenins Erkenntniskonzept schließt hier genau an das Leibniz‘sche an. Die Perspektive des anderen, auch wenn er sie nicht als Perspektive in ihrer Relativität erkennt, kann mir, bezogen auf die Wirklichkeit, die sich in ihr verzerrt darstellt, einen Erkenntnisgewinn bringen. Das sagt der Satz, den ich zu Anfang zitiert habe: Nicht ein Pluralismus von Wahrheiten oder Grundrissen der Wirklichkeit, sondern eine Pluralität von Perspektiven, unter denen sich die eine Wahrheit zeigt und die in einem Grundriss der Wirklichkeit ihren Ort haben. Nicht Marxismen, sondern ein Marxismus, der den Reichtum der Erscheinungen auffasst und in das Grundmuster integriert, das dem Ganzen unterlegt ist. Von „Teppichen“ des Wissens hat Clemens von Alexandrien gesprochen. Die Metapher ist treffend. Teppiche haben eine Webart, und die ist durchgängig verbindlich. Man erkennt ihre Herkunft und Qualität daran.

Machen wir nun ein Gedankenexperiment! Das Leibniz‘sche Bild lässt sich umkehren. Nicht der Wanderer sieht die Stadt von verschiedenen auseinanderliegenden Aussichtspunkten aus; sondern auf dem Rathausturm im Zentrum der Stadt steht der Türmer – „zum Sehen geboren, zum Schauen bestellt“ (Goethe) – und blickt bald in diese, bald in jene Richtung. Er erfaßt viele verschiedene Ausschnitte von Welt, deren Zusammenhang sich ihm erst aus der Perspektive seines Standorts, seiner subjektiven „Mitte“ ergibt. Dennoch ist es, ungeachtet der Relativität und Subjektivität seines Bezugssystems ein und dieselbe Welt, die er auffasst; und die Zerstreutheit der Segmente ist nicht objektiv, sondern seiner subjektiven äußeren Wahrnehmung geschuldet. Hegel hat in den ersten Kapiteln der „*Phänomenologie des Geistes*“ den Paralogismus entlarvt, der aus der Begründung der Erkenntnis der Selbstgewissheit des Ich entspringt. Marx folgt diesem Hegelschen Verfahren, indem er von der Erscheinungsform der ungeheuren Ansammlung von Waren ausgeht, um über die Dialektik der Wertform zu den Bewegungsformen des Kapitals als dem Begriff von der eigentlichen Wirklichkeit der historisch konkreten Produktionsweise seiner Zeit zu kommen. Der Begriff des Ganzen lässt sich nur aus der Rekonstruktion der Entstehungsprozesse gewinnen, deren Resultat das Ganze ist. Diese Rekonstruktion ist eine Theorie (das heißt eine die vielen Erscheinungen zusammenfassende Abstraktion), die ihre Verfahren und Kategorien hat, deren Anwendung die den genannten Kriterien genügende Theorieform erzeugt. Im Rundblick des Türmers ordnen sich die Sachverhalte als seine Welt, das heißt als die ihn umgebende Welt. In jedem Teil ist sie Anlass zu seiner Betroffenheit. Aber sie wird erst zu einer unabhängig von ihm existierenden und von ihm vorgestellten Welt, in der er sich vorfindet, wenn sie in ihren eigentümlichen Zusammenhängen gegenständlich begriffen wird. Erst wenn ich das Kapitalverhältnis begreife, durchschaue ich den Warenfetischismus. Erst von der „natürlichen Künstlichkeit“ des Menschen her kann ich die politökonomische Form der ökologischen Krise richtig bestimmen. Also noch einmal: Nicht „Marxismen“ erschließen uns den Reichtum der Wirklichkeit, sondern der eine Marxismus liefert uns

die weltanschauliche Orientierung, die uns die Vielheit der Erscheinungen als entfalteten Reichtum aus einem Ursprung erkennen lässt. Zu einem vollentwickelten Marxismus gehören die Mannigfaltigkeit der Nationalkulturen und die Besonderheiten der Individuen. Zum Entwicklungsprozess gehören aber auch die verschiedenen Sichtweisen, die aus der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der Regionen und Völker und aus den antagonistischen Strukturen der Weltgesellschaft entspringen.

Die Stärken des Marxismus

Alle Verschiedenheiten – solche der zu bewahrenden Vielfalt und solche der zu überwindenden Gegensätze – führen aber nicht zu auseinanderlaufenden Erklärungsstrategien, sondern kommen zusammen in einer Begründungs- und Ableitungskette: Sämtliche Lebensverhältnisse des Menschen haben ihren letzten Grund in seinen natürlichen materiellen Bedürfnissen und deren Befriedigung durch Nutzung und Umgestaltung der Natur in der Arbeit. In diesem arbeitsteiligen Prozess vervielfältigen und verfeinern sich die Bedürfnisse und werden aus natürlichen zu gesellschaftlichen, zivilisatorischen, kulturellen. So bestimmt der Stand der Produktionsweise, der ‚Stoffwechsel des Menschen mit der Natur' (vgl. MEW 25, S. 828), die Inhalte und Ausdrucksformen der Gesellschaft, der Produktionsverhältnisse. Die Basisform der Produktionsverhältnisse ist die Form des Eigentums an den Produktionsmitteln; aus der privaten Eigentumsform entsteht die Klassenspaltung und mit ihr der Klassenkampf. So ist für die gegenwärtige Formation das Kapitalverhältnis bestimmend und sein innerer Widerspruch die Ursache der allgemeinen Krise, die sich in Krieg und Naturzerstörung und sozialem Elend ausdrückt. Die marxistische Antwort darauf ist nicht die moralische Empörung und nicht der utopische Entwurf idealer Zustände, sondern die Aufhebung der Widersprüche im dialektischen Prozess der Negation der Negation. Daß er dafür über das wissenschaftliche Rüstzeug verfügt, macht die Zukunftsperspektive des Marxismus aus; und daß er die Einsicht in die Notwendigkeit organisierter Praxis besitzt und den Willen, danach zu handeln, gibt ihm die reale historische Kraft.

Referat auf der Konferenz über „zukunftsfähigen Marxismus" am 24./25. Juni 2006 in Berlin. In: *junge Welt*, Beilage, Nr. 198 vom 26./27. August 2006, S. 2-3.

Peter Römer: Helmut Ridder. Ein radikaler Demokrat. Porträt zum 90. Geburtstag

Helmut Ridder war ein homo politicus, ein Politiker war er nicht. Er verstand sich als „politischer Wissenschaftler“ mit dem Schwerpunkt Rechtswissenschaft. Er ergriff oft und entschieden Partei, aber einer Partei gehörte er nicht an. Er war als Wissenschaftler und Publizist staunenswert originell und produktiv, in kritische, systemtheoretische oder postmoderne elfenbeinerne Theorie-Turmbauten zog er sich jedoch nicht zurück. Er setzte sich für die Wiederzulassung der KPD und die Aufhebung des KPD-Verbots ein, aber ein Kommunist war er nicht, auch kein Sozialist, obwohl er den demokratischen Gesetzgeber als befugt ansah, die Eigentumsordnung zu gestalten und grundlegend zu verändern. Er war ein geistreicher, beeindruckender Redner, der aufklären und zu vernunftgeleitetem Handeln ermutigen und anleiten wollte, ein Agitator war er nicht.

Helmut Ridder verband Wahrheitssuche und wissenschaftliche Unbestechlichkeit mit wissenschaftlichem und politischem Engagement und war stets bereit, denen zu helfen und beizustehen, deren Arbeit zu fördern er als notwendig erachtete. Er hat engagiert gearbeitet im Bund demokratischer Wissenschaftler und im Krefelder Forum „*Der Atomtod bedroht uns alle*“, in der Konferenz Europäischer Katholiken, im Kuratorium „*Notstand der Demokratie*“, und langjährig und intensiv hat er in der Deutsch-polnischen Gesellschaft der BRD gewirkt.

Er war Mitbegründer, Mitherausgeber und Redakteur mehrerer wissenschaftlicher Zeitschriften.

Demokratische Gesamtverfassung

Mit seinen zahlreichen wissenschaftlichen Schriften – das Gesamtwerk wurde inzwischen von Friedrich-Martin Balzer auf CD-ROM erfaßt –,[1] mit seinen Vorträgen und nicht zuletzt mit seinen vielfältigen organisierenden politischen und wissenschaftlichen Aktivitäten verfolgte Ridder vor allem ein Ziel: die Verwirklichung der Demokratie. Demokratie war für ihn kein Wagnis; schon der Ursozialdemokrat Bruno Kreisky bemerkte zu dem Wahlspruch Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“ süffisant, für ihn stelle die Demokratie eigentlich kein Wagnis dar. Für Helmut Ridder auch nicht.

Ridder hat keine historischen oder rechtswissenschaftlichen Abhandlungen zum Begriff der Demokratie, ihrem Wesen und ihrem Wert geschrieben. Als monographisches Werk existiert nur eine schmale Schrift zum Grundgesetz.[2] Er war der Meister der kleinen Form.

Grundlegend für das Demokratie- und Verfassungsverständnis Ridders ist der Begriff der „demokratischen Gesamtverfassung“. Staat und Gesellschaft dürfen in der Demokratie nicht voneinander getrennt werden mit je eigenen Rechtssphären des öffentlichen und des privaten Rechts, wobei letztere Sphäre als das wahre Eden der Freiheitsrechte verstanden wird, deren Kern die Freiheit des Eigentums und des Eigentümers ist. Staat und Gesellschaft müssen selbstverständlich unterschieden werden, vor allem, weil nur der Staat befugt ist, allgemeinverbindliche Rechtsnormen zu setzen und sie gegebenenfalls mittels Sanktionen, zu denen auch die Anwendung physischer Gewalt gehört, durchzusetzen.

Dem überkommenen Trennungsdenken muss schon der Titel der Ridder‘schen Schrift „*Die soziale Ordnung des Grundgesetzes*“ reichlich verquer und problematisch vorkommen. Bezieht sich doch das Grundgesetz, dem noch immer vorherrschenden Verständnis nach, auf die politische Ordnung, vor allem also auf die Staatsorganisation und die politischen Rechte des

---

1 Helmut Ridder: Das Gesamtwerk. Werkausgabe in sechs Bänden. Kurzbiographie, Gratulatoria und Nekrologe, Gesamtbibliographie. Herausgegeben von F.-M. Balzer, CD-ROM, Bonn 2009.

2 H. Ridder: Die soziale Ordnung des Grundgesetzes. Leitfaden zu den Grundrechten einer demokratischen Verfassung, Opladen 1975.

Einzelnen gegenüber dem Staat und nicht auf die soziale, die gesellschaftliche Ordnung. Die gesellschaftliche Ordnung insgesamt und insbesondere die der Wirtschaft soll sich – allseits dereguliert und vollkommen durchprivatisiert – weitestgehend selbst regulieren und eigentlich überhaupt keine Ordnung haben und jedenfalls keine vom demokratischen Verfassungsrecht normierte. So fordert es die marktradikale fundamentalistische Ideologie, die nach wie vor nicht müde wird, diese Forderung mit den immer gleichen und immer gleich unrichtigen Argumenten zu wiederholen.

Für Ridder ist Demokratie „das Selbstbestimmungsverfahren, das konkret die Freiheit der Menschen in ihrer konkreten Befindlichkeit, nämlich der gesellschaftlichen, bewirkt“.[3] Ridders Grundüberzeugung war, daß z. B. die soziale Befindlichkeit einer Sozialhilfebezieherin nicht nur ein sozialstaatliches Problem ist, sondern auch ein demokratisches, weil die Überwindung von gesellschaftlichen Verhältnissen, die Armut und die damit verbundenen extremen Formen der Fremdbestimmung hervorbringen, nur gelingen kann durch Aktionen, die Staat und Gesellschaft als Einheit umfassen und die sich an den Vorgaben einer demokratischen Gesamtverfassung ausrichten.

Die Staatsgewalt geht vom Volk aus

Historisch hatte das Trennungsdenken seine reale Grundlage in der Tatsache, daß in der Monarchie eine demokratische Gesamtverfassung nicht existieren konnte, weil die Exekutive nicht demokratisch gewählt und organisiert war, sondern dem Kaiser durch Erbgang übertragen wurde. Die Staatsgewalt, dargestellt durch den Monarchen, besteht danach vor der Verfassung. Der Rechtsstaat schränkt die präexistente monarchische Gewalt ein, denn der Rechtsstaat soll das Gegenteil von Macht- und Polizeistaat sein. Der Vorbehalt des Gesetzes für die Eingriffe der Exekutive in Freiheit und Eigentum bezeichnete die Grenze zwischen dem Obrigkeitsstaat und der bürgerlichen Gesellschaft der Privateigentümer, die dieses geschützten Bereichs bedarf, weil sie die politische Macht im Staat zu erobern nicht in der Lage war. So formulieren Ridder und Richard Bäumlin: Es „wird der deutsche Rechtsstaat zur Restforderung resignierter (und/oder ‚realistischer‘) Liberaler, die mit ihren ursprünglich weitergehenden politischen Forderungen gescheitert sind“.[4]

Nach der Abschaffung der Monarchie, der Einführung des parlamentarischen Regierungssystems und der Durchsetzung des Demokratieprinzips wurde der Staat zum Staat der Gesellschaft. Nach Ridder mußte dies zu wesentlichen Änderungen des überkommenen Begriffs des Rechtsstaats führen. Für eine demokratische Staatslehre war das Trennungsdenken in all seinen Ausformungen in der Wurzel getroffen. Wenn alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht, kann es keine abgesondert existierenden Staatsgewalten geben, und an die Stelle der Gewaltentrennung tritt die Gewaltenunterscheidung; auch das Verhältnis von privatem und öffentlichem, von subjektivem und objektivem Recht mußte demokratietheoretisch neu durchdacht werden, ebenso das gesamte Eingriffs- und Schrankendenken im Hinblick auf die Geltung der Grundrechte.

Sowohl in der Weimarer Republik als auch in der Bundesrepublik wurde nur allmählich und vereinzelt das überkommene Rechtsstaatsverständnis in Frage gestellt; Ridder verfolgte und kritisierte das Fortwirken der demokratiefeindlichen und/oder demokratiefremden Rechtslehre bis in ihre feinsten dogmatischen Verästelungen. Das zähe Fortwirken eines nicht demokratisch gereinigten Rechtsstaatsbegriffs – der in der gegenwärtigen politischen Rhetorik, meist mit dem nicht unproblematischen Zusatz „freiheitlicher“ statt demokratischer Rechtsstaat die politische Semantik dirigiert – hat seine Ursachen im Wandel der Gesellschaft.

---

3 Ebenda, S. 60.

4 H. Ridder/R. Bäumlin: Rechtsstaat, in: Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Band I, Neuwied 1984, Artikel 20, 1–3 III, Anm. 15, S. 1300.

Einschränkung der Demokratie

Die bürgerliche Gesellschaft zeigte und zeigt sich in immer stärkerem Maße als eine Gesellschaft von Eigentümern und Nichteigentümern, als Klassengesellschaft. Als diese Klasse der Nichteigentümer ihre eigenen politischen Parteien und Institutionen hervorbrachte, entstand für die Privateigentümer die Gefahr, daß die vom monarchischen Staat freigegebene und geschützte Sphäre des kapitalistischen Privateigentums nunmehr nicht durch die Exekutive, sondern durch das Parlament und die in ihm vertretenen nichtbürgerlichen Parteien gefährdet werden könnte. Da kam dann bald die Polemik gegen den „Parlamentsabsolutismus" und die „Mehrheitsdiktatur" und die „Normenflut" auf. Diese Bestrebungen liefen und laufen darauf hinaus, „die staatsbürgerliche Emanzipation des Volkes, das seit der Einführung des Parlamentarismus im Jahre 1918 anstelle des Bürgertums zum Veranstalter des ‚Staats' bestellt wurde",[5] zurückzudrängen.

Die Hauptfunktion der Theorie der Trennung von Staat und Gesellschaft war, die Wirtschaftsordnung und deren harten Kern, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, dem gestaltenden Zugriff des Staats, in erster Linie des staatlichen Gesetzgebers, zu entziehen. Der Bundesgerichtshof befand, im Einklang mit der herrschenden wissenschaftlichen Lehre, der einzelne bedürfe um seiner Freiheit und seiner Würde willen einer rechtlich streng gesicherten Sphäre des Privateigentums; Geld wurde als „geprägte Freiheit" bezeichnet. Dergleichen rechtsphilosophische und naturrechtliche Ideologien von der Notwendigkeit des Privateigentums an den Produktionsmitteln wirkten auch ein auf die Auslegung der Normen des Grundgesetzes zur Eigentums- und Wirtschaftsordnung.

Ridder insistiert darauf, daß die sogenannte Sozialstaatsklausel des Artikels 20 Absatz 1 des Grundgesetzes ein Sozialstaatsgebot normiert; das Grundgesetz enthält nicht, im Unterschied zu zahlreichen Landesverfassungen und auch zur Weimarer Reichsverfassung, eine Fülle von sozialstaatlichen Verfassungsinstitutionen, wohl aber ein „generelles Gebot ‚sozialer' (= gesellschaftlicher) Staatlichkeit".[6] Dieses Gebot enthält gewiss auch das der Demokratisierung der Wirtschaft, z. B. durch Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten im Betrieb und Unternehmen, es ist aber viel umfassender; es gebietet dem Staat, den gesellschaftlichen, den sozialen, den wirtschaftlichen Bereich planend zu regeln und zu ordnen mit dem Ziel, demokratische Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Das Sozialstaatsgebot wirkt nicht nur durch den Staat auf den gesellschaftlichen Bereich ein, sondern gebietet auch unmittelbar die soziale und demokratische Ausrichtung der gesellschaftlichen Verhältnisse. „Artikel 20 Absatz 1 proklamiert und postuliert mit dem sowohl ‚demokratischen' als auch ‚sozialen' Staat die gleichschrittliche Entfaltung von Demokratie in der ‚staatlichen' und in der ‚gesellschaftlichen' Sphäre, die beide unter der sie ordnenden Verfassung stehen."[7]

Das Ridder'sche Verständnis von der Gesamtverfassung prägt auch seine Kritik an der Auslegung der Grundrechte durch die herrschende Lehre und Rechtsprechung, insbesondere der wirtschaftlichen Grundrechte zur Berufsfreiheit, zur Gewährleistung des Eigentums und zur Sozialisierungsermächtigung des Artikels 15. Dieser wird von Ridder ausgedeutet als Ermächtigung zur Entprivatisierung; in Bezug auf die Arbeit bedeutet dies „Freistellung vom Kapital" und „Selbstbestimmung der Arbeit".[8] Was Ridder in diesem Zusammenhang bereits 1975 zu möglichen Privatisierungen ausführt, ist gerade aus der Rückschau heraus lesenswert und zeigt das erstaunliche, auch anderwärts bewiesene Gespür Ridders für Entwicklungstendenzen. So

---

5 H. Ridder: Ordnung, S. 37.
6 Ebenda, S. 47.
7 Ebenda, S. 48.
8 Ebenda, S. 104.

benannte er die möglichen Privatisierungsfelder und sagte voraus, der vom Druck des „alten Staats“ befreite Staatsbürger könnte endlich befreit aufatmen – „und lernen, was zahlen wirklich heißt“.[9]

Antirevolutionärer Rechtsstaat

Alle rechtsstaatlichen Normen dienen nach Ridder der Freiheit zur Selbstbestimmung des einzelnen; sie sind nicht Rechte gegen den Staat, sie begründen und schaffen keinen aus der staatlichen Gewalt ausgegrenzten Bereich, wie das überkommene Trennungsdenken postuliert. Der ideologischen Aufrüstung des Rechtsstaats zum freiheitlichen privat- und marktwirtschaftlichen Bollwerk gegen die demokratische Gesellschaft und ihren Staat gilt Ridders besondere Aufmerksamkeit und perennierender Ingrimm. In der Festschrift für Hermann Klenner, dem führenden Rechtstheoretiker der DDR, fasste er seine Kritik unter dem Titel „*Die neueren Entwicklungen des ‚Rechtsstaats*‘“ zusammen und sieht in der „*Rechtsstaatsidee immer noch ein ideologisches Agens antirevolutionärer juristischer Veranstaltungen*“ (Hervorhebung – H. R.).[10] Nicht, daß Ridder eine revolutionäre Situation als gegeben angesehen hätte, aber er beobachtet eine tiefe Verunsicherung des Bürgertums. Es sieht nicht so aus, als sei mit dem Sieg des Kapitals nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten diese Verunsicherung geringer geworden; jedenfalls geht die Aufrüstung der Institutionen der inneren Sicherheit zügig voran, und die private und staatliche Überwachung und Reglementierung der Bürger nimmt zu; die gegenwärtige Krise wird die Sicherheitsbedürfnisse der Produktionsmittelbesitzer weiter steigern. Keine erfreulichen Aussichten für Demokratie und Grundrechte.

Als Krönung des Rechtsstaats wird häufig die Bundesverfassungsgerichtsbarkeit bezeichnet; in ihrer Ausgestaltung ist sie ein typisch bundesrepublikanisches Phänomen. Bereits durch das Grundgesetz mit großer Kompetenzfülle ausgestattet, hat das Bundesverfassungsgericht seine Befugnisse unter fast allgemeiner politischer Zustimmung erheblich ausgeweitet und übt, auch wenn dies von seinen Verehrern immer wieder bestritten wird, Funktionen eines Superrevisionsgerichts, eines Übergesetzgebers und sogar eines Extraverfassungsgesetzgebers aus. Verständlicherweise sieht der Demokrat Ridder in ihr eine „undemokratische Einrichtung“[11], ein „politisches Super-Organ“[12], dessen Funktion es ist, „so viel neues Recht zu kreieren, wie die Verhältnisse es erfordern und so viel positiviertes Recht übrigzulassen, wie die Verhältnisse gestatten“.[13]

Mit seinem Beitrag zur Festschrift Klenner hoffte Ridder „auch einen fruchtbaren ‚Positivismusstreit‘ auf die nächsthöhere Stufe befördern zu können“.[14] Bereits elf Jahre zuvor hatte Ridder sich mit Klenners Kritik an dem vielfach als „Juristen des Jahrhunderts“ bezeichneten Schöpfer der „Reinen Rechtslehre“, Hans Kelsen, auseinandergesetzt. Und zwar wiederum in einer Festschrift für einen bedeutenden marxistischen Rechtswissenschaftler und Rechtspraktiker, dem österreichischen Widerstandskämpfer, Mitglied der KPÖ und Professor an der Humboldt-Universität Eduard Rabofsky. Die einleitenden Sätze dieses Beitrags sollen in einem etwas längeren Zitat wiedergegeben werden, um ein Beispiel für den geistreichen und witzigen Stil Ridders zu geben und zur Lektüre seiner Schriften anzuregen, die oft genug zum Erkenntnisgewinn den Lustgewinn hinzufügen; allerdings hat – man wird sagen können: leider – die Neigung Ridders zur artifiziellen, kühnen Satzarchitektur gelegentlich auch die Kenntnisnahme seiner Texte unnötig erschwert. „Man soll bekanntlich das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, worauf die Empfehlung hinauswill, ist ebenfalls bekannt und auch unbestritten: Es geht um

---

9 Ebenda, S. 103.

10 H. Ridder: Die neueren Entwicklungen des „Rechtsstaats“, in: K. H. Schöneburg (Hrsg.), Wahrheit und Wahrhaftigkeit in der Rechtsphilosophie, Berlin 1987, S. 132.

11 H. Ridder: Rechtsstaat, S. 128.

12 Ebenda, S. 134.

13 Ebenda, S. 133.

14 Ebenda, S. 116.

das Wohl des Kindes, das vor den misslichen Folgen des kombinierten Verfahrens bewahrt bleiben soll. Unbefangener Reflexion kann daher nicht entgehen, daß von den verbleibenden einfachen Schüttalternativen auch das Ausschütten des Kindes allein ungeeignet ist, die schädliche Wirkung des kombinierten Verfahrens auch nur zu mildern – im Gegenteil. Es muss also wohl mit der notwendigen Unbefangenheit hapern, wenn dermaßen robust verfahren wird. Mit einem solchen Befund sind wir konfrontiert, wenn wir die Walstatt inspizieren, auf der die nicht enden wollende säkulare Vernichtungsschlacht riesiger systemübergreifender Koalitionsarmeen gegen den angeblich immer wiederkehrenden ‚juristischen Positivismus' tobt."[15] Ridder kritisierte die „Reine Rechtslehre", weil diese das Recht rein aus sich heraus zu verstehen versuchte, aber er kritisierte Klenner, denn das Kindlein „juristischer Positivismus" – ein „unschuldiges, schätzens- und schützenswertes Opfer"[16] – gilt es zu pflegen und in trockene Tücher zu hüllen. Es geht letztlich darum, „den Wirkungszusammenhang rechtsnihilistischer Kräfte und Tendenzen"[17] zu durchbrechen und die Gesetzesauslegung am Wortlaut der Rechtsnorm zu orientieren, und nicht an irgendwelchen Werten und ausgewählten Wirklichkeitselementen. In einer Demokratie ist eine demokratische Auslegung eine positivistische, ist eine Auslegung, die den im Gesetz ausgedrückten Willen des demokratischen Gesetzgebers respektiert, denn wie Ridder den russischen Rechtstheoretiker W. A. Tumanow zustimmend zitiert, das Gesetz ist eine vollkommenere Rechtsform im Vergleich zur Gewohnheit, zum Präzedenzfall und zur Gerichtspraxis. Ridder hat nicht von Beginn seiner wissenschaftlichen Tätigkeit an diese am Normtext sich orientierende Auslegungsmethode angewandt.

Die gestohlene Revolution

Seine frühen Beiträge zur Eigentumsgarantie des Grundgesetzes und zur Sozialisierungsermächtigung – die den scharfen Widerspruch von Wolfgang Abendroth fanden – sowie zur Meinungsfreiheit widersprachen seinen späteren Erkenntnissen.

Nach 1989 hat Ridder in zahlreichen Beiträgen mit zunehmender Schärfe – nicht zuletzt gegen ein linkes „Völkchen",[18] das sich an diversen Runden Tischen versammelte – und nicht ohne Bitterkeit zu den Fragen der Vereinigung beider deutscher Staaten seine Thesen dargelegt. Völlig allein auf theoretischer Flur argumentierte er, es komme weder ein Beitritt der DDR zur Bundesrepublik gemäß Artikel 23 GG (oder gar die seltsame Konstruktion eines Beitritts zum „Geltungsbereich des Grundgesetzes"), noch eine Volksabstimmung nach Artikel 146 GG in Frage. Vielmehr sei ein neuer deutscher Staat, eine neue demokratische Republik durch das gesamtdeutsche Volk zu konstituieren. Er ging davon aus, was bekanntlich nicht unumstritten ist, es habe in der DDR eine Revolution stattgefunden und zwar eine friedliche mit demokratischem Potential für Gesamtdeutschland. Ridder sah in dieser Revolution einen neuen Anlauf für die immer wieder erstickte Revolution des deutschen Volkes. Diese Revolution sei, ein einmaliger Fall in der Völkerrechtsgeschichte, dem Volk der DDR gestohlen worden.[19]

Ein neuer Staat hätte die Möglichkeit gehabt, sich zum ersten Mal in der deutschen Geschichte als ein demokratischer Staat auszubilden, der nicht wie alle vorhergehenden Staaten, einschließlich der Weimarer Republik,[20] die Demokratie bekämpft oder verfehlt. Ein solch neuer Staat,

---

15 H. Ridder: Negativkonvergenzen? Polemisches zum selektiven Anti-Positivismus, in: J. J. Hagen/P. Römer/W. Seiffert (Hrsg.): Rechtswissenschaft und Arbeiterbewegung, Festschrift für E. Rabofsky, Köln 1976, S. 45.

16 Ebenda, S. 46.

17 Ebenda.

18 H. Ridder: Ein Musterfall von Völkchen, in: *konkret* 4/1992, S. 26 ff.

19 H. Ridder: Über Inhalt, Funktion und Stellenwert der Artikeldebatte I. Ein Bericht zum Abschluss der ersten („Blitzkriegs"-)Etappe des verhinderten Dritten Weltkrieges, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1990, S. 420 ff.

20 H. Ridder: Wie und warum (schon) Weimar die Demokratie verfehlte, in: R. Herzog (Hrsg.): Zentrum

der selbstverständlich nicht mit dem – angeblich bis heute (denn eine Todesurkunde wurde nie ausgefertigt) – nicht untergegangenen Deutschen Reich identisch sein konnte, hätte auch die Folgen des deutschen Angriffskrieges aufarbeiten können, insbesondere durch einen Friedensvertrag mit Polen. Die entschiedene Verweigerung eines solchen Friedensvertrags durch die BRD kritisierte Ridder scharf und sah voraus, daß daraus eine Fülle von Schwierigkeiten im Verhältnis zu Polen erwachsen würde. Die Tatsache, daß Erika Steinbach vom Bund der Vertriebenen ein Hassobjekt („blonde Bestie“) der Mehrheit des polnischen Volkes und seiner führenden Schichten werden konnte, zeigt, wie notwendig die von Ridder geforderte „Sehfahrt“ nottat und nottut.[21]

Aber ein prächtiger Überblick von der Höhe des Mastes aus, ein gut geschliffenes Glas und ein scharfes Auge nützen nichts, wenn gerade die vom Sehfahrer selbst ausgebildeten Leichtmatrosen wie z. B. der Außenminister Frank-Walter Steinmeier oder die Justizministerin Brigitte Zypries den Agenda-Kurs mit 20 Strich 10 bestimmen und voll auf die hochgefährlichen Klippen des Neoliberalismus zusteuern, nachdem sie zuvor die Planken der Rettungsboote zum Ausschmücken der Luxuskabinen der Offiziere verwandt haben.

So wird verständlich, daß nach 1997 Ridder, der unermüdlich Tätige und Schreibende, bis zu seinem Tod 2007 fast nichts mehr veröffentlichte.

In: *junge Welt* vom 18.07.2009 S. 10-11.

---

und Peripherie, Festschrift R. Bäumlin, Chur/Zürich 1992, S. 79 ff.

21 H. Ridder: Sehfahrt tut not! Zum Exempel: numerus clausus und Freiheit der Wissenschaft, in: Festschrift H. J. Wolff, München 1973, S. 325 ff.

Eric Hobsbawm: Krieg der Ideen

Der Film *Casablanca* (1942) ist, zumindest bei älteren Generationen, zu einer dauerhaften Ikone einer bestimmten Bildungskultur geworden. Ich hoffe, seine Besetzung ist immer noch bekannt: Humphrey Bogart, Ingrid Bergman, Peter Lorre, Sydney Greenstreet, Marcel Dalio, Conrad Veidt und Claude Rains. Seine Sätze wie das endlos falsch zitierte „Spiel es noch einmal, Sam“ oder „Verhafte die üblichen Verdächtigen“ sind Teil unseres Diskurses geworden. Wenn wir einmal die zentrale Liebesgeschichte beiseitelassen, so ist *Casablanca* ein Film über den spanischen Bürgerkrieg und über die weitere Politik dieser seltsamen, aber entscheidenden Periode in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, der Ära Adolf Hitlers. Rick, der Held, hat für die Republikaner im spanischen Bürgerkrieg gekämpft. Unterlegen und zynisch geworden, taucht er in seinem Café in Marokko wieder auf. Der Film endet damit, daß Rick zu den Kämpfen des Zweiten Weltkriegs zurückkehrt. Kurz, *Casablanca* handelt von der antifaschistischen Mobilisierung in den 1930er Jahren. Und diejenigen, die früher als die meisten anderen gegen den Faschismus mobil machten, waren westliche Intellektuelle.

Heute es ist möglich, den Bürgerkrieg, Spaniens Beitrag zur tragischen Geschichte des brutalen 20. Jahrhunderts, in seinem historischen Zusammenhang zu betrachten. Er war nicht, wie der neoliberale François Furet meint, ein Krieg gegen beide, die Ultra-Rechte und die Komintern – eine Ansicht, die aus einem trotzkistisch-sektiererischen Blickwinkel, von Ken Loachs überwältigendem Film „Land und Freiheit“ (1995) geteilt wird. Man konnte sich nur zwischen der einen oder der anderen Seite entscheiden, und die liberal-demokratische Meinung wählte in überwältigender Mehrheit den Antifaschismus. Befragt Anfang 1939, welcher Seite sie in einem Krieg zwischen Russland und Deutschland den Sieg wünschten, befürworteten 83 Prozent der Amerikaner einen russischen Sieg. In Spanien tobte ein Krieg gegen Franco – das heißt, gegen die Streitkräfte des Faschismus, mit denen er liiert war – und 87 Prozent der amerikanischen Bevölkerung bevorzugte die Republik. Leider hat, anders als im Zweiten Weltkrieg, die falsche Seite gewonnen. Aber es ist größtenteils den Intellektuellen, Künstlern und Schriftstellern, die so überwältigend zugunsten der Republik mobilisierten, zu verdanken, daß in diesem Fall die Geschichte nicht von den Siegern geschrieben wurde.

Der spanische Bürgerkrieg spielte sich sowohl im Zentrum als auch am Rande der antifaschistischen Ära ab. Er war zentral, da er sogleich als ein europäischer Krieg zwischen Faschismus und Antifaschismus angesehen wurde, fast als die erste Schlacht des kommenden Krieges, von denen er einige Aspekte des Luftkrieges gegen die Zivilbevölkerung vorwegnahm. Aber Spanien nahm am Zweiten Weltkrieg nicht teil. Francos Sieg sollte keinen Einfluss auf den Zusammenbruch Frankreichs im Jahre 1940 haben, und die Erfahrung der bewaffneten republikanischen Kräfte wirkte sich nicht auf die anschließenden Widerstandsbewegungen während des Krieges aus. Dies, obwohl sich diese Bewegungen in Frankreich zum großen Teil aus flüchtigen spanischen Republikanern zusammensetzte und ehemalige Interbrigadisten eine größere Rolle in Widerstandsbewegungen anderer Länder spielten.

Um den Spanischen Bürgerkrieg innerhalb des allgemeinen Rahmens der antifaschistischen Ära einzuordnen, müssen wir uns sowohl das Versagen, dem Faschismus zu widerstehen, und den unverhältnismäßig großen Erfolg der antifaschistischen Mobilisierung unter Europas Intellektuellen in Erinnerung rufen. Ich beziehe mich dabei nicht nur auf den Erfolg des faschistischen Expansionismus und das Scheitern jener Kräfte, die den Frieden bevorzugten, um das offensichtlich unvermeidliche Heranrücken eines weiteren Weltkriegs aufzuhalten. Ich erinnere mich auch an das Scheitern der Kriegsgegner, die öffentliche Meinung zu ändern. Die beiden einzigen Regionen, die eine echte Wende zur Linken nach der Großen Depression erlebten, waren Skandinavien und Nordamerika. Große Teile Mittel- und Südeuropas unterstanden bereits autoritären Regierungen oder sollten ihnen in die Hände fallen. Aber so viel wir aus den verstreuten Wahldaten herauslesen können, so ging die Tendenz in Ungarn und Rumänien,

nicht zu vergessen die deutsche Diaspora, scharf nach rechts. Andererseits bewirkte der Sieg der Volksfront in Frankreich nur eine Verschiebung *innerhalb* der Linken, nicht einen Linksschwenk der öffentlichen Meinung. In den Wahlen des Jahres 1936 erhielten die vereinigten Radikalen, Sozialisten und Kommunisten gerade einmal ein Prozent mehr Wählerstimmen als vier Jahre zuvor.

Und doch, wenn ich die Gefühle jener Generation aus meinem persönlichen Gedächtnis, meiner Generation der Linken, zu rekonstruieren versuche – ob wir nun Intellektuelle waren oder nicht – so verstanden wir uns nicht als Minderheit auf dem Rückzug. Wir glaubten nicht daran, daß der Faschismus unvermeidlich voranschreiten würde. Wir waren sicher, daß eine neue Welt kommen würde. Gemessen an der Logik der antifaschistischen Einheit konnte nur das Versagen von Regierungen und fortschrittlichen Parteien, sich gegen den Faschismus zu vereinen, verantwortlich für die Serie unserer Niederlagen sein.

Dies hilft auch zu erklären, warum es unter jenen, die sich bereits links verorteten, eine unverhältnismäßig große Hinwendung zu den Kommunisten gab. Dies hilft auch, unser Vertrauen als junge Intellektuelle zu erklären, denn diese soziale Gruppe war sehr leicht und unverhältnismäßig stark gegen den Faschismus zu mobilisieren. Der Grund hierfür ist offensichtlich: Der Faschismus, auch seine italienische Variante, stand den Werten und Zielen, die Intellektuelle bewegen, nämlich den Ideen der Aufklärung und der amerikanischen und französischen Revolution, prinzipiell entgegen. Außerhalb Deutschlands, wo es mächtige Denktraditionen gab, die dem Liberalismus kritisch gegenüberstanden, existierte keine bedeutsame Gruppierung säkularer Intellektueller, die dieser Tradition der Aufklärung nicht angehörten. Die römisch-katholische Kirche besaß nur sehr wenige Intellektuelle, die jenseits ihrer Reihen bekannt und respektiert wurden. Ich leugne jedoch nicht, daß auf einigen Gebieten, insbesondere in der Literatur, einige der hervorragendsten Figuren klar auf der rechten Seite standen: T. S. Eliot, Knut Hamsun, Ezra Pound, William Butler Yeats, Paul Claudel, [Louis-Ferdinand] Céline, Evelyn Waugh. Aber sogar in den Armeen der Literatur bildeten die politisch bewussten Rechten ein eher bescheidenes Regiment, sieht man vielleicht von Frankreich ab. Dies wurde 1936 erneut sichtbar: US-Amerikanische Schriftsteller, ob sie nun die amerikanische Neutralität akzeptierten oder nicht, standen in ihrer überwältigenden Mehrheit im Gegensatz zu Franco, Hollywood sogar noch mehr. Von den britischen Schriftstellern, die gefragt wurden, sprachen sich fünf (Waugh, Eleanor Smith und Edmund Blunden unter ihnen) für die Nationalisten aus, 16 waren neutral (einschließlich Eliot, Charles Morgan, Pound, Alec Waugh, Sean O'Faolain, H. G. Wells und Vita Sackville-West), während 106 sich für die Republik stark machten, viele von ihnen leidenschaftlich. Was Spanien betrifft, so gibt es keinen Zweifel, wo die Dichter der spanischen Sprache, an die man sich heute noch erinnert, standen: Garcia Lorca, die Brüder Machado, Alberti, Miguel Hernández, Neruda, Vallejo, Guillén.

Dieser Hang betätigte sich bereits gegen den italienischen Faschismus, obwohl ihm zumindest zwei Merkmale fehlten, um sich unter Intellektuellen unbeliebt zu machen: der Rassismus (bis 1938) und der Hass auf den Modernismus in den Künsten. Der italienische Faschismus verlor die Unterstützung derjenigen Intellektuellen, die sich nicht bereits 1922 zur Linken bekannt hatten, erst im Zuge des Spanischen Bürgerkriegs. Es scheint so, daß die meisten italienischen Schriftsteller – anders als ihre deutschen Kollegen – während des Faschismus nicht emigrierten. Daher bildet 1936 einen Wendepunkt in der kulturellen und politischen Geschichte Italiens. Dies erklärt vielleicht, warum der Spanische Bürgerkrieg in der italienischen Literatur so wenige Spuren hinterlassen hat, außer im Nachhinein (Vittorini). Jene, die damals darüberschrieben, waren emigrierte Aktivisten: die Rossellis, Pacciardi, Nenni, Longo, Togliatti. Auf der anderen Seite reagierte der intellektuelle Antifaschismus gegen Deutschland von dem Moment an, als Hitler die Macht ergriff und die von der Nazi-Ideologie missbilligten Bücher rituell verbrannt wurden, was eine Welle ideologisch und rassisch bedingter Auswanderungen auslöste.

Die Reaktionen sowohl von Intellektuellen wie auch der mobilisierten Linken auf den Spanischen Bürgerkrieg waren spontan und massiv. Hier wurde endlich dem Vorrücken des Faschismus mit Waffen Widerstand geleistet! Der Appell zum bewaffneten Widerstand, die Fähigkeit zu kämpfen und nicht nur zu reden, war sicherlich entscheidend. W. H. Auden, der wegen des propagandistischen Wertes seines Namens gebeten worden war, nach Spanien zu gehen, schrieb an einen Freund: „Ich werde wahrscheinlich ein verdammt schlechter Soldat sein. Aber wie kann ich zu ihnen und für sie sprechen, ohne ein Soldat zu werden.“ Ich denke, man kann getrost sagen, daß die meisten politisch bewussten Studenten meines Alters damals das Gefühl hatten, sie müssten in Spanien kämpfen und daß sie ein schlechtes Gewissen hatten, wenn sie es nicht taten. Die außergewöhnliche Welle von Freiwilligen, die nach Spanien gingen, um für die Republik zu kämpfen, ist, glaube ich, einzigartig im 20. Jahrhundert. Die verlässlichste Zahl für die Stärke der ausländischen Freiwilligen, die für die Republik kämpften, liegt bei 35.000.

Sie waren ein sehr gemischter Haufen, sozial, kulturell und hinsichtlich ihres persönlichen Hintergrundes. Und doch, wie einer von ihnen, der englische Dichter Laurie Lee, es ausdrückte: „Ich glaube wir hatten etwas anderes gemeinsam, einzigartig für uns zu jener Zeit – die Chance, eine große und unkomplizierte Geste von persönlichem Opfer und Glauben, welche niemals wieder vorkommen könnte ... wenige von uns wussten, daß wir mit veralteten Flinten und blockierten Maschinengewehren in den Krieg zogen, geführt von tapferen, aber verwirrten Amateuren. Aber in dem Augenblick gab es keine Halbwahrheiten und Zögern, wir hatten eine neue Freiheit gefunden, fast eine neue Moral, und entdeckten einen neuen teuflischen Faschismus.“

Ich behaupte nicht, daß die Interbrigaden sich aus Intellektuellen zusammensetzten, obwohl der Entschluss, sich freiwillig zum Krieg in Spanien zu melden, anders als bei der Meldung zur Französischen Fremdenlegion, ein Maß an politischem Bewusstsein und gewiss ein Wissen über die Welt erforderte, das die meisten unpolitischen Arbeiter nicht besaßen. Für die meisten von ihnen, abgesehen von jenen, die aus dem benachbarten Frankreich kamen, war Spanien „terra incognita“, ein unbekanntes Land, am ehesten noch eine Karte im Schulatlas. Wir wissen, daß die größte Einzelgruppe der Interbrigadisten, fast 9.000 Franzosen, überwiegend aus der Arbeiterklasse kamen – 92 Prozent – und nicht mehr als 1 Prozent Studenten und Angehörige freier Berufe, fast alle von ihnen Kommunisten, waren. Angesichts ihrer technischen Fähigkeiten wurden die meisten von ihnen tatsächlich hinter den Frontlinien eingesetzt. Jedoch kann kein Zweifel am Engagement, am praktischen Engagement der Intellektuellen bestehen, innerhalb und außerhalb der Brigaden. Schriftsteller unterstützten Spanien nicht nur mit Geld, Reden und Unterschriften, sondern sie schrieben darüber, wie Hemingway, Malraux, Bernanos und wahrlich alle bekannten zeitgenössischen jungen britischen Dichter – Auden, Spender, Day Lewis und MacNeice. Spanien war zwischen 1936 und 1939 die zentrale Erfahrung ihres Lebens, auch wenn sie es später aus den Augen verloren.

Zumindest für meine Studienzeit zwischen 1936 und 1939 in Cambridge trifft dies zu. Nicht nur war es der spanische Krieg, der junge Männer und Frauen zur Linken bekehrte, wir waren auch inspiriert durch das besondere Beispiel all derer, die nach Spanien gingen, um zu kämpfen. Jeder, der die Zimmer von sozialistischen und kommunistischen Studenten in jenen Tagen in Cambridge betrat, konnte sicher sein, dort ein Foto von John Cornford vorzufinden, einem Intellektuellen, Dichter und Anführer der studentischen Gruppe in der kommunistischen Partei, der an seinem 21. Geburtstag, im Dezember 1936, in der Schlacht um Spanien gefallen war. Wie das heute bekannte Foto von Che Guevara, so war auch dieses ein eindrückliches, ikonenhaftes Bild – aber es war uns näher und, wie es da auf unseren Kaminsimsen stand, eine tägliche Erinnerung daran, wofür wir kämpften. Wahr ist, daß nicht viele Studenten aus Cambridge oder anderswo zum Kampf nach Spanien zogen, nachdem die Kommunistische Partei Großbritanniens entschieden hatte, Studenten nicht zu ermutigen, sich freiwillig für die Interbrigaden zu melden, es sei denn, sie hatten besondere militärische Qualifikationen. Viele von denen, die

kämpften, hatten sich bereits den republikanischen Kräften angeschlossen, bevor die Partei diese Politik festlegte. Nichtsdestotrotz schloss sich den britischen Interbrigadisten eine bedeutende Zahl begabter Intellektueller an, von denen einige umkamen. Soweit mir bekannt ist, hat keiner der Überlebenden seine Entscheidung zu kämpfen nachträglich bedauert.

Unter den Verlierern sind die polemischen, oft übellaunigen Äußerungen über den Bürgerkrieg nach 1939 nie ganz verstummt. Während des Krieges waren solche Äußerungen hingegen nicht zu hören, obwohl Vorfälle wie die Verbannung der POUM* und der Mord an ihrem Führer Andrés Nin einige internationale Proteste verursachten. Sicherlich waren viele ausländische Freiwillige bei ihrer Ankunft in Spanien schockiert von dem, was sie dort mit ansehen mussten: von dem Leid, der Grausamkeit, der Unbarmherzigkeit des Krieges, der Brutalität und Bürokratie auf der eigenen Seite, aber auch, sofern sie etwas davon mitbekamen, von den Intrigen und politischen Fehden innerhalb der Republik, vom Verhalten Russlands und von vielem mehr. Die Streitigkeiten zwischen den Kommunisten und ihren Gegnern haben nie aufgehört. Und doch ist es so, daß die Zweifler schwiegen, nachdem sie Spanien verlassen hatte. Sie wollten den Feinden ihres großen Anliegens keine Hilfe leisten. Nach ihrer Rückkehr hat Simone Weil trotz ihrer offensichtlichen Enttäuschung nicht ein Wort gesagt. Auden schrieb nichts, obwohl er sein großes Gedicht „Spanien“ aus dem Jahre 1937 im Jahre 1939 abänderte und sich 1950 weigerte, es nachdrucken zu lassen. Angesichts des stalinistischen Terrors widerrief Louis Fischer, ein Moskau sehr nahestehender Journalist, seine vergangenen Loyalitäten nicht, solange es der spanischen Republik hätte schaden können. Die Ausnahme bestätigt die Regel: George Orwells „Homage to Catalonia“: Das Manuskript wurde von Orwells regulärem Verleger Victor Gollancz abgelehnt, „weil er glaubte, wie viele Leute auf der Linken, daß alles geopfert werden müsse, um eine gemeinsame Front gegen den Aufstieg des Faschismus zu halten.“ Den gleichen Grund gab Kinglsey Martin, Herausgeber der einflussreichen Wochenzeitung „New Statesman & Nation“ an, als er eine kritische Besprechung des Buches annahm. Beide repräsentieren die Überzeugungen, die auf der Linken vorherrschten. Orwell selbst räumte nach seiner Rückkehr aus Spanien ein, daß „eine Vielzahl von Menschen mit unterschiedlichem Grad von Offenheit mir gesagt hat, daß man nicht die Wahrheit sagen darf über das, was in Spanien passiert und die Rolle, die dabei von der Kommunistischen Partei gespielt wurde, denn dies würde die öffentliche Meinung gegen die spanische Regierung aufbringen und somit Franco helfen.“ Die Tatsache, wie Orwell selbst in einem Brief an einen sympathisierenden Rezensenten schrieb: „daß man die Faschisten nicht aus den Streitigkeiten unter uns Nutzen ziehen lassen darf, ist sehr wahr.“ Mehr als dies: Die Öffentlichkeit zeigte kein Interesse an Orwells Buch. Es wurde 1938 mit einer Auflage von 1.500 Exemplaren veröffentlicht, verkaufte sich aber so schlecht, daß der Vorrat noch nicht ganz erschöpft war, als es 13 Jahre später zum ersten Mal nachgedruckt wurde. Erst in der Ära des Kalten Krieges hörte Orwell auf, eine peinliche Randfigur zu sein.

Natürlich sind die nachträglichen Polemiken über den spanischen Krieg gerechtfertigt und auch wirklich wichtig – aber nur, wenn wir die Debatte über wirkliche Streitfragen vom Standpunkt des politischen Sektierertums, Kalter-Kriegs-Propaganda und reiner Ignoranz über die vergessene Vergangenheit davon abtrennen. Die Hauptfrage, die es beim Spanischen Bürgerkrieg zu klären gilt, war und bleibt, wie sich soziale Revolution und Krieg auf der republikanischen Seite aufeinander beziehen. Der Spanische Bürgerkrieg war, oder begann, als beides: Er war ein Krieg, der aus dem Widerstand einer legitimen Regierung geboren wurde, mit Hilfe einer volkstümlichen Mobilisierung, gegen einen teilweise militärisch erfolgreichen Staatsstreich; und er war zugleich in wichtigen Gebieten Spaniens das Resultat einer spontanen Transformation der Mobilisierung in eine soziale Revolution. Ein von einer Regierung ernsthaft geführter Krieg bedarf der Struktur, der Disziplin und eines gewissen Maßes an Zentralisation. Was soziale

* Partido Obrero de Unificación Marxista, Arbeiterpartei der Marxistischen Einheit, Anm. d. Übers.

Revolutionen wie die von 1936 ausmacht, ist die örtliche Initiative, die Spontaneität, die Unabhängigkeit von oder sogar der Widerstand gegen höhere Autoritäten – was insbesondere in Spanien aufgrund der dortigen einzigartigen Stärke des Anarchismus von Relevanz war.

Kurz, was in diesen Debatten strittig war und bleibt, ist der Unterschied zwischen Marx und Bakunin. Polemiken über die POUM sind zu vernachlässigen und angesichts ihrer kleinen Größe und Randrolle im Bürgerkrieg auch kaum von Bedeutung. Sie gehören zur Geschichte der ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung oder, wenn man dies vorzieht, zur Geschichte von Stalins rücksichtslosem Krieg gegen den Trotzkismus, mit der seine Agenten die POUM (fälschlicherweise) identifizierten. Der Konflikt zwischen freiheitlichem Enthusiasmus und disziplinierter Organisation, zwischen sozialer Revolution und den Bedingungen dafür, einen Krieg zu gewinnen, bleibt im Spanischen Bürgerkrieg auch dann real, wenn wir annehmen, daß die UdSSR und die Kommunistische Partei wollten, daß der Krieg in sozialer Revolution ende und daß die Teile der Wirtschaft, die von den Anarchisten sozialisiert (d. h. an die lokalen Arbeiter-Kontrollen übergeben) worden waren, einigermaßen funktionierten. Kriege, wie flexibel die Befehlsketten auch sein mögen, und Kriegswirtschaften können nicht libertär organisiert werden. Der Spanische Bürgerkrieg hätte nach der Linie Orwells nicht geführt, geschweige denn gewonnen werden können.

In einem allgemeineren Sinn ist der Konflikt zwischen Revolution, die auf Freiheit zielt, und Krieg jedoch keine rein spanische Angelegenheit. Er hat sich nach dem Sieg von Revolutionen in Befreiungskriegen voll entfaltet: in Algerien, wahrscheinlich in Vietnam, mit Sicherheit in Jugoslawien. Da die Linke im Spanischen Bürgerkrieg unterlegen war, ist diese Debatte in diesem Fall posthum und zunehmend weitab der Realitäten seiner Zeit zu führen, wie im Film von Ken Loach, so inspirierend und bewegend er auch sein mag. Die moralische Empörung gegen den Stalinismus und das Verhalten seiner Agenten ist gerechtfertigt. Es ist richtig, die kommunistische Überzeugung zu kritisieren, wonach die einzige Revolution, die zählte, diejenige war, die zu einem Machtmonopol der Partei führen müsse. Und doch sind diese Überlegungen für das Problem des Bürgerkriegs nicht entscheidend. Marx hätte Bakunin widersprechen müssen, auch wenn alle auf der republikanischen Seite Engel gewesen wären. Aber es muss gesagt werden, daß für die meisten, die für die Republik als Soldaten kämpften, Marx relevanter war als Bakunin – auch wenn einige Überlebende sich vielleicht der spontanen, aber unwirksamen Euphorie der anarchistischen Phase der Befreiung mit Zärtlichkeit und zugleich mit Verzweiflung erinnern.

Nach seinem kurzen Moment im Zentrum der Weltgeschichte kehrte Spanien zu seiner ursprünglichen Randposition zurück. Außerhalb Spaniens hat der Bürgerkrieg weitergelebt und er lebt auch heute noch weiter in der immer kleiner werdenden Zahl seiner nicht-spanischen Zeitgenossen. Für diejenigen, die damals jung waren, blieb er wie eine herzzerreißende und unzerstörbare Erinnerung an eine erste große und verlorene Liebe. Anders ist es in Spanien selbst, wo alle die tragische, mörderische und komplexe Bedeutung des Bürgerkriegs persönlich erlebten, ihre Erinnerung jedoch durch die Mythologie und Manipulation des siegreichen Regimes verdunkelt wurde. Dennoch: durch die Erschaffung des Weltgedächtnisses über den Spanischen Bürgerkrieg behielten die Feder, der Pinsel* und die Kamera im Interesse der Besiegten die Oberhand und haben sich als mächtiger erwiesen als das Schwert und die Macht jener, die gewonnen haben.

The Guardian, Samstag, 17. Februar 2007. Vgl. auch: Intellectuals and the Spanish Civil War. In: Revolutionaries, 2007. Übersetzung von Friedrich-Martin Balzer. In: *junge Welt* vom 27. April 2009, S. 10-11.

---

* Zu denken ist hier vor allem an Pablo Picasso, Anm. d. Übers.

Eric Hobsbawm: Es wird Blut fließen, viel Blut. Interview

Billionen Euro und Dollar setzen die Politiker gegen die Wirtschaftskrise ein. Wissen sie, was sie da tun? Nein, sagt Eric Hobsbawm, einer der wichtigsten Historiker der Gegenwart. Schlimmer noch als die Große Depression, die er vor 80 Jahren in Berlin miterlebte, sei der Zusammenbruch heute. Er hat Angst, daß der Kapitalismus sich über eine fürchterliche Katastrophe rettet.

Herr Hobsbawm, Sie haben das Verschwinden von vielen Systemen erlebt: den Untergang der Weimarer Republik, die Zerschlagung des Faschismus, das Absterben der DDR, den Kollaps des Kommunismus und nun...

Wenn Sie das so aufzählen, merke ich, daß ich fast so etwas wie ein Museumsobjekt bin. Als ich ein Kind war, war der König von England auch noch der Kaiser von Indien, die Welt bestand zum großen Teil aus Monarchien, Kaiser- und Kolonialreichen. Und fast alle sind flöten gegangen.

Und nun erleben Sie vielleicht auch noch das: das Ende des Kapitalismus.

Nein, ich glaube nicht, daß ich dieses Ende, über das ich mich freuen würde, noch erlebe. Als Historiker weiß ich aber, daß es keine Dauerlösungen gibt. Auch der Kapitalismus, egal, wie zäh er ist und wie sehr er auch in den Köpfen der Menschen als etwas Unabänderliches erscheint, er wird verschwinden, früher oder später.

Klar, daß Sie das so sehen müssen.

Wieso denn?

Sie als alter Marxist, der hier in London in Rufweite vom Grab von Karl Marx lebt.

Spotten Sie nicht. Daß ich Marxist geworden bin, liegt an meinen persönlichen Erfahrungen in den 30er Jahren, in der Großen Depression.

Sie lebten damals in Berlin, Sie wissen also, was das heißt Krise.

Ich habe als junger Mensch zwischen Schule und Straßenkämpfen mitbekommen, was es bedeutet, wenn Arbeitslosigkeit sich durch die Gesellschaft frisst. Das ist wie eine alles zersetzende Krankheit. Die Angst kroch in das Bürgertum. Mir war damals klar, daß wir auf der „Titanic“ sind und daß wir bald den Eisberg rammen würden. Das einzig Ungewisse war, was passieren würde, wenn es so weit ist. Wer würde ein neues Schiff bereitstellen?

Sie wussten, daß ein System zu Ende gehen würde?

Ja. Ich lebte in einer Welt, an deren Fortbestand keiner mehr glaubte. Eigentlich war ich literarisch interessiert, ein Schöngeist eben. Aber das war unmöglich 1931/32 in Berlin, man wurde politisiert, ich wurde Mitglied des Sozialistischen Schülerbunds. Die Krise war wie ein Vulkan, der politische Eruptionen hervorrief. Vor der letzten Reichstagswahl habe ich noch Flugblätter verteilt, es war gefährlich, aber für mich als Jugendlichen war da auch so ein Element von Indianerspielen, wie bei Karl May, dabei. Am 25. Januar 1933 organisierte die KPD ihre letzte legale Demonstration, einen Massenmarsch durch die dämmrigen Straßen Berlins zum Karl-Liebknecht-Haus. Wir sangen Lieder wie „Der kleine Trompeter“, auch ein Lied über die Bauernkriege, „Wir sind des Geyers schwarzer Haufen“, die „Internationale“, es war da ein kollektives Hochgefühl, Massenekstase trotz Zukunftsangst.

Als Hitler an die Macht kam, da ...

Als er am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, es war ein kalter Tag, auf dem Heimweg von der Schule mit meiner Schwester las ich die Schlagzeilen, ich kann sie immer noch, wie im Traum, vor mir sehen. Ja, ich habe es gespürt: Das ist ein historischer Wendepunkt.

Und jetzt? *Stehen wir wieder an einem Wendepunkt*?

Ich denke, ja. Der 15. September 2008, der Tag, an dem die Lehman-Bank zusammenbrach, wird den Lauf der Geschichte mehr verändern als der 11. September 2001, als die Türme des World Trade Centers zusammenbrachen.

Riskieren Sie doch mal einen Blick in die Zukunft.

Wir Historiker sind keine Propheten. Ich kann nur sagen: Wir kommen wohl noch nicht an den Jüngsten Tag. Aber Teile der Welt können untergehen.

Warum bloß?

Zunächst mal: Mir, der ich die Große Depression miterlebt habe, fällt es immer noch unfassbar schwer zu verstehen, wieso die Ideologen der entfesselten Marktwirtschaft, deren Vorgänger schon einmal so eine fürchterliche Katastrophe, also Armut, Elend, Arbeitslosigkeit, letztendlich auch den Weltkrieg mitverursacht haben, in den späten Siebzigern, den 80er, 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts wieder das Sagen haben konnten.

Warum? *Wie erklären Sie sich das*?

Der Mensch hat ein unglaublich kurzes Gedächtnis. Wir Historiker schreiben die Verbrechen und den Wahnsinn der Menschheit auf, wir erinnern an das, was viele Menschen vergessen wollen. Aber fast nichts wird aus der Geschichte gelernt. Das rächt sich nun. In den letzten 30, 40 Jahren wurde eine rationale Analyse des Kapitalismus systematisch verweigert.

Wir haben jede Menge Wirtschaftswissenschaftler, Experten, die den ganzen Tag nichts anderes tun.

Wir haben vor allem Theologen des Marktes mit einem kindlich-kindischen Glauben, daß der Markt alles von allein regeln wird. Sie verschließen die Augen vor der Wirklichkeit, das macht sie so gefährlich für die Menschheit. In den vergangenen Jahren weigerten sie sich einfach, die Krisen, die sich immer mehr aufbauten, überhaupt wahrzunehmen. Verblendete. Ignoranten.

Manche in den USA sprachen – ganz euphorisiert – vom Ende der Geschichte. *Gab es denn gar keinen Grund für diesen Optimismus*?

Nein. 40 Prozent der Weltbevölkerung leben von einem Dollar am Tag. Das ist doch keine Basis für eine stabile Gesellschaftsordnung. Von wegen Ende der Geschichte. Die Krisen wurden am Rand immer größer und immer dramatischer. Bei uns im Zentrum kamen sie gelegentlich als Börsenkräche an, die bald wieder repariert waren, das Spiel konnte weitergehen.

Das Spiel ist aus.

Ja, das kann man wohl so sagen. Diese Krise hat eine völlig neue Qualität. Das Einzige, an dem sich die Politiker ein wenig orientieren können, ist die Zeit zwischen 1929 und 1933.

Nun haben wir, sagt die „New York Times“, sogar eine Krise, die womöglich dramatischer ist als die der Großen Depression. *Und diese Depression damals sei erst durch den Weltkrieg bereinigt worden*.

Roosevelts heute so gefeierter New Deal hat die Krise tatsächlich nicht beendet, er verhinderte allenfalls politische und soziale Aufstände in den USA. Niemand bekam in den 1930er Jahren die Krise wirklich in den Griff. Und heute – obwohl sich Geschichte nicht wiederholt – ist es ähnlich dramatisch wie damals, nein schlimmer: Keine Regierung weiß, was sie tun soll.

Wie bitte? *US-Präsident Barack Obama pumpt Billionen Dollar in die Wirtschaft, Angela Merkel und die Bundesregierung legen milliardenschwere Konjunkturprogramme auf, auf dem G-20-Gipfel haben sie erklärt: Wir halten zusammen*! *Wir wissen, was wir tun*!

Haben Sie das Gefühl, die wissen wirklich, was sie tun? Stecken da Konzepte, Analysen dahinter? Nein, aufgeschreckt wie Krankenschwestern eilen die Politiker ans Bett des Kapitalismus und tun so, als ob sie etwas täten.

Sie wissen nicht, wohin sie gehen?

Ja, und das macht die Sache so schrecklich ungemütlich: Sie wissen einfach nicht, was sie tun sollen! Was wir im Augenblick erleben, ist ja etwas, was es nach der radikalen Moraltheologie des Marktes gar nicht geben kann und darf, es ist also etwas, was das Denkvermögen der Akteure sprengt. Wie ein blinder Mann, der durch ein Labyrinth zu gehen versucht, klopfen sie mit verschiedenen Stöcken die Wände ab, ganz verzweifelt, und sie hoffen, daß sie so irgendwann den Ausgang finden. Aber ihre Werkzeuge funktionieren nicht.

Der frühere französische Premierminister Laurent Fabius fürchtet „soziale Revolten", und die, meint die SPD-Präsidentschaftskandidatin Gesine Schwan, könnten zu einer Gefahr für die Demokratie werden.

Alles ist möglich. Inflation, Deflation, Hyperinflation. Wie reagieren die Menschen, wenn alle Sicherheiten verschwinden, sie aus ihrem Leben hinausgeworfen, ihre Lebensentwürfe brutal zerstört werden? Meine geschichtliche Erfahrung sagt mir, daß wir uns – ich kann das nicht ausschließen – auf eine Tragödie zu bewegen. Es wird Blut fließen, mehr als das, viel Blut, das Leid der Menschen wird zunehmen, auch die Zahl der Flüchtlinge. Und noch etwas möchte ich nicht ausschließen: einen Krieg, der dann zum Weltkrieg werden würde – zwischen den USA und China.

Das ist doch Unsinn.

Nein.

Okay, das ist doch einfach absurd, dieser Gedanke!

Nein. Im Augenblick, das gebe ich gern zu, erscheint dieses Szenario sehr unwahrscheinlich. Im Augenblick scheinen sich China und die USA zu ergänzen, ja sich sogar zu stützen, sie erscheinen geradezu komplementär. Doch im pazifischen wie im asiatischen Raum wird ihr Konkurrenzkampf immer härter. Es gibt keine Basis für eine dauerhafte Freundschaft zwischen diesen beiden Großmächten.

Hören Sie doch bitte auf mit Ihrem Pessimismus!

Ob es Ihnen passt oder nicht: Es gibt wenig Grund, hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken! Im 19. Jahrhundert glaubten die Menschen, es gehe stets aufwärts, vorwärts, man werde zivilisierter, man werde gebildeter. Die Leute lernten lesen, schreiben, sie glaubten, es gehe nicht nur materiell, sondern gleichzeitig auch moralisch voran. Man konnte optimistisch sein.

Aber dann kam 1914.

Und da hört das alles auf. Ein schreckliches, ein extremes Zeitalter beginnt: Mehr Menschen als jemals zuvor wurden im 20. Jahrhundert in Kriegen oder auf Weisung und mit staatlicher Erlaubnis ermordet. Die Folter, die im Westen offiziell abgeschafft worden war – ein dramatischer Fortschritt in der Menschheitsgeschichte –, sie kam zurück! Und wurde am Anfang des neuen Jahrtausends durch die USA wieder zu einem staatlichen Mittel der Befragung! Die Barbarei schreitet voran. Anerkannte Werte der Zivilisation werden plötzlich wieder aberkannt.

So wie Sie reden, kann man nur sagen: Der Mensch ist blöd.

Sehen Sie, materiell hat sich die Welt für sehr viele Menschen verbessert. Man ist größer, lebt länger, man ist gesünder. Aber geistig, politisch, moralisch – da kommt der Mensch nicht hinterher, vielleicht entwickelt er sich sogar im Augenblick noch weiter zurück. Was sind die Werte des Lebens? Warum leben wir? Wozu?

Was ist Ihre Antwort?

Tja, ich könnte nun fragen, warum hält der Mensch an einem System fest, das regelmäßig die fürchterlichsten Katastrophen produziert? Das die Umwelt ausbeutet und zerstört, den Ast also absägt, auf dem er sitzt? Und jetzt brechen und knacken überall die Äste. Vielleicht wird die Menschheit noch bedauern, daß sie nicht auf Rosa Luxemburg gehört hat: Sozialismus oder Barbarei.

Ich bitte Sie: Es waren Ihre politischen Freunde, die Erben Lenins, die den Gegenentwurf zum Kapitalismus zertrümmert, den Gedanken an die Utopie zerstört haben.

Ja, das stimmt. Und das rächt sich nun. Denn nun, wo wir es wirklich brauchten, gibt es kein Gegenprojekt für die Menschheit! Das ist fatal.

„*Unverantwortliche Banker*“, *sagt die Kanzlerin*, „*hemmungslose Gier*“, *erklärt der Bundespräsident, hätten die Grundlagen des Gemeinwesens verzockt. Mich erinnert das an mittelalterliche Deutungsversuche. Gab es früher eine Dürre, hieß es: Wir haben gesündigt, Gott straft uns dafür. Und nun soll wieder eine Todsünde, Gier, schuldig am Schlamassel sein – der strafende Gott ist nun der strafende Markt*!

Die Politiker müssen so reden, sie können ja wohl schlecht zugeben, daß nicht der einzelne Mensch, sondern das System an sich falsch ist. Der Markt ist nicht moralisch. Die reine Marktwirtschaft ist auf Habgier aufgebaut – und auf sonst gar nichts, das ist das System.

Vielleicht ist es einfach so: Der Mensch ist habgierig – fertig, aus, Nikolaus.

Nein. Nein. Auch Karl Marx hat ja nie gegen gierige Kapitalisten argumentiert, er war gegen ein System, das notwendigerweise Habgier schafft. Der Mensch, mein fester Glaube, kann anders sein. Aber im Kapitalismus sucht jeder seinen Vorteil, jeder ist dazu verdammt, sonst geht er unter.

Die Banker, sagen Sie, haben also nichts übertrieben?

Sie haben sich absolut systemimmanent verhalten. Profit. Gewinn. Maximales Wirtschaftswachstum. Die marktradikalen Theorien sind ja wunderbar – wenn man von der Wirklichkeit absieht. Man konstruiert sich ein System, nennt es Freiheit, und in der Theorie funktioniert es: Jedermann, jeder Mensch, jede Firma sucht für sich den Vorteil, den rational kalkulierbaren Vorteil, und der Markt, jenseits des menschlichen Urteils, regelt alles zum Guten. Eine primitive Ideologie. Das Wissen von Leuten jedoch, die den Kapitalismus analysiert und verstanden hatten, wurde dagegen verspottet und vergessen: Leute wie Marx und Schumpeter wussten, daß der Kapitalismus etwas Instabiles ist, daß er sich entwickelt und revolutionär voranschreitet, aber auch zwangsläufig zusammenbricht, daß er stets anfällig ist für Krisen von unterschiedlicher Dauer und bisweilen großer Heftigkeit.

Und nun rufen selbst die ungestümsten Freunde der Marktwirtschaft nach dem Staat.

Ja, das ist doch eine nette Ironie der Geschichte.

Und Sie freuen sich, recht zu haben.

Ich empfinde eine gewisse Schadenfreude, ja.

Ähnlich empfand Karl Marx 1857 in einer Krise, er amüsierte sich: „*Daß die Kapitalisten nun überall von den Regierungen öffentliche Unterstützung verlangen, ist schön*.“

Ja, und sie glauben auch nun, daß nach einer kurzen Zeit des staatlichen Eingriffes alles wieder zum Alten zurückkehren werde. Aber das wird nicht passieren.

Warum denn nicht?

Es ist ganz einfach: Entweder hören wir mit der Ideologie des grenzenlosen Wachstums auf, oder es passiert eine schreckliche Katastrophe. Entweder wandelt sich die Gesellschaft, scheitert aber dieser Versuch, dann kommt die Finsternis. Heute geht es um das Überleben der Menschheit.

Sie mögen es dramatisch.

Nein. Die Menschheit kann nicht zum Laisser-faire-Kapitalismus der letzten Jahrzehnte zurückkehren. Die Zukunft kann keine Fortsetzung der Vergangenheit oder auch der Gegenwart sein. Die Lösung liegt in der richtigen Kombination aus Markt und Staat.

Das könnte auch der Marktradikale Guido Westerwelle sagen, genauso!

Nein. Es kann so nicht weitergehen. Wir werden Gesellschaften bekommen müssen, in denen der Staat wieder eine größere Rolle, eine viel größere Rolle spielt.

Und das ist alles?

Anders geht es im Moment nicht, oder soll ich auf die große Revolution hoffen? Nein, die Zeit drängt. Die Welt riskiert im Augenblick eine Explosion wie eine Implosion. Sie muss sich also ändern.

Aber danach sieht es nicht aus: Mit der Abwrackprämie etwa hier in Deutschland wird die Wegwerfgesellschaft sogar noch staatlich subventioniert.

Die Politiker sind Gefangene des alten Denkens, das ist beängstigend. Womöglich kann sich der Kapitalismus tatsächlich nur durch eine Riesenkatastrophe retten, wie es Schumpeter nennen würde, durch eine „kreative Zerstörung“. Ich möchte das nicht, aber sehen Sie, die Schäden und Zerstörungen nach dem Zweiten Weltkrieg waren ein ungeheurer Ansporn zum Aufbau.

Sie sind ein Apokalyptiker.

Ich stelle nur fest: Keiner kann wissen, wie wir aus der Krise kommen, denn so etwas wie heute hat es noch nie gegeben. Und noch etwas kommt hinzu: Die Weltwirtschaft verschiebt sich vom Westen, ihrem historischen Zentrum, in ein neues Zentrum, nach Asien – ein Vorgang, der schon in normalen Zeiten für unruhige Zustände sorgen würde.

Was mich beunruhigt: *Es herrscht – angesichts der Herausforderungen – eine Dürre des Denkens, eine Art intellektuelle Wortlosigkeit*.

Ja, Sie haben recht. Es fehlen heute Leute und Denker wie Keynes, der in den Dreißigern so weitsichtig war, daß es ihm gelang, den Kapitalismus zu bändigen. Er wollte den Kapitalismus nicht überwinden, er wollte ihn stabilisieren, er wollte ihn retten. Er sagte ganz offen: „Meine Klasse ist das gebildete Bürgertum, und ich möchte eine Welt, in der es Leuten wie mir gut geht. Aber das heißt, es muss den anderen auch gut gehen.“

Also: Was ist zu tun?

Ich sehe nur einen Weg aus dem Dilemma, der aber setzt eine fundamentale Bewusstseinsveränderung voraus, er ist ein internationales, ein Riesenprojekt: die Welt gegen die Umweltgefahr sicherer machen. Das würde helfen, die Wirtschaft anzukurbeln, aber es wäre auch ein Projekt, das man gegen die Marktkräfte durchsetzen müsste.

Mein Gott, für einen alten Marxisten hören Sie sich sehr bescheiden an!

Ja. Ich bin nun 92 Jahre alt, lebe von einem Tag auf den anderen, aber meine Utopie ist schon noch die vom alten Marx, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, „also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. Irgendwo in meinem Innern schlummert noch immer der Traum der Oktoberrevolution.

„*Alle Revolutionen*“, *sagte aber Ihr Marx*, „*haben bisher nur eins bewiesen, nämlich daß sich vieles ändern lässt, bloß nicht die Menschen*.“

Das stimmt. Aber eine große Sache ist es dennoch, dieses Prinzip Hoffnung. Auch wenn die ideale Gesellschaft, wie Max Weber glaubte, jenseits unserer Möglichkeiten liegt, ist nichts Ernsthaftes in der Politik zu erreichen, wenn man nicht an sie glaubt. Der Mensch hat die Anlagen zum Guten wie zum Schlechten – und wie er sich benimmt, das kann man wohl ändern! Daß unsere Welt, immer noch oder endlich mal Heimat für alle werden kann – das ist doch ein schönes Ziel!

Das Gespräch führte Arno Loic. Der Nachdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der *stern*-Chefredaktion.
In: *stern* 20/2009, vom 7. Mai 2009, S. 138-144.

Eric Hobsbawm: Alle verhielten sich einwandfrei

Paul Brodas Buch („*Scientist Spies: A Memoir of My Three Parents and the Atom Bomb*“, Leicester 2011) ist ein ungewöhnlicher und zugleich erhellender Beitrag zu der Literatur über die sowjetische Spionage, die Eingang in die angelsächsische Folklore gefunden hat. Dies umso mehr, als er eher aus der Sicht der Spione als aus der ihrer Jäger verfasst wurde. Er handelt von vier Menschen: dem Autor, einem bedeutenden Biochemiker im Ruhestand sowie den „drei Eltern“, die sein Leben prägten. Es geht um Hilde, also Hildegard Pauline Ruth Gerwing sowie die beiden Physiker, die sie nacheinander heiratete, die zwischen 1942 und 1945 Informationen über das Atombombenprojekt an die Sowjets weitergaben: Berti, oder Engelbert Egon August Ernst Broda, und Alan Nunn May, der hierfür zu einer Haftstrafe von zehn Jahren verurteilt wurde. Broda, der wahrscheinlich über weitaus intensivere Verbindungen nach Moskau verfügte, wurde hingegen nie belangt, wenngleich er von den britischen Geheimdiensten als äußerst verdächtig eingestuft worden war.

In erster Linie Wissenschaftler

Tatsächlich waren mir alle drei sowie ein hoher Anteil der Hauptpersonen dieses Buches aus der Phase bekannt, als Mitteleuropa Cambridge traf, in diesem kuriosen Milieu der österreichischen Emigration nach Großbritannien, in der Vor- und Kriegszeit. Es ist nur eines der Verdienste von Paul Brodas Buch, daß er diesen oft vernachlässigten, aber nicht unbedeutenden Aspekt der Geschichte Großbritanniens in der Ära des Antifaschismus beleuchtet.

Brodas Protagonisten gehören nicht der Schattenwelt von John Le Carrés Geheimdienstlern oder Agenten an oder gar dem Milieu der Vollzeitfunktionäre der Kommunistischen Partei oder der Komintern, ganz zu schweigen von den auf völlige Identifikation mit Moskau getrimmten Parteikadern wie etwa jenen der Lenin-Schule. Ihr Leben bestand hauptsächlich aus Wissenschaft – die Physik dessen, was Ernest Rutherford[1] das „heroische Zeitalter“ nannte, selbst wenn dies von ihrem Kommunismus nicht zu trennen war. Berti Broda (dessen Bruder später in seinen post-kommunistischen Jahren ein namhafter österreichischer Justizminister werden sollte) kam dem le-Carré-Stereotyp wohl am nächsten und verfügte sicherlich über Verbindungen zur Komintern, aber er selbst sah sich weniger als einen von Lenins Berufsrevolutionären denn als Wissenschaftler.

In gewisser Weise kann der Unterschied am besten anhand des Falles von Alex Tudor-Hart und seiner einstigen Frau Edith Suschitzky illustriert werden. Beide waren gleichermaßen revolutionär, aber er diente der Sache als Arzt in den Tälern von Süd-Wales, in die er nach einer Zeit als Mediziner im Spanischen Bürgerkrieg zurückkehrte. Seine Ambitionen waren ziviler Natur. Sie, obgleich eine erfolgreiche Berufsfotografin, stand seit 1926 mit den sowjetischen Diensten in Kontakt und schien eine aktive Agentenrekrutiererin gewesen zu sein, beginnend mit Kim Philby[2] und, wie es scheint, auch Broda, den einen ihrer Liebhaber. Wie stark auch immer ihre politischen Überzeugungen und ihre Hoffnungen ausgeprägt waren, mit Hilfe ihrer Berufe der Sache der Menschheit dienen zu können, Broda und Nunn May wollten ihre Arbeitsleben als Physiker und Hilde ihres als praktizierende Ärztin fortsetzen.

Alle verfügten über einen etablierten bürgerlichen und sogar Businesshintergrund, obwohl man die ungewöhnlich gut vernetzten Brodas, eine jüdisch-katholische Kombination aus den multikulturellen Habsburger-Gebieten, kaum konservativ oder „respektabel“ in der Art von Nunn Mays Armaturenproduktionshintergrund in Birmingham nennen konnte. Ebenso wenig

---

1 Ernest Rutherford (1871-1937), Atomphysiker, 1908 Nobelpreisträger für Chemie.

2 Harold Adrian Russell „Kim“ Philby (1912-1988), britischer Geheimagent und sowjetischer Spion, Mitglied der Cambridge Five.

ähnelten sie den westdeutschen Salomons und Eichengrüns[3], die Hilde, Kind einer jüdisch-katholische Ehe, aus ihrer zerstörten und dysfunktionalen Familiensituation heraushalfen.

Bis zu ihrer Heirat war Bertis Mutter eine durchaus erfolgreiche Wiener Schauspielerin gewesen, sein Onkel Willi ist besser bekannt als der Filmregisseur G. W. Pabst[4]. Radikale Politik war bereits vor 1914 Bestandteil des Familienmilieus gewesen. Alle drei wurden in den Jahren 1910 und 1911 geboren. Berti schien bereits im Alter von 18 Jahren oder sogar davor Kommunist gewesen zu sein, Parteimitglied wurde er 1930. Im selben Jahr trat die um ein Jahr jüngere Hilde der Partei bei. Berti war ihr Studentenführer. Beide befanden sich im Augenblick von Hitlers Triumph in Deutschland, obwohl Berti auch in Österreich und später in Großbritannien immer wieder inhaftiert oder interniert war. Alan, der in der UdSSR die Hoffnung für die Welt sah, zögerte seinen Parteibeitritt bis 1936 hinaus, als er sich seines Doktortitels sicher war.

Die Aktivitäten von Broda und Nunn May sind kein Geheimnis, beide schrieben ausführlich darüber. Beide waren Physiker, genauer gesagt, Mitglieder einer kleinen verschworenen Wissenschaftlergemeinschaft, Hüter unverständlicher Geheimnisse, von denen, wie es schien, das Schicksal der Welt abhing. Tatsächlich machte der Zweite Weltkrieg dieses einzigartige Wissen praktisch wertvoll. Ohne die britische Entscheidung, die UdSSR hinsichtlich der Pläne über den Atombombenbau im Dunkeln zu halten, waren weder Broda noch Nunn May für die sowjetischen Geheimdienste von Interesse. Tatsächlich lieferten sie nach 1942 lediglich Informationen.

Im Dienst der Vernunft

Es ist nur schwer vorstellbar, wie klein, wie international und zugleich intim die Welt der Physik zwischen den Weltkriegen war. Sie war klein genug, daß man sich untereinander kannte oder zumindest von allen anderen Notiznahm. Als junge Studenten hatten Berti Broda und Hans von Halban[5] (der ihn 1941 für das Atombombenprojekt rekrutieren sollte) gemeinsam einen alpinen Gipfel bestiegen. Die meisten der jüngeren Wissenschaftsstudenten kannten die Nobelpreiskandidaten oder -träger persönlich und hielten die Hoffnung aufrecht, es ihnen einstmals gleichzutun, auch wenn sie vielleicht nicht bei ihnen lernten. In der Rückschau fasziniert das gegenseitige Vertrauen innerhalb dieser seltsamen großen Familie, die durch die gemeinsame Aufregung angesichts der Überzeugung, wundervolle Dinge im Namen der Wahrheit zu erreichen, zusammengehalten wurde und die von außen zu stören als inakzeptabel galt, und wenn nur, weil man sie nicht richtig verstehen konnte. Angesichts der Situation in den 1930ern, insbesondere nachdem der Erzfeind der Vernunft in Deutschland die Macht übernommen hatte, ist es nicht überraschend, daß sich junge Wissenschaftler zu der radikalen und revolutionären Linken hingezogen fühlten. Der innerhalb dieses Milieus sich bewegende Roman „*The Search*“ von C. P. Snow[6] spiegelt ihre Stimmung in der damaligen Zeit wider, insbesondere die leichte Verachtung gegenüber rein literarisch orientierten Intellektuellen, wie sie etwa F. R. Leavis[7] Schaum vor den Mund zauberte. Die politisch alles andere als subversiven Granden des Cavendish Laboratory waren über diese Verbindungen nicht wirklich schockiert.

Als ein unbekannter Flüchtling erhielt Broda 1938 Unterstützung vom Präsidenten der Royal Society, Sir William Bragg[8], aufgrund der Tatsache, daß er einst als Assistent eines Wiener Physikers und Chemikers gearbeitet hatte, von dem Bragg viel hielt. 1942 rekrutierte James

---

3 Die jüdischen Familien der Gebrüder Eichengrün und Josef Salomon wohnten in Dülmen und wurden Opfer des „Dritten Reiches“.

4 Georg Wilhelm Pabst (1885-1967), österreichischer Filmregisseur.

5 Hans von Halban (1908-1964), französischer Kernphysiker österreichischer Herkunft. Nach 1940 zusammen mit Lew Kowarski Flucht nach Großbritannien. 1942 in Montreal am Manhattan-Projekt beteiligt.

6 Charles Percy Snow (1905-1980), englischer Wissenschaftler und Schriftsteller.

7 Frank Raymond „F. R.“ Leavis (1895-1978), einflussreicher britischer Literaturkritiker.

8 William Henry Bragg (1862-1942), britischer Physiker und Physik-Nobelpreisträger.

Chadwick[9] Nunn May, obwohl er über dessen Kommunismus bestens Bescheid wusste und trotz allem Zögern auf Seiten der Sicherheitsleute, für das „Tube Alloys“ (Atombomben)-Projekt. Er war somit ein herausragendes britisches Mitglied von Halbans und Kowarskis „Schwerwasser“-Team, das ansonsten aus geflüchteten Wissenschaftlern bestand, die sich 1940 nach Frankreich abgesetzt hatten. Dies war, wie Nunn May später reflektierte, eine normale und unausweichliche Entscheidung für all jene, die an einem Atombombenprojekt arbeiteten und nicht an der Vorbereitung eines Kalten Krieges.

Auf jeden Fall kannte die Welt der Physiker keine Grenzen. Sie war nicht durch nationale Patriotismen und militärische Kalkulationen begrenzt, wie enthusiastisch ihre Mitglieder auch immer an der Herstellung der nuklearen Zerstörung gearbeitet haben mochten. Während des Krieges sympathisierten selbst solche Physiker, die es sich vorher nicht hatten träumen lassen, Informationen an unautorisierte Empfänger weiterzugeben, mit der Sichtweise, man solle den russischen Verbündeten nicht völlig im Dunkeln tappen lassen.

Nach dem Krieg erinnerte sich Tom Dalyell[10] in einer für ihn typisch freimütigen Einleitung zu diesem Buch, er habe Chadwick wegen Nunn May befragt, und dieser habe ihm geantwortet: „Ich kannte Alan sehr gut. Ich kann nicht gutheißen, was er getan hat. Aber er tat es aus guten Gründen. Und vielleicht wird eure Generation gerade wegen dem, was er getan hat, dem Atomkrieg entgehen. Das kann niemand von uns wissen.“

Überraschenderweise teilten die Sicherheitsdienste die positive Beurteilung von Nunn May, wenngleich er gegenüber den Schmeicheleien von William Skardon[11] immun blieb, dem großen Vernehmungsbeamten, der bei Klaus Fuchs Erfolg hatte, der grundsätzlich jegliche Zusammenarbeit jenseits dessen ablehnte, was er später vor Gericht zugegeben hatte. Er beteuerte, kein Spitzel gewesen zu sein. Und in der Tat, als er Ende 1952 nach sechs Jahren aus dem Gefängnis freikam, taten die Geheimdienste ihr Bestes, ihm trotz der gerade auf dem Höhepunkt befindlichen antikommunistischen Hexenjagd sowie drohender wütender amerikanischer Reaktionen einen ordentlichen Wissenschaftsjob zu verschaffen.

Als sich dies als nicht möglich herausstellte, wurde seine Überführung durch das Angebot eines „anonymen Gönners“ (über den Vizekanzler von Cambridge) für ein zweijähriges Unterstützungsdarlehen erleichtert. Tatsächlich hatte seine Inhaftierung das beendet, was einstmals als vielversprechende akademische Karriere als Physiker, wenngleich wahrscheinlich unterhalb der Nobelpreisträgerriege, begonnen hatte. Erst 1961 erhielt Nunn May eine dauerhafte Stellung, als J. D. Bernal[12] den Präsidenten des gerade neugeborenen entkolonialisierten Staates Ghana, Kwame Nkrumah, überzeugte, ihm einen Lehrstuhl an seiner neuen Universität unter dem ebenfalls unerwartet vom Vizekanzler benannten Conor Cruise O’Brien anzubieten. Dort blieb er dann mit Hilde bis zu seiner Pensionierung.

---

9 James Chadwick (1891-1974), britischer Physiker, 1935 Nobelpreisträger für Physik, ab 1940 Mitglied der MAUD-Kommission (Military Application of Uranium Detonation), ab 1943 Mitarbeiter am Manhattan-Projekt in den USA.

10 Thomas Dalyell Loch, (*1932[-2017]), britischer Politiker der Labour-Partei, Mitglied des Unterhauses von 1962-2005, seine Autobiographie „The Importance of Being Akward“ erschien 2011.

11 William James (Jim) Skardon (1904-1987), Verhörbeamter des MI5, der Klaus Fuchs das Teilgeständnis abrang.

12 John Desmond Bernal (1901-1971), britischer Physiker, Bahnbrecher und Wegbereiter der Kristallographie und der modernen Biowissenschaften, 1937 Lehrstuhlinhaber für Physik am Birkbeck College in London, zahlreiche internationale Ehrungen, bis 1965 Vorsitzender des Präsidiums des Weltfriedensrates, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Ungarns, Polens, Rumäniens, Bulgariens, der ČSSR, der DDR und Norwegens. Ehrenprofessor an der Universität Moskau und Ehrendoktor der Humboldt-Universität zu Berlin sowie der Société Française de Mineralogie, 1953 Träger des Lenin-Friedenspreises der UdSSR, 1959 Preisträger der Internationalen Grotius-Stiftung zur Verbreitung des Völkerrechts.

Berichte an die UdSSR

Broda, der über eine lange Zeit vom MI5 verdächtigt wurde, konnte nie irgendetwas nachgewiesen werden. Seit 1990 wissen wir, daß er tatsächlich Berichte an die UdSSR lieferte. Daß er dennoch Nunn May rekrutiert haben soll, ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit falsch. Dennoch hielt sich Broda nach seiner Rückkehr nach Österreich im Jahr 1947 – abgesehen von einem Kurzbesuch 1948 – von Großbritannien fern, unterhielt aber gleichwohl ein enges Verhältnis zu seinem Sohn Paul. Er nahm seine Universitätskarriere in Wien wieder auf – wenngleich mit einigen Schwierigkeiten, denn seine offen geäußerte kommunistische Einstellung verwehrte ihm bis 1968 einen offiziellen Lehrstuhl. Zudem war das Nachkriegs-Wien wissenschaftlich gesehen nahezu bedeutungslos geworden. Langsam verschoben sich seine Interessen in Richtung der Biochemie, der Bioenergetik und der Geschichte der österreichischen Wissenschaften. Eine Ehrendoktorwürde in der Deutschen Demokratischen Republik reflektierte eher seine politischen Loyalitäten als seine wissenschaftliche Exzellenz; zu vielfältig waren seine Interessensgebiete, als daß er in einem von ihnen tatsächliche Durchbrüche erzielt hätte. Er widerstand dem Reformismus anderer österreichischer kommunistischer Intellektueller, teilte aber deren Liebe zur freien Natur. Während eines Spazierganges durch ein Feuchtgebiet bricht er zusammen und stirbt, in seiner Tasche die Gedichte eines anderen ausgewanderten Österreichers, Erich Fried[13].

Ärztin und Revolutionärin

Um Paul Brodas drittes Elternteil zu verstehen, muss man ein wahres Puzzle zusammensetzen. Einerseits wählte sie [Hilde] sich ihr eigenes Leben. Gegen bitterste Widerstände aus ihrer Familie engagierte sie sich sowohl für die Medizin als auch für die soziale Revolution. Andererseits tauchte ihre Bindung zu Berti sie ab 1932 in das gefährliche Leben des politischen Aktivismus, der Illegalität, getrennter Paare und verarmter Emigranten, das ihr nicht gut zu Gesicht stand, aus dem sie aber nicht zu entfliehen vermochte. Die Partnerschaft, die durch die Heirat formalisiert wurde und ihr den österreichischen Ausweis bescherte, sollte nicht von Dauer sein. Es war eher Bertis strenge und unverwässerte politische Bindung als sein Ringen um eine ihm eigene tiefe Liebe, die es ihr angetan und ihrem aufgewühlten und von schlechter Gesundheit geprägten Leben ein Mindestmaß an emotionaler Stabilität vermittelt hatte. Als sie 1938 endlich Ärztin geworden war und beide ihr Leben in der Emigration begannen, war sie schon eher bereit, ihren eigenen Weg zu gehen. Sie widersetzte sich der Forderung ihres Mannes nach einer weiteren Abtreibung (wie es die Parteidisziplin von jedem echten Revolutionär erforderte) und gebar den Autor dieses Buches. Keiner von den beiden hätte als Eltern Preise gewonnen. Paul Broda berichtet ohne jede Kommentierung, wie schockiert die Gastfamilie angesichts des körperlichen und seelischen Zustandes des Kleinkindes reagierte, das ihr von den Brodas gebracht wurde, nachdem diese 1941 ausgebombt worden waren. Zum Glück konnten sie das Ganze wieder geradebiegen.

Die Brodas hörten auf, sich selbst als Paar zu sehen, nachdem Berti, ein wenig überraschend angesichts seiner gelegentlichen Untreue, sich über eine Affäre von Hilde während seiner Internierung 1940 empörte. Sie ließen sich zwar erst 1946 scheiden, lebten aber schon zuvor getrennte Leben, hielten losen Kontakt über den gemeinsamen Sohn, den Berti sehen wollte und der bei der Mutter aufwuchs. Da er erst 1942 zum Atombombenprojekt stieß, konnte man ihr nicht nachsagen, mit einem Wissenschaftsspion verheiratet zu sein, wenngleich sie wahrscheinlich von seinen Aktivitäten nicht sonderlich überrascht gewesen wäre. Beruflich gesehen waren dies Bertis beste Jahre, während der Krieg es Hilde erlaubte, ihre Karriere als Ärztin zu verfolgen. Mutter und Kind lebten in London und Inverness, bevor sie 1945 nach Cambridge

---

13 Erich Fried (1921-1988), österreichischer Lyriker, Übersetzer und Essayist, 1938 Emigration nach London, britische Staatsbürgerschaft 1949, Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft 1982.

umzogen, von wo aus sich der Kontakt zu Berti einfacher gestaltete. Ich glaube nicht, daß sie eine genaue Vorstellung davon hatte, wohin sie die Zukunft treiben oder daß sie fortan ein Leben ohne dauerhafte emotionale Verankerung akzeptieren sollte.

Ich glaube, dies war immer noch der Fall, als ich 1950 nach Cambridge zog und wir Freunde wurden, zwei vertriebene linke, kulturelle Zentraleuropäer, die beide auf dasselbe Milieu des „österreichischen Zentrums“ und der österreichischen kommunistischen Kriegsemigration zurückblickten. Ihre Situation blieb weiterhin unstet, obwohl ihr Leben nunmehr stärker in Großbritannien verankert zu sein schien, nicht zuletzt aufgrund der Bedürfnisse und Wünsche ihres zu einem Teenager heranwachsenden Sohnes, zu dem ihre Beziehung weniger intensiv war als Bertis. Als Sekretärin beim Cambridge Peace Council war sie sowohl politisch als auch kulturell vom Mainstream des Lebens in Cambridge isoliert, dem – trotz des anerzogenen Liberalismus und der Toleranz – die kommunistische Linke niemals suspekter war als während des Koreakrieges. Obwohl sie keine Schwierigkeiten hatte, Männer für sich zu interessieren, schienen ihre Beziehungen niemals eine echte Zukunft zu haben, weshalb sie sich selbst nach der ernüchternden Erfahrung der Ehe mit Berti nach der emotionalen Stabilität traditioneller Lebenspartnerschaften sehnte. Und dennoch heiratete sie zur allgemeinen Überraschung Alan Nunn May nur wenige Monate nach dessen Freilassung aus dem Gefängnis von Wakefield. Dieses Mal hatte sie tatsächlich und sehenden Auges einen Wissenschaftsspion geheiratet. Innerhalb eines Jahres hatten sie ein neugeborenes Baby adoptiert – wohl auch, um die Stabilität und das Glück der jungen Ehe zu demonstrieren.

Hexenjagd

Wie und warum? Paul Brodas Buch ist seltsam ungenau, wenn es um diese entscheidende Frage geht, wahrscheinlich, weil es hierfür keine adäquaten Quellen gibt – Hilde war keine begnadete Erzählerin, und außerdem erschien alles so unerklärlich. Die beiden könnten sich zwischen 1945 und 1946 – nach ihrer Rückkehr aus Schottland und vor Alans Verhaftung – in den gesellschaftlichen Kreisen von Cambridge begegnet sein. Es gibt aber keine stichhaltigen Hinweise dafür, daß sie sich bereits kannten, bevor sie einander in einem Haus von gemeinsamen Bekannten nach seiner Freilassung begegneten. Weder schien es sich bei ihr noch sicherlich bei ihm um Liebe auf den ersten Blick gehandelt zu haben, selbst wenn Hilde warm, attraktiv und voller unzerstörbarer Lebenslust war. Dennoch muss sie sich sehr schnell darüber klargeworden sein, daß dieser Mann der Mann für sie sei, selbst wenn sie wohl kaum davon ausgehen konnte, noch 49 glückliche Ehejahre zu erwarten.

Auf derartige Fragen gibt es nur selten eindeutige Antworten. Verstanden werden können sie aber überhaupt nur, wenn wir uns in die Situation der Kommunisten und Kommunistenfreunde in den Jahren des Koreakrieges hineinversetzen, in die Zeit ihrer vielleicht bittersten Isolation. Fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stand die Welt in Korea am Rande eines neuen, in dem die unsrige Seite die des offiziellen Feindes war. Dementsprechend angespannt war die Stimmung. Selbst mir, einem jungen Fellow eines College, blieb es trotz der zahlreichen Höflichkeitskonventionen des Universitätslebens nicht verborgen, daß manche, wenn nicht sogar die meisten derer, mit denen ich zum Abendessen an einem Tisch saß, mich als potentiellen oder tatsächlichen Verräter betrachteten.

Ich erinnere mich daran, daß ich mich fragte, wo wohl Leute wie ich interniert würden, wie es 1940 den „feindlichen Fremden“ ergangen war – auf der Isle of Man oder woanders in Übersee? In Großbritannien hielt sich die Hysterie aufgrund der Tradition der Fairness und Zurückhaltung noch in Grenzen: Der Versuch eines Ratsherren von Cambridge, Hilde aufgrund ihrer Ehe ihres Postens als Schulärztin zu entheben, wurde kurzerhand und mit überwältigender Mehrheit vom County Council abgeschmettert. Außerhalb der Zonen des guten Geschmacks und der Toleranz sah es jedoch ganz anders aus. Die Angst vor Verrätern war nahezu grenzenlos in den

USA, wo die Rosenbergs, ein angehendes Ehepaar, von dessen Unschuld wir überzeugt waren – und tatsächlich war einer von beiden unschuldig –, Wochen vor ihrer Trauung wegen des Verdachtes auf Atomspionage hingerichtet worden waren. Wie das Buch von Paul Broda aufzeigt, konnten sich die britischen Autoritäten dem Druck, der von der amerikanischen Hexenjagd ausging und der durch Kampagnen der Lokalpresse noch verstärkt wurde, nicht entziehen. Nichts provozierte mit höherer Wahrscheinlichkeit eine manische öffentliche Reaktion als die Freilassung eines geständigen sowjetischen Spions.

Wie in kriegsbombardierten Städten, so bestärkte auch hier die Kombination aus realer Gefahr und der öffentlich behaupteten Grausamkeit des Feindes die Entschlossenheit der umzingelten Einheiten aus Kommunisten und Kommunistenfreunden. In Großbritannien verhinderte dies mit Sicherheit bis zu den Ungarn-Aufständen im Jahre 1956, daß Intellektuelle scharenweise die Partei verließen. Die Wahl, vor die wir uns gestellt sahen – offiziell den eigenen Loyalitäten und Überzeugungen abschwören, Namen nennen –, war nicht tolerabel. Die Verlockung, die rote Fahne demonstrativ zu schwenken (wie es im britischen Arbeiterlied heißt), war weniger eine rationale als vielmehr eine Gefühlsreaktion. Ich wusste, daß es ein provokativer Akt war, Alan Nunn May zu einem Bankett am Kings College, an dem ich zu der Zeit lehrte, einzuladen. Ich wusste aber auch, daß niemand im Kings, nicht einmal die verknöchertsten Reaktionäre, das Wort erheben würden. Alle verhielten sich einwandfrei.

Ich glaube, daß Hildes Eroberung von Alan ein ähnliches Element öffentlicher Missachtung innewohnte. Das Leben voller revolutionärem Engagement mit Berti hatte ihr nicht viel Glück gebracht, aber sie hatte es geteilt, wie auch dessen Wertvorstellungen. Sie hätte niemals abgeschworen. Wahrscheinlich hätte sie den inhaftierten Alan nicht als einen zu Recht überführten Angreifer, sondern als ein heldenhaftes Opfer im antifaschistischen Krieg gesehen. Natürlich erklärt das nicht die Heirat der beiden, aber es hilft dabei, sie zu verstehen. Es überraschte mich damals nicht, daß sie ihn attraktiv fand und zugleich hilfsbedürftig. Ich erinnere ihn, kurz nach seiner Freilassung, als einen großen, abgemagerten, freundlichen, schüchternen gefühllos erscheinenden Mann, geprägt von einer großen Unsicherheit, wie ihm der Weg zurück in die Welt gelingen solle. Bis zu seiner Ehe schien er nur in der Musik seine Ruhe zu finden. Wenn er von seinem Leben erzählte, wozu er gerne bereit war, strahlte er Melancholie aus, wenn auch nicht resignierende Ehrlichkeit. Er wusste, daß er den Kürzeren gezogen hatte. Er, und mit ihm die gesamte britische Atomoperation, waren durch das amerikanische Insistieren, daß die Bombe auf Seiten der USA zu bleiben habe, auf das kanadische Abstellgleis gestellt worden. Dies berichtete er auch den Russen. Sechs Jahre Gefängnis und, wie sich nun herausstellte, das Ende aller Hoffnungen auf eine Karriere als Physiker, waren für ihn ein hoher Preis, den er allerdings als legitime Strafe für sein Vergehen ansah. Er bedauerte nicht, den Russen Informationen weitergeleitet zu haben. Was ihn schmerzte, war die wachsende Überzeugung, er hätte stark genug sein müssen, um grundsätzlich die Teilnahme an dem Projekt, das das Ziel verfolgte, die Atombombe zu entwickeln, abzulehnen, wie es der bewundernswerte Joseph Rotblat[14] getan hatte. Er war das einzige Mitglied des britischen, aber auch aller anderen Wissenschaftlerteams, das dies getan hatte. Doch Alan wusste, daß er sich seinen Respekt gegenüber sich selbst bewahrt hatte, anders als Anthony Blunt[15], den er missbilligte.

---

14 Joseph Rotblat (1908-2005), polnisch-britischer Physiker; als Kernphysiker anfänglich an der Entwicklung der ersten Atombombe beteiligt, verließ wegen ethischer Bedenken 1944 das Projekt; Mitbegründer der Pugwash-Konferenzen, kämpfte ein Leben lang für die Abschaffung aller Atomwaffen, stellvertretend für die Pugwash-Konferenzen 1995 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

15 Anthony Frederick Blunt (1907-1983), englischer Kunsthistoriker und Doppelagent im Dienst des britischen Geheimdienstes MI5 und des sowjetischen NKWD.

Mit großer Aufrichtigkeit

Paul Brodas Buch basiert im Wesentlichen auf Alans umfassenden Memoiren über seine Aktivitäten als Wissenschaftler sowie auf unzähligen Briefen seines Vaters Berti. Hilde sprach und schrieb wenig – Berti beklagte sich fortwährend über die Stille ihrerseits. Dennoch waren die zentralen Quellen mit Sicherheit die umfangreichen Sicherheitsakten über die drei. Broda hat diese mit großer Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit benutzt, um ein Buch zu schreiben, das es den Lesern ermöglicht, die weltverändernden und enttäuschten Überzeugungen seiner Elterngeneration zu verstehen. Damals zwar noch zu jung, um sie zu teilen, so erlebte er doch genügend Aspekte ihres Lebens mit, um zu verstehen, was sie bedeuteten und daß ihnen mehr als kindlicher Respekt gebührt. Das Buch sollte gelesen werden, und wahrscheinlich wird es auch die kommenden Generationen des 21. Jahrhunderts faszinieren und bilden.

Der Text erschien zuerst in: London Review of Books, Vol. 33, 16, 25. August 2011, S. 17-18 (www.lrb.co.uk); die vom Verfasser autorisierte Übersetzung besorgte Friedrich-Martin Balzer, der auch die Fußnoten beisteuerte. In: *junge Welt* vom 2. Dezember 2011, S. 10-11.

II: Erträge

Friedrich-Martin Balzer/Ekkehard Lieberam/Herbert Münchow: Die Aktualität Wolfgang Abendroths im Bundestagswahlkampf 2002

„Es kommt jedoch [...] darauf an, den bloßen Traum in die Wirklichkeit zu setzen. Und das erfordert eine ungeheure geistige Arbeit. Eine geistige Arbeit aber auf der Basis der Kontinuität von Marx und Engels und Lenin. Wir müssen ein Geschichtsbewusstsein der eigenen Identität in der Nichtidentität schaffen.“ (Wolfgang Abendroth 1966 im Gespräch mit Georg Lukács.)

Wolfgang Abendroth, 1951 bis 1972 Inhaber des Lehrstuhls für „wissenschaftliche Politik“ an der Philipps-Universität Marburg, war der bedeutendste Theoretiker der marxistischen Linken in der Bundesrepublik. Und er war ein aktiver Mitstreiter der Linken für eine selbständige Position der Arbeiterklasse in den politischen Auseinandersetzungen, gerade auch in den Wahlkämpfen. Beides, seine politische Theorie wie sein politisches Engagement, gingen einher mit intellektueller Klarheit und moralischer Integrität. Die in den Klassenkämpfen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erworbenen Erfahrungen schärften seinen Blick für die Probleme, prägten sein Werk und sein politisches Wirken. Man muss seine politische Biographie zumindest in den Grundzügen kennen, um den Sinn und den Ernst seines wissenschaftlichen und politischen Grundanliegens zu begreifen: „Regenerierung des Klassenbewusstseins und des Klassenhandelns der Arbeitnehmer“[1]: Aktives Mitglied des KJVD, der KPD, der KPO und der Gruppe Neubeginnen in der Weimarer Republik; während der Zeit des Nazifaschismus illegale Arbeit in verschiedenen KPD-Gruppen und im Auftrag der Reichsleitung der KPO, 1937 Verurteilung wegen Hochverrats[2], Zuchthaus-Haft bis Juni 1941, Strafbataillon 999 ab Anfang 1943; nach der Entlassung aus englischer Gefangenschaft als SPD-Mitglied (!) 1947 Leiter der Gesetzgebungsabteilung des Brandenburger Justizministeriums, Ende 1948 wegen drohender Verhaftung durch den NKWD Übertritt in die westlichen Besatzungszonen, Berater der DGB-Linken und Mitglied der Programmkommission der SPD von 1955 bis 1959; 1961 Ausschluss aus der SPD, entscheidende Rolle bei der marxistischen Orientierung eines Teils der studentischen Jugend Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre, „strömungsübergreifender“ Partner aller Bestrebungen zur Entwicklung von Klassenbewusstsein und Gegenmacht bis zu seinem Tod im Jahre 1985.

Mehr als 30 Jahre lang hat Wolfgang Abendroth die Parteien- und Parlamentsentwicklung in der Bundesrepublik, die Bundestagswahlkämpfe und deren Ergebnisse, analysiert und bewertet. Zahlreiche Publikationen behandeln direkt diese Thematik. Andere wissenschaftliche Arbeiten – wie sein Buch „Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie“ – erörtern wichtige Teilaspekte im Zusammenhang mit der deutschen Parteiengeschichte. Manches davon war zeitbedingt, manches – so seine Gedanken zu den Aufgaben einer demokratischen und sozialistischen Opposition im Wahlkampf oder zum Problem des „kleineren Übels“ – liest sich als Beitrag zum bereits begonnenen Bundestagswahlkampf 2002, erhellt zumindest relevante Zusammenhänge und Tendenzen.

Gerade auch hinsichtlich der Wahl- und Parteienproblematik ist Theorie für Wolfgang Abendroth Parteinahme für die abhängig Beschäftigten: Handlungsorientierung für ihren politischen Kampf. Es sind die von ihm entwickelten und aufgezeigten Zusammenhänge, seine Grundsätze und Ratschläge für das „zähe Ringen“ um soziale und politische Verbesserungen und für eine alternative sozialistische Gesellschaft, die auch heute noch faszinieren. Damit macht er jenseits der herrschenden Lehren und jenseits des Selbstverständnisses der Bundestagsparteien Wahlen,

---

1 W. Abendroth: Die Große Koalition und die Entwicklung der Bundesrepublik. In: *Internationale Politik*, Belgrad, 1967, H. 406, S. 11.

2 Siehe die Urteilsbegründung des faschistischen Gerichtes vom November 1937: „Abendroth ist auch als Intellektueller sehr gefährlich. Das beweist seine Erkenntnis der Tatsache, daß nur von einem geschlossenen Zusammengehen aller marxistischen Gruppen ein Erfolg zu erwarten sei, bereits zu einer Zeit, in der sich diese Erkenntnis nur erst bei Wenigen Bahn gebrochen hatte.“

Wahl- und Parteienkämpfe erklärbar, zeigt ihren Bezug zu Macht und Herrschaft, ihre reale, sehr widersprüchliche, sich wandelnde politische Bedeutung und Funktion in den politischen Auseinandersetzungen.

Wahlen als politischer Lernprozess der Arbeitnehmerklasse

Hans Heinz Holz schreibt zum Selbstverständnis des von Wolfgang Abendroth begründeten und geleiteten Instituts für wissenschaftliche Politik: „Nun galt hier das berühmte Marx-Wort der elften Feuerbachthese, es komme darauf an, die Welt nicht bloß zu interpretieren, sondern sie zu verändern. Weltveränderung aber heißt: Politik und ihre Praxis soll mit der wissenschaftlichen Theorie eine Einheit bilden.“[3]

Der aktuelle Gewinn, der sich beim Lesen der Schriften von Abendroth zur Parteien- und Wahlproblematik ergibt, resultiert ganz wesentlich aus dieser Einheit von politischer Handlungstheorie und theoriegeleiteter Praxis im Geiste von Karl Marx. Seit 1953 hat Wolfgang Abendroth selbst mit eigenständigen Positionen in die Bundestagswahlkämpfe eingegriffen. Zunächst hat er für die SPD Parteiergriffen, sich 1968/1969 für die ADF (Aktion Demokratischer Fortschritt) engagiert, 1972 die Verhinderung einer CDU/CSU-Mehrheit zur wichtigsten Aufgabe der Arbeiterklasse erklärt, 1976 die Wahl der DKP empfohlen, 1980 die Kampagne „Stoppt Strauß“ unterstützt und 1983 die Wahl der Grünen für möglich gehalten.

Im Politik- und Theorieverständnis von Wolfgang Abendroth nehmen historische Erfahrungen und Grundsätze einen wichtigen Platz ein. Ausdrücklich bekennt er sich zur Position von Franz Mehring: „Er (der Marxismus – d. Verf.) ist kein unfehlbares Dogma, sondern eine wissenschaftliche Methode. Er ist nicht die Theorie eines Individuums, der ein anderes Individuum eine andere und höhere Theorie entgegenstellen könnte; er ist vielmehr der proletarische Klassenkampf in Gedanken gefasst; er ist aus den Dingen selbst, aus der historischen Entwicklung emporgewachsen und wandelt sich mit ihnen; deshalb ist er so wenig ein leerer Trug wie eine ewige Wahrheit.“[4]

Abendroth ging davon aus, daß „die Theorie des sozialistischen und demokratischen Humanismus, wie sie seit Mitte des vorigen Jahrhunderts durch Karl Marx und Friedrich Engels in der Gesellschaft des liberalen Kapitalismus entwickelt wurde, die Grundlagen bietet, auch die Gesellschaft des Spätkapitalismus [...] zu verstehen und zu ihrer Lösung anzuleiten.“[5] „Voluntaristische Praxis ohne theoretisches Konzept“ ist aus seiner Sicht „blind und erreicht nichts, aber stetes Theoretisieren ist eine ebensolche Gefahr, wenn sie nicht auf die Praxis gerichtet ist.“[6] Politische Soziologie, politische Theorie und Politikverständnis bilden bei ihm insofern eine Einheit, als er eine von der Analyse der Praxis ausgehende, praxisbezogene und auf die Veränderung der Praxis gerichtete politische Theorie vertritt, die ein Politikverständnis beinhaltet, in dessen Mittelpunkt die Realität der klassengespaltenen kapitalistischen Gesellschaft mit diametral entgegengesetzten Interessen steht. „Politik ist ihrem Wesen nach *kontrovers*, weil sie auf Herrschaftserhaltung oder Herrschaftsaufhebung gerichtet ist.“[7] Es geht ihm „um eine politische Theorie, die die Gesamtstruktur der Gesellschaft sichtbar macht und ihre Widersprüche erhellt, aber aus der Entfaltung dieser Widersprüche die Möglichkeit humanitärer Umstrukturierung der Gesellschaft dartut.“[8]

---

3 H. H. Holz: Über das Besondere von wissenschaftlicher Politik. In: *Topos. Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie*, H. 17, 2001, S. 132.

4 W. Abendroth: Einhundert Jahre Sozialdemokratie. In: *Neue Rundschau*, H. 3/1963. Hier zitiert nach: W. Abendroth: Die Aktualität der Arbeiterbewegung. Hrsg. von J. Perels, Frankfurt/Main 1985, S. 30.

5 W. Abendroth: Zur Einführung: Politische Wissenschaft als politische Soziologie. In: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie, Neuwied 1967, S. 12.

6 W. Abendroth: Das Unbehagen organisieren. In: *Konkret*, 12/1962, S. 11.

7 W. Abendroth: Zur Einführung: Politische Wissenschaft als politische Soziologie. a. a. O., S. 11.

8 W. Abendroth: Politischer Pragmatismus oder politische Theorie. In: *Werkhefte*, 6/1962, S. 226 f.

Es ist nur konsequent, daß Abendroth, der unzweideutig *für* Herrschaftsaufhebung und *für* die Interessen der abhängig Beschäftigten Partei ergreift, das Problem der Voraussetzungen, der Mittel und Wege zur Durchsetzung der Interessen der „Arbeitnehmerklasse“[9] in den Mittelpunkt seiner Theorie stellt. Nur diese „Sozialschicht“ kann nach seiner Meinung „die machtpolitisch allein wirksame Grundlage einer Tätigkeit der Linken in Deutschland sein.“[10] Sie hat „noch immer ein *objektives* Gesamtinteresse [...] in Richtung einer Umformung einer noch immer durch Herrschaftsstrukturen bestimmten Klassengesellschaft in eine an der Gleichberechtigung aller Gesellschaftsmitglieder orientierte klassenlose Gesellschaft.“[11] Zum ersten Mal in der Geschichte besteht die Möglichkeit, „zur Erfüllung der materiellen Bedürfnisse eines jeden und damit der kulturellen Freiheit für alle zu gelangen“. „Diesen Kampf zu führen und in jedem täglichen Ringen um Erhaltung und Verbesserung der Lebenslage der breiten Massen das Bewusstsein seiner Ziele und seiner Einheit zu erhalten, ist die geschichtliche Aufgabe der Sozialdemokratie“,[12] schrieb er in seinem Alternativentwurf zum Godesberger Programm der SPD im Jahre 1959.

Wolfgang Abendroth war sich sehr wohl bewusst, daß in der Bundesrepublik der fünfziger, sechziger, siebziger und achtziger Jahre das Klassenbewusstsein der Arbeitnehmer in mehr oder weniger hohem Maße verschüttet war, eine Tendenz, die sich seitdem noch verstärkt hat. Er sprach vom „Verschwinden des im früheren Sinne sozialistischen Bewusstseins der existenten Organisationswelt der Arbeit und damit aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben der Bundesrepublik“. Ursachen hierfür sah er vor allem in „sehr konkreten geschichtlichen Bedingungen“ und in „der Veränderung der sozialen Lage der Arbeiter in der Bundesrepublik“, in der „Vernichtung der alten Kader der Arbeiterbewegung im Dritten Reich“, in der „Enttäuschung über die Fehlschläge von sozialen Umgestaltungen nach 1948“ und in „negativen Erscheinungen in der DDR“ und den Wirkungen der „Ideologie des Kalten Krieges“.[13] Er verwies darauf, daß „die Interessen der Arbeitnehmer [...] für deren Majorität z. Z. unerkennbar geworden sind, weil ihr Bewusstsein [...] wegen der Verfügungsgewalt der herrschenden Klassen über die Massenkommunikationsmittel und den Bildungsapparat der Gesellschaft durch die Ideologien der herrschenden Klassen überformt“ sei.[14] Er stimmte Günter Gaus zu, der im „Spiegel“ geschrieben hatte: „Dies ist eine Klassengesellschaft. Außer dem Bewusstsein davon, fehlt ihr keines der einschlägigen Kriterien.“[15]

Eben dieses Bewusstsein bei der Arbeitnehmerklasse wieder zu wecken, war das zentrale Anliegen Wolfgang Abendroths gerade auch in den Bundestagswahlkämpfen. Vor allem in den Debatten Ende der sechziger Jahre wandte er sich gegen theoretische Konzepte, die ausgehend

---

9 Unter „Arbeitnehmerklasse“ verstand Abendroth die um Angestellten- und begrenzte Beamtenschichten erweiterte Arbeiterklasse. Das Organisationsgefüge der Arbeitnehmerklasse sah er in der Gewerkschaftsbewegung. Vgl. W. Abendroth: Zur Lage der ADF und der außerparlamentarischen Opposition nach der Bundestagswahl. In: *marburger blätter*, 20. Jg., (1969), H. 128, (November), S. 2 und S. 10. Zugleich sprach er auch von der „Klasse der abhängig Arbeitenden“. Vgl. z. B. Die nächsten Aufgaben der Sozialisten nach dem Sieg. In: *Sozialistische Korrespondenz*, 23/1972, S. 4.

10 W. Abendroth: Das Unbehagen organisieren, a. a. O., S. 11.

11 W. Abendroth: Die soziale Struktur der Bundesrepublik und ihre politischen Entwicklungstendenzen. (Zuerst erschienen 1963) Zit. nach: W. Abendroth: Antagonistische Gesellschaft a. a. O., S. 36.

12 Alternativentwurf von Wolfgang Abendroth zum Godesberger Programm der SPD, in: Partei der Arbeitnehmerklasse oder Volkspartei, mit einer Einführung von Ekkehard Lieberam und Herbert Münchow, Schriften aus dem Liebknecht-Haus, Leipzig, H. 6/2000, S. 23.

13 Vgl. W. Abendroth: Die soziale Struktur der Bundesrepublik und ihre politischen Entwicklungstendenzen. In: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, a. a. O., S. 34.

14 W. Abendroth: Das Problem der Rolle der Studenten und der Intellektuellen in den Klassenauseinandersetzungen der spätkapitalistischen Gesellschaft. In: *Das Argument*, H. 45, (1967), S. 409.

15 W. Abendroth: Leserbrief zu Günter Gaus: Harzburger Front in Bonn; Spiegel Nr. 43/1970. In: *Der Spiegel*, 24. Jg., (1970), Nr. 44 vom 26. Oktober 1970, S. 10 ff.

von der Realität einer „eingeschläferten Arbeiterklasse“ die Schlussfolgerung zogen, die Beteiligung an Wahlen und an parlamentarischer Tätigkeit hätte ihre Bedeutung für die Linke verloren.

Der „großen Verweigerung“, wie sie Herbert Marcuse empfahl, bzw. der kategorischen Einschätzung von Johannes Agnoli, Wahlen und Parlamente hätten ihre „emanzipatorische Qualität“ eingebüßt, stellte er seine Position entgegen, daß „der *Kampf um das Parlament* und *im Parlament* von entscheidender Bedeutung ist“,[16] aber eben nur dann, wenn sowohl die parlamentarische Tätigkeit als auch der Wahlkampf den Zielen dient, Klassenbewusstsein zu aktivieren und eine „ideologische und organisatorische Gegenmacht“[17] aufzubauen.

Der Wahlkampf habe im Sinne August Bebels nicht den Sinn, „Wähler-Illusionen nachzulaufen“ oder „billige Konzessionen an Tagesstimmungen“ zu machen, und er diene auch nicht „dem Stimmenfang um jeden Preis, sondern der systematischen Erziehung der Wähler zu proletarischem Klassenbewusstsein und demokratischer politischer Verantwortlichkeit“.[18] Die Wahlkampfführung müsse vor allem darauf abzielen, die zentralen wirklichen Probleme der bundesdeutschen Politik „in den Wahlkampf hineinzuzwingen“.[19] Nur wenn die Wähler dabei selbst aktiv in die Auseinandersetzungen eingriffen, könne der Manipulierungsmechanismus der Wahlen durchbrochen werden.

Die Tätigkeit der Sozialisten *im* Parlament muss nach Wolfgang Abendroth den gleichen Zielen verpflichtet sein. Der Wähler müsse erkennen können, „daß die Partei ständig auch außerhalb der Wahlkämpfe – seine Interessen gegen das Finanzkapital, dessen Manager und dessen Regierung klar und unnachgiebig vertritt.“[20] Das Parlament ist vor allem als „Tribüne zur Mobilisierung der Unterklassen gegen ihre herrschenden Klassen und zur Entwicklung ihres politischen Bewusstseins“ zu nutzen.[21] Parlamentarische Tätigkeit ist deshalb auch „niemals ausschließlich auf reformhafte Erzielung kleinerer Kompromisse zugunsten der Arbeiter und ihrer Bündnisgruppen gerichtet gewesen.“[22]

Das Parteiensystem als „verhülltes Blocksystem“

Die Kritik des Parteiensystems der Bundesrepublik als „verhülltes Blocksystem“,[23] wie sie Wolfgang Abendroth 1965 angesichts des Monopols von drei sich immer ähnlicher werdenden Bundestagsparteien (CDU/CSU, FDP, SPD) auf die parlamentarische Vertretung der Bundesbürger vornahm, hat in mancher Hinsicht auch für die parteipolitische Situation im Bundestagswahljahr 2002 seine Bedeutung behalten.

---

16 W. Abendroth: Wahlalternative 1969? In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 4/1968, S.341 f.

17 W. Abendroth: Die Stellung der Sozialisten zu bürgerlicher Demokratie, autoritärem Staat und Faschismus. (Zuerst erschienen in den *Marxistischen Blättern* 1970), zitiert nach: W. Abendroth: Arbeiterklasse, Staat und Verfassung. Materialien zur Verfassungsgeschichte und Verfassungstheorie der Bundesrepublik. Hrsg. und eingeleitet von Joachim Perels, Frankfurt/Main 1975, S. 234.

18 W. Abendroth: August Bebel, der Volkstribun in der Aufstiegsperiode der deutschen Arbeiterbewegung, zit. nach: W. Abendroth: Antagonistische Gesellschaft a. a. O., S. 396 f.

19 W. Abendroth: Was tun gegen Strauß? In: Die „Neue“ diskutiert, Berlin o. J. (1980), S. 11.

20 W. Abendroth: Leitsätze nach dem Misserfolg (Leserbrief). In: *Vorwärts* vom 08. 11. 1957, S. 8 f.

21 W. Abendroth: Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Frankfurt a. M., 1981, S. 96.

22 Ebenda.

23 W. Abendroth: Das Parteiensystem der Bundesrepublik als verhülltes Blocksystem – Verfassungsauftrag und Verfassungswirklichkeit. In: *Stimme der Gemeinde*, 6/1965, Sp. 169-173. Abendroth merkt zu diesem Begriff an: „Ironischerweise ist dabei eine Parallele zum ‚Blocksystem‘ der ersten Entwicklungsphasen der ‚Volksdemokratie‘ entstanden: die Parteien bestehen fort, dürfen aber keine politischen Gegensätze mehr ausdrücken.“ A. a. O., Sp. 172.

Der Wahlkampf aller Bundestagsparteien – mit Ausnahme der PDS – findet statt im Zeichen der Bejahung der Kriegspolitik für „deutsche Interessen“ in aller Welt und im Zeichen der erklärten Absicht, mit neuen Projekten den Abbau des Sozialstaates fortzusetzen. Die Parteiengegensätze sind so minimal, daß selbst die Haarfarbe von Bundeskanzler Schröder bemüht werden muss, um Emotionen hervorzurufen. Neben Personalisierung und Inhaltsentleerung suchen die beiden großen Parteien Differenzen in zweit- und drittrangigen Fragen zu grundlegenden Differenzen aufzubauschen. Zugleich wird aber auch dieses Schattenboxen nicht mehr richtig ernst genommen. Daß die vor den Bundestagswahlen 1998 versprochene und danach ausgebliebene „Politische Wende nach Kohl“ nicht stattgefunden hat, beschäftigt das politische Denken. Nach einer Umfrage vom Januar 2002 dominiert unter den Befragten eindeutig die Meinung, daß die jetzige „rot-grüne“ Koalition „nichts gebracht“ habe. Im Unterschied zu den achtziger Jahren ist eine eindeutige Mehrheit der Auffassung, daß die beiden großen Parteigruppierungen sich zum Verwechseln ähnlich geworden seien. Der Prozentsatz derjenigen, für die die Unterschiede nicht mehr relevant sind, ist in den letzten 10 Jahren von 40 auf 70 Prozent gestiegen.[24]

Es war Wolfgang Abendroth, der als erster kritischer Wissenschaftler der Bundesrepublik aus marxistischer Sicht die qualitativen Wandlungen im bundesdeutschen Parteiensystem überzeugend analysierte und die politischen Konsequenzen dieser Wandlungen für die Demokratiefrage und die Verfassungswirklichkeit aufzeigte.

Das Parteiensystem, wie es sich zunächst nach 1945 in den Westzonen herausbildete, ähnelte zunächst noch in vieler Hinsicht dem der Weimarer Republik. Der Klassenantagonismus trat als Gegensatz zwischen den bürgerlichen Parteien CDU/CSU, FDP und DP sowie den Arbeiterparteien SPD und KPD in Erscheinung. Die SPD sprach vom „Sozialismus als Tagesaufgabe“. Im Parlamentarischen Rat kam es dann – nach dem Abschied der CDU von der Forderung der Vergesellschaftung entscheidender Teile des Monopolkapitals im Ahlener Programm von 1947 – zwischen den beiden Parteigruppierungen insofern zu einem verfassungsrechtlichen Klassenkompromiss, als das Grundgesetz in Artikel 15 GG[25] die Sozialisierung als Möglichkeit der einfachen Gesetzgebung festschrieb, sich für eine „wirtschaftspolitische Neutralität“ entschied und so die Frage „kapitalistische oder sozialistische Wirtschaftsordnung“ der weiteren gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung überließ.

Sicherlich war die KPD bereits nach 1945 im Verhältnis zur SPD gegenüber der Endphase der Weimarer Republik deutlich geschwächt (bei den Landtagswahlen vom Oktober 1946 bis Oktober 1947 hatte die SPD 35,8 Prozent und die KPD 9,5 Prozent der Stimmen bekommen).[26] Aber immerhin errang die KPD bei den Bundestagswahlen 1949 noch 5,7 Prozent der Stimmen und zog mit Fraktionsstärke in den Bundestag ein. Ab 1953, die KPD fiel mit 2,3 Prozent deutlich unter die Fünfprozent-Hürde, wurde dann immer deutlicher, daß das Parteiensystem der Bundesrepublik eine qualitativ eigenständige Entwicklung hin zur Systemkonformität nahm. Zu den hausgemachten Ursachen des Niedergangs der KPD gehörte auch die Illusion, daß nach

---

24 Emnid.

25 Indiz für die Schwäche der sozialistischen Positionen – trotz PDS, die sich Partei des Demokratischen *Sozialismus* nennt – ist das Schweigen zu den Vorstößen der FDP, den Art. 15 GG nicht nur für obsolet zu erklären, was früher schon geschehen ist, sondern ihn aus dem Grundgesetz zu streichen. (Drucksache 14/6962) Siehe Thomas Kuczynski: Ein bedeutungsloses Grundrecht? In: *Ossietzky*, 4. Jg., (2001), Nr. 25 vom 15. Dezember 2001, S. 879 ff. Die ersatzlose Streichung von Art. 27 aus der NRW-Landesverfassung, verabschiedet 1950, auf den Abendroth bei seiner historisch-genetischen Verfassungsinterpretation des Grundgesetzes so großen Wert legte, ist inzwischen von der Öffentlichkeit fast unbemerkt über die Bühne gegangen. Im Gegensatz zur Sozialisierungs*ermächtigung* des Art. 15 GG war hier ein Sozialisierungs*gebot nach Verabschiedung des Grundgesetzes mit CDU-Mehrheit normiert* worden.

26 Vgl. Autorenkollektiv: Das politische System der BRD, Berlin 1985, S. 348.

dem Beginn des Kalten Krieges der Klassenkampf suspendiert sei und der Kampf für Frieden und Demokratie davon getrennt werden könne.[27]

Die KPD wurde 1956 verboten.[28] Die SPD gab ihre oppositionelle Haltung nach und nach in allen wesentlichen Fragen der Innen- und Außenpolitik auf: „Waren im ersten Bundestag die Parteiengegensätze noch erheblich, so sind sie schon während der zweiten Legislaturperiode so eingeebnet worden, daß auch die große Oppositionsfraktion den Grundgesetzänderungen zugestimmt hat, die zur Durchführung der Wiederaufrüstung erforderlich waren. Die Grundlagen der Wirtschaftsgesellschaft der Bundesrepublik wurden in der zweiten und dritten Legislaturperiode tabuisiert und als Problem aus dem Parteienkampf eliminiert. Am Ende der Arbeitszeit des Dritten Bundestages verzichtete die Opposition auch noch auf ihre Alternativvorstellungen zur Außenpolitik und akzeptierte die vorher bekämpfte These des Blocks der Regierungsparteien, daß die Bundesrepublik sich für immer militärisch dem westlichen Bündnissystem angliedern müsse. [...] So beschränkte sich sachlich der Gegensatz zwischen den großen Parteien auf bloße Modifikation einer grundsätzlich gleichen Haltung und auf das Angebot verschiedener Personenkreise für Parlamentsmandate und Regierungsmannschaft, aber er verlor jeden prinzipiellen alternativen Charakter. [...] Dank der 5-Prozent-Klausel können die Parteiführungen jeden Opponenten aus dem gesamten politischen Leben ausschalten, wenn sie ihn in der Partei isolieren oder gar aus der Partei ausschließen.“[29]

Nach Wolfgang Abendroth war die „Einebnung des Parteiengegensatzes“ zur Bundestagswahl 1961 vollzogen: „Im Wahlkampf zum vierten Bundestag standen sich zum ersten Mal eindeutig nicht mehr politische Aktionsprogramme von Regierungsblock und Opposition gegenüber. Sie glichen sich vielmehr in allen wesentlichen Fragen wie ein Ei dem anderen.“[30]

Das innere Leben der Parteien und Verbände veränderte sich auch insofern gegenüber dem der Weimarer Republik, als damals eine Tagespresse existierte (die nach 1945 in den Westzonen nicht wieder entstand), die im Interesse der „sozialen Unterschichten“ wirkte und „ein Gegengewicht gegen die herrschenden Meinungen herrschender Klassen“ [31] repräsentierte. Die sich nach der Konstituierung der Bundesrepublik sehr schnell entwickelnde Abhängigkeit der bürgerlichen Parteien „von der Finanzierung durch die Wirtschaft“ bewirkte, „daß die Parteien (soweit sie nicht über einen großen eigenen und mindestens teilweise aktivierbaren Mitgliederstamm verfügen) dazu neigen, ihre Willensbildung der Wirtschaft und ihren Verbänden *zu*

---

27 Siehe F.-M. Balzer: Vom Pfarrer zum Arbeiterführer. Erwin Eckert 75 Jahre. In: *Die Andere Zeitung* Nr. 24 vom 13. Juni 1968, S. 4.

28 Zur Funktion und Kritik des KPD-Verbotsurteils siehe W. Abendroth: Zum Verbot der KPD. In: *Sozialistische Politik*, 1956, Nr. 9, S. 4 ff. Vgl. auch den Aufsatz W. Abendroth: Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts. Ein Beitrag zum Problem der richterlichen Interpretation von Rechtsgrundsätzen der Verfassung im demokratischen Staat. In: *Zeitschrift für Politik*, 1956, H. 4, S. 305-327. W. Abendroth: Einige Bemerkungen zur Analyse der politischen Funktion des KPD-Verbots. In: W. Abendroth/H. Ridder/Otto Schönfeldt (Hrsg.): KPD-Verbot oder: Mit Kommunisten leben? Reinbek bei Hamburg 1968, S. 27-29.

29 W. Abendroth: Das Parteiensystem der Bundesrepublik als verhülltes Blocksystem, a. a. O. Bleibt anzumerken, daß es sich bei der interessengeleiteten Umformung des Grundgesetzes seit seinem Inkrafttreten am 24. Mai 1949 um ein Problem der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie und ihres drohenden Übergangs in eine zunehmend dezisionistische Organisation der antagonistischen Gesellschaft handelt. Vgl. W. Abendroth: Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme, Pfullingen 1966. Vgl. auch P. Römer: Im Namen des Grundgesetzes, Hamburg 1989. Gegenwärtig wäre von der Schwächung der ohnehin gegenüber der Exekutive schwachen Position von Bundestag und Bundesrat im Falle der Finanzierung von Rüstungsgütern und dem Zuwanderungsgesetz zu reden.

30 W. Abendroth: Die akklamierte Stagnation. Zur Bundestagswahl vom 19. September 1965. In: *Stimme der Gemeinde*, 20/1965, Sp. 630.

31 W. Abendroth: Die soziale Struktur der Bundesrepublik und ihre politischen Entwicklungstendenzen, a. a. O., S. 45.

unterwerfen. Damit aber wird notwendig ihre Funktion zerstört, die politische Willensbildung ihrer eigenen Mitglieder zu repräsentieren und in die Willensbildung der Organe des Staates zu transformieren".[32] All dies stand in Wechselwirkung mit dem Bürokratieproblem, mit „Gesetzmäßigkeiten", „die bei jeder Institutionalisierung von großen Verbänden oligarchische Tendenzen notwendig erzeugen".[33] Bereits hinsichtlich der Entwicklung der Sozialdemokratie Ende des 19. Jahrhunderts kam Abendroth zu dem Ergebnis: „Die hauptamtlichen Träger des Apparates einer Institution neigen stets dazu, deren ungestörte Existenz über ihren ursprünglichen Sinn zu stellen."[34] Die oligarchischen Tendenzen konnten sich, so schätzte Abendroth 1963 ein, „in der einen Partei rascher, in der anderen weniger rasch, aber im Ergebnis bei allen durchspielen."[35]

Gefördert wurde dies nicht zuletzt durch Veränderungen im Verhältnis von Partei- und Fraktionsführungen zu ihren jeweiligen Mitgliedern: Unter anderem führte die interfraktionelle Zusammenarbeit in den Ausschüssen zu einer Mentalität, „die das praktische Zusammenwirken am (an sich erforderlichen) Kompromiss, der erzielt werden muss, absolut setzt, und also zur Verwischung des für die parlamentarische Demokratie nun einmal konstitutiven *Parteienantagonismus* beiträgt."[36]

Die Transformation des bundesrepublikanischen Parteiensystems habe sich gegen den verfassungsrechtlichen Auftrag vollzogen, nach dem Parteien „die aktivsten Teile des Volkes organisieren, um die *alternativen* Möglichkeiten politischer Lösungen zu entwickeln, über die dann die Wähler entscheiden können."[37] Die Ablösung des „Gegensatzes" durch die „Gemeinsamkeit" der Parteien würde dazu führen, „den Sinn des demokratischen politischen Systems auf(zu)lösen und die Konstruktionsgrundlagen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes (zu) zerstören, denn sie nimmt Parteibürgern wie Wählern die Entscheidungsmöglichkeiten und damit die Chance echter politischer Einflussmöglichkeit."[38] Real habe sich ein „Verzicht auf inhaltliche Aussagen und konkrete Vorstellungen der politischen Parteien"[39] vollzogen – und zwar „durch die Zurückdrängung des demokratischen Moments in ihrer Willensbildung". „Die damit verbundene Entpolitisierung der Wähler und Parteibürger verstärkt andererseits die Entdemokratisierung der Gesellschaft. Wird nämlich die politische Auseinandersetzung zwischen den Parteien nicht mehr um wichtige *inhaltliche* Fragen, sondern nur noch um die *Auswahl von Führungskadern* geführt, so ist die notwendige Folge, daß sich die qualitativ besseren und politisch interessierten Teile des Volkes für diese Auseinandersetzung nicht mehr so stark engagieren, daß sie noch bereit wären, ihre Zeit für die Tätigkeit in einer Partei zu opfern."[40] Die bereits in der Vergangenheit vorhandene „bloße Konsumentenreaktion", die sich auf die Akklamation „auswechselbarer, mehr oder minder demagogischer ‚Führer'" beschränkt, werde von den Parteien nicht mehr zurückgedrängt. „Jetzt wird es ihr Hauptzweck, sie auszunutzen und auch zu verstärken. Die notwendige weitere Folge dieser ‚Entideologisierung', die in Wirklichkeit die monopolistische Beherrschung der Gesellschaft durch die jede Gesellschaftskritik negierende Ideologie der Ideologielosigkeit zum Inhalt hat,

---

32 W. Abendroth: Das Problem der innerparteilichen und innerverbandlichen Demokratie in der Bundesrepublik (zuerst erschienen 1964). Zit. nach: Antagonistische Gesellschaft, a. a. O., S. 289 f.

33 Ebenda, S. 312.

34 W. Abendroth: August Bebel, der Volkstribun in der Aufstiegsperiode der deutschen Arbeiterbewegung. (Zuerst erschienen 1963) Zit. nach: Antagonistische Gesellschaft, a. a. O. S. 401.

35 W. Abendroth: Die soziale Struktur der Bundesrepublik und ihre politischen Entwicklungstendenzen, a. a. O. S. 45.

36 W. Abendroth: Das Problem der innerparteilichen und innerverbandlichen Demokratie in der Bundesrepublik. In: Antagonistische Gesellschaft, a. a. O. S. 310.

37 Ebenda, S. 284.

38 Ebenda.

39 Ebenda.

40 Ebenda, S. 306.

ist deshalb die Umwandlung der Wahlkämpfe in eine Konkurrenz von Werbetechnikern, die unter Verwendung aller modernen Informationsmittel (und gleichzeitig Manipulationsmittel) in Anpassung an das niedrigst-mögliche, geistige und politische Niveau des Wählers die Wortführer der Parteien als Stars aufbauen.“[41]

Bis heute hält in der Linken die Auseinandersetzung darüber an, ob und inwieweit die durch eine Reihe von soziologisch und machtpolitisch bedeutsamen Zwängen bedingte Entwicklung der parlamentarisch wirksamen Parteien zur Austauschbarkeit, zur „grundsätzlich gleichen Haltung“ in der Innen- und Außenpolitik unaufhaltsam und irreversibel ist. Mittlerweile – seit dem Tod von Wolfgang Abendroth – liegt die Erfahrung mit den Grünen bzw. Bündnisgrünen vor. Diesen gelang 1983, als Sprachrohr der außerparlamentarischen Bewegung und als radikale Opposition gegen die Politik der etablierten Parteien, mit 5,6 Prozent der Zweitstimmen der Einzug in den Bundestag. Im Bundestagswahlkampf 2002, mittlerweile seit 1998 Juniorpartner der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung unter Gerhard Schröder, stehen sie für nahezu alle politischen Inhalte – soziale Demontage, Law-and-Order, Einschränkung des Asylrechts, Militarisierung der Außenpolitik –, gegen die sie einst angetreten sind. Die Situation in der PDS, worauf noch näher eingegangen werden soll, ist ambivalent.

Die Parteiengeschichte der Bundesrepublik hat somit in zweierlei Hinsicht Wolfgang Abendroth Recht gegeben. *Zum einen* hatte er Recht in der Auseinandersetzung mit jenen, die in den sechziger Jahren erklärten, angesichts der „Problemlosigkeit der Situation“, des Fehlens ernstlicher sozialer Konflikte in der spätkapitalistischen Massengesellschaft, sei das Verschwinden und das Fehlen einer echten Alternative im Parlament eben unvermeidlich. Tatsächlich waren die Konflikte so intensiv, daß immerhin zweimal (hinsichtlich der Grünen und der PDS) alle Mechanismen der Abschottung des Bundestages gegen Parteien mit „alternativen Charakter“ versagten. *Zum anderen* wirkten aber auch alsbald bei diesen zwei Parteien die von Abendroth genannten Faktoren – das bürokratische Eigeninteresse der Parteiführungen, die parlamentarischen Zwänge, die Hinwendung zur politischen Reklame in den Wahlkämpfen usw. – in Richtung Anpassung und unterstrichen die enorme Integrationskraft des Parteien- und Parlamentssystems gegenüber systemoppositionellen Parteien. Dies ins Bewusstsein der Wähler zu rücken und intensiver darüber zu diskutieren, wie dem wirksam entgegengewirkt werden kann, sollte im diesjährigen Wahlkampf ein wichtiges Thema der Linken sein.

Modifizierte Widersprüchlichkeit der SPD

Das „Verschwinden des Parteiengegensatzes“ bereits nach 12 Jahren Bundesrepublik ist untrennbar mit der Transformation der SPD von einer nach ihrer Programmatik reformsozialistischen Arbeiterpartei zur „Partei des Volkes“[42] verbunden: „aus einer Partei, die von einer aktiven Massenmitgliedschaft und der sie repräsentierenden Schicht von ‚Vertrauensleuten‘ getragen war, in eine Partei der beförderungswilligen Anwärter von Positionen der Kommunal- und Länderbürokratie.“[43]

In einem Maße – wie kaum jemals zuvor in einem Bundestagswahlkampf – tritt die SPD-Führung 2002 mit einem Wahlkonzept an, das von dem der CDU/CSU inhaltlich prinzipiell kaum unterscheidbar ist. Sie setzt auf die Glorifizierung von Gerhard Schröder als dem besseren Kanzlerkandidaten, aber sie bemüht sich auch seit Mai 2002, den Wählern einzureden, es gehe um eine Richtungsentscheidung zwischen „Vergangenheit und Zukunft“. Nicht zu übersehen ist allerdings auch, daß maßgebende Kreise des Großkapitals einen Wechsel zu einer

---

41 Ebenda, S. 306 f.

42 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg 1959, in: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, hrsg. u. eingeleitet von Dieter Dove und Kurt Klotzbach, Bonn 1990, S. 369.

43 W. Abendroth: Wie krank ist die SPD? (Leserbrief). In: *Die Zeit* vom 18. Juni 1962, S. 9.

CDU/CSU-geführten Bundesregierung wollen, um die „neoliberale“ Politik der sozialen Demontage zu forcieren. Abendroths Analysen zur Transformation der Sozialdemokratie zeichnen sich dadurch aus, daß er deren Ursachen und Phasen präzise benennt, sie damit erklärbar macht, aber auch beständig die Aufmerksamkeit auf die Widersprüchlichkeit in der Politik der SPD lenkt. Seine Erkenntnisse kennzeichnen aber auch Vorstellungen, daß die nach Kohl ausgebliebene politische Wende – womöglich bei einem Eintritt von PDS-Ministern in das Kabinett Schröder – doch noch in Gang gesetzt werden könne, als das, was sie sind: als naive Illusionen.

Anlässlich der Bundestagswahl 1957 gab es Überlegungen in der Marburger SPD, Wolfgang Abendroth auf einen sicheren Platz auf der SPD-Landesliste in Hessen zu setzen. Nach seinen eigenen Angaben lehnte er ab, weil er dann seine „Arbeit an der Universität hätte aufgeben müssen.“ Man entschied sich daraufhin für Gerhard Jahn, den späteren Bundesjustizminister, „eine Entscheidung, die sich leider als Irrtum erwies, weil Jahn seine anfänglich ‚linke‘ Haltung sehr rasch aufgab und sich anpasste“.[44] Es hat sicherlich seinen Reiz, über eine parlamentarische Tätigkeit von Wolfgang Abendroth im Bundestag in der Zeit des Kalten Krieges, der Zustimmung der SPD zur NATO und überhaupt nachlassender kritischer Opposition der SPD-Führung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen nachzusinnen. Ein Gewinn für sozialistische Parlamentsarbeit wäre ein MdB Abendroth mit Sicherheit gewesen. Für sein Zögern gab es aber wohl noch andere Gründe als die Bedeutung, die er seiner Lehrtätigkeit beimaß.

Auch mildere Formen des parlamentarischen Kretinismus im täglichen politischen Geschäft sozialdemokratischer Berufspolitiker – wie die Zurückstellung von Kritik und die Aufgabe von Grundsätzen im Tausch gegen vermeintliche tagespolitische Vorteile – waren seine Sache nicht. Sein Zögern, in den Bundestag zu gehen, mag auch darauf zurückzuführen sein, daß er das Credo seines Großvaters „Du darfst nicht *von* der Bewegung, Du musst *für* die Bewegung leben“,[45] tief verinnerlicht hatte. Eine betont gefühlsmäßige Bindung an die Arbeiterbewegung ging mit der Ablehnung des Gedankens einher, „selbst zur Spitze gehören zu wollen.“[46]

Bei den Bundestagswahlen 1957 waren zudem aus der Sicht von Wolfgang Abendroth die Dinge in der SPD bereits entschieden. „Nach der Wahlniederlage des Jahres 1953 verzichtete die SPD mehr und mehr darauf, auch nur Reste eines Klassenstandpunktes aktiv zu vertreten, geschweige denn, systematisch und durchdacht neues Klassenbewusstsein zu bilden“,[47] äußerte er in seinen Gesprächen für das Buch „Ein Leben in der Arbeiterbewegung“.

In seiner 1963 zuerst erschienenen Monographie „Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie“ ging Wolfgang Abendroth im Einzelnen den Ursachen und Etappen der Transformation der SPD nach. Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts sei mit der Entstehung einer „breite(n) Schicht von Berufspolitikern und Parteiangestellten“ eine entscheidende Weichenstellung in diesem Prozess erfolgt: „Damit rückte die Gesamtproblematik der *bürokratischen Institutionalisierung* und ihrer Folgen in den Vordergrund: Die *oligarchischen Tendenzen* gegenüber der Parteiendemokratie, wie sie zuerst *Robert Michels* beschrieben, wenn auch nicht realsoziologisch analysiert hat, wurden ständig stärker. Nun war der *reale Träger der Integrationsideologie* geboren, eine neue Sozialschicht, die aus der Bürokratie der Partei (einschließlich ihrer parlamentarischen Repräsentanten) und der Arbeiterverbände (vor allem der Gewerkschaften und Genossenschaften) bestand. Sie war an der verwaltungsmäßigen Fortführung der Partei in der gegebenen Existenzweise interessiert und dachte konservativ im Rahmen dieser Aufgabe, ohne über ihre eigene Situation in der Gegenwart hinausdenken zu wollen und zu können.“[48]

---

44 W. Abendroth: Ein Leben in der Arbeiterbewegung, a. a. O. S. 220.
45 Ebenda, S. 14.
46 Ebenda, S. 12.
47 Ebenda, S. 245.
48 W. Abendroth: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, in: F.-M. Balzer (Hrsg.), Wolfgang

Zum Weg der SPD in der Bundesrepublik von der „Kritik zur Anpassung“, wenige Jahre nach ihrer Konstituierung, merkte Abendroth an: „Nachdem die Wahlen von 1953 nur einen bescheidenen Aufschwung gegenüber 1949 erbracht hatten, verlor die Parteiführung die Geduld und lief den Massenstimmungen des Wirtschaftswunders nach, statt sie als Operationsgrundlage zu betrachten und zu gestalten. Der Volkstribun Kurt Schumacher mit seiner Tradition des Widerstandskampfes war am 20. August 1952 gestorben, aber der Dortmunder Parteitag hatte noch in seinem Schatten gestanden. Das *Berliner Aktionsprogramm von 1954* begann dagegen schon, sich nicht mehr als ein Schritt im Prozess der Willensbildung, sondern als Begrenzung der Zielsetzung zu empfinden. Nach der nächsten Enttäuschung in den Bundestagswahlen 1957, die zwar einen weiteren Aufstieg, aber nicht den erhofften (jedoch damals völlig unmöglichen) Wahlsieg gebracht hatten, folgte auf dem *Godesberger Parteitag von 1959* die Formulierung eines Programms, das nun (für das Bewusstsein der Majorität der Parteiführung endgültig) sowohl die alten *sozialistischen Zielvorstellungen* als auch die *Methode der bewussten Entwicklung des Klassenbewusstseins* der Arbeitnehmer gegen das oligopolistische Kapital zu den Akten legte.“[49]

Fünfzehn Jahre später, in der vierten Auflage seines Buches zur Sozialdemokratie, skizzierte Abendroth die weitere Entwicklung der SPD von der „Anpassungs-‚Opposition‘ zur Regierungspartei“. Da sich die CDU/CSU täglich „als deutlicher Sachwalter der Unternehmer- und Monopolinteressen in jeder gewerkschaftlichen Auseinandersetzung“ entlarvte, verlor sie „ständig an Einfluss auf die ihr früher hörigen katholischen Arbeiter, auch auf weibliche Arbeitnehmer und bald sogar auf Angestellte und untere und mittlere Beamte.“ So nahmen die Stimmenzahlen der SPD von Wahl zu Wahl zu. „Die Parteiführung der Sozialdemokratie wertete diese Wahlerfolge als Bestätigung ihres Kurses des totalen Verzichts auf Erziehung zu Klassenbewusstsein und auf sozialistische Richtziele.“ Sie teilte immer deutlicher „die Überzeugung der bürgerlichen Sozialwissenschaft“, die „soziale Marktwirtschaft“ sei, kombiniert mit auf gewerkschaftlichen Druck hin gewährte Konzessionen (also durch den Staat vermittelte) und lohnpolitische Konzessionen in der Lage, „die Vollbeschäftigung, ewig krisenfrei (zu) erhalten oder doch im Falle leichter Schwankungen ohne Schwierigkeiten ‚keynesianisch‘ leicht (zu) balancieren.“[50] Einziges Ziel der Politik der SPD-Führung sei es gewesen, „durch diese Anpassung an die herrschenden Vorstellungen in der Gesellschaft (die den Ideologien der herrschenden Klassen, der Monopolbourgeoisie entsprachen) die ‚Regierungs- und Koalitionsfähigkeit‘ zu erwerben“.[51]

Mit der „Großen Koalition“, deren Bedeutung für den Wandel der SPD Abendroth in verschiedenen Schriften untersuchte, wurde dies dann 1967 erreicht: „Die SPD wurde nun als Hilfsmittel herangeholt, um die alten Kräfteverhältnisse zu stabilisieren und die Lösung [...] der Rezessionsschwierigkeiten [...] zu garantieren.“[52]

Zur Rolle der SPD und der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung Ende der siebziger Jahre schrieb Abendroth: „Die gegenwärtige SPD vertritt objektiv die Interessen des relativ rationalsten Flügels des deutschen Monopolkapitals, wie sich am deutlichsten an der Politik der von Helmut Schmidt geleiteten Kabinette der BRD nachweisen lässt; aber sie vermittelt – auch indem sie gleichzeitig die aggressivsten Teile des Monopolkapitals, deren Partei die CDU/CSU ist, für einige Zeit von der Macht fernhält – der arbeitenden Bevölkerung der BRD, aber auch

---

Abendroth für Einsteiger und Fortgeschrittene, Bonn 2006, CD-ROM, 2. durchgesehene und erweiterte Auflage, S. 42. Die CD enthält auch die erste Werkbibliographie der gesammelten Schriften von Wolfgang Abendroth (über 1000 Titel).

49 Ebenda, S. 79 f.

50 Ebenda, S. 85.

51 Ebenda, S. 85 f.

52 W. Abendroth: Sozialistisches Zentrum – notwendige politische Gegenmacht. In: *Sozialistische Hefte*, H. 3/ 1968, S. 160.

den demokratischen Bewegungen der anderen monopolkapitalistischen Staaten, systematisch die Illusion, sie brauche sich politisch und gewerkschaftlich nicht selbst zu aktivieren, weil ihre Interessen durch die SPD schon wahrgenommen würden, so daß sie sich ruhig der Regierungspolitik der BRD gegenüber als bloßer Konsument verhalten könne.“[53]

Gegenüber der Rolle der SPD in der Weimarer Republik sah Abendroth Veränderungen, aber auch Kontinuität: „Sie blieb durchaus eine teils Mitglieder-, teils Wähler-Partei der abhängigen Arbeiter und ist es objektiv – obwohl sie sogar das seit dem Godesberger Programm von 1959 ableugnet – noch immer; wäre sie es nicht mehr, könnte sie auch keine größeren Wahlerfolge mehr haben. Aber sie ist dabei nur reformistische Partei innerhalb der monopolkapitalistischen Gesellschaft.“[54]

Das Verdienst von Wolfgang Abendroth ist es, daß er von diesem Widerspruch ausgehend eine taugliche Einschätzung vorgelegt hat, wie ungeachtet der Rolle der SPD-Führung als „Komplize des Klassengegners“[55] es immer wieder zu einem – oft schroffen – Hin und Her in der Politik und Programmatik der SPD kommt. Seine Erklärung, die zugleich auch ein prognostisches Moment enthält, basiert darauf, daß „reformistische Klassenparteien“ wie die SPD „stets nebeneinander zwei in sich widerspruchsvolle, aber personell wie programmatisch in stetem Übergang zueinander befindliche Tendenzen entwickeln. Reformistisches Denken kann einerseits eine (auf sozialistische Umgestaltung als fernes Ziel gerichtete) Frühform der Entwicklung von eigenem Klassenbewusstsein abhängig Arbeitender sein, das sich im Gegensatz zum Monopolkapitalismus weiß und gegen ihn richtet; dann handelt es sich um sozialistischen Reformismus. Aber es kann andererseits die Denkschemata der herrschenden Klasse kritiklos übernehmen, lediglich gelegentliche Konzessionen materieller Art für sich erhoffen (ohne sie erkämpfen zu wollen), also Klassenbewusstsein nicht verbreiten, sondern auflösen wollen; dann handelt es sich um internationalistischen Reformismus.“[56]

In der Weimarer Republik schwankte die SPD „ständig zwischen diesen beiden Möglichkeiten“. In der „internationalistisch geführten Partei“ entstand eine „(in bestimmten Situationen sehr breite) sozialistisch-reformistische Opposition“, der häufig sehr große politische Konzessionen gemacht werden mussten. Wandlungen der SPD nach links konnten sich „jeweils nur dann durchsetzen [...], wenn entweder durch spontane Massenaktionen (wie 1918) oder durch eine systematische und kluge Strategie der Kommunisten (meist durch Einheitsfront-Angebote zugunsten konkreter Forderungen wie 1920, 1923 und 1926) der sozialistisch-reformistischen Opposition gegen die internationalistisch-reformistische Leitung der Sozialdemokratie Rückhalt gewährt wurde.“[57]

Die Entfaltung des „Widerspruchs zwischen sozialistischem und internationalistischem Reformismus“, so schätzte Abendroth 1979 ein, hat sich gegenüber der Weimarer Republik in der Bundesrepublik „im Grunde lediglich mit mehreren neuen Modifikationen wiederholt und zur gegenwärtigen Konstellation übergeleitet.“[58]

---

53 W. Abendroth: Die Europa-Wahlen und das Problem der gegenwärtigen innenpolitischen und weltpolitischen Funktionen der westdeutschen Sozialdemokratie. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 4/1979, S. 412.

54 Ebenda, S. 406.

55 W. Abendroth: Über die Notwendigkeit sozialistischer Opposition. In: *Informationen der sozialistischen Opposition*, in: *Extra*, 1/1967, S. 6.

56 W. Abendroth: Die Europa-Wahlen und das Problem der gegenwärtigen innenpolitischen und weltpolitischen Funktionen der westdeutschen Sozialdemokratie, a. a. O., S. 407.

57 Ebenda, S. 408.

58 Ebenda. Bereits zwei Jahre vorher hatte Abendroth geschrieben: „Innerhalb der Sozialdemokratie entstehen immer wieder oppositionelle Strömungen gegen eine Politik ihrer Führung, die sich mehr oder weniger bewusst in die Interessenlage des realistischen Flügels der Monopolbourgeoisie einordnet. [...]

Hinsichtlich der „Modifikationen“ dieses Widerspruchs gegenüber der Weimarer Republik wies Abendroth vor allem auf drei Faktoren hin: Auf das Fehlen einer starken kommunistischen Partei, auf die Verlagerung „im inneren Willensbildungsprozess“ in den sechziger Jahren von den Industriearbeitern hin zu „Angehörigen des ‚öffentlichen Dienstes‘ und der ‚Mittelschichten‘“ und auf die Veränderung des Verhältnisses der großen Industriegewerkschaften zur SPD (nicht mehr „auf ihrem rechten Flügel“, sondern „links von der SPD“) hin.[59]

Die Sicht Abendroths auf die Widersprüche in der SPD, weiterentwickelt gerade auch von einigen seiner Schüler,[60] erklärt die wechselvolle Geschichte der SPD seit den sechziger Jahren: Die Wiederaufnahme marxistischer Denkansätze auf dem Nürnberger Parteitag 1968 unter dem Einfluss der radikalen Gesellschaftskritik unter der studentischen Jugend und bei Teilen der Jungintelligenz; die progressive Reformphase unter der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung bis 1972 und die Mobilisierung des Großkapitals gegen diese Regierung im Bundestagswahlkampf 1972; den Linksruck auf den Kölner Parteitag 1978, als unter dem Einfluss eines zunehmenden Klassenbewusstseins in der Arbeiterbewegung zentrale gewerkschaftliche Forderungen in das Europawahlprogramm der SPD aufgenommen wurden und auch die Aufnahme marxistischer Forderungen wie z. B. die der „Überwindung der Klassengesellschaft“, 30 Jahre nach „Bad-Godesberg“, in das Berliner Grundsatzprogramm.

Bereits die ersten Monate der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung unter Gerhard Schröder machten deutlich, daß die Interessen und die Stimmung der abhängig Beschäftigten immer noch, wenn auch abgeschwächt, auf die SPD-Politik einwirken. Der politische Kurs dieser Regierung ab März 1999 offenbarte jedoch die Tatsache, daß die dominierende integrationalistische Richtung in der SPD entschieden gestärkt und neoliberal ausgerichtet worden ist.

Die Regierung Schröder war auch das Resultat einer breiten Proteststimmung gegen die antisoziale Politik unter Helmut Kohl. Sie stand demzufolge auch zunächst unter einem entsprechenden gesellschaftlichen wie auch parteiinternen Erwartungsdruck. Georg Kronawitter, ehemals SPD-Oberbürgermeister von München, fasste dies in einem Brief an Gerhard Schröder in die Worte: „Wir müssen den Mumm haben, den Superreichen den Satz entgegenzuschleudern: Jetzt seid ihr dran.“[61] Teile der SPD-Führung um Oskar Lafontaine wollten augenscheinlich – durchaus im Rahmen eines internationalistischen Reformismus – eine Art Neuauflage einer progressiven Reformpolitik unter Willy Brandt Anfang der siebziger Jahre. Konkrete Maßnahmen wie die Rücknahme der Kürzungen von Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall und der Verschlechterungen im Kündigungsschutz 1998/99 konnten als Beginn einer tatsächlichen „politischen Wende“ gewertet werden.

Mit dem Abgang von Lafontaine und dem Diktum von Schröder, in Deutschland könne man nicht „gegen die Wirtschaft regieren“, erwies sich dies endgültig als Illusion. Schröder setzte eine „Große Steuerreform“ – Senkung des Spitzensteuersatzes, Abschaffung der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen bei Kapitalbeteiligungen, Fortschreibung der Steuerfreiheit für

---

Belastungen des industriellen Proletariats (wirken) schon deshalb auf die SPD zurück, weil sie auf dessen Stimmen angewiesen ist. So werden in der Partei immer wieder oppositionelle Regungen entstehen, die an ihre Tradition als Partei des proletarischen Klassenbewusstseins anknüpfen, wenn der Widerspruch zwischen den aktuellen Tagesinteressen der abhängig Arbeitenden und der Politik der Führung der SPD allzu groß wird.“ Die Entwicklung der Bundesrepublik und die Perspektive der Linken. In: *Das Argument*, Juli/August 1977, S. 474 f.

59 Vgl. W. Abendroth: Die Europa-Wahlen und das Problem der gegenwärtigen innenpolitischen und weltpolitischen Funktionen der westdeutschen Sozialdemokratie, a. a. O., S. 410.

60 Vgl. G. Fülberth/J. Harrer: Die deutsche Sozialdemokratie 1890-1933, Darmstadt 1974; J. von Freyberg u. a.: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Köln 1975; F. Deppe u. a.: Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977. Vierte aktualisierte und neu bearbeitete Auflage 1989.

61 Zit. nach. H. Prantl: Rot – Grün. Eine erste Bilanz, Hamburg 1999, S. 149.

Vermögen – zugunsten der großen Unternehmen durch, die unter einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung kaum durchsetzbar gewesen wäre. Er reduzierte das Wachstum der monetären Sozialhilfe und erhöhte die indirekten Steuern. Im April 1999 waren es ausgerechnet ein sozialdemokratischer Bundeskanzler und ein sozialdemokratischer Verteidigungsminister, die mit dem Prinzip brachen „Von Deutschland darf nie wieder ein Krieg ausgehen“ und den Befehl gaben, zusammen mit den USA und anderen NATO-Staaten einen Aggressionskrieg gegen Jugoslawien zu führen.

Ganz offenkundig haben sich Veränderungen hinsichtlich des „integrationalistischen Reformismus“ der SPD-Führung vollzogen, die die Widersprüchlichkeit der Sozialdemokratie modifizieren und die demokratische Funktionsweise des Parteien- und Wahlsystems weiter abschwächen.

Der Hintergrund für diese Veränderungen ist eine veränderte Gangart des Kapitalismus, insbesondere die Forcierung der imperialistischen Globalisierung sowie eine rapide Verschlechterung des politischen Kräfteverhältnisses. Bereits 1979 sprach Wolfgang Abendroth von „einer Restaurationsperiode“.[62] Heute, nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus in der DDR und als Weltsystem sowie im Zeichen der anhaltenden Schwäche der Gewerkschaften und der außerparlamentarischen Bewegungen deutet vieles auf den Beginn einer Epoche eines zunehmend entfesselten Kapitalismus mit geradezu objektiv gegenrevolutionärem Charakter hin. Wie fast alle sozialdemokratisch geführten Regierungen Europas hat sich auch die der Bundesrepublik als Vollzugsorgan der in dieser Epoche von den maßgebenden Kreisen des Finanzkapitals favorisierten Politik des Neoliberalismus und der weltweiten Kriegsführung erwiesen. Bestandteil dieser Politik ist die Aushöhlung und die zunehmende Gefährdung des Sozialstaates und der politischen Demokratie.[63]

Generell ist der Spielraum für eine linke Politik, für soziale Konzessionen bzw. soziale Reformen, als dem Arbeitnehmerbewusstsein nächstliegendes Mittel zur Politisierung, enger geworden. Der „tagtägliche Kleinkrieg mit dem Klassengegner“[64] erfordert mehr denn je ein höheres Bewusstsein, eine größere Entschlossenheit und Organisiertheit. Doch real ist das „Gewicht der breitesten demokratischen Massenverbände“ gegenüber dem „undemokratische(n) Druck des Finanzkapitals auf Staat, bürgerliche Parteien und Verwaltung“[65] heute eindeutig geringer. Der Reformbegriff selbst wurde inhaltlich entleert und beinhaltet kaum noch soziale und politische Verbesserungen prinzipieller Art; er wurde zu einem Synonym für Verschlechterungen im Zeichen „neoliberaler Modernisierung“.[66] Der integrationalistische Reformismus ist dem Rechtsruck in der Politik der Herrschenden gefolgt[67]. Sein Leitbild ist nicht mehr das auf einem Kräftegleichgewicht beruhende Zugeständnis der „sozialen Markwirtschaft“, sondern vor allem eine

---

62 W. Abendroth: Nach 10 Jahren eine Bilanz. In: *Deutsche Volkszeitung* vom 20.12.1979, S. 5.

63 Siehe Till Müller-Heidelberg u. a. (Hrsg.): Grundrechte-Report 2002. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland, rororo-Taschenbuch, Reinbek bei Hamburg 2002.

64 W. Abendroth: Zum Kampf um reale Demokratie. In: Friedrich Engels – Denker und Revolutionär, Materialien der internationalen theoretischen Konferenz zum 150. Geburtstag von Friedrich Engels, veranstaltet von der Deutschen Kommunistischen Partei am 28. und 29. November 1970 in Wuppertal, Frankfurt/Main 1971, S. 106 f.

65 Alternativentwurf von Wolfgang Abendroth zum Godesberger Programm der SPD, a. a. O., S. 27.

66 Zur Kritik des Begriffs „neoliberal“ siehe Hans Heinz Holz: Neoliberalismus – Falschmünzerei im Begriff. In: *Topos. Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie*, Bielefeld 1997, S. 77 ff.

67 Vgl. W. Abendroth: Die Europa-Wahlen und das Problem der gegenwärtigen innenpolitischen und weltpolitischen Funktion der westdeutschen Sozialdemokratie, a. a. O., S. 415. Hier heißt es: „Integrationistischer Revisionismus steht immer auf dem Boden der Auffassungen des Klassengegners der abhängig arbeitenden Klasse, also heute des Monopolkapitals, und versucht die abhängig arbeitende Klasse daran zu hindern, ihre Klasseninteressen zu erkennen, (obwohl er ihr in günstigen Konjunkturperioden kleine materielle Konzessionen zu machen bereit ist). Er ist und bleibt also Instrument der herrschenden Klasse gegen die beherrschte (bei in der Führung variierendem – häufig keineswegs vorhandenem – Bewusstseinsgrad über diese seine eigne Funktion und Rolle).“

fatalistische Marktgläubigkeit, die Individualisierung der sozialen Probleme und eine Ideologie, die soziale Demontage als „Modernisierung“ ausgibt.

Die sozialdemokratische Regierungspolitik erwies sich zumindest in entscheidenden Punkten als „effizientere Umsetzung des neoliberalen Rekonstruierungsprogramms“,[68] garniert mit wenigen sozialen Verbesserungen. Die Losung „Stoppt Stoiber“ bzw. ein Schönreden des „kleineren Übels“[69] als Wahlempfehlung für die Linke sind keine tauglichen Reaktionen auf die Situation. Der Wahlkampf 2002 gewinnt offenbar für die Linke nur dann einen Sinn, wenn sie die Kraft aufbringt, mit einer eigenständigen außerparlamentarischen Kampagne in die Wahlen einzugreifen. Ein Dilemma besteht darin, daß auch die PDS dem nur völlig unzureichend gerecht wird und ebenfalls einen solchen Druck braucht.

Die PDS und das Problem einer marxistischen Massenpartei

Die marxistische Linke ist auch insofern im Wahljahr 2002 mit einer komplizierten Situation konfrontiert, als die Wahlalternative von links in Gestalt der PDS an Kontur und Sympathie der Arbeitnehmer verloren hat. Die DKP, die gegenüber den siebziger Jahren allenfalls noch über zwanzig Prozent ihrer damaligen Mitglieder verfügt, tritt als bundesweite Wahlpartei gar nicht erst an. Die PDS hat vor allem infolge ihrer Beteiligung am Sozialabbau in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Sachsen-Anhalt an Glaubwürdigkeit verloren. Sie gerät damit in eine gefährliche Nähe zur Fünfprozentsperre. Chancen, diese erneut zu durchbrechen, hat sie nur dann, wenn sie die zunehmende Agonie der „urlinke(n) Themen“ in ihrer Politik beendet[70], aber gerade daran mangelt es. Zwar geht sie mit ihrem Wahlprogramm betont als „Linke Kraft“, als „Friedens- und Antikriegspartei“, als „oppositionelle Partei gegenüber der jetzigen Regierungspolitik und deren allzu ähnlichen konservativen Alternativen“ in den Bundestagswahlkampf[71], zugleich sucht sie sich aber in den ostdeutschen Bundesländern als tatsächliche Regierungspartei oder als Regierungspartei im Wartestand mit den bestehenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen zu arrangieren. Die PDS-Führung verzichtet im Bundestagswahlkampf auf eine prinzipielle antikapitalistische Kritik, wodurch auch die programmatische Anti-Kriegsposition der PDS Gefahr läuft, ihre innere Festigkeit zu verlieren.[72] In der Friedensfrage hat die PDS auf ihrem Wahlparteitag in Rostock jede „Beteiligung an Kriegspolitik“ abgelehnt, wenig später aber in ihrer Programmkommission erneut mit der Formel von der „Einzelfallprüfung“

---

68 Siehe die Darstellung von H.-D. Steffen in: *junge Welt* vom 04.10.1997.

69 Mit dem Stillhalteargument des „kleineren Übels“, als „Hilfsargument zur Integration“, hat sich Abendroth wiederholt auseinandergesetzt. So schrieb er z. B. 1980: „Eins bleibt natürlich sicher: Schmidt ist selbstverständlich das ‚kleinere Übel‘ gegenüber Strauß, wie Hermann Müller das ‚kleinere Übel‘ gegenüber Brüning und dann Brüning das ‚kleinere Übel‘ gegenüber Papen war. Aber wollte wirklich Hermann Müller gegen Brüning und dann Brüning gegen Papen kämpfen?“ W. Abendroth: Was tun gegen Strauß? a. a. O., S. 10 f. Vier Jahre zuvor, als Abendroth zur Wahl der DKP aufrief, lautete dieses Argument: „Die Frage ist doch: Kann man in dieser Lage aufrufen, die SPD als ‚kleineres Übel‘ zu wählen? An sich ist selbst diese SPD, so sehr sie von Übel ist, gegenüber den Kohl, Dregger und Strauß ein kleineres Übel. Sie ist es aber nur dann, wenn man durch Protest von außen den Widerstandswillen in den Gewerkschaften und teilweise in der Partei selbst gegen das stärkt, was an ihr in Bezug auf Preisgabe von Arbeiterinteressen, und von demokratischen Verfassungspositionen, vor allem auch an Unterstützung jeder restaurativen und konservativen Machtposition in Europa und in der ‚Dritten Welt‘ von Übel ist.“ Interview mit Prof. Wolfgang Abendroth. In: *Aktion Gläsernes Rathaus*, 2. Jg., (1976), Nr. 6, (August/September), S. 3.

70 Vgl. U. Kalbe: Zweifel an Kompetenz der PDS wecken Zweifel in ihren Reihen, *Neues Deutschland* vom 24.05.2002.

71 Vgl. Programm der PDS zur Bundestagswahl 2002. Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft, Beschluss der 3. Tagung des 7. Parteitages der PDS, Präambel. In: *Disput*, H. 3/2002, (Beilage), S. 2.

72 Im geltenden PDS-Programm von 1993 heißt es noch: „Gemeinsam sind wir der Ansicht, daß der kapitalistische Charakter der modernen Gesellschaften ursächlich verantwortlich ist für [...] den militaristischen Charakter der internationalen Beziehungen.“

von Auslandseinsätzen der Bundeswehr den Regierenden die Bereitschaft zu einem Brückenschlag signalisiert.[73]

Gerade auch gemessen an der politischen Theorie Wolfgang Abendroths wie auch der Art und Weise seines politischen Engagements für eine demokratische und sozialistische Wahlalternative ist die PDS auf dem Weg in eine falsche Richtung. Die Zuspitzung der sozialen und politischen Konflikte in der Bundesrepublik erfordert mehr denn je eine marxistisch orientierte sozialistische Partei mit Masseneinfluss. Eine parlamentarisch wirksame linke Partei „außerhalb der SPD“ muss, das war die auch heute noch aktuelle Position von Wolfgang Abendroth, eine Partei sein, „die wirkliches Klassenbewusstsein vertritt. Bestünde sie, wäre es wahrscheinlich, daß die SPD in einer sozialen Krise in eine wirklich reformistische Partei der abhängig arbeitenden Klasse rückverwandelt werden könnte“.[74]

Aber maßgebende Politiker der PDS haben – wenn auch nicht unwidersprochen[75] – bereits in programmatischen Äußerungen und Dokumenten Mitte der neunziger Jahre etwas ganz anderes erklärt, nämlich, so z. B. der damalige Vorsitzende Lothar Bisky, daß der „Klassenkampf in seiner alten theoretischen Fassung“ nicht mehr „akzeptiert“ werden könne.[76] Tatsächlich aber war und ist die Führung der PDS auch nicht gewillt, der Realität des Klassenkampfes mit einer „neuen theoretischen Fassung“ Rechnung zu tragen. Ganz diesem Trend entsprach z. B. auch Roland Claus, als er im Januar 2000 angesichts des CDU-Parteispendenskandals nicht etwa die Käuflichkeit von Politik und Politikern durch das große Kapital thematisierte, sondern davon sprach, daß derartige Meinungen in der PDS Vorurteile aus dem „SED-Parteilehrjahr“ seien und es gelte, gemeinsam auch mit der CDU/CSU, den eingetretenen „Vertrauensverlust für die Demokratie“ abzubauen.[77]

Nicht zu übersehen ist in der Politik der PDS eine, wie Wolfgang Abendroth es formulierte, „Anpassung an die Mentalität und Sprache der herrschenden Klasse.“[78] Da wird von den „Errungenschaften der Marktwirtschaft“, von einem „zivilisierten Kapitalismus“ und vom „Regieren als Wert an sich“ gesprochen. Mit Begriffen wie „Unrecht in der DDR“, „antitotalitärer Konsens“ oder „Zwangsvereinigung von SPD und KPD“ wird die „Terminologie des Kalten Krieges nachbuchstabiert“.[79] Ein klassenmäßiger Gegensatz zu den anderen Bundestagsparteien wird nicht gesehen: „Es gibt Wichtigeres als den Streit von Parteien,“ hieß es in der Rede der Parteivorsitzenden Gabriele Zimmer auf dem Wahlparteitag in Rostock, „nämlich gemeinsames Vorgehen für Belange von Bürgerinnen und Bürgern.“[80] Selbst z. B. die Forderung nach einer „Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich“ fand keine Mehrheit. Auch Anträge mit klaren Aussagen zur Gangart des gegenwärtigen Kapitalismus, zum derzeitigen ungünstigen Klassenkräfteverhältnis und zum Primat des außerparlamentarischen Kampfes verfielen allesamt der Ablehnung. Und unmittelbar nach dem Wahlparteitag zogen Gregor Gysi und Helmut Holter sogar die Orientierung des Parteitages, in den Wahlkampf als konsequente Oppositionspartei hineinzugehen, durch Spekulationen über einen möglichen Eintritt der PDS in eine Bundesregierung unter Gerhard Schröder in Zweifel.[81]

---

73 Vgl. E. Brombacher: Zur Neuauflage des Münsteraner Streits, in: *Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS*, H. 5/2002, S. 1 ff.

74 W. Abendroth: Die Entwicklung der BRD und die Perspektive der Linken, a. a. O., S. 475.

75 So U.-J. Heuer: Zur Einführung. In: In großer Sorge, Schkeuditz 1995, S. 8 ff.

76 Zit. nach: *Tageszeitung* vom 16. Januar 1995.

77 Vgl. *Neues Deutschland* vom 19.01.2000.

78 W. Abendroth: Die akklamierte Stagnation. Zur Bundestagswahl vom 19. September 1965. In: *Stimme der Gemeinde*, 17. Jg., (1965), 20/1965, (15. Oktober 1965), Sp. 633.

79 U.-J. Heuer: Im Streit – Ein Jurist in zwei deutschen Staaten, Baden-Baden 2002, S. 6.

80 G. Zimmer: Die Welt braucht mehr sozialistische Politik. In: *Disput*, H. 3/2002, S. 10.

81 Vgl. *Neues Deutschland* vom 26. 03. und vom 05.04.2002.

Wie einst die SPD, so ist nunmehr auch die PDS dabei – nur offenbar in einem wesentlich rasanteren Tempo –, sich von der ursprünglich beanspruchten Position als antikapitalistische Oppositionspartei und als soziale Protestpartei zu verabschieden. Irgendwo zwischen „Anpassungsopposition“ und „Regierungspartei“ ist im Wahljahr 2002 ihr aktueller Standort.

Dabei ist sowohl interessant, daß die Kritiker des Anpassungskurses in der PDS sich sehr betont auf die Analysen von Wolfgang Abendroth zur Transformation der SPD beziehen[82] als auch, daß Gabriele Zimmer sich auf dem Wahlparteitag veranlasst sah, ausführlich auf den Vorwurf der „Anpassung“ einzugehen. Sie sprach im Zusammenhang mit der Kritik, die Berliner PDS habe mit ihrer Zustimmung zur Koalitionsvereinbarung mit der SPD einen „Unterwerfungskurs“ eingeschlagen, von „Unterstellungen“, „die ernsthafte Debatten über Risiken von Koalitionen und tatsächliche Gefahren der Anpassung (behindern)“. Immerhin vertrat sie die Position: „Das Beispiel der Grünen zeigt auf deprimierende Weise, daß ein Regierungseintritt fast zwangsläufig zur Beteiligung an Völkerrechtsbruch und Aggressionskrieg und zu ihrer peinlichen Rechtfertigung führen muss.“ Es bestehe „immer die Gefahr der Anpassung“, aber, so erklärte sie: „Der große Vorzug moderner sozialistischer Politik besteht darin, daß sie die Instrumentarien des parlamentarischen Systems nutzen kann und sich keineswegs anzupassen braucht.“ Vor allem „schütze“ der „‚plebejische Blick des Sozialismus“ vor „Korrumpierbarkeit“.[83]

Real ist hinsichtlich der PDS keine „Ausnahme von der Regel“ zu entdecken. Es wirken in ihr – wenn auch modifiziert – offenbar die gleichen Faktoren, die Wolfgang Abendroth im Zusammenhang mit dem „Aufstieg und der Krise der deutschen Sozialdemokratie“ benannt hat, nicht als Basis für eine „Gefahr“, sondern als Grundlage für eine fortschreitende Anpassung von Politik und Programmatik: bürokratische Institutionalisierung, insbesondere Herausbildung einer „Sozialschicht“ mit eigenen Interessen[84], integrative Wirkungen der parlamentarischen Tätigkeit und damit im Zusammenhang Verkümmerung der innerparteilichen Demokratie. Selbstverständlich können alle diese Faktoren nur deshalb *ursächlich* wirken, weil der Zustand der Partei auch etwas mit dem Zustand des Bewusstseins ihrer Mitglieder und der Klasse der Lohnabhängigen zu tun hat. Dies ist eine wichtige Quintessenz aus den Analysen Abendroths. Das Bild von der verkrusteten oder abgehobenen Führung, unter der die Basis brodelt, verkennt die innere Dialektik der Transformation sozialistischer Parteien in Richtung Anpassung und ist weitgehend realitätsfremd.

Die PDS hatte von Anfang an keinerlei Verankerung in der Industriearbeiterschaft. Die von der SED überkommene Loyalität gegenüber jeder Parteiführung erleichterte zudem den Anpassungsprozess. Die der PDS zufließenden staatlichen finanziellen Mittel erreichten alsbald eine Größenordnung, die für die SPD Anfang des 20. Jahrhunderts unvorstellbar waren. Die jährliche Summe dieser Zuwendungen (einschließlich der Gelder für ihre Fraktionen und Stiftungen) ist heute bereits etwa so groß wie die Summe, die im Jahre 1968 allen anderen Bundestagsparteien zur Verfügung stand.[85] Allerdings wirken in ihr – wenn auch allmählich schwächer werdend – entgegenwirkende Faktoren. So kann davon ausgegangen werden, daß in noch relativ großen Teilen der Mitgliedschaft nach wie vor lebendige, aber mangels fehlender bewusstseinsbildender Kristallisationspunkte stark verschüttete grundlegende Erkenntnisse des Marxismus

---

82 Vgl. u. a. U.-J. Heuer: Programmdebatten in der deutschen Linken. In: *Marxistisches Forum*, Februar 2000, S. 3; Ders.: Im Streit, a. a. O., S. 455; E. Lieberam: PDS auf dem Weg nach Godesberg? Witten/Dortmund 2001, S. 22 f. und 58 f.; Einführung von Ekkehard Lieberam und Herbert Münchow. In: Partei der Arbeitnehmerklasse oder Volkspartei, a. a. O., S. 3 ff.; PDS: Richtungsentscheidung hin zur „Regierungspartei“, in: *Arbeiterpolitik*, H. 4/2001, S. 39 ff.

83 Vgl. G. Zimmer: Die Welt braucht mehr sozialistische Politik, a. a. O., S. 12.

84 Vgl. U.-J. Heuer: Im Streit, a. a. O., S. 455.

85 Vgl. E. Lieberam: Parteiendemokratie, Geld und Kapitalmacht, in: *Marxistische Blätter*, H. 3/2000, S. 19.

durch eine Politik organisierter linker Opposition wiedererweckbar sind. Wohl keine andere sozialistische bzw. kommunistische Partei in Deutschland hat beispielsweise derartig viele marxistische Wissenschaftler in ihren Reihen.[86]

Im Übrigen sollte nicht übersehen werden, daß gerade die Entwicklung der PDS die tiefe Krise der sozialistischen Bewegung in Deutschland offenbart. Hervorgegangen aus einer objektiv konterrevolutionären Umbruchsituation, der seit der Niederlage und dem Zusammenbruch des Sozialismus als Weltsystem eine imperialistische Expansionswelle epochalen Ausmaßes folgte[87], befand sich die PDS von Anfang an in einer Defensivposition. Sie erlag zunehmend der Versuchung, mittels Konzessionen an die herrschenden Meinungen den auf sie wirkenden ideologischen und politischen Druck zu mildern. Der Widerspruch zwischen integrationalistischem und reformistischem Sozialismus wirkte von Anfang an, wobei die Politik des „Ankommens“ im kapitalistischen Deutschland spätestens ab Mitte der neunziger Jahre das Übergewicht erlangte.

Solange die PDS im vollen Maße dem antikommunistischen Druck der Medien und der anderen Parlamentsparteien ausgesetzt war, trat der Druck der Herrschenden an die Stelle des Druckes, den eine einflussreiche außerparlamentarische Bewegung hätte erzeugen können. Vergleichbar durchaus mit den sozialpsychologischen Wirkungen des Sozialistengesetzes auf die junge Sozialdemokratie[88] wurde die PDS als Fremdkörper ausgegrenzt und sogar als „verfassungsfeindlich“ diskriminiert. Einer Anpassung waren Grenzen gesetzt.

Erst mit dem Nachlassen dieses Druckes ab Mitte der neunziger Jahre und dann mit dem Ende der neunziger Jahre von Gregor Gysi und Lothar Bisky eingeschlagenen Kurs auf Regierungsbeteiligung konnte sich die Integrationskraft des parlamentarischen Systems in Bezug auf die PDS voll entfalten, konnten die Interessen der mittlerweile erstarkten Schicht von Parlamentariern, Parlamentsmitarbeitern und Parteiangestellten die Politik der PDS bestimmen. Die richtige Losung zur Bundestagswahl 1994 „Veränderung beginnt mit Opposition“ wurde alsbald beiseitegelegt. Seit 1998, im Rahmen der in Gang gesetzten Debatte um ein revidiertes Parteiprogramm, war zunehmend von Gestaltung gerade auch mittels Regierungsbeteiligung die Rede. Die noch 1993 im geltenden Parteiprogramm vorgenommene differenzierte Bewertung der DDR und das Bekenntnis zu einer über den Kapitalismus hinausgehenden Entwicklung wurden abgelöst durch Entschuldigungen für Unterdrückung und Verfolgung aller Art. Die Beteiligung an bzw. Tolerierung von drei Landesregierungen machten dann deutlich, daß diese Regierungsteilhabe zwar die entsprechenden Regierungen womöglich geringfügig besser, aber die PDS auf jeden Fall schlechter macht. Ohne einen merklichen Spielraum für linke

---

86 Allerdings sind davon in den letzten Jahren viele aus der PDS ausgetreten. Dazu gehören: Gerd Friedrich, Heinz Karl, Werner Roß, Horst Schneider, Gottfried Stiehler, Ingo Wagner.

87 Vgl. die Äußerung des späteren DDR-Theologen Emil Fuchs, der in seinem Wochenbericht vom 2. bis 9. April 1932 auf dem Tiefpunkt der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise und des nicht nur von Deutschland drohenden Krieges gegen die Sowjetunion schrieb: „Das Interesse des Kapitalismus, sich den einzigen Raum wieder zu erobern, der der Ausbeutung und dem Profit entzogen *ist*, ist ungeheuer groß.“ Siehe Erwin Eckert/Emil Fuchs: Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen christlicher Sozialisten. Hrsg. von F.-M. Balzer und Manfred Weißbecker, Bonn 2002.

88 Siehe W. Abendroth: Das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ vom 21. Oktober 1878. Sozialökonomischer Hintergrund und Analyse. In: Diether Döring und Otto Ernst Kempen (Hrsg.), Sozialistengesetz, Arbeiterbewegung und Demokratie, Frankfurt/M. 1979, *Referat*: S. 13 ff, *Diskussionsbeiträge* S. 97 ff, S. 103 ff, S. 111 ff. Wenn Abendroth hier von der Pflicht der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sowie jedes Demokraten spricht, „die Legalität des Normensystems der Verfassung gegen ständige Verschränkungserscheinungen zu schützen“ (S. 113), dann handelt es sich hier um eine Forderung, die auch in der DDR und in den anderen Ländern des Realsozialismus nicht immer befolgt wurde. Insofern ist dieses normative Denken Abendroths auch für die selbstkritische Analyse des politischen Systems der sozialistischen Staaten von bleibender Bedeutung.

Politik, involviert in eine Politik des Sozialabbaus, konnte die PDS – wie die Landtagswahlen im April 2002 in Sachsen-Anhalt erstmals deutlich machten – den wachsenden gesellschaftlichen Unmut gegen die „neoliberale“ Politik nicht mehr in Wählerstimmen umsetzen. Immerhin 58.000 oder etwa 20 Prozent ihrer Wählerinnen und Wähler von 1998 blieben der Landtagswahl sogar fern.

Zwar ist die PDS bei den Bundestagswahlen 2002 für viele Linke noch gut für eine Protststimme gegen die Kriegspolitik und die Politik des Sozialabbaus. Jedoch ist sie inzwischen an einem Punkt angelangt, wo sie sich bei der Friedensbewegung für eine Fraktionsspitze entschuldigen muss, die den öffentlichen, das friedenspolitische Ansehen der PDS rettenden Protest ihrer Abgeordneten Ulla Jelpke, Heidi Lippmann und Winfried Wolf während der Rede des US-Kriegspräsidenten Bush im Deutschen Bundestag[89] verurteilte und sich durch ein Bekenntnis zur Sanktionswürdigkeit der mutigen Tat, *jeglichem* Kriegspolitiker gegenüber rehabilitieren wollte.[90]

Der Umstand, daß bei den Bundestagswahlen 2002 keine Wahlalternative links von der PDS antritt, deutet darauf hin, daß die PDS, wenn auch mit Einschränkungen, noch allgemein als eine solche Wahlalternative angesehen wird. Mit zunehmender Schärfe des Wahlkampfes ist aber nicht zu übersehen, daß sie den Kriterien einer sozialistischen Wahlkampfführung, wie sie Abendroth formulierte und wie sie von allgemeiner Bedeutung sind, nur höchst unzulänglich gerecht wird. Aktuell sind insofern Abendroths Worte von 1957 über die damalige SPD: „Passt sie sich der herrschenden Ideologie noch weiter an, gibt sie ihren Charakter als sozialistische und demokratische Partei der Arbeitnehmer, das Bewusstsein der sozialen Kampfstellung gegen die Macht des Finanzkapitals völlig preis, so hat sie keine Chance zu politischem Aufstieg, sondern kann bestenfalls personellen Aufstieg ihrer Führer vermitteln.“[91] Allerdings können am 22. September die Träume der PDS-Führer von gesicherten Bundestagsmandaten und baldigen Ministerehren jäh zerrinnen.

Auch daran wird deutlich: In einer Situation wachsender sozialer und politischer Auseinandersetzungen gibt es „in Deutschland keine große marxistische, konsequent antikapitalistische Partei mehr“.[92] Das politische Problem der „Rekonstituierung der deutschen Linken“ im Sinne der Notwendigkeit einer marxistischen Massenpartei steht im Wahljahr 2002 augenscheinlich noch dringlicher, als dies Wolfgang Abendroth im Jahre 1980 sah. „Ich bin durchaus der Meinung, daß die Partei, die der deutschen Arbeiterklasse die politische Wiedergewinnung ihres Klassenbewusstseins ermöglicht (und das ist das Kernproblem, um das es dabei geht), noch nicht besteht, wenigstens nicht in politisch glaubhafter Stärke.“[93] „Man kann sich dabei“, so schrieb er an anderer Stelle, „nicht auf bloße Spontaneität verlassen; dann ist man verlassen. Spontane Bewegungen sind bloße Reaktionen von Massen auf neue Situationen; sie kommen und gehen. Konsolidiert man sie nicht, zerfließen sie in nichts. Sie sind immer notwendig, auch um

---

89 Zur aberwitzigen Inanspruchnahme von Franz von Assisi und Dietrich Bonhoeffer für den angeblichen „Krieg gegen den Terror“ siehe Hartwig Hohnsbein: Der missbrauchte Bonhoeffer. In: *Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik/Kultur/Wirtschaft*, 5. Jg., Nr. 12 vom 15. Juni 2002, S. 409 ff.

90 Vgl. R. Balcerowiak: Im Wartestand, PDS-Fraktionsspitze entschuldigt sich bei Bush. In: *junge Welt* vom 25.05.2002. Zu beachten ist, daß das Vorgehen der PDS-Fraktionsspitze im Widerspruch zum Programm der PDS zur Bundestagswahl 2002 (Präambel) steht: „Und Deutschland hat eine Partei, die in Bundestag und Öffentlichkeit gegen Krieg, gesellschaftliche Erstarrung und soziale Ungerechtigkeit opponiert.“ Allein das Tragen einer Anstecknadel mit Friedenstaube während der Bush-Rede wurde diesem Anspruch nicht gerecht. Siehe auch die Aufforderung zum Rücktritt durch das Netzwerk „Linke Opposition in und bei der PDS“. In: *junge Welt* vom 04. Juni 2002, S. 4.

91 W. Abendroth: Die Chancen der deutschen Sozialdemokratie nach dem 15. September 1957. (Zuerst erschienen 1957) Zit. nach: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, a. a. O., S. 81.

92 F. Wolff: „Politische Klasse“ der PDS. In: *junge Welt* vom 05.04.2002.

93 W. Abendroth: Was tun gegen Strauß? A. a. O., S. 18.

organisiertes Bewusstsein, das stagniert, in Bewegung zu bringen. Niemand will Spontaneität auslöschen. Aber wer sich in der Hoffnung auf Spontaneität beschränkt, kann sie nicht anleiten, wenn sie einsetzt, und sie nicht weiterentwickeln.“[94]

Nach den Worten von Wolfgang Abendroth aus dem Jahre 1976 ist eine sozialistische Partei, die er stets als marxistische Partei verstanden hat, notwendig, „um der Arbeiterklasse Richtlinien und Kristallisationspunkte bieten zu können, aber auch um den proletarischen Teilen und den sozialistischen und demokratischen Elementen in der Sozialdemokratie (heute wäre zu ergänzen: *und in der PDS* – die Verf.) in ihren innerparteilichen Auseinandersetzungen den Rücken stärken zu können. Eine solche Partei kann nicht gegen die DKP, sondern nur mit der DKP entstehen.“[95] Allerdings ist die DKP heute deutlich schwächer als damals: „mit wenigen tausend Mitgliedern überaltert, kaum in Betrieben und Gewerkschaften verankert“ und „ellenweit von den Arbeitermassen entfernt [...], wo diese bis zum Hinwelken durch das Gift bürgerlicher, teils offen imperialistischer Ideologie verseucht sind.“[96]

Ihre Partei als sozialistische Partei zu regenerieren, ist sicherlich auch ein Anliegen vieler Mitglieder der PDS. Hoffnungen auf eine marxistische Erneuerung der PDS sind allerdings nach allen historischen Erfahrungen und infolge des Kräfteverhältnisses innerhalb der PDS wenig realitätsnah. Die dominierende Stellung jener Kräfte in der PDS, die den Kurs des integrationalistischen Reformismus eingeschlagen haben, ist ebenso unübersehbar wie die fortschreitende Schwächung der Linken in der PDS. Im Verlaufe des vergangenen Jahres haben immerhin deutlich mehr als 1000 Mitglieder der PDS wegen des Anpassungskurses ihrer Führung die PDS verlassen, also resigniert.

Es fehlen außerdem ganz offenkundig derzeit die subjektiven Voraussetzungen für die Schaffung einer marxistischen Massenpartei und zwar in einem noch größeren Maße, als dies Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre in der alten Bundesrepublik der Fall war. Es ist zwar bemerkenswert, daß nach Meinungsumfragen von Forsa im Mai 2000 sich immerhin 20 Prozent der Befragten (17 Prozent in Westdeutschland und 32 in Ostdeutschland) für „die Gründung einer neuen Partei links von SPD und PDS“ ausgesprochen haben,[97] jedoch bei Wahlen – so in Berlin und Sachsen-Anhalt – die bereits als solche Partei existente DKP keine Chance hatte.[98]

Angesagt ist allerdings eine Debatte unter den Marxisten der Bundesrepublik aller Richtungen über die Notwendigkeit eines solchen Ziels und um die dafür erforderlichen Voraussetzungen, was gerade auch erfordert: „die Geduld miteinander“ nicht zu verlieren, bereit zu sein, „gegenseitige frühere Verengungsfehler zu respektieren und nicht zum Gegenstand permanenten Kampfes aller gegen alle zu machen.“[99] Nach wie vor gilt der Hinweis von Wolfgang Abendroth zu Beginn der achtziger Jahre: „Man kann eine solche Partei nicht willkürlich ‚gründen‘. Sie kann nur in bestimmten Situationen entstehen, wenn breitere Schichten dank ihrer Erfahrungen in gesellschaftlichen Kämpfen sie wollen. Wann eine solche geschichtliche Situation ist, in der man sie massenwirksam konstituieren kann, kann niemand prognostizieren, weil sich das aus den konkreten Klassen-Auseinandersetzungen ergibt. Aber eben deshalb, weil sie nur

---

94 W. Abendroth: Perspektiven des Kampfes für den Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Das Argument*, 18. Jg., (November/Dezember 1976), 100/1976, S. 987.

95 W. Abendroth: Was tun gegen Strauß? A. a. O., S. 19.

96 R. Steigerwald: Probleme einer revolutionären Partei in nicht – revolutionärer Zeit – Teil 2. In: *Unsere Zeit* vom 22.02.2002.

97 Vgl. K. Steiniger: Neue 20-Prozent-Partei? In: *RotFuchs*, Juni 2000, S. 1.

98 Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus erhielt die DKP 1.382 Stimmen (0,1 Prozent) und bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt kam die Liste von DKP und KPD auf 1.072 Stimmen (ebenfalls 0,1 Prozent).

99 W. Abendroth: Was tun gegen Strauß? a. a. O., S. 18.

aus realen Kämpfen bestehender Gruppen der deutschen Arbeiterklasse und der Intelligenz-Schichten heraus entstehen könnte, kann man sie nicht gleichsam aus freiem Ermessen in freier Phantasie konstituieren.“[100]

Bleibt zum Schluss die Perspektive, die Wolfgang Abendroth 1977 aufgezeigt hat. Sie ist auch heute noch aktuell: „Es gibt kein demokratisches, erst recht kein marxistisches Denken, das die Funktion auch nur seiner wissenschaftlichen Kritik zutreffend auf lange Sicht bestimmen könnte, wenn es nicht die Frage nach den Klassenkämpfen der abhängigen Arbeit (und nicht nur ihrer wissenschaftlich ausgebildeten Schichten) ständig als Problem im Kopfe behält und immer wieder darauf abzielt, in dieser Klasse Klassenbewusstsein zu entwickeln.“[101]

In: *UZ*-Spezial, August 2002, Auszüge erschienen u. a. in der „*jungen Welt*“ und in „*Z*“.

---

100 Ebenda, S. 19. Gerade deshalb hat die Frage: Was ist „links“? heute nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Wolfgang Abendroth gab auf diese Frage eine sehr komplexe Antwort: „‚Links‘ ist, wer *erstens* bereit ist, die durch das Verfassungssystem garantierten demokratischen und sozialen Rechte gegen jede Verletzung zu schützen [...] wer *zweitens* entschlossen ist, Kriegsgefahr und kalten Krieg mit allen Mitteln zu bekämpfen [...] wer *drittens* Antifaschist ist [...] wer *viertens* der ideologischen Hinterlassenschaft des Nationalsozialismus, dem Antikommunismus und Antimarxismus Widerstand leistet. [...] ‚Links‘ kann nur sein, wer jegliche aggressive [...] Außenpolitik der BRD ablehnt und entschlossen bekämpft [...] wer *fünftens* bereit ist, auch in Stagnations- und Krisensituationen den sozialen und wirtschaftlichen Besitzstand der abhängig arbeitenden Massen, ihrer Kinder und Alten, gegen den stetigen Angriff des Monopolkapitals [...] zu verteidigen und durch schrittweisen Kampf um seine materielle und politische Erweiterung und die Demokratisierung der Wirtschaft, [...] also um die Verkürzung des Arbeitstages stetig zu erweitern. Denn permanente strukturelle Arbeitslosigkeit [...] führt [...] zur Chance, verzweifelte und unaufgeklärte Menschen zum Instrument faschistischer Bewegungen zu machen. ‚Links‘ ist, wer *sechstens* für die volle, auch für die politische und soziale Gleichberechtigung der fremdsprachigen Millionenmassen eintritt [...].“ Zur Begründung seines *siebten* Kriteriums führte Abendroth an: „Jeder ökonomische Aufschwung seit der Entstehung des industriellen Kapitalismus war gleichzeitig mit Erweiterung und Veränderung seiner Technologien verbunden und darum auch mit erheblichen Veränderungen der Umwelt, mit großen ökologischen Problemen [...] Links sein kann nur, wer auch diesen Fragenkreis der Bedrohung der Umwelt und des Schutzes gegen ihre Vernichtung im Profitinteresse des monopolkapitalistischen Kapitalismus in sein Denken einbezieht.“ Siehe W. Abendroth: Was ist heute „links“ in der Bundesrepublik. In: Hermann L. Gremliza und Heinrich Hannover (Hrsg.): Die Linke. Bilanz und Perspektiven für die 80er, Hamburg 1980, S. 21 ff.

101 W. Abendroth: Grußadresse zum hundertsten Argument. In: *Das Argument*, 19. Jg., (1977), Nr. 102, (März/April), S. 170.

Friedrich-Martin Balzer: Wider die Tabus der bundesdeutschen Geschichte

Die meisten Deutschen haben das Ende des sog. „Dritten Reiches“ als ihre Niederlage, nicht als ihre Befreiung empfunden[1]. Die Vision des deutschen antifaschistischen Widerstandes „dieser Krieg könnte so enden wie der Erste Weltkrieg, mit dem Massenaufstand der deutschen Bevölkerung“,[2] erfüllte sich nicht. Im November 1918 hatte das deutsche Volk gegen den Willen aller seiner Institutionen, auch der vor 1914 oppositionellen Organisationen, die Monarchie zerschlagen. Der Kaiser ging – die Generäle blieben. Nun ging das „Dritte Reich“ unter – seine Träger, die Machteliten in Wirtschaft, Gesellschaft, Justiz, Wissenschaft und Militär aber blieben.[3] Die bis 1945 herrschenden Schichten hatten in den drei westlichen Besatzungszonen ihren Wiederaufstieg zur gesellschaftlichen und bald auch politisch bestimmenden Macht schon lange vor der Einberufung des Parlamentarischen Rates, der auf Weisung der drei Westalliierten ein Grundgesetz für den Separatstaat Bundesrepublik ausarbeiten sollte, längst eingeleitet. Und obwohl die Beratungen der verfassunggebenden Versammlung während der „Berlin-Blockade“ stattfanden, war das Grundgesetz im Großen und Ganzen nicht zu einer antikommunistischen Verfassungsordnung ausgebaut worden, wohingegen sie einige antifaschistische Elemente beibehielt. Die Bundesrepublik wurde als „Kind des Kalten Krieges“ jedoch rasch zum „Frontstaat“. Herrschende Ideologie in der nach der Potsdamer Konferenz wieder verstärkt einsetzenden Systemkonkurrenz aber war der Antikommunismus.

Die Ideologie des Antikommunismus als bundesdeutsche Staatsdoktrin

Die Ideologie des Kalten Krieges, der spätestens 1946/47 begann, wenn nicht bereits durch den mit der Potsdamer Konferenz fast gleichzeitigen Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki 1945 („for demonstration purposes“ in Richtung auf den Kriegsalliierten Sowjetunion), war antikommunistisch. Antikommunistische Ideologie dominierte wohl die gesamte westliche Welt, war aber besonders stark ausgeprägt in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik Deutschland. Als Teil des antidemokratischen und antirevolutionären Denkens in Deutschland war er in der westdeutschen postfaschistischen Nachkriegsgesellschaft besonders virulent. Der Krebsschaden des Antikommunismus, die Staatsideologie der Adenauer-Periode, gab unter der Bedingung des raschen wirtschaftlichen Aufschwungs und der Remilitarisierung die Möglichkeit, alle Poren der Gesellschaft, einschließlich der Arbeitnehmer, zu durchdringen.

In diesem Zusammenhang hat Wolfgang Abendroth, lange vor der Wehrmachtsausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“[4], auf ein spezifisches sozialpsychologisches Moment in Deutschland hingewiesen. Beim Krieg des „Dritten Reiches“ gegen

---

1 Siehe auch Kurt Pätzold: Mit der Geschichte nicht im Reinen. Wie die Deutschen auf den 8. Mai des Jahres 1945 zurückblicken. Ein Streit um Worte und mehr im Vorfeld des 60. Jahrestages 2005. In: *junge Welt* vom 12.1.2004.

2 Peter Gingold: Erinnerung, Mahnung, Begegnung. (Gastkommentar). In: *Neues Deutschland* vom 11.9.2004, S. 1. Helmut Ridder spricht in Übereinstimmung mit Erwin Eckert („Wenn wir 1918 eine Revolution gehabt hätten ...“) im Zusammenhang mit dem Neuanfang 1918, der aber schon bald wieder erstickt wurde, nur von einem „Hauch von Revolution“. Siehe Helmut Ridder: Zur europäischen Dimension von Erwin Eckerts Vermächtnis. In: F.-M. Balzer (Hrsg.): Ärgernis und Zeichen. Erwin Eckert – Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben, Bonn 2003, S. 363-377.

3 Siehe: Hitlers Eliten nach 1945. Herausgegeben von Norbert Frei. München ^{2}2004. Zur Justiz als Sammelbecken für NS-belastete Juristen siehe die Angaben, wonach in der britischen Zone zum Beispiel alle Richter, die nach 1937 in die NSDAP eingetreten waren, und auch Wehrmachtskriegsrichter als „unbelastet“ angesehen wurden. Bereits 1948 waren 30% der Gerichtspräsidenten und 80-90% der Landgerichtsdirektoren und -räte der britischen Zone ehemalige NSDAP-Mitglieder. In Bayern waren 1949 von 924 Richtern und Staatsanwälten 751 (81%) alte Nazis. In: Heinz Düx: Die Beschützer der willigen Vollstrecker. Persönliche Innenansichten der bundesdeutschen Justiz. Herausgegeben von F.-M. Balzer, Bonn 2004, S. 22-23.

4 Siehe H. Heer/K. Naumann (Hrsg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, 8. Aufl., Frankfurt/Main 1997.

die gesamte Welt hatte insbesondere die UdSSR die volle Unmenschlichkeit dieses Krieges zu spüren bekommen.

„Wenn auch bei diesen Unmenschlichkeiten, die ja bekanntlich bis zur Auslöschung breitester Bevölkerungsschichten durch systematisierten Mord gingen, zwar aktiv nur eine kleine Minorität des deutschen Volkes beteiligt war, so müssen wir doch einsehen, im Gegensatz zu allen offiziellen Lügen unserer Presse und unserer offiziellen Terminologie, daß das deutsche Volk, wenn es auch nicht die Einzelheiten dieses Mordprozesses kannte, um den Mordprozess durchaus wusste. Unter den Millionen Soldaten der deutschen Ostarmee, Millionen Männer, auch Millionen Männer der deutschen Arbeiterklasse, gab es nur sehr wenige, die nicht mindestens ahnten, wenn nicht genau wussten, was hier vorging. Und so ist es kein Wunder, daß sich hier ein Trauma bildete für Generationen. Ein Trauma, sozusagen des Selbstschutzes gegen Selbstvorwürfe, das aus diesem ersten Dilemma heraus von der Gegenseite allzu leicht zur Niederwalzung werdenden Klassenbewusstseins in der BRD verwandt werden konnte. Das ist das Geheimnis der Massivität des antikommunistischen Traumas in der BRD, die ja die Massivität der Kalten Kriegs-Ideologie in den anderen Ländern weit übertrifft.“[5]

In Umkehrung des Spruches „Was Du nicht willst, daß man Dir tu, das füg auch keinem anderen zu“ wurde befürchtet und geglaubt, daß das, was man anderen zugefügt hatte, nun von den anderen einem selbst angetan werden würde. Die Tatsache, daß Angehörige der Roten Armee – nach den ungeheuren Verbrechen der Deutschen in ihrem Land – sich tatsächlich an solchen Verbrechen beim Vormarsch auf den „Feindstaat“ beteiligt hatten, verstärkte dieses antikommunistische Trauma.[6]

So war es also möglich, die BRD unter dem Eindruck erneuter Zuspitzungen im „Kalten Krieg“ der damaligen Weltmachtblöcke, insbesondere der Korea-Krise, zwecks Konsolidierung der westdeutschen Staatsgründung rasch zu einem „waffenstarrenden Panzerkreuzer der Strafgerichtsbarkeit“[7] gegen Kommunisten und alle dem – damaligen – CDU-Staat demokratisch widerstrebenden Kräfte auszubauen.

Am Anfang stand der sog. Adenauer-Erlass vom 19. September 1950. Danach wurden Beamte, Angestellte oder Arbeiter aus dem Bundesdienst, die beispielsweise der KPD, der Freien Deutschen Jugend (FDJ), dem Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, dem Komitee der Kämpfer für den Frieden oder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) angehörten, aus dem öffentlichen Dienst entfernt. Von den 13 aufgeführten Organisationen standen 10 der Linken nahe, drei den Neofaschisten.[8]

---

5 W. Abendroth: Diskussionsbeitrag auf einer Tagung des Sozialistischen Bundes und des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes vom 6. und 7. November 1965 in Frankfurt am Main. In: Neokapitalismus. Rüstungswirtschaft. Westeuropäische Arbeiterbewegung. Frankfurt/Main 1966, S. 110.

6 Heinrich Hannover berichtet in seinem Lebenslauf davon, daß sich seine Eltern zusammen mit 600 Bürgern von Anklam beim Vormarsch der Roten Armee das Leben genommen haben. Daß Heinrich Hannover trotz dieses Erlebnisses nicht dem antikommunistischen Trauma verfiel, sondern zeitlebens ein entschiedener Kriegsgegner, Widersacher der Wiederaufrüstung, insbesondere der atomaren Rüstung in der ganzen Welt, wurde und sich vom Pazifisten zum Sozialisten wandelte, gehört zu den wenigen Beispielen des konsequenten Durcharbeitens deutscher Geschichte in der Nachkriegszeit. Siehe Wolfgang Abendroth: Heinrich Hannover zum 60. Geburtstag. In: Eine Zeit, in der die Falschen verurteilt werden. Leben für ein demokratisches Recht. Heinrich Hannover zum 60. Geburtstag, Hamburg 1985, S. 7-12.

7 H. Ridder: Wider den Quietismus „historisierender“ Zeitgeschichtsschreibung. Rezension von R. Schiffers: Zwischen Bürgerfreiheit und Staatsschutz. Wiederherstellung und Neufassung des politischen Strafrechts in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1951, Düsseldorf 1989. In: *Neue Politische Literatur*, 2/1992, S. 260-264, hier: S. 260.

8 Siehe: G. Fülberth (Hrsg.): Geschichte der Bundesrepublik in Quellen und Dokumenten. Köln 1982, S. 83-84.

Daß dieser Beschluss ausgerechnet von jenem Bundeskanzler Konrad Adenauer unterzeichnet war, der sein Überleben im „Dritten Reich“ einem Kommunisten verdankte,[9] blieb der Öffentlichkeit weithin verborgen.

Nur ein Jahr später, am 30. August 1951, verabschiedete der Deutsche Bundestag unter Zustimmung der SPD-Fraktion und ihres Kronjuristen Adolf Arndt, der diese Mitverantwortung später als „Eselei mit langen Ohren“ bezeichnete, ein „Strafrechtsänderungsgesetz“, das eine Kategorie von Delikttatbeständen unter dem Namen „Staatsgefährdung“ einführte, die verschiedene Arten von gewaltlosem politischen Verhalten, nämlich Äußerungsdelikte, Organisationsdelikte und Kontaktdelikte umfasste. Ein erheblicher Teil dieser Delikttatbestände war mit den politischen Freiheitsrechten und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unvereinbar und umging die vom Grundgesetz vorgeschriebene Entscheidungszuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts (Art. 18, Art. 21).

Der § 90a des Strafgesetzbuches sah vor, daß Vereinigungen, die sich gegen die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ richteten, ohne Rücksicht darauf, ob die Vereinigung bereits verboten ist, bestraft werden (können). Der § 90a des StGB war mit Art. 21 des GG nicht vereinbar und sollte etwa auch auf führende Mitglieder einer nicht verbotenen politischen Partei angewandt werden. Und dies, entgegen des sich aus dem ehernen bürgerlichen Rechtsgrundsatz „Keine Strafe ohne Gesetz“ (nulla poena sine lege) ergebenden Rückwirkungsverbot, auch für eine *vor* dem Verbot liegende Tätigkeit, wenn auch die Strafverfolgung erst nach dem Verbot der Partei einsetzen sollte.

Aufgehoben hat das BVerfG diese mit dem Art. 21 GG kollidierende Bestimmung erst nach dem Urteil vom 8. April 1960 im Düsseldorfer Prozess am 21. März 1961, allerdings ohne rückwirkende Bedeutung. Nach dieser Entscheidung des BVerfG wurde die Praxis der genannten Bestimmung noch absurder. Die Tätigkeit für Nebenorganisationen, die mit der verbotenen Partei verbunden waren, konnte weiterhin bestraft werden, und zwar unabhängig von einem etwaigen Verbot der Organisation, während die Tätigkeit für die Hauptorganisation jedenfalls nach dieser Vorschrift straflos blieb. Wenn nämlich die Organisation verboten ist, so kann auch eine nichtführende Tätigkeit in ihr, nach einer anderen Bestimmung des StGB (§129 a) bestraft werden[10]:

„Dem schnellen Abstieg von der im nachfaschistischen Europa bereits beispiellosen schäbigen Diskriminierung kommunistischer Opfer des NS“, so Helmut Ridder, „zur Perversion ihrer erneuten strafgerichtlichen Verfolgung seit 1951 und der exekutivischen Zerschlagung ihrer nicht zunächst durch den Parteistatus geschützten Organisationen folgte 1956 das bundesverfassungsgerichtliche KPD-Verbot.“[11]

Das KPD-Verbot wurde am 22. November 1951 durch den damaligen Bundesminister des Innern, Dr. Lehr, beim Bundesverfassungsgericht beantragt und am 17. August 1956 verkündet.

Dieses Verbot der KPD hat der bundesdeutschen Demokratie nachhaltig geschadet. Es hat die BRD faktisch außerhalb des Verfassungsverständnisses aller westeuropäischen bürgerlichen Demokratien gestellt, auf dessen Integration die sog. „Westorientierung“ doch so stark, aber eben nur angeblich abgehoben hatte.

---

9 Adenauer, der nach dem 20. Juli 1944 in das Außenlager des KZ Buchenwald auf dem Kölner Messegelände verbracht worden war, konnte im September 1944 mit Hilfe des kommunistischen Lagerältesten und roten Kapo Eugen Zander in das Krankenhaus Hohenlind überführt werden. Am 3. Februar 1954 schrieb Adenauer an seinen Sohn Max, Oberstadtdirektor in Köln: „Wahrscheinlich wirst Du wissen, wer Inspektor Zander ist und daß ich ihm, der damals im KZ Kapo war, mein Leben verdanke. Ist es wirklich ganz unmöglich, Z. in das Beamtenverhältnis zu übernehmen?“ Zit. nach L. Elm: Europa vor dem Abgrund. Das Jahr 1935. Eine nicht genutzte Chance, Köln 2005, S. 265.

10 Siehe: H. Ridder: Grundgesetz, Notstand und politisches Strafrecht, Frankfurt/Main 1965, S. 42 ff.

11 H. Ridder: Zur Ideologie der streitbaren Demokratie, *Argument-Studienheft* 32, Berlin/West 1979, S. 1.

Fazit: Bis zum Beginn des Düsseldorfer Prozesses gab es a) das Berufsverbot (1950), b) das Organisationsverbot (Strafrechtsänderungsgesetz von 1951) und schließlich c) das Verbot der KPD (KPD-Verbot 1956). Gegenüber dem Berufsverbot von 1950 und den Berufsverboten der zweiten Restaurationswelle, beginnend mit dem Ministerpräsidentenbeschluss ab 1972, standen nach 1951 bestimmte Handlungsweisen zusätzlich unter Freiheitsstrafe.

Gegen dieses Justizunrecht im Kalten Krieg haben damals vor allem zwei wissenschaftliche Politiker so engagiert wie kundig gekämpft: Wolfgang Abendroth und Helmut Ridder.

Radikale, demokratische Kritiker des politischen Strafrechts: Wolfgang Abendroth und Helmut Ridder

Wolfgang Abendroth, selbst im „Dritten Reich" wegen „Vorbereitung zum Hochverrat" zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt, gehörte zu den ganz wenigen, die sich dem politischen Strafrecht widersetzten.[12] Hatte der Marxist Abendroth schon vor der Verbotsentscheidung gegen die KPD unter dem Titel „Zurück zum Sozialistengesetz? Der ‚verfassungsfeindliche' Marxismus und Ritter von Lex"[13] sich vehement gegen die Absichten der Bundesregierung zur Wehr gesetzt, so meldete er sich kurz nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes erneut „Zum Verbot der KPD" zu Wort.[14] Getreu seinem Versprechen beim Verlassen der SBZ 1948, „niemals irgendeiner antikommunistischen Position Handlangerdienste zu leisten".[15]

Nachdem ihm die schriftliche Begründung des KPD-Verbotsurteils vorlag, äußerte sich Helmut Ridder 1957 im Beitrag „Streitbare Demokratie?" zu „diesem für die westliche Verfassungswelt einzigartigen Ereignis"[16]. Seitdem hat Helmut Ridder zunehmend den Partei-, Organisations-, Berufsverbietern die Normen des Grundgesetzes entgegengehalten und kämpfte für rechtsstaatliche Grundlagen der Demokratie. 1965 erschien seine grundlegende Arbeit „*Grundgesetz, Notstand und politisches Strafrecht*".[17] In der Auseinandersetzung über die Relegalisierung, also die gesetzeskonforme Wiederzulassung der im August 1956 verbotenen KPD nahm Ridder bewusst Partei und unterbreitete verfassungskonforme Vorschläge.[18]

Als im Vorfeld der Gründung der DKP der Entwurf eines Programms der Kommunistischen Partei Deutschlands, der am 8. Februar 1968 auf einer Pressekonferenz vorgelegt werden sollte und von den Strafbehörden eingezogen, und die „*Deutsche Volkszeitung*", die ihn abgedruckt hatte, beschlagnahmt wurde, wandten sich beide, Abendroth und Ridder, gegen diesen verfassungsmäßig anfechtbaren Akt der Meinungsunterdrückung und warnten zugleich, so Ridder, vor der „Schnappmechanik der Mausefalle, in der die DKP konstituiert wurde."[19]

Einen gewissen gemeinsamen Höhepunkt ihrer Aktivitäten bildete das 1968 in der rororo-

---

12 W. Abendroth: Vorbereitung zum Hochverrat, in: *Die Andere Zeitung*, Hamburg, 1. Jg., (1955), Nr. 12 vom 28. Juli 1955, S. 5.

13 In: *Die Andere Zeitung*, Hamburg, 1. Jg., (1955), Nr. 15 vom 18. August 1955, S. 1-2.

14 In: *Sozialistische Politik*, 1956, Nr. 9, S. 4 ff. Nachdruck in: W. Abendroth: Arbeiterklasse, Staat und Verfassung, a. a. O., S. 93-99. Vgl. auch den Aufsatz W. Abendroth: Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts. Ein Beitrag zum Problem der richterlichen Interpretation von Rechtsgrundsätzen der Verfassung im demokratischen Staat, *Zeitschrift für Politik*, 1957, S. 350 ff, abgedruckt in: W. Abendroth: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, 2. Aufl. Neuwied 1972, S. 139 ff.

15 Zit. nach: *junge Welt* vom 22.9.2005, S. 14.

16 H. Ridder: Streitbare Demokratie? In: *Neue Politische Literatur*, Sp. 352 f. Wiederbewaffnung und KPD-Verbot dürften die beiden Auslöser gewesen sein, die Helmut Ridder, den glänzenden Juristen, zum „Heinrich Heine der deutschen Verfassungsrechtswissenschaft" gemacht haben.

17 Erschienen 1965 in Frankfurt/Main.

18 Siehe: H. Ridder: Aktuelle Rechtsfragen des KPD-Verbots, Neuwied und Berlin 1966.

19 H. Ridder: Neue Nachricht vom Aufhören des Verfassungsrechts neben einem Vorschlag, wie Abhilfe zu schaffen ist. In: *Kritische Justiz*, Heft 3/1970, S. 257-272. Siehe auch W. Abendroth: Information – Recht und Pflicht der Presse, Beschlagnahme der „Deutschen Volkszeitung" war unter allen Umständen unzulässig, in: *Deutsche Volkszeitung*, 16. Jg., (1968), Nr. 10 vom 8. März 1968, S. 2.

Aktuell-Reihe gemeinsam herausgegebene Buch „*KPD-Verbot oder mit Kommunisten leben*?“[20] Es enthielt auch beider Referate auf der Konferenz über die Problematik des KPD-Verbots vom 6./7. Mai 1967 in Düsseldorf. Abendroth steuerte dazu einige Bemerkungen zur politischen Funktion des KPD-Verbotes bei[21]. Das KPD-Verbot war, so Abendroth, ein weiterer Schritt, von den Ergebnissen der Potsdamer Konferenz abzurücken, und andererseits dazu ausersehen, die zunächst relativ starke Volksstimmung gegen die Remilitarisierung zu brechen. Darüber hinaus wurde das KPD-Verbot eingesetzt, um „sozialistische Zielsetzungen allgemein nicht nur zurückzudrängen, sondern in den Verdacht der Kriminalität zu bringen“.[22] „Die Kriminalisierung einer Partei, die vom ersten bis zum letzten Tage des Dritten Reiches eine führende Rolle im Widerstandskampf gespielt hatte, war endlich geeignet, die faktische Liquidation der Entnazifizierung und die sich zur gleichen Zeit vollziehende Eingliederung von früheren Mitgliedern der NSDAP in den Staatsapparat und bald auch in Führungsstäbe der politischen Parteien der Beobachtung durch die Öffentlichkeit zu entziehen.“[23]

Die sozialpsychologischen und rechtlichen Fernwirkungen des KPD-Verbots haben, so Abendroth, „alle linkssozialistischen und linksdemokratischen Bestrebungen getroffen, weil sie in den Verdacht gebracht werden konnten, in der Nähe der KPD zu stehen“.[24]

Dies hat sich bis zum Jahre 2005 nicht geändert, wie z. B. die Verfassungsschutzberichte über die VVN/BdA und Teile der Linkspartei-PDS belegen. Will Deutschland die Probleme seiner gegenwärtigen Krise in demokratischer Weise lösen, so muss sie, wie Abendroth bereits 1968 betonte, „bestrebt sein, den freien Spielraum der politischen Diskussion und die Liberalität seines gesellschaftlichen Systems durch Wiederzulassung der einst verbotenen Partei wiederherzustellen, die mindestens seit der Erklärung der zwölf kommunistischen Parteien von 1956 sich auch programmatisch zur Fortentwicklung der parlamentarischen Demokratie bekennt.“[25]

Als die DKP 1986 in Bonn des 30. Jahrestages des KPD-Verbotes gedachte, war Helmut Ridder zusammen mit Otto Schönfeldt wieder zur Stelle – Wolfgang Abendroth leider nicht. Er war vorher, am 15. September 1985, gestorben. Ridder bezeichnete das KPD-Verbotsverfahren, ohne selbst Kommunist zu sein, als einen „Prozess gegen den Marxismus-Leninismus“[26]. Wohl hatte der Vorsitzende des Bundesverfassungsgerichts 1956 die von ihm selbst zweifellos für zutreffend gehaltene Schutzbehauptung aufgestellt, der zufolge „als Wissenschaftslehre“ „die Doktrin des Marxismus-Leninismus nicht Gegenstand des gerichtlichen Verfahrens“[27] sei – im KPD-Urteil freilich steckte, so Ridder, „eine flagrante Verletzung der grundrechtlich geschützten Wissenschaftsfreiheit (Art. 5, Abs. 3 GG), die ein Verbot der Definition des Wissenschaftsbegriffs durch den Staat beinhaltet“.[28] Der „Leitsatz“, demzufolge es einer politischen Partei

---

20 W. Abendroth/H. Ridder/O. Schönfeldt: KPD-Verbot oder mit Kommunisten leben? Reinbek b. Hamburg 1968. Darin u. a.: Helmut Ridder: Möglichkeit und Notwendigkeit der Wiederzulassung der KPD S. 59-67; Helmut Ridder: Gibt es nach dem geltenden Recht der Bundesrepublik Deutschland Möglichkeiten einer „Legalisierung“ der KPD? S. 108-110.

21 W. Abendroth: Einige Bemerkungen zur Analyse der politischen Funktion des KPD-Verbotes. In: KPD-Verbot oder mit Kommunisten leben, a. a. O., S. 27.

22 Ebenda.

23 Ebenda. Siehe auch den grundsätzlichen und ausführlichen Überblick über die Geschichte und Funktion des Antikommunismus W. Abendroth: Zur Rolle des Antikommunismus heute. (Verbesserte Fassung des in den *Marxistischen Blättern* 5/1973, S. 24-32 erschienenen Aufsatzes) in: *Das Argument*, 16. Jg., (1974), Nr. 87, (November), H. 7-9, S. 634-645.

24 W. Abendroth: Einige Bemerkungen, a. a. O., S. 29.

25 Ebenda.

26 H. Ridder: Land der unbegrenzten Widersprüche, Auszüge aus einer Rede bei einem Pressegespräch vom 15.8.1986 aus Anlass des 30. Jahrestages des KPD-Verbotsurteils, veranstaltet von der DKP in Bonn in: *Deutsche Volkszeitung/die tat*, Nr. 34 vom 22. August 1986, S. 10.

27 Zit. nach ebenda.

28 Ebenda.

untersagt sein kann, „betrachtend gewonnene Erkenntnisse ... in ihren Willen“ aufzunehmen und zu „Bestimmungsgründen ihres politischen Handelns“ zu machen, ist juristisch dümmlich, logisch absurd und politisch abenteuerlich, oder wie Ridder erklärte, schlicht „hanebüchen“. Ein gebildeter, der Aufklärung verbundener westeuropäischer Intellektueller wie Ridder konnte sich solche interpretative Vorkehrungen des Art. 21 Abs. 2 GG „nur aus der hartnäckigen, seit 200 Jahren allen deutschen Regimen innewohnenden und sie alle überdauernden *Negierung* der kontinental-europäischen Revolution“[29] erklären, genauer: In Deutschland sei man „nie bereit gewesen, den geschichtlichen Preis für ihre Emanzipation zu zahlen, d. h. die seit 1789 notwendig mit dem Begriff von Demokratie verbundene Freiheit der Manifestation von Regime-Kritik und ‚Fundamentalopposition‘, der Infragestellung sog. Grundkonsense und des Widerspruchs gegen Selbsternennung von Monopol-Demokraten zu gewähren oder das Gebrauchmachen von einer solchen Freiheit sanktionslos hinzunehmen“.[30]

Der bornierte Slogan „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“ solle nun auch als „Modell Deutschland“ exportiert werden. Ridder warf dem herrschenden deutschen Bewusstsein nicht weniger als Geschichtsblindheit in Form basishistorischer Ignoranz vor: War die Aufrollung der politischen Parteien 1933 „sozusagen generalstabsmäßig mit der Inhaftierung der kommunistischen Reichstagsabgeordneten“ begonnen worden, „um schnell und zügig gegen immer geringer werdenden Widerstand alle politischen Parteien zu erfassen, bis schließlich sogar die Deutschnationalen sich veranlasst sehen konnten die Überflüssigkeit ihrer eigenen parteiförmigen Weiterexistenz zu beschließen“[31], so brauchte jetzt nur die KPD verboten zu werden, „um allenthalben die neurotische Abgrenzung nach ‚links‘ zu stimulieren“[32].

Bitter beklagte Helmut Ridder die Praxis von Entschädigung und Wiedergutmachung für im „Dritten Reich“ verfolgte Kommunisten. Nur wer sich rechtzeitig „vom Kommunisten zum Konformisten“ gewandelt habe, habe Anspruch auf einen „Judaslohn für Verrat“[33]:

„In diesem unserem Land mit seinem zwiespältigen und unehrlichen Verhältnis zur nazi-deutschen Vergangenheit wird die sog. Wiedergutmachung für nationalsozialistisches Unrecht, überhaupt nicht für Verfolgung, sondern unter der Bedingung des Verfolgtgewesenseins für den Verzicht auf Systemkritik geleistet.“[34]

Vergangenheitsverfälschung als Ausdruck nicht des an sich angemessenen Gedächtnisses „historischer Zeitzeugenschaft“, sondern eines antikommunistischen „ideologischen Gedächtnisses“ wurde über die Assoziationskette DKP-KPD-Moskau-Stalin wirksam in Aktion gesetzt. Die Wiederbeschwörung der „Gefahr aus dem Osten“ sollte der Rechtfertigung des Überfalls auf die Sowjetunion 1941 dienen, damit dieser dann, mal abgesehen von einigen, gewiss bedauerlichen Exzessen, dem Grunde nach „eine gute, gerechte und notwendige, wenn auch leider erfolglose (aber es ist ja noch nicht aller Tage Abend) Unternehmung geworden ist“.[35]

Die Gründung der DKP sei im Verhältnis zur Wiederzulassung der KPD nicht etwa ein *Minus*, sondern ein *Teil der Wiederzulassung*. So gebe es tatsächlich die, wenn nicht politisch surrealistische, so doch juristisch absurde Situation einer durch Verbot illegalisierten und einer durch Nicht-Verbot in der Legalität gehaltenen kommunistische Partei.

---

29 Ebenda.
30 Ebenda.
31 Ebenda.
32 Ebenda.
33 Ebenda.
34 Ebenda, Ridder bezieht sich hier auf den Rechtsstreit vor der I. Entschädigungskammer des Landgerichts Köln aus dem Jahre 1980, in dem er ein 44-seitiges Gutachten für den Kläger Max Schäfer (DKP) vorlegte.
35 Ebenda.

„Da diese Parteien miteinander identisch sind, ist die reale Partei *gleichzeitig legal und illegal*. Und weil die KPD nach wie vor ‚verfassungswidrig' ist, ist die DKP das auch und hat die ungeschmälerte Last der ‚Verfassungswidrigkeit' zu tragen."[36]

Das Fazit von Helmut Ridders kritischen Hinweisen 1986: „Zu der wichtigsten Voraussetzung für die Entgiftung des ideologischen Haushalts, für die Entstrickung der BRD aus dem Sumpf der Selbstbelügung, für die unendliche Herstellung von demokratischen Verhältnissen und republikanischem Bewusstsein, für den Frieden in Europa und für die Löschung des deutschen Namens aus dem Buch der Schande gehört die ehrliche Aufhebung des ‚KPD-Verbots' vom 17. August 1956."[37]

Sowohl im Kampf gegen das bundesverfassungsgerichtliche KPD-Verbot und die sog. Berufsverbote, „die partielle Demokratieverbote sind und den politischen Verkehrsformen Westeuropas diametral entgegengesetzt sind"[38], im Kampf gegen eine Notstandsgesetzgebung, die zum Diktaturartikel der Weimarer Reichsverfassung zurückkehren wollte, standen Wolfgang Abendroth und Helmut Ridder an der Seite der außerparlamentarischen Opposition, zu der bis zum Düsseldorfer Prozess auch das Friedenskomitee der Bundesrepublik gehörte.

Streitpunkt v. Brünneck: Eine Buchkritik

Den „ganzen Umfang jener Welle der öffentlichen Kommunistenhatz, die seit dem Berufsverbotserlass Adenauers im September 1950 und seit dem ersten Strafrechtsänderungsgesetz 1951 das Leben der Bundesrepublik (auch damals in eindeutiger Verletzung und Verhöhnung ihrer Verfassung) bestimmt hat"[39], gezeigt zu haben, ist zweifellos das unbestreitbare und unbestrittene Verdienst von Alexander von Brünneck[40].

Wer weiß heute, so fragt Abendroth in einer Besprechung dieses Buches, „daß die konsequente Illegalisierung der KPD keineswegs mit dem KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts begonnen hat, sondern in der Praxis schon 1950 einsetzte und daß sie seit 1951 besiegelte Tatsache war? Wer erinnert sich heute noch, daß 6.000 bis 7.000 Kommunisten strafrechtlich verurteilt worden sind und daß 125.000 staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren liefen, bevor das alles 1968 durch Krise, Studentenrevolte und eine Änderung der weltpolitischen Machtverhältnisse (wenn auch nur für kurze Zeit) vom Tisch gewischt wurde?"[41]

In v. Brünnecks Arbeit können – so Abendroth weiter – belegt und unwiderlegbar die Fakten gefunden werden, „wie und in welcher Weise Bundesgerichtshof und Oberlandesgerichte Interpretationsmethoden entwickelt haben, die allen Repetitionen z. T. erst durch das Dritte Reich geschaffener Strafrechtsnormen zur vollen Konsequenz des alten Geistes des Antikommunismus (und Antimarxismus) geführt haben, die uns als ‚erstes Strafrechtsänderungsgesetz' verordnet wurden. Alle ‚staatstragenden Parteien' (einschließlich der SPD, die aber – vor Godesberg – trotzdem für CDU und FDP noch für 15 Jahre als Inkarnation des marxistischen Teufels galt) waren sich damals schon einig in der groben Verletzung des Verfassungskompromisses von 1949 und seiner ‚freiheitlich demokratischen Grundordnung'. ‚Westorientierung' und die Hysterie des Korea-Krieges hatten auch die ‚rechtsstaatlichen' Juristen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion farbenblind gemacht, natürlich erst recht die große Mehrheit der

---

36 Ebenda.

37 Ebenda.

38 Etwas von der Zukunft, die schon begonnen hat, *Rede* aus Anlass des 30-jährigen Bestehens des Pahl-Rugenstein Verlages Köln am 27. November 1987 in Köln, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 33. Jg., Heft 1/1988, S. 23.

39 W. Abendroth: Nur wer kämpft, kann siegen. Wolfgang Abendroth stellt zwei Bücher vor, die jeder Demokrat gelesen haben müsste. In: *konkret*, 5/1979, S. 26.

40 A. von Brünneck: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968. Mit einem Vorwort von E. Denninger, Frankfurt/Main 1978.

41 Ebenda.

bürgerlichen Demokraten.“[42]

Und doch kritisierte Abendroth Alexander von Brünneck, weil dieser meinte, das Prinzip rechtsstaatlichen Denkens sei zwar durch die Kommunistenjagd gelegentlich und gleichsam randständig beeinträchtigt, aber nicht aufgehoben worden. Das sei teilweise, aber eben nur teilweise richtig, folglich auch teilweise falsch. Es erscheine Brünneck nur so, weil er „diese ersten Jahrzehnte der BRD nur mit dem Faschismus vergleicht, nicht aber mit der politischen Ausnahmegesetzgebung des Kaiserreiches, in der die liberale Bourgeoisie in einem obrigkeitsstaatlichen System noch grundsätzlich rechtsstaatliche Prinzipien in eigenem Interesse zu schützen hatte – trotz ihrer Zustimmung zu den Sozialistengesetzen.“[43] Hätte v. Brünneck nämlich historisch angemessen vergleichend gewertet, dann würde auch er – so Wolfgang Abendroths höchstbedenkenswerter Hinweis – bemerkt haben müssen, „daß die Intensität der Verfolgung der Kommunisten in der BRD vielfach größer war als die der Sozialdemokraten damals (wie ein einfacher statistischer Vergleich der Zahl der Verurteilten sofort ergeben hätte) und daß auf die Sicherung individueller Freiheit durch den Rechtsstaat in der BRD viel weniger Rücksicht genommen wurde als einst in der Monarchie“.[44]

Brünneck räumte wohl „Kontinuität antikommunistischen Denkens im Dritten Reich und in der Bundesrepublik und die personelle Kontinuität der Verfolgungsapparate im ‚Verfassungsschutz‘, den Anklagebehörden und in der Richterschicht und nicht zuletzt der Professorengruppe, die deren Nachwuchs auszubilden hatte“, ein.[45] Die politische Funktion der Kommunistenjagd werde von Brünneck jedoch nur teilweise erkannt.

„Zum Beispiel ist es schlicht unrichtig, daß die 125.000 Ermittlungsverfahren sich im gleichen Maße wie die 6-7.000 Verurteilungen hauptsächlich nur gegen Parteikommunisten gerichtet hätten.“[46]

Und am eigenen persönlichen Beispiel betont der sich seiner Vorrechte bewusste Wolfgang Abendroth, daß er selbst nicht nur als Mitglied der SPD, nicht nur als Ordinarius einer Universität, sondern in jenen „kalten Zeiten“ (Christian Geissler) auch als Mitglied des Bremischen und Hessischen Staatsgerichtshofes (1949-1963) politisch verfolgt wurde.

„Gleichwohl wurde von den politischen Anklagebehörden gegen mich ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und erst nach fast zwei Jahren eingestellt. In wieviel stärkerem Maße werden“, so fragt Abendroth, „davon einfache Funktionäre der Gewerkschaften und der SPD betroffen worden sein?“[47]

Das Buch habe wohl angemessen bewertet, welche Terrorwirkung „Ermittlungsverfahren“ damals hatten und haben sollten.

„Aber v. Brünneck ist weithin der Gefangene der bundesrepublikanischen herrschenden

---

42 Ebenda.

43 Siehe: W. Abendroth: Zurück zum Sozialistengesetz? Der „verfassungsfeindliche“ Marxismus und Ritter von Lex? In: *Die Andere Zeitung* 1955, Nr. 15, S. 1 f. Erneut abgedruckt in: J. Perels (Hrsg.): Wolfgang Abendroth. Arbeiterklasse, Staat und Verfassung. Materialien zur Verfassungsgeschichte und Verfassungstheorie der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1975, S. 70-74; ders.: Das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ vom 21. Oktober 1878. Sozialökonomischer Hintergrund und Analyse, in: Diether Döring und O. E. Kempen (Hrsg.), Sozialistengesetz, Arbeiterbewegung und Demokratie, Frankfurt/M. 1979, *Referat*: S. 13-27, *Diskussionsbeiträge* S. 97-101, S. 103-106, S. 111-114.

44 W. Abendroth: Nur wer kämpft, kann siegen, a. a. O., S. 26.

45 Ebenda.

46 Ebenda, S. 27. Nach den Erhebungen des ver.di Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie, Berlin-Brandenburg im Jahre 2005, beliefen sich die Ermittlungsverfahren gegen etwa 200.000 Personen, von denen etwa 10.000 verurteilt wurden. In: Die vergessenen Opfer des Kalten Krieges, Berlin 2005.

47 W. Abendroth: Nur wer kämpft, kann siegen, a. a. O., S. 27.

Ideologien in Bezug auf den politischen (und klassenpolitischen) Sinn der Kommunistenhatz geblieben, deren Hauptfunktion es war, die gesamte Arbeiterbewegung, auch die SPD und die Gewerkschaften nach rechts und in die Gleise der aus dem Dritten Reich überkommenen antikommunistischen Hysterie zu schieben, um die Wiederaufrüstung und die Restauration in der BRD abzusichern und um solange wie irgend möglich die Wiederentwicklung von Klassenbewusstsein in der abhängig arbeitenden Klasse unmöglich zu machen und jede Erinnerung an freie demokratische Diskussionen auszulöschen.“[48]

Von der Einschränkung dieser freien und demokratischen Diskussion war seit 1950 auch das „Westdeutsche Friedenskomitee“ zunehmend und verfassungswidriger Weise betroffen.

Entstehung und Entwicklung des westdeutschen Friedenskomitees

Ende Februar 1949, am 25.2.1949 erließen zwei Organisationen – das aus dem „Internationalen Kongress der Geistesschaffenden“ in Wrocław, dem ehemaligen Breslau, hervorgegangene „Internationale Verbindungsbüro der Intellektuellen für den Frieden“ und der „Internationale Demokratische Frauenbund“ – einen „Appell zur Einberufung eines Weltkongresses der Kämpfer für den Frieden“. Dieser „Erste Weltkongress der Kämpfer für den Frieden“, zu dem Vertreter aus allen Erdteilen erschienen waren, fand vom 20. bis 25.4.1949 in zwei getrennten Veranstaltungen in Paris und Prag statt. Am 4. April 1949 hatten die Westmächte einen Militärpakt, die NATO, gegründet, die das bis dahin bestehende Bündnis der Anti-Hitler-Koalition endgültig aufhob. Dies war der Auftakt für die Wiederaufrüstung in Westdeutschland. Auf dem Hintergrund dieser Situation fand der Ruf zu einem Weltfriedenskongress breite Zustimmung. 2.200 Delegierte aus 72 Ländern beschlossen die Bildung eines Weltkomitees und nationaler Friedensbewegungen in allen Ländern.

Nach ihrer Rückkehr vom „I. Weltkongress“ gründeten die sowjetzonalen Teilnehmer in Ostberlin das „Deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden“. Dieses änderte seine Bezeichnung Ende 1950 in „Deutsches Friedenskomitee“ (DFK), am 12.1.1953 in „Deutscher Friedensrat“ (DFR) und 1956 in „Friedensrat der DDR“. Den Vorsitz des DFK übernahmen die Schriftsteller Johannes R. Becher, Anna Seghers und Arnold Zweig. Erster Generalsekretär des Komitees wurde der nach Kriegsende aus der Emigration zurückgekehrte Schriftsteller Heinz Alfred Stern-Astor. Sein Nachfolger wurde von 1950 bis 1966 Heinz Willmann. Zu dem Komitee[49] gehörten ferner die leitenden Funktionäre verschiedener Massenorganisationen, so der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ), der „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ und des „Demokratischen Frauenbundes Deutschlands“[50].

In der Bundesrepublik bildeten nach dem „I. Weltkongress“ 95 bekannte Persönlichkeiten am 5. Mai 1950 unter dem Vorsitz des Schriftstellers Dr. Adolf von Hatzfeld im Bonner Rathaus das „Vorbereitende Komitee der Kämpfer für den Frieden“, aus dem sich noch im gleichen Jahr das „Westdeutsche Friedenskomitee“ (FK) und 1956 das Friedenskomitee der Bundesrepublik entwickelte. Als Dr. v. Hatzfeld 1950 aus Gesundheitsrücksichten den Vorsitz niederlegte, wurden Erwin Eckert und Edith Hoereth-Menge zu Vorsitzenden des WFK gewählt.

Vom 16. bis 18.8.1950 tagte das „Komitee des Kongresses der Kämpfer für den Frieden“ in Prag, benannte sich dort in „Weltfriedenskomitee“ um und beschloß die Abhaltung eines neuen Weltkongresses. Dieser fand vom 16. bis 22.11.1950 in Warschau als „II. Weltfriedenskongress“ statt. Dort wurde der Weltfriedensrat (WFR) gewählt, ein ständiger Ausschuss von

---

48 Ebenda.

49 Siehe U. Rathje/Ch. Stamm: „Einheit von Sozialismus und Frieden“. Zur Entstehung und Entwicklung des Friedensrates der DDR (Bestand DZ9). In: *Mitteilungen aus dem Bundesarchiv*, 2/2004. Dort finden sich für die weitere Aufarbeitung Angaben zu den Beständen des Friedensrates im Bundesarchiv.

50 Siehe Geschichte des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD). Hrsg. vom Bundesvorstand des DFD. Leiterin des Autorenkollektivs: M. Ehlenbeck, Berlin 1989.

Vertretern aus 58 Staaten, der sich noch auf dem Kongress konstituierte und ein Büro mit dem französischen Kommunisten Jean Lafitte als Generalsekretär errichtete. Zum Präsidenten des WFR wurde der französische Physiker und Nobelpreisträger Prof. Frédéric Joliot-Curie[51] gewählt. Zu den deutschen Ratsmitgliedern gehörten außer den genannten Vorsitzenden des DFK auch dessen Generalsekretär Willmann sowie die im Düsseldorfer Prozess angeklagten Eckert, Edith Hoereth-Menge und Diehl.

Der Warschauer Kongress richtete eine Adresse an die Vereinten Nationen sowie an alle Regierungen und erließ ein Manifest, das zum Zusammenschluss für den Kampf um den Frieden aufrief und die Beendigung der Kämpfe in Korea, die Vereitelung des Versuchs, Deutschland und Japan „in Kriegsbrandherde zu verwandeln", das Verbot der Atomwaffen und der Kriegspropaganda sowie eine allgemeine Abrüstung forderte.

Zu den Mitgliedern des WFR gehörten unter anderen so namhafte Intellektuelle wie Frédéric Joliot-Curie und Irène Joliot-Curie, Frankreich, beide Nobelpreisträger für Physik, Professor am „Collège de France", der eine (Präsident) und an der Sorbonne die andere; Vizepräsidenten waren u. a. John Desmond Bernal, Großbritannien, Mitglied der „Royal Society", Physiker, Professor der Kristallographie[52], der ehemalige Präsident der Republik Mexiko (1934-1940) Lázaro Cárdenas, der sowjetische Schriftsteller Ilja Ehrenburg, der ehemalige Minister und Vorsitzende der Sozialistischen Partei Italiens, Pietro Nenni, der türkische Dichter Nazim Hikmet[53], der tschechische Professor der Theologie und Mitglied des Ökumenischen Rates der Kirchen Josef Hromádka, die belgische Literaturwissenschaftlerin Isabelle Blume, der ehemalige Vorsitzende des Londoner Gegen-Reichstagsbrandprozesses und Kronanwalt und Präsident der Internationalen Vereinigung demokratischer Juristen D. N. Pritt, die ehemalige Vertreterin Australiens auf der konstitutiven Konferenz der UN in San Francisco 1945, Jessie Street, der chilenische Arzt und spätere Präsident Chiles, Salvador Allende, der chilenische Dichter Pablo Neruda, die DDR-Schriftsteller Johannes R. Becher, Bertold Brecht, Anna Seghers und Arnold Zweig, die französischen Schriftsteller Louis Aragon, Jean Paul Sartre und Vercors (Jean Bruller), der österreichische Schriftsteller und ehemalige Minister Ernst Fischer, der spanische Maler und Bildhauer Pablo Picasso, der ungarische Schriftsteller und Philosoph Georg Lukács, der US-amerikanische Schriftsteller Howard Fast und der Sänger und Doktor der Rechte Paul Robeson.[54] Sechs der internationalen Ratsmitglieder traten im Düsseldorfer Prozess als Zeugen der Verteidigung auf.

In der DDR hatte das „Deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden" in den Ländern, Kreisen und Gemeinden sowie in den Betrieben zahlreiche örtliche Friedenskomitees gegründet. Noch vor der Warschauer Tagung hielt dieses Komitee am 4. und 5.11.1950 in der Berliner Staatsoper den „Ersten Kongress der deutschen Kämpfer für den Frieden" ab, an dem, laut Anklageschrift[55], angeblich auch 755 Delegierte aus der Bundesrepublik teilnahmen. Becher hielt

---

51 1955 unterzeichnete er ein Manifest für die Abschaffung aller Atomwaffen. Mitunterzeichner waren Max Born, Percy Bridgeman, Albert Einstein, Leopold Infeld, Hermann Muller, Linus Pauling, Cecil Powel, Josef Rotblat, Bertrand Russell und Hideki Yukawa.

52 Siehe das ehrende Gedenken an das „kommunistische Universalgenie" John Desmond Bernal in der Autobiographie von E. Hobsbawm, Gefährliche Zeiten, München 2002, S. 213 f.

53 Es war Nazim Hikmet als Vorsitzender einer internationalen Jury, der zusammen mit dem Präsidenten des Weltfriedensrates, John D. Bernal, die Verleihung der „Goldenen Friedensmedaille" an Erwin Eckert „für seinen hervorragenden Beitrag für den Frieden und für die Völkerfreundschaft" aus Anlass des 10-jährigen Bestehens der Weltfriedensbewegung im Jahre 1959 unterzeichnete.

54 Siehe: Weltfriedensbewegung. Dokumente und Entschließungen. Herausgegeben vom Deutschen Friedensrat, Berlin o. J. (vermutlich 1956).

55 Die Darstellung der Entstehung des FK der BRD im Rahmen des WFR folgt teilweise der 223 Seiten umfassenden Anklageschrift des Generalbundesanwalts Max Güde vom 29.12.1958. Die Wertung des Generalbundesanwalts, die Sowjetunion habe im Zusammenhang mit der Kritik am Verhalten der USA

das Hauptreferat über „Die deutsche Verantwortung für den Frieden“.

Oberstes Organ des WFK war bis zur 11. Plenartagung im Juni 1956 in Stuttgart die „Plenartagung“, zu der die Delegierten der Landes-, Kreis- und Ortskomitees gehörten. Die Plenartagung hatte das Präsidium zu wählen, das aus 30-40 Personen bestand und durchschnittlich alle sechs Monate zusammentrat. Dieses wiederum wählte seinerseits den Arbeitsausschuss, der jeden Monat tagte und aus der Mitte des Präsidiums gewählt wurde. Zu ihnen zählten u. a. die Angeklagten Eckert und Edith Hoereth-Menge und Walter Diehl. Der Arbeitsausschuss sollte zwischen den Sitzungen des Präsidiums die Linie des WFK bestimmen und über organisatorische Fragen beraten und entscheiden. Unter den wachsamen Augen des Verfassungsschutzes – die Ermittlungen gegen das FK hatten bereits im Februar 1952 begonnen – entwickelte das FK seine Tätigkeit gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und für konventionelle und atomare Abrüstung im Allgemeinen.

Wie Professor J. D. Bernal, Nachfolger des verstorbenen Präsidenten des WFR Frédéric Joliot-Curie, im Düsseldorfer Prozess feststellte, wurde jedoch „keines der Friedenskomitees [...] in einem demokratischen Land der Erde verboten oder ihre Vertreter angeklagt und vor Gericht gestellt.“[56]

Der Düsseldorfer Prozess

Dieser bislang längste politische Strafprozess zog sich vom Beginn der Ermittlungen im Frühjahr 1952 bis zum Herbst 1965 hin, als das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsbeschwerde der Verurteilten nicht zuließ. Vom 10. November 1959 bis 8. April 1960 tagte vor dem Düsseldorfer Landgericht der Prozess gegen 7 Aktivisten des Westdeutschen Friedenskomitees. Sie waren als „Rädelsführer“ einer „verfassungsfeindlichen“ Organisation angeklagt und verurteilt.

Vorausgegangen war das staatspolitisch Übliche: Jahrelange Ermittlungen, Vernehmungen und Hausdurchsuchungen durch Staatsanwaltschaft und politische Polizei. Allein Erwin Eckert wurde vom 26. Oktober 1956 bis zum 30. November 1956 vierzehnmal eingehend vernommen. Die Protokolle der Vernehmungen von Eckert umfassen 120 Seiten.

Am 29.12.1958 hatte schließlich der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Max Güde (CDU), die Eröffnung des Hauptverfahrens beantragt. Am 2. März 1959 wurde das Friedenskomitee der Bundesrepublik im Bundesland Nordrhein-Westfalen verboten. Nach 56 Verhandlungstagen verurteilte die IV. Große Sonderstrafkammer beim Landgericht Düsseldorf alle Angeklagten wegen „Staatsgefährdung“. Die Angeklagten wurden des „Vergehens der Rädelsführerschaft einer verfassungsfeindlichen (sic) Vereinigung nach § 90a StGB“ für schuldig befunden. Fallengelassen wurden die in der Anklageschrift erhobenen Anschuldigungen wegen geheimbündlerischer Tätigkeit (damaliger § 128) und „Rädelsführerschaft“ einer „kriminellen Vereinigung“ (§ 129).

Das Urteil umfasst 168 Seiten. Kennzeichnend für die nachhaltige politische Tendenz des gesamten Urteils ist die handschriftliche Korrektur auf Seite 46; beim Nachlesen mußte wohl einem der beteiligten Richter aufgefallen sein, daß die ursprüngliche Formulierung „kommunistischer Funktionär“ Gesinnungsjustiz assoziiert. Also wurde sie handschriftlich durchgestrichen und durch die scheinbar weniger angreifbare, wohlausgewogener klingendere Formel vom Verdacht „staatsgefährdend tätig“ zu sein, ersetzt. Die „Staatsgefährdung“ aber sollte nach dem

---

im Koreakrieg die Absicht verfolgt, den WFR zu einer „kommunistischen UNO“ umzugestalten, ist absurd. Die Anklageschrift befindet sich in der Sammlung „Erwin Eckert“ im Privat-Archiv Balzer (PAB).

56 H. Kraschutzki (Hrsg.): Staatsgefährdung? Ein dokumentarischer Bericht über den Düsseldorfer Prozess gegen Angehörige des Friedenskomitees der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 1961. S. 86. Inzwischen im Max-Stirner-Archiv-Leipzig.

Urteil (S. 149 ff.) darin bestanden haben, „die breite Masse des Volkes mit der Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik unzufrieden zu machen."

Diese abenteuerliche Gleichsetzung von Verfassungswirklichkeit und Verfassungsrecht kann nur das Produkt einer besonderen „deutschen juristischen Weltanschauung" (Ridder) sein. Dieses „Rechtsdenken" kann ggf. gegen alle mit der Verfassungswirklichkeit unzufriedenen Kräfte zum Zuge kommen.

Das langwierige Revisionsverfahren der Verteidiger vor dem für Strafsachen als Revisions(letzt)instanz zuständigen Bundesgerichtshof (BGH)[57] führte lediglich zur Umwandlung der Gefängnisstrafe für Walter Diehl von einem Jahr zu neun Monaten Gefängnis. Im Übrigen wurde das Urteil der Sonderstrafkammer des Landgerichts Düsseldorf vom 8. April 1960 bestätigt.

Die von den Angeklagten eingelegte Verfassungsbeschwerde gegen die Urteile des BGH und des Landgerichts Düsseldorf, die Walther Ammann für die Verurteilten begründete[58], wurde vom Bundesverfassungsgericht 1965 „wegen Fristversäumnis" nicht zugelassen. Das – wenn man so will – einzig für die Angeklagten Positive an sämtlichen Verfahren: Keiner der Verurteilten mußte ins Gefängnis.

Solidarität

Solidarität erfuhren die Angeklagten im Düsseldorfer Prozess durch die in- und ausländischen Zeugen der Verteidigung und durch zahlreiche Besucher, die als Prozessbeobachter, teilweise von weither angereist, im Gerichtssaal waren. Wenn im Folgenden die Solidarität mit Eckert exemplarisch im Vordergrund steht, so hat dies einen einfachen Grund. Seit dem Tode von Eckert im Jahre 1972 betreut der Verfasser seinen Nachlass, in dem sich alle im Buch veröffentlichten Dokumente sowie die Zeichen der Solidarität für Eckert befinden.

Wenige Tage vor dem Beginn des Düsseldorfer Prozesses erhielt der siebenundsechzigjährige Erwin Eckert einen Brief seines Freundes und Mitstreiters aus der Weimarer Zeit, Emil Fuchs[59]. Dieser, seit den zwanziger Jahren ein überzeugter Pazifist und religiöser Sozialist, nunmehr emeritierter Theologie-Professor an der Leipziger Universität, wohin der 75-jährige Emil Fuchs 1949 aus Enttäuschung über die restaurative Entwicklung in Westdeutschland übergesiedelt war, schrieb Eckert am 17. Oktober 1959: „Nun bist Du wieder in Gefahr und mit Verfolgung bedroht. Als ich die Nachricht las, standen in meiner Erinnerung alte Zeiten wieder auf, in denen Deine Freunde um Dich bangten und gleichzeitig sich Deiner Tapferkeit freuten, mit der Du immer wieder die Sache der Unterdrückten, der Wahrheit, der Brüderlichkeit und des Friedens der Menschheit vertreten hast – und so wirksam vertreten hast, daß die Machthaber keinen anderen Weg wussten, als mit den Mitteln ihrer Gewalt gegen Dich vorzugehen. Allerdings – ich bin auch aufs tiefste schmerzlich erschüttert, daß nach allem, was geschehen ist, in unserem deutschen Volke immer noch das Wollen von solchen Menschen, wie Du es bist, noch so wenig

---

57 Siehe Urteil des Bundesgerichtshofes, auszugsweise abgedruckt in: *Neue Juristische Wochenschrift* (NJW) 1962, Heft 41, S. 1873-1875. Siehe auch den Brief, den Diether Posser am 19. Dezember 1992 an den Verfasser schrieb: „Wir Verteidiger hatten für alle Angeklagten Revision eingelegt, die der Bundesgerichtshof durch Urteil vom 3. Juli 1962 mit einer Ausnahme verworfen hat, die Walter Diehl betraf. Bei ihm wurde der Strafausspruch (das Strafmaß) aufgehoben und insoweit das Landgericht Düsseldorf erneut mit der Sache befasst. Am 6. Dezember 1962 erkannte es auf eine Freiheitsstrafe von 9 Monaten, die zur Bewährung auf 5 Jahre ausgesetzt und nach Ablauf der Frist erlassen wurde. Im Ergebnis brauchte also niemand eine Freiheitsstrafe zu verbüßen."

58 W. Ammann, Begründung der Verfassungsbeschwerde, in: Justizunrecht im Kalten Krieg a. a. O., S. 148-169.

59 Siehe: Erwin Eckert/Emil Fuchs: Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen. Herausgegeben von F.-M. Balzer und M. Weißbecker, Bonn 2002.

verstanden wird und man immer noch die verfolgt, die den einzigen glückhaften Weg in die Zukunft zeigen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es noch Richter gibt, die das nicht erkennen und einen Mann wie Dich verurteilen."

Der Brief von Emil Fuchs an Erwin Eckert schloss mit folgenden Sätzen: „Aber es ist mir ein tiefes Bedürfnis, Dir auszusprechen, daß in diesen Wochen und in all den schweren Stunden, durch die sie Dich führen werden, Deine Freunde, darunter auch ich, in Ehrfurcht vor allem, was Du für die Sache der Gerechtigkeit und Wahrheit schon erduldet hast und erduldest, an Dich denken und mit Dir wissen, daß das alles nicht vergeblich ist, sondern ein Stück des schweren Weges, [...] der leider für unser ganzes Volk umso schwerer wird, je mehr man seine tapferen Menschen lähmen möchte. Sei als einer von denen gegrüßt, die dieser Lähmung stark und tapfer entgegenstehen und sie überwinden helfen."[60]

Zur Jahreswende 1959/60 schrieb der Sohn von Emil Fuchs, einer der bedeutendsten Physiker des 20. Jahrhunderts, Klaus Fuchs, der gerade aus dem britischen Gefängnis entlassene „Atomspion", der in Wahrheit kein Spion war, sondern es aus Wissens- und Gewissensgründen für angebracht gehalten hatte, daß die Sowjetunion als Kriegsalliierter in der „Anti-Hitler-Koalition" erfuhr, was in den USA als Waffe gegen den Hitlerfaschismus erdacht wurde[61], seinem Freund und Genossen aus der Weimarer Republik, Erwin Eckert, eine Grußkarte[62], in der er und seine Frau Gretel dem Angeklagten Eckert „herzlichste Grüße dem Kämpfer für den Frieden und für die Unterdrückten dieser Erde" übermittelte. (Den „so geliebten Sohn Klaus"[63] besuchte Eckert anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung der DDR in Dresden).

Die politische Justiz der BRD war in die Nähe solcher Grundsätze und Praktiken geraten, wie sie in Deutschland während der Jahre von 1933 bis 1945 üblich gewesen waren. Vom diesbezüglichen bitteren Diktum eines Martin Niemöller zeugt unter anderem dessen persönlich gehaltener Brief vom 19. Juli 1962 an Erwin Eckert, nachdem er von der negativen Revisionsentscheidung des Bundesgerichtshofes erfahren hatte:

„Ich bin mit Ihnen und den mit Ihnen verurteilten Freunden der Meinung, daß wir in einem *Staat des Unrechts* leben, in dem kein Mensch mehr vom Staat Wahrheit und Ehrlichkeit erwarten kann. Für Sie und die mit Ihnen verurteilten Freunde wie für unser ganzes Volk warte ich auf den Tag und bete zu Gott darum, daß er rechtzeitig noch kommt, an dem unser Volk zwar nicht eine andere Verfassung bekommt, wohl aber von den Menschen befreit wird, die unter dem Schutz dieser Verfassung ihre alten nazistischen und militaristischen Sonderziele zum Verderben unseres Volkes ungehindert verfolgen können. Darum bin ich froh, daß jetzt vor der ganzen Welt offenbar wird, wie unsere Polizei und auch unsere Justiz nazistisch verseucht und beherrscht wird."[64]

Nachdem ihm Eckert den Text der Verfassungsbeschwerde beim BVerfG vorgelegt hatte, antwortete Niemöller: „Ich bin der Überzeugung, daß wir nach wie vor auf einer Linie zu marschieren haben, obgleich wir politisch nicht dieselben Ansichten vertreten und nicht dieselben Ziele ansteuern. Es geht aber darum, daß bei uns mit dem Wort ‚Demokratie' nicht Schindluder getrieben wird, sondern daß in einer Demokratie tatsächlich der Wille des Volkes irgendwie zum Tragen kommt und nicht nur alle paar Jahre einmal durch die Abgabe eines Stimmzettels,

---

60 E. Fuchs an Erwin Eckert vom 17.10.1959. In: PAB.

61 Siehe R. Friedmann: Klaus Fuchs. Der Mann, der kein Spion war. Das Leben des Kommunisten und Wissenschaftlers Klaus Fuchs, Rostock 2005.

62 Sie befindet sich in der „Sammlung Eckert" im PAB. Siehe F.-M. Balzer: Die Gefängnisbriefe zwischen Emil Fuchs und Klaus Fuchs (1950-1959). Vortrag von F.-M. Balzer am 14. November 2003 in Berlin auf dem Kolloquium der Leibniz-Sozietät „Ethik in der Wissenschaft. Die Verantwortung des Wissenschaftlers". Klaus Fuchs zum Gedächtnis.

63 Brief E. Eckert an Emil Fuchs vom 9. Mai 1970. In: Sammlung „Erwin Eckert" im PAB.

64 Ebenda.

die dadurch beeinflusst wird, daß ganz bestimmte Fragen, und nicht gerade die entscheidenden Fragen, vor der Masse ausgebreitet werden. Ich habe das nun seit 1949 immer wieder miterlebt: alles ist Lüge, Irreführung, gewollter Betrug. Und wofür? Man muss schon ein Idealist sein, um diesen Brüdern Glauben zu schenken.“[65]

Ein weiteres und ganz besonderes Zeugnis moralischer Übereinstimmung und anteilnehmender Solidarität ist schließlich der Brief eines Zeitgenossen, der zu den wenigen Juristen zählt, die aus dem „Dritten Reich“ unbeschadet hervorgingen und aufrecht in der BRD wirkten: Rechtanwalt Dr. Paul Haag aus Frankfurt/Main, der Eckert 1936 vor der Sonderstrafkammer des OLG Kassel wegen „Hochverrat“ verteidigt hatte. Dieser Brief vom 16. Juli 1963 lautet:

„Sehr geehrter Herr Eckert! Die von Ihnen und Ihren Leidensgenossen verfasste Beschwerde gegen die Missachtung Ihrer Grundrechte anlässlich eines gegen Friedensfreunde geführten Strafprozesses greift Missstände unseres Justizwesens an, die sich von jenen, deren Opfer Sie in Kassel vor fast 30 Jahren geworden sind, nur der milderen Form, nicht aber der Sache nach unterscheiden. Hier wie dort hat man unter dem Schein eines rechtsförmigen Verfahrens und mit Auslegungskünsten, die jeden Freund des Rechts mit Empörung erfüllen, eine Gesinnung verfolgt, die den ewigen Machthabern dieses unglücklichen Landes nicht genehm war: die Stimme des Friedens, der Versöhnung, des Ausgleichs und damit letztlich der menschlichen Vernunft. Es gehört wahrhaftig die ganze Perversion neuwestdeutschen Rechtsdenkens dazu, Menschen als Staatsfeinde einer angeblich rechtsstaatlich fundierten Demokratie zu verfolgen, die sich mit allem Ernst und in lauterster Absicht darum bemühen, durch Arbeit für den Frieden die Erhaltung eben dieses Staatsgebildes und seiner Bürger zu fördern, dieses Staatsgebildes, dessen Richter sich dazu hergeben, die Freunde des Friedens und der Bewahrung des Staats, der diese Richter amtieren lässt, zu verfolgen. Dies alles ist noch trostloser als in jener schauerlichen Epoche, da Sie vor den Heloten des Braunauers standen; eben von jenen wusste man ja, dank der Brutalität ihrer Sprache und ihrer Taten, wessen man sich zu versehen hatte. Aber die verschleiernde Phrase, die den heutigen ‚Demokraten‘ (nach glücklicher Entnazifizierung) routinemäßig von den scheinheiligen Lippen quillt, ist es, die die moralische Atmosphäre dieses Landes so unerträglich macht. Ich wünsche Ihnen und Ihren Freunden allen Mut, den Sie im Kampf mit den Bundesverfassungsrichtern brauchen. Mit freundlicher Begrüßung Ihr Haag.“[66]

Dem vor ein bundesdeutsches Gericht gezerrten kommunistischen Christen und Friedenskämpfer Erwin Eckert erwies auch der eher konservative Schriftsteller Albrecht Goes („Unruhige Nacht“, 1949 und „Das Brandopfer“, 1954) schließlich seine Reverenz und Solidarität, als er ihm zu seinem 70. Geburtstag 1963 schrieb: „Dem Staatsrat Erwin Eckert zum Gruß (auch wenn sich der Staat von ihm nicht raten lässt).“

Der nächste Schritt: Vergleichende deutsche Geschichtsschreibung

Nach den Worten von Diether Posser war der Düsseldorfer Prozess der „bedeutungsvollste politische Strafprozess seit Bestehen der Bundesrepublik“[67]. „*Der Spiegel*“ sprach 1961 von dem „bislang ungewöhnlichsten politischen Strafprozess“, der „das Elend der politischen Justiz im liberalen Rechtsstaat“ erhelle[68]. Der Begründer des „Initiativausschusses für Amnestie in politischen Strafsachen“, der linkskatholische Anwalt Walther Ammann, „ein Mann mit großer

---

65 Brief von Martin Niemöller an Erwin Eckert vom 31.1.1963. In: PAB.

66 Brief von P. Haag an Erwin Eckert vom 16. Juli 1963. In: PAB.

67 D. Posser, Der Düsseldorfer Prozess. In: Justizunrecht im Kalten Krieg, a. a. O., S. 20-94, hier: S. 21.

68 Titelstory des „Spiegel“ am 5. Juli 1961: Güde. Gebrochenes Rückgrat, S. 20-31, hier S. 20.

Standfestigkeit und erstaunlicher rechtsstaatlicher Gewissensstärke“[69], sprach schließlich von dem „einmalige(n) und einzigartige(n), die Welt bewegende(n) Prozess“.[70]

Gleichwohl ist der Düsseldorfer Prozess und die Kriminalisierung der Friedensbewegung eines der bemerkenswertesten Tabus der bundesdeutschen Geschichte. „Es gibt kein Standardwerk zur Geschichte der BRD, in dem [...] auf den Düsseldorfer Prozess eingegangen worden ist.“[71] Während die Archive der SED und des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit offengelegt wurden, die Archive der CDU und der LDPD/FDP nur mit Einschränkung zu benutzen sind, bleiben die des Bundesnachrichtendienstes, des Verfassungsschutzes und des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) bisher vollständig verschlossen und nicht einmal wissenschaftlichen Forschern wenigstens nach der üblichen 30-Jahre-Sperrfrist teilunzugänglich.

Während früherer Recherchen zum Düsseldorfer Prozess lehnte das Bundesamt für Verfassungsschutz mit Schreiben vom 20.10.1992 eine Einsichtnahme ab, obwohl die Sachakten des bundesdeutschen Archivgesetzes vom 6.1.1988 zur Verfügung gestellt werden müssten. Eine „Übermittlung personenbezogener Daten an Privatpersonen“ könne, so das Schreiben vom 20.10.1992, nur dann erfolgen, „wenn dies zum Schutz der freiheitlichen, demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes erforderlich ist“.[72] Das Staatsarchiv Düsseldorf verfügt über keinerlei Unterlagen zum Düsseldorfer Prozess, wie Manfred Weißbecker, dem ersten wissenschaftlichen Bearbeiter des Düsseldorfer Prozesses, am 24.7.1992 mitgeteilt wurde. Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf verwies nach einer entsprechenden Anfrage am 10.9.1992 lakonisch darauf, daß die Akten „nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist vernichtet“[73] worden seien. Damit dürfte – so Weißbecker – „der Schaden unermesslich sein, und das ausgerechnet in einem Land, das im Augenblick auf Akten fixiert zu sein scheint“.[74]

Es ist an der Zeit, sich der vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges in der bundesdeutschen Geschichte zu erinnern und sie zum Gegenstand auch der Gesetzgebung zu machen, wie es bereits mit den Justizopfern des Kalten Krieges in der DDR geschehen ist. Es kommt darauf an, jenes Kapitel in der Geschichte der alten Bundesrepublik aufzuarbeiten, in der einerseits die Falschen in Amt und Würden blieben[75] und andererseits auch die Falschen verurteilt und verfolgt wurden.[76]

In: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Justizunrecht im Kalten Krieg. Die Kriminalisierung der westdeutschen Friedensbewegung im Düsseldorfer Prozess (1959/60. Mit einer Einleitung von Heinrich Hannover. Beiträgen von Walther Ammann, Friedrich-Martin Balzer, Walter Diehl, Heinrich Hannover, Rudolf Hirsch, Friedrich-Karl Kaul, Diether Posser und Denis Nowell Pritt, Köln 2006, S. 340-363.

---

69 W. Abendroth: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgezeichnet und herausgegeben von Barbara Dietrich und Joachim Perels, Frankfurt/Main 1976, S. 234. Nach Abendroth übernahm der Amnestieausschuss weitgehend „die Aufgaben, die in der Weimarer Republik die Rote Hilfe wahrgenommen hat.“ Ebenda.

70 W. Ammann in seinem Brief an die sechs Verurteilten des Düsseldorfer Prozesses am 2. Oktober 1965. In: PAB.

71 M. Weißbecker: Auf der Anklagebank des Kalten Krieges. In: F.-M. Balzer (Hrsg.) Ärgernis und Zeichen, a. a. O., S. 311.

72 Ebenda, S. 312.

73 Zit. nach M. Weißbecker, a. a. O., S. 309. Zu den vernichteten Akten gehören auch „etwa 600 Dokumente zum neuen Rüstungswettlauf nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, die wir dem Gericht mit unseren Beweisanträgen übergeben hatten“. In: Heinrich Hannover: Die Republik vor Gericht, 1954-1974. Erinnerungen eines unbequemen Anwalts, Berlin 1998, S. 80.

74 M. Weißbecker: Auf der Anklagebank ... a. a. O., S. 309.

75 Siehe J. Perels: Entsorgung der NS-Herrschaft, Hannover 2004, S. 11-36; E. Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, 2. Aufl., Frankfurt/Main 2003.

76 Siehe das Begleitheft zur Ausstellung „Die vergessenen Opfer des Kalten Krieges“. Hrsg. von ver.di, Fachbereich Medien, Kunst und Industrie, Berlin-Brandenburg, Berlin 2005, 40 S.

Friedrich-Martin Balzer: Zur Verdrängung und Verfälschung der historischen Wahrheit von Faschismus und Antifaschismus

> „Die schlimmste Belastung, welche man an der Universität und unter Intellektuellen in jener Zeit mit sich herumtrug, war die, gegen den Faschismus gekämpft zu haben."
> Wolfgang Abendroth in *Ein Leben in der Arbeiterbewegung*, Frankfurt 1976, S. 216.

Am 8. Mai 1945 schien es so, als bestünde die Chance, den „Irrweg einer Nation"[1] zu beenden. Es war der Tag, an dem die Deutschen nicht aus eigener Kraft, sondern dank des militärischen Sieges der Alliierten, vor allem dank der opferreichen Anstrengungen der Sowjetunion, ihre Befreiung vom Nazi-Terror erleben konnten. Doch „Schoßforschung" – wie sie Helmut Ridder im Anschluss an Bert Brechts vielzitiertes Wort[2] einforderte und Alexander Abusch in seinem „Irrweg einer Nation" einlöste –, die den Faschismus als Fortsetzung und Steigerung der antidemokratischen und antirevolutionären Tradition in Deutschland begriff, wurde nicht nur sehr selten betrieben, sondern war sogar verpönt.

Die Lage war so heikel, daß nur ein gigantisches Ablenkungs- und Vertuschungsmanöver das Ansehen der bürgerlichen Machteliten in Wirtschaft, Militär, Bürokratie, Justiz und den Kirchen in Westdeutschland zu retten und wiederherzustellen vermochte. Der als „Löwe von Münster" gefeierte „Widerstandsheld" Bischof Clemens August von Galen weigerte sich beispielsweise im April 1945, englische und amerikanische Journalisten zu empfangen, da sie doch Feinde seien. Thomas Mann veranlasste diese Haltung am 12. Mai 1945 dazu, in der ersten Ausgabe der in Essen erscheinenden *Ruhr-Zeitung* an seine Landsleute zu appellieren, es nicht diesem unseligen und „unbelehrbaren Geistlichen" nachzumachen und ihre Befreier – zumal diese von außen kommen mussten, da das deutsche Volk nicht in der Lage war, selbst das Nazi-Joch abzuschütteln – als Feinde anzusehen, sondern als das, was sie waren: als Retter.[3]

Statt einer radikalen Aufarbeitung der deutschen Geschichte, die am 30. Januar 1933 einen Tiefpunkt, aber keineswegs ihren Endpunkt erreicht hatte, gab es nach 1945 eine Fülle von Memoirenliteratur der im „Dritten Reich" handelnden Personen und von Darstellungen konservativer Historiker, deren nachträglich rechtfertigender Charakter unübersehbar war.

Das Gros der Memoirenliteratur war, wie der konservativ-liberale Historiker Golo Mann 1961 nicht umhin kam festzustellen, immer Rechtfertigung, immer Verzerrung der Perspektiven, immer Verschweigen des Gravierenden und Verschieben der Gewichte, wenn nicht sogar Gedächtnistäuschung.[4]

Die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse galten als „Siegerwillkür". Deserteure – sogar die Beteiligten des 20. Juli 1944 – galten als Hochverräter und wurden gesellschaftlich höchstens geduldet, wenn nicht geächtet. Verurteilte Haftentlassene der Nürnberger Prozesse erhielten Begrüßungstelegramme von Heuss und Adenauer, die die Proteste dagegen und die Empörung darüber scharf zurückwiesen und Staatssekretär Globke – Nazi reinsten Wassers und Türöffner zu Kanzler Adenauer – wurde offiziell als „Widerständler" geführt, weil er durch seine Mitwirkung bei der Rassengesetzgebung „Schlimmeres verhütet" und „Menschenleben gerettet" habe – Zynismus pur![5]

---

1 A. Abusch: Der Irrweg einer Nation, Berlin 1946, 3. Auflage: 31. bis 50. Tausend.

2 „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch".

3 Zit. nach: U. Ranke-Heinemann: Ein Antisemit und Kriegsfreund. Kardinal Clemens August Graf von Galen (1878-1946) wird am Sonntag in Rom seliggesprochen. In seiner Person bündelt sich die Lebenslüge des deutschen Nachkriegskatholizismus. In: *junge Welt* vom 7.10.2005, S. 10-11, hier: S. 11.

4 G. Mann: Deutsche Geschichte 1919-1945, Frankfurt/Main 1961, S. 94.

5 H. Ridder: Vom Fluch der Unwahrhaftigkeit. Bemerkungen zu einer wahrhaft deutschen Festschrift (*Besprechungsessay* zu: Juristen im Portrait. Verlag und Autoren in 4 Jahrzehnten. Festschrift zum 225-jährigen Jubiläum des Verlages C. H. Beck, München 1988). In: *Politische Vierteljahresschrift*, Heft 2/1990, S. 283-

Wiedergutmachung, vor allem an den jüdischen Opfern, wurde als Aufarbeitung verkauft. Die Kommunisten, die den größten Anteil im Widerstandskampf der Deutschen erbracht hatten, verfielen der gesellschaftlichen Ächtung, ihre Partei wurde verboten.[6] Nach rund 250.000 Ermittlungsverfahren wurden vom BGH bis zu den Landgerichten an die 10.000 Zuchthaus- und Gefängnisstrafen ausgesprochen. Die aktiven Widerstandskämpfer gegen den Faschismus, die von diesen neuerlichen Verfolgungsmaßnahmen betroffen waren, wurden zusätzlich zu den hohen Haftstrafen auch noch mit der Aberkennung ihrer Entschädigung für in der NS-Zeit erlittene gesundheitliche Schädigungen bestraft, wenn nach dem Bundesentschädigungsgesetz der Ausschlusstatbestand des § 6 Abs. 1 Nr. 2 BEG als erfüllt galt („Von der Entschädigung ausgeschlossen ist [...], wer nach dem 23. Mai 1949 die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekämpft hat“).[7]

Auch noch am 8. Mai 2008 (!) wurde auf Empfehlung des Innenausschusses – mit den Stimmen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – der Antrag der Fraktion Die Linke auf Entschädigungsleistungen an die Betroffenen abgelehnt.[8]

Die deutsche Geschichte der Jahre 1933 bis 1945 wurde im Westen Deutschlands nur oberflächlich entbräunt. Aus dem Ritterkreuz wurde das Hakenkreuz entfernt. Aber ihre Träger blieben dabei, für eine „gute Sache“ gekämpft zu haben. Arthur Schnitzler behielt politisch recht, als er schon 1915 befürchtete, daß aus Deutschlands erstem Griff nach der Weltmacht durch den von Deutschland gewollten Ersten Weltkrieg wohl nur diejenigen geläutert hervorgehen würden, die es vorher schon gewesen waren.[9] Diese Befürchtung gilt offenbar auch nach dem zweiten Griff nach der Weltmacht.

Nach der Diskreditierung von Konservativismus und Liberalismus – schließlich hatten sich alle bürgerlichen Parteien aktiv am Prozess der Zerstörung der Demokratie beteiligt und den Diktaturvollmachten, d. h. dem sog. „Ermächtigungsgesetz“ vom 23. März 1933 zugestimmt – drängten nun alle, die einen früher, die anderen später, in die Mitte. Die „Mitte“ aber war nach 1945 nichts anderes als die zutiefst unehrliche Selbstetikettierung einer politischen Rechten, die maßgebliche Verantwortung für das Entstehen des Faschismus und die Verbrechen des Nazi-Staates trug und nach Herkunft, Grundlagen und hauptsächlichen Zielen bürgerlich, nationalistisch und entschieden antisozialistisch war und noch ist. Mit konservativer Weltanschauung als verbindendem Element, das sich den gesellschaftlichen Prozessen anpasst, deckt sie die preußisch-autoritären, feudal-aristokratischen, kapitalistischen, militaristischen und national-

---

295, hier: S. 286 f.

6 Siehe hierzu W. Abendroth bei seinem letzten öffentlichen Auftritt in Marburg 1984: „Ihr dürft nicht vergessen, daß im Kampf gegen den Hitlerfaschismus die Kommunisten die ersten Opfer waren und die größten Teile jener, die am Widerstandskampf beteiligt waren, gestellt haben. Und wir dürfen nicht vergessen, daß dann in der ersten antikommunistischen Phase der Bundesrepublik sehr häufig die gleichen, die vorher ein Jahrzehnt oder noch mehr im KZ oder Zuchthaus gesessen haben, abermals in den Gefängnissen der Bundesrepublik verschwunden sind. Andere Männer, andere Frauen, die so ihren Mann gegen die Barbarei gestanden haben, dann diffamierend aus der politischen Willensbildung ausschließen zu wollen, das kann doch nur jemand, der nicht aus der Geschichte zu lernen bereit ist.“ Video-Aufzeichnung in PAB.

7 Siehe H. Ridder: Anmerkung zum Urteil des OLG Köln vom 3.12.1982 (Wiedergutmachung? Nein, Gesinnungskauf!). In: *Demokratie und Recht*, 11. Jg., Heft 2/1983, S. 218-220, hier S. 219.

8 H. Daniel (Pseudonym für Hans Canjé): Ein besonderes Unrecht. Heute im Bundestag: Debatte über Antrag der Linksfraktion zur Entschädigung für Opfer der faschistischen Verfolgung. In: *junge Welt* Nr. 107 vom 8. Mai 2008, S. 3. Das Protokoll der Bundestagsdebatte ist nachzulesen im Internet unter dem Stichwort „Bundesentschädigungsgesetz“.

9 Siehe F.-M. Balzer: Der erste Griff nach der Weltmacht. Lebensraum im Osten. In: ders.: „Es wechseln die Zeiten ...“ Reden, Aufsätze, Vorträge, Briefe eines 68ers aus vier Jahrzehnten (1958-1998). Bonn 1998, S. 34 ff.

sozialistischen Strömungen ab.[10]

Erst ab Mitte der 60er Jahre wurden auch Gegenpositionen und Gegenbewegungen in der BRD sichtbar, repräsentiert u. a. durch Wolfgang Abendroth und Helmut Ridder, neben einer ganzen Reihe von jüngeren Historikern, die wie beispielsweise Norbert Frei, Manfred Gailus, Hannes Heer, Ulrich Herbert, Ernst Klee, Joachim Perels und last but not at least Hans Prolingheuer sich dem herrschenden Trend widersetzten. Was W. F. Haug in seiner Untersuchung über ideologische Gehalte der Vorlesungsreihen an westdeutschen Universitäten in den Jahren 1965/66 an „hilflosem Antifaschismus" analytisch zutage gefördert hat, ist auch heute noch höchst lesenswert und gilt für den Zeitgeist[11] der ersten 10 Jahre in Westdeutschland in noch viel stärkerem Maße.[12] Reinhard Kühnls Untersuchung über „Das Dritte Reich in der Presse der Bundesrepublik"[13] anhand der Jahrestage des 30. Januar 1933, des 1. September 1939 und des 20. Juli 1944 in den Jahren 1963-1966 bestätigen die Ergebnisse Haugs.[14] Nach Kühnl sind die wissenschaftlichen Faschismustheorien der bundesdeutschen Tradition nur zu verstehen, wenn man sie als „integrierenden Teil der Restaurationsideologie" versteht.

„Faschismus als eine Form des Klassenkampfes" (Franz L. Neumann) kommt nicht vor. Kapitalismus als notwendige, wenn auch nicht hinreichende sozioökonomische Voraussetzung für das Entstehen von Faschismus wird – entgegen dem Votum Max Horkheimers – verschwiegen. Die Ausklammerung des gesellschaftspolitischen Bereichs aus der wissenschaftlichen Betrachtung des Faschismus entsprang, wie W. F. Haug analysierte, nicht wissenschaftlichen Gründen, sondern „demselben Klassenstandpunkt, der sich in der Nachkriegspolitik der Bundesrepublik durchgesetzt hat."[15] Fazit der herrschenden Meinungsführer: „Der Faschismus ist passé, aktuell ist der Kampf gegen den Marxismus."[16]

Phasen der Aufarbeitung von Faschismus und Antifaschismus

In der ersten Phase der „pietistischen Bewältigungsliteratur" (Helmut Ridder), in der von „gut" und „böse", profaner von „erfreulich" und „unerfreulich" die Rede war, wurden die ersten unbeholfenen katastrophenanalytischen Versuche derer, die meist selbst Funktionsträger des NS-Systems waren und sich somit kaum von diesem distanzieren konnten (und wollten?) durch deren „Individual- und Kollektivapologetik" zunichte gemacht und ad absurdum geführt.[17]

Diese unreflektierte und unpolitische Literatur versuchte zu suggerieren, daß die Ursache der Katastrophe u. a. im Missbrauch von so honorigen Eigenschaften wie Idealismus, Vaterlandsliebe etc. aller Bevölkerungsschichten und -jahrgänge zu verbrecherischen Zwecken zu suchen sei. In Verbindung mit der als ungerecht empfundenen „Entnazifizierung" – die durch unglaublichen Bürokratismus und grotesken Formalismus eine Parodie ihrer selbst wurde – wurde die Täterrolle zusehends in den Hintergrund gedrängt und man durfte sich individuell und kollektiv

---

10 L. Elm: Der deutsche Konservatismus nach Auschwitz, Köln 2007, S. 296.

11 J. W. von Goethe: „Was ihr den Geist der Zeiten heißt, das ist im Grund der Herren eigner Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln". Zit. nach: Dem Zeitgeist widerstehen. Auszüge aus der Rede von Oskar Lafontaine am 24. Mai 2008 in Cottbus. In: *junge Welt* Nr. 122 vom 27. Mai 2008, S. 10-11, hier S. 11.

12 W. F. Haug: Der hilflose Antifaschismus. Zur Kritik der Vorlesungsreihen über Wissenschaft und NS an deutschen Universitäten, 4. Auflage, Köln 1977.

13 R. Kühnl: Das Dritte Reich in der Presse der Bundesrepublik. Kritik eines Geschichtsbildes. Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth, Frankfurt/Main 1966.

14 Siehe auch: K. Pätzold, Eine Nachlese. Wie deutsche Zeitungen die Geschichte des 30. Januar 1933 zerrspiegelten. In: *junge Welt* vom 06.02.2008, S. 10-11.

15 Haug: Der hilflose Antifaschismus, a. a. O., S. 53.

16 Ebenda, S. 139.

17 H. Ridder: Zur Verfassungsdoktrin des NS-Staates. In: Der Unrechts-Staat. Recht und Justiz im Nationalsozialismus, Redaktion: *Kritische Justiz*, Frankfurt/Main 1979, S. 24-46, hier: S. 28.

als Opfer fühlen und darstellen.[18]

Diese sog. „Bewältigungsliteratur“ war weder zur Analyse von Interessenlagen noch zur wissenschaftlichen Sublimierung einer Entrüstung fähig. So konnte die von ihr bisweilen gestellte Frage „Wie konnte es dahin kommen?“ für sie selbst immer nur eine rhetorische sein, in der das statt einer Antwort folgende große Staunen bereits enthalten war. Wie sollte sich die allzu leichte Verführbarkeit zum Faschismus restlos erklären lassen, ohne die ungleich wichtigere Frage nach der historischen Durchgängigkeit von Vorstellungsreihen der handelnden Personen und Gruppen, Schichten und Klassen aufzuwerfen? Der schöne Kinderglaube an die letztendliche Alleinschuld des glücklicherweise verstorbenen Hitler diente gemäß Führerprinzip als alleiniger Sündenbock. Kurz: Die Zerstörung der Vernunft (G. Lukács) durch den Irrationalismus feierte in Westdeutschland erneut Triumphe.

Die zweite, von Helmut Ridder ausgemachte, erst Jahre später einsetzende Phase der „Bewältigungsliteratur“ wird von ihm als die historisierend-archivistische Phase benannt. Dieser auch als „Zeitgeschichte“ camouflierte Archivismus aber hat kein Interesse daran, die Gegenwart als Folge bzw. Fortsetzung der historischen Vergangenheit zu identifizieren und ist also auch nicht an Konsequenzen aus Fehlentwicklungen dieser Vergangenheit interessiert. Nichtsdestotrotz kann diese Beschreibung des historischen Status quo immer noch irrtümlicherweise als traditioneller Ausweis für „seriöse“, „objektive“ und „reine“ Forschung, wie Leopold von Ranke (1795-1886)[19] sie verstand, vorgezeigt werden.[20]

Der durchweg von persönlich nicht mehr vom NS betroffenen oder irgendwie in sein politisches System einbezogen gewesenen Wissenschaftlern initiierte „neutrale“ Archivismus verleugnet die gesellschaftlichen Folgen der historischen Forschung und klammert die NS-Epoche völlig aus dem historischen Kontext aus, was ja Sinn und Ziel des Primärdiskurses in Westdeutschland nach 1945 war.[21] Die Jahre 1933 bis 1945, personalisierend gekennzeichnet durch „Wahnsinn“, „List“, „Anpassung“ oder „Kapitulation“ [...], sind „als ‚Katastrophe‘ nur noch wie durch Nadelöhre mit der Vor- und Nachgeschichte verbunden.“[22]

Beide Phasen greifen zeitlich stark ineinander und sind heute keineswegs abgeschlossen. Anstelle von wissenschaftlicher Aufarbeitung wird *auch heute noch* in Schulen, Universitäten und Massenmedien „ein bunter Strauß von Verdrehungen und Mythen“ dargeboten, angefangen beim „naiven Kitsch über die idyllische Wirtschaftswunderzeit und bei Guido Knopps Märchenstunden im ZDF, über die regelmäßigen Rehabilitierungsversuche von NS-Größen wie Rommel, Speer, Schmitt oder Riefenstahl bis hin zu den platt apologetisch motivierten Erzählungen à la Götz Aly.“[23] Angesichts der nicht mehr zu übersehenden Verbrechen nicht nur „im Namen des deutschen Volkes“ ergriff erst jüngst das deutsche Nachrichtenmagazin „*Der Spiegel*“ seine Flucht, indem es auf anthropologische Fragestellungen auswich und gesellschaftliche, historische und politische Voraussetzungen, unter denen Menschen im Faschismus zu Mördern wurden, geflissentlich ausklammerte.[24]

Die Kontroverse um den 20. Juli 1944

Die von Eugen Gerstenmaier bereits 1954 kreierte und von der gegenwärtigen Bundesregierung immer noch beibehaltene Formel vom „Aufstand des Gewissens“ wird angesichts der

---

18 Ebenda.

19 Deutscher Historiker, Begründer des Historismus, Geschichtsschreiber des preußischen Staates.

20 H. Ridder: Zur Verfassungsdoktrin des NS-Staates, a. a. O., S. 30.

21 Ebenda.

22 Ebenda.

23 H. Wendt: Der deutsche Konservatismus nach Auschwitz, in: *Marxistische Blätter*, 2/08, S. 102 f.

24 G. Bönisch, R. Leick, K. Wiegrefe: Wie Abertausende Deutsche in der Nazi-Zeit zu Mördern wurden, in: *Der Spiegel*, Nr. 11 vom 10.3.2008, S. 42-57.

inzwischen vorliegenden, erdrückenden Forschungsergebnisse der Komplexität des Attentats vom 20. Juli 1944 nicht gerecht und bleibt unangemessen. Nicht nur wird die in der Forschung inzwischen erwiesene Gleichzeitigkeit von Widerstand und Beteiligung an Kriegsverbrechen übersehen, sondern auch der Eindruck vermittelt, es habe außer den Verschwörern keinen wirklichen Widerstand gegen den Faschismus gegeben. Das Vorleben der Attentäter und ihre Ziele und Konzeptionen nach einem geglückten Attentat werden offiziell ausgeblendet.[25] Dabei lehnten die Putschisten ebenso strikt wie die Nazis die Weimarer Demokratie „als Massendemokratie", „Herrschaft der Minderwertigen" und „Parteiendemokratie" ab.[26]

Ihre Vorstellungen von einem zukünftigen Deutschland liefen bestenfalls auf ein nicht-parlamentarisches Regierungssystem mit autoritärer Staatsgestaltung hinaus, das seinen Frieden mit dem „Westen" machen, aber den Vernichtungskrieg im Osten fortsetzen sollte. Erst der militärische Sieg der Alliierten hat, so Ridder, Überlegungen, wie das zur „Unverhältnismäßigkeit" geratene Experiment doch noch glimpflich abgebrochen werden könnte, gegenstandslos gemacht.[27]

Der marxistische Antifaschist Wolfgang Abendroth, der – obwohl biographisch und wissenschaftlich höchst prädestiniert – im Klima des finstersten Kalten Kriegs nicht wagen konnte, eine Vorlesung über den Widerstand der Arbeiterbewegung gegen das „Ditte Reich" zu halten[28], beklagte, daß mangels Drucks der Arbeiterklasse noch nicht einmal die eigenen herrschenden Klassen vor der Totalniederlage im Krieg die Kraft gefunden haben, ein vertragsfähiges Übergangsregime zu schaffen oder auch nur ernstlich zu konzipieren. Der 20. Juli 1944 war – so Abendroth – gegenüber jener Großratssitzung der faschistischen Partei Italiens, die Mussolini bereits 1943 absetzte, eine „lächerliche Farce".[29] Goerdeler, Beck und die anderen am Putsch Beteiligten erfuhren aus ihren eigenen Kreisen keine ernsthafte Unterstützung, ihre

---

25 Siehe die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs des Bundesministeriums der Verteidigung Friedbert Pflüger auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dagdelen, Paul Schäfer, Kirsten Tackmann, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE vom 7. Juli 2006. Deutscher Bundestag, Drucksache 16/2178, vollständig abgedruckt in: *junge Welt* Nr. 180 vom 5./6. August 2006, S. 10-11.

26 R. Walther: Der unheimliche Held. Selbstentlastung. In der Adenauer Zeit wurden die Widerstandskämpfer vom 20. Juli heroisiert. Mit Demokratie und Europa hatten sie aber nichts zu tun. In: *Der Freitag*, Nr. 29 vom 20. Juli 2007, S. 11.

27 H. Ridder: Die Bundesrepublik: Was für eine Demokratie ist das? In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 30. Jg., Heft 4/1985, S. 430-441, hier S. 437.

28 Wie begrenzt und verschlungen allein die Publikationswege bis Mitte der 60er Jahre in der BRD waren, mag an zwei Beispielen illustriert werden. Abendroths erste Übersichtsdarstellung über den deutschen politischen Widerstand gegen das „Dritte Reich" erschien erstmals in der „Festschrift" zum 60. Geburtstag des Vorsitzenden der IG-Metall, der größten weltweiten Einzelgewerkschaft, Otto Brenner, im Jahre 1967. Die gewerkschaftsnahe Europäische Verlagsanstalt, in der die Festschrift erschien, hatte es drei Jahre zuvor nicht gewagt, die ihr angebotene Schrift von Helmut Ridder „Grundgesetz, Notstand und politisches Strafrecht. Bemerkungen über die Eliminierung des Ausnahmezustandes und die Limitierung der politischen Strafjustiz durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" zu veröffentlichen. Sie erschien 1964 abenteuerlicher Weise zuerst in Franco-Spanien durch die Vermittlung des Erziehungsministers im Franco-Kabinett Manuel Fraga Iribarne, bevor sie 1965 in der BRD erscheinen konnte. Marxisten wie der Soziologe Werner Hofmann und der Philosoph Hans Heinz Holz erhielten erst 1966 bzw. 1971, letzterer aufgrund der Kampagne der Studentenbewegung „Marx an die Uni", eine Professur in Marburg. Außerhalb Hessens waren die Zustände noch weniger durchlässig. Wenn die Liberalität einer Gesellschaft sich daran misst, wieviel Gestaltungsraum sie den Andersdenkenden einräumt, so war die DDR gegenüber der BRD in diesem Sinne zweifellos liberaler. Dort gab es erheblich mehr nicht-marxistische Professoren als es in der BRD marxistische Professoren gab. Sie lassen sich an maximal zwei Händen abzählen.

29 W. Abendroth an Heinrich Brandler in einem Brief vom 19.3.1963. Kopie in: PAB. Siehe auch die Rede von Wolfgang Abendroth zum 8. Mai 1965: „Die italienische Oberschicht – einschließlich der Majorität des faschistischen Großrates – hatte 1943 verstanden, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen war. So stürzte sie Mussolini, um sich zu retten. In Deutschland aber blieben die Verschwörer des 20. Juli in ihren eigenen Sozialschichten isoliert". In: *neue kritik*, 5. Jg. (1965), 30/1965, S. 3-5.

politischen Konzepte waren hoffnungslos veraltet bzw. hinkten den gesellschaftlichen Gegebenheiten permanent hinterher.[30] Auch wenn nicht alle Beteiligten am 20. Juli 1944 einen antidemokratischen Hintergrund hatten, Adolf Reichwein gehört stellvertretend zu dieser Minderheit, ihre Ziele waren überwiegend keineswegs demokratisch inspiriert.

Der Grund für das Scheitern des Putsches am 20. Juli 1944 war, so Kurt Gossweiler, die Unentschlossenheit der deutschen imperialistischen Bourgeoisie[31], die zu Recht die Revolution mehr als die Weltkriegsniederlage fürchtete, so daß der kleine Kreis der Verschwörer von ihrer Klasse alleingelassen wurde und isoliert blieb – nicht die von der bürgerlichen Geschichtsschreibung halluzinierte „Allmacht Hitlers".[32] Letzterer rangierte noch 1960 nach Adenauer und Bismarck einer Umfrage zufolge an dritter Stelle der deutschen Politiker aller Zeiten, die „am meisten für unser Land getan" hätten.[33]

Zwar hatte der aus der skandinavischen Emigration zurückgekehrte Braunschweiger Generalstaatsanwalt Fritz Bauer im spektakulären Remer-Prozess 1953[34] darauf gedrungen, daß nicht die Männer des 20. Juli, sondern jene als wahre Verräter zu gelten hätten, die Hitler bis in die letzten Tage des „Dritten Reiches" auf seinem verbrecherischen Wege gefolgt seien. Doch die Wunschvorstellung der Adenauer-Regierung, den 20. Juli 1944 zum Gründungsmythos des von den Westalliierten und Adenauer herbeigeführten Separatstaates BRD („lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb") zu machen, hatte sich noch keineswegs durchgesetzt. So mußte die Witwe des am 20. Juli beteiligten und hingerichteten Generals Hellmuth Stieff neun Jahre um ihren Pensionsanspruch kämpfen, den ihr die Bundesbehörden streitig machten, „weil doch in jedem Lande der Versuch, das Staatsoberhaupt zu beseitigen, mit den höchsten Strafen geahndet" werde.[35]

Finkers Buch über Geschichtsbild und Geschichtsschreibung der BRD 1945-1955

Die Voraussetzungen für die Aufarbeitung von Faschismus und Antifaschismus sind nach dem Anschluss der DDR an die BRD nicht günstiger geworden, da die Ergebnisse der DDR-Geschichtswissenschaft im neuen/alten Deutschland ignoriert und die DDR-Historiker ihrer universitären Wirkungsmöglichkeiten komplett beraubt wurden.[36] Umso mehr freue ich mich, die Sicht des DDR-Historikers Kurt Finker auf die ersten zehn Jahre der Aufarbeitung von Faschismus und Antifaschismus in Westdeutschland publizieren zu dürfen.

Das Thema berührt meine eigenen Erfahrungen im Westdeutschland der 50er Jahre, in denen

---

30 Abendroth an Brandler, ebenda.

31 Die Blutspur des deutschen Imperialismus ist lang. Sie reicht von Bethmann-Hollwegs Kriegszielprogramm vom September 1914 über Locarno bis zum 1. September 1939, dem „Fall Barbarossa" und dem „Generalplan Ost", von der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik über den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien bis zur „Verteidigung deutscher Interessen am Hindukusch". Siehe auch Wolfgang Ruge: Der Weg der deutschen Diplomatie durch Nachkriegspolitik und Vorkriegsdiktatur. Nachgedruckt in: F.-M. Balzer (Hrsg.): Wolfgang Ruge. Beharren, kapitulieren oder umdenken? Gesammelte Schriften 1989-1999, Berlin 2007, S. 177-223.

32 K. Gossweiler: Der 20. Juli 1944 und die Faschismustheorie. In: *Streitbarer Materialismus*, Nr. 19 (Dezember 1994), S. 25-82, hier S. 82.

33 Siehe R. Neumann: Ausflüchte unseres Gewissens. Dokumente zu Hitlers „Endlösung der Judenfrage" mit Kommentar und Bilanz der politischen Situation, Hannover 1960, S. 50.

34 Am 15. März 1952 wurde der ehemalige Generalmajor Remer „wegen übler Nachrede in Tateinheit mit Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener" zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Zu Remer siehe: E. Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt/Main, 2. durchgesehene Auflage 2003, S. 491.

35 Siehe H. H. Holz: Unbewältigte Vergangenheit. Recht und Unrecht im Simon-Prozess. In: *Die Tat*, Zürich, 25. Jg., Nr. 219 vom 11.8.1960.

36 Vgl. hierzu: K. Pätzold: Die Geschichte kennt kein Pardon. Erinnerungen eines deutschen Historikers, Berlin 2008. Der Titel assoziiert nicht das Buhlen um ein Pardon für eigenes Tun, sondern meint: „Es wird eines Tages zur Kasse gebeten. Wechsel und Ausflüchte werden dann nicht akzeptiert."

mein Klassenlehrer die Männer und Frauen des 20. Juli 1944 noch 1959 als „Verräter“ brandmarkte.

Als Kurt Finker mich bat, sein umfängliches Rohmanuskript für eine Veröffentlichung durchzuarbeiten und herauszugeben, habe ich spontan zugesagt. Bei der Bearbeitung des Manuskripts konnte die Lesbarkeit des Quellenbandes durch Zwischenüberschriften und verändertes Schriftbild verbessert werden. Das umfangreiche Namensverzeichnis erleichtert die Suche nach den handelnden und behandelten Personen. Neben den mit dem Verfasser abgesprochenen Kürzungen wurden von diesem auf Vorschlag des Herausgebers die Kapitel über Hans Windisch, Walter Künneth, Otto Heinrich von der Gablentz und Franz Albert Kramer neu eingefügt und der Fußnotenapparat durch neuere Veröffentlichungen ergänzt. [...]

Das vorliegende Buch erscheint rechtzeitig zum 80. Geburtstag von Kurt Finker am 27. August 2008. Finker gehört zu den Historikern in der DDR, die sich frühzeitig – neben der in Westdeutschland lange vernachlässigten bzw. mit dem Ruch der „Verfassungsfeindlichkeit“ behafteten Aufarbeitung der Geschichte des kommunistischen Widerstandes – auch dem Widerstand unter den Männern und Frauen des 20. Juli 1944 widmeten und somit die Vielfalt in der Einheit des Widerstandes gewürdigt haben.[37]

Wer die einschlägige Literatur zu diesem Gegenstand nicht kennt, erhält mit diesem Buch eine lesenswerte Einführung in die verdrängte Geschichte der postfaschistischen Gesellschaft Westdeutschlands bis 1955. Wer sie kennt, erhält ein Kompendium, das als Übersichts- und Nachschlagewerk ebenso nützlich ist wie als Fundus für Quellen und Zitate. Kurt Finkers Buch über die westdeutsche Geschichtsaufarbeitung von Faschismus und Antifaschismus in den Jahren von 1945 bis 1955 gehört in die Hand aller Deutschen, die sich dem „Irrweg einer Nation“ widersetzen.[38]

Marburg, im Mai 2008

In: Kurt Finker, Der Dämon kam über uns. Faschismus und Antifaschismus im Geschichtsbild und in der Geschichtsschreibung Westdeutschlands (1945-1955). Herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer und mit einem Geleitwort von Otto Köhler, Bonn 2008, S. 9-16.

---

37 Siehe K. Finker: Stauffenberg und der 20. Juli 1944, Köln 1977, 488 Seiten; Vgl. auch K. H. Roth/A. Ebbinghaus (Hrsg.): Rote Kapellen, Kreisauer Kreise – Schwarze Kapellen. Neue Sichtweisen auf den Widerstand gegen die NS-Diktatur 1938-1945, Hamburg 2004, 293 Seiten.

38 Siehe auch K. Finker: Zwischen Integration und Legitimation. Der antifaschistische Widerstandskampf in Geschichtsbild und Geschichtsschreibung der DDR, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 1999, 170 Seiten.

Friedrich-Martin Balzer: Erwin Eckert und Heinz Kappes. Zwei Pfarrer gegen Hitler[1]

I.

Pfarrer gegen Hitler. So lautet das Thema, das Sie mir gestellt haben. Ist das Thema nicht überholt und völlig unzeitgemäß? Hitler ist tot. Er und die Seinen wurden vor dem Nürnberger Kriegstribunal als Urheber von Unterdrückung, Krieg und Verbrechen angeklagt und zu Recht für schuldig gefunden. Viele wurden hingerichtet, einige nahmen sich wie „unser Führer", sein designierter Nachfolger Hermann Göring und sein Propagandist Joseph Goebbels das Leben. Andere wie Martin Bormann und Adolf Eichmann konnten zwar entkommen. Hitler und die Seinen aber wurden zur Rechenschaft gezogen und für Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich gemacht. War's das?

„Hitler war's", so lautet vielfach die kurze Antwort auf die Frage, wem wir die 55 Millionen Toten des 20. Jahrhunderts, von deutschem Boden ausgehend, zuzuschreiben haben. Was soll da die Frage nach dem Widerstand von Dienern der Kirche gegen Hitler? Wurde die Kirche nicht als Widerstandsorganisation gegen Faschismus und Krieg auch von den Siegermächten anerkannt? Wir wissen doch oder glauben zu wissen, daß „... *nur die Kirchen* in der Hitlerzeit so etwas wie eine *Volksbewegung* gegen den Nazismus in Gang gebracht haben."[2] So der Heidelberger Historiker Gerhard Ritter. Stimmt das?

Bilden Sie sich Ihr eigenes Urteil, und folgen Sie mir auf meiner Entdeckungsreise zur evangelischen Kirche in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Vergessen Sie alles, was Sie darüber einmal gehört haben, und halten Sie sich an die Tatsachen.

Aus der Fülle des die evangelische Kirche belastenden Materials greife ich nur wenige Beispiele heraus.

Am 7. November 1933 ließ der Bischof der Badischen Landeskirche eine Ergebenheitsadresse an Adolf Hitler von den Kanzeln verkünden. Er rief dazu auf, ein „Bekenntnis der Dankbarkeit und Treue gegen unseren Führer abzulegen, den Gottes Gnade in schwerster Notzeit uns geschenkt hat [...]."[3] Alle Glieder der Kirche sollten mithelfen, „eine einmütige Kundgebung rückhaltlosen Vertrauens zu dem Werk Adolf Hitlers" abzulegen.[4] Wussten Sie das?

Als am 30. Juni 1934 – mit Unterstützung der Reichswehr und der SS – die NS-Führung ein terroristisches Blutbad unter mehr als hundert ihrer politischen Gegner anrichtete, war es dem gleichen badischen Landesbischof Kühlewein zu Beginn der Landessynode 1934 „*ein herzliches Bedürfnis*", zu dem „erschütternden Ereignis des 30. Juni" Stellung zu beziehen. „An diesem Tage hat der Führer unseres deutschen Volkes, unser hochverehrter Reichskanzler Adolf Hitler, mit bewundernswerter Tatkraft und unter Einsatz seiner eigenen Person hochverräterische und unsaubere Machenschaften in unserem Volk aufgedeckt und beseitigt. Und in wenigen Stunden hat er die völlige Ordnung [ohne Gerichtsverfahren und ohne Gerichtsurteil! FMB] wiederhergestellt. [...]"[5] Auf Vorschlag Kühleweins fasste die Synode den einstimmigen Beschluss, ein Telegramm „an den Führer" zu senden, in dem die Badische Synode ihm „rückhaltlose Gefolgschaft" zusichert.

---

1 Erweiterte Fassung eines Vortrages am 26. Februar 2011 in Pfaffenhofen.

2 G. Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1964, S. 112. Zit. nach: H. Müller: Geschichte, Kirchengeschichte und Historiographie. In: *Standpunkt. Evangelische Monatsschrift*, Berlin, 7/1978, S. 189-192 und 8/1978, S. 216-219, hier: 7/1978, S. 189, Hervorhebung FMB.

3 Hirtenbrief. In: Gesetzes- und Verordnungsblatt für die Vereinigte Evangelisch-protestantische Landeskirche Badens, ausgegeben am 29. März 1933.

4 Ebenda.

5 Zit. nach: Verhandlungen der Landessynode der Vereinigten Evangelisch-protestantischen Landeskirche Badens. Ordentliche Tagung vom 4. bis 6. Juli 1934, Karlsruhe 1935, S. 3.

Die seit dem 1. April 1933, dem Tag des ersten „Judenboykotts“, sich steigernde rechtliche Drangsalierung, Ausgrenzung und Verfolgung des jüdischen Bevölkerungsteils und der Christen jüdischer Herkunft[6] war nicht unpopulär. Unter der evangelischen Bevölkerung waren Vornamen wie Adolf und Martin (Adolf für Hitler, Martin für Luther) in großem Schwange. Luthers Schrift „Von den Juden und ihren Lügen“ wurde *nach* der Reichspogromnacht 1938 von dem thüringischen Landesbischof Martin Sasse unter dem Titel „*Martin Luther über die Juden – weg mit ihnen*“[7] neu herausgegeben. Im Vorwort des Landesbischofs Sasse, seit 1930 Mitglied der NSDAP und der SA, hieß es: „Am 10. November 1938, an Luthers Geburtstag, brennen in Deutschland die Synagogen. Vom deutschen Volke wird zur Sühne für die Ermordung des Gesandtschaftsrates vom Rath durch Judenhand die Macht der Juden auf wirtschaftlichem Gebiet im neuen Deutschland endgültig gebrochen und damit der gottgesegnete Kampf des Führers zur völligen Befreiung unseres Volkes gekrönt. [...] In dieser Stunde muss die Stimme des Mannes gehört werden, der [...] der größte Antisemit seiner Zeit geworden ist, der Warner unseres Volkes wider die Juden.“

Zu den fortwährenden Legenden der Kirchengeschichtsschreibung gehört die Behauptung, daß der nationalistische Rausch, der durch die deutschen evangelischen Kirchen ging, nur von kurzer Dauer gewesen sei. Wer immer noch dieser Irreführung anheim zu fallen droht, lese, was das Gesetzes- und Verordnungsblatt für die Vereinigte Evangelisch-Protestantische Landeskirche Badens am 18. April 1939 „Zum 50. Geburtstag des Führers!“ veröffentlichte: „In bedingungsloser Gefolgschaftstreue stehen wir einsatzbereit hinter unserem Führer in seinem weiteren Kampfe gegen jeden äußeren und inneren Feind, gegen alle volk- und lebenszerstörenden Kräfte und Mächte. Gott, der Herr, erhalte uns den Führer auch fernerhin. Er schenke ihm Gesundheit und Kraft zur Fortführung seines großen Werkes und segne unser ganzes deutsches Volk [...] Heil dem Führer!“[8] Glockengeläut der Kirchen zu „Ehren des Führers“ wurde angeordnet.

Auch zu Beginn des 2. Weltkriegs, dem zweiten deutschen Versuch eines „Griffs nach der Weltmacht“, stand die Kirche nicht abseits. Der „Mehrheitsprotestantismus“ war bereit, „in großer Übereinstimmung mit der nationalsozialistischen Partei- und Staatsführung den Krieg mitzutragen“[9]. Am 2. September 1939 ließ der Leiter der „Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei“, Dr. Friedrich Werner (Mitglied der NSDAP ab 1930) erklären: „Seit dem gestrigen Tage steht unser deutsches Volk im Kampf für das Land seiner Väter, damit deutsches Blut zu deutschem Blut heimkehren darf.“[10] Zu den „Waffen aus Stahl“ reiche sie „in treuer

---

6 Siehe hierzu die eindrucksvolle Biographie der weithin im deutschen Protestantismus auf verlorenem Posten stehenden Einzelkämpferin Elisabeth Schmitz von Manfred Gailus: Mir aber zerriss es das Herz. Der stille Widerstand der Elisabeth Schmitz, Göttingen 2010; vgl. meine Rezension „Eine Unerschrockene ...“. In: *junge Welt* vom 26. Juli 2010, S. 15. Es wäre jedoch fatal, Elisabeth Schmitz 75 Jahre nach ihrer Denkschrift zur „Judenfrage“ zur Ikone des deutschen Protestantismus zu monumentalisieren und dabei alle Schuld, die der „Nationalprotestantismus“ an Faschismus, Krieg und Holocaust auf sich geladen hat, abzuwischen und aus dem Blick zu nehmen. Diese Gefahr besteht bei Gailus nicht, da die Evangelische Kirche bei der Schilderung des einsamen Kampfes der Elisabeth Schmitz keineswegs gut wegkommt.

7 Vgl. G. Brakelmann: Hitler und Luther 1933, Vortrag gehalten am 29. Januar 2008 in der Evangelischen Stadtakademie Bochum, Norderstedt 2008.

8 Gesetzes- und Verordnungsblatt für die Vereinigte Evangelisch-protestantische Landeskirche Badens. Ausgegeben am 18. April 1939, Nr. 7, S. 39.

9 G. Brakelmann (Hrsg.): Kirche im Krieg. Der deutsche Protestantismus am Beginn des II. Weltkrieges. München 1979, S. 19.

10 Gesetzes- und Verordnungsblatt für die Vereinigte Evangelisch-protestantische Landeskirche Badens. Ausgegeben am 14. September 1939, Nr. 19. S. 173. Hier taucht der rassistische Begriff des „deutschen Blutes“ erneut auf, wie er den antisemitischen Gesetzen und Verordnungen völlig wissenschaftswidrig zugrunde gelegen hatte. Siehe dazu den Vortrag von Rudolf Vrba, Zeuge im Auschwitz-Prozess, bei der Eröffnung der Auschwitz-Ausstellung in Frankfurt/Main. „Fast jeder Deutsche hielt es für natürlich, daß Menschen jüdischen Blutes diffamiert wurden [...] das Blut entschied über das Recht zu atmen.“ Alle

Verbundenheit zum Schicksal des deutschen Volkes“ „unüberwindliche Kräfte aus dem Worte Gottes“.[11]

Am 11. September 1942, als die systematisch-organisierte Deportation und Ermordung der deutschen und europäischen Juden und der Sinti und Roma („Endlösung“) bereits in vollem Gange war, schrieb der evangelisch-lutherische Pfarrer Friedrich-Wilhelm Auer aus Larrieden/Franken an Julius Streicher, Herausgeber des „*Stürmer*“ (Auflage: 800.000). Pfarrer Auer schlug vor, „für jeden deutschen Zivilisten, der durch alliierte Bombenangriffe ums Leben gekommen ist, zehn Juden aufzuhängen ... Wenn der Feind nicht innerhalb 24 Stunden unsere Friedensbedingungen annimmt, wird eine Bartholomäusnacht[12] veranstaltet und kein Jude verschont. Schade ist es um keinen.“[13]

Dieser Pfarrer blieb nach 1945 ebenso im Amt wie der Leiter des nach der Reichspogromnacht 1938 gegründeten „Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“, Siegfried Leffler[14], ein Hauptvertreter des radikalen Flügels der „Deutschen Christen“.[15] Nach 1945 wurde er wieder in den Dienst der bayerischen Landeskirche übernommen und Ehrenbürger der Gemeinde Hengersberg in Bayern. Gleiches gilt für die antisemitischen Bischöfe in Bayern und Württemberg. Theophil Wurm wird sogar EKD-Ratsvorsitzender.

Nachdem die Westmächte Großbritannien und Frankreich im Münchner Abkommen 1938 dem deutschen Expansionsdrang gen Osten (Annexion des Sudetenlandes) grünes Licht gegeben hatten, richtete der Rat der Evang.-Lutherischen Kirche Deutschlands umgehend folgendes Telegramm an den Führer: „Gott sei Dank, der unserem Volke durch den Führer ehrenvollen Frieden bewahrt hat! Mit den befreiten Brüdern erflehen wir göttlichen Segen für das verheißungsvolle Friedenswerk. Heil dem Führer!“[16] Unterzeichnet war dieses Telegramm u. a. von Landesbischof August Marahrens und Landesbischof Theophil Wurm. Beide werden zur „Bekennenden Kirche“ gezählt.

Unmittelbar nach dem Überfall auf die Sowjetunion erklärt August Marahrens am 24. Juni 1941: „Der Führer hat den Blick der Soldaten in der Heimat auf den gerichtet, der die Geschichte der Völker auch im Waffengang lenkt.“[17] Der geistliche Vertrauensrat der Deutschen

---

„vom Roten Kreuz bis zu den Generälen der Wehrmacht“ und den Bischöfen der evangelischen und katholischen Kirche hätten „diese Irrlehre“ angenommen. Labors hätten Bluttests für Aids, Syphilis oder Diabetes entwickelt, „aber keinen Test für jüdisches Blut gefunden“. Genauso wenig lasse sich „rein arisches, rein deutsches oder katholisches Blut identifizieren.“ (Siehe Bericht der Frankfurter Rundschau vom 29.3.2004, S. 25).

11 Ebenda. Siehe hierzu die gründliche und differenzierende Analyse von Wolfgang Abendroth: „Der deutsche Protestantismus und der Zweite Weltkrieg“. In: *Stimme der Gemeinde*, 16. Jg., 20/1964, (15. Oktober 1964), Sp. 617-629. Siehe auch G. Brakelmann: Evangelische Kirche im Entscheidungsjahr 1933/34: Der Weg nach Barmen. Ein Arbeitsbuch. Berlin 2010. Zutreffend stellt Brakelmann im Vorwort fest, daß die Dokumentation der „literarische(n) Produktion des Protestantismus in der Zeit von den Reichstagswahlen am 14. September 1930 bis zur Berufung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933“ noch aussteht. Siehe inzwischen F.-M. Balzer (Hrsg.): Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Erwin Eckert in Quellen und Dokumenten, Bonn 2011.

12 Die Anspielung auf die Bartholomäusnacht bezieht sich auf das Massaker vom 24. August 1572, bei dem führende Hugenotten mit Tausenden von Glaubensgenossen ermordet wurden.

13 Zit. nach: B. Mensing: Pfarrer im Nationalsozialismus. Geschichte einer Verstrickung am Beispiel der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Göttingen 1998, S. 209.

14 Vgl. A. Rinnen: Kirchenmann und Nationalsozialist: Siegfried Lefflers ideelle Verschmelzung von Kirche und Drittem Reich, Weinheim 1995.

15 D. L. Bergen: Twisted Cross. The German Christian Movement in the Third Reich, Chapel Hill 1996.

16 Zit. nach: *Junge Kirche*, 6. Jg., Heft 20, vom 15. Oktober 1938, S. 874.

17 Zit. nach: Zur Lage der Kirche. Die Wochenbriefe von Landesbischof D. August Marahrens 1934-1947. Hrsg. von Thomas Jan Kück, Bd. 3, Göttingen 2009, S. 1491.

Evangelischen Kirche sandte Hitler am 30. Juni 1941 ein Telegramm, in dem Hitler der „unwandelbaren Treue und Einsatzbereitschaft der gesamten evangelischen Christenheit des Reiches“[18] versichert wird. Die Ergebenheitsadresse fährt fort: „Sie haben, mein Führer, die bolschewistische Gefahr im eigenen Lande gebannt und rufen nun unser Volk und die Völker Europas zum entscheidenden Waffengang gegen den Todfeind aller Ordnung und aller abendländisch-christlichen Kultur auf.“ [19]

Der bayerische Theologe Walter Künneth (1901-1997) ist geradezu ein Paradebeispiel für das Verhältnis von Protestantismus und Faschismus vor und nach 1945. Der deutsche „Mehrheitsprotestantismus“ hatte sich seit 1870/71 gegen die Kultur und Tradition der Aufklärung, gegen die „Ideen von 1789“, gegen Liberalismus, Demokratie, Sozialismus und Judenemanzipation gerichtet. Gegen langlebige Kirchenkampflegenden ist zu betonen: „Es bedurfte 1933 überhaupt keines Zwangs, keines gewaltsamen Angriffs von außen – der Protestantismus öffnete dem anschwellenden Nationalsozialismus bereitwillig, vielfach fasziniert seine Türen, um die ‚Ideen von 1933‘ einströmen zu lassen.“[20] Der deutsche Protestantismus erwies sich nach dem Ende der Weimarer Republik, in der er sich unter dem Milieuschrumpfungsprozess der „gottlosen Weimarer Moderne“ als Bollwerk gegen Demokratie, Liberalismus und Sozialismus verschanzt und sich für die Überwindung der „Systemzeit“ und die „Wiederherstellung der deutschen Weltgeltung“ eingesetzt hatte, ab 1933 als Verbündeter und zugleich ideologischer Konkurrent des deutschen Faschismus. Dies wird beispielhaft deutlich in der Kontroverse zwischen Künneth und Alfred Rosenberg.[21] In dieser Auseinandersetzung handelte es sich in Wahrheit um nichts anderes als den Konflikt konkurrierender Varianten des Faschismus, dem deutschnationalen, profaschistischen Klerikalismus[22] eines Walter

---

18 Zit. nach: H. Lenhard, „... keine Zweifel an der Richtigkeit dieses Krieges“, Christen und Kirchen im Krieg gegen die Sowjetunion. In: D. Goldschmidt (Hrsg.), Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh 1989, S. 237-262, hier: S. 257.

19 Zit. nach: Ebenda. Der Vorsitzende der Kirchenführerkonferenz der „intakten“ Landeskirchen, der hannoversche Bischof Marahrens, hatte dieses Dokument mitunterzeichnet. Der württembergische Landesbischof Wurm stimmte der im Telegramm vorgenommenen Lagebeurteilung immerhin mit der Bemerkung zu: „Gewiss freut sich heute jeder gute Deutsche, daß [...] das deutsche Heer die große Abrechnung Europas mit dem Bolschewismus vollzieht.“ (Ebenda, S. 258). Die Haltung des deutschnationalen, klerikalen profaschistischen Mehrheitsprotestantismus, die zurückreicht bis tief in die Jahre der Weimarer Republik, fand auch in einem Buch des Jahres 1937 mit dem Titel „Wir rufen Deutschland zu Gott“ seinen Niederschlag. Verfasser war neben Otto Dibelius Martin Niemöller. Darin heißt es, es gehe beim Faschismus „um die Entscheidung zwischen Bolschewismus und Christentum“. (Zit. nach: Ebenda, S. 241. Siehe inzwischen: Jürgen Sternsdorff: Gerrit Herlyn zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Die Treue zu Adolf Hitler in der Bekennenden Kirche nach unveröffentlichten Quellen, Marburg 2015.

20 M. Gailus: Protestantismus und Nationalsozialismus. Ein Bericht über den Stand der Debatte. In: Lucia Scherzberg: Vergangenheitsbewältigung im französischen Katholizismus und deutschen Protestantismus, Paderborn 2008, S. 165.

21 Nach E. Piper: Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe, München 2005, machte Künneth Rosenberg in seiner Antwort auf Rosenbergs „Mythus“ in der Wahl seiner Begriffe die denkbar größten Konzessionen, so daß der Leser oft Mühe hat, zwischen den Gedankengängen beider Autoren zu unterscheiden. Auf 175 von 210 Seiten referiert Künneth Rosenbergs Weltsicht, wobei sich eine „erdrückende Fülle von Übereinstimmungen“ ergibt. Siehe Manfred Gailus: Spielräume des Handelns und der Erinnerung. In: Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern und der Nationalsozialismus. Herausgegeben von Berndt Hamm, Harry Oelke und Gury Schneider-Ludorf, Göttingen 2010, S. 19-41, hier: S. 32 f.

22 Der Terminus klerikalfaschistisch mutet auf den ersten Blick allzu undifferenziert an. Gesagt werden soll, daß es sich bei Klerikalfaschisten um Männer der Kirche gehandelt hat, die den Faschismus begrüßten und unterstützten und dies mit eigenen, scheinbar theologischen Überzeugungen begründeten, die letztlich auf die organisatorische und institutionelle Selbstverteidigung kirchlicher Machtverhältnisse in der Gesellschaft abzielten. Von theologischer Selbstverteidigung zu sprechen, wenn damit „der Kampf gegen das Judentum von dem Boden eines bewussten und klaren Christentums“ gemeint war, ist abwegig. Wer den NS-Staat als „Gottes Ordnung“ begrüßte und unterstützte, konnte wohl kaum haltbare theologische Gründe dafür ins Feld führen. Daß ihre Liebe in einigen Fällen vom Faschismus nicht erwidert wurde,

Künneth einerseits und dem „neuheidnischen“, „gottgläubigen“ Barbarismus eines Alfred Rosenberg andererseits.

In seiner Streitschrift gegen Alfred Rosenbergs „Der Mythus des 20. Jahrhunderts“ aus dem Jahre 1935[23] erklärte Künneth, daß Rosenberg mit seiner Darstellung des „zersetzenden Einflusses des dekadenten Weltjudentums und seiner Gefährdung des deutschen Kulturlebens“ „Wesentliches erkannt“ habe. Verständlich sei ferner, daß Rosenberg „aus Liebe zum Volk und zur deutschen Rasse“ das deutsche Wesen „vor der Vergiftung durch diesen jüdischen Geist bewahren“ wolle und „diesem Fremdgeist den unerbittlichen Kampf“ ansage. Der „Fehler“ Rosenbergs liege allerdings darin, daß die „ganze Minderwertigkeit und Gefährlichkeit des entarteten Weltjudentums kritiklos [...] auf das A. T. übertragen“ werde.[24] Diese klerikalfaschistische Haltung Künneths machte ihn 1945 zum Zeugen der Verteidigung im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess gegen Alfred Rosenberg und hinderte den „Evangelischen Pressedienst“ 1990 nicht, ihn als „Antifaschisten“ zu ehren.

Während Rosenberg 1946 als Kriegsverbrecher hingerichtet wurde, erlebte Künneth einen steilen Karriereaufstieg nach 1945: Ehrenpromotion, 1946 Honorarprofessor in Erlangen, 1953 ordentlicher Professor in Erlangen, 1962 Bayerischer Verdienstorden, 1966 Großes Verdienstkreuz der BRD, 1981 Bayerischer Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst.

Die Tatsache, daß es unter den 18.000 evangelischen Pfarrern in Deutschland 28 ordinierte Pfarrer gab, die wegen ihrer jüdischen Vorfahren aus dem Kirchendienst entfernt wurden, ist blanker Rassismus und höchst unchristlich.[25]

Rassismus und Antisemitismus sind jedoch nicht das Wesen, sondern eine besonders typische, weil besonders barbarische Begleiterscheinung des Faschismus. Um der Begrenztheit der historisch-idealistischen Sicht auf den „Holocaust“ zu entgehen, muss der „Blick auf den Zusammenhang zwischen Imperialismus und äußerster Aufgipfelung von Menschenfeindlichkeit“[26] im Zweiten Weltkrieg gerichtet werden. Denn nur im Schatten des imperialistischen Krieges waren Auschwitz und das Massenmorden unter Beteiligung von Wehrmachtsangehörigen möglich. Ohne die Akzeptanz, die Duldung, die Unterstützung, die Gefolgschaft von Massen der Bevölkerung, zu der der deutsche Protestantismus auf breiter Front auf dem ideologischen Feld nachhaltig beitrug, wäre der Faschismus eine Episode geblieben und unfähig gewesen, in Europa und über dessen Grenzen hinaus das anzurichten und zu verbrechen, was er tat. Zwischen einem Mörder, der die Gaskammern von Auschwitz betätigte oder irgendwie an den

---

steht auf einem anderen Blatt. Häresie war keineswegs auf die sog. „Deutschen Christen“ beschränkt. Antisemitismus und regimestützende Positionen waren auch in der „Bekennenden Kirche“ weit verbreitet, wie Wolfgang Gerlach: Als die Zeugen schwiegen. Bekennende Kirche und die Juden, Berlin 1987 eindrucksvoll belegt hat. Symbiotische Beziehungen zwischen Theologen und Kirchenführern einerseits und dem Faschismus andererseits waren prinzipiell eine Abkehr von der humanistischen „Botschaft des Evangeliums“ und hatten mit reformatorischem Christentum nichts gemein. Wer Karl Barth, Dietrich Bonhoeffer und Erwin Eckert eine „politische Theologie“ unterstellt und sich selbst bei aller Fürsprache für den Faschismus als „unpolitisch“ dünkt, spricht nicht als Theologe, sondern selbst als Politiker mit anderen politischen und vermeintlich theologischen Zielen. Wer in Adolf Hitler den „Heiland der Deutschen“ sieht, kann als Theologe nicht ernstgenommen werden und hat aufgehört, sich zu den Christen zählen zu dürfen. Siehe F.-M. Balzer: Erwin Eckert, Karl Barth, Dietrich Bonhoeffer. Unterschiedliche Traditionslinien, gemeinsam verpflichtendes antifaschistisches Erbe. In: ders.: „Es wechseln die Zeiten ...“, a. a. O., S. 238-257.

23 W. Künneth: Antwort auf den Mythus. Die Entscheidung zwischen dem nordischen Mythus und dem biblischen Christus, 1935, Auflage von 36.000 innerhalb von drei Monaten.

24 Ebenda, S. 67.

25 Siehe A. Töllner: Eine Frage der Rasse? Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Baden, der Arierparagraph und die bayerischen Pfarrfamilien mit jüdischen Vorfahren im „Dritten Reich“, Stuttgart 2007.

26 Kurt Pätzold: Geschichte kennt kein Pardon: Erinnerungen eines deutschen Historikers, Berlin 2008, S. 158.

Erschießungsgräben im besetzten Gebiet der UdSSR Juden umbrachte, und einem Theologen, dem die Pflege und Stärkung der seelischen Anpassungsenergien zugunsten militärischer Kommandostellen im Zweiten Weltkrieg am Herzen lag, besteht ein Zusammenhang. Sie dienten beide dem gleichen System.

Während der aus Deutschland vertriebene Karl Barth von der Schweiz aus angesichts der drohenden Aggression Nazi-Deutschlands gegen die Tschechoslowakei 1938 in einem Brief an den Dekan der Prager evangelischen theologischen Fakultät, Josef Hromádka, zum bewaffneten Widerstand aufrief („Jeder tschechische Soldat, der dann streitet und leidet, wird es auch für uns – und ich sage es ohne Vorbehalt: er wird es auch für die Kirche Jesu Christi tun, die in dem Dunstkreis der Hitler und Mussolini nur entweder der Lächerlichkeit oder der Ausrottung verfallen kann“[27]) und der in der „Bekennenden Kirche“ isolierte Dietrich Bonhoeffer 1941 für die „Niederlage“ Deutschlands im Zweiten Weltkrieg betete[28], trug der Theologe Lilje, der die NS-Machtübernahme 1933 „in freudigem Ja“ begrüßt hatte und u. a. von 1949-1967 stellvertretender Ratsvorsitzender der EKD wurde, durch seine Publikationen und Predigten während des 2. Weltkriegs dazu bei, die Dauer des verbrecherischen Regimes zu verlängern. Dies geschah mit seinen veröffentlichten Muster-Kriegspredigten aus dem Jahre 1940/41 und seiner Schrift „*Der Krieg als geistige Leistung*“[29] aus dem Jahre 1941.

Fassen wir zusammen: „Eine relevante, grundsätzliche Gegnerschaft der evangelischen Kirche in Deutschland und ihrer Glieder gegen den NS-Staat und seine antijüdische Politik hat es nicht gegeben.“[30] Die aus der unmittelbaren Nachkriegszeit überlieferten Äußerungen und

---

27 Zit. nach: H. Diem: Der Antibolschewismus als Frage an die Kirche. In: *Evangelische Theologie*, 1948/49, S. 15. Das Organ der jungreformatorischen Bewegung beeilte sich nach der Veröffentlichung des Briefes im Ausland, folgendes mitzuteilen: „Die Schriften des Baseler Theologieprofessors Karl Barth sind für das gesamte Reichsgebiet verboten worden. Als Grund wird die feindselige politische Haltung Barths gegen Deutschland angegeben, die sich besonders in dem kürzlich in der Presse wiedergegebenen Brief an den tschechischen Professor für systematische Theologie in Prag, Hromádka, zeigte.“ Die „*Junge Kirche*“(JK) brachte ihre Meinung über „dieses verwerfliche Treiben eines Mannes“ zum Ausdruck, „der sich anmaßt, im Namen von Theologie und Kirche gegen Deutschland zu hetzen“. Besonders empört ist die JK, „wenn z. B. Karl Barth von der Möglichkeit sowjetrussischer Hilfe für die Tschechoslowakei als in den Plänen und Absichten der Vorsehung Gottes gelegen schrieb. Barth hat sich nicht nur in diesem skandalösen Brief, sondern auch in mehreren Veröffentlichungen der letzten Zeit als politischer Theologe entpuppt, der unter Missbrauch seines Lehramtes und des Namens Jesu Christi den wider das deutsche Volk gerichteten Kampf für das demokratische Dogma zum obersten Grundsatz seines Handelns macht.“ In: *Junge Kirche. Halbmonatsschrift für das reformatorische Christentum*, 6. Jg., 1938, Heft 22, S. 965 f. „Aber auch die Männer der bruderrätlichen Kirchenleitung der BK gerieten in einen ‚Wirbel von Bestürzung und patriotischem Trotz‘, aus dem sie sich schließlich mit einer von dem ‚Politiker‘ Barth abrückenden Erklärung zu befreien suchten. ‚Aus seinen Worten rede nicht mehr der Lehrer der Theologie, sondern der Politiker‘. Man diskutierte nicht über die Richtigkeit der Urteile Barths, sondern man lehnte diese Art von Stellungnahme überhaupt ab und zog sich stattdessen auf den Satz zurück: ‚Wir wissen, daß die Freiheit der Kirche Jesu Christi allein in dem Willen des himmlischen Vaters beruht‘. Barth hatte mit diesem Brief an Hromádka den Umschlag von kirchlicher Opposition zu politischem Widerstand vollzogen. Die evangelische Kirche in Deutschland hat sich unter dem Nazi-Regime diesem Schritt insgesamt versagt.“ (F.-M. Balzer: Wider die Kirchenkampflegenden. In: ders.: Miszellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus. „Gegen den Strom“, Marburg 1990, S. 11-30, hier: S. 29 f.) Frage: Welcher himmlische Vater hatte wohl Martin Niemöller animiert, Hitler im Namen des Pfarrernotbundes 1933 zum Austritt aus dem Völkerbund zu beglückwünschen und sich im Konzentrationslager Dachau freiwillig zur Teilnahme am 2. Weltkrieg zu melden?

28 Siehe E. Bethge: Dietrich Bonhoeffer, München 1967, S. 834.

29 Siehe H. Hohnsbein: Hanns Lilje und der Krieg des NS-Regimes. In: H. Grosse/H. Otte/J. Perels (Hrsg.): Bewahren ohne Bekennen? a. a. O., S. 461-470. „Es muss nicht nur auf den Koppelschlössern der Soldaten, sondern in Herz und Gewissen stehen: Mit Gott! Nur im Namen Gottes kann man dies Opfer legitimieren“ (Ebenda, S. 469); F.-M. Balzer: Militärseelsorger Lilje oder Christen für Frieden und Abrüstung? In: *Neue Stimme* 1/1980, S. 30 f.

30 Siehe B. Gregor: Zum politischen Antisemitismus, a. a. O., S. 193.

Bekenntnisse von Theologen und Kirchenvertretern sind durch Verdrängung, Verschleierung, Verfälschung und Verharmlosung gekennzeichnet.

Nach der Befreiung 1945 war die Lage für die willigen Vollstrecker so heikel, daß nur gigantische Ablenkungs-, Vertuschungs- und Fälschungsmanöver das Ansehen der bürgerlichen Machteliten in Wirtschaft, Militär, Bürokratie, Justiz und den Kirchen in Westdeutschland zu retten und wiederherzustellen vermochten. Von einem Bruch in der Geschichte des Protestantismus kann keine Rede sein. Die Bemühungen, alle profaschistischen Aktivitäten der Kirche und die antifaschistischen Aktivitäten einzelner Pfarrer unter Verschluss zu halten, waren über Jahrzehnte erfolgreich.

Trotz inzwischen zahlreicher Einzeluntersuchungen und Vorarbeiten, in denen sich die Konturen einer kritischen Gesamtdarstellung abzeichnen, steht eine solche über die „Evangelische Kirche im ‚Dritten Reich'", wie sie z. B. für die Katholische Kirche seit 1965 vorliegt[31], noch aus.

II.

Auf dem Hintergrund der profaschistischen Haltung des Mehrheitsprotestantismus nehmen sich die beiden Pfarrer Erwin Eckert und Heinz Kappes geradezu als exotische Ausnahmeerscheinungen aus.

Beide kamen in ihrer Zeit immer wieder zu einer für sie betrüblichen, aber aufrüttelnden Einschätzung: „Kirche und Pfarrer stehen rechts". Die Kirche erschien ihnen nicht mehr in der Lage, ein „Instrument des heilbringenden göttlichen Veränderungswillens"[32] zu sein. Für sich selbst gelangten sie zu einer wichtigen gegenteiligen Lebensentscheidung. Sie suchten als protestantische Pfarrer nach einem anderen politischen Standort; sie nahmen ihre christliche Verantwortung und Moralauffassung ernst; sie wollten Demokraten und Sozialisten sein, sie wollten Faschismus verhindern.

Beide gehören der zwischen 1880 und 1900 geborenen Generation der Vorkriegszeit an.[33] Daß der Verfallszustand der spätkapitalistischen Gesellschaft „nicht andauern könne und sich das Leben der Menschen von Grund auf ändern müsse, war gemeinsame Grundstimmung der Vorkriegszeit". Sie haben „1914 den Kriegsausbruch als Beginn der Änderung, als Umbruch zur Erneuerung empfunden und hektisch gefeiert. Zeitwende und Weltende waren die Inhalte dieser Erwartungshaltung, die Jugend sollte das Neue schaffen, das Ideal einer besseren Welt verwirklichen."[34] Das verpflichtende Erbe des Humanismus war im ersten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit verraten worden. Sie aber richteten ihre hoffnungsvolle Erwartung auf das „ganz andere". Transzendenz wird bei ihnen säkularisiert, wird nicht mehr ausschließlich als „Leben nach dem Tode", sondern als „Verwirklichung" gedacht. Ihre Inhalte haben stark ur-christliche und jüdisch-messianische Züge. Die Idee der „Gemeinde" tritt an die Stelle der Realität des Staates, und sie gilt als Trägerin der Erlösung.

Der Zufall machte das Jahr 1893 zu dem ihrer Geburt. Nicht nur Historiker wissen, wie dies ein Hineingeborenwerden und ein Hineinwachsen in den nationalistischen Geist des Wilhelminischen Reiches bedeutete. Der herrschende Geist dieser deutschen Zeiten war der des

---

31 G. Lewy: The Catholic Church and Nazi Germany, London 1964. Die deutsche Übersetzung erschien unter dem Titel „Die katholische Kirche und das Dritte Reich", München 1965.

32 G. Wendelborn: Zu Erwin Eckerts Predigten, in: F.-M. Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen, a. a. O., S. 166.

33 Diese produktive und naheliegende Anregung – immerhin deuten die Verbindung von Kappes zu Martin Buber und von Eckert zu Ernst Blochs „Thomas Münzer" darauf hin –, Kappes und Eckert in diesem Kontext zu sehen, verdanke ich Hans Heinz Holz und seiner Aufsatzsammlung zu Walter Benjamin „Philosophie in der zersplitterten Welt", Bonn 1992, insbesondere S. 7-48; die folgenden Zitate und sprachlichen Wendungen sind dort entlehnt.

34 Holz, ebenda, S. 33.

Nationalismus, der sich gerade in den frühen 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts ausformte und entfaltete, der in dieser Zeit seine prägende organisatorische Fixierung erfuhr und sich auf seiner rechtesten Seite rassistisch-antisemitisch zu gebärden begann. In diese Zeit fällt – um nur ein Beispiel zu erwähnen – die Gründung des berüchtigten „Alldeutschen Verbandes“ 1891, der 1893 eine neue deutsche „Nationalpartei“ ins Leben rufen wollte und sich zu einem maßgeblichen ideologischen Wegbereiter des ersten deutschen „Griffs nach der Weltmacht“ aufschwang, der vor Hitler den extremsten völkischen Nationalismus betrieb und nach „Deutschlands Erneuerung“ strebte. Dies war übrigens ein häufig verwendeter alldeutscher Slogan jener Zeit – wie würde er wohl heute lauten? Vielleicht: „Deutschlands Rückkehr in die Normalität und seine weltpolitische Verantwortung“? Das geistige und politische Klima, in dem beide heranwuchsen, ließ sie schließlich im August 1914 voller Begeisterung in den ersten Weltkrieg ziehen – sowohl den von seinem deutschnationalen Elternhaus geprägten Heinz Kappes als auch den jungen Sozialdemokraten Erwin Eckert. Es erwies sich als eine falsche Entscheidung, die beide getroffen hatten. Doch sie erwiesen ihre Größe, indem sie es bald erkannten und sich nicht der Erkenntnis widersetzten, wie wenig der deutsche Nationalismus eigenen Ansprüchen standhielt: weder denen des christlichen Humanismus noch denen der bürgerlichen Revolutionsideale – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und nicht einmal denen des Patriotismus. Die Kriegsrealität ließ beide – wie viele, viele andere auch – zu überzeugten Kriegsgegnern werden. Als solche beschritten sie in der Weimarer Zeit einen Weg, der schließlich zu ihrem erzwungenen Ausschluss aus dem Pfarrdienst führte. Ihre Entfernung von einem angeblich nationalen, in Wirklichkeit aber nationalistischen und militaristischen Denken, das im deutschen Protestantismus verankert war, geschah unter dem steigenden Druck der Rechten, aber auch in langen, schmerzvoll erfahrenen und widersprüchlichen Erkenntnisprozessen. Ihre Abkehr von den Rechten ließ sie Hoffnung und Alternativen bei den Linken suchen. Sie mussten sich „links“ orientieren, um wirkungsvoll gegen rechts agieren zu können. Und schließlich kämpften sie gegen rechts, um christlich-humanistisch, demokratisch und sozialistisch bleiben zu können.

Heinz Kappes – der in Tübingen, Berlin und Heidelberg studiert und in Berlin auch Rosa Luxemburg gehört hatte – kehrte aus dem Krieg hoch dekoriert und schwer verletzt zurück. Aber ehrlich bekannte er bald: „Ich habe im Kriege Abstand von diesem ganzen Geist, dem nationalistischen Geist und dem Geist des Militarismus, gefunden.“[35] Das viele Blut mußte angeblich sein „wegen der Erzbecken und Kohlegruben“ [eine Anspielung auf das Septemberprogramm Bethmann-Hollwegs]. „Ist das ein Gegenwert für Menschenleben? Der furchtbare Wahnsinn des Mordens hat mich voll wach gemacht“, bekennt Kappes 1922 vor dem Heidelberger Wingolf, um 1932, als sich der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund im Wingolf durchsetzte, wieder auszutreten. 1934 glaubt er schon, „von dem im Todeskrampf liegenden Zeitalter imperialistischer, kapitalistischer, egoistischer Prägung“ sprechen zu können. Kappes ließ es aber bei der Erkenntnis, daß Kriege das Produkt miteinander ringender Konkurrenten seien, nicht bewenden. Den Mächten, die sich dabei von nackten Machtinteressen leiten ließen, habe die Kirche Gottes Gesetz entgegenzuhalten, das die Ausschließung von Politik, Wirtschaft und Kultur vom Gehorsam gegen Gottes Gebot nicht dulde. „Gott will, daß *allen* Menschen geholfen werde und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen“ (1. Tim. 2,4). Friede als fundamentales Menschenrecht, ohne dessen Gewährleistung sämtliche anderen Menschenrechte zur Phrase verkommen, ist bei Kappes als solches bereits deutlich benannt. Die, die den Weltkrieg selbst durchlitten hätten, so forderte damals Kappes, müssten handeln, bevor die Generation der Wissenden aussterbe. Alle hätten ja einmal im Schlachtgetümmel das Gelübde abgelegt, wenn ihnen das Leben geschenkt werde, dieses für den Frieden zu opfern. 1924 trat er in die SPD ein. 1926 wurde er Stadtverordneter der SPD Karlsruhe, 1930 als Kandidat des linken,

---

35 H. Kappes im Tonbandgespräch mit dem Verfasser am 2. November 1973, Abschrift im Besitz des Verfassers, im Folgenden zitiert: Tonband.

antimilitaristischen Flügels der SPD Stadtrat. 1926-1933 war er religiös-sozialistisches Mitglied der badischen Landessynode. Sein inneres Motiv für sein politisches Engagement war neben der Gewissheit von der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Faschismus die Überzeugung, daß es Auftrag der evangelischen Botschaft sei, „ein Reich Gottes unter den Menschen, für die Menschen, durch die Menschen eben auf der Erde in dem konkreten Leben zu verwirklichen“[36]. Als Redner warb er auf zahlreichen Versammlungen von Konstanz bis Aachen für die SPD und den Bund der Religiösen Sozialisten, wurde Mitglied des badischen Landesvorstandes und einer seiner führenden Repräsentanten.

Zu den ersten Auseinandersetzungen mit der Kirchenbehörde kam es im Jahre 1926. Die Kirchenbehörde nahm Anstoß an dem Thema eines Vortrages, den er am 16. Januar 1926 in Ispringen gehalten hatte. Es lautete: „Wider die Kirchen, die das Evangelium verraten“. Als der Evangelische Oberkirchenrat am 1. Juni 1926 die badischen Geistlichen anwies, „daß sie sich im Gottesdienst und bei sonstigen Anlässen in der Behandlung der Frage der Fürstenenteignung die größte Zurückhaltung auferlegen, insbesondere aber *jedes Eintreten für die entschädigungslose Fürstenenteignung unterlassen*“ [37] sollen, schrieb Kappes am 7. Juni an den Oberkirchenrat: „Gegen den Erlass des Evangelischen Oberkirchenrates vom 1. Juni 1926 sehe ich mich aus Gewissensgründen gezwungen, Stellung zu nehmen. Ich lehne es ab, mich in dieser Weise in meinem persönlichen und öffentlichen Eintreten für die Fürstenenteignung binden zu lassen“[38]. Am 12. Juni 1926 hielt daraufhin der deutsch-nationale Kirchenpräsident Kappes „ungehöriges Verhalten“[39] vor und verwarnte ihn. Am 18. Oktober 1926 wurde Kappes erneut eindringlich ermahnt, sich „strengste Zurückhaltung bei seinem Eintreten für Sozialismus und Sozialdemokratie“[40] aufzuerlegen. Kappes wahrte zwar stets Zurückhaltung in der Wortwahl und suchte seine politischen Gegner nie zu verletzen. Von einmal leidvoll erworbenen Erkenntnissen und Positionen wich er trotz der Ermahnungen seiner Kirchenbehörde jedoch nicht zurück. Am Jahrestag der Novemberrevolution hielt er 1929 eine Rede im großen Festsaal in Karlsruhe, die den bezeichnenden Titel trägt „Die Revolution ist in Permanenz erklärt“.[41] Darin verband er revolutionäre mit evolutionären Elementen politischer Zielsetzung und vermied klarsichtig – und im Widerspruch zu starken Tendenzen in der KPD – eine krude Absage an die bürgerliche Demokratie einerseits und die Bestreitung revolutionärer Zielstellung in der SPD andererseits. Anknüpfend an den bürgerlichen Idealismus von 1848 forderte er, „daß die Gewalt im Staat wirklich vom Volk ausgeht, nicht vom Kapital“ und „daß das Ziel der politischen Gestaltung der Dienst am Ganzen des Staates ist, nicht die Unterwerfung des Staates unter Privatinteressen.“[42] Nach den Septemberwahlen 1930 sah es Kappes für seine Pflicht an, in Wort und Schrift „*gegen die deutsche Freiheitsbewegung*“[43], wie die Anklageschrift des Jahres 1933 sich auszudrücken beliebte, aufzutreten. 1931 veröffentlichte Kappes seine geradezu prophetische Abhandlung „Der theologische Kampf des religiösen Sozialismus gegen das nationalsozialistische Christentum“, in der er die soziale Demagogie der Nazis brillant offenlegte. Die von den religiösen Sozialisten klar benannte Alternative „Christus- oder Hakenkreuz“ sei viel wirkungsvoller als allerlei vorsichtige Fragezeichen, die wohlmeinende bürgerliche Theologieprofessoren hinter die Grundsätze der völkischen Bewegung gesetzt hätten. Im politischen Bereich hätten sich die

---

36 Tonband. An Äußerungen wie dieser lassen sich die genuin demokratischen Positionen bei Kappes festmachen.

37 Zit. nach: Anklageschrift; vgl. F. M. Balzer: Die religiösen Sozialisten an der Seite von SPD und KPD für die entschädigungslose Fürstenenteignung 1925/26, in: ders.: Klassengegensätze, a. a. O., S. 109-146.

38 Zit. nach: Anklageschrift.

39 Ebenda.

40 Ebenda.

41 SAV 1929, Nr. 50, S. 371 ff.

42 Ebenda.

43 Ebenda. Hervorhebung vom Verfasser.

Nationalsozialisten dem Staatsabsolutismus, Imperialismus, Terror und Rassenhass verschrieben und führten alles Denken auf das „Blut“ zurück. Damit aber verfälschten sie das Evangelium. Der Rassegedanke sei als Rassedünkel zum beherrschenden ideologischen Überbau geworden und verleihe der arisch-germanischen Rasse das Recht auf Weltherrschaft und Unterdrückung angeblich minderwertiger Rassen. Die Militarisierung der jungen Generation sei erklärtes Ziel der Nazis. Ihr diktatorischer Militärstaat bedeute eine Absage an jede Demokratie. Der Alldeutsche Hugenberg und die Schwerindustrie erblickten in den Nazis trotz mancher Tarnung willkommene Bundesgenossen. In Wahrheit würden die Nazis in der Krise militant gewordene Massen, die ihre Loyalität gegenüber etablierten nichtkatholischen bürgerlichen Parteien aufgekündigt hatten, zur Stabilisierung des Kapitalismus nutzen. Die zahlreichen evangelischen Pfarrer, die zugleich Mitglied der NSDAP waren, behaupteten, daß das Evangelium mit Abrüstung und Abschaffung des Krieges nichts zu tun habe. Die Nazis verwandelten das Sinnbild der vergebenden und rettenden Liebe Gottes für alle, das Kreuz, in ein Zeichen selbstgerechter und hochmütiger Ausschließlichkeit, ja des Hasses und der Gewalt, was schlimmstmögliche Lästerung sei. Der mit dem Götzendienst des Nationalismus aufs engste verbundene Gewaltgedanke schreie mit einer noch nie dagewesenen Frechheit sein Credo in die Welt.

Frontstellungen gegen rechts finden sich auch bei Pfarrer Erwin Eckert, einem Kirchen- und Volkstribun, der Tausende in die Kirche und später Hunderttausende in die Versammlungssäle zog[44]. Daß von ihm nach 1945 so wenige etwas erfuhren, hängt damit zusammen, wie sehr er den Herrschenden ein „Ärgernis“ war, das man besser vergisst und verdrängt. Geboren am 16. Juni 1893 im badischen Zaisenhausen, war er der älteste Sohn von 8 Kindern. Nach dem Umzug seiner Eltern nach Mannheim im Jahre 1898 besuchte Eckert hier das Humanistische Gymnasium und studierte Theologie und Philosophie in Heidelberg, Göttingen und Basel. 1911 trat er bereits der SPD bei. 1914 meldete er sich unter dem Einfluss des von ihm verehrten Mannheimer sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Ludwig Frank freiwillig zum Krieg. Seine Kriegserlebnisse, die er in der Gefängnishaft 1933 in Düsseldorf niederschrieb, spiegeln seine Wandlung vom Kriegsfreiwilligen zum entschiedenen Kriegsgegner.[45] Nach dem mit Auszeichnung bestandenen theologischen Examen wurde er zunächst Vikar in Pforzheim, 1922 Pfarrer in Meersburg und 1926 auf eigenen Wunsch Pfarrer an der Trinitatis-Kirche in Mannheim. 1920 hatte er in Pforzheim den „Bund evangelischer Proletarier“ gegründet und 1924 die Arbeitsgemeinschaft der religiösen Sozialisten Deutschlands in Meersburg ins Leben gerufen. Diese wurde 1926 in den „Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands“ umgewandelt, dessen geschäftsführender Vorsitzender er von 1926 bis 1931 war.[46] Gleichzeitig war er Schriftleiter des wöchentlichen Bundesorgans „*Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes*“, das ab 1931 „*Der Religiöse Sozialist*“ hieß und zuletzt eine Auflage von 17.000 Exemplaren erreichte. Seine antimilitaristische Haltung (u. a. gegen den Panzerkreuzerbau 1928 und gegen das SPD-Wehrprogramm von 1929), seine Parteinahme für die UdSSR (u. a. als einziger sozialdemokratischer Abgeordneter auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag 1930 in Nürnberg) und seine kämpferische Agitation auf Reisen durch ganz Deutschland brachten ihn in zunehmenden Konflikt mit der Kirche. Diese entfernte ihn nach zahlreichen Disziplinar- und Ordnungsstrafen und drei kirchlichen Dienstgerichtsverfahren schließlich am 11. Dezember 1931 aus dem Kirchendienst. Mit der gleichen Konsequenz wie gegenüber der Kirche verhielt sich Eckert gegenüber der SPD, die ihn 1931 wegen seiner Solidarität mit der linken Opposition ausschloss. Der Bund schließlich glaubte, Eckert als

---

44 Siehe das unter der Leitung von K. Pätzold herausgegebene Lexikon „Biographien zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945“, Berlin 1991, S. 119 f.

45 Vgl. E. Eckert: Impressionen aus dem Ersten Weltkrieg, in: F.-M. Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen, a. a. O., S. 29-80.

46 Zur Tätigkeit Erwin Eckerts im Bund der Religiösen Sozialisten siehe F.-M. Balzer, Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands, mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth Bonn ^{3}1993.

Kommunisten – mit Rücksicht auf die SPD – nicht länger im Vorstand halten zu können.

Bereits 1925 trat Eckert im „*Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes*“ dem „ganzen völkischen Wahnwitz“[47] energisch entgegen und brandmarkte den Antisemitismus, der in einem „grauenvollen Morden enden“ müsse[48]. Hellsichtig warnte Eckert wenige Wochen später vor dem „Bund für deutsche Kirche“, der die „Eindeutschung des Christentums“ propagierte, denn die „Jesusreligion“ sei nicht semitischen, sondern „arischen“ Geistes. Allzu lang, so Eckert schon 1925, habe die Kirche diese frühen Warnungen vor der „Ausschaltung des Alten Testaments“ in den Wind geschlagen.[49] Zu Beginn des 5. Kongresses der religiösen Sozialisten 1930 in Stuttgart sagte Eckert: „Man versucht durch einen vielstimmigen Appell an die Urteilslosen, durch den Appell an den Rasse-Instinkt, den Nationalkasse, an kleinbürgerliche Besitzerfreude und an den Militarismus, die Urteilslosen auch in der Arbeiterschaft zu einer Schutztruppe der kapitalistischen Front zu machen, deren imperialistische Gelüste, deren Schrei nach der bürgerlichen Diktatur nur noch mühsam verheimlicht und unterdrückt werden kann. [...] Die Zeichen der Zeit schrecken jeden ehrlichen Christen. Mussolini hat mit dem Papst ein Konkordat geschlossen; in Deutschland preisen sich die Faschisten als die Retter des positiven Christentums an [...] Alles Zeichen einer heraufziehenden Gefahr, gegen die es Front zu machen gilt im Namen eines ehrlichen Christentums.“[50] Da Eckert *nicht* gewillt war, auf seine staatsbürgerlichen Rechte und christlichen Pflichten zu verzichten und sich an die Redeverbote des Evangelischen Oberkirchenrats zu halten, wurde er am 6. Februar 1931 mit sofortiger Wirkung vom Amt suspendiert. Am 14. Juni 1931 wurde das Redeverbot gegen Eckert nicht nur nicht aufgehoben, sondern Eckert wurde wegen „Unbotmäßigkeit“ zu einer empfindlichen Geldstrafe verurteilt. Hätte es nicht eine breite Solidaritätsbewegung in Baden gegeben, bei der 100.000 Bürger durch ihre Unterschrift („Protestanten, protestiert!“) die Wiedereinsetzung des suspendierten Pfarrers in sein Amt forderten, Eckert wäre bereits im Juni 1931 seine Kanzel genommen worden. An dem Willen des Evangelischen Oberkirchenrates mangelte es jedenfalls nicht. Ein halbes Jahr später, am 11. Dezember 1931, war es dann soweit. Der Eintritt Eckerts in die KPD ließ vollends Rücksichten fallen. Eckert wurde endlich und endgültig, unehrenhaft und ruhegehaltlos aus dem Dienst der Evangelischen Kirche Badens entfernt. Eine juristische Aufhebung des Urteils gegen Eckert steht noch aus. Das Eingeständnis der Badischen Landessynode von 1999, mit der unehrenhaften Entlassung Eckerts aus dem Kirchendienst habe die evangelische Kirche eine „prophetische Stimme“ unterdrückt, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, aber keineswegs ausreichend.

Naturgemäß ergaben und ergeben sich aus Kappes’ und Eckerts tätigem Leben, aus den ihnen zugrundeliegenden Zielvorstellungen Fragen, die damals häufig direkt an ihn gestellt wurden, Fragen, die andere heute, sechs Jahrzehnte später und nach einem Epochenumbruch sondergleichen, gern an ihn bzw. in seinem Namen stellen würden, um wieder aus Krisennot sowie aus eigener Zerrissenheit und neuerlicher Orientierungslosigkeit heraustreten zu können.

Der erste lautet: Wie kommen Menschen, gleich ob Christen oder anderer Weltanschauung, zu ihrem „Kampf gegen rechts“?

Zweitens: Wie kommt so einer wie Eckert, den man eigentlich in einer bestimmten, anscheinend festumrissenen Lebensposition angekommen weiß, dennoch dazu, sich noch einmal neu zu entscheiden, die Grundfesten bisheriger Tätigkeit zu erschüttern und sich zu einem zweifellos höchst außergewöhnlichen Schritt zu entschließen? Die zeitgenössische Presse hat sich wenig bemüht, nach den eigentlichen, nach den tieferen Gründen zu suchen. Vordergründiges,

---

47 SAV 1925, Nr. 19, S. 31.

48 E. Eckert: Bund für deutsche Kirche, in: *Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes* (SAV) 1925, Nr. 23, S. 47.

49 E. Eckert: Rundschau, in: SAV 1925, Nr. 23, S. 47.

50 E. Eckert: Eröffnungsrede auf dem 5. Kongress in Stuttgart, in: SAV 1930, Nr. 32, S. 251 f.

Spektakuläres lag ihr schon damals wesentlich näher. Pragmatisch-politischer Sinn, mitunter auch ein direkter parteiegoistischer Auftrag diktierten die Feder. Wen wundert es daher, daß nirgendwo auf eine Predigt Bezug genommen worden ist, die Erwin Eckert am 5. Juli 1931 gehalten hatte und die er unter dem beziehungsreichen Titel „Der Auftrag Gottes an unsere Zeit“[51] in dem noch von ihm redigierten Organ des „Bundes der religiösen Sozialisten“ just an jenem Tag veröffentlichte, an dem sein Übertritt zur KPD im Bundesorgan mitgeteilt wurde. Diese aufschlussreiche Predigt war die erste, die er nach dem kirchlichen Dienststrafverfahren und seiner fünfmonatigen Amtsenthebung wieder halten durfte, ihre Veröffentlichung sein letzter Beitrag, der in einer Zeitung erscheinen durfte, die in ihrem Kopf das Motto trug: „Durch christlichen Glauben zu sozialistischem Kampf! Durch sozialistischen Kampf zu christlichem Glauben!“

Man wisse wegen der vielfältigen Wirren der Zeit „bald nicht mehr aus und ein in der verwirrenden Fülle der angepriesenen Wege, die uns aus der äußeren und inneren Not der Gegenwart herausführen sollen.“ Eckert hielt der Weimarer Gesellschaft, die 1931 auf einem Tiefpunkt ihrer wirtschaftlichen, politischen und geistigen Krise angekommen war, ungeschminkt den Spiegel vor und suchte nach Haltepunkten, um selbst nicht irre an seiner Zeit zu werden. Wir lesen da die folgenden, in ihrem aktuellen Beziehungsrahmen kaum zu überbietenden Sätze: „Der einzelne erkennt immer mehr seine Ohnmacht den großen Aufgaben der Zeit gegenüber. Man vertraut dem politischen Parteigetriebe nicht mehr, dem Parlament nicht mehr ... Das Verlangen nach einer höheren Schau, nach dem Willen Gottes wird immer größer, nach einer absoluten Erkenntnis, die sich nicht wieder irrt, die uns nicht wieder enttäuscht, die nicht wieder noch größeres Elend, noch größere Sinnlosigkeit des Lebens heraufbeschwört.“ All seine Hoffnung setzt er auf „Suchende, unruhig Gewordene, ... Erschütterte, Erschreckte“. Doch wo soll, wo will er sie finden? Er fragt: „Sind es die Gebildeten unseres Volkes, der Völker, sind es die, die Zeit haben und Geld? Sind es die Menschen in ihrer bürgerlichen Ängstlichkeit, Naturen, die zittern vor der Zukunft, wenn eine akute Gefahr droht? Ich sage: Nein. Ach, sie sind so beruhigt, sind nicht von der Unruhe gejagt; sie suchen nicht das Kommende zu begreifen, sondern das Vergehende zu erhalten. Die Suchenden sind da, wo mit ernster Verstandesarbeit aus den Ordnungen und Gesetzen des gesellschaftlichen Lebens der Menschen, aus ihren Fehlern nach den kaum keimenden Ansätzen eines Neuwerdens, eines Andersseins gesucht wird, gesucht wird nach dem, was wichtig zu tun ist.“ Schließlich definiert Eckert als Gottes Auftrag an die Menschen seiner Zeit das Suchen und Neuwerden, das Anderssein, das bewusste Ausschauhalten nach einer Alternative zu jenem Bestehenden, das aus vielen Gründen einer strikten Ablehnung zu verfallen habe: „Lasset ab von aller Ungerechtigkeit. Hört auf mit der Unterdrückung der Armen und Schwachen. Schaffet eine Ordnung, die jeden als ein Kind Gottes, als einen Menschen leben lässt. Gebt, was Gott für alle geschaffen, die Felder und Wälder, die Bergwerke und Fabriken, allen zurück, daß es für alle verwaltet werde und keiner mehr hungern und verzweifeln muss und nicht weiß, wo er schlafen soll. Keiner sei Herr, keiner Knecht und Sklave. Nicht vornehm – gering sollen sie sein. Dienet einander, jeder nach seiner Gabe, in Freiheit und Gemeinschaft, in der Verantwortung vor dem Ganzen und vor Gott. Haltet Frieden, tötet den Krieg! Warum baut ihr Panzerkreuzer, warum redet ihr von Aufrüstung, warum verherrlicht ihr die Vernichtung des Lebens, der Völker? Rüstet ab, dient dem Frieden ohne Rücksicht auf die anderen Völker, was sie tun und was sie wollen. Verachtet die Verlogenheit der heutigen Kultur, die Menschen zugrunde gehen lässt, Seelen vergiftet, ja in der teuflischen Macht des Hasses, der Zwietracht versinken lässt.“ Unmittelbar anschließend heißt es in dieser vorausschauenden, aber das ganze Ausmaß der Verfolgungsmaßnahmen von Kirche und Staat keineswegs erfassenden Predigt: „Das ist eine für die alte, für unsere Zeit doch so neue Botschaft vom Reiche des Friedens und der Gerechtigkeit, der Freude in dem heiligen Geist. Sie werden uns verlachen, die das nicht

---

51 E. Eckert: Der Auftrag Gottes an unsere Zeit, in: *Der Religiöse Sozialist*, 1931, vom 4. Oktober 1931.

begreifen, die Überklugen, die Mächtigen der Welt, die Wirtschaftsführer, die Reichen, die Einflussgewaltigen und die, die es werden wollen, ja, sie werden uns für töricht und weltfremd erklären, die heutigen Führer der Kirche werden uns Schwärmer, gefährliche Demagogen nennen. Was tut's? Mir scheint, daß wir unseren Auftrag erfüllen müssen."[52]

Eckert stellte – konsequent, wie er es zu sein sich angewöhnt hatte – alles, tatsächlich alles, in Frage. Die ihn quälenden Tabus erkannte er nicht länger an, gleich ob sich diese aus kirchlich-institutioneller Gebundenheit oder aus sozialdemokratisch-parteipolitischer Geborgenheit ableiten ließen. Es drängte ihn aus tiefstem Innern, den schlimmen Zustand der Welt nicht lediglich zu kritisieren! Er wollte selbst aktiv und anders als bis dahin zu deren Veränderung im Sinne der christlichen Gebote beitragen. Auf keinen Fall wollte er so lange im Gewohnten verharren, bis es zu spät sein würde, bis andere – wie durchaus für alle absehbar – die Welt zugrunde gerichtet hätten. Sein antimilitaristisches Denken, sein sich in der verheerenden Wirtschaftskrise verstärkt artikulierender Antikapitalismus, seine zunehmende Furcht vor einer unzureichenden antifaschistischen Gesinnung in der Kirche – die nationalsozialistischen Pfarrern mehr und mehr offenherzig begegnete –, der Abscheu vor allem Egoismus in der überwiegenden Mehrzahl der deutschen Parteien sowie nicht zuletzt sein eigener unbändiger Wille, die Massen aufzurütteln,[53] aus ihrer Gleichgültigkeit zu reißen, um nicht hilflos der sich brutalisierenden und faschisierenden Gesellschaft in Deutschland ausgeliefert zu sein – all diese Überlegungen und Maximen bestimmten schließlich seine Lebensentscheidung. Was muss geschehen, „wenn die Geschichte nicht ihren Sinn verlieren soll?", fragte er seine Zuhörer in Karlsruhe.[54] Jeder Mensch habe im Chaos der Zeit die „Verpflichtung, ... zu warnen, zu mahnen – aber nicht nur zu warnen und zu mahnen, sondern zu kämpfen um eine Änderung des Gegenwärtigen."[55]

Erwin Eckert sprach 1931/1932 auf unzähligen Veranstaltungen und Massenkundgebungen vor mehr als 100.000 Menschen. Für ihn begann ein gehetztes Leben, ein Leben sozusagen aus dem Koffer, ein Leben, das fast ausschließlich aus Reisen und Reden, Reden und Reisen bestand. Er wollte seine Zuhörer – sie zählten in der Regel mehrere Tausend – nicht enttäuschen. Wellen von Sympathie, Begeisterung und Stolz schlugen ihm entgegen. Er wird begrüßt als einer, der „angekommen" ist, der Altes und Überholtes mit Erfolg hinter sich gelassen habe. Am 1. März 1933 teilte Eckert das Schicksal tausender Antifaschisten der ersten Stunde und wurde ins Gefängnis geworfen, aus dem er Ende Oktober erst wieder freikam. 1936 wurde er erneut wegen seines Widerstandes gegen den Faschismus angeklagt und zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt.

Und Kappes? Kappes bewies auch unter den neuen Verhältnissen antifaschistische Solidarität, und das nicht nur gegenüber Eckert. Als die Frau des ehemaligen badischen SPD-Kultusministers Adam Remmele im August 1933 starb, schrieb er einen Brief an den „Genossen Remmele", der sich zu dieser Zeit im Konzentrationslager Kislau befand, nachdem die Nazis ihn in großem Triumphzug durch Karlsruhe dorthin geschleift hatten[56]. Der Kondolenzbrief von Kappes schloss mit den Worten: „Ich weiß mich Ihnen in diesen schweren Zeiten verbunden. Ich weiß, daß Sie innerlich ungebrochen sind und die Kraft haben, andere, welche das schwere Schicksal niederwerfen will, aufzurichten. Um die große Sache des Sozialismus ist immer viel gelitten

---

52 Ebenda.

53 Vgl. Lenins Charakterisierung eines Demokraten aus dem Jahre 1912: „Der Demokrat vertritt die Masse der Bevölkerung. Er ... glaubt an die Bewegung der Massen, an ihre Kraft, an ihre Gerechtigkeit und fürchtet diese Bewegung keineswegs." (Zit. nach: D. Fricke (Hrsg.), Deutsche Demokraten 1830-1945, Köln 1981, S. XII.

54 Stenographische Niederschrift der Rede von Pfarrer Eckert-Mannheim in der Versammlung der KPD am 9. Oktober 1931 in der Festhalle Karlsruhe, in: F.-M. Balzer (Hrsg.): „Ihr Kleingläubigen, warum seid Ihr so furchtsam?" – Äußerungen von Erwin Eckert und Heinz Kappes 1931 in Karlsruhe, Bonn 1993, S. 6.

55 Ebenda, S. 7.

56 Siehe: F. Salm: Im Schatten des Henkers. Vom Arbeiterwiderstand in Mannheim gegen faschistische Diktatur und Krieg, Frankfurt/Main 1973.

worden. Und sie gewinnt aus dem, was für sie geopfert wird, allein ihre Durchschlags- und Siegeskraft.“[57] Auf Grund dieses Briefes wurde Kappes am 21. August 1933 verhaftet und in das Bezirksgefängnis Pforzheim eingeliefert. Der „*Pforzheimer Anzeiger*“ vom 22. August 1933 berichtete über die Verhaftung von Kappes unter der triumphierenden Überschrift „Der Pfarrer von Büchenbronn [ins KZ] nach Kislau gebracht“ und schrieb: „Pfarrer Heinz Kappes wurde gestern Nachmittag gegen 5 Uhr aus seiner *Behausung* in Büchenbronn nach Kislau ins *Sammellager* überführt. Damit fand seine Seelsorgertätigkeit, die er seit Mai dieses Jahres in Büchenbronn ausübt, ein rasches Ende. Kappes war zu Zeiten des *Novembersystems* als ‚religiöser Sozialist‘ in marxistischem Sinne tätig und *vergiftete* als Landesjugendpfarrer in Karlsruhe die Seelen des jungen Geschlechts. Am 29. April 1933 kam der Marxist nach Büchenbronn. An Pfingsten fühlte er sich getrieben, in der Predigt das neue Regiment zu kritisieren. [...]. Diese Ausgießung des roten Geistes erregte bei der *nationalgesinnten* Bevölkerung Anstoß. Die Kirchenregierung sowie die Polizei verwarnten den Pfarrer streng. Trotzdem hatte der Pfarrer die Stirn, an Adam Remmele in Kislau ein Schreiben zu senden, in dem er diesen ob seines Schicksals bedauert und dementsprechende Bemerkungen über die Karlsruher Regierung anknüpft. *Die Karlsruher Regierung gab daraufhin dem Pfarrer Gelegenheit, sich in Kislau mündlich mit Herrn Remmele auszusprechen*.“[58] Diese ausführlich wiedergegebene Berichterstattung soll nicht dazu dienen, aus Kappes nachträglich einen Marxisten zu machen. Seine Marxismusrezeption war zweifellos begrenzt, – auch wenn er 1932 gegenüber einem Mitglied der badischen Synode, der den Marxismus – wie schon so oft und bis auf den heutigen Tag – für tot erklärt hatte, mit dem Satz „Der Marxismus lebt“ entgegentrat. Der badische Minister des Innern teilte am 22. August der Kirchenbehörde mit, daß Pfarrer Kappes trotz seines Versprechens, „von einer weiteren Betätigung in der Sozialdemokratie Abstand zu nehmen und loyal bei dem Aufbau des neuen Staates mitzuarbeiten, neuerdings in einem Brief an den ehemaligen Minister Remmele, derzeit Kislau, sich ganz eindeutig zu den Zielen der Sozialdemokratie bekennt und Remmele aufzurichten und zu stützen versucht“[59]. Die Kirchenleitung enthob Pfarrer Kappes sofort seines Dienstes, erreichte jedoch, daß Kappes – gegen seinen Willen – nicht in das Konzentrationslager Kislau „überführt“, sondern nach zehn Tagen aus der Gefängnishaft entlassen wurde. Schließlich warf die Badische Landeskirche Kappes vor, in seiner Pfingstpredigt 1933 gegen das Verbot politischer Äußerungen von der Kanzel verstoßen zu haben, eine heuchlerisch-verlogene Anschuldigung, da doch der Bischof der Badischen Landeskirche bereits zuvor das „Dritte Reich“ wie die meisten Bischöfe der protestantischen Landeskirchen auch als „Geschenk und Wunder Gottes“[60] willkommen geheißen hatte.[61]

Kappes hatte u. a. gesagt: „26.000 von den Besiegten sitzen (nach einer Zeitungsnachricht) in

---

57 Zit. nach: Anklageschrift.

58 *Pforzheimer Anzeiger* vom 22. August 1933. Hervorhebungen von FMB.

59 Ebenda.

60 P. Althaus: Die deutsche Stunde der Kirche, 2. Aufl. 1934. Zit. nach: E. Wolf: Die evangelischen Kirchen und der Staat im Dritten Reich. Zürich 1963, S. 28 f. Die Wahlen vom 5. März, so der „Hirtenbrief“ der badischen Landeskirche, hätten gezeigt, „daß unser Volk aus seinem lähmenden Todesschlaf erwacht und daß es gewillt ist, sich der vernichtenden Todesmächte zu erwehren und denen zu folgen, die es zur Freiheit, zur Gerechtigkeit, zu deutscher Treue und zur Gottesfurcht zurückführen wollen“ (Gesetzes- und Verordnungsblatt der Evangelisch-Protestantischen Landeskirche Nr. 6 vom 29.3.1933, S. 47.) Die badische Kirchenleitung sah darin „im letzten Grunde nicht Menschenwerk, sondern Gottes Hand und seinen Gnadenruf an unser Volk: ‚Ich habe dich einen kleinen Augenblick verlassen [in der Weimarer Republik, FMB], aber mit großer Barmherzigkeit will ich Dich [unterm Hakenkreuz, FMB] sammeln‘ (Jes. 54,7)“ (Ebenda, S. 48)

61 Siehe Hirtenbrief S. 47 f. Sein erster Satz lautete: „Was wir seit Jahren gehofft und ersehnt haben, ist gekommen: Unser deutsches Volk hat sich in seiner großen Mehrheit zu einer starken nationalen Front zusammengeschlossen und sich einmütig hinter die Männer gestellt, die das Oberhaupt unseres Reiches zur Führung des deutschen Volkes berufen hat“. Der vollständige Text ist als Faksimile abgedruckt in: F.-M. Balzer/Gert Wendelborn: „Wir sind keine stummen Hunde“. a. a. O., S. 102-104.

Gefängnissen und Arbeitslagern. Viele sind geflohen, da ihnen die Heimat zum Gefängnis der Freiheit ward. [...] Wer jetzt in die Zukunft schaut, wer mit Gottes Augen, die Unkraut und Weizen zu sondern verstehen, auf das Saatfeld unseres Volkes schaut, der sieht mit Angst in drohende Katastrophen, der sieht den Satan triumphieren, der sieht ein Totenfeld, wo heute neues, starkes Leben zu sein scheint.“[62] Diese klarsichtigen Worte von Kappes lesen sich in der Rückschau wie eine Prophetie auf Auschwitz, den „größten Friedhof dieser Erde, auf dem es keine Gräber gibt, wo die Täter die sterblichen Überreste ihrer Millionen Opfer verstreut haben, damit keine Spur von ihnen bliebe“.[63]

Die Anklageschrift führte zur Begründung der Amtsenthebung aus: „Nachdem die SPD durch Staatsgesetz verboten ist und auch die Kirche es begrüßen muss, daß damit den zweifelsfrei auch von der SPD unterstützten oder doch geduldeten atheistischen und kirchenfeindlichen Bestrebungen ein Ende gesetzt ist, stellt eine Verbundenheitserklärung mit diesem sozialdemokratischen Sozialismus deshalb ein Dienstvergehen ... dar, weil durch ein solches Verhalten der Ernst des geistlichen Amtes verletzt und Pfarrer Kappes sich der Achtung und des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig erwiesen hat“[64]. Dagegen war es offenbar ganz in Einklang mit dem Ernst des geistlichen Amtes, daß der Landesbischof Kühlewein wenige Tage später in allen Gottesdiensten anlässlich der „Volksabstimmung“ über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund von allen Kanzeln verkünden ließ: „Unser Volk soll zeigen, daß es geschlossen hinter dem Führer steht und aus ganzem Herzen seiner Politik zustimmt ... Die evangelische Bevölkerung unseres Landes hat Gelegenheit, an diesem Tag ein Bekenntnis der *Treue und Dankbarkeit gegen unseren Führer abzulegen, den Gottes Gnade in schwerster Notzeit uns geschenkt hat und der für das Wohl und für die Zukunft unseres deutschen Volkes und damit auch unserer evangelischen Kirche seine ganze Kraft einsetzt. Ich rufe daher alle Glieder unserer evang. Kirche Badens auf,* am 12. November an ihrem Teil mitzuhelfen, *daß dieser Tag eine einmütige Kundgebung rückhaltlosen Vertrauens zu dem Werk Adolf Hitlers werde*“[65].

Am 1. Dezember 1933 wurde Pfarrer Kappes wegen seiner Parteinahme für die ersten Opfer des Faschismus schuldig gesprochen und zwangspensioniert. Am darauffolgenden Tag verfügte die staatliche Behörde die Ausweisung von Kappes aus Baden und verhängte ein Berufsverbot. Bevor Kappes 1935 definitiv nach Palästina auswanderte, um dort als Quäker für die Verständigung und Freundschaft zwischen Arabern und Juden zu wirken, lebte er in Deutschland das Leben eines Verfemten und Verfolgten. Die Verteidigungsrede seines Verteidigers vor dem Kirchlichen Dienstgericht knüpfte an das Hesekiel-Wort an: „Ich habe Dich zum Wächter über Dein Volk gesetzt, und ich werde von Dir Rechenschaft fordern, wenn Du meine Botschaft nicht ausgerichtet hast. Hast Du aber meine Botschaft ausgerichtet, dann wird mein Urteil über die gehen, die nicht auf mein Wort gehört haben.“

Trotz aller Unterschiede zwischen Kappes und Eckert setzte sich Kappes immer wieder – u. a. als theologischer Verteidiger Eckerts in allen kirchlichen Dienstgerichtsverfahren – für diesen ein und stellte sich schützend vor ihn. Die persönlich-freundschaftliche Verbundenheit zwischen Kappes und Eckert blieb auch über die Jahre des antifaschistischen Widerstandes in Gefängnis und Zuchthäusern bzw. in der Emigration erhalten.

---

62 Zit. nach: Urteil in Dienststrafsachen gegen Pfarrer Heinrich Kappes in Büchenbronn wegen Pflichtverletzung. Verkündet am 1. Dezember 1933. S. 10 f. (Kopie im PAB).

63 K. Goldstein, „Wir sind die letzten – fragt uns. Kurt Goldstein. Spanienkämpfer, Auschwitz- und Buchenwaldhäftling. Reden und Schriften (1974-2004) mit einer autobiographischen Einführung“, 2. Auflage, Bonn 2005, S. 148.

64 Anklageschrift.

65 Aufruf des Landesbischofs zum 12. November, in: Gesetzes- und Verordnungsblatt für die Vereinigte Ev.-Protestantische Landeskirche Baden, Nr. 21, vom 7. November 1933, S. 139.

Die Parallelität im Kampf der beiden gegen rechts war unübersehbar. Ihr individuelles Schicksal spiegelt aber zentrale gesellschaftliche Probleme sowie zentrale Fragen nach den Inhalten unserer geschichtlichen Erinnerung wider.

Eckerts eigene Worte aus dem Jahre 1948 lesen sich heute wie ein Vermächtnis: „Werdet nicht müde, verzagt nicht; es gibt keine höhere Aufgabe als die, in der wir stehen“ – seien wir nun linke Christen, Sozialisten, Kommunisten oder liberale Demokraten. Einer von ihnen, der liberale Demokrat Leonhard Froese, ist nach dem Studium des Lebens und Wirkens von Erwin Eckert zu der Überzeugung gelangt, daß Erwin Eckert in jedes Geschichtsbuch gehört, das die deutsche Geschichte dieses Jahrhunderts behandelt. „Denn er – der ehemalige Kriegsfreiwillige und spätere Antimilitarist und Kämpfer für den Frieden, der ehemalige Pfarrer und spätere KPD-Funktionär, [...] der ehemalige SPD-Mann und spätere engagierte Antifaschist und Kommunist, der ehemalige Verfolgte eines deutschen Regimes und spätere Inhaber höchster Ämter in einem deutschen Land – darf für sich beanspruchen, eine Art Fanal der zeitgenössischen deutschen Politik geworden zu sein! Erwin Eckert gehört in jenes Kapitel des ‚anderen, demokratischen Deutschland‘, das nicht nationalistisch, nicht militaristisch, nicht fremdenfeindlich und nicht antisemitisch ist. Ein Kapitel, das wir heute im Begriff sind, wieder zuzuschlagen.“[66]

Für den Unvoreingenommenen steht außer Frage: Immer noch und schon wieder steht die Kirchenmehrheit wie 1918, nach 1933 und nach 1945 auf derselben Seite gegen die Linke. Wenn wir nicht gänzlich in die Zeit vor 1914 mit all ihren Konsequenzen zurückgeworfen werden wollen, macht die Erinnerung an die beiden von ihrer Kirche abgesetzten und 1933 im Gefängnis sitzenden Pfarrer Eckert und Kappes es lebenswichtig, eine Antwort auf die Frage zu suchen, weshalb es denn überhaupt notwendig war und ist, immer wieder gegen rechts zu sein, weshalb historisch unser Jahrhundert immer wieder danach zu befragen ist, was wer wann und wie gegen rechts unternehmen mußte. Es galt doch, schlimmes Unheil zu verhüten oder wenigstens einzudämmen. Der notwendige und allen humanistisch denkenden Menschen aufgezwungene Kampf gegen rechts – das könnte schließlich auch als ein hilfreiches Mittel gegen jeglichen Nationalismus, gegen Fremdenhass, gegen Chauvinismus und gewaltbereiten Expansionismus verstanden werden, wie er sich in der gegenwärtig vollziehenden Umwandlung der Bundeswehr aus einem Instrument der Landesverteidigung in eine Einsatztruppe im Ausland zur Sicherung der wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen niederschlägt. Alle reden von dem Plagiat des Bundesverteidigungsministers; kaum einer stellte die Frage, ob diese Bundeswehr*reform* sich im Einklang mit dem geltenden Grundgesetz befindet. Nur wenige haben gegen den Einsatz der Bundeswehr in Jugoslawien protestiert.

Am politischen Horizont zeichnet sich eher eine in ihren Folgen noch gar nicht absehbare Stärkung aller Übel des Wilhelminismus als dessen Überwindung ab. Das Motto der kleinen Broschüre „*Ihr Kleingläubigen, warum seid Ihr so furchtsam*“ von Ernst Bloch lautet: „Nur jenes Erinnern ist fruchtbar, das zugleich erinnert, was noch zu tun ist.“

Erstveröffentlichung

---

66 L. Froese: Demokratie – Christentum – Sozialismus, Leben und Wirken Erwin Eckerts, in: *Topos. Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie*, 2/1993, S. 165-177.

Friedrich-Martin Balzer: Vor 80 Jahren: Der antifaschistische Pfarrer Erwin Eckert tritt in die KPD ein und wird von der Kirche entlassen

Am 11. Dezember 2011 jährt sich zum 80. Mal die Entfernung des Mannheimer Pfarrers Erwin Eckert (1893–1972) aus dem badischen Kirchendienst. Dabei wurde mit ihm, nach den Worten seines Verteidigers Eduard Dietz, so umgegangen, „wie man sonst einen Verbrecher in der Kirche zu behandeln pflegt, der sich eines Sittlichkeitsverbrechens [...] oder sonst irgendeiner Schandtat schuldig gemacht hat".

Hintergrund der Entlassung Eckerts war weder eine Dienstvernachlässigung noch die Beanstandung seiner Lehre. Grund war sein Übertritt zur KPD. Dieser erfolgte nach einem Gespräch u. a. mit Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck am 3. Oktober 1931. Die Sensation dieses Vorgangs betraf nicht nur den Eintritt eines Pfarrers in die Kommunistische Partei, sondern auch dessen Aufnahme. In einem Schreiben von Ernst Schneller, Reichstagsabgeordneter und Sekretär des ZK der KPD, an die Bruderschaft Sozialistischer Theologen hieß es am 15. Oktober 1931: „Beim Übertritt des Genossen Eckert zur Kommunistischen Partei sind ihm wegen seiner Zugehörigkeit zur Kirche und wegen seiner Tätigkeit als Pfarrer keinerlei Bedingungen gestellt worden. Die Aufnahme des Genossen Eckert ist für uns keine Frage der Opportunität; sie erfolgte in voller Übereinstimmung mit unseren Grundsätzen. Genosse Eckert ist zu uns als revolutionärer Marxist gekommen."

Von der marxistischen Grundhaltung Eckerts hatte sich auch der Mannheimer Jungkommunist und spätere DDR-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann überzeugt. Er suchte Eckert auf und erhielt auf die Frage, wie man denn Kommunist und Christ zugleich sein könne, mit dem Lenin-Zitat die Antwort: „Die Einheit dieses wirklich revolutionären Kampfes der unterdrückten Klasse für ein Paradies auf Erden ist uns wichtiger als die Einheit der Meinungen der Proletarier über das Paradies im Himmel."

Ausschluss aus der SPD

Am 3. Oktober 1931 hatte Eckert seinen Ausschluss aus der SPD erfahren. Deren Zentralorgan, der *Vorwärts*, hatte in einer großangelegten Erklärung gegen die „Eigenbrötler" und „Psalter" in der eigenen Partei Stellung bezogen. In der *Mannheimer Volksstimme* erklärte Georg Reinbold, Landesvorsitzender der SPD in Baden, Eckert habe sich des „Vertrauensbruches" und der „Zellenbildung" in der Partei schuldig gemacht. Der einst von den Sozialdemokraten gefeierte Redner für den Sozialismus und gegen den Faschismus gehörte spätestens seit 1926 dem linken Flügel der SPD um Paul Levi („Klassenkampfgruppe") an.

Mit Rudolf Breitscheid hatte Eckert 1926 in der Stuttgarter Liederhalle vor 10.000 Menschen gegen die Haltung des deutschen Mehrheitsprotestantismus protestiert, der die entschädigungslose Enteignung der Fürsten als rechtswidrig diffamierte („Die beantragte entschädigungslose Enteignung bedeutet die Entrechtung deutscher Volksgenossen und widerspricht klaren und unzweideutigen Grundsätzen des Evangeliums").

In der ersten Hälfte des Jahres 1931 hatte Eckert noch Zigtausende, vor allem SPD-Anhänger, im Kampf gegen den Faschismus in ganz Deutschland mobilisiert. Seine Resonanz nicht nur in der Arbeiterbevölkerung kann kaum überschätzt werden. Er war eine Persönlichkeit mit charismatischen Zügen. Seinen Predigten in der Mannheimer Trinitatiskirche folgten zuweilen 2.000 und mehr Zuhörer. Am 16. Januar 1931 sprach Eckert im Mannheimer Musensaal über das Thema „*Christuskreuz, nicht Hakenkreuz*" vor Tausenden aus Solidarität mit ihm herbeigeströmten Zuhörern. In der Ankündigung zu einer von 3.500 Menschen besuchten Veranstaltung in Pforzheim am 23. Januar 1931, auf der Eckert über den „Faschismus, eine Gefahr für die Arbeiterschaft" sprach, hieß es: Eckert sei „der von der Reaktion und den Nazis z. Zt. bestgehasste Mann in Baden".

Dem Parteiausschluss Eckerts nach fast 20 Jahren Mitgliedschaft gingen Auseinandersetzungen innerhalb des Bundes der Religiösen Sozialisten (BRSD) voraus. Diese verbandsinternen Konflikte um die situativ angemessene politische Linie waren zugleich ein Ringen um die Selbständigkeit der Organisation gegenüber der SPD. Zwar waren die meisten Angehörigen des Bundes Mitglieder der SPD, darunter auch solche, die seit den Septemberwahlen 1930 die sich immer stärker profilierende Linie des Bundesvorsitzenden, von der SPD „Opposition, nicht Koalition" zu fordern, unterstützten. Doch standen in seinen Reihen auch rechtsstehende, zur Koalitionspolitik geneigte Genossen, aber auch „neben ausgesprochenen Parteikommunisten eine ganze Reihe Mitglieder, die der kommunistischen Einstellung sehr nahestehen". Ohne das Zusammenspiel von religiösen Sozialisten und dem badischen SPD-Parteivorstand hätte dieser wohl gezögert, Eckert aus der Partei auszuschließen. Erst die interne Mitteilung von Eckerts Isolierung im BRSD ermutigte den Parteivorstand zu diesem Schritt.

Der deutschnationale Kirchenpräsident von Württemberg, Theophil Wurm, kommentierte den Rauswurf Eckerts aus der SPD mit den Worten: „Da wird nicht lange gefackelt: Wer nicht pariert, der fliegt. Da kann wegen Zellenbildung über Nacht ein viel gefeierter Parteiheld ein Verräter werden, den man mit all dem Schmutz bewirft, den man für den Gegner jederzeit bereithält." Wurm gab darüber hinaus zu bedenken, ob die Kirche mit den religiösen Sozialisten, deren Bundesvorsitzender Eckert war, nicht ebenso verfahren sollte wie die SPD, da die religiösen Sozialisten „Zellen" in der etablierten Kirche gebildet hätten. Wolfgang Abendroth beobachtete als Gerichtsreporter für die Frankfurter Zeitung alle drei kirchlichen Verfahren gegen Eckert im Jahre 1931 in Karlsruhe und schrieb: „Es entspricht übelsten Gepflogenheiten, im Augenblick einer solchen Trennung nicht nur die politische Haltung, sondern auch die persönlichen Eigenschaften des Ausgeschiedenen oder Ausgestoßenen in Frage zu stellen. In dem Beschluss des Landesvorstandes gegen den Pfarrer geschieht das, indem Eckert nicht nur disziplinwidriges Verhalten, sondern auch ‚gröbliche Täuschung der Partei' vorgeworfen wird. Wann wird man endlich in Deutschland dazu gelangen, bei solchen gewiss fatalen Separierungen die menschliche Würde zu wahren?"

Nach seiner Entfernung aus der Sozialdemokratischen Partei und dem Kirchendienst bemühten sich die SPD und der Deutsche Evangelische Kirchenausschuss unter Hermann Kapler darum, Eckerts Auftreten als Redner auf Massenveranstaltungen zu verhindern. Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuss ließ das öffentliche Auftreten Eckerts überwachen und beauftragte Stenographen mit der Mitschrift von dessen Reden, die vertraulich an die obersten Kirchenbehörden der im Deutschen Evangelischen Kirchenbund zusammengeschlossenen Landeskirchen verschickt wurden. Dieser „Hetze eines früheren Geistlichen einer deutschen evangelischen Landeskirche" sei mit dem Strafgesetzbuch nur schwer beizukommen, da bisher nicht bekannt geworden sei, daß „die fälschliche Beilegung des Titels von Eckert selber nachweislich ausgeht". Kapler fordert daher am 23. Februar 1932 den Evangelischen Oberkirchenrat in Karlsruhe auf, „geeignete Sicherungsmaßnahmen aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1932" zu veranlassen.

Die SPD verhielt sich nicht anders. In einem Schreiben des Badischen Landespolizeiamtes an den Reichsminister des Innern, Wilhelm Groener, vom 16. März 1932 hieß es: „Das Reichsinnenministerium hat das Vorgehen des SPD-Ministers Maier als vorbildlich empfunden, und um den Genossen Eckert im ganzen Reich das Wort zu verbieten, hat er diesen Erlass des SPD-Ministers Maier und den Bericht des Polizeiamtes an alle Länderregierungen weitergegeben. Sofort hat die bayerische Regierung ihre Ämter verständigt, worauf dem Genossen Eckert in einer Versammlung in Schweinfurt am 2. März verboten wurde zu sprechen. Es ist nach den ganzen Umständen unwahrscheinlich, daß der Vorgang von hier aus der kommunistischen Presse bekannt geworden ist."

Kirchliches Justizunrecht

Die Transformation der Weimarer Republik in den Faschismus, bei der der deutsche Mehrheitsprotestantismus eine beachtliche Rolle spielte, ist nur vor dem Hintergrund der politischen Justiz der Weimarer Republik zu verstehen, von dem die Kirchenjustiz nur ein Teil und sicher nicht ihr besserer ist. Emil Gumbel, Professor für mathematische Statistik, dem 1932 nach massiven Protesten der faschistischen Studenten an der Heidelberger Universität die Lehrbefugnis entzogen und der 1933 in die Emigration vertrieben wurde, hatte bereits in der Weimarer Republik die Rechtslastigkeit der politischen Justiz seiner Zeit nachgewiesen.

Karl Dietrich Bracher und Heinrich Hannover machten in den 1960er Jahren auf die demokratiefeindliche und verfassungswidrige Rolle der politischen Justiz in der Weimarer Republik aufmerksam. Eine Entlassung von monarchistischen oder republikfeindlichen Richtern war nach 1918 nicht vorgenommen worden. Auch während der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik (1924-1928) blieb die übergroße Anzahl der Richter auf Distanz zur neuen Staatsform. Im Deutschen Richterbund waren 1930 8.000 Richter organisiert, während der Republikanische Richterbund nur 300 Mitglieder aufzuweisen hatte.[1]

Nach Karl Dietrich Bracher entstammen „Mentalität und Selbstverständnis der Justiz“, deren „antidemokratische Grundhaltung und Anti-Linkseinstellung“ überwiegend der vordemokratischen Zeit vor 1918. Die Rechtsprechung habe sich, so Bracher, hinter der „Fiktion vom unpolitischen, überparteilichen Charakter der Justiz als einer eigenen, unabhängigen Gewalt“ vollzogen. Die Justiz müsse „als eine durchaus politische Gewalt betrachtet werden“. In der Rechtsanschauung vieler Juristen, einschließlich der Kirchenjuristen und Kirchenoberen, sei schon die „Entstehung der Demokratie aus der Revolution mit dem Geruch des Illegitimen behaftet“ gewesen. Vor dem Hintergrund einer vom obrigkeitlichen Verwaltungsstaat herrührenden Anfälligkeit von Bürokratie und Justiz für hierarchisch-autoritäre Ordnungsideologien muss das Urteil des Kirchlichen Verwaltungsgerichts vom 18. März 1931 durchaus mit einbezogen werden. Bracher bezieht seine Kritik ausdrücklich auch auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit. Gerade dort, so Bracher, sei in den letzten Jahren der Republik „das Versagen der Justiz gegenüber dem Vordringen des Nationalsozialismus wie auch der autoritären und nationalistischen Bundesgenossen Hitlers, die freilich das übertriebene Selbstvertrauen besaßen, gegebenenfalls mit Hitler selbst fertig zu werden, augenfällig geworden“. Durch das Urteil des Kirchlichen Dienstgerichtes wurde Eckert die Kanzel genommen. Zwei Jahre darauf wurde bis zum bitteren Ende des „Dritten Reiches“ von den Kanzeln für Adolf Hitler gebetet.

Antifaschistischer Widerstand

Eckert selbst ließ sich von all den Verfolgungen durch SPD und Kirche nicht beirren. Auf fünf Großveranstaltungen, die unmittelbar nach seinem Parteiübertritt innerhalb einer Woche vor zirka 30.000 Menschen in Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart, Berlin und Frankfurt/Main abgehalten wurden, begründete er seinen Schritt, als Christ und Pfarrer der KPD beizutreten. Die von der Kommunistischen Partei herausgegebene Broschüre „*Die Kirche und der Kommunismus. Stadtpfarrer Eckert kommt zur KPD*“ erlebte eine Verbreitung von 100.000 Exemplaren. Auf der Berliner Kundgebung ergriff auch der junge Arthur Hollitscher (1911-1986) das Wort und stellte sich hinter den kommunistischen Christen. Der Fall Eckert zeige, daß man auch auf anderem als auf dem ökonomischen Gebiet zum Kommunismus kommen könne. Auf zahlreichen Veranstaltungen des Bundes der Freunde der Sowjetunion berichtete Eckert über seine Erlebnisse, die er auf seiner mehrwöchigen Delegationsreise in die Sowjetunion gemacht hatte. Nach dem Bericht der Arbeiterstimme vom 14. Juli 1932 über den Auftakt der Thälmann-Kundgebung mit Erwin Eckert verstand dieser es, „in packender Weise den Gegensatz zwischen der

---

1 Siehe Johannes Fülberth: „... wird mit Brachialgewalt durchgefochten“. Bewaffnete Konflikte mit Todesfolge vor Gericht. Berlin 1929 bis 1932/33, Köln 2011.

kapitalistischen Welt und der sozialistischen Welt in der Sowjetunion aufzuzeigen“. Bis zu seiner Verhaftung in der Nacht des Reichstagsbrandes vom 28. Februar zum 1. März 1933 sprach Eckert auf Hunderten von Versammlungen gegen den Faschismus u. a. mit der Losung „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt den Krieg.“

Zusammen mit weiteren 8.000 Antifaschisten verhaftet und ins Gefängnis geworfen, teilte Eckert die Zelle mit Wolfgang Langhoff, dem späteren Intendanten des Deutschen Theaters in Berlin/DDR. Im Oktober 1936 wurde er vom Oberlandesgericht Kassel wegen seiner Widerstandstätigkeit gegen den Faschismus zu drei Jahren und acht Monaten Zuchthaus verurteilt. Nach seiner Freilassung stand er bis zum Ende des „Dritten Reiches“ unter Polizeiaufsicht und kümmerte sich als Angestellter einer Metallfirma um die dort beschäftigten Zwangsarbeiter.

Die Situation nach 1945

Nach der Befreiung stellte die KPD am 31. Mai 1946 an die amerikanische Militärregierung – mit der Bitte um Weiterleitung an den Evangelischen Oberkirchenrat in Karlsruhe – den Antrag, Pfarrer Eckert wieder in sein Amt einzusetzen. Der aber blieb ohne Echo. Pfarrer, die NSDAP-Mitglieder oder „Deutsche Christen“ gewesen waren, wurden im Amt belassen und erhielten ihre Pensionen. Bei Eckerts Tod 1972 war Hans-Werner Bartsch aus dem Umfeld der linksprotestantischen „*Stimme der Gemeinde*“ der einzige Theologe, der Eckert unter dem Titel „Ärgernis und Zeichen“ einen Nachruf widmete.

Als die Erklärung der badischen Kirchenleitung zur Rehabilitation Erwin Eckerts der Kirchensynode 1999 vorgetragen wurde, widersprach einzig der Synodale Hartmut Maurer diesem Rehabilitierungsversuch. Der Konstanzer Verwaltungsrechtswissenschaftler Professor Maurer meinte, daß es nicht angehe, einen Kommunisten zu rehabilitieren: „Die Kirche kann nicht einfach jemanden salvieren, der nicht auf dem Boden der freiheitlichen Grundordnung steht.“ Offenbar kennt der Verwaltungsrechtswissenschaftler Maurer die späte Selbstkritik des früheren Karlsruher Generalbundesanwalts Max Güde (CDU) nicht oder schließt sich ihr nicht an. Nach Güde steckt in der deutschen „Linksfürchtigkeit“ das „Contra gegen rund drei Jahrhunderte europäischer Geschichte“: „gegen Aufklärung, gegen den ‚Fortschritt‘, gegen Liberalismus und im Grunde auch gegen Demokratie, zumindest in ihrer westlichen Form“. Güde schloss sich damit der Erkenntnis von Helmut Ridder an, dem schon seit den 50er Jahren konsequenten Kritiker des bundesdeutschen politischen Strafrechts und des KPD-Verbots. Nach Ridder sei man „in Deutschland nie bereit gewesen sei, den geschichtlichen Preis“ für die „Emanzipation der kontinentaleuropäischen Revolution zu zahlen“, „d. h. die seit 1789 notwendig mit dem Begriff von Demokratie verbundene Freiheit der Manifestation von Regimekritik und ‚Fundamentalopposition‘ [...] oder das Gebrauchmachen von einer solchen Freiheit sanktionslos hinzunehmen“.

Auf den Schüler und Freund Carl Schmitts, den Staatsrechtler“ Ernst Forsthoff wird sich Hartmut Maurer nicht berufen wollen. Forsthoff (1902-1974), Verfasser der Schrift „Der totale Staat“ (1933) und hoher Funktionsträger bei der Glaubensgemeinschaft „Deutscher Christen“, war nach eigener Aussage „dem Zauber Hitlers“ erlegen.[2]

Gründliche Aufarbeitung

Mögen die in jahrzehntelanger Forschungsarbeit zusammengetragenen Quellen und Dokumente[3] u. a. mit Erstveröffentlichungen von Wolfgang Abendroth den Weg öffnen für eine

---

2 Forsthoff wurde 1937 nach der Aufhebung der Aufnahmesperre Mitglied der NSDAP, 1941 Konflikt mit Gauleiter Baldur von Schirach, 1941-1943 Lehrverbot an der Universität in Wien. 1946 auf Anordnung der Militärregierung entlassen und einstweilige Einstufung als „Belasteter“; 1950 Einstellung des Entnazifizierungsverfahrens; 1952-1957 ordentlicher Professor an der Universität Heidelberg; 1973 erschien sein „Lehrbuch des Verwaltungsrechts“ in 10. Auflage.

3 Siehe F.-M. Balzer (Hrsg.): Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Erwin Eckert in Quellen und Dokumenten, Bonn 2011.

gründliche Aufarbeitung des „Falles Eckert“ und am Ende zur juristischen Aufhebung des Urteils gegen ihn führen. Die selbstkritischen Geleitworte des badischen Landesbischofs Ulrich Fischer und des Mannheimer SPD-Oberbürgermeisters Peter Kurz lassen hoffen.

80 Jahre nach der Dienstentlassung des Pfarrers Erwin Eckert ist es höchste Zeit, mit der „kollektiven Verdrängung“ (Richard Schmid) des (Kirchen-)Justizunrechts der Weimarer Republik aufzuräumen. Der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer rechnete „zu den beliebtesten Lebenslügen“ in der BRD die Annahme, der faschistische „Unrechtsstaat habe anno 1933 begonnen“. Bauer hält dagegen, daß der Faschismus „nicht über Nacht gekommen ist, übrigens auch nicht über Nacht wieder verschwand“.[4] 80 Jahre nach dem Ausstoß des antifaschistischen Geistlichen Erwin Eckert aus dem Kirchendienst muss gleichwohl daran erinnert werden, daß es keine hinreichenden Gründe gibt, die Fatalität des Vergangenen zu akzeptieren.

In: *junge Welt* Nr. 287 vom 10./11. Dezember 2011, S. 10-11.

[4] Heinrich Hannover/Elisabeth Hannover-Drück: Politische Justiz 1918–1933. Mit Beiträgen von Fritz Bauer und Richard Schmid, Hamburg 1977.

Friedrich-Martin Balzer: Sicherung des Friedens. **Vor 100 Jahren wurde der „Atomspion“ Klaus Fuchs geboren**

Am 29. Dezember 1911 kam einer der bedeutendsten Kernphysiker des 20. Jahrhunderts, Klaus Fuchs, zur Welt. Fuchs wuchs in der Arbeiterstadt Rüsselsheim auf, wo sein Vater Emil als Pfarrer tätig war. 1918 verlegte die Familie ihren Wohnsitz nach Eisenach in Thüringen. Dort trat sein Vater 1921 in die SPD ein und begründete den Bund der Religiösen Sozialisten in Thüringen. Nach dem Abitur studierte Klaus Fuchs Mathematik und Physik an den Universitäten Leipzig, Kiel und Berlin. Als Vorsitzender der sozialistischen Studentengruppe in Leipzig widersetzte er sich dem Kurs des SPD-Vorstandes und trat entschieden für ein Bündnis von Sozialdemokratie und KPD zur Verhinderung des Faschismus ein. Als die SPD sich nach dem Staatsstreich von Reichskanzler Franz von Papen in Preußen weigerte, dem Aufruf der KPD zum Generalstreik zu folgen, schloss er sich nach dem 20. Juli 1932 der Kommunistischen Partei an. In letzter Minute gelang ihm 1933 die Flucht vor der faschistischen Lynchjustiz über Frankreich nach Großbritannien.

Aus eigener Verantwortung

Er promovierte zunächst in Bristol im Fach Physik. Danach holte ihn der aus Deutschland vertriebene Max Born nach Edinburgh, bevor er 1938 bei dem ebenfalls von den Nazis verjagten Professor Peierls in Birmingham als vielversprechender Wissenschaftler eine Anstellung erhielt. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde Fuchs – wegen seiner deutschen Herkunft – zunächst als Kriegsgefangener nach Kanada deportiert und dort interniert. Aufgrund der Fürsprache von Born und Albert Einstein konnte er jedoch bald nach Großbritannien zurückkehren, wo seine wissenschaftlich herausragende Qualifikation so sehr geschätzt wurde, daß die Furcht vor seiner kommunistischen Gesinnung zunächst in den Hintergrund trat.

Obwohl er ab 1938 vom britischen Geheimdienst beschattet wurde, nahm er in Kenntnis der Kriegspläne Nazideutschlands aus eigenem Antrieb Kontakt zur sowjetischen Botschaft in London auf. Dank der Vermittlung des im englischen Exil lebenden Jürgen Kuczynski konnte die Verbindung zum sowjetischen Geheimdienst hergestellt werden. Klaus Fuchs war weder angeworben noch eingeschleust noch handelte er im fremden Auftrag.

Ab 1942 leitete er aus eigener wissenschaftlicher und politischer Verantwortung wichtige Informationen („the most significant secret of the time“) an den sowjetischen Geheimdienst weiter, weil er davon überzeugt war, daß beide Mächte im Kampf gegen den Faschismus und im Wettlauf mit der befürchteten deutschen Atombombe keine Geheimnisse voreinander haben sollten. 1943 gehörte Fuchs einem ausgesuchten Team britischer Atomphysiker zur Beteiligung am Atomforschungsprojekt der USA in Los Alamos (Manhattan-Projekt) an. Im April 1946 kehrte er nach Großbritannien zurück und arbeitete als stellvertretender wissenschaftlicher Leiter am Atomic Energy Research Establishment in Harwell.

Als sein Vater 1949 einem Ruf als Professor an die Leipziger Universität in der DDR folgte, wurde erwogen, Fuchs wegen dieses Sicherheitsrisikos von seinem Amt zu entbinden. Gleichzeitig verdichteten sich die Anhaltspunkte, daß sich unter den Atomforschern ein „Wissenschaftsspion“ befand. Nach drei Befragungen legte Fuchs im Verhör mit einem Beamten des britischen Geheimdienstes MI5 am 27. Januar 1950 ein (Teil-)Geständnis ab, ohne daß Beweise für seine Tätigkeit als „Whistleblower“, als Hinweisgeber aus Gewissensgründen, vorlagen. Am 1. März 1950 wurde er nach Aberkennung seiner britischen Staatsbürgerschaft zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt.

Nachdem er vorzeitig wegen guter Führung aus der Haft entlassen wurde, flog Fuchs am 23. Juni 1959 von London nach Berlin-Schönefeld in die DDR, wo er bis 1974 als stellvertretender Direktor am „Zentralinstitut für Kernforschung der DDR“ (ZfK) in Rossendorf bei Dresden tätig war. Gutdotierte Beschäftigungsangebote aus der BRD hatte er ausgeschlagen.

Im landläufigen Sinne war Klaus Fuchs gewiss einer der bedeutendsten „Wissenschaftsspione“ des Kalten Krieges. In Wirklichkeit war er jedoch ein hochgradig begabter Wissenschaftler, der jenseits des unpolitischen und „wertfreien“ Wissenschaftsverständnisses seine universale Verantwortung als wacher Zeitgenosse wahrnahm.

Seine große wissenschaftliche Qualifikation und sein Anteil am Bau der ersten sowjetischen Atombombe wurden nie wirklich in Zweifel gezogen, auch wenn sich die Sowjetunion oder später Russland nie offiziell dazu bekannten. Bei seiner Beerdigung – seine Urne wurde in der Grabanlage „Pergolenweg“, in der Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde in Berlin-Lichtenberg beigesetzt – hatte die DDR 1988, noch mit Rücksicht auf die Sowjetunion, auf die Würdigung seiner Rolle im Wettstreit der Systeme verzichtet.

Späte Würdigung

Inzwischen haben sich die Mitglieder der Russischen Akademie der Wissenschaften, R. I. Ikajew und D. W. Schirkow, u. a. gestützt auf schriftliche Äußerungen des damaligen Leiters des sowjetischen Forschungsprojekts, Igor Kurtschatow, zur entscheidenden Rolle von Klaus Fuchs beim Bau der sowjetischen Atombombe bekannt.

Ein weiterer großer Beitrag von Klaus Fuchs zum US-amerikanischen, sowjetischen und britischen Nuklearwaffenprojekt ist erst in jüngster Zeit aus russischen und US-amerikanischen Quellen bekannt geworden. Es handelt sich um das bis heute noch geheime Patent von Klaus Fuchs und John von Neumann, über dessen Bedeutung für die weitere Entwicklung der Wasserstoffbombe erstmals von German Gontscharow, einem leitenden Mitarbeiter von Andrej Sacharow, auf der Leibniz-Konferenz zum 90. Geburtstag von Klaus Fuchs berichtet wurde. Das am 28. Mai 1946 angemeldete Patent war eine wesentliche Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Zündungsmechanismus der ersten Wasserstoffbombe. Wissenschaftshistoriker nennen Klaus Fuchs daher inzwischen den „Großvater“ der Wasserstoffbombe, während Edward Teller als „Vater“ der US-amerikanischen und Andrej Sacharow als „Vater“ der sowjetischen Atombombe gelten.

Die Motive von Klaus Fuchs waren weder finanziell noch aus Abenteuerlust gespeist. Er war und blieb davon überzeugt, daß die moralische Verantwortung als Wissenschaftler ihm diese „kontrollierte Schizophrenie“ auferlegte. „Ich hatte nie das Gefühl, mir etwas zuschulden kommen zu lassen, als ich Moskau mein Geheimwissen zur Verfügung stellte. Es wäre mir wie ein sträfliches Versäumnis erschienen, das nicht zu tun.“

In der DDR beschäftigte er sich neben seiner Tätigkeit als stellvertretender Direktor des ZfK in Rossendorf, ab 1967 als Mitglied des ZK der SED, ab 1972 auch als Mitglied des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften der DDR und ab 1984 als Leiter der „Wissenschaftlichen Räte für energetische Grundlagenforschung und für die Grundlagen der Mikroelektronik“ mit philosophischen Fragen.

Fast wie eine Laudatio für einen möglichen Friedensnobelpreisträger Klaus Fuchs liest sich der Brief des Dompredigers von Schwerin, Karl Kleinschmidt, an Emil Fuchs vom 3. März 1950: „Die Rücksichtslosigkeit, mit der Klaus Fuchs seine ganze Person, seine Freiheit und seine Zukunft für die Sicherung des Friedens eingesetzt hat, zeigt eine menschliche Größe und Opferbereitschaft, wie sie leider Gottes in der Welt sehr, sehr selten geworden ist. [...] Sein Name wird unter den Namen derer leuchten, von denen man einmal sagen wird, daß sie die Welt vor einem dritten Weltkrieg bewahrt haben.“

Quellentext: Hiroshima und Nagasaki mahnen

Hört auf die Wissenschaftler, hört auf Niels Bohr, auf Albert Einstein, auf Igor Kurtschatow und auf Joliot-Curie, die die Gefahren, mit denen Kernwaffen die Menschheit bedrohen, klar

und deutlich erklärt haben. Hört auf die Ärzte der Welt, die einmütig und eindringlich feststellen: Gegenüber der Verwüstung und Zerstörung, mit der moderne Kernwaffen die Menschen heimsuchen, sind wir machtlos. Beugt vor, ehe es zu spät ist! [...] Die Gefahr eines mit Kernwaffen geführten Krieges ist größer denn je seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Doch auch die Kräfte, die sich für den Frieden einsetzen, sind gewachsen. Die Friedensbewegung ist breiter geworden. Hiroshima und Nagasaki mahnen: Wir waren die ersten, die der von Menschenhand geschaffene Pikadon [„Donnerwetter“ Volksmund für Atombomben – d. R.) zermarterte und verbrannte. Sorgt dafür, daß wir die letzten sind, an denen dieses Verbrechen begangen wurde.

Aus: Klaus Fuchs: „40 Jahre Hiroshima“. In: Standpunkt. Evangelische Monatsschrift, 13. Jg., Heft 7, Juli 1985. In: *junge Welt* vom 31. Dezember 2011, S. 15.

Friedrich-Martin Balzer: Vielheit der Aspekte und die Einheit der Wahrheit. **Über die Publizistik von Hans Heinz Holz** (**2007-2011**)

Vor genau fünf Jahren wurde hier in Berlin der 80. Geburtstag des marxistischen Philosophen Hans Heinz Holz im Rahmen des Symposiums „Lust am Widerspruch" am philosophisch historischen Ort der Humboldt-Universität begangen. An diesem Ort ist – allerdings nur aus Denkmalschutzgründen – immer noch der Satz von Karl Marx angebracht: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*; es kömmt aber darauf an, sie zu *verändern*."

Nicht ohne Genugtuung konnte der damals 80-jährige als gewähltes Mitglied der World Academy of Letters, als „Honory Director" des weltweiten „Biographical Centre" in Cambridge, als Ehrenpräsident der Internationalen Gesellschaft für dialektische Philosophie und Mitglied der Leibniz-Sozietät auf ein großes Lebenswerk zurückblicken. 1997 hatte er den Ehrendoktor der Universität Urbino erhalten und war ausgezeichnet mit der *Ehrenplakette des Vereins der deutschen Ingenieure*, in Großbritannien mit der *Order of Merit* und in den USA mit der *Legion of Honor*. Seine zu seinem 80. Geburtstag veröffentlichte erste Gesamtbibliographie umfasste bereits 2.400 Titel.[1] Teile davon sind in 14 Sprachen übersetzt. Die Gesamtzahl der Bibliotheken, in denen seine Veröffentlichungen inventarisiert sind, betrug weltweit mehr als 6.000.

Grund genug, einen Gang zurückzuschalten und sich entweder weise aus dem Streit der Welt herauszuhalten oder sich ganz auf ein letztes opus magnum zu konzentrieren. Nichts von alledem. Mit ungeheurem Fleiß, mit Lust auf Widerspruch betätigte sich der Philosoph in den letzten fünf Jahren mit einer ungeheuren Fülle an Veröffentlichungen und einer Vielzahl von Aspekten, stets die Einheit der Wahrheit im Auge behaltend. Die Osteoporose hatte ihn an seinen Wohnsitz am Lago Maggiore gefesselt. Jede Anstrengung war nur unter sich steigernden Schmerzen möglich.

Als mitreißender Redner in kleineren und größeren Versammlungen konnte er in den letzten Jahren seines Lebens nicht mehr erlebt werden. Einer seiner letzten großen öffentlichen Auftritte war seine Abschiedsrede auf dem 17. Parteitag der DKP 2005 in Mörfelden, wo er mit Krücken den Weg zum Podium beschritt und sich als „alten Genossen" bezeichnete, „der 60 Jahre lang der Partei die Treue gehalten hat".

Er blieb beherrscht von dem unbändigen Willen, sein großes Lebenswerk zu vollenden und dies nicht nur in *einem* opus magnum.

Dies geschah durch die Erweiterung und Vervollständigung seiner monumentalen „Geschichte der Dialektik", die um zwei weitere Bände (Antike und Mittelalter, 2011) auf fünf ergänzt und vervollständigt und mittlerweile auf 2932 Seiten erweitert wurde und die dreibändige Ausgabe zur „Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie" (2010-2011), sein Sammelband „Bild-Sprachen. Gesammelte Aufsätze zu Kunst und Künstlern" (2009) sowie die erweiterte Neuauflage des vor fast 50 Jahren erstmals erschienenen Klassikers „Macht und Ohnmacht der Sprache. Untersuchungen zum Sprachverständnis und Stil Heinrich von Kleists" (2011), die er kurz vor seinem Tod als Abschiedsgeschenk an seine engsten Freunde und Weggefährten schickte.

Hinzu kamen allein in diesem Zeitraum schwergewichtige Buchbeiträge in Lexika zu Grundbegriffen der Philosophie, in Festschriften für Erich Hahn, Wolfgang Eichhorn, Peter Hacks, Kurt Gossweiler, Siegfried Wollgast, Heinz Keßler, mehrere Buchbeiträge über seinen Lehrer Ernst Bloch, den Künstler Rolf Isels, den Mitherausgeber der Zeitschrift „*Topos*", Domenico

---

[1] Beitrag zur Veranstaltung „Die Einheit von Politik und Philosophie im Kampf für den Kommunismus" am 25. Februar 2012 in Berlin Siehe F.-M. Balzer (Hrsg.): Hans Heinz Holz für Einsteiger und Fortgeschrittene, CD-ROM, Bonn 2007. Die vierte, erweiterte Auflage mit der fortgeschriebenen Gesamtbibliographie von 2.560 Titeln und mehr als 500 publizistischen Beiträgen im Volltext zu den Bereichen *Kunst und Kultur*. *Theater und Literatur*, *Philosophie und Geschichte*, *Politik und Zeitgeschehen* erschien 2011.

Losurdo. Last but not least verfasste er eine Einleitung zu dem Buch seiner liebevollen und helfenden Lebensgefährtin Silvia Holz-Markun, die er 1979 in Marburg geheiratet hatte und die mit aufopferungsvoller Liebe die gemeinsamen Jahre und das bittere Ende mit ihm durchstand („Streifzüge im Unbekannten“, 2009). In der buddhistischen Tradition, die ihm schon seit Jugendtagen vertraut war, heißt es: „Ein unruhiger Geist braucht klare Führung, Disziplin und liebevolles Verständnis“ (Marie Mannschatz). Hans Heinz hatte von all dem in Hülle und Fülle.

Themen seiner Arbeit waren u. a.: „Ein System von Analogien. Zum Begriff der Natur in der chinesischen Philosophie“ (2007); „Differenzierung im Begriff Irrationalismus“ (2008), „Marxismus oder Marxismen“ (2008), „Zum Problem des spekulativen Materialismus“ (2008), „Wissenschaft und Verantwortung“ zu dem von ihm hochgeschätzten Physiker und Philosophen Klaus Fuchs (2008), „Dialektik“ (2009), „Die imperialistische Demontage des Völkerrechts“ 2010), „Monismus/Dualismus“ (2010), „Dogma/Dogmatismus“ (2010), „Materialistische Dialektik“ (2010), „Zum marxistischen Wissenschaftsbegriff“ (2010), „Philosophie, Wissenschaft und Ideologie“ (2010), „Ideologie und wissenschaftliche Weltanschauung“ (2010), „Platons Höhengleichnis“ (2009), die Veröffentlichung des mehrfach im deutschen Fernsehen ausgestrahlten Gesprächs mit Ernst Bloch unter dem Titel „Ernst Bloch. System und Fragment“ (2010), „Bemerkungen zum Phänomen des Revisionismus“ (2011).

Seine im Ausland erschienenen Beiträge an englischen, irischen, italienischen, katalanischen Publikationsorten, zuletzt die Übersetzung seiner Ringvorlesungen in Girona *Metaphysik, Dialektik, Widerspiegelung*. *Mein philosophischer Weg im Kontext der Philosophie nach 1945* aus dem Jahre 2001, belegt seine proletarisch-internationalistische Haltung. Besondere Beziehungen pflegte er mit türkischen Organisationen und Organen, in denen mehrere Beiträge übersetzt erschienen. Sie gehen zurück auf eine Einladung an Holz in die Türkei[2]. Welcher europäische Philosoph hat wohl in dem beginnenden dritten Jahrtausend eine Rede zum 8. Mai an einem scheinbar so abgelegen Ort wie Istanbul gehalten?

Als Initiator und spiritus rector des programmatischen Periodikums „Theorie und Praxis“ hat sich Hans Heinz immer wieder praxisnah mit seinem eingreifenden Denken in die Debatten und Konflikte der DKP eingemischt, orientierende Kommentare zur Lage der Partei mit dem Ziel verfasst, die Partei, der er angehörte, die DKP, zu stabilisieren und zu aktivieren.

In Zusammenarbeit mit Domenico Losurdo hatte er als Philosoph die Zeitschrift „*Topos*. *Beiträge zur dialektischen Philosophie*“ (1993-2011) begründet und sich darin mit den „philosophisch-politischen Perspektiven des Marxismus“ (2007) auseinandergesetzt, eine „Revolution neuen Typs“ (2007) skizziert und in einem Sonderheft „1789-1917. Zwei Revolutionen“ (2008) verglichen. Insgesamt erschienen nach 2007 noch 10 Ausgaben, in denen er sich u. a. mit dem „Erbe Hegels und der Verwandlung der Philosophie“ (2008), „Sprachformen des Mythos“ (2009), „Fragmentarische Betrachtungen zu Naturdialektik und Naturphilosophie“ (2010), zur „Wissenschaftsform von Dialektik“ (2010) und mit dem Generalthema „Dialektik – Theorieform und Erscheinung“ (2011) beschäftigte.

„*Topos*“ war auch der Ort, an dem sich Hans Heinz der Weggefährten wie Leo Kofler (2007), Dieter Frielinghaus (2008), Robert Deinhammer (2008) und Alessandro Mazzone (2011) bei allen Unterschieden im Übrigen dankbar erinnerte, bis auch auf diesem Gebiet seine Kräfte nachließen und die Zeitschrift – hoffentlich nur vorübergehend – eingestellt werden mußte. Hans Heinz hat sich, wie er mir bei einem der höchst anregenden und angeregten Gespräche vor Ort sagte, gleichsam wie eine Kerze, die an beiden Enden angezündet ist, verzehrt, bis die

---

[2] Laut „*Unsere Zeit*“ vom 29. Juli 2005 war Holz zum 60. Jahrestag des Sieges über den Faschismus in die Türkei eingeladen, wo er auf zwei Großkundgebungen in Istanbul und Izmir vor 5.000 Menschen sprach. Anschließend hielt er philosophische Vorlesungen an den Universitäten in Istanbul, Ankara und Izmir. Die Rede zum 8. Mai ist abgedruckt in: *Weißenseer Blätter*, 2/2005, S. 40 ff.

Schmerzen nach langer schwerer Krankheit unerträglich wurden. Seine publizistische Tätigkeit war gleichsam ein Kampf ums Überleben, buchstäblich bis zum letzten Atemzug.

Publizistisch im engeren Sinne war Holz für Tages- und Wochenzeitungen tätig. Während Holz vor 2007 noch insgesamt 50 Beiträge in der *UZ* veröffentlichte, reduzierten sich seine Beiträge ab 2007 merklich: Ein Leserbrief zum „Marxismus im XX. und XXI. Jahrhundert" (2007) und sein Beitrag zur kulturpolitischen Diskussion mit dem für ihn charakteristischen Titel „Begriffe erarbeiten" (2008) sind die einzigen Texte, die noch in der Parteizeitung erschienen.

Haupt- und Hausorgan wurde die Tageszeitung „*junge Welt*", gelegentlich ergänzt um Beiträge für den *RotFuchs* und Geschichtskommentare in den „*Roten Kalenderblättern*". Holz war der „*jungen Welt*" sehr dankbar, daß sie „auf ihre pluralistische Weise 100 Blumen blühen lässt". Jedenfalls öffne die „*junge Welt*" für die von ihm angesprochenen Fragen immerhin noch ihre Spalten. So könne und solle man darüber auch kontrovers diskutieren. „Es soll nicht so sein, daß eine Meinung einfach sich durchsetzt, sondern wir sollen über Argumente reden. Und das soll die Zukunft unserer Bewegung sein, daß wir argumentieren."[3]

Im Zeitraum ab 2007 lieferte Holz 35 Beiträge für die „*junge Welt*", nachdem er bereits zwischen 1996 und 2006 19 Artikel beigetragen hatte. Nicht zufällig zu seinem 80. Geburtstag am 26. Februar 2007 veröffentlichte die „*junge Welt*" einen Auszug aus der Bibliothek dialektischer Grundbegriffe als Hommage an den Jubilar unter dem Titel „Ovids Narziß-Mythos und die Widerspiegelungstheorie". Sie erhellte damit die Kategorie, mit der sich Holz besonders intensiv und originell beschäftigt hat. Auch ansonsten blieb Hans Heinz den Themen seines Lebens treu. Besondere Aufmerksamkeit richtete er dabei auf Georg Lukács „Streitbarer Humanist" (2010) und Ernst Bloch „Auf der Epochenschwelle", „Die unabgeschlossene Welt" (2010). Mit beiden war er bereits ab den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts freundschaftlich verbunden.

Als ausgewiesener Religionshistoriker[4] reizte es den Philosophen wiederholt, die Auseinandersetzung mit dem gleichaltrigen Papst Benedikt XVI. zu suchen. Unfehlbar war auch Hans Heinz nicht. Gelegentlich versagte er in Entscheidungssituationen, revidierte seine frei gesprochenen Reden nach der ihm zugegangenen Kritik seiner Zuhörer und schoss in der Auseinandersetzung mit den ihn enttäuschenden Mitstreitern vereinzelt über das Ziel hinaus. Seine fortwährende Anhänglichkeit und Treue gegenüber denjenigen, die zu ihm hielten, ist dagegen unübersehbar und kann nur mit großer Dankbarkeit erinnert werden.

Unter dem Titel „Sammlung der Versprengten" (2007) erinnerte er sich an Peter Hacks und unterhielt mit ihm eine rege Korrespondenz, die als Buch erschien, von dem der junge Dietmar Dath schrieb, es gehöre „zum Lebhaftesten, was beide hinterlassen haben". Zu Antonio Gramsci, über den er bereits 1980 geschrieben hatte, als dieser noch nicht zum Geheimtipp unter Linken aufgestiegen war, veröffentlichte Holz in der „*jungen Welt*" zwei Beiträge unter den Überschriften „Kampf um Kultur" und „Traditionen links wenden" (2007). Mit Robert Steigerwalds politisch-theoretischer Entwicklung setzte er sich in dem Beitrag „Die revisionistische Wende" (2007) auseinander. Auf der Suche nach politischer Ortsbestimmung beschäftigte er sich mit der Lage der Arbeitenden heute: „Klasse an sich und für sich" (2008). Als Antiimperialist scheute er sich nicht, bei aller notwendigen Kritik im Einzelnen Partei für die Sowjetunion zu ergreifen, er kritisierte den „pseudorevolutionären Maximalismus" (2008) und hielt an der „revolutionären Dimension" (2008) der Weltgeschichte auch nach dem XX.

---

3 H. H. Holz: „Es geht nicht nur um Theorie". Gespräch zwischen dem Philosophen und Publizisten Hans Heinz Holz und Arnold Schölzel auf dem UZ-Pressefest am 27. Juni 2007. In: *junge Welt* vom 7. Juli 2007, S. 10-11, hier S. 11.

4 H. H. Holz: Die große Räuberhöhle. Religion und Klassenkämpfe im christlichen Mittelalter, Bielefeld 1999.

Parteitag der KPdSU fest. Von der Umwandlung der hausgemachten und fremdbestimmten Niederlage des Sozialismus in eine defensive Selbstanklage hielt er nichts. Er hielt an der sozialistischen Alternative „zu diesem verrotteten Staat“ fest. „Wenn die gesamten Gebrechen unserer gegenwärtigen kapitalistischen Welt Gebrechen sind, die aus der Struktur der Produktionsverhältnisse, aus den Eigentumsverhältnissen, d. h. dem Privateigentum an den Produktionsmitteln entspringen, dann können wir mit logischer Notwendigkeit sagen: Die Alternative ist die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, also der Sozialismus.“[5] Der Festveranstaltung des *RotFuchs*-Fördervereins sandte er anlässlich des 190. Geburtstages von Karl Marx das Grußwort „Über das magisch-mythische Denken hinaus“ (2008). Sein Festvortrag erschien im *RotFuchs* (2008). Zum 85. Todestag von Lenin erschien „Kompass der Revolution. Die zweite Stufe des Marxismus“ (2009). Zum 100. Jahrestag von Lenins Streitschrift „Materialismus und Empiriokritizismus“ folgte der Zweiteiler „Parteienkampf in der Philosophie“ und „Stoßrichtung Kant“. Wolfgang Fritz Haug fragte er, ob denn „Marxismus ohne Lenin?“ (2009) möglich sei. Zum 190. Geburtstag von Friedrich Engels erschien sein Beitrag „Die Strenge des Begriffs. Von der politischen Ökonomie zur wissenschaftlichen Weltanschauung“ (2010), gefolgt von „Vom Begriff zur Tat. Friedrich Engels und die Entwicklung der wissenschaftlichen Weltanschauung“. Bei allem Schwergewicht, das Holz auf die Theorie des Marxismus-Leninismus legte, verlor er den Zusammenhang, ja, die notwendige Einheit von Theorie und Praxis nie aus dem Auge. Mit dem Chefredakteur der „*jungen Welt*“ Arnold Schölzel sprach er zum Thema „Es geht nicht nur um Theorie“ (2007). In einem seiner letzten veröffentlichten Gespräche begründete er seine Entscheidung, 1945 ein Philosophiestudium aufzunehmen und die Notwendigkeit, eine Wissenschaft des Ganzen der Welt zu erarbeiten. „Wir waren voll von Politik“ (2011).

Das Thema Kunst und proletarische Utopie behandelte er in dem Zweiteiler über Fernand Léger „Bedeutungskunst“ und „Die Dinge und das Glück“ (2008). Zur bildenden Kunst steuerte er bei „Plato auf der Lotosblüte. Gandhara. Kultur ohne Kämpfe“ (2009). Zu Heinrich Kleist erschien sein Beitrag „Kleist und Klassik. Annäherung an einen Gattungsbegriff“ (2010). Bei aller Relativierung von Moral als ausschließlichem Kriterium für die Beurteilung historischer Erscheinungen hielt er es in Erinnerung an Johannes R. Becher „Die Nähe ferner Zukunft“ (2008) auch für seine moralische Pflicht, einen politisch-lyrischen Kommentar zum 20. Jahrhundert zu verfassen.

Mit historischen Themen im engeren Sinne beschäftigte er sich, lediglich gestützt auf das dreibändige Dokumentarwerk „KPD-Prozess“, in dem philologisch meisterhaft analysierten Aufsatz „Der frühe Tod des Grundgesetzes. Das KPD-Verbot – der Präzedenzfall für die Aushöhlung der Demokratie“ (2009). Zum 90. Jahrestag der Gründung der KPD erschien sein in zwei Folgen veröffentlichter Aufsatz „Avantgarde des Fortschritts“ (2008/2009), in dem er aufzeigte, daß eine welthistorische Idee trotz aller Irrtümer und Irrwege nicht auszurotten ist. An den Widerstand gegen die Notstandsgesetze, in dem er neben Wolfgang Abendroth und Helmut Ridder führend beteiligt war, erinnert sein Aufsatz „Nicht nur ein Häuflein“ (2008)[6]. Angesichts der weitverbreiteten Verhimmelung des Dalai Lamas mischte er sich ein und erinnerte an den Befreiungstag von Tibet unter dem Titel „Das Ende der Sklaverei“ (2009).

Als „Nachlassverwalter einer *besiegten* marxistischen Gelehrsamkeit“, wie Dietmar Dath[7] meinte, verstand er sich nie, eher schon als Mitbegründer einer neuen marxistischen Gelehrsamkeit. Überzeugt davon, daß „Richtungskämpfe ausgefochten“ werden müssen, bezog er

---

5 H. H. Holz: „Es geht nicht nur um Theorie“, a. a. O., S. 10.

6 Siehe A. J. Noll: Macht und Politik konkret. Hans Heinz Holz’ Kritik der Notstandsgesetzgebung 1964-1967. In: Ch. Hubig und J. Zimmer (Hrsg.): Unterschied und Widerspruch. Perspektiven auf das Werk von Hans Heinz Holz, Köln 2007, S. 95-114.

7 D. Dath: Lebhafter Begriffslehrer. Zum Tod des Philosophen Hans Heinz Holz. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. Dezember 2011, S. 32.

immer wieder Stellung in aktuellen Debatten um die Aufarbeitung und Zukunft des Marxismus – so unter dem Titel „Sozialismus in einem Land?“, ein Aufsatz, der 2008 im *RotFuchs* erschien, „Dialektik der Vernunft. Moralität und Historizität, eine Begriffsverwirrung“ (2011), „Erklären, nicht verharmlosen“ (2011). Als Fazit seines eingreifenden Denkens mag der Titel eines seiner letzten Aufsätze dienen: „Die Alternative muss erkämpft werden. Der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium stellt die Menschheit vor die Frage: Revolution oder Verewigung von Ausbeutung, Unterdrückung und Krise“ (2011).

Angesichts der Zeit, die mir zur Verfügung steht, war es nicht möglich, auf inhaltliche Aspekte der Veröffentlichungen von Hans Heinz Holz in den letzten fünf Jahren näher einzugehen.[8] Aber um eine auch nur vage Vorstellung von dem zu gewinnen, was Hans Heinz in den letzten Jahren mit geradezu prometheischer Kraft geschaffen hat, waren wir ihm wenigstens diese stichwortartige Aufzählung schuldig. Wer von uns wäre nicht froh, als Lebenswerk die Spuren zu hinterlassen, die Hans Heinz in nur knapp fünf Jahren geschaffen hat. Die zwischen 2007 und 2011 entstandenen 110 Veröffentlichungen sind ein letzter Abglanz seiner ausgereiften Schaffenskraft. Er konnte zu Ende bringen, was ihm so am Herzen lag.

Die Fülle und Weite seiner Arbeiten, die er sich im Kampf gegen den Schmerz abrang, ist schier unglaublich. Was bleibt: Holz, der enzyklopädische Gelehrte, einer der wichtigsten marxistischen und leninistischen Philosophen der vergangenen Jahrzehnte, ist einer der bedeutendsten politischen Denker, Autoren und Handelnden der kommunistischen Bewegung.

In den knapp neunzig Jahren seit dem Tode Lenins, so Hannes A. Fellner, ein junger Linguist an der Universität von Harvard in seinem Nachruf auf Hans Heinz Holz, gab es „nicht sehr viele Menschen, die fähig waren, die marxistische Philosophie originell, systematisch und, sie auf ihrer eigenen Grundlage selbst auf ihren Begriff bringend, weiterzuentwickeln“. Was Friedrich Engels über Karl Marx an dessen Grab sagte, nämlich daß er „einer jener hervorragenden Männer“ war, „von denen ein Jahrhundert nur wenige hervorbringt“, lässt sich auch über Hans Heinz Holz sagen. Dem Beispiel von Friedrich Engels folgend, der seine sterblichen Überreste am Beachy Head in Eastbourne im Lande seines Exils ins Meer streuen ließ, hat der die meiste Zeit im Schweizer Exil lebende Hans Heinz Holz gewünscht, seine Asche am Lago Maggiore zu versenken.

Nicht nur in seinen letzten Stunden hat sich Hans Heinz vielleicht an die Verse von Louis Fürnberg erinnert. Sie mögen auch uns bei unserem Kampf, der weitergeht, ermutigen:

„Jeder Traum, an den ich mich verschwendet,
Jeder Kampf, da ich mich nicht geschont,
Jeder Sonnenstrahl, der mich geblendet
Alles hat am Ende sich gelohnt.
Jedes Feuer, das mein Herz gefangen
Jede Sorge, die mein Herz beschlich
War’s oft schwer, so ist’s ja doch gegangen.
Narben blieben, doch es lohnte sich.
Unser Leben ist nicht leicht zu tragen.
Nur wer fest sein Herz in Händen hält,
hat die Kraft, zum Leben Ja zu sagen
und zum Kampf, zum Kampf für ein neue Welt.“

---

8 Zur Publizistik der frühen Jahre siehe: F.-M. Balzer: Hans Heinz Holz als Publizist. Ein Zwischenbericht. In: Ch. Hubig und J. Zimmer (Hrsg.): Unterschied und Widerspruch. a. a. O., S. 229-245.

In: H.-G. Szalkiewicz (Hrsg.): Die Welt begreifen – organisiert handeln. Symposium „Die Einheit von Politik und Philosophie im Kampf für den Kommunismus anlässlich des 85. Geburtstages von Hans Heinz Holz, edition ost im Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2013, S. 83-94.

Friedrich-Martin Balzer: Wir schlagen uns nicht in die Büsche. Grußwort zum 95. Geburtstag von Walter Ruge

Lieber Walter, liebe Familienangehörige, liebe Freunde, liebe Genossen,

Deinen Bruder, den herausragenden DDR-Historiker Wolfgang Ruge, lernte ich schon in den 70er Jahren persönlich kennen, nachdem er eine kurze, aber bemerkenswert treffende Besprechung meiner Dissertation bei Wolfgang Abendroth über „Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands“ in der *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* geschrieben hatte. Ab Ende der 90er Jahre trafen wir uns jedes Jahr wochenlang auf der Insel Rügen, wo wir intensive Gespräche miteinander hatten, die zu fünf Publikationen von Wolfgang Ruge führten. Als seine hochgelobten, aber nicht unangefochtenen Memoiren „Berlin – Moskau – Sosswa“ 2003 erschienen, las ich in Potsdam auch den langen, kritischen und liebevoll-sachlichen Brief, den Du ihm als sein zwei Jahre älterer Bruder als Reaktion auf seine Memoiren geschrieben hattest, Memoiren, welche zugleich auch ein Familienroman sind, in dem Du allein 75 Male vorkommst. Ich riet Wolfgang dringend, die zwischen Euch im Laufe Eures langen Lebens persönlich entstandene Entfremdung und nach dem Anschluss der DDR sichtbare werdende politische Entzweiung zu überwinden und mit Dir ins Reine zu kommen. Aber Wolfgang, dickköpfig, wie ich ihn am Ende seines Lebens erlebte und bereits von Krankheit gezeichnet, wollte nicht. So sah ich Dich bei der Beerdigung von Wolfgang im Januar 2007 in Potsdam zum ersten Male. Ich umarmte Dich in Deinem langen Ledermantel, den auch Wolfgang besaß, und drückte die Hoffnung aus, daß wir näher in Kontakt kommen.

Dies geschah durch mehrere Besuche in Potsdam und zwei mehrtägige Besuche von Dir in Marburg, wo im Januar 2008 der ausgezeichnete Film „Über die Schwelle“ von Stefan Mehlhorn über Dich im Kino gezeigt wurde und Du Dich anschließend im Kino und am nächsten Tag auch über Dein Buch „Treibeis am Jenissei. Ungewöhnliche Geschichten aus Deutschland, Russland und sibirischen Lagern“ mit Klarsicht und vor Vitalität strotzendem Elan über Dein bewegtes Leben der Diskussion stelltest. Nein, Du bist trotz Krankheit und eines hohen Alters nicht weise geworden. Du hast Dich aus dem Streit der Welt nicht herausgehalten. Du bist wirklich das seltene Beispiel eines „aufrechten Ganges“. Im November 2009 kamst Du auf vielfachen Wunsch noch einmal nach Marburg, wo wir Dein zweites Buch „Wider das Vergessen“ diskutierten. Die Moderation beim 2. Gespräch hatte Georg Fülberth übernommen, mit dem wir schon bei Deinem ersten Besuch in Marburg eine gemeinsame Führung durch die Alt- und Oberstadt von Marburg, Du mit der professionell eingesetzten Kamera in der Hand, erleben durften. Bei Deinem zweiten Besuch trafen wir Georg Fülberth und seine Frau Urte Sperling, die über die Nelkenrevolution in Portugal promoviert hatte, bei sich zuhause. Beide haben mich gebeten Dir den folgenden Glückwunsch zu Deinem Geburtstag zu überbringen.

„Lieber Walter,

Die späten Jahre sind die köstlichsten – zumindest für die Anderen. Welch ein Unglück, wenn Du nur schlappe 90 Jahre alt geworden wärest! Wir wären uns nie persönlich begegnet – kein Verlust für Dich, aber für Urte und Georg.

Deshalb, lieber Walter, denke an die vielen – vor allem auch ganz jungen! – Menschen, die Dich in den nächsten mehr als fünf Jahren noch kennenlernen und ihre Freude an Dir haben werden.

Daß diese Freude eine wechselseitige sein möge, dies wünschen Dir Deine Urte Sperling & Georg Fülberth“

Als wir uns 2007 das erste Mal in Potsdam trafen, warst Du, wenn ich mich richtig erinnere, ausschließlich Abonnent des „*Neuen Deutschland*“. Meine Werbung für den „*RotFuchs*“ und die „*junge Welt*“ führte dazu, daß Du in der Folgezeit bis zum heutigen Tage zahlreiche Artikel

und Leserbriefe in den beiden Organen der Linken veröffentlicht hast. Im Juni-Heft des „*RotFuchs*“ erschienen gerade Deine Streiflichter solche und solche „Radfahrer“ in der DDR und der BRD. Von Deinen vielen Veröffentlichungen ist mir u. a. besonders Deine hochpolitische Besprechung des Buches von Kurt Goldstein „Wir sind die Letzten – fragt uns“ und des Video-Filmes „Vorwärts und nicht vergessen“ im „*RotFuchs*“ in Erinnerung.

Mit dem Schreiben hast Du natürlich schon vorher begonnen. 2004 erschien, zunächst in französischer Sprache, Dein erstes Buch „Prisonnier No. 8403“, das Du im Mai 2004 in Paris vorstelltest und das erst später auf Deutsch erschien. Einem breiteren Publikum wurdest Du aber erst durch Deine zahlreichen Veröffentlichungen in der „*jungen Welt*“ und im „*RotFuchs*“ bekannt. Einer, der durch diese Veröffentlichungen auf Dich aufmerksam wurde, ist der Historiker Kurt Pätzold, der gerade seinen 80. Geburtstag beging. Er übermittelt Dir seine Glückwünsche durch folgendes Schreiben:

„Lieber Walter Ruge,

in unseren Kreisen ist auf Götterboten kein Verlass, daher ist Martin so freundlich und hilfreich Dir diesen Gruß zu überbringen. Und also kann ich Dir durch ihn an diesem Tage mal etwas sagen:

Ich zähle mich zu der glücklichen Generation von Kommunisten und Sozialisten, die vor sich eine andere Generation hatte, zu der sie – aufschauen, das passt zu uns nicht, weil einem da sogleich der Sockel einfällt – was also: die uns durch ihr Vorleben selbst vor der bloßen Anfechtung einer Resignation bewahrt hat, vor der wir Jüngeren uns unter den Boden schämen müssten, wenn wir uns irgendwann auch nur zeitweilig in die Büsche geschlagen hätten. Die meisten, denen ich das zu danken habe, sind nicht mehr unter den Lebenden. Dir kann ich meinen Dank dafür heute ausrichten lassen und das nutze ich mit der Versicherung bleibender Verbundenheit, die lebt, so wenig wir einander über den Weg gelaufen sind.

Dir wird an diesem Tage *ad multos annos* zugerufen werden und was der gutgemeinten Parolen alle sind. Ich wünsche Dir, daß Du den Deinen, den Genossen und Freunden noch viele Tage zurufen kannst: À demain!

Chapeau

Kurt Pätzold“

Eine Laudatio auf Dein Leben und Wirken ist an dieser Stelle schon aus Zeitgründen nicht möglich. Ich spreche hier nur von der herzlichen Freundschaft, die zwischen uns entstand. Sie beruht auf mehreren Begegnungen, der wechselseitigen Lektüre unserer Texte, einer vor allem von Dir intensiv gepflegten Korrespondenz und auf der Übereinstimmung darüber, woran wir trotz aller Niederlagen festhalten. Obwohl uns ein Vierteljahrhundert in Lebensalter und Lebenserfahrung trennt, gehören wir, wie Kurt Pätzold schrieb, einfach nicht zu jenen, die sich nach verlorenen Klassenkämpfen in die Büsche schlagen. Wir haben unsere Vorbilder. Und einer meiner Vorbilder bist Du in den letzten 3 Jahren geworden. Von den Historikern Thukydides und Eric Hobsbawm haben wir gelernt, daß nichts das Bewusstsein eines Historikers mehr schärft als die Niederlage („There is nothing that can sharpen an historian’s mind like defeat“). Eingedenk des biblischen Mottos „Prüfet alles, das Gute aber behaltet“[*] – im Gedächtnis, haben wir die Geschichte gewogen und manches als zu leicht bzw. für falsch befunden. An anderem halten wir unbeirrt vom herrschenden „Zeitgeist“, der stets der Geist der Herrschenden ist, fest. Nur Fahnenflüchtige können bei dieser Herangehensweise von Ostalgie sprechen. Nur wenn

[*] 1. Thessalonicher 5, 21.

wir das oben genannte biblische Gebot sowie Gegenwart und Zukunft aus dem Auge verlieren, machen wir uns der falschen Sentimentalität schuldig.

Lieber Walter, wir alle freuen uns, daß Du heute Geburtstag hast! Und wir wünschen Dir für die Zukunft viel Glück, Gesundheit, politische Schaffenskraft. Deine Bücher, Erinnerungen und Filme sind für uns sehr wichtig. Sie sind Wegmarken für eine bessere Zukunft. Ganz herzlichen Gruß, Dein Martin und Deine Brigitte.

Erstveröffentlichung

Friedrich-Martin Balzer: Für eine andere Gesellschaft und gegen die falsche Geschichtsschreibung. **Zum Tode von Eric Hobsbawm** (**1917-2012**)

Am 1. Oktober 2012 starb der Historiker und Schriftsteller Eric Hobsbawm in einem Londoner Krankenhaus nach langer, schwerer und mit großer Gelassenheit getragener Krankheit, begleitet und unterstützt von seiner ihn umsorgenden Frau Marlene, mit der er 50 Jahre verheiratet war. Hobsbawm hatte gehofft, daß er nicht schon im hohen Alter auf einen Sockel gesetzt würde, um ihn unschädlich zu machen. Er wollte, daß man höre, was er zu sagen hat und freute sich als streitbarer Marxist auf den Widerspruch. Nun kann er sich gegen die hochtrabenden und teilweise vergifteten Nekrologe der Presse nicht mehr wehren.

Auf dem Schreibtisch von Eric Hobsbawm im Londoner Stadtteil Hampstead steht die oben abgebildete Skulptur von Karl Marx, ein Werk, erstellt von dem Marburger Bildhauer Peter Braun. Es gefiel ihm weitaus besser als der monumentale Koloss von Marx auf dem Highgate Friedhof, einen Steinwurf von seinem Haus in Hampstead entfernt. Sie haben „einem alten Bewunderer Karls viel Freude gemacht“, schrieb er dem Bildhauer. Auf dem pompösen Koloss steht auf English die 11. Feuerbachthese „The philosophers have only interpreted the world in various ways, the point however is to change it.“ In dieser These liegt zeitbedingt ein Spannungsverhältnis zwischen Interpretation und Veränderung. Hobsbawm orientierte sich zwar wie andere marxistische Historiker an der zweiten Aussagehälfte dieser These. Die Einheit von Interpretation und Veränderung war für ihn jedoch unauflöslich. Er bestand darauf, die Welt und die Geschichte in der Tradition der materialistischen Konzeption der Geschichte, wenn auch modifiziert, neu zu interpretieren, Faktizität und Anschaulichkeit keineswegs vernachlässigend. Hobsbawm wollte die Geschichte von Legenden, Erfindungen und Mythologien entrümpeln, bevor und während an das Werk gegangen wird, sie zu verändern. Praxis ohne vorrangegangene Analyse – wie nach Marx zu oft geschehen – kann katastrophal werden: so ist Hobsbawms Variante des materialistischen Konzepts der Geschichtsschreibung wohl zu verstehen. Letztes Beispiel für solche Geschichtsfälschung ist die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union, so als habe die EU nicht erst seit dem Ende des sozialistischen Lagers das völkerrechtswidrig geächtete Recht zum Krieg entdeckt und in den Kolonialkriegen brutal praktiziert.

Nur ein klarer Blick auf Vergangenheit und Gegenwart setzt uns in die Lage, sie angemessen zu verändern. Hobsbawm hat das Verdienst, daß aus seinen ca. 20 Darstellungen zur Geschichte des 18., 19., 20. und 21. Jahrhunderts die Möglichkeit geschaffen wurde, daß aus ihr gelernt werden kann. Er gibt uns das Rüstzeug an die Hand, um unter den Bedingungen der von ihm interpretierten Welt, diese schrittweise zu verändern.

Als Universalhistoriker beschäftigten Hobsbawm die großen „Warum-Fragen“ in der Geschichte. Bei all seiner auffälligen Zurückhaltung gegenüber aktuellen deutschen Angelegenheiten, vermied er es nicht, auf deutschem Boden den Deutschen ins Gewissen zu reden und ihrem Unwissen um das Ausmaß und die Ursachen des deutschen Faschismus mit Aufklärung entgegenzutreten. Goldhagen hatte auf die Frage, w*arum* es zu den einmaligen Kriegsverbrechen nicht nur gegenüber den europäischen Juden durch Deutsche gekommen ist, mit seiner These von der *genetischen* Belastung der Deutschen, dessen Separatstaat Bundesrepublik nach 1949 er danach als nachahmenswertes Modell für andere Länder anpries, sicher eine allzu einfache, unzutreffende und in sich widersprüchliche Antwort gegeben. Nach Eric Hobsbawm ist es falsch, „wenn Herr Goldhagen behauptet, der nationalsozialistische Genozid der Juden ließe sich einfach von einem angestammten und angeblichen genozidalen Antisemitismus der Deutschen ableiten. Das ist nicht wahr. Ziel und Funktion der Blutrache und der Pogrome war nicht der Genozid. Erst das 20. Jahrhundert hat die systematische Ausrottung gesamter Völker erfunden und den Nationalismus, welcher in einem Staatsgebiet nur einer ethnischen Gruppe Bürgerrechte bzw. Existenzberechtigung gestattet.“ (Eric Hobsbawm, Zwischenwelten und

Übergangszeiten, Köln 2010, S. 103). Den Riesenerfolg von Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker“ deutet Hobsbawm als Versuch des deutschen Publikums, das historische Ereignis des Holocaust „irgendwie“ zu verarbeiten. Historiker müssten daran erinnern, so Hobsbawm im Jahre des völkerrechtswidrigen Krieges der Nato gegen die Sozialistische Republik Jugoslawien, „daß wir nicht einen Rückfall in die alte Barbarei erlebt haben und erleben, sondern einen Vormarsch in eine neue Barbarei“ (Zwischenwelten, S. 103).

Hobsbawm war kein Intellektueller, der sich ausschließlich mit abstrakten Theorievorstellungen beschäftigte und sich als „lifelong communist“ nicht für Menschen und ihr Schicksal interessierte. Hobsbawm stand hinter Bert Brechts Gedicht „An die Nachgeborenen“ und verteidigte diese Position auch gegenüber seinen Kritikern. Aber bei aller von ihm geübten Selbstkritik gegenüber früher eingenommen Positionen gehörte er nicht zu denen, die den Boden für Freundlichkeit bereiten wollten, aber selbst nicht freundlich waren. Er war freundlich. Nach persönlichen und brieflichen Kontakten mit ihm in den letzten zehn Jahren kann ich dies dankbar bezeugen.

Hobsbawm war ein Glücksfall für alle historisch Interessierten. Bevor wir uns vom Rauschen des Blätterwaldes anlässlich seines Todes in heuchlerischer Verehrung für den Verstorbenen anstecken lassen: Wer nimmt der FAZ schon ab, daß sie sich davon beeindrucken lässt, was Hobsbawm über die regierenden Politiker schrieb, „aufgeschreckt wie Krankenschwestern eilen die Politiker ans Bett des Kapitalismus und tun so, als ob sie etwas täten“? Nur die etwas gebildeteren Journalisten wissen, womit sie sich im Falle Hobsbawm blamieren könnten – und lassen es.

Insofern die 68er-Generation sich als revolutionär verstand, sprach Hobsbawm ihnen diese Eigenschaft ab, was nicht heißt, daß sie nicht in der BRD dazu beitrugen, die verkrusteten Strukturen der postfaschistischen Gesellschaft aufzubrechen. Nach der epochalen Niederlage des sozialistischen Lagers und der Offenkundigkeit, daß der gegenwärtige Kapitalismus, die Sozialdemokratie und der Sozialstaat gescheitert sind, weist Hobsbawm darauf hin, daß er keine Gesellschaft gebe ohne den Begriff der Ungerechtigkeit. „Und daher soll es auch keine geben, in der man sich nicht gegen sie auflehnt.“

Wir sollten allerdings keine hehren Versprechungen machen, in seinem Sinne das von ihm begonnene Werk fortzusetzen, sondern auch ganz schlicht seine Werke lesen. Dazu gibt es eine Übersicht über seine 100 in deutscher Sprache bzw. deutscher Übersetzung erschienenen Veröffentlichungen in „*Zwischenwelten und Übergangszeiten. Interventionen und Wortmeldungen*“, Köln 2010, 2. Auflage. Hinzugekommen sind in den letzten Jahren: *Wege der Sozialgeschichte, Ansprache anlässlich der Verleihung des dritten Bochumer Historikerpreises*, Bochum 2009, *Globalisierung, Demokratie und Terrorismus*, München 2009; *Wie man die Welt verändert. Über Marx und den Marxismus*, München 2012, sein letztes Interview in deutscher Sprache mit dem Magazin *stern* „*Es wird Blut fließen, viel Blut*“[1] (7. Mai 2009) sowie diverse Aufsätze: *Krieg der Ideen. Der Spanische Bürgerkrieg und die internationale Linke*. In: junge Welt vom 27. April 2009; *Meine Jahre als Jazzkritiker. Intellektuelle Streifzüge durch musikalisches Neuland*. In: junge Welt vom 12. Juli 2010; *Alle verhielten sich einwandfrei. Zu Paul Brodas Buch „Wissenschaftsspione: Eine Erinnerung an meine drei Eltern und die Atombombe*“. In: junge Welt vom 2. Dezember 2011; *Nach dem Kalten Krieg. Erinnerungen an Tony Judt*. In: Z, Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Nr. 91/2012.

Eric Hobsbawm ist zu wünschen, daß er nach seinem Ableben nicht zu einem Tod im Museum verurteilt wird, den einen zur bloßen Verehrung, den andern zur Abschreckung. Wir wollen den

---

[1] In: *stern* 20/2009, vom 7. Mai 2009, S. 138-144. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Chefredaktion des *stern* in diesem Band.

Verstorbenen nicht zu einem Säulenheiligen erheben und ihn dadurch entindividualisieren, verwechselbar, austausch- und ausleihfähig und posthum unschädlich machen.

Mit Thukydides teilte Hobsbawm die Einsicht, daß Besiegte der wirklichen Geschichte näherkommen und bessere Geschichtsschreiber sind. Wenn man in 100 Jahren auf Hobsbawms Werke stößt, wird man hoffentlich entdecken, daß der Kapitalismus sich nicht als permanent erwiesen hat, sondern nur eine vorübergehende Erscheinung der Geschichte war, da Menschen, nicht nur Marxisten, die Unerträglichkeit des sozialen Unrechts, wonach es Massen von armen Menschen gibt und eine winzige Minderheit von privilegierten Reichen und mächtigen Superreichen, angesichts ihres Zorns nicht mehr ausgehalten haben.

Der Abschied von Hobsbawm am 11. Oktober 2012 im Londoner Stadtteil Golders Green war von tiefer Traurigkeit erfüllt und klang aus mit der „Internationale“. Sein mit intellektueller Souveränität und nicht nachlassender Neugier jenseits des Elfenbeinturms geführtes Leben für Arbeit, Brot und Bildung, gegen soziale und politische Unterdrückung, gegen Krieg und Völkermord ist zu Ende gegangen. Sein Kampf galt nicht einer lediglich besseren Gesellschaft, sondern einer anderen Gesellschaft. Bleibt die Hoffnung, daß Hobsbawm sich in seiner düsteren Prognose über einen eventuell nicht auszuschließenden großen Weltbrand irren wird.

In: *Forum Wissenschaft*, Nr. 4, Dezember 2012, S. 53-54.

Friedrich-Martin Balzer: Der demokratische Jurist und Antifaschist Heinz Düx

> „Die Mehrheit der deutschen Historiker geht mit der Geschichte nicht anders um als die Mehrheit der Deutschen. Sie verbreitet herrschende Ideen als Ideen der Herrschenden. Nichts hilft: wir müssen uns an die Minderheit halten. Diese Minderheit gibt es. Das wenigstens."
> Walter Boehlich*

Heinz Düx, distanzierter Insider der bundesdeutschen Justiz und radikaldemokratischer Außenseiter der politischen Publizistik, gehört zu den herausragenden demokratischen Juristen und Antifaschisten der Bundesrepublik. Die Gesamtausgabe seiner Schriften erlaubt Antworten auf die Frage: „Was für ein Staat war die BRD?" Sie enthält Beiträge zum Verständnis der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, über Irrwege, Kontinuitäten und Bruchstellen. Sie nimmt Stellung zu den verpassten und verhinderten Gelegenheiten zur Erneuerung von Justiz und Demokratie in Westdeutschland. Mit überzeugender Treffsicherheit wird die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in der vorliegenden Werkausgabe lebendig.

Soweit sich die Gegenstände seines wissenschaftlichen und publizistischen Wirkens auch auf die Rolle der Justiz im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und dem Nazi-Regime beziehen, stellt die vorliegende Sammelschrift auch einen Beitrag zum deutschen Sonderweg dar. Dieser Sonderweg[1] war mit dem 8. Mai 1945 keineswegs beendet. Zwischen den Kontrollratsgesetzen der Mächte der Anti-Hitler-Koalition und der für die Westzonen erlassenen US-amerikanischen, britischen und französischen Gesetzgebung hinsichtlich der Bestrafung der Täter und der Rehabilitierung und Wiedergutmachung der Opfer des Faschismus einerseits und der späteren Praxis der westdeutschen Gesetzgeber, Behörden und Gerichte andererseits sind nach 1945 Unterschiede sichtbar. Die vielbeschworene „Westintegration", wenn mit ihr nicht nur die wirtschaftliche, politische und militärische Eingliederung, sondern auch der Anschluss an die westliche Demokratietraditionen gemeint war, blieb nur Stückwerk.[2] Symptomatisch für das herrschende Geschichtsbewusstsein in Westdeutschland sind z. B. Äußerungen des ersten Ratsvorsitzenden der EKD, Theophil Wurm, der im Rückblick auf die Nazis, die er offenbar tatsächlich für revolutionär und sozialistisch hält, ausführt: „Jedes Volk hat seine Jakobiner."[3] Äußerungen wie die des mit dem Ritterkreuz sich zu schmücken glaubenden Vizekanzlers Erich Mende (FDP), die die „nationale Revolution" von 1933 unter Hinweis auf die Große Französische Revolution zu rechtfertigen suchten, sind keine Seltenheit.

---

* W. Boehlich: Keine Spur von Geschichte. Über den selektiven Umgang der Deutschen mit ihrer Vergangenheit. In: *konkret* 7/1986, S. 44.

1 Siehe A. Abusch: Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte, Mexiko 1945, Berlin/SBZ 1947; R. Kühnl: Deutschland seit der Französischen Revolution. Untersuchungen zum deutschen Sonderweg, Heilbronn 1996.

2 Typisches Beispiel für die Kontinuität „deutschen Rechtsdenkens" ist z. B. der Marburger akademische Lehrer von Heinz Düx, Professor Walter Hamel (1896-1970). Dieser wird von Ingo Müller zu jenem Teil der Professorenschaft gerechnet, die, nur „terminologisch entnazifiziert", oft dieselben Lehren wie während der Nazi-Zeit verbreiteten. Bis 1945 hatte Hamel stets das „Wesen eines politischen Staates" propagiert, „der von liberalen Fesseln befreit ist". 1957 verkündete Hamel weiterhin: „Die Persönlichkeit ist nach deutscher Auffassung nicht das Individuum der französischen Revolutionsideologie. Sie hat nicht die Freiheit, alles tun zu können, was einem anderen nicht schadet, sie steht ... im Dienst der Verantwortung für andere, im Dienst sozialer Werte, Werte der gemeinsamen Existenz, die den Vorrang haben ... und die konkrete Individualität an heteronome Pflichten binden." Zit. nach: I. Müller: Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz, München 1987, S. 239. Siehe auch K. Larenz im Jahre 1935: „*Die Anerkennung des Volksgenossen als Rechtsgenossen in seiner konkreten Gliedstellung beruht auf dem Gemeinschaftsgedanken und nicht auf dem individualistischen Personenbegriff:* dadurch eben unterscheidet sich der deutsche Sozialismus (sic) ebenso grundlegend vom Liberalismus wie vom Kommunismus". In Rechtsperson und subjektives Recht. Zur Wandlung der Rechtsgrundbegriffe, Berlin 1935, S. 29.

3 Zit. nach: H. Müller: Zum Verständnis und Missverständnis des Kirchenkampfes. In: Repraesentatio Mundi, Festschrift zum 70. Geburtstag von Hans Heinz Holz, Köln 1997, S. 445.

Geboren wird Düx am 24. April 1924 als Sohn des Mechanikermeisters Heinrich Düx und seiner Ehefrau Sophie, geb. Beutel, in Marburg. Seine Eltern und Großeltern betreiben ein Fahrzeuggeschäft (Handel und Reparatur) am Pilgrimstein und in der Bahnhofstraße 1.

Seine Jugend verbringt er in Marburg. Nach dem Besuch der Grundschule absolviert er das Abitur 1942 an der Oberrealschule – während der Nazi-Zeit in Adolf-Hitler-Schule und nach dem Zweiten Weltkrieg in Martin-Luther-Schule umbenannt. Wegen Krankheit muss er nicht zum Militärdienst. Auch der Jugenddienstpflicht in der HJ kann er sich weitgehend entziehen. Seine von der öffentlichen Propaganda abweichenden Meinungen äußert er trotz der damit verbundenen Gefahren. Von HJ-Führern wird er wegen seiner schon damals eigenwilligen Frisur als „Tangojüngling“ bezeichnet und schikaniert. Der für eine Klassenzeitung vorgesehene Spottvers auf Düx „In der linken Ecke sitzt der Heinz, das ist der Staatsfeind Nummer eins“ kann durch Intervention eines Lehrers verhindert werden.

Unmittelbar nach dem Abitur 1942 kann Düx das Studium der Rechtswissenschaften an der Philipps-Universität aufnehmen. Dort kommt er in Kontakt mit einer kleinen Gruppe von Regimegegnern, vor allem aus Luxemburg, die er mit von ihm abgehörten Nachrichten der BBC, von Radio Moskau (Nationalkomitee Freies Deutschland) und von Radio Beromünster (Schweiz) versorgt.

Im Sommer 1944 darf er nicht weiter studieren und muss im Bahnbetriebswerk Marburg arbeiten. Als Anfang 1945 der Volkssturm als letztes Aufgebot rekrutiert wird, setzt er sich mit dem Fahrrad zu entfernten Verwandten in den Vogelsbergkreis ab. Nach Einmarsch der amerikanischen Armee am 28. März 1945 kehrt er alsbald nach Marburg zurück und kann sein Jurastudium nach Wiedereröffnung der Universität fortsetzen. Mit Sondergenehmigung der US-Militärregierung vom 7. August 1945 darf er die Universitätsbibliothek benutzen und mit den Vorarbeiten für seine Doktorarbeit beginnen. Nach dem 8. Mai 1945 tritt Düx der KPD in Marburg bei. Zusammen mit dem Romanisten Professor Werner Krauss[4] (KPD) und dem späteren außerplanmäßigen Professor Joachim Grunau gehört er dem Entnazifizierungsausschuss der Universität für die juristische Fakultät an.

Am 21. November 1946 besteht er mit 22 Jahren die erste Staatsprüfung – mit dem Prädikatssexamen „gut“. Im Januar 1948 legt er die mündliche Prüfung im Promotionsverfahren ab. Das Dissertationsthema des 23-jährigen Düx, die Einheit von Rechtswissenschaft und Sozialwissenschaft suchend, lautet: „Die freie Gewerkschaftsbewegung, ihr Wesen und ihr Einfluss auf die Rechtsentwicklung von der Gründung bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges“. Die Erstveröffentlichung in diesem Band erweist sich bis heute als eine Fundgrube von wegweisenden Erkenntnissen, die in der Debatte um das Selbstverständnis der Gewerkschaften Beachtung abnötigt.

---

4 W. Krauss (1900-1976), deutscher Romanist und antifaschistischer Widerstandskämpfer; als Mitglied der „Roten Kapelle“ am 18. Januar 1943 zum Tode verurteilt; am 14. September 1944 wird das Todesurteil zu fünf Jahren Zuchthaus herabgesetzt; 1945 Rückkehr nach Marburg; Mitglied der KPD; 1946 zum Ordinarius in Marburg berufen; ab 1947 Professur in Leipzig; Mitglied des Parteivorstandes der SED; in den Jahren 1984-1997 erscheint seine Werkausgabe. Aus dem Jahre 1966 stammt sein Ausspruch „Der Sozialismus bleibt einzige Lösung, trotz seiner Diskreditierung durch eine Praxis, die manche Ansprüche erfüllt, aber den Anspruch, der der Mensch ist, geflissentlich überhört und verleumdet.“
Der u. a. für mindestens 45 Todesurteile im Zusammenhang mit der „Roten Kapelle“ als Untersuchungsführer und Ankläger mitverantwortliche Manfred Röder (1900-1971), 1931-1933 Mitglied der DNVP, ab 1933 Mitglied des Bundes Nationalsozialistischer Juristen, ab 1939 Oberstkriegsgerichtsrat, kam nach Beendigung seiner Internierung (1945-1948) und Untersuchungshaft (1948-1949) auf freien Fuß. Ein 1950 eröffnetes Verfahren wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ wurde 1951 nach Aufhebung des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 eingestellt. Als „Generalrichter zur Wiederverwendung“ und stellvertretender CDU-Bürgermeister war er zuletzt in der niedersächsischen Gemeinde Neetze/Kreis Lüneburg tätig. Siehe Manfred Röder in Wikipedia Enzyklopädie.

Die 2. juristische Staatsprüfung legt Düx am 24. November 1950 mit dem Prädikatsexamen „gut“ ab. Vom 15. Januar bis 26. März 1951 ist er als Hilfsrichter beim Landgericht Kassel tätig und anschließend bis zum 15. Mai 1951 in das Hessische Justizministerium abgeordnet. Auf eigenen Antrag wird er aus dem Staatsdienst entlassen und wirkt in der Folgezeit als Anwaltsassessor und Rechtsanwalt beim Landgericht Frankfurt/Main. Am 1. Juli 1954 kehrt Düx in den Justizdienst zurück und wird am 1. Dezember 1956 als Landgerichtsrat beim Landgericht Frankfurt/Main übernommen. Ab 1. Oktober 1960 ist er als Untersuchungsrichter in politischen Strafsachen bei diesem Landgericht tätig, insbesondere ist er mit den Auschwitz- und Euthanasieverfahren befasst. Am 1. März 1966 wird er zum Landgerichtsdirektor beim Landgericht Darmstadt ernannt und am 20. Februar 1967 als Oberlandesgerichtsrat an das Oberlandesgericht Frankfurt/Main versetzt. Hier ist er wieder wie schon in Darmstadt und in der Zeit seiner Anwaltstätigkeit mit Entschädigungs- und Rückerstattungssachen befasst. Am 3. Januar 1968 beruft ihn der Hessische Justizminister Johannes Strelitz, zusammen mit Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, der den Vorsitz führen soll, in eine aufgrund eines Beschlusses der Bundesjustizministerkonferenz eingesetzte Kommission zur „Auswertung des in der Sowjetzone lagernden Urkundenmaterials“. Der Tod von Fritz Bauer im gleichen Jahr dürfte dazu beigetragen haben, daß dieses Gremium nie zusammentritt.

Die Zeugnisse seiner Dienstvorgesetzten schwanken in der Beurteilung. Während die einen ihn für ungeeignet halten, befördert zu werden, finden ihn andere für geeignet, die Stelle eines Senatspräsidenten oder eines Richters am BGH zu bekleiden und sind von seinen wirtschaftlichen Kenntnissen sowie seinen Rechtsfindungen beeindruckt. Anlass für dienstliche Distanzierung ist seine Kritik an der Ernennung der Richter durch die Exekutive, die er in zwei Leserbriefen an die *Frankfurter Rundschau* zum Ausdruck bringt. Auch sein generalisierendes Vorurteil gegen das Kleinbürgertum, dessen „untrügliches Erkennungsmerkmal Spießigkeit“ sei, wird noch 1964 als „ein jedenfalls für einen Richter unerlaubtes Denken in Klassen“ bewertet.

In der dienstlichen Beurteilung vom 13. November 1968 werden hingegen vor allem seine „gewissenhafte Arbeitsweise“, seine „erschöpfende und gewandte Begründung der in klarem, leichtverständlichem Stil abgefassten Urteilsentwürfe“ sowie seine „überdurchschnittlichen Kenntnisse auf wirtschaftlichem Gebiet, insbesondere bei der Auswertung von Bilanzen, der Bewertung der Entwicklung von Wirtschaftsunternehmungen und der Beurteilung bank- und börsenrechtlicher Fragen“ hervorgehoben. Als „engagierter Demokrat“ habe Düx gute Beiträge zur Klärung vieler durch das Bundesrückerstattungsgesetz entstandenen Rechtsfragen geleistet. Im Dienstleistungszeugnis anlässlich seiner Bewerbung zum Vorsitzenden eines Senats am Oberlandesgericht vom 1. September 1970 werden seine „ausgezeichneten Kenntnisse der jüngeren deutschen Geschichte und sein vitales Interesse für soziale Fragen“ gelobt. Am 24. Dezember 1970 wird Düx zum Vorsitzenden eines Zivilsenats, der sich überwiegend mit Rückerstattungs- und Entschädigungsfragen befasst, ernannt. 10 Jahre später heißt es, er habe als Untersuchungsrichter im Auschwitz-Prozess „hervorragende Aufklärungsarbeit“ geleistet. Er sei ein „ausgezeichneter Kenner des gesamten Wiedergutmachungs- und Rückerstattungsrechts“. Seine Kenntnisse habe er „uneigennützig“ an seine Senatskollegen weitergegeben. Die Tätigkeit des Senats habe „internationalen Respekt“ erlangt. Neben seiner gewissenhaften und zuverlässigen Amtsführung sei Düx auch schriftstellerisch[5] tätig. Als „sehr engagierter politischer

[5] Sein Drama in drei Akten „Schloß Hartheim. Eine deutsche Begebenheit auf österreichischem Boden“ wird in der vorliegenden Gesamtausgabe erstmals veröffentlicht. Angesichts der Vergeblichkeit der Jurisprudenz greift Düx hier zum Lehrstück, da es nicht nur individuelle und berufliche Erfahrungen widerspiegelt, sondern auch Aussagen zum Zustand der Gesamtgesellschaft macht. Seine kabarettistischen und karikierenden Neigungen und Fähigkeiten kommen dabei voll zum Tragen. Das Stück will die Wahrheit offenlegen und den ideologischen Schein, das „falsche Bewusstsein“ entlarven, das öffentliche Bewusstsein mobilisieren, nachdem der rechtliche Kampf nicht den gewünschten Erfolg zeitigte.

Denker, dem Freiheit ein extrem hohes Gut“ sei, gerate er wegen seiner „demokratischen Radikalität“ gelegentlich in „Missverständnisse“.

Mit „demokratischen Radikalität“ ist wohl gemeint, daß Heinz Düx mit profundem Wissen und reflektierter Einschätzung u. a. als Präsidiumsmitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten und Antifaschistinnen (VVN/BdA) antifaschistische Arbeit aus tiefster Überzeugung leistet. Seine langjährigen Begegnungen mit ehemaligen Widerstandskämpfern und antifaschistischen Persönlichkeiten hinterlassen auf ihn zeitlebens prägenden Einfluss.

Als Richter und Mitglied von SPD, ÖTV und der Vereinigung demokratischer Juristen stellt er einen „Orientierungspunkt in einer Zeit ohne Leitfiguren“[6] für die seit 1968 nachwachsende Generation fortschrittlicher Juristen dar. In einem Geburtstagsartikel zu seinem 65. Geburtstag heißt es, daß er „auf der Klaviatur des positiven Rechts (fast) noch besser zu spielen versteht als auf dem heimischen Piano“. Die „Ausnahmeerscheinung der bundesdeutschen Justizszene“ sei wegen seiner inhaltlichen und persönlichen Durchsetzungsfähigkeit „zu einem der wenigen Motoren bei der juristischen Aufarbeitung des deutschen Faschismus“ geworden. Als Querdenker sei er „Auslöser manch heftiger, aber fruchtbarer Diskussion“ gewesen.[7]

Nicht auf Missverständnisse zurückzuführen sind die politischen Widerstände gegen das amtliche und publizistische Wirken von Heinz Düx. Am 15. Oktober 1975 wird er Gegenstand einer von der CDU beantragten Debatte im Hessischen Landtag. Die CDU warf Düx seine Beteiligung an einem Internationalen Hearing „Berufsverbote in der BRD“ unter Beteiligung von Juristen aus Frankreich, Italien, Holland und Dänemark am 7. Juni 1975 in der Stadthalle Bonn vor und prangerte seine Mitgliedschaft im Präsidium der VVN/BdA und im Vorstand der VdJ in Anlehnung an entsprechende Berichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz[8] an. Wortführer in der Debatte ist der Marburger Abgeordnete Friedrich Bohl, später Minister im Bundeskabinett unter Helmut Kohl. Der Hessische Justizminister Karl Hemfler (SPD) kontert laut Protokoll der Landtagssitzung vom 15. Oktober 1975 die Angriffe der CDU mit der Aussage, daß es sich „beim Kollegen Düx um einen äußerst begabten, vielleicht einen der versiertesten Richter überhaupt in der Justiz handelt“. Düx selbst weist die Angriffe unter Bezugnahme auf die in Art. 5 GG geschützte Meinungsäußerungsfreiheit zurück. Nach der Abfuhr, die die hessische CDU 1975 im Hessischen Landtag durch den Justizminister erfährt, gibt sie sich jedoch nicht geschlagen. 1982 wiederholt sie ihre Attacke und beantragt – vergeblich – die Eröffnung eines Disziplinarverfahrens gegen Düx.

Obwohl zeitweise mit der KPD, der ÖTV, der SPD, der VVN/BdA, der Fédération Internationale des Résistants (FIR) und der Vereinigung demokratischer Juristen (VdJ) assoziiert, bleibt Düx ein Einzelkämpfer, so der zutreffende Titel des Films von Wilhelm Rösing „Der Einzelkämpfer – Richter Heinz Düx“ (2011). Für Düx ist eine Organisationszugehörigkeit keine dauerhafte politische Heimat, sondern eine zeitlich begrenzte Operationsbasis. Bei all seinen gesellschaftlichen Kontakten bleibt er ein kämpferischer Individualist und zitiert gern eine Bemerkung von Hans Litten: „Zwei sind für meine Partei schon Zuviel.“

In einem anlässlich seiner Pensionierung im Jahre 1989 gegebenen Interview mit dem *Frankfurter Landgerichtsboten*, herausgegeben von den Landessprechern der Rechtsreferendare des Landgerichts Frankfurt/Main, zieht Düx eine Bilanz seines beruflichen und individuellen Lebens und bekundet, daß er in der Justiz nie heimisch geworden sei. 2004 erscheinen seine

---

6 So der Titel eines Beitrags von G.-D. Falk anlässlich der Filmvorführung „Der Einzelkämpfer – Richter Heinz Düx“ am 14. Juni 2011 in Marburg.

7 J. Schwammborn, 65 unkonventionelle Jahre. Geburtstagsglückwünsche für Heinz Düx. In: *VDJ-Forum* 2/1989, S. 2.

8 In einem Interview mit N. Schmeltzer vom 9.1.2013 berichtet Heinz Düx davon, daß der Leiter des Verfassungsschutzes (ob Landesamt oder Bundesamt bleibt offen) bei einer gemeinsamen Einladung im Gespräch mit Frau Düx die Bemerkung fallenließ: „Ich weiß alles über Ihren Mann“.

Erinnerungen unter dem Titel „Die Beschützer der willigen Vollstrecker. Persönliche Innenansichten der bundesdeutschen Justiz“[9].

Mit dezidiert verfassungsrechtlicher Argumentation greift er in die Debatten um „Berufsverbote“ – Helmut Ridder nannte sie zu Recht „Demokratieverbote“ – ein und kritisiert das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes in Sachen Anne Lenhart vom 6. Februar 1975, wonach folgende Personengruppen für den öffentlichen Dienst ungeeignet seien: Kranke, Minderbegabte und Mitglieder „extremistischer“ Parteien. Nach Düx weist diese Trinität bestürzende Parallelen zur Nazi-Zeit auf. „Damals gab es auch drei Gruppen, die – ohne daß ein besonderer Zusammenhang zwischen ihnen bestand – besonderer Verfolgung ausgesetzt waren: 1. Juden und Zigeuner, 2. psychisch Kranke oder Abnorme, 3. Sozialdemokraten, Kommunisten und andere politische Gegner. Zwar waren damals die Angehörigen dieser Trinität unmittelbarer Todesgefahr ausgesetzt, aber die heute drohende Vernichtung der beruflichen Existenz ist auch kein unerheblicher Eingriff in das menschliche Leben. Ein Eingriff, der sich unter schockierender Verletzung verfassungsrechtlicher Normen wie Art. 21, 9, 33 u. 4 GG vollzieht. Eine demokratische Verfassung kann nicht nur durch unmittelbare Gewalt wie im Jahre 1933 oder 1973 in Chile beseitigt werden; man kann sie auch Stein für Stein, ohne daß es ein oberflächlicher Betrachter richtig bemerkt, abtragen.“[10]

Weitere Themen sind u. a.: die Verteidigung des grundgesetzlich geschützten Asylrechts und das Plädoyer für das Widerstandsrecht und das Friedensgebot des Grundgesetzes. Lange vor der Friedensbewegung der 80er Jahre weist Düx auf die Friedenspflicht des Grundgesetzes nach Art. 25 und Art. 26 hin und engagiert sich in den 70er und 80er Jahren in der Friedensbewegung. „Auch rechtlich gesehen ist Aufrüstung ein Verbrechen“ lautet das Thema seines Vortrages auf der Bamberger Friedenswoche im Jahre 1982.

Die „deutsche Frage“ beschäftigt ihn bis 1989 intensiv. Die nationalistischen Tendenzen auch der Bonner Republik werden in Frage gestellt.[11] Vergeblich kämpft er gegen den Mythos der Fortexistenz des Deutschen Reiches. Juristisch war für Düx das „Deutsche Reich“ mit dem 8. Mai 1945 tot. Es konnte mithin nicht in Gestalt der 1949 gegründeten Bundesrepublik fortleben. Die behauptete Identität sei auch eine Frage des guten Geschmacks. Düx 1989: „Einer natürlichen Person, die sich mit einem verstorbenen Massenmörder identifiziert, könnte man nur mit Kopfschütteln begegnen. Es ist daher unbegreiflich, daß ein neu gegründeter Staat für sich in Anspruch nimmt, mit einem Staat, dessen hervorstechendstes Merkmal die Begehung von Völkermord war, identisch zu sein.“ Das Beharren auf der „Einheit der Nation“ und die Negation eines DDR-Staatsbürgerrechtes müsse, so Düx, „bei der DDR zwangsläufig zur Annahme von Annexionsabsichten seitens der Bundesrepublik führen“.[12] Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag von 1973 zwischen der BRD und der DDR, wonach die DDR nicht als Ausland zu gelten habe, unterzieht er sogleich einer scharfen verfassungsrechtlichen Kritik. Insofern stellt die vorliegende Gesamtausgabe auch einen Beitrag zur vergleichenden Geschichtsschreibung über die beiden deutschen Staaten dar.

Zum 35. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus und Krieg erklärte Düx: „Der 8. Mai 1945 war nicht nur für die vom Faschismus unterdrückten Völker, sondern auch für die deutschen Demokraten ein Tag der Befreiung. Aber trotz der damaligen totalen Kapitulation

---

9 F.-M. Balzer (Hrsg.): Heinz Düx: Die Beschützer der willigen Vollstrecker. Persönliche Innenansichten der bundesdeutschen Justiz, Bonn 2004.

10 H. Düx am 7. Juni 1975 auf dem Internationalen Hearing „Berufsverbote in der BRD“ in der Stadthalle Bonn.

11 Vgl. J. Hermand: Verlorene Illusionen. Eine Geschichte des deutschen Nationalismus, Köln/Weimar/Berlin 2012.

12 H. Düx: Deutsche Nation In: N. Paech/G. Stuby (Hrsg.): Wider die „herrschende Meinung“. Beiträge für Wolfgang Abendroth. Frankfurt/Main New York 1982, S. 156-168.

der deutschen Faschisten ist deren Geist in unserem Lande noch allgegenwärtig und versucht in einer brutalen und einer subtileren Variante wieder Macht zu erlangen. Die Grund- und Freiheitsrechte sind bedroht und sogar schon von der subtileren Variante des Faschismus real beschnitten. Die Berufsverbote sind insoweit das augenfälligste Beispiel. Die Verschärfung der weltpolitischen Situation wird der faschistische Ungeist für seine Zwecke zu nutzen suchen, denn eine Welt des Unfriedens und der Konfrontation ist der geeignete Nährboden für den Bazillus des menschenverachtenden Faschismus. Deshalb ist gerade jetzt der Widerstand gegen den Faschismus umso notwendiger.“[13]

Von 1969 bis 1985 kommentiert er in 79 Beiträgen der antifaschistischen Wochenzeitung „*die tat*“ die politische Entwicklung der Bundesrepublik in nüchterner, klarer, sachlich begründeter Weise. Als Mitherausgeber und Autor der 1973 ins Leben gerufenen Vierteljahresschrift „*Demokratie und Recht*“ – die Redaktion liegt bis Ende 1984 bei Helmut Ridder – kämpft Düx für eine demokratische und antifaschistische Justiz in der Bundesrepublik. Sein Nachwort zu „Hitlers Blutjustiz“[14] wird von Emil Carlebach[15] als das Beste bezeichnet, was zu diesem Thema geschrieben wurde.

Neben seiner umfangreichen publizistischen Tätigkeit als kritischer Kommentator der bundesdeutschen Geschichte tritt er außerberuflich auf zahlreichen Veranstaltungen unterschiedlicher Provenienz mit Vorträgen an die Öffentlichkeit. Im Jahre 1972 spricht er vor Mitgliedern und Gästen des Zentralen Arbeitsausschusses des „Fränkischen Kreises“ und fragt mahnend „Wiederholen Staat und Justiz den Kurs der 20er Jahre?“. 1975 redet er auf einem internationalen Symposium in Paris zum Thema „Alle Kräfte für die Abrüstung vereinen“. Zum 70. Geburtstag von Wolfgang Abendroth hält er einen vielbeachteten Vortrag, der in der von Peter Römer herausgegebenen Sammelschrift „Der Kampf um das Grundgesetz. Über die politische Bedeutung der Verfassungsinterpretation“ enthalten ist. Ebenso wie Wolfgang Abendroth und Helmut Ridder bedient sich Düx auch der historisch-genetischen Verfassungsinterpretationsmethode, die u. a. durch Rückgriff auf die Beratungen des Parlamentarischen Rates den Willen des Verfassungsgebers belegt. Auf einem Seminar von Jungsozialisten und VVN referiert er 1978 über das unbewältigte Problem der Nazi-Verbrechen unter dem Titel: „Warum die Mörder immer noch unter uns sind“.[16]

---

13 H. Düx: Stellungnahme zum Kongress „35. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus und Krieg“, der am 10. und 11. Mai 1980 im Mannheimer Rosengarten stattfand. In: Pressespiegel über Demonstration, Kundgebung, Kongress. Herausgegeben von der Antifaschistischen Initiative in der Bundesrepublik Deutschland. (1980), Frankfurt/Main (1980), S. 6.

14 In: W. H. Seiter/A. Kahn: Hitlers Blutjustiz. Mit einer Einführung von Norman Paech, Frankfurt/Main 1981, S. 53-55.

15 Emil Carlebach (1914-2001) stammt aus einer alten Rabbinerfamilie; 1931 Eintritt in den Kommunistischen Jugendverband; 1932 Eintritt in die KPD; 1934 wegen Verbreitung illegaler Schriften zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt, anschließend ins KZ Dachau überstellt; ab 1938 im KZ Buchenwald, wo er als Blockältester im jüdischen Häftlingsblock den illegalen Widerstand organisierte, nach 1945 Frankfurter Stadtverordneter und hessischer Landtagsabgeordneter; Mitbegründer der VVN, Gründer und Lizenzträger der „*Frankfurter Rundschau*“; 1947 auf Betreiben der US-amerikanischen Militärregierung dieser Funktion enthoben, nach dem Verbot der KPD Flucht in die DDR, 1969 nach Aufhebung eines gegen ihn gerichteten Haftbefehls Rückkehr in die BRD, wo er in verschiedenen Funktionen für die VVN, die DKP und die Deutsche Journalisten Union (dju) tätig war. Redakteur und später Chefredakteur der antifaschistischen Wochenzeitung „*die tat*“, von der Stadt Frankfurt/Main mit der Johanna-Kirchner-Medaille und der Goethe-Plakette ausgezeichnet.

16 Siehe den Brief von Joseph Wulf vom 2. August 1974 an seinen Sohn David, zwei Monate bevor der Historiker sich in Berlin das Leben nahm: „Ich habe hier 18 Bücher über das Dritte Reich veröffentlicht, und das alles hatte keine Wirkung. Du kannst dich bei den Deutschen tot dokumentieren, es kann in Bonn die demokratischste Regierung sein – und die Massenmörder gehen frei herum, haben ihr Häuschen und züchten Blumen.“ Siehe K. Kempter: Joseph Wulf. Ein Historikerschicksal in Deutschland, Göttingen 2012. Buchbesprechung in *FAZ* vom 16. April 2013, S. 26.

Nach Ingo Müller, Autor der „Furchtbaren Juristen“[17], haben alle drei Staatsgewalten im Nachkriegsdeutschland bei der Strafverschonung der NS-Täter („Strafvereitelungskartell“) perfekt zusammengearbeitet. Bereits das 1949 verabschiedete Grundgesetz enthält – im Gegensatz zur Weimarer Reichsverfassung (WRV), das noch eine Ausnahmeregelung bei Kriegsverbrechen während des Ersten Weltkriegs vorsah – in Art. 16 das uneingeschränkte Verbot der Auslieferung von im Ausland gesuchten deutschen Kriegsverbrechern.

Die wachsende Abscheu von Heinz Düx gegenüber vielen seiner Landsleute intensiviert sich nach dem Kriege durch deren Weigerung, Verantwortung für das zu übernehmen, was mindestens mit ihrer stillschweigenden Duldung geschah. Als Zeitzeuge der Verfolgung von Juden und Sinti in Marburg will er den Opfern Gerechtigkeit widerfahren lassen. Die weitgehende Fortexistenz der personellen und ideologischen Kontinuitäten im Kalten Krieg ist mit seinem Schamgefühl über die Nazi-(Kriegs)verbrechen unvereinbar. Seine Aufmerksamkeit gilt *allen* Opfern der Nazibarbarei: Juden[18], Sinti und Roma[19], Euthanasieopfern, Zwangssterilisierten, Kommunisten[20] wie

---

17 I. Müller: Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz, München 1987. Siehe auch: R. Bossi: Halbgötter in Schwarz. Deutschlands Justiz am Pranger, 1. Auflage Frankfurt/Main 2005.

18 Grundlage der „Rassetheorie“ während der Nazi-Zeit war die Erschaffung einer ideologischen Grundlage und „wissenschaftlichen“ Begründung der Ausgrenzung, Entrechtung, Verfolgung, Vertreibung, des Mordes und Raubes an Juden durch die mit dem Ermächtigungsgesetz installierte Exekutive, Gesetze, Verwaltung und Gerichte. Der führende „Theoretiker“ auf diesem Gebiet war der schon am Ende der Weimarer Republik sich hervortuende und ab 1933 zum führenden „Rassehygieniker“ aufsteigende Otmar Freiherr von Verschuer, der zum Zeitpunkt von Auschwitz, Majdanek, Belzek, Sobibor und Chelmno erklärte: „Wir, die Experten der Eugenik, müssen entscheiden, wie unser Erbe rein zu erhalten ist, und was schlecht ist und ausgerottet werden muss“. (Zit. nach: R. Vrba, einem der wenigen, denen die Flucht aus Auschwitz gelang, in seinem Einführungsvortrag zur Eröffnung der Auschwitzausstellung im Jahre 2004). Als Professor für Biochemie und Pharmakologie führte Vrba u. a. aus: „Fast jeder Deutsche hielt es für natürlich, daß Menschen jüdischen Blutes diffamiert wurden [...], das Blut entschied über das Recht zu atmen“. Die Metamorphose der Biologie in ein Instrument der barbarischen Pseudo-Wissenschaft sei nicht nur von Scharlatanen in Hitlers Nazi-Partei, sondern auch von führenden Professoren an deutschen Universitäten sowie von Juristen, Medizinern, dem Roten Kreuz und von Generalen der Wehrmacht, geistigen Führern des 20. Juli und Bischöfen der katholischen und evangelischen Kirche als gültig angenommen worden. Sie alle seien „vom Gift der Nazi-Pseudowissenschaft“ infiziert gewesen. Labors hätten Bluttests für Aids, Syphilis oder Diabetes entwickelt, „aber keinen Test für jüdisches Blut gefunden.“ Genauso wenig lasse sich „rein arisches, rein deutsches Blut oder katholisches Blut identifizieren.“ (Zit. nach *Frankfurter Rundschau* vom 29.3.2004, S. 25). Der vollständige Text des Vortrags befindet sich im Fritz-Bauer-Institut in Frankfurt/M. unter dem Titel „Das Gesetz und die Wissenschaft in Deutschland (1941-1945)“. Auf juristischem Gebiet schlug der Kieler Professor Karl Larenz (1903-1993), einer der wichtigsten NS-Theoretiker im Zivilrecht im Jahre der Nürnberger Gesetze vor, § 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) „Die Rechtsfähigkeit des Menschen beginnt mit der Geburt“ wie folgt zu ändern: „*Rechtsgenosse ist nur, wer Volksgenosse ist*; Volksgenosse ist, wer deutschen Blutes ist. ... *Wer außerhalb der Volksgemeinschaft steht, steht auch nicht im Recht, ist nicht Rechtsgenosse*“. In: Karl Larenz, Rechtsperson und subjektives Recht. Siehe Fußnote 2, S. 21. Larenz wurde nach einem zeitweiligen Lehrverbot ab 1949 einer der wichtigsten Zivilrechtler in der BRD, Verschuer wurde von 1951-1965 Professor für Humangenetik an der Universität Münster.

19 Siehe K.-M. Bogdal: Europa erfindet die Zigeuner. Eine Geschichte von Faszination und Verachtung, Berlin 2011; G. Lewy: „Rückkehr unerwünscht“. Die Verfolgung der Zigeuner im Dritten Reich, München/Berlin 2001; zu Antiziganismus auf lokaler und regionaler Ebene siehe: U. Engbring-Romang: Marburg. Auschwitz. Zur Verfolgung der Sinti in Marburg und Umgebung, Marburg 1998; ders.: Die Verfolgung der Sinti und Roma in Hessen zwischen 1870 und 1950, Frankfurt/Main 2001.

20 Laut § 6, Abs. 1, Satz 2 des Bundesentschädigungsgesetzes blieben Restitutionsansprüche von Kommunisten im Widerspruch zu den Rechtsgrundsätzen der US-amerikanischen, britischen und französischen Gesetzgebung und zu § 1 des BEG ausgeschlossen, sofern sie nach 1949 an ihren Überzeugungen festhielten. Siehe Heinz Düx, Zum Entschädigungsfall Max Schäfer, Erstveröffentlichung in diesem Band. Die vom Bundesjustizministerium in Auftrag gegebene Kommission zur Untersuchung der „Kontinuität des nationalsozialistischen Deutschlands in das Regierungshandeln des Bundesministeriums der Justiz in der Nachkriegszeit der fünfziger und sechziger Jahre“ wird nach Einschätzung von Ingo Müller wohl kaum den Antikommunismus als Fortwirken nationalsozialistischen Denkens bezeichnen wollen. „Dabei

Angehörigen anderer politischer und religiöser Zusammenschlüsse, Kriegsdienstverweigerern, Zwangsarbeitern[21] und Homosexuellen.

In die Geschichte ist Heinz Düx als unbeirrbarer Verfechter der Rehabilitierung und Wiedergutmachung der Opfer des deutschen Faschismus eingegangen. Mehr als 50 Jahre lang befasst er sich in einem gleichgültigen bzw. feindlichen Umfeld mit diesem Sujet. Die Passage der Präambel des Bundesentschädigungsgesetzes, „daß der aus Überzeugung oder um den Glaubens oder des Gewissens willen gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geleistete Widerstand ein Verdienst um das Wohl des deutschen Volkes und Staates war", hatte „nur Papierwert und diente unverbindlichen Sonntagsrednern als Füllmaterial."[22] „Wiedergutmachung spielte sich in einem Ghetto ab, und die wenigen, die sich damit befassten, waren gesellschaftlich isoliert".[23]

Höhepunkt der wiedergutmachungsfeindlichen Haltung ist der vom bayerischen Justizminister Josef Müller (CSU) angestrengte Prozess gegen den Leiter des bayerischen Entschädigungsamtes, Philipp Auerbach[24]. Dieser hatte es verstanden, auf geniale und unorthodoxe Weise Mittel für Entschädigungszahlungen zu beschaffen. Wegen „Untreue im Sinne einer Unterschlagung von Staatsgeldern" verdächtigt und verurteilt, nimmt Auerbach sich nach seiner Verurteilung 1952 das Leben und wird erst zwei Jahre danach rehabilitiert.

Insgesamt überwiegt die Schlussstrich Mentalität. Selbst der SPD-Bundestagsabgeordnete und Pfarrer Hans Merten erklärte 1952 im Bundestag, daß „die Prozesse gegen NS-Täter nicht dem Willen der Gerechtigkeit gedient haben, sondern daß sie politische Prozesse ... gewesen sind." „Wir müssen Schluss machen ... mit der Rechtspraxis, deren Grundlagen von dem Willen zur Rache und zur Vergeltung diktiert sind", dies sei schließlich „die Herzensangelegenheit des ganzen deutschen Volkes".[25]

Am Ende registriert Düx nur „Stückwerk": Täter werden begünstigt, für Opfer bleiben lediglich „Almosen" bzw. „Brosamen vom Herrentisch"[26] übrig. Seine wiederholten Anhörungen als

---

ist der der gleiche wie im ‚Dritten Reich'. Das Feindbild ‚Jude' mußte man aufgeben. Aber gegen die Kommunisten konnte man weitermachen wie zuvor." Ingo Müller, Tat ohne Täter. In: konkret 6/2012, S. 29. Die Kontinuität des politischen Strafrechts als Gesinnungsjustiz von 1934 bis 1951 war unübersehbar. Das Staatsschutzrecht der BRD war vom Ministerialrat im Bundesjustizministerium Dr. Josef Schafheutle verfasst worden, der bereits 1934 an der Ausarbeitung des politischen NS-Sonderstrafrechts beteiligt war. Das 1. Strafrechtsänderungsgesetz vom 11. Juli 1951 („Blitzgesetz") führte dazu, daß gegen 250.000 Bundesbürger, Mitglieder der 1956 verbotenen KPD und andere Linksoppositionelle des Adenauer-Regimes, ermittelt wurde, was 10.000 Verurteilungen zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen zur Folge hatte. Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer stehen trotz wiederholter Anträge im Bundestag im Gegensatz zu Opfern der DDR-Justiz noch aus. Vgl. M. Görtemaker/Ch. Safferling (Ed.): Die Rosenburg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Vergangenheit – eine Bestandsaufnahme, Göttingen 2013.

21 Siehe: Th. Kuczynski: Brosamen vom Herrentisch. Hintergründe der Entschädigungszahlungen an die im Zweiten Weltkrieg nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeiter, Berlin 2004 (überarbeitete Version seines 1999 erschienenen Gutachtens „Entschädigungsansprüche für Zwangsarbeit im ‚Dritten Reich'"); ders.: Verbrechen der Wirtschaft. Hintergründe der Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeitskräfte. In: *antifa*. *Magazin der VVN-BdA für antifaschistische Politik und Kultur*, 11/12/2011, S. 13.

22 H. Düx: Die Beschützer der willigen Vollstrecker a. a. O., S. 64.

23 Ch. Pross: Wiedergutmachung. Der Kleinkrieg gegen die Opfer. Hrsg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Frankfurt/M. 1988, S. 13.

24 Siehe U. Krechel: Landgericht, Salzburg und Wien 2012, S. 181-194.

25 Zit. nach I. Müller: Das Strafvereitelungskartell. NS-Verbrechen vor deutschen Gerichten. Vortrag am 25. Mai 2010 in der Stiftung Topographie des Terrors. In: *antifa*, *Magazin der VVN/BdA für antifaschistische Politik und Kultur*, 9/10/2010, S. 13.

26 Th. Kuczynski hatte in seinem Gutachten zur Zwangsarbeit – auf der Grundlage der von Hans Frankenthal aufgestellten Forderung („Den ehemaligen Sklavenarbeitern steht zumindest der bis heute nicht ausbezahlte Arbeitslohn zu") – statistisch 90 Milliarden Euro Entschädigung für 14 bis 15 Millionen nach Deutschland verschleppte und zur Arbeit in deutschen Wirtschaftsunternehmungen gezwungene

Sachverständiger vor dem Rechts- und Innenausschuss des Bundestages in Sachen Rehabilitierung und Entschädigung ändern daran wenig.[27] Auch die nach den Anhörungen beschlossene Härteausgleichsleistung stellt, so Düx, im Verhältnis zu den tatsächlichen Schäden der Betroffenen eine Zumutung dar.

Nach Düx erfolgte der Schadensausgleich, gemessen an zivilrechtlichen Ersatzansprüchen, nur in beschränktem Umfang. Ein nicht unerheblicher Teil der Verfolgten wurde von der Gesetzgebung oder von der Rechtsprechung extrem benachteiligt oder ging sogar völlig leer aus. „Diese Benachteiligungen haben eindeutig ihre Ursache darin, daß Denkstrukturen der faschistischen Ära in der Zeit nach 1945 weiterwirkten. Es wäre allerdings unrichtig, insoweit von einer durchgängigen Kontinuität zu sprechen. Wie in allen sonstigen Lebensbereichen ist auch bei einer Betrachtung der Wiedergutmachung wahrnehmbar, daß der vorüberziehende Einfluss leichte bis mittlere Brauntöne aufweist. Ich würde sagen, es handelt sich um eine verdünnte Kontinuität.“[28]

Düx lässt sich jedoch ebenso wenig wie vor ihm Hans Litten (1903-1938)[29], und nach 1945 Hermann Langbein (1912-1995)[30] und Fritz Bauer[31] (1903-1968) durch die ihm entgegengebrachte Ablehnung beeindrucken. Die von Düx verfassten biographischen Porträts seiner verehrten antifaschistischen Vorbilder enthalten Beschreibungen, die auch auf ihn selbst zutreffen. Ebenso wie der Rechtsanwalt Hans Litten[32], der im „Eden-Prozess“ 1930 Hitler couragiert vor den Schranken des Gerichts in die Enge treibt, sprengt Düx die Welt seiner sozialen Herkunft.

Mit Fritz Bauer verbindet ihn die tiefe Abneigung gegen den weitverbreiteten Rechtsnihilismus. Als Verteidiger von Demokratie und Liberalität lässt sich Düx ebenso wenig einschüchtern wie Fritz Bauer und opponiert gegen Täterbegünstigung und Verdrängungsmentalität.

An Hermann Langbein bewundert Düx die Klarheit seiner Sprache und Gedankengänge, Pathos und Schwülstigkeit strikt meidend. Sein Auftreten ist stets nüchtern-sachlich, höflich und

---

Zwangsarbeitskräfte errechnet. Davon wurden im Zeitraum von Juni 2001 bis Juni 2007 insgesamt 4,4 Milliarden Euro an 1,7 Millionen ehemalige Zwangsarbeiter aus mehr als 100 Ländern gemäß dem Stiftungsgesetz „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ ausgezahlt. „Die Stiftungsinitiative zahlte jämmerlich wenig, zögerte die Zahlungen so weit als irgend möglich hinaus, wollte für die Verzögerung sogar noch einige hundert Millionen DM Zinsen einstreichen, ließ sich ihre Einzahlungen zur Hälfte von der Steuer rückerstatten, versuchte die ehemaligen Zwangsarbeitskräfte aus Polen um Teile der Entschädigungszahlungen zu betrügen durch den massenhaften, daher kurssenkenden Umtausch von DM in Złoty usw. usf.“ Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (siehe Wikipedia), am 2. August 2000 von der Bundesregierung und der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft mit über 6.000 beteiligten Unternehmen je zur Hälfte mit 10 Milliarden DM ausgestattet, zahlte angesichts drohender Sammelklagen aus den USA, um „Rechtssicherheit“ nicht etwa für die Entschädigung beanspruchender Opfer, sondern für die deutsche Wirtschaft und ihre Konzerne zu schaffen. Siehe Thomas Kuczynski, Verbrechen der Wirtschaft, a. a. O.

27 Siehe H. Düx: Wiedergutmachung. Der Kleinkrieg gegen die Opfer. Besprechung des gleichnamigen Buches von Christian Pross. In: *Betrifft Justiz*, Nr. 20 vom Dezember 1989, S. 181-182.

28 H. Düx: Zur Wiedergutmachung nach dem 8. Mai 1945. Referat am 13.4.1985 auf der Veranstaltung „Bruch, Kontinuität oder brüchige Kontinuität“ in Berlin-Spandau. In: *VDJ-Forum*, 2/1985, S. 2-6.

29 H. Düx: Hans Litten (1903-1938). Anwalt gegen Naziterror. In: Streitbare Juristen. Herausgeber: *Kritische Justiz*, Baden-Baden 1988, S. 193-203.

30 H. Düx: In Memoriam Hermann Langbein. In: Das 51. Jahr ... zum Gedenken an Hermann Langbein. Herausgeber: Fritz Bauer Institut, Frankfurt/Main 1996, 2. Auflage, S. 11-16.

31 H. Düx: Singuläre Erscheinung von historischem Rang: Fritz Bauer. In: Auschwitz – ein Prozess. Herausgegeben von Ulrich Schneider, Köln 1994, S. 74-81.

32 N. Paech: Anwalt des Proletariats. Der Jurist Hans Litten kämpfte gegen die Weimarer Justiz und den aufkommenden Faschismus. Vor 75 Jahren entzog er sich der weiteren Folter durch Nazischergen, indem er den Freitod wählte In: *junge Welt* vom 5. Februar 2013, S. 10-11.

distanzwahrend. Seine Ermittlungen sind ernsthaft um Objektivität bemüht und meiden jede Übertreibung.

Im Gespräch engagiert er sich mit Festigkeit für das, was nach seiner Überzeugung zutreffend ist, ohne sich jedoch stichhaltigen Gegenargumenten zu verschließen. Er ist kein Mann eifernder Konfrontation, kein Fanatiker, der Argumenten nicht zugänglich ist. Das achtungsvolle Miteinanderumgehen ist ihm ein echtes Anliegen. Sein Auftreten lässt sich am treffendsten mit dem Ausspruch von Claudio Aquaviva „Fortiter in re, suaviter in modo" („Stark in der Sache, milde in der Art") umschreiben.[33]

Nachdem die führende schwedische Tageszeitung *Dagens Nyheter* 1977 das Ausbleiben liberaler Rechtskultur in der BRD unter der Überschrift „Westdeutschlands verlorene Ehre" beklagt, dauert es lange, sehr lange, bis das höchstrichterliche Urteil des Bundesgerichtshof vom 16. November 1995 z. B. das Versagen der deutschen Strafjustiz eingesteht.[34] Dieser späten Einsicht lag jedoch nach Düx nur die Erkenntnis zugrunde, daß man nach der Verschonung der Nazi-Richter dann auch keinen DDR-Richter wegen Rechtsbeugung zur Verantwortung hätte ziehen können. Für die Nazi-Richter war die späte Erkenntnis des BGH ohne Folgen, weil in den 90er Jahren bereits alle in Betracht kommenden Täter verstorben waren. Fazit von Düx: „Der deutsche Umgang mit den NS-Tätern und deren Opfern ist geprägt von irreparablen Mängeln, die der deutschen Geschichte als permanenter Makel anhaftet."[35] Kurz: „Die Juristen haben ihre eigene Berufsgruppe geschont."[36] Immerhin hatten Richter im Nazi-Staat mit allein mehr als 50.000 Todesurteilen das Recht pervertiert. Kein einziger Richter an Sondergerichten und am Volksgerichtshof war skandalöser Weise trotz einiger eingeleiteter Verfahren wegen Rechtsbeugung bestraft worden. Ihre Rechtsbeugungen bleiben strafrechtlich ungeahndet.[37]

Gegenüber der sich als „Rechtsstaat" gerierenden BRD, die mit Verachtung auf den „Unrechtsstaat" der DDR herabblickt[38], ist daran zu erinnern, was Ingo Müller 2006 so festhielt: „In der Bundesrepublik und Westberlin wurden Vorermittlungsverfahren gegen 106.496 Personen eingeleitet, von denen allerdings nur 4.482 verurteilt wurden. Auf dem Gebiet der DDR gab es 12.879 Verurteilungen. Das sind doppelt so viele und bezogen auf die Bevölkerungszahl sogar sechsmal mehr. Freisprüche waren in der DDR-Rechtsprechung gegen NS-Täter seltener (BRD 49 % der Anklagen, DDR 17 %), die Strafen waren höher, der Prozentsatz der Schreibtischtäter unter den Verurteilten sehr viel höher."[39].

---

33 Ein eindrückliches Porträt seines Lebens zeichnet seine Tochter Sylvia Düx unter der Überschrift „Ein guter Bekannter". In: Mein Vater. Frauen erzählen vom ersten Mann ihres Lebens. Reinbek bei Hamburg 1979, S. 33-39.

34 „Ein Richter, der in blindem Gehorsam gegenüber staatlichen Machthabern meint, sich auch dann im Einklang mit Recht und Gesetz zu befinden, wenn er über die Grenzen des gesetzlich Zulässigen hinaus den Willen der Staatsführung vollzieht und dabei [...] Menschenrechte verletzt, unterliegt keinem den Vorsatz berührenden Irrtum". Zit. nach G.-D. Falk: Die Karrieren des Kriegsrichters und späteren Marburger Amtsgerichtsdirektors Massengeil. In: Mit reinem Gewissen. Wehrmachtsrichter in der Bundesrepublik und ihre Opfer, Berlin 2011, S. 240.

35 H. Düx: Der Auschwitz-Prozess. Ein unerwünschtes Strafverfahren in den Zeiten der Verbrechensleugnung und des Kalten Krieges. Bei diesem Aufsatz handelt es sich um den gekürzten, durchgesehenen und mit Fußnoten versehenen Text des Vortrages im Rahmen des Forschungskolloquiums „Täter- und Opferbiographien im NS-Regime" des Fritz Bauer Institutes am 21. Oktober 2002. In: Im Labyrinth der Schuld. Täter – Opfer – Ankläger. Herausgeber: Fritz Bauer Institut, Frankfurt 2003, S. 267-283, hier S. 283.

36 H. Düx: in: Informationen. Wissenschaftliche Zeitschrift des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933-1945, 33. Jg., Nr. 67, Mai 2008, S. 24-27.

37 Siehe H. Kramer: Als hätten sie nie das Recht gebeugt. In: *Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik/Kultur/Wirtschaft*, 23/2002, S. 808-811.

38 Siehe I. Erdem: „Unrechtsstaat" – (k)eine Frage des Rechts? In: *Forum Recht*, 3/2012, S. 152-153; Erich Buchholz: Das DDR-Justizsystem – das beste je in Deutschland? Berlin 2012.

39 Zit. nach I. Müller: Die Verfolgung der Nazi-Verbrechen in Ost und West. Vortrag, gehalten während des

Trotz aller verdienstvollen Anstrengungen der Aufarbeitung[40], es bleibt dabei: (West)deutschland war ein Staat und eine Gesellschaft, in der

– im Jahre 1949 von 924 Richtern und Staatsanwälten 751 (81%) in Bayern ehemalige Parteigänger der NSDAP waren,

– der offizielle Kommentator der Nürnberger Rassegesetze Hans Globke zur grauen Eminenz unter Konrad Adenauer aufstieg,

– das 131er-Gesetz vom 11. Mai 1951 in Ausführung des Art. 131 GG, das allen Nazis – mit Ausnahme derjenigen, die im Entnazifizierungsverfahren zu Hauptschuldigen (Gruppe I) und Schuldigen (Gruppe II) eingestuft worden waren – einen *Rechtsanspruch* auf Wiedereinstellung gewährte. Dieses führte zu einer regelrechten Renazifizierung der BRD in den 50er Jahren und eröffnete auch Angehörigen des Sicherheitsdienstes (SD) und der Gestapo die Wiederverwendung im öffentlichen Dienst,

– Straftaten mit einer Höchststrafe von bis zu 15 Jahren am 8. Mai 1960 verjährten,

– noch 1962 77% der Richter am Bundesgerichtshof ihre Sporen im Nazi-Regime erworben hatten,

– der Vorsitzende des Standgerichts in KZ Lager Auschwitz, Johannes Thümmler, der an acht Verhandlungstagen 658 Todesurteile fabrizierte, straffrei ausging und ehrenwerter Förderer der Evangelischen Akademie in Tutzing wurde,

– der Spezialist für die „Blutschutzgesetze“ und Teilnehmer der Wannseekonferenzen Franz Maßfeller als Ministerialrat im Bundesjustizministerium hochbezahltes Unterkommen fand,

– der an Todesurteilen beteiligte, als eifriger Verteidiger in den Nürnberger Prozessen hervorgetretene und als Leiter der Zentralen Rechtsschutzstelle des Auswärtigen Amtes tätige Hans Gawlik dafür sorgen konnte, daß Kriegsverbrechern durch das „Warnsystem West“ zur Flucht ins Ausland verholfen wurde,

– Eduard Dreher, Erster Staatsanwalt am Sondergericht Innsbruck, nach 1945 als Ministerialdirektor im Bundesjustizministerium die Federführung bei der Einführung eines neuen § 50 Abs. 2 StGB inne hatte, der mit einer Generalamnestie, einer „Amnestie durch die Hintertür“ (Ingo Müller), dazu führte, daß Mordplaner nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden konnten,

– der persönliche Referent des berüchtigten NS-Reichsjustizministers Otto Thierack, Heinrich Ebersberg, zusammen mit vielen anderen Nazi-Belasteten in den 50er Jahren Ministerialrat des Bundesjustizministeriums werden konnte,

– gegen die Schreibtischtäter des Reichssicherheitshauptamtes, der Mord-Zentrale des Nazi-Regimes, u. a. gegen den Amtschef Prof. Hans Six, kein bundesdeutsches Hauptverfahren eröffnet wurde,

– der in Frankreich als „Henker von Lyon“ gesuchte Klaus Barbie dank der Zentralen Rechtsschutzstelle des Auswärtigen Amtes nach Bolivien entkommen konnte und dabei auch zeitweise Informant des BND wurde,

---

45. Bundesweiten Gedenkstättenseminars, Halle, Mai 2006.

40 Exemplarisch sei hier genannt: E. Conze/N. Frei/P. Hayes/M. Zuckermann: Das Amt und die Vergangenheit: deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, 4. Auflage, München 2010. Vgl. Wolfgang Ruge: Der Weg der deutschen Diplomatie durch Nachkriegsrepublik und Vorkriegsdiktatur. Erstveröffentlichung 1990. In: F.-M. Balzer (Hrsg.): Wolfgang Ruge, Beharren, kapitulieren oder umdenken. Gesammelte Schriften 1989-1999, Berlin 2007, S. 177-223.

– der nach seiner mit Hilfe der Caritas erfolgten Flucht nach Argentinien dank ärztlicher Gutachten in der BRD 1972 für dauernd verhandlungsunfähig erklärte Organisator der Kindereuthanasie, Hans Hefelmann, straffrei blieb,

– der sogenannte Euthanasiearzt, Dr. Kurt Borm, dem die Tötung von 4.696 Personen zur Last gelegt wurde, vom Schwurgericht Frankfurt und am 20.3.1974 vom Bundesgerichtshof mit der Begründung freigesprochen wurde, daß es sich bei den Tötungen um einen „Akt der Barmherzigkeit" gehandelt habe,

– der Regelsatz der Entschädigung für Häftlinge in Konzentrationslagern und Zuchthäusern nach § 45 Bundesentschädigungsgesetz 150,- DM pro Monat betrug, gleichgültig, ob sie während der Haftzeit Zwangsarbeit leisten mussten oder nicht,

– Landtags- und Bundestagsabgeordnete, Minister[41], Ministerpräsidenten und Bundeskanzler, die im Naziregime eine unrühmliche Rolle gespielt hatten, sich mehr oder weniger unbehelligt am politischen Geschehen der BRD beteiligten,

– durch ihre Nazi-Vergangenheit belastete Spitzen und Mitarbeiter von BND und des Bundesamtes für Verfassungsschutz sowie Angehörige der Nazi-Generalität fast unbehelligt ans Werk gingen,

– der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz von 1972 bis 1975, Günther Nollau – sein Vorgänger Hubert Schrübbers mußte wegen seiner Nazi-Vergangenheit zurücktreten – in seinem Inaugural-Interview mit dem *Spiegel* 1972 erklärte, bei Abwägung der gegen Rechts- und Linksradikalismus zu ergreifenden Maßnahmen könne man „gegen Scharlach und Syphilis" nicht dasselbe Mittel anwenden. Im Übrigen, so das frühere Mitglied der NSDAP: „Anarchisten kann man riechen",

– in den letzten 50 Jahren gemäß Art. 139 GG[42] kein Verbot der durch das ohnehin anfechtbare Parteiengesetz finanziell maßgeblich begünstigten NPD[43] vollzogen wurde.

---

41 Die Mehrheit des Bundeskabinetts der Großen Koalition (1966-1969) unter Kurt Georg Kiesinger war – parteiübergreifend – einst Mitglied der NSDAP bzw. ihrer Unter- und Nebenorganisationen gewesen.

42 Laut Art. 139 GG werden die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt. „Die Ächtung des Faschismus wurde zu einer bindenden Norm des Verfassungsrechts in der Bundesrepublik; alle sonstigen Grundrechte, wie sie die Verfassung gewährleistet, haben, soweit es die Befreiung vom Faschismus angeht, hinter diese Grundposition des Verfassungsrechts zurückzutreten. Es überrascht nicht, daß diese Grundthese unserer Verfassung bei der mannigfachen Verstrickung einer großen Anzahl von Personen in die NS-Gewaltherrschaft zu relativieren versucht wurde. [...] Allen Befürwortern dieser klare Rechtspositionen verschleiernden Strategie sei nur empfohlen, die stenographischen Protokolle des Parlamentarischen Rats aus den Jahren 1948/49 eingehend zu studieren. Dort wird schnell deutlich, daß Artikel 139 GG den Sinn hat, Nationalsozialismus und Faschismus aus unserem staatlichen Leben für die Dauer und nicht nur vorübergehend zu verbannen." (Heinz Düx: Antifaschismus – grundgesetzimmanent. In: *Informationen*. Studienkreis zur Erforschung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933-1945, 1/1979, S. 5-6).

43 Wie isoliert die Bonner Republik in den Vereinten Nationen war, macht die ohne Gegenstimmen angenommene Resolution 200 der 35. Vollversammlung vom 15.12.1980 deutlich. Darin erinnert die Vollversammlung daran, „daß die Vereinten Nationen aus dem Kampf gegen Nazismus, Faschismus, Aggression und ausländische Besatzung hervorgingen" und „daß Nazismus und Faschismus in all ihren Erscheinungsformen den Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährden". Sie fordert deshalb „alle Staaten dringend auf ... der Ergreifung der notwendigen Maßnahmen gegen Aktivitäten von Gruppen und Organisationen, die Nazismus, Faschismus, Neofaschismus und andere auf rassischer Intoleranz, Rassenhass und rassistischem Terror basierende Ideologien praktizieren, in Übereinstimmung mit dem nationalen Verfassungssystem gebührende Aufmerksamkeit zu schenken". Zit. nach H. Düx: Antifaschismus. Ein internationaler und nationaler Rechtsbegriff. Straf- und verfassungsrechtliche Möglichkeiten nutzen. In: *die tat*, Nr. 10 vom 6.3.1981, S. 14. Zu den 18 Staaten, die sich der Stimme enthielten, gehörte die BRD, nicht die DDR.

Die hier ausgewählten Tatbestände und Personen kommen im Gesamtwerk von Heinz Düx zumeist und weitergehend zur Sprache und lassen sich mit dem verdienstvollen Personenlexikon von Ernst Klee[44] beliebig fortsetzen. Die Zwischenbilanz lautet: die Täter wurden auf Kosten der Opfer integriert und Kontinuitäten in den oberen und mittleren Etagen von Wirtschaft, Verwaltung, Justiz, in Körperschaften des öffentlichen Rechts wie den Kirchen, in Wissenschaft und Universität, in Politik und Militär bestanden fort. „Wiedergutmachung", besser: Restitution, denaturierte zivilrechtlich zum „Kleinkrieg gegen die Opfer" und bleibt bis zum heutigen Tage eine armselige Angelegenheit.

Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß die Summe der gezahlten Gehälter und Pensionen an die mit der Beteiligung an den Verbrechen aus der Nazi-Zeit Belasteten in der BRD die Summe der gezahlten Entschädigungen an Millionen Opfer des Nazi-Regimes – von der eigentumsrechtlichen Rückerstattung abgesehen – bei weitem übersteigt.

Zu behaupten, die „einzementierten Trümmer des Naziregimes", so eine Formulierung des österreichischen Schriftstellers Robert Neumann[45], der nach der Rückkehr aus dem britischen Exil im Schweizer Tessin lebte, hätten der Demokratie nicht geschadet, ist angesichts des KPD-Verbots, der „Berufsverbote", restaurativer höchstrichterlicher Urteile und manch rechts- und verfassungswidriger Aktionen ein Trugschluss.

Lediglich von Spannungen und Konflikten in Westdeutschland nach 1945 zu sprechen, käme einer Verharmlosung der erbitterten Auseinandersetzungen gleich, die nach dem 8. Mai 1945 und dem Untergang des Deutschen Reiches im Rahmen der vom Potsdamer Abkommen festgelegten Bestimmungen und Grenzen des deutschen Territoriums, insbesondere unter den Bedingungen des Kalten Krieges gesellschaftlich, innerstaatlich und zwischenstaatlich auf beiden Seiten geführt wurden.

Solange Art. 1 *und* 20 des Grundgesetzes nicht verwirklicht sind, die Art. 25, 26 und 139 des Grundgesetzes sträflich missachtet, die Verpflichtungen aus dem Potsdamer Abkommen in den Wind geschlagen werden[46] sowie der erste Satz des Ahlener Programms der CDU vom Februar 1947 („Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden") ein kabarettistisches Schattendasein führt, kann von einem „Ankommen" im Sinne der Anfreundung mit bestehenden Verhältnissen für DDR-Bürger, die ihr antifaschistisches Bewusstsein bewahrt haben, und für westdeutsche Linke keine Rede sein.

Es ist jedoch müßig, vergangene Geschehnisse und Versäumnisse lediglich zu beklagen. Es kommt darauf an, Ursachen und damit auch ihre Folgen, die noch lange nicht erschöpft sind, zu ergründen. Heinz Düx hat an der Einheit von Rechtswissenschaft und Sozialwissenschaften festgehalten und Ursachen für diese Fehlentwicklung benannt. Für ihn ist z. B. die unangemessene Bestrafung von Nazi-Tätern und die kümmerliche Entschädigung ihrer Opfer primär ein soziologisches und kein juristisches Problem. Der Widerspruch zwischen Anspruch und Realität in

---

44 E. Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Edition Kramer, Koblenz 2011.

45 Siehe F.-M. Balzer: Persönliches und Politisches: Erinnerungen an Robert Neumann. In: ders. „Prüfet alles, das Gute behaltet", Bonn 2010, S. 160-183.

46 Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, an dem sich die Geister in BRD und DDR schieden, ist als Viermächtemaßnahme bzw. als völkerrechtliche Abmachung für Deutschland verbindliches Recht geworden. „Dieser Konsequenz der Verbindlichkeit für Deutschland sind von Anfang an diejenigen entgegengetreten, denen die Zielsetzungen dieses Abkommens wie Abrüstung und Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Bestrafung der Kriegsverbrecher, Demokratisierung von Erziehungswesen, Verwaltung und Justiz, Dezentralisierung und Entflechtung wirtschaftlicher Machtkonzentration, Reparationen und Grenzziehung im Osten missfielen." H. Düx: Potsdam und seine Konsequenz. In: *die tat*, Nr. 31 vom 1. August 1970, S. 16.

Demokratie und Justiz werde sich immer mehr steigern. Für Düx bleibt jedoch der Trost: „Gerade, wenn die Widersprüche am krassesten sind, treten widerspruchsbeseitigende Ereignisse ein.“[47]

Im Vorfeld des 50. Jahrestages des Frankfurter Auschwitz-Prozesses[48], der als ein gewisser Lichtblick in der Düsternis der Rechtsprechung über die Verbrechen des Faschismus erscheint und ohne die Mitwirkung des inzwischen im 90. Lebensjahr stehenden Untersuchungsrichters Heinz Düx kaum denkbar gewesen wäre, liegt es nahe, sich seines Lebens und Wirkens zu erinnern.

Düx stellt zusammen mit dem hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer (1903-1968) eine singuläre und irreguläre Erscheinung von historischem Rang dar, die aufgrund ihres berufsbezogenen Engagements in Praxis und Theorie einen relevanten Platz in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte nach 1945 einnimmt. Mit Gotthold Ephraim Lessing muss jedoch gesagt werden: Düx will weniger erhoben und dafür fleißiger gelesen sein.

Marburg, den 24. April 2013

In: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Heinz Düx. Justiz und Demokratie. Anspruch und Realität in Westdeutschland nach 1945. Gesammelte Schriften (1948-2013), Bonn 2013, S. 13-28.

---

47 H. Düx: Die Justiz der BRD und die Kriegsverbrecher. Ein Richter nimmt Stellung zu den Freisprüchen für Massenmörder. In: *die tat*, Nr. 38 vom 18. September 1971, S. 3.

48 F.-M. Balzer/W. Renz (Hrsg.): Das Urteil im Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963-1965), Bonn 2004. F.-M. Balzer (Hrsg.): Der Frankfurter Auschwitz-Prozess, CD-ROM 2004.

Friedrich-Martin Balzer: Was hat der deutsche Mehrheitsprotestantismus mit Auschwitz zu tun?

Dem Frankfurter Auschwitz-Prozess kommt das unbestreitbare historische Verdienst zu, die Konspiration des Schweigens über die geschichtliche Wirklichkeit Auschwitz, die gleichsam zur Metapher, zum Synonym für die einmaligen Verbrechen des deutschen Faschismus wurde, im Nachkriegsdeutschland durchbrochen zu haben.

Wenn ich im Folgenden über meinen persönlichen Zugang zum Thema spreche, so nicht, weil ich ein Freund historischer Betrachtungen in der Ich-Form bin, in der zumeist das „Ich" zu groß und das „historisch" zu klein geschrieben wird. Heute populäre Dokumentationen historischer Ereignisse haben die Eigenschaft, sich auf eigentümliche Weise „politikfrei" und ohne jede historische Perspektive mit kernpolitischen Ereignissen zu beschäftigen und so Geschichte umzuschreiben, ohne daß es dem weniger bewanderten „Konsumenten" auffällt. Das führt zu der ebenso eigenartigen Situation, daß Geschichte zwar einerseits omnipräsent ist, andererseits aber oberflächlich, „unpolitisch" und damit völlig sinnentleert zu einem Fundus wird, aus dem sich jeder nach seinem Gutdünken meint bedienen zu können. Goldhagen tat dies, um den Faschismus als deutsch-genetisches Phänomen zu entpolitisieren, die rot-grüne Regierung tat dies, um sich als „geläuterte Friedensmacht" („Nie wieder Auschwitz") als moralische Begründung verfassungswidriger Interventionspolitik „out of area", sei es auf dem Balkan oder am Hindukusch, zu profilieren.

Ich will dagegen im Folgenden versuchen, meine politische Sicht der Dinge, über das Persönliche hinausgehend, zu begründen.

Ich gehörte 1964 zu den Besuchern des Auschwitz-Prozesses. Wie kam ein damals 23-jähriger dazu, daran teilzunehmen? Was bewegte mich 2004, das Urteil des Auschwitz-Prozesses zu veröffentlichen?

In meinem Elternhaus, einem Pfarrhaus, kam es vor, daß aus dem Konzentrationslager entlassene Häftlinge sich bei meinem Vater einfanden und ihn baten, sich nackt vor ihm ausziehen zu dürfen. Sie hatten bei ihrer Entlassung ein Revers unterschreiben müssen, mit niemandem über ihre Qualen zu reden. Nun aber wollten sie mit einer Person, die der Schweigepflicht unterlag und ihr Vertrauen genoss, den Anblick der Spuren ihrer Folterungen teilen.

Das Vertrauen kam nicht von ungefähr. Mein Vater war kein Nazi gewesen. Mit dem antisemitisch eingefärbten deutschen Pastorennationalismus – von dem auch der Vorsitzende des Pfarrernotbundes Martin Niemöller nicht frei war – hatte er nichts gemein. Mein Vater hieß mit Vornamen Samuel. Diese bloße Tatsache eines biblischen Vornamens hatte u. a. dazu geführt, daß die sich „Deutsche Christen" nennenden Nazis ihn öffentlich als „Juden" beschimpften und ihn mit Morddrohungen belegten.[1]

Auf einer von fünf Pfarrern der sich formierenden Bekennenden Kirche einberufenen Massenversammlung von fast 5.000 Gemeindegliedern hatte er am 11. April 1934 in Iserlohn erklärt, „daß Gott nicht zu finden ist in uns, nicht in unserer Rasse und unserem Blut, sondern in dem Wort der Heiligen Schrift des Alten und Neuen Testaments". Konnte es bei solchen öffentlichen Erklärungen ausbleiben, daß jedes Wort, das mein Vater in der Öffentlichkeit sprach, von der Gestapo registriert wurde und wiederholt zu Festnahmen und Verhören führte?

Nach der sogenannten „Reichskristallnacht" am 9. November 1938 hatte er am nachfolgenden Buß- und Bettag von der Kanzel das Pogrom an den deutschen Staatsbürgern jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft in theologischer Verkleidung scharf missbilligt. Unter Berufung

---

[1] Kurz nach seinem Dienstantritt 1934 im westfälischen Iserlohn konnte man in einem Schaufenster ein Schild mit der Aufschrift lesen: „Samuel raus! Wir brauchen keine jüdischen Pfarrer! Dieser Pfarrer ist ein Jude! Man sollte ihn im Seilersee ertränken, da, wo er am tiefsten ist."

auf den alttestamentlichen Propheten Daniel hatte er bekannt: „Wir haben gesündigt, Unrecht getan, sind gottlos gewesen und abtrünnig geworden; wir sind von Deinen Geboten und Rechten gewichen; wir gehorchten nicht Deinen Knechten, den Propheten, die in Deinem Namen unseren Königen, Fürsten, Vätern und allem Volk im Lande predigten. Ja, Herr, wir, unsre Könige, unsre Fürsten und unsere Väter müssen uns schämen, daß wir uns an Dir versündigt haben."

Nach der Befreiung am 8. Mai 1945 gab es ein kurzes Zwischenspiel, in dem zunächst alle Siegermächte bestrebt waren, die Verbrechen des deutschen Faschismus aufzudecken und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Teile des deutschen Volkes begannen, Lehren aus den Entstehungsbedingungen des Faschismus zu ziehen.

Letzter Reflex dieses Neuanfangs war das „Ahlener Programm" der CDU vom Februar 1947, das mit dem Satz eröffnet wurde, der heute seinen Benutzer in die Nähe der „Verfassungsfeindlichkeit" rückt: „Der Kapitalismus ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden."[2] Gegenüber der gescheiterten Novemberrevolution nach dem Ersten Weltkrieg stellte dieser Neuanfang allerdings nur einen Hauch von Revolution dar und wurde nach der Wende der US-amerikanischen Politik in der Restaurationsgesellschaft erstickt.

Schon bald erlahmte bei den westlichen Siegermächten das Bestreben nach Wahrheitssuche. Es wurde verdrängt durch ihr Interesse, die westlichen Besatzungszonen und die von den Westmächten angeordnete Bundesrepublik in die Koalition gegen den „Feind im Osten" zu integrieren. Unter der Masse der Deutschen setzte die „organisierte Unbußfertigkeit" (Hans-Joachim Iwand), die „Konspiration des Schweigens" (Robert Neumann) wieder ein. Wer an die Verbrechen des Faschismus erinnerte, galt in der Verdrängungsgesellschaft des Adenauer-Staates als „Nestbeschmutzer".

In der Schule war ich konfrontiert mit Lehrern, die nach Artikel 131 des Grundgesetzes „zur Wiederverwendung" wieder ins Amt eingesetzt worden waren. Mein Deutschlehrer, später wegen seines Einsatzes für die Landsmannschaft Pommern mit dem Bundesverdienstkreuz dekoriert, brüllte mich an, weil ich die Männer und Frauen des 20. Juli 1944 als vorbildlich hingestellt hatte – „Das waren doch Verräter!"

Wie sollte, wie konnte in einem solchen Klima die Erinnerung wachgehalten und in Zusammenhänge gebracht, wie Wissen über die Verbrechen des deutschen Faschismus vermittelt und verarbeitet werden? Dazu bedurfte es schon der Anstöße aus dem Elternhaus und aus der Gesellschaft jenseits schulisch verordneter und praktizierter „Politischer Bildung". Dazu gehörte die im Jahre 1960 gesendete mehrteilige Rundfunksendung von Robert Neumann, dem Vizepräsidenten des Internationalen PEN-Clubs, mit dem Titel „Ausflüchte unseres Gewissens. Dokumente zu Hitlers ‚Endlösung der Judenfrage' mit Kommentar und Bilanz der politischen Situation"[3]. Sie hinterließ einen bleibend tiefen Eindruck.

---

[2] Zit. nach: *Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949*. Frankfurt/M. 1972, S. 424. Mein Vater (1907-1969) setzte sich 1945 übrigens für die Gründung der CDU in Iserlohn ein (siehe: H. J. Burgard: *Iserlohn unter dem Union Jack. 1945-1948. Politik-Wirtschaft-Alltag*. Iserlohn 1989, S. 78), von der er sich aber spätestens in den 50er Jahren wieder lossagte. Er sympathisierte mit dem CDU-Innenminister Gustav Heinemann, der aus Protest gegen die Adenauer'sche Wiederaufrüstungspolitik aus dem Kabinett ausschied. Meine Eltern lasen u. a. die von Walter Dirks und Eugen Kogon herausgegebenen „Frankfurter Hefte". In seiner Denkschrift vom 27. Juli 1945 spricht mein Vater davon, daß keiner der Pfarrer und keiner der Leitungsmitglieder der Gemeinde Mitglied der NSDAP gewesen sei. Er spricht allerdings auch von den „Narben, die aus dem Widerstand gegen die nationalsozialistische Kirchenverfolgung" entstanden seien. Er selbst wurde 1947 von seiner Kirche zwangspensioniert.

[3] 1960 erschienen in Hannover.

Der jüdische Antifaschist Robert Neumann hatte – im Gegensatz zum größten Teil der westdeutschen Publizistik – darauf aufmerksam gemacht, daß die Brutalität des Dritten Reiches nicht nur den Juden galt. Die deutsche Arbeiterbewegung, deutsche Kommunisten, Sozialisten sowie Demokraten und viele andere Nationalitäten hatten widerstanden und waren dafür vom Faschismus verfolgt worden.[4]

Die schrittweise rechtliche Drangsalierung und Ausgrenzung des jüdischen Bevölkerungsteils entbehrte bis zu einem gewissen Grad nicht der Popularität. Unter der evangelischen Bevölkerung waren Vornamen wie Adolf Martin (Adolf für Hitler, Martin für Luther) in großem Schwange. Luthers Schrift „Von den Juden und ihren Lügen", auf die sich Julius Streicher, Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes „*Der Stürmer*", vor dem Nürnberger Militärtribunal berief, wurde *nach* der Reichspogromnacht 1938 von dem thüringischen Landesbischof Sasse unter dem Titel „Martin Luther über die Juden – Weg mit ihnen" neu herausgegeben. Die in aller Öffentlichkeit propagierte und rechtlich vollzogene Ausgrenzung der jüdischen Mitbürger konnte zugleich „paradigmatische Einübung der Zerstörung des demokratischen Gleichheitsgrundsatzes" (Ridder) im öffentlichen Bewusstsein sein.

Der Eingriff in die privaten und öffentlichen Rechte kommunistischer, sozialistischer, gewerkschaftlicher und kirchlicher Antifaschisten bevorzugte „das Halbdunkel pauschaler Normierungen im wesentlich verschärften politischen Strafrecht".[5] Die Kontinuität des politischen Strafrechts als Gesinnungsjustiz von 1934 bis 1951 und danach ist unübersehbar. Das Staatsschutzrecht der BRD war vom Ministerialrat im Bundesjustizministerium Dr. Josef Schafheutle verfasst worden, der bereits 1934 an der Ausarbeitung des politischen NS-Sonderstrafrechts beteiligt war. Das 1. Strafrechtsänderungsgesetz vom 11. Juli 1951 („Blitzgesetz") führte dazu, daß gegen 250.000 Bundesbürger, Mitglieder der 1956 verbotenen KPD und andere Linksoppositionelle des Adenauer-Regimes, ermittelt wurde, was 10.000 Verurteilungen zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen zur Folge hatte. Diese Zahlen widerlegen die Behauptung von Alexander von Brünneck, wonach die politische Strafjustiz sich „ausschließlich" gegen Kommunisten gerichtet habe. Eine Rehabilitierung und eine Entschädigung der Opfer stehen trotz wiederholter Anträge im Bundestag im Gegensatz zu Opfern der DDR-Justiz noch aus.

1961 lernte ich im Londoner Stadtteil Golders Green den Emigranten Todja Tartschoff-Newman kennen, dessen Schwester Manja in Auschwitz umgebracht worden war. Seine Gedichte sind mir bis heute im Gedächtnis geblieben.[6]

Im Jahr des Eichmann-Prozesses 1961 lud ich den Vize-Präsidenten des internationalen PEN-Clubs, Robert Neumann, nach Marburg ein, um im überfüllten Audimax zum Thema „Was geht uns Eichmann an?" zu sprechen. Erst durch dieses Ereignis lernte ich meinen späteren akademischen Lehrer Wolfgang Abendroth kennen, der bereits zum Eichmann-Prozess wichtige Fragen aufgeworfen hatte, die auch im 1963 beginnenden Frankfurter Auschwitz-Prozess nicht beantwortet wurden bzw. werden konnten. „Waren die Massenerschießungen von Juden, die sofort nach dem Überfall des Dritten Reiches auf die UdSSR begonnen haben, waren die Vergasungslager in Polen ohne das Vordringen der Armeen des Dritten Reichs denkbar? Haben deren Generale nicht gewusst, was unter dem Schutz ihrer Truppen geschah? Haben die Diplomaten, die dem Dritten Reich dienten, haben die Richter, die diese Armee gegen

---

4 Siehe auch: *Hitler. Aufstieg und Untergang des Dritten Reiches. Ein Dokument mit Bildern von Robert Neumann. Unter Mitarbeit von Helga Koppel*. München/Wien/Basel 1961.

5 H. Ridder: *Die soziale Ordnung des Grundgesetzes*. Opladen 1975. In: F.-M. Balzer (Hrsg.): *Helmut Ridder für Einsteiger und Fortgeschrittene*. CD-ROM, a. a. O., S. 48.

6 T. Tartschoff: *The Vision and other Poems*. Translated by James Kirkup and Leopold Sirombo, London 1953. Eine deutschsprachige Ausgabe erschien 1981 unter dem Titel *Die Vision* in St. Michael/Österreich. Der Zyklus über Auschwitz ist auf der CD-ROM F.-M. Balzer (Hrsg.): *Der Frankfurter Auschwitz-Prozess*, a. a. O. nachzulesen.

‚Wehrkraftzersetzung' schützten, haben die Ministerialbürokraten, die die Verordnungen und Gesetze gegen die Juden schufen oder kommentierten, haben die Professoren, die Verteidigungsideologien für das Dritte Reich verfassten, nicht gewusst, welchem System sie damit gedient haben? Haben die Wirtschaftsführer, die an den Gefangenen der Konzentrationslager verdienten und das Vergasungsmittel geliefert haben, keine Schuld an diesen Verbrechen?"[7]

Meine Lektüre des Buches von Guenter Lewy „The Catholic Church and Nazi Germany"[8] löste eine Kontroverse mit meinem Vater aus, in der ich ihm Vorwürfe wegen der folgenreichen Kollaboration der beiden Großkirchen mit dem Nazi-Regime machte. Sie hatten Amtshilfe bei der Verfolgung der vom 1933 gesetzlich eingeführten „Arierparagraphen" bedrohten deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft geleistet. Dabei kassierte die Kirche für jeden von ihr ausgestellten „Ariernachweis" 1 RM.

Mein Vater hatte sich zwar nach der Verabschiedung der Nürnberger Gesetze 1935 für Gemeindeglieder jüdischer Herkunft eingesetzt und sechs Familien zur Emigration verholfen. Doch obwohl er sein Theologiestudium in Marburg absolviert hatte, wo im Gegensatz zum deutschnationalen Mehrheitsprotestantismus die Theologische Fakultät als einzige republikanisch gesinnt war[9], durchschaute er nicht, daß die Öffnung der Kirchenbücher zur Identifizierung der jüdischen Großeltern – Standesämter gab es erst ab 1875 – Beihilfe zur Verfolgung der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft – ob nolens oder volens – bedeutete.

---

7 W. Abendroth: „Zum Eichmann-Prozess", in: *Sozialistische Politik*, 8. Jg., (1961), 5/1961, (Mai), S. 7. Der Artikel erschien ein halbes Jahr vor Abendroths Ausschluss aus der SPD, in die er 1946 im englischen Internierungslager eingetreten war, in einem Monatsblättchen der westdeutschen Linken.

8 Die deutsche Übersetzung erschien 1965 im Münchener Piper Verlag unter dem Titel: *Die katholische Kirche und das Dritte Reich*. Eine ähnlich kritische Gesamtdarstellung über die Evangelischen Landeskirchen und das „Dritte Reich" steht immer noch aus.

9 Siehe auch das relativ positiv aus dem allgemeinen kirchlichen Rahmen fallende Gutachten der Fakultät zum *Arier-Paragraphen*. In: J.-Ch. Kaiser/A. Lippmann/M. Schindel (Hg.): *Marburger Theologie im Nationalsozialismus*. *Texte zur Geschichte der Evangelisch-Theologischen Fakultät im Dritten Reich*. Neukirchen-Vluyn, 1998, S. 35 ff. „Die Marburger theologische Fakultät bot wenigstens für die Verteidigung der Humanität *im innerkirchlichen Bereich* Rückhalt in einer Zeit, in der mannhaftes Einstehen auch nur für die eigene Wissenschaftstradition durch die amtierenden Professoren zur seltenen Ausnahme geworden war." (W. Abendroth: „Fruchtloser Heroismus? Kampf für die Humanität. Studentischer Widerstand im Dritten Reich". In: *marburger blätter*. Illustrierte Studentenzeitschrift, 15. Jg., (1965), Nr. 100 (November), S. 6.) Gleichwohl blieb das Gutachten weit davon entfernt, aus der Ablehnung der Übertragung antisemitischer Maßnahmen im Bereich der protestantischen Kirche Konsequenzen für die Beurteilung gleicher Tendenzen in Staat und Gesellschaft zu ziehen. (Ebenda) Gehalten hat sich der deutsche Protestantismus auch im innerkirchlichen Bereich am Ende nicht an das Marburger Gutachten. Er entließ evangelische Pfarrer, die mit der Offenlegung der eigenen Kirchenbücher einer jüdischen Großmutter oder eines jüdischen Großvaters rassistisch bezichtigt wurden. Beispiel: Am 14. Oktober 1940 teilt das *Gesetzes- und Verordnungsblatt für die Vereinigte Evangelisch-protestantische Landeskirche Badens* unter der Überschrift „Die *Begnadigung* (Hervorhebung FMB) des Pfarrers a. D. Dr. Ernst Josef Israel Lehmann in Heidelberg betr." mit: „Pfarrer a. D. Lehmann in Heidelberg wird gemäß § 5 der Verordnung zur Abänderung, Ergänzung und Durchführung der Disziplinarordnung der Deutschen Evang. Kirchen vom 15.12.39 (VBl., S. 27) insoweit aus dem Dienst der Landeskirche entlassen, daß er seinen Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung verliert. Im Übrigen sind ihm seine Rechte durch Gnadenerlass des Oberkirchenrats gemäß § 5 der angeführten Verordnung erhalten geblieben". Das Urteil des Evang. Kirchlichen Verwaltungsgerichts vom 14. Oktober 1935 befindet sich im Privatarchiv Erwin Eckert.

Die Komplizenschaft der beiden Großkirchen bei der Vorbereitung des Holocaust, ihre Beihilfe zur „millionenfachen Selektionspraxis“[10] wurde im Amtsblatt der Evangelischen Kirche für die Provinz Sachsen im Jahre 1936 gar als ein „Stück Gottes-Dienst“[11] bezeichnet.

Robert Neumann, dem ich über diese Auseinandersetzung mit meinem Vater schrieb, notierte dazu in seinem Tagebuch „Vielleicht das Heitere“, der „junge Balzer aus Marburg“ habe es nicht leicht mit sich: „Er arbeitet an einer Analyse der Mitschuld der protestantischen Kirche im Dritten Reich, und sein eigener Vater, ein protestantischer Pastor, mitschuldig auch er, so sieht er es, denn seine Kirche habe sich damals nicht dagegen gewehrt, den Nazis ihre Register zu zeigen –, hätten er und alle das damals verweigert, so hätten die Nazis niemandem die jüdische Abstammung nachweisen können‘. Womit die besten unter diesen jungen Menschen sich quälen. Wie hätten sie selbst sich bewährt? Wie werden sie sich bewähren, wenn es wieder so weit ist? (Nur die Schuldlosen quälen sich, nicht einer der Schuldigen).“[12]

Weder der „Papst der evangelischen Kirchengeschichtsschreibung“[13], Karl Heussi, noch die kirchenhistorischen Kardinäle Karl Kupisch, Klaus Scholder[14] (BRD), Kurt Nowak und Kurt Meier (DDR) haben in ihren Veröffentlichungen diesen Skandal beim Namen genannt. Nur einzelne Theologen wie der Münchner Privatdozent Friedrich Wilhelm Graf sprachen (1988) den Tatbestand aus, daß ohne die „praktische Kooperation von Pfarrern und Kirchenbeamten mit dem NS-Staat“ „diesem die Erfassung und schließlich die Vernichtung vieler deutscher Bürger jüdischer Herkunft unmöglich gewesen wäre“.[15] Der Historiker Wolfgang Wippermann sprach 1993 schließlich vom „Holocaust mit kirchlicher Hilfe“.[16]

Die umfangreiche, vor allem im englischsprachigen Raum verbreitete Literatur über „Holocaust and the Churches“ befasst sich fast ausschließlich mit der katholischen Kirche in Deutschland. Dies ist umso verwunderlicher, als der ideologische Einbruch des Faschismus in den deutschen Protestantismus erheblich größer war. Die Anfälligkeit deutscher Staatsbürger, die der evangelischen Kirche angehörten, für den Faschismus war entschieden und entscheidend größer als die ihrer katholischen Mitbürger.[17] Die politische Vertretung des Mehrheitsprotestantismus, die DNVP, unterschied sich bei aller Bereitschaft auch des „Zentrums“, mit der NSDAP zusammenzuarbeiten und selbst Regierungs- und Abstimmungskoalitionen mit der NSDAP einzugehen[18], deutlich von der politisch-parlamentarischen Vertretung des politischen Katholizismus. Der mit dem Beginn der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise erfolgreich organisierte Aufstieg der NSDAP zur Massenpartei vollzog sich hauptsächlich auf Kosten der *nicht-katholischen, bürgerlichen* Parteien. Bei den Reichstagswahlen am 31.7.1932 erhielt die NSDAP 34,7% der Stimmen. In Bayern waren es überdurchschnittlich ca. 50-60% der evangelischen Pfarrer, die

---

10 H. Hohnsbein: „Der Stolz der Kirchenbücher“. In: *Ossietzky*. Zweiwochenschrift für Politik/Kultur/Wirtschaft, 4. Jg., Heft 8 vom 21. April 2001, S. 262-265, hier: S. 265.

11 Ebenda, S. 264. Die Zahl der seit dem Inkrafttreten des *Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933* von der Kirche ausgestellten „Ariernachweise“ wurde in diesem Amtsblatt mit 10 Millionen angegeben.

12 R. Neumann: *Vielleicht das Heitere. Tagebuch aus einem anderen Jahr*. München 1968, S. 565.

13 H. Hohnsbein: Der Stolz der Kirchenbücher, a. a. O. S. 265.

14 K. Scholder ging über das Verschweigen dieses Tatbestandes und des Widerstandes der religiösen Sozialisten hinaus, indem er das verwerfliche Vorgehen der badischen Kirchenleitung gegen Eckert ausdrücklich billigte. (K. Scholder: *Die Kirchen und das Dritte Reich*, Bd. 1. Frankfurt/M. Berlin Wien 1977, S. 783).

15 H. Hohnsbein: Der Stolz der Kirchenbücher, a. a. O., S. 265.

16 Ebenda. Siehe vor allem die von Manfred Gailus herausgegebene grundlegende Dokumentation „Kirchliche Amtshilfe. Die Kirche und die Judenverfolgung im ‚Dritten Reich‘“, Göttingen 2008.

17 Siehe A. Milatz: *Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1965.

18 Siehe Erwin Eckert/Emil Fuchs: *Blick in den Abgrund*, a. a. O., S. 207, S. 334, S. 319, S. 356, S. 385, S. 400, S. 450, S. 454, S. 467 f.

die Partei Hitlers wählten.[19] Besonders in kleinen protestantischen Landgemeinden gewann die NSDAP 1932 „zwischen 90 und 100% aller Stimmen“[20]. Sage niemand, er habe nicht wissen können, was die Nazis vorhatten. „Sie agierten in der Kostümierung von Revolutionären, die sie nicht waren. Sie drohten, ‚Köpfe rollen‘ zu lassen. Sie kündigten programmatisch die Vertreibung der Juden an. Sie hetzten, daß Deutschland mit den Siegermächten des Ersten Weltkriegs mehr als nur eine Rechnung offen habe.“[21] Sage niemand, die Stimmzettel des Jahres 1932 wären folgenlos geblieben. „Die NSDAP und ihr Führer wären für alle Kräfte, die sie schließlich favorisierten und in die Berliner Wilhelmstraße brachten, ohne den Massenanhang ganz uninteressant geblieben.“[22] Bei den Kirchenwahlen im Jahr der Entscheidung, am 23. Juli 1933, waren die sogenannten „*Deutschen Christen*“ die absoluten Wahlsieger. Sie erhielten ca. 70% (!) der abgegebenen Stimmen und traten ein für einen „*artgemäßen Christus-Glauben, wie er deutschem Luthergeist und heldischer Frömmigkeit entspricht*“.[23]

1964 war das Jahr, in dem ich versuchte, erste Einsichten aus dem „Kirchenkampf“ zu gewinnen. Im gleichen Jahr nahm ich durch Vermittlung Robert Neumanns mit dem Clausthaler Wingolf am Frankfurter Auschwitz-Prozess teil. Das von Jürgen Kuczynski 1964 verfasste Gutachten für den Auschwitz-Prozess über die Interessenidentität von I.G. Farben und SS und die treibende Rolle des Chemiekonzerns wurde u. a. mit der Begründung nicht zugelassen, daß er sich als „von der Sowjetischen Besatzungszone bezahlter Professor“ innerhalb der „Grundsätze der kommunistischen SED“ bewege und seine wissenschaftliche Methode „für die Bundesrepublik suspekt“ sei.[24] Ich selbst erlebte vor Ort den DDR-Anwalt und Nebenklagevertreter Friedrich Karl Kaul. Den Nebenklagevertreter Henry Ormond lud ich anschließend nach Marburg zu einem Vortrag ein.

---

19 B. Mensing: *Pfarrer und Nationalsozialismus. Geschichte einer Verstrickung am Beispiel der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern*. 2. durchgesehene Auflage, Bayreuth 1999, S. 254.

20 C. Vollnhalls: *Evangelische Kirche und Entnazifizierung. 1945-1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit. Studien zur Zeitgeschichte*, Band 38, München 1989. S. 124.

21 K. Pätzold: Faschismus. Erinnern und Durcharbeiten. Ein Essay. In: Jahrbuch für Pädagogik 2003, Erinnern – Bildung – Identität. Redaktion: Hans-Jochen Gamm, Wolfgang Keim, Frankfurt/M. 2003, S. 54.

22 Ebenda, S. 55.

23 Richtlinien der DC vom 26.5.1932. Zit. nach: E. Röhm/J. Thierfelder: *Juden-Christen-Deutsche*. 3 Bände Stuttgart 1990 ff., Hier: Band I, S. 149. Laut „*Junge Kirche*“, (1933, S. 252) gehörten 1933 2.500 Pfarrer der „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ an. Ihrem politischen Vorbild folgend hatten die „Deutschen Christen“ nach dem 30.1.1933 viele Evangelische Landeskirchen erobert. Wie die „deutsch-christlichen“ Gemeindeglieder und ihre Pfarrer nach 1945 wieder in den Schoß der Kirche aufgenommen wurden – Eckert blieb draußen vor der Tür –, ist beweiskräftig nachzulesen bei D. L. Bergen: *The Twisted Cross: The German Christian Movement in the Third Reich*. Chapel Hill and London: The University of North Carolina Press, 1996. Darin auch das Kapitel „The Anti-Jewish Church“, S. 21-43. Bergens ausgezeichnete Analyse des rassistischen Antisemitismus der DC wird lediglich durch ihre unkritische Annahme geschmälert, wonach die sog. „Bekennende Kirche“ von Judenfeindschaft frei gewesen sei. Beweiskräftige Tatsachen finden sich hierfür in: Wolfgang Gerlach: *Als die Zeugen schwiegen. Bekennende Kirche und die Juden*. 2., bearbeitete und ergänzte Auflage, Berlin: Institut Kirche und Judentum, Studien zu Kirche und Israel (SKI), Herausgegeben von Peter von der Osten-Sacken, Band 10, 1993. Zur Frage der „Rehabilitierung“ der „Deutschen Christen“ siehe auch Clemens Vollnhalls: *Evangelische Kirche und Entnazifizierung. 1945-1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit. Studien zur Zeitgeschichte*, Band 38, München 1989. Trotz gegenteilig erzeugter Vorstellungen und höchstrichterlicher Entscheidungen deckten sich Kirche und Widerstandsbewegung nicht. Unter „den Akteuren und Opfern des Widerstands“ bildeten „Theologen und Kirchenleute den mit Abstand geringsten Teil“ (Trutz Rendtorff). Der Anteil der Kommunisten am politischen Widerstand gegen das Nazi-Regime war mit Abstand der größte.

24 Zit. nach: A. Schölzel: Signalhaftes Einschnappen. Wo bleibt die öffentliche Ehrung von Jürgen Kuczynski? In: *junge Welt* vom 25.10.2013, S. 12. Der Text des Gutachtens von Jürgen Kuczynski ist nachzulesen auf F.-M. Balzer (Hrsg.): Der Frankfurter Auschwitzprozess a. a. O.

1965 endete meine Orientierungssuche vorerst damit, daß ich unter dem Einfluss von Wolfgang Abendroth und der mich umgebenden Prägungen der Gesellschaft in den Sozialistischen Deutschen Studentenbund, den Kern der aufbegehrenden Jugend der damaligen Zeit, eintrat. Bereits 1960 hatte der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), damals noch die Studentenorganisation der SPD, eine Kampagne unter der Losung „Ungesühnte Nazi-Justiz" begonnen.

Meine erste Gedenkstättenfahrt führte mich mit dem SDS 1966 in die DDR nach Buchenwald, wo ich mit Schrecken auch die Genickschussanlage für sowjetische Kriegsgefangene wahrnahm.

Anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung vom deutschen Faschismus lernte ich schließlich im Jahre 1985 als Friedensaktivist beim Weltfriedensrat in Moskau auch den „Judenkönig von Auschwitz" und heutigen Ehrenpräsidenten des Internationalen Auschwitz-Komitees, Kurt Goldstein, kennen. Als Ergebnis dieser freundschaftlichen Begegnung entstand zu seinem 80. Geburtstag das Dokumentationsvideo Ingrid Strobls „Vorwärts und nicht vergessen. Ein Porträt von Kurt Julius Goldstein". Zu seinem 85. Geburtstag gab ich das Buch „Wir sind die letzten – fragt uns. Ausgewählte Schriften des Spanienkämpfers, Auschwitz- und Buchenwaldhäftlings Kurt Julius Goldstein" heraus.[25]

Auschwitz, so lernte ich von Kurt Goldstein, war ein Ort des Widerstandes und der Solidarität unter extremsten Bedingungen der Unmenschlichkeit. Unter unvorstellbaren Bedingungen der Barbarei leisteten Häftlinge Widerstand und verteidigten die Menschlichkeit unter Einsatz ihres Lebens. Es gab eine Widerstandsorganisation, die in den Schreibstuben die Totenlisten verfolgte und darüber Berichte anfertigte. Sie wurden aus dem Lager herausgeschmuggelt nach Krakau und von dort bis nach England, bis in die Regierungskreise, bis in die USA und den Vatikan. „Es hat in Auschwitz nicht einen Tag gegeben, an dem nicht Menschen erschlagen, erschossen, erhängt und vergast wurden. Unmenschlich ist jeder Tag gewesen! Aber es hat auch keinen Tag gegeben, an dem Juden, Nichtjuden, Kommunisten und Nichtkommunisten nicht Widerstand geleistet haben. Wenn man nicht beide Seiten sieht, macht man sich ein falsches Bild von Auschwitz."[26] Das Urteil im Auschwitz-Prozess belegt durch wiedergegebene Zeugenaussagen ausdrücklich diesen Tatbestand. Nach der Lektüre des Auschwitz-Urteils lässt sich jedenfalls das pauschale Verdikt von Hannah Arendt, die Juden hätten sich wie „Schafe zur Schlachtbank" führen lassen, nicht aufrechterhalten.

Die Goldhagen-Debatte

Nach der ersten durch den Auschwitz-Prozess ausgelösten Aufklärung über die Verbrechen des Faschismus fand 1996 die Veröffentlichung des Buches des US-amerikanischen Politologen Daniel Goldhagen über „Hitlers willige Vollstrecker"[27] erneut großes öffentliches Interesse. Goldhagen setzte den Bemühungen, die gesamte Schuld wegzuschieben und auf Hitler (und einige Nazi-Führer) sowie die wenigen verurteilten Straftäter abzuladen und von den Verbrechen am besten überhaupt nicht mehr zu reden, zumindest vorerst ein Ende. Mit Erfolg machte er darauf aufmerksam, daß der Kreis der Täter und Mitwisser erheblich größer war, als das nach 1945 eingestanden wurde. Insofern kam dem Buch eine aufklärende Wirkung zu. Daß dem Antisemitismus eine wesentliche Bedeutung für die Verbrechen des Holocaust zukommt, kann angesichts des erdrückenden Beweismaterials aus dem Raum des deutschen Protestantismus

---

25 K. Goldstein: *Wir sind die letzten, fragt uns. Kurt Goldstein. Spanienkämpfer, Auschwitz- und Buchenwald-Häftling. Reden und Schriften mit einer autobiographischen Einführung*. Herausgegeben von F.-M. Balzer. Bonn 1999, [2]2004.

26 Ebenda, S. 40.

27 D. Goldhagen: *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*. Berlin 1996. Das Buch erlebte bereits im Laufe des Erscheinungsjahres 10 Auflagen. Siehe auch F. H. Littell (Ed.): Hyping the Holocaust: Scholars answer Goldhagen, New York 1997.

nicht bestritten werden. Seine Prämisse, daß der deutsche Faschismus *ausschließlich* auf ein Unternehmen zum Zwecke des Judenmords zu reduzieren sei, geht indessen an der geschichtlichen Wirklichkeit vorbei.

Die Brutalität und Mordbereitschaft der politischen Eliten und ihrer willigen Vollstrecker geht über die „Endlösung der Judenfrage“ hinaus. Davon war auch im Auschwitz-Prozess die Rede. Als Stichwort sei hier nur der Generalplan Ost genannt, der die Ermordung von 30 Millionen Russen vorsah. Schließlich war die Okkupations- und Vernichtungspolitik Teil eines Krieges, der ca. 55 Millionen Opfer erbrachte und nur militärisch durch die Antihitlerkoalition beendet werden konnte. Zum Erbe des mit der bedingungslosen Kapitulation untergegangenen Deutschen Reiches gehörten allein mehr als 27 Millionen Tote in der Sowjetunion, 6 Millionen im Holocaust Ermordete, 27 Millionen getötete Soldaten, davon ca. 5,25 Millionen Deutsche, ca. 24 Millionen getötete/ermordete Zivilisten, davon ca. 500.000 Deutsche, 13 Millionen Zwangsarbeiter, ca. 13 Millionen deutsche Vertriebene, davon starben ca. 2 Millionen, ca. 11 Millionen deutsche Kriegsgefangene, davon ca. 7,7 Millionen bei westlichen Alliierten, ca. 400.000 Zwangssterilisierte und ca. 70.000 „Euthanasie“-Morde und andere „Opfer“ deutscher Ärzte bei medizinischen Versuchen.

Wer zudem nur „willige Vollstrecker“ am Werk sieht, übersieht den deutschen politischen Widerstand, den es von Anfang an gegeben hat. Es waren deutsche Antifaschisten, Kommunisten, Sozialisten und (christliche) Demokraten, die als erste in die „Schutzhaftlager“, Gefängnisse und Zuchthäuser geworfen wurden. Der Faschismusforscher Reinhard Kühnl gibt mehr als Achthunderttausend Deutsche an, die vom Faschismus aus politischen Gründen inhaftiert wurden.

Vollends unglaubwürdig machte sich Goldhagen, als er in seiner Rede bei der Überreichung des „Demokratiepreises“ die fest eingemauerten Trümmer des „Dritten Reiches“ in der Bundesrepublik leugnete und der Bonner Demokratie in toto einen Persilschein ausstellte, sie gar als „Modell“ anpries. Hier sprach sich nicht wissenschaftliches Urteil, sondern offenbar – in der Nachfolge von Allen Welsh Dulles – das Interesse aus, die „atlantische Gemeinschaft“ zu bekräftigen.[28]

Aus dem quasi genetisch bedingten „eliminatorischen Antisemitismus“ „der Deutschen“ war über Nacht ein Volk von „Saubermännern“ geworden. Weder das eine noch das andere trifft zu. Den deutschen Widerstand gegen den Faschismus zu ignorieren, wie das Goldhagen tut, lässt sich wissenschaftlich nicht vertreten. Es wäre verhängnisvoll für alle, die einen erneuten Weg in die Barbarei zu verhindern aufgerufen sind, diese humanistischen Traditionen aus dem Gedächtnis und dem Bewusstsein zu verdrängen. Sie seien deshalb hier exemplarisch in Erinnerung gerufen.

---

28 Siehe D. J. Goldhagen: Modell Bundesrepublik. Nationalgeschichte, Demokratie und Internationalisierung in Deutschland. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 4/1997, S. 424 ff. Seine politisch naiven Elogen auf das westdeutsche Demokratie-Wunder sind ihm von Helmut Ridder zu Recht verübelt worden. Siehe H. Ridder: Über Deutschlands immerwährende Flucht vor der Geschichte und ihre juristischen Vehikel – Stürzen wir uns in das Rauschen der Zeit, ins Rollen der Begebenheit! In: Wirtschafts- und Medienrecht in der offenen Demokratie [*Freundesgabe* für *Friedrich Kübler* zum 65. Geburtstag], hrsg. von *Heinz-Dieter Assmann* u. a., Heidelberg 1997, S. 129-150.

Der deutsche Widerstand am Beispiel christlicher Sozialisten oder: Was hat der deutsche Protestantismus mit Auschwitz zu tun[29]

Zu den Vertretern des antifaschistischen Widerstandes von der ersten Stunde an gehören die religiösen Sozialisten Erwin Eckert[30], Emil Fuchs[31] und Heinz Kappes[32]. Sie waren sozusagen „weiße Raben" des deutschen Protestantismus. Lapidar heißt es dazu in einem Standardwerk der Kirchengeschichte: „Es gab im deutschen Protestantismus nur wenige, die sich bewusst gegen den Antisemitismus stellten." [33] Namentlich erwähnt wird keiner der oben Genannten. Im Jahre der Entscheidung 1933 saßen sie schließlich allesamt im Gefängnis – wegen ihres Kampfes gegen den menschen- und demokratiefeindlichen, sozialreaktionären, verbrecherischen Faschismus.

Vor 1933 hatte Eckert in seinen von Hunderttausenden besuchten Veranstaltungen die „große Lüge des Nationalsozialismus" angeprangert und die „armselige Judenhetze"[34] theologisch und politisch gegeißelt. Sie führten, wie Eckert hellsichtig voraussah, zu einem „grauenvollen Morden", kurz: in die „Barbarei". Front machte er u. a. gegen einen Joseph Goebbels, gegen den mit den Nazis sympathisierenden katholischen Priester Joseph Muckermann (SJ) und gegen den evangelischen Pfarrer a. D. und Reichstagsabgeordneten der NSDAP Ludwig Johann Münchmeyer. Letzterer ließ die Sommergäste auf Borkum skandieren: „Denn ihr kommt mit platten Füßen. Mit Nasen krumm und Haaren kraus. Ihr dürft nicht unseren Strand genießen. Ihr müsst hinaus, Ihr müsst hinaus. Jude, geh nach Palästina oder auch in die Türkei. Gründ' ein Warenhaus in China. Nur unser Deutschland lasse uns frei." Mit aller Entschiedenheit wandte Eckert sich gegen die Verunglimpfungen des jüdischen Rechtanwaltes und Verteidigers von Rosa Luxemburg, Paul Levi, durch den „*Völkischen Beobachter*".[35]

---

29 Siehe hierzu die überarbeitete Fassung dieses Abschnitts unter dem Titel „Die Mitverantwortung des deutschen Protestantismus für Faschismus, Krieg und Holocaust. Eine Streitschrift". In: F.-M. Balzer: Prüfet alles, das Gute behaltet, Bonn 2011, 2. Auflage, S. 360-395.

30 Siehe u. a. F.-M. Balzer/Ulrich K. Schnell: *Der Fall Erwin Eckert. Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik*. 2. Auflage, Bonn, 1993. Siehe auch F.-M. Balzer/M. Weißbecker: „Erwin Eckert. Badischer Pfarrer und revolutionärer Christ. (1893-1972)". In: Lebensbilder aus Baden-Württemberg. Im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Hrsg. von Gerhard Taddey und Joachim Fischer. 19. Band, Stuttgart 1998, S. 523-549.

31 Siehe Erwin Eckert/Emil Fuchs: *Blick in den Abgrund*. a. a. O.

32 F.-M. Balzer/Gert Wendelborn: *Wir sind keine stummen Hunde*. *Heinz Kappes*. *Christ und Sozialist in der Weimarer Republik*. Bonn 1994.

33 E. Röhm/J. Thierfelder: *Juden, Christen, Deutsche*. *1933-1945*, Bd. I: 1933-1945. Stuttgart 1990, S. 84. „Die evangelischen Sonntagsblätter nach dem Ersten Weltkrieg sind geradezu eine Fundgrube für die antisemitische Orientierung des deutschen Protestantismus". So der Kirchenhistoriker Carsten Nicolaisen in: J. Haberer (Hrsg.): *Er liebte seine Kirche*. *Bischof Hans Meiser und die bayerische Landeskirche im Nationalsozialismus*. München 1996, S. 49.

34 Siehe den Beitrag in der Sammelschrift zum 100. Geburtstag von Erwin Eckert von Marie Veit: „Als Christ und Sozialist gegen die ‚armselige Judenhetze'". In: *Ärgernis und Zeichen*. a. a. O., S. 207-212. Daraus nur zwei Sätze. Der eine: „Erwin Eckerts frühzeitiger Kampf gegen den Antisemitismus der Nazis steht in der evangelischen Kirche einmalig da." (S. 207) Der zweite (unter Berufung auf Joachim Beckmann, einen der „Väter" von Barmen): „Hätte die Bekenntnissynode von Barmen 1934 [...] sich zu einer Stellungnahme für die verfolgten Juden entschließen wollen, so wäre sie auseinandergefallen, und es hätte keine Barmer Erklärung gegeben". (Ebenda) Die Tatsache, daß – trotz Beteiligung von fünf namhaften Theologen an dieser Sammelschrift – kein einziges Organ der kirchlichen Presse diese Veröffentlichung zur Kenntnis nahm, sagt etwas aus über den Zustand der Gesellschaft in den 90er Jahren.

35 Siehe F.-M. Balzer: „Erwin Eckert, Karl Barth, Dietrich Bonhoeffer. Unterschiedliche Traditionslinien – gemeinsam verpflichtendes antifaschistisches Erbe". In: ders: „*Es wechseln die Zeiten ...*". *Reden, Aufsätze, Vorträge, Briefe eines 68ers aus vier Jahrzehnten* (*1958-1998*), Bonn 1998, S. 246-249.

Der Rechtsanwalt, der Eckert gegen die Verleumdungen und Hasstiraden des „*Völkischen Beobachter*“[36] verteidigte, Franz Hirschler, wurde in Auschwitz ermordet.

Als SA-Schlägertrupps eine seiner Veranstaltungen sprengten, stellte sich die Kirche durch Eröffnung eines Dienststrafverfahrens gegen Eckert nicht auf die Seite des Angegriffenen, sondern objektiv auf die Seite der Angreifer. Die Anklageschrift warf Eckert vor, gegen den „*angeblich arbeiter- und christentumsfeindlichen Nationalsozialismus*“ (Original-Ton der Anklageschrift des Kirchlichen Dienstgerichtes vom 7. Mai 1931) zu Felde zu ziehen. Thema seiner Reden war „Christuskreuz, nicht Hakenkreuz!“[37] Nach seinem Ausschluss aus der SPD hatte sich Eckert wie Ossietzky an die Seite derer durchgerungen, die mit ihrer Parole „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“ Recht behalten sollten. Die juristischen Urteile gegen Ossietzky und Eckert wurden bis heute von der (Kirchen-)Justiz nicht aufgehoben.

Die von Fuchs verfassten Wochenberichte der Jahre 1931 bis 1933[38] weisen eine Fülle von Protesten gegen vielfältige Erscheinungsformen des um sich greifenden Antisemitismus auf. Im Visier steht die Propaganda der NSDAP und ihre unverhohlenen Absichten, Juden und deren Nachkommen das Staatsbürgerrecht zu entziehen, sie zu diskriminieren und zu verfolgen; Nazi-Schlägertrupps, die jüdische Staatsbürger zusammenschlagen; Ärzte, die jüdischen Patienten medizinische Hilfe verweigern, worauf diese sterben; Nazi-Minister, die erste antisemitische *Verordnungen* für „Staatsbedienstete“ ankündigen („Kauft nicht bei Juden“) und wild gewordene Studenten, die jüdische Professoren terrorisieren.[39] Wiederholt stellte sich Fuchs schützend vor den Breslauer Professor Cohn, dessen Entlassung aufgehetzte Studenten durch monatelange Aktionen gefordert hatten. Professor Cohn hatte sich für ein Asylrecht des von Stalin verfolgten und ausgewiesenen Leo Trotzki in Deutschland eingesetzt. Trotzki wurde später im mexikanischen Exil von Schergen Stalins umgebracht. Cohn wurde in Auschwitz ermordet.

Nach 1933 hatte Fuchs zusammen mit seinen kommunistischen Familienmitgliedern, sofern sie nicht wie sein Sohn Klaus und später sein Sohn Gerhard emigrieren mussten, zahlreichen jüdischen Mitbürgern zur Flucht verholfen, später auch in enger Zusammenarbeit mit dem Gefängnisgeistlichen von Plötzensee, Harald Poelchau.[40] Fuchs selbst wurde wie Eckert nach dem 30. Januar 1933 ins Gefängnis geworfen.

Bereits am 30. März legte Kappes aus Protest gegen die antisemitischen Beschlüsse des von den Nazis beherrschten Karlsruher Stadtrates sein Mandat als SPD-Stadtrat nieder. Er kam ins Konzentrationslager Kislau und ins Gefängnis. Am 1. Dezember 1933 wurde Heinz Kappes, der theologische Verteidiger Eckerts in allen drei Dienststrafverfahren gegen Eckert, zwei Jahre nach der unehrenhaften Dienstentlassung Eckerts zwangsweise vom Dienst suspendiert, weil er sich, so die kirchliche Anklageschrift, gegen die „*deutsche Freiheitsbewegung*“ [gemeint ist

---

36 E. Eckert: „Der Völkische Beobachter lügt und verleumdet“. In: Der religiöse Sozialist (RS) 1931, Nr. 3, S. 12, (18.1.1931); ders.: „Der Völkische Beobachter lügt, verleumdet und kneift“. In: Der religiöse Sozialist (RS) 1931, Nr. 4, S. 15 f., (25.1.1931)

37 Der Text kann nachgelesen werden in F.-M. Balzer (Hrsg.): Protestantismus und Antifaschismus vor 1933 a. a. O., S. 189-199.

38 Siehe Erwin Eckert/Emil Fuchs: *Blick in den Abgrund*, a. a. O. passim.

39 So lehnte der Breslauer Wingolf die „Berufung eines ‚Cohn‘ an die deutsche Grenzlanduniversität“ ab und erklärte: „So lange ein Cohn (!) an der Universität [...] liest, wird niemals Ruhe eintreten.“ Zit. nach: Wolfgang Abendroth: „Zur Mentalitätsgeschichte akademischer Mittelschichten zwischen den Weltkriegen. Korporationen in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung des Wingolfs. *Vortrag* am 13. Dezember 1961 vor dem Clausthaler Wingolf zu Marburg“ [mit Vorbemerkungen von F.-M. Balzer, S. 133-141], in: TOPOS, Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie, 7. Jg., (1999), Heft 12, (Bildung), S. 133-164. Siehe den überarbeiteten Vortragstext in diesem Band.

40 Siehe H. Poelchau: „Gruß“. In: *Ruf und Antwort – Festgabe für Emil Fuchs zum 90. Geburtstag*. Leipzig 1964, S. 119-121.

die NSDAP!][41] gestellt habe. Kappes hatte es gewagt, einem im Konzentrationslager Inhaftierten einen seelsorgerlichen Brief zu schreiben. Er habe sich damit eines „Dienstvergehens schuldig gemacht", da er sich durch diesen Brief der „Achtung und des Vertrauens, das sein Beruf als Pfarrer erfordert", als „unwürdig" erwiesen habe (Urteilsbegründung vom 1. Dezember 1933). Schließlich warf die Badische Landeskirche Kappes vor, in seiner Pfingstpredigt 1933 gegen das Verbot politischer Äußerungen von der Kanzel verstoßen zu haben, eine absolut verlogene Anschuldigung, da doch der Bischof der Badischen Landeskirche bereits zuvor das „Dritte Reich" wie viele andere Kirchenvertreter auch als „Geschenk und Wunder Gottes"[42] willkommen geheißen hatte.[43]

Mit Berufsverbot belegt und aus Baden ausgewiesen, emigrierte Kappes schließlich 1935 nach Palästina, um im Umkreis von Martin Buber Freundschaftsarbeit zwischen Juden und Arabern zu leisten.[44] Am 12. Oktober 1944 verloren er und seine gesamte Familie (Sippenhaft!) gemäß einer „Amtlichen Bekanntmachung" im Deutschen Reichsanzeiger die deutsche Staatsangehörigkeit, weil Kappes, wie ein Aktenvermerk der Evangelischen Kirche festhielt, sich politisch „gegen Deutschland betätigt" habe. Dies war Grund genug für die Evangelische Kirche in Baden, die Pensionszahlungen bis zu seiner Rückkehr aus dem Exil in Palästina 1948 ersatzlos zu streichen.[45]

Diese Christen, die zugleich Sozialisten waren, hatten es nicht leicht. Sie waren vor 1933 verfemt und disziplinarisch verfolgt, nach 1933 in Gefängnis, Konzentrationslager und Zuchthaus geworfen und sahen sich auch nach 1945 in der BRD in Misskredit und geächtet. Heinz Kappes zog sich zwar nach der Rückkehr aus dem Exil („Fremd bin ich ausgezogen, fremd kehr ich wieder heim") aus der Parteipolitik zurück. Dies bewahrte ihn allerdings nicht davor, 1950 mit dem Vorwurf von Eltern seiner Karlsruher Schüler konfrontiert zu werden, er habe „das Judentum verherrlicht und den Nazismus beschimpft". 1959 war Oberschulrat in der Karlsruher

---

41 Wörtlich heißt es in der 27-seitigen Anklageschrift vom 30. Oktober 1933 auf S. 8: „Nachdem seit den September-Reichstagswahlen 1930 der Nationalsozialismus in machtvoller Weise in den politischen Kampf eingetreten war, hat es Pfarrer Kappes sowohl als religiöser Sozialist wie als Mitglied der SPD auch für seine Aufgabe angesehen, in Wort und Schrift gegen die deutsche Freiheitsbewegung aufzutreten." (Kopie im Privatarchiv Balzer). Der Anklagevertreter, Oberkirchenrat Otto Friedrich (1883-1978) war von 1927 bis 1933 zugleich auch Mitglied des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes. 1932 erhielt er die Ehrendoktorwürde der Theologischen Fakultät in Heidelberg, die ihn 1963 auch zum Honorarprofessor ernannte. Von ihm und anderen im Amt gebliebenen „furchtbaren Juristen" war eine Aufhebung der Urteile gegen Eckert nicht zu erwarten.

42 P. Althaus: *Die deutsche Stunde der Kirche*, 2. Aufl. 1934. Zit. nach: Ernst Wolf: *Die evangelischen Kirchen und der Staat im Dritten Reich*. Zürich 1963, S. 28 f. Die Wahlen vom 5. März, so der „Hirtenbrief" der badischen Landeskirche, hätten gezeigt, „daß unser Volk aus seinem lähmenden Todesschlaf erwacht" und gewillt sei, „sich der vernichtenden Todesmächte zu erwehren und denen zu folgen, die es zur Freiheit, zur Gerechtigkeit, zu deutscher Treue und zur Gottesfurcht zurückführen wollen" (Gesetzes- und Verordnungsblatt der Evangelisch-Protestantischen Landeskirche Nr. 6 vom 29.3.1933, S. 47.)

43 Siehe: Hirtenbrief S. 47 f. Sein erster Satz lautete: „Was wir seit Jahren gehofft und ersehnt haben, ist gekommen: Unser deutsches Volk hat sich in seiner großen Mehrheit zu einer starken nationalen Front zusammengeschlossen und sich einmütig hinter die Männer gestellt, die das Oberhaupt unseres Reiches zur Führung des deutschen Volkes berufen hat". Der vollständige Text ist als Faksimile abgedruckt in: F.-M. Balzer/Gert Wendelborn: „*Wir sind keine stummen Hunde*", a. a. O., S. 102-103.

44 Dieser einmalige Vorgang fand in Israel mehr Beachtung als in der BRD. Siehe D. Dagan: „Der zionistische Pfarrer", in: HA'ARETZ vom 18.4.1980, S. 30-31. Siehe auch *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*, Bd. I, Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben, München/New York/London/Paris 1980, S. 347 f.

45 Bei M. Koch: „Heinz Kappes (1893-1988). Pfarrer und sozidemokratischer Sozialpolitiker". In: *Protestantismus und Politik in Baden zwischen 1819 und 1933. Zum politischen Handeln evangelischer Männer und Frauen für Baden zwischen 1819 und 1933*. Karlsruhe 1996. Auf S. 276 heißt es hierzu lapidar und ohne gründliches Studium der Personalakte: „1948 kehrte Kappes nach Karlsruhe zurück, wurde *von der Landeskirche rehabilitiert* (Hervorhebung FMB) und bis 1952 als Religionslehrer [...] beschäftigt."

Dienstaufsichtsbehörde kein anderer als Kurt Knittel[46]. Er war in Auschwitz SS-Schulungsleiter und für die weltanschauliche Betreuung der SS-Angehörigen zuständig gewesen und nach 1945 als „Mitläufer“ entnazifiziert worden.[47] An diesem Beispiel lässt sich exemplarisch zeigen, wie der Stand der Aufarbeitung der Vergangenheit in der BRD vor dem „Auschwitz-Prozess“ aussah. Rudolf Augstein sprach zu Recht von der „Vor-Auschwitz-Zeit“.

Emil Fuchs, enttäuscht über die restaurative Entwicklung im Westen, verlegte seinen Wohnsitz 1949 von Frankfurt/Main nach Leipzig in die DDR, wo er, hochbetagt und hochgeehrt, viel Gutes bewirken konnte.[48] Eckert wurde dagegen wegen seines Friedensengagements 1959 in Düsseldorf vor Gericht gestellt und 1960 verurteilt.[49] Die Partei, der er sich im Kampf gegen den Faschismus 1931 angeschlossen hatte, die am entschiedensten den Faschismus bekämpft und die meisten Opfer im Widerstand gegen den Faschismus erbracht hatte, war 1956 für „verfassungswidrig“ erklärt worden.

Alle, denen die Evangelische Kirche noch etwas bedeutet – ich selbst habe ihr inzwischen den Rücken gekehrt –, täten gut daran, den Text des Urteils im Auschwitz-Prozess zu lesen. Sie sollten begreifen, daß die protestantische Kirche sich nicht nur der „Unverhältnismäßigkeit“ schuldig machte, als sie „evangelische Nationalsozialisten“ im Amt tolerierte und den einzigen zur KPD übergetretenen sozialdemokratischen Pfarrer fristlos vor die Tür setzte.

Der Bischof der Badischen Landeskirche ließ am 7. November 1933 eine Ergebenheitsadresse an den im Auschwitz-Prozess als einer der Haupttäter bezeichneten Adolf Hitler von den Kanzeln verkünden. Der im *Gesetzes- und Verordnungsblatt* der Landeskirche verbreitete Text rief dazu auf, ein „Bekenntnis der Dankbarkeit und Treue gegen unseren Führer abzulegen, den Gottes Gnade in schwerster Notzeit uns geschenkt hat [...]“. Alle Glieder der Kirche sollten mithelfen, „eine einmütige Kundgebung rückhaltlosen Vertrauens zu dem Werk Adolf Hitlers abzulegen“.[50]

Die gegensätzlichen Positionen innerhalb des deutschen Protestantismus werden am Beispiel des terroristischen Blutbades deutlich, das die NS-Führung am 30. Juni 1934 – mit Unterstützung der Reichswehr und der SS – unter mehr als hundert ihrer politischen Gegner anrichtete. Dem

---

46 Siehe E. Klee: *Täter, Gehilfen, Opfer und was aus Ihnen wurde*. Ein Personenlexikon, Frankfurt 2013, S. 233. Nach den Recherchen von Klee erklärte der im Auschwitzprozess angeklagte und zu vier Jahren Haft wegen Beihilfe zum gemeinschaftlichen Mord in mindestens 80 Fällen 1965 verurteilte Bruno Schlage: „Die Schulung durch Schulungsleiter Knittel diente nur der Hetze und trug zur Vernichtung der Menschen in Auschwitz bei“.

47 E. Klee: *Das Personallexikon zum Dritten Reich*. *Wer war was vor und nach 1945*, 2. durchgesehene Auflage, Frankfurt/M. 2003, S. 320.

48 So setzte sich Emil Fuchs als konsequenter Pazifist u. a. erfolgreich für die Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung, d. h. für die Einrichtung der sog. „Bausoldaten“, ein Zwischending zwischen Soldaten und Kriegsdienstverweigerern, ein.

49 M. Weißbecker: „Auf der Anklagebank des Kalten Krieges. Erwin Eckert und der Düsseldorfer Prozess gegen das ‚Westdeutsche Friedenskomitee‘ 1959/60“. In: F.-M. Balzer (Hrsg.): *Ärgernis und Zeichen*. a. a. O., S. 308-331. Einer von Eckerts Verteidigern war übrigens Friedrich Karl Kaul. Er beantragte gleich zu Beginn des Prozesses, das Verfahren gegen die sechs Friedensaktivisten einzustellen. In seinem Schluss Plädoyer erklärte er: „Für uns beide, nämlich für meinen Freund Eckert und mich, begann dieser Krieg weit früher als für die Herren Vertreter der Anklage. Er begann in der Stunde, als der Reichstag brannte. Wir sind an diesem Morgen beide, wenn auch in verschiedenen Städten, verhaftet worden. Und warum? [...] Weil man aber auch damals den Kommunisten Absichten unterschob, die sie nicht gehabt haben. Mein Freund Eckert und ich haben diese Zeit überlebt, Hunderte und aber Hunderte, Tausende von uns haben sie nicht überlebt.“ R. Hirsch: *Dr. Meyers Zaubertrick. Eine Gerichtsreportage vom Düsseldorfer Prozess gegen Mitglieder des westdeutschen Friedenskomitees*. Berlin/DDR 1960, S. 109 f. Siehe: H. Hannover: *Die Republik vor Gericht. 1954-1974. Erinnerungen eines unbequemen Rechtsanwalts*, Berlin 1998, S. 57-80. D. N. Pritt: Memoiren eines britischen Kronanwalts, Berlin/DDR 1970, S. 398-404.

50 Zit. nach: F.-M. Balzer: „Das Problem der Assoziation nichtproletarischer, demokratischer Kräfte an die Arbeiterbewegung. Das Beispiel von Pfarrer Heinz Kappes.“ In: Internationale Dialog Zeitschrift, (IDZ) 7. Jg., 1974, Heft 2, S. 180. Wieder abgedruckt in: ders. *Miszellen* a. a. O., S. 128.

badischen Landesbischof Kühlewein, der als Prälat bei allen Verfahren über Eckert zu Gericht gesessen hatte und 1933 als Landesbischof Kappes „strengste Zurückhaltung“ empfohlen hatte, da er – Kappes – „zur Kritik am heutigen politischen Geschehen der zuletzt Berufene“ sei („Schweigen ist manchmal nicht nur ein Gebot der größeren Klugheit, sondern ein ernstes Stück Selbstzucht“[51]), war es zu Beginn der Landessynode 1934 „ein herzliches Bedürfnis“, zu dem „erschütternden Ereignis des 30. Juni“ Stellung zu beziehen. „An diesem Tage hat der Führer unseres deutschen Volkes, unser hochverehrter Reichskanzler Adolf Hitler, mit bewundernswerter Tatkraft und unter Einsatz seiner eigenen Person hochverräterische und unsaubere Machenschaften in unserem Volk aufgedeckt und beseitigt. Und in wenigen Stunden hat er die völlige Ordnung [ohne Gerichtsverfahren und ohne Gerichtsurteil! FMB] wiederhergestellt. [...]“[52] Auf Vorschlag Kühleweins fasste die Synode den einstimmigen Beschluss, folgendes Telegramm an den „Führer“ zu senden: „Die zu einer Tagung versammelte Badische Evangelische Landessynode spricht Ihnen ehrfürchtigen Dank aus für die Entschlossenheit, mit der Sie am 30. Juni unser Volk vor schweren Wirren bewahrt haben, und versichert Sie rückhaltloser Gefolgschaft.“[53] Der von der Badischen Kirchenleitung bereits 1931 (!) fristlos und unehrenhaft hinausgeworfene Pfarrer Eckert wurde 1936 wegen „Hochverrats“ zu drei Jahren und acht Monaten Zuchthaus verurteilt. Die Anklage und Begründung des Gerichts – u. a. von dem nach 1945 zum Ehrenbürger Marburgs ernannten Richter Frowein – lautete: Verbreitung eines *illegalen* Flugblattes zur Röhm-Affäre[54] und Unterstützung der verfolgten Antifaschistin Lore Wolf.[55]

Zu den fortwährenden Legenden der Kirchengeschichtsschreibung gehört die Behauptung, daß der nationalistische Rausch, der durch die deutschen evangelischen Kirchen ging, nur von kurzer Dauer gewesen sei. Wer immer noch dieser Irreführung erliegt, lese, was das Gesetzes- und Verordnungsblatt für die Vereinigte Evangelisch-Protestantische Landeskirche Badens am 18. April 1939 „Zum 50. Geburtstag des Führers!“ veröffentlichte. „Am 50. Geburtstag des Führers und Reichskanzlers treten wir in Freude und Dankbarkeit vor den Allmächtigen, der uns durch Adolf Hitler aus Not und Schande, Zerrissenheit und Ohnmacht zu Freiheit und Ehre, Einigkeit und Stärke geführt und Millionen von Volksgenossen vom Fluch der Arbeitslosigkeit erlöst hat. Als ein Baumeister von Gottes Gnaden hat der Führer auf dem Boden der

---

51 Ebenda, S. 178. Als sich der badische Pfarrer Ludwig Simon bei seiner Predigt zur Eröffnung des Konzentrationslagers Heuberg am 21. März 1933 (!) diese „Selbstzucht“ nicht auferlegte, sondern – trotz aufmarschierter SA – unverfälscht die Botschaft des Evangeliums verkündete (die vollständige Predigt ist nachzulesen in F.-M. Balzer: *Miszellen* a. a. O. S. 204 f.), verbannte ihn die badische Kirchenleitung „zu seinem Schutze“ umgehend nach Wies, einem winzigen Dorf im südlichsten Winkel der Landeskirche in die Nähe der Schweizer Grenze.

52 Zit. nach: Verhandlungen der Landessynode der Vereinigten Evangelisch-protestantischen Landeskirche Badens. Ordentliche Tagung vom 4. bis 6. Juli 1934, Karlsruhe 1935, S. 3.

53 Ebenda, S. 4. Abgedruckt ist dieses Dokument der „Treue zum Führer“ auch in dem Quellenband *Die Evangelische Landeskirche in Baden im „Dritten Reich“. Quellen zu ihrer Geschichte*. Im Auftrag des Evangelischen Oberkirchenrats Karlsruhe hrsg. von H. Rückleben und H. Erbacher. Band III: 1934-1935. Karlsruhe 1995, S. 72. Die Überschrift lautet: „Telegramm anlässlich der Niederwerfung des sog. Röhm-Putsches“. (Ebenda, S. 71) Anscheinend hat sich inzwischen herumgesprochen, daß es gar keinen „Röhm-Putsch“ gab. Aber „Niederwerfung“? Von was und von wem, gegen wen, in wessen Interesse, mit wessen Unterstützung und in welchen Formen? Siehe dazu das Vorwort der Herausgeber, die die „Gefahr, eigene Vorstellungen oder gar Wertungen einzubringen“ „so gering wie möglich halten“ wollen. (Ebenda, S. VI). Wer sich so „wertfrei“ dünkt, übersieht – bewusst oder unbewusst – wie sehr er – hier durch die Wortwahl „Niederwerfung“ – mehr zudeckt als aufdeckt. „Niederwerfung“ hätten auch die Nazis und Kühlewein sagen können. Der Tatbestand, daß u. a. die badische Landessynode sich in der Krise des NS-Systems einstimmig auf die Seite des mit terroristischen Mitteln herbeigeführten Machterhalts schlug, wird eher verdunkelt.

54 Siehe Ch. Bloch: *Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934*. Frankfurt/Main 1970. Siehe Reinhard Opitz: Die „Röhm-Affäre“, in: Liberalismus-Faschismus-Integration. Edition in drei Bänden, Band III, Marburg 1999. Herausgegeben von Roland Müller und Uwe Kawohl.

55 L. Wolf: *Ein Leben ist viel zu wenig*. Frankfurt/Main 1986.

nationalsozialistischen Volksgemeinschaft mit fester, sicherer Hand Stein auf Stein gefügt zum Bau des neuen Großdeutschen Reiches und die Saar, die Ostmark [Österreich FMB], das Sudetenland und die Memeldeutschen heimgeholt. In bedingungsloser Gefolgschaftstreue stehen wir einsatzbereit hinter unserem Führer in seinem weiteren Kampfe gegen jeden äußeren und inneren Feind, gegen alle volk- und lebenzerstörenden Kräfte und Mächte. Gott, der Herr erhalte uns den Führer auch fernerhin. Er schenke ihm Gesundheit und Kraft zur Fortführung seines großen Werkes und segne unser ganzes deutsches Volk [...] Heil dem Führer!“[56] Das Glockengeläut der Kirchen zu „Ehren des Führers“ wurde angeordnet.

Auch nach dem Beginn des zweiten Versuchs des „Griffs nach der Weltmacht“ (Fritz Fischer) wollte die Kirche nicht abseitsstehen. Am 2. September 1939 ließ der Leiter der „Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei“ erklären: „Seit dem gestrigen Tage steht unser deutsches Volk im Kampf für das Land seiner Väter, damit deutsches Blut zu deutschem Blut heimkehren darf.“[57] Zu den „Waffen aus Stahl“ reiche sie „in treuer Verbundenheit zum Schicksal des deutschen Volkes“ „unüberwindliche Kräfte aus dem Worte Gottes“ [58]

Ein besonders übles Dokument der Kirchengeschichte ist die von Landesbischof Marahrens [kein „Deutscher Christ“! FMB] am 21. Juli 1944 veröffentlichte Erklärung, in der er seinen „Dank für die gnädige Errettung des Führers“ ausspricht. „Tieferschüttert von den heutigen Nachrichten über das auf den Führer verübte Attentat ordnen wir hierdurch an, daß, soweit es nicht bereits am Sonntag, dem 23. Juli geschehen ist, am Sonntag, dem 30. Juli, im Kirchengebet der Gemeinde etwa in folgender Form gedacht wird: ‚Heiliger, barmherziger Gott! Von Grund unseres Herzens danken wir Dir, daß Du unserem Führer bei dem verbrecherischen Anschlag Leben und Gesundheit bewahrt und ihn unserem Volke in einer Stunde höchster Gefahr erhalten hast. In Deine Hände befehlen wir ihn. Nimm ihn in Deinen gnädigen Schutz. Sei und bleibe Du sein starker Helfer und Retter. [...] Lasse unsere Soldaten im Aufblick zu Dir kämpfen‘“.[59]

„Tatsachen sind ein hartnäckig Ding“ (Lenin). Sie lassen sich weder durch höchstrichterliche Erklärungen der evangelischen Kirche als „Widerstandsbewegung“, dickleibige offiziöse Darstellungen und angeblich „wertfreie“ Dokumentationsbände noch durch in den Jahren 1945 bis 1947 verfasste Schuldeingeständnisse[60] und Verschweigen aus der Welt schaffen. Tatsache ist,

---

56 Gesetzes und Verordnungsblatt für die Vereinigte Evangelisch-protestantische Landeskirche Badens. Ausgegeben am 18. April 1939, Nr. 7, S. 39.

57 Gesetzes- und Verordnungsblatt für die Vereinigte Evangelisch-protestantische Landeskirche Badens. Ausgegeben am 14. September 1939, Nr. 19. S. 173. Hier taucht der rassistische Begriff des „deutschen Blutes“ erneut auf, wie er den antisemitischen Gesetzen- und Verordnungen völlig wissenschaftswidrig zugrunde gelegen hatte. Siehe dazu den Vortrag von Rudolf Vrba, Zeuge im Auschwitz-Prozess, bei der Eröffnung der Auschwitz-Ausstellung in Frankfurt/Main. „Fast jeder Deutsche hielt es für natürlich, daß Menschen jüdischen Blutes diffamiert wurden [...] das Blut entschied über das Recht zu atmen.“ Alle „vom Roten Kreuz bis zu den Generälen der Wehrmacht“ und den Bischöfen der evangelischen und katholischen Kirche hätten „diese Irrlehre“ angenommen. Labors hätten Bluttests für Aids, Syphilis oder Diabetes entwickelt, „aber keinen Test für jüdisches Blut gefunden“. Genauso wenig lasse sich „rein arisches, rein deutsches oder katholisches Blut identifizieren.“ (Siehe Bericht der Frankfurter Rundschau vom 29.3.2004, S. 25).

58 Ebenda. Siehe hierzu die gründliche und differenzierende Analyse von W. Abendroth: „Der deutsche Protestantismus und der Zweite Weltkrieg“, in: Stimme der Gemeinde, 16. Jg., 20/1964, (15. Oktober 1964), Sp. 617-629. Vgl. auch G. Brakelmann (Hrsg.): *Kirche im Krieg. Der deutsche Protestantismus am Beginn des II. Weltkrieges*. München 1979.

59 Kirchliches Amtsblatt für die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannover, 1944, Ausgegeben zu Hannover, den 21. Juli 1944, Stück 11. Zit. nach: Gerhard Besier/Gerhard Ringshausen (Hg.): *Bekenntnis, Widerstand, Martyrium. Von Barmen 1934 bis Plötzensee 1944*. Göttingen 1986, S. 342. Siehe auch: Heinrich Große/Hans Otte/Joachim Perels (Hrsg.): *Bewahren ohne Bekennen*? *Die Hannoversche Landeskirche im Nationalsozialismus*. Hannover 1996, S, 453 f.

60 Gemeint sind das Stuttgarter Schuldbekenntnis aus dem Jahre 1945 und das „Darmstädter Wort“ aus dem Jahre 1947. Zu ersterem siehe H. Prolingheuer: *Wir sind in die Irre gegangen. Die Schuld der Kirche*

daß die zwölf Jahre des „Dritten Reiches“, das Regime der Demokratieverhöhnung, der Menschenverachtung, der Menschenvernichtung, des Völkermords, der planmäßigen Herbeiführung des Zweiten Weltkriegs, der Okkupationsverbrechen ohne die willige Unterstützung der beiden Großkirchen undenkbar ist. Oder trug etwa die evangelische Kirche durch Verlautbarungen der oben zitierten Art und ihre selbstsüchtige bürokratische Komplizenschaft bei der Selektionspraxis nicht dazu bei, daß der Weg in die Barbarei, der Weg in den Krieg und nach Auschwitz, beschritten werden konnte? Im Lichte der beklemmenden Beweiserhebung des Auschwitz-Prozesses kann an das vom Verteidiger des dienstentlassenen Pfarrers Kappes vorgetragene Hesekiel-Wort theologisch angeknüpft werden: „Ich habe Dich zum Wächter über Dein Volk gesetzt, und ich werde von Dir Rechenschaft fordern, wenn Du meine Botschaft nicht ausgerichtet hast. Hast Du aber meine Botschaft ausgerichtet, dann wird mein Urteil über die gehen, die nicht auf mein Wort gehört haben“.[61]

Die wenigen „weißen Raben“ des deutschen Protestantismus müssen nicht rehabilitiert werden, wie das im Jahre 1999 die Badische Landessynode wohlmeinend mit Eckert und Kappes beabsichtigte[62]. Die Kirche und alle anderen gesellschaftlichen Großorganisationen, die Mitschuld tragen an der Etablierung und willigen Unterstützung des Nazi-Regimes, können sich nur um die eigene Rehabilitierung bemühen. Dazu wäre es jedoch erforderlich, daß sie ihren tapferen Einzelkämpfern *unzweideutig* Gerechtigkeit widerfahren lassen und aus ihrem eigenen Versagen lernen.

Wer Auschwitz beklagt, muss sich *unmissverständlich* auf die Seite der frühen Warner und Mahner vor 1933 und der Verfolgten vor und nach 1933 stellen und die gegen sie ergangenen Urteile rechtlich aufheben. Anders wird der Ruf „Nie wieder Auschwitz“, der seit dem Auschwitz-Prozess zu hören ist, unglaubwürdig.

Als junger Lehrer berief ich mich 1969 auf Th. W. Adornos Diktum: Die Erfahrung „Auschwitz“ für die „Nachgeborenen“ ist ebenso eine verpflichtende Mahnung wie für die Dabeigewesenen. „Jede Debatte über Erziehungsideale ist nichtig und gleichgültig diesem einen gegenüber, daß Auschwitz nicht noch einmal sei. Es war die Barbarei, gegen die alle Erziehung geht. Man spricht von drohendem Rückfall in die Barbarei. Aber er droht nicht, sondern Auschwitz war er; Barbarei besteht fort, solange die Bedingungen, die jenen Rückfall zeitigten, wesentlich fortdauern“. „Die einzige wahrhafte Kraft gegen das Prinzip von Auschwitz wäre Autonomie ...; die Kraft zur Reflexion, zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen“.[63]

Gedenktage an Ereignisse und Ehrungen für verstorbene und noch lebende Persönlichkeiten können leicht zu Ritualen werden, in denen ausgespart wird, was noch zu tun ist. Solange die Bedingungen fortexistieren, unter denen die Barbarei Auschwitz möglich wurde, müssen wir uns an das erinnern, was Reinhard Kühnl vor 20 Jahren so formulierte: „Im Namen Auschwitz konzentriert sich ... wie in einem Brennspiegel alles, was die Rechte hinter sich lassen möchte, um endlich wieder unbefangen voranschreiten zu können in Europa und in der Welt“.[64] Alle,

---

unterm Hakenkreuz. Köln 1987. Neuerdings siehe das Schlusskapitel „Legende und Widerstand“ in: J. Sternsdorff: Gerrit Herlyn zwischen Kreuz und Hakenkreuz, Marburg 2015, S. 193-225.

61 F.-M. Balzer: Das Problem der Assoziation nichtproletarischer, demokratischer Kräfte an die Arbeiterbewegung, in: „*Miszellen*“, a. a. O., S. 128 f.

62 Siehe die sog. „(Rehabilitierungs-)Erklärung der Badischen Kirchenleitung“, u. a. unterzeichnet von der Präsidentin der Landessynode und dem Landesbischof und der Landessynode am 22. April 1999 mitgeteilt. In: Verhandlungen der Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden: Ordentliche Tagung vom 21. April bis 24. April 1999 (6. Tagung der 1996 gewählten Landessynode), 1999, S. 7 f. Nachzulesen in F.-M. Balzer (Hrsg.): Protestantismus und Antifaschismus vor 1933, a. a. O., S. 504-506.

63 T. W. Adorno, Erziehung nach Auschwitz, in: Adorno u. a.: Zum kritischen Bildungsbegriff der Gegenwart, Frankfurt 1967. Zit. nach: Miszellen, a. a. O., S. 67 f.

64 R. Kühnl, Der Auschwitz-Prozess in der Geschichte der Bundesrepublik (Thesen). In: U. Schneider (Hrsg.), Auschwitz – ein Prozess. Geschichte-Fragen-Wirkungen, Köln 1994, S. 110-113. sowie in: F.-

die sich dieser Rechten nicht zuordnen wollen, täten gut daran zu verhindern, daß Auschwitz gerade wegen dieser geschichtlichen Erfahrungen aus dem Gedächtnis der Völker gelöscht wird.

Erstveröffentlichung

M. Balzer (Hrsg.), Der Frankfurter Auschwitzprozess, CD-ROM, Bonn 2004.

Friedrich-Martin Balzer: Die Aktualität von Emil Fuchs in der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus[1].

Es ist kein Geheimnis: Der Kapitalismus steckt in einer tiefen Krise. Die Presse titelt: „Die Weltwirtschaft ist ernsthaft gefährdet". Der Finanzkapitalismus steht am Abgrund. Die „Eurokrise" ist nicht die Krise einer Währung, sondern eine Krise des kapitalistischen Systems. Sie kommt auch darin zum Ausdruck, daß sie längst auch die USA, die stärkste kapitalistische Wirtschaftsmacht, in Bedrängnis bringt. Nach dem drohenden und noch nicht abgewendeten Staatsbankrott einiger kleiner Länder droht der finanzielle Zusammenbruch auch anderswo. Die vorhandenen finanziellen Mittel werden nicht ausreichen, um alle in Finanznot geratenen Länder zu retten. Grund genug, sich an den großen Crash vor mehr als 80 Jahren zu erinnern.

„*Blick in den Abgrund*" heißt das Quellenwerk, das ich vor 10 Jahren zusammen mit dem Jenaer Historiker Manfred Weißbecker herausgegeben habe. Die Wochenberichte von Erwin Eckert und Emil Fuchs erfuhren seinerzeit größte Aufmerksamkeit, sind aber inzwischen wieder der Vergessenheit anheimgefallen, obwohl sich deren Aktualität seit Beginn der weltweiten Finanzkrise 2008 erheblich gesteigert hat. Heute soll ausschließlich von dem Theologen Emil Fuchs (1874-1971) die Rede sein, der 1949, kurz vor Gründung der DDR, seinen Wohnsitz nach Leipzig verlegte, um dort und in Berlin zu wirken.[2]

Die 68 Wochenberichte von Emil Fuchs umfassen den Zeitraum vom 1. November 1931 bis zum 12. März 1933, als die Zeitung „*Der religiöse Sozialist*" verboten wurde. Ausgewählte Kostproben aus seinen Wochenberichten sollen nicht vorenthalten werden, um die Aktualität von Emil Fuchs in der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus wachzurufen. Seine Wochenberichte sind weniger von der marxistischen Kritik der politischen Ökonomie geprägt, sondern sind an der Lage der arbeitenden Massen und an der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Entwicklung orientiert. „Ihre Radikalität ergab sich gleichsam aus der Evidenz der Wirklichkeit in

---

1 Vortrag bei der Evangelischen Akademie Frankfurt am 22. März 2013.

2 Kurzbiographie: Geboren am 13. Mai 1874 in Beerfelden/Hessen als Sohn eines Pfarrers; Theologiestudium in Gießen. 1897 1. theologisches Examen; 1897/98 Militärdienst; 1898/99 Predigerseminar in Friedberg; Vikar in Brauerschwend/Vogelsberg; Ordination, 1900 Lizentiat bei Prof. Kattenbusch in Gießen; 1900 Pfarrassistent in Lampertheim, erste Kontakte zur Arbeiterbewegung als Vikar in Manchester 1902; 1903-1905 Repetent in Gießen; 1905 Pfarrer in Rüsselsheim; 1914 Ehrendoktor der theologischen Fakultät in Gießen; 1918 Pfarrer in Eisenach; 1921 Begründung der Gruppe der religiösen Sozialisten in Thüringen und Eintritt in die SPD; 1925 Verantwortlicher des Mitteldeutschen Kreises der religiösen Sozialisten; 1926-1930 Vorsitzender des Landesverbandes Thüringen; 1926-1928 und 1930-1933 Mitglied des Bundesvorstandes; 1927-1931 Mitglied des thüringischen Landeskirchentages; 1931 Professur für Religionswissenschaft an der Pädagogischen Akademie in Kiel, März 1933 Entlassung, Gefängnis, Berufsverbot; 1933-34 Freienwalde, 1934 Autoverleih in Britz, der u. a. dazu diente, Verfolgte des Faschismus außer Landes zu bringen; enge Zusammenarbeit mit dem Gefängnisgeistlichen von Tegel und Plötzensee Harald Poelchau; bis 1943 in Berlin Erwerb des Lebensunterhaltes durch Auslegung des Neuen Testaments und maschinenschriftlichen Versand an Freunde; 1943 Gortipohl/Mentafon (Voralberg); 1945 Frankfurt/Main; 1945-1949 Mitglied der SPD; 1947/48 Reise nach England; 1948/49 Reise in die USA; Gastvorlesungen im Pendle-Hill Quaker Center for Study and Contemplation bei Philadelphia; 1949 aus Enttäuschung über die Restauration in den Westzonen Übersiedlung nach Leipzig; dort Professor für Systematische Theologie und Religionssoziologie; Freundschaft mit Ernst Bloch; 1954 Ehrenmitglied der CDU in der DDR; Mitglied des Friedensrates und des Präsidiums des Friedensrates der DDR; in den 50er Jahren Besuch seines Sohnes Klaus Fuchs im britischen Gefängnis; 9. Februar 1961 Gespräch mit Walter Ulbricht, das grundlegend für die Kirchenpolitik der DDR wurde; u. a. sorgte Fuchs für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der DDR durch die Einrichtung von Einheiten der sog. Bausoldaten; Ehrungen und Auszeichnungen u. a.: 1954 Vaterländischer Verdienstorden in Gold; 1958 bzw. 1960 Otto-Nuschke-Ehrenzeichen in Silber bzw. Gold; 1962 Ehrennadel der Deutsch-Sowjetischen Freundschaftsgesellschaft in Gold; 1964 „Banner der Arbeit; 1969 Stern der Völkerfreundschaft in Silber; Veröffentlichungen „Marxismus und Christentum", „Christliche und marxistische Ethik", Autobiographie „Mein Leben", Band 1 und Band 2; gestorben am 13. Februar 1971 in Berlin/DDR.

der Weimarer Republik.“[3]

Verteidigung von Demokratie, Sozialstaat und Rechtsstaat

Im Mittelpunkt steht der Kampf gegen die „Ausschaltung der Parlamente, der demokratischen Einrichtungen“[4], der „Appell an die [...] Mehrheit der Deutschen“, „dem faschistischen Treiben [...] gegen die deutsche Republik und Verfassung ein Ende [zu] machen“[5], und die Absicht, „die Massen zum Kampf für Demokratie und Republik, Volksrecht und Gestaltung des Sozialismus [...] aufzurufen“.[6]

Die Tatsache, daß auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) sich an der Aushöhlung des Versammlungsrechtes, das ohnehin mehr den Atem des kaiserlichen Obrigkeitsstaates als den Atem einer demokratischen Revolution in sich trug, beteiligte, geht aus der Bemerkung von Fuchs hervor: „Zur Durchführung des Versammlungsverbots [...] hat Severing (Preußischer Innenminister, SPD, FMB) Richtlinien erlassen, die das Verbot auch auf Mitgliederversammlungen großer Parteien erstrecken.“[7] In diesem Zusammenhang ist an die wiederholte Äußerung von Friedrich Ebert zu erinnern: „Wenn der Tag kommt, an dem die Frage auftaucht: Deutschland oder die Verfassung, dann werden wir Deutschland nicht wegen der Verfassung zugrunde gehenlassen.“[8]

Gegen die um sich greifende Zensur protestierte Fuchs mit folgender Geschichte: „Die Filmprüfstelle, welchen Namen die Filmzensur in Deutschland trägt, hat den Film ‚Kuhle Wampe‘ von Bert Brecht verboten, weil er die öffentliche Sicherheit gefährde. Rudolf Olden, der dieser Filmprüfstelle angehört, veröffentlicht sein Urteil dazu. Der Film behandle das Arbeitslosenproblem; aber er sei nicht revolutionär, sondern stellenweise sogar schönfärberisch. Das Revolutionärste, was in ihm vorkomme, seien die Worte: ‚Und wer wird die Welt ändern? – Die, denen sie nicht gefällt!‘“[9] Als Christ und Mitglied der SPD protestierte Fuchs gegen die per Notverordnung vollzogene Auflösung der den Kommunisten nahestehenden Freidenkerorganisation mit den Worten: „Die Regierung bringt es fertig, diese Auflösung zu rechtfertigen mit dem Artikel 135 der Reichsverfassung, der ausdrücklich die Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährleistet. Im Namen der Gewissensfreiheit beseitigt man die Freiheit des Proletariats, sich seinem Gewissen nach zu betätigen und eine revolutionäre Freidenkerorganisation zu schaffen! – Wir sind also glücklich so weit, daß die Brüning-Groener-Regierung die demokratische Verfassung zum Vorwand nimmt, um eben diese Verfassung, um die Demokratie in Deutschland zu beseitigen. Das ist aber nicht nur [...] ein Stück Beeinträchtigung des proletarischen Kulturkampfes, sondern das soll zugleich einen verschärften Kurs gegen den Kommunismus vorbereiten.“[10]

„Um die wachsende Empörung der Massen gegen diese Hungermaßnahmen der Papen-Diktatur niederzuschlagen, lässt die Bourgeoisie ihre Terrorgarden in verschärftem Maße gegen die Arbeiterschaft los. Überfälle auf Gewerkschaftshäuser, sozialdemokratische und kommunistische Parteihäuser, gemeinste Überfälle aus dem Hinterhalt auf einzelne Funktionäre der Arbeiterschaft haben

---

3 G. Fülberth: Ein kleiner Unterschied bei viel Gemeinsamkeit. In: Blick in den Abgrund, S. 537-540, hier: S. 537.

4 Politik der Woche (künftig PdW) vom 2. bis 9. April 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 299.

5 PdW vom 12. bis 19. März 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 278.

6 PdW vom 12. bis 19. September 1932. Blick in den Abgrund, S. 422.

7 Ebenda.

8 Zit. nach: H. Ridder: Wie und warum (schon) Weimar die Demokratie verfehlte, in: R. Herzog (Hrsg.), Zentrum und Peripherie. Festschrift für Richard Bäumlin zum 65. Geburtstag, Chur/Zürich 1992, S. 87 f. An diese Maxime hielt sich auch die SPD-geführte Bundesregierung Schröder-Fischer, als sie sich in eklatanter Verletzung von Verfassungs- und Völkerrechtsnormen am Krieg gegen die souveräne Bundesrepublik Jugoslawien beteiligte.

9 PdW vom 26. März bis 2. April 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 292f.

10 PdW vom 1. bis 8. Mai 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 320f.

allein in der Berichtswoche 30 Arbeitern – sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeitern, das Leben gekostet! Fast überall, wo die Polizei eingriff, wandte sie sich nicht gegen die SA, sondern gegen die Arbeiter, die sich gegen die SA-Überfälle zur Wehr setzten.“[11]

Dabei verlor Fuchs den Zusammenhang von liberalen und sozialen Grundrechten keineswegs aus den Augen. „Die Bourgeoisie will die Arbeiterklasse ihres entscheidenden Kampfmittels, des Streiks, berauben! Diese Verordnung der Papen-Schleicher und diese Gefängnisstrafen ihrer Justiz sind die ersten Vorboten eines vollständigen Streikverbots. In der gleichen Linie liegt es, wenn in Halle ein kommunistischer Stadtverordneter, als er in einer Versammlung erklärte, nicht parlamentarische Abstimmungen, sondern der außerparlamentarische Kampf führe zu Entscheidungen, von einem großen Polizeiaufgebot aus der Versammlung heraus verhaftet wurde. [...] Bis jetzt haben sich alle diese Maßnahmen, die angeblich zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung angeordnet wurden, zugunsten der Nationalsozialisten und gegen die kämpfende Arbeiterschaft ausgewirkt.“[12]

Immer wieder führte Fuchs Tatsachen gegen die Zerstörung der Demokratie an: „In Düsseldorf wurde eine Versammlung des Komitees gegen den imperialistischen Krieg verboten, weil [Henri] Barbusse in ihr sprechen sollte. Große Schriftsteller anderer Nationen sind der deutschen Kultur gefährlich.“[13]

Wie weit der Prozess der Zerstörung der Demokratie auch durch Berufsverbote ging, machte Fuchs mit der folgenden Bemerkung deutlich: „Gegenüber der Beamtenschaft wird das System des rücksichtslosen Abbaus aller Linksstehenden fortgesetzt.“[14]

Auch gegen die Zerstörung der verfassungsrechtlich garantierten Abwehrrechte der Arbeiterschaft in den Betrieben machte Fuchs eindeutig Front. Die Verlängerung der Amtsdauer der Betriebsräte um ein Jahr bedeute, „daß im Jahr 1932 keinerlei Betriebsrätewahlen stattfinden. Man will Ruhe haben in den Betrieben! Es wird behauptet, daß die Anregung zu dieser Maßnahme von den Gewerkschaften ausgegangen sei“.[15] Fuchs mochte nicht glauben, „daß die Gewerkschaften sich zu dieser Suspendierung der Betriebsdemokratie hergegeben haben“.[16]

Fuchs beklagte, daß die Gewerkschaften „praktisch von der Mitbestimmung der Lohnhöhe ausgeschlossen“[17] würden. „Das ist eine Art von ‚Arbeitsrecht‘, die recht große Ähnlichkeit mit dem faschistischen Arbeitsrecht Italiens hat, in dem auch staatliche Instanzen ohne Mitwirkung freier Gewerkschaften die Höhe des Lohnes bestimmen.“[18] Mit den staatlich festgesetzten Lohntarifen diene „der Staat der Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft viel besser, als es die nur auf die Interessen ihres einzelnen Unternehmens bedachten Herren vom Reichsverband der Industrie tun, wenn sie ‚Freiheit’ der Lohngestaltung fordern. Denn die Tarifverträge mit ihrer ‚Friedenspflicht‘ machen es den Gewerkschaften unmöglich, zu streiken; sie riskieren bei Streik gegen einen Tarif – auch wenn er durch Notverordnung eingesetzt ist und nicht durch Verhandlungen der Gewerkschaften –, daß der Unternehmer die Gewerkschaftskassen beschlagnahmen lässt, um sich den durch den Streik entstandenen Schaden vergüten zu lassen.“[19] Praktisch gebe die Notverordnung „dem Unternehmer das Recht, den Lohnabbau ohne Änderung des Arbeitsvertrages“, also durch Aufhebung der Tarifvertragsfreiheit bzw. Tarifau-

---

11 PdW vom 9. bis 16. Juli 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 369.
12 PdW vom 24. bis 30. Juli 1932. In. Blick in den Abgrund, S. 380.
13 PdW vom 9. bis 16. Oktober 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 436.
14 PdW vom 5. bis 12. Februar 1933. In: Blick in den Abgrund, S. 500.
15 PdW vom 20. bis 26. Dezember 1931. In: Blick in den Abgrund, S. 220.
16 Ebenda.
17 PdW vom 20. bis 26. Dezember 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 219.
18 Ebenda.
19 PdW vom 12. bis 19. März 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 282 f.

tonomie, „durchzuführen“.[20] „Ein Aushang im Betrieb soll genügen, um den Abbau für die nächste Woche in Kraft treten zu lassen. Damit ist für den Unternehmer die Vertragstreue beseitigt. Er braucht sich nicht an den Tarif zu halten. Aber für die Gewerkschaft besteht die sogenannte Friedenspflicht nach wie vor. Es offenbart sich deutlich der Klassencharakter des Rechts überhaupt in der kapitalistischen Klassengesellschaft.“[21]

„Das Versagen der Justiz“ aber sei die „sicherste Vorbereitung zum Bürgerkrieg“.[22] Die deutsche Rechtsprechung, so Fuchs, füge „sich in jeder Weise in die Tendenzen der heutigen Machthaber ein“.[23] „Das Reichsgericht hat ein gegen Nationalsozialisten erlassenes Uniformverbot für ungültig erklärt. Merkwürdige Dinge geschehen auch in der Polizei. Zweimal kurz hintereinander sind in Berlin Menschen verhaftet worden, die Severing, die Republik und das andere Mal Braun hochleben ließen.“[24] Allzu milde Richter hätten dagegen, so Fuchs, „die Teilnehmer der Krawalle vom Kurfürstendamm gefunden“.[25] Alle ihre Strafen seien in der Berufungsinstanz herabgesetzt, die Führer von Helldorf und Ernst vom Landfriedensbruch freigesprochen geworden. [...] – Will man wirklich des Terrors Herr werden? Man wird es nur, wenn man gleiche Gerechtigkeit hat für alle, gleiche Strenge gegen jeden Terrorakt. Ein Staat, der mit Parteielle und Vorurteilen misst, wird des aufsteigenden Unheils nicht Herr werden.“[26]

Schon dürfe „ein Oberstaatsanwalt im *Angriff* offen den Grundsatz proklamieren: Nicht auf die Tat kommt es an, sondern auf die Gesinnung.“[27] Den deutschen Richtern, so der Oberstaatsanwalt, sei es nicht zum Bewusstsein gekommen, „wie schwer sie sich gegen das oberste Gesetz der Gerechtigkeit vergingen, als sie die idealen vaterländischen Forderungen der nationalsozialistischen Bewegung gegen die grobmaterialistischen, eigensüchtigen, nur einer einzigen Volksklasse angeblich dienenden Ambitionen der KPD gleichsetzten“.[28] Fuchs zog aufgrund dieser Äußerung den Schluss: „Dies ist die offene Proklamierung der faschistischen Justiz. Jeder Kampf um die Lebensrechte der Arbeiterschaft erfolgt aus ‚eigensüchtigen‘ Motiven und muss deshalb schwer bestraft werden. Aber wenn die Unternehmer bewaffnete SA gegen Streik einsetzen, dann sind das ‚idealistische vaterländische‘ Motive, die nichts mit Klassenkampf zu tun haben.“[29]

In den verschärften Klassenauseinandersetzungen in der Endphase der Weimarer Republik ergriff Fuchs Partei für die Arbeiterbewegung und gegen das Bürgertum, nachdem ihm sehr deutlich vor Augen geführt wurde, „was ein deutsches Bürgertum sich an Dummheit, Rohheit, Gewalttat und Unsinn bieten lässt“.[30]

Entgegen herrschender Auffassung in der BRD setzte die Aushöhlung der Weimarer „Reichs“verfassung, die Zertrümmerung von Rechtsstaat und Arbeitsrecht, nicht erst mit dem Jahre 1933 ein[31], sondern erfolgte schrittweise unter den Präsidialkabinetten ab 1930. Der Verfassungsrechtler Helmut Ridder sprach in diesem Zusammenhang von der „Rutschbahn Weimars ins ‚Dritte Reich‘“.[32] Auch für Emil Fuchs war die Zeit von Brüning zu Hitler vom Bild der „Rutschbahn“ bestimmend. Die am 30. Januar 1933 erfolgte Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler durch den Reichspräsidenten von Hindenburg wurde nicht als *qualitativer Sprung*

---

20 PdW vom 4. bis 11. September 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 412.
21 Ebenda, S. 412 f.
22 PdW vom 13. bis 19. Dezember 1931. In: Blick in den Abgrund, S. 215.
23 PdW vom 27. November bis 4. Dezember 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 205.
24 Ebenda.
25 PdW vom 6. bis 13. Februar 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 253.
26 Ebenda.
27 PdW vom 8. bis 14. August 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 395.
28 Ebenda.
29 Ebenda.
30 PdW vom 28. Februar bis 5. März 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 268.
31 Die deutschen Verfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts, Paderborn 1975, S. 111.
32 H. Ridder: Wie und warum (schon) Weimar die Demokratie verfehlte, a. a. O., S. 90.

in der abschüssigen Endphase der Weimarer Republik bis März 1933 – und dies in großer Übereinstimmung mit den Einschätzungen von SPD und KPD – wahrgenommen. Fuchs selbst setzte sich energisch für die normative Wirkung der Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung und der darin garantierten liberalen und sozialen Grundrechte ein und protestierte gegen die Durchbrechung bzw. willkürliche Aufhebung durch Notverordnungen und richterliche Entscheidungen. Im Einzelnen machte er Front gegen die Verletzung der Republik als Staatsform (Art. 1), gegen die Missachtung des Demokratieprinzips (Art. 1), gegen die Aufhebung der Unabhängigkeit der Justiz (Art. 102), gegen die sich steigernde Verletzung der Meinungs- und Pressefreiheit (Art. 118), des Versammlungsrechts (Art. 123), der Glaubens- und Gewissensfreiheit (Art. 135), der gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie schließlich der Tarifautonomie (Art. 165).

Fuchs sah es als seine Aufgabe an, die Rechte des Volkes nicht nur gegenüber der Exekutive, der Legislative und der Judikative, sondern auch gegenüber den Oberen in seiner eigenen Partei zu schützen, die immer wieder die Neigung zeigten, „nicht *für* den Souverän Volk, sondern *über* ihn zu regieren, also aus Citoyens Untertanen zu machen".[33] Emil Fuchs dagegen drückte immer wieder sein Vertrauen gegenüber der Zuverlässigkeit des Volkes aus und mahnte den Parteivorstand der SPD, das in ihn gesetzte Vertrauen nicht zu missbrauchen. Fuchs kritisierte die „schwächliche Haltung" der sozialdemokratischen Stillhaltepolitik, die auf Wahlergebnisse und Entscheidungen des Reichsgerichts – auch nach dem Staatsstreich in Preußen – mehr setzte als auf die „Treue und Zuverlässigkeit ihrer Massen".[34] „Wer klug ist, bleibt auf der Seite des Volkes. Reaktion auch als Scheindemokratie ist zukunftstötend. Nur schärfste Opposition schafft Zukunft."[35] Blankes Entsetzen gegenüber den Führenden der SPD, die die außerparlamentarische Zusammenarbeit mit der KPD wie der Teufel das Weihwasser mieden, brachte Fuchs zum Ausdruck, als er Carl Severing mit den Worten zitierte: „Ich wünschte, daß die Nazis eine Partei wären, die geführt wird von klaren politischen Köpfen. Ich würde gerne mit einer solchen Partei ein Stück des Weges des Wiederaufbaues gehen. Wenn die Nazis das sind, dann bin ich der Überzeugung, daß wir der Mitbeteiligung der Nazis an den Regierungsgeschäften gar nicht abgeneigt gegenüberständen."[36]

Die Präsidialkabinette

Zu Brünings vierter Notverordnung merkte Emil Fuchs am 20. Dezember 1931 an: „Sie stellt einen unerhört schweren Eingriff in das gesamte Wirtschaftsgefüge dar. Sie senkt die Löhne und Gehälter. Aber sie will gleichzeitig durch ein ausgeklügeltes System von Preissenkung und Senkung der Produktionskosten [...] den Ausgleich schaffen. Das Ziel soll sein: Schaffung deutscher Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und Ankurbelung der Wirtschaft im Innern."[37] Nur wenig später kommentierte Fuchs, es sei das Ziel dieser Politik, „die Lasten der Krise auf die Arbeiterschaft abzuwälzen".[38] Und eine Woche später konstatierte Fuchs: „Eine endgültige Rettung wird es für die Arbeiterklasse im Kapitalismus überhaupt nicht geben!"[39]

Beim Militär und der damaligen illegalen Aufrüstung wurde nicht gespart; energische Arbeitsbeschaffung und staatliche Kontrolle der Industrie und Banken blieben aus bzw. wurden nur im äußersten Notfall zaghaft betrieben. Konsequenterweise bezeichnete Fuchs das Brüning-Kabinett nach dessen Sturz als „Wohlfahrtsanstalt für die Großagrarier" sowie „für die

33 W. Markov gemeinsam mit Th. Grimm: Zwiesprache mit dem Jahrhundert. Berlin 1989, S. 254.
34 PdW vom 12. bis 19. März 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 278.
35 PdW vom 17. bis 22. Oktober 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 439.
36 PdW vom 2. bis 9. April 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 298.
37 PdW vom 6. bis 13. Dezember 1931. In: Blick in den Abgrund, S. 437.
38 PdW vom 20. bis 26. Dezember 1931. In: Blick in den Abgrund, S. 217.
39 PdW vom 26. Dezember 1931 bis 2. Januar 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 224.

Großbanken“[40].

Fuchs erkannte, daß die kapitalistische Weltwirtschaftskrise „alle jene Vereinbarungen und Bindungen, auf denen die scheinbare politische Beruhigung während der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in den Jahren 1925 bis 1928 beruhte, aufgelöst und über den Haufen geworfen“[41] habe.

Die Gegensätze zwischen den einzelnen imperialistischen Gruppen seien wieder aufgebrochen. In verdoppelter Schärfe werde nun „der Kampf um die Neuaufteilung der Welt“ geführt. „Die Gegensätze innerhalb der imperialistischen Staaten können aber leicht so stark werden, daß sie nur in dem gemeinsamen Krieg gegen den Raum, den das Proletariat der imperialistischen Ausbeutung entzogen hat, gegen Sowjetrussland, ein Ventil finden können.“[42]

An dem nicht nur bei Kommunisten wegen seiner Rolle bei der Liquidierung der Novemberrevolution[43] und der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verhassten Vertreter des „Ancien Régime“, dem Reichswehr- und Innenminister General Groener, rieb sich Fuchs am häufigsten. Kritik übte Fuchs insbesondere an Groeners Einstufung der nationalsozialistischen „Deutschen Studentenschaft“ als „unpolitischem Verein“[44], obwohl doch der Skandal um Dehn in Halle[45] noch vor Augen stehe.

Fuchs kritisierte die offene Duldung des SA-Terrors durch die Polizei und merkte zu Groeners Erklärung, wonach der „ruhige Verlauf“ des Urnengangs für die Neuwahl des Staatsoberhauptes im März 1932 der „Auffassung des Reichsinnenministers Recht gegeben“ habe, bitter an: „So ganz ruhig, wie das Ministerium meint, ist der Wahltag allerdings nicht verlaufen. Es sind allein am Wahltag vier Arbeiter von Nationalsozialisten ermordet worden. Ganz ‚ruhig’ sind sie ermordet worden [...], Herr Minister! Allerdings sind es ja nur vier – und vier Arbeiter“.[46]

Anstoß nahm Fuchs auch an der Neujahrsbotschaft 1931/1932 des Innenministers Groener, der erklärt hatte: „Wenn ich für das deutsche Volk einen Wunsch habe, dann ist es der, daß es die Ausdauer besitze, den Kampf um seine Freiheit durchzuhalten, dessen Sieg auf Arbeit und

---

40 PdW vom 5. bis 11. Juni 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 345.

41 PdW vom 6. bis 12. März 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 275.

42 Ebenda, S. 276.

43 Siehe Wolfgang Ruge: Friedrich Ebert am 10. November 1918, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), Berlin (DDR), 1978, H. 11, S. 955-971; Siehe auch Georg Fülberths Aufsatz „Von oben für unten”, in dem er den Pakt von Friedrich Ebert mit der Obersten Heeresleitung (Groener) zur Liquidierung der Revolution von 1918 in seiner Besprechung der dreibändigen Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik von Heinrich August Winkler kritisiert. In: *konkret* 5/1988, S. 70 f. Nach dem sozialdemokratischen Mitglied des Vorstandes des Bundes der religiösen Sozialisten Emil Fuchs sucht man im umfänglichen Werk von Winkler vergebens. Zur Rolle von Ebert und Noske siehe auch die Äußerung von Sebastian Haffner (1907-1998): Ebert und Noske „haben die Revolution verraten, sind schuld an der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg, ohne sie wäre Hitler nicht an die Macht gekommen.“ zit. nach: Uwe Soukup: Meister der Gegensätze, Zum Tod des Berliner Publizisten Sebastian Haffner, in: *junge Welt*, Berlin, vom 04.01.1999, Nr. 2, S. 14.

44 PdW vom 2. bis 9. Januar 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 228.

45 Der ehemalige religiöse Sozialist und Theologieprofessor an der Universität Halle war von nationalistischen Studenten, die seine Amtsentlassung forderten, massiv angegriffen worden, weil dieser sich gegen Kriegerdenkmäler in Kirchen ausgesprochen hatte. Siehe Werner Prokoph, Demokratische Bestrebungen und faschistischer Ungeist an der Universität Halle-Wittenberg in den Jahren 1929-1934, 2 Bde., Halle 1967, Dissertation Halle 1968; Werner Prokoph, Die Universität Halle-Wittenberg in Hochschulpolitik und Wissenschaftsorganisationen der Weimarer Republik, 2 Bde., Halle 1980, Dissertation B, Halle 1981; H. Ludwig, Kirche und Völkerversöhnung: Vor 50 Jahren „Fall Dehn“, in: Standpunkt, Evangelische Monatsschrift, Berlin (DDR), [Ausgezeichnet mit der *Emil-Fuchs-Plakette* des Friedensrates der DDR], 9 (1981), S. 304-308; W. Prokoph, Politische Aspekte des Halleschen „Fall Dehn”, in: Standpunkt 11(1983), Beilage S. 8-13.

46 PdW vom 20. bis 26. März 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 285.

Opfer beruht.“ Gegen diese Sozialdemagogie wandte Fuchs ein: „Um wessen Freiheit übrigens? [...] die Verteilung der Opfer [ist nur] wieder einmal so, daß es eine Irreführung ist, zu behaupten, es handle sich um den Freiheitskampf des deutschen Volkes. [...] Denn auch der Innenminister wird wohl die Arbeiterschaft zum ‚Volk‘ rechnen. Für diese fällt aber bei diesem ‚Freiheitskampf‘ immer nur Lohnabbau ab.“[47]

Die Papen-Regierung stütze sich „hauptsächlich auf die Nazis, deren Forderungen für eine Tolerierung (Aufhebung des SA-Verbots, Neuwahlen) sie erfüllt. Die Harzburger Front macht zunächst Arbeitsteilung: Die deutschnationalen ‚Pappenheimer‘ übernehmen die Ministersessel und die Verantwortung, die Nazis stellen die Mandate, und man gibt ihnen noch einmal die Möglichkeit, durch Neuwahlen ihre parlamentarische Stellung und ihren Einfluss auf ihre Anhänger zu verstärken.“[48]

Fuchs ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, wie die Papen-Regierung zustande gekommen war. Der Grund sei, „daß die deutsche Bourgeoisie, vor allem ihre drei Hauptrichtungen, die Schwerindustrie und die Großagrarier zusammen mit den Generalen, Brüning nach Hause schickte, da er diesen Herren noch nicht genug abgebaut hat.“ Die Papen-Regierung „wird abbauen wie ihre Vorgänger. Aber sie wird das Tempo beschleunigen.“[49]

Über die sozialpolitischen Maßnahmen der Papen-Regierung notierte Fuchs: „Wenn ein Erwerbsloser in seiner letzten Not zur Selbsthilfe greift, so nennen ihn die Gesetze der Bourgeoisie einen Dieb. Wenn die Regierung Papen mit einem Federstrich 1,5 Milliarden Mark aus den Taschen der Werktätigen zieht, so ist das eine ‚nationale Tat‘!“[50]

In einem Offenen Brief an den Herrn Reichskanzler von Papen ergänzte Fuchs: „Sie haben durch Ihre Notverordnungen die kärglichen Lebensnotwendigkeiten der Alten, Kranken, Invaliden, Kriegsverletzten, Erwerbslosen herabgedrückt – in einem Volke, in dem nur vollendete Gewissenlosigkeit überzeugt sein kann, daß man den besitzenden Ständen keine Opfer mehr zumuten könne.“[51] In dem gleichen Brief macht Fuchs deutlich, daß dessen Politik der Aufrüstung zum Kriege führen werde. „So befangen sind Sie und ihre militärischen Ratgeber im Geiste der alten Zeit, daß Sie die ungeheure Veränderung der Welt, die keinem Volke mehr ein isoliertes Dasein gestattet, glauben missachten zu können. Wir aber sehen auch sehr deutlich, daß Sie mit dieser Politik der ‚Aufrüstung‘ nichts weiter erreichen können, als unser Volk einzureihen in den Ring des Verderbens, in dem eine in ihrer Erwerbsgier zum Wahnsinn verblendete Welt ihren Untergang vorbereitet.“[52]

Nicht erst am 30. Januar 1933 sah Fuchs „die deutsche Republik vor die letzte Entscheidung gestellt, ob sie diesen Prozess rücksichtslos durchführen wird und will [...] oder ob sie sich selbst die Existenzberechtigung absprechen will, indem sie eine Partei schont, die alle Not steuern will einfach durch den Mord an ihren Mitbürgern“.[53]

Am Tage der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler notierte Fuchs: „Die deutsche Tragödie dehnt sich zu einer Tragödie Europas.“ Weitsichtig sah er voraus: „Die Weltkatastrophe, deren Mittelpunkt Deutschland heißt, geht weiter. Von unserem klaren Mut hängt mehr ab als nur Deutschlands Existenz. Zumindest für Europa geht es um die Frage: Rettung der Kultur oder Zurücksinken in hoffnungslose Verelendung und Barbarei“. Es sei jedoch keine Ursache zu

---

47 PdW vom 27. Dezember 1931 bis 2. Januar 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 222.

48 PdW vom 29. Mai bis 4. Juni 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 341.

49 PdW vom 5. bis 11. Juni 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 345.

50 PdW vom 11. bis 18. Juni 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 350.

51 Offener Brief an den Herrn Reichskanzler von Papen. In: RS 1932, Nr. 37 vom 11. September 1932, S. 145 f.

52 A. a. O., S. 146.

53 PdW vom 21. bis 28. November 1931. In: Blick in den Abgrund, S. 199.

verzweifeln, aber jeder Grund da, „alle Kräfte entschlossenen Widerstandes, klaren Willens, ehrlicher, unbeugsamer Führung einzusetzen. Noch kann die Katastrophe vermieden werden, die eine Herrschaftszeit, wie Hitler sie plant und Hugenberg will, herbeiführen müsste. Keiner allerdings hilft sie vermeiden, der jetzt noch schwächlich zögert, alle seine Energie gegen diese Regierung zu gebrauchen.“[54] Dabei forderte Fuchs, „daß auch diese dumme Polemik zwischen SPD und KPD einer wirklich sachlichen Aussprache, sachlichem Austragen der nicht zu verdeckenden taktischen Meinungsverschiedenheiten und einer klaren Entschlossenheit gemeinsamen Widerstandes weicht“.[55]

Für antifaschistische und antiimperialistische Einheitsfront

Durch alle Berichte zieht sich die Forderung von Fuchs nach der Einheitsfront von SPD und KPD. Angesichts des barbarischen Terrors fand sein Ruf nach Einheitsfront zunehmend auch ein Echo, weil zumindest teilweise begriffen wurde, „wie unbedingt notwendig es ist, daß wir zur Einheitsfront des Proletariats kommen. Die öffentliche Diskussion wird darüber zwischen SPD und KPD geführt. Möge man bald und entschlossen der Schwierigkeiten Herr werden, die sie noch nicht zustande kommen lassen.“[56]

Beschwörend hatte Fuchs bereits am 3. Juli 1932 geschrieben: „Gelingt es nicht, in kürzester Zeit die Einheitsfront der sozialdemokratischen, christlichen, parteilosen und kommunistischen Arbeiter dem SA-Terror entgegenzustellen, dann werden die Zustände der letzten Tage in diesem Sommer [1932, FMB] der normale Zustand werden.“[57]

Zur Jahreswende 1932/33 richtete Fuchs erneut einen dringenden Appell an die Arbeiterparteien und die sie stützenden Massen: „Entschlossener Kampf diesen Gewalten! Sammlung aller, die spüren, wie sie heute mit Hunger die Völker vernichten, für morgen den Krieg bereiten in einer Gestalt, die unfassbar furchtbar ist. Ihre eigene Selbstsucht macht sie uneinig und schwach. Seien wir einig, und wir werden die Gefahr überwinden können.“[58]

Zwischenbilanz

Auch im fusionierenden und zugleich konkurrierenden „Weltimperialismus“ (Emil Fuchs) muss immer noch *eingreifendes Denken und gemeinsames Handeln* bewirken, was die Kämpfe und Opfer von Krieg und Faschismus, Faschismus und Krieg, die noblen Schwüre, die wohlmeinenden Vorsätze und Absichtserklärungen nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts bisher nicht dauerhaft und weltweit vermocht haben. Nicht Glorifizierung der Vergangenheit und Nostalgie, nicht selektive Wahrnehmung, nicht Verdrängung und Diffamierung, sondern kritische Aufarbeitung und Wiederbelebung einer vielfach verschollenen Erbschaft von Emil Fuchs sind angezeigt.

Nach dieser kurzen Zwischenbilanz wende ich mich nun *unmittelbaren* Aspekten der Aktualität von Emil Fuchs in der gegenwärtigen kapitalistischen Krise zu. Wer Ohren hat zu hören und sich an der unvertrauten Begrifflichkeit nicht nur aus christlichem Munde z. B. von Proletariat und Bourgeoisie nicht gestört hat, wird auch zuvor auf *mittelbare* analoge Aspekte gestoßen sein.

Die Aktualität von Emil Fuchs in der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus

Geschichte wiederholt sich nicht exakt. Keiner steigt nach den Worten von Heraklit zweimal in denselben Fluss, „denn anderes und anderes Wasser fließt hinzu“. „In die gleichen Ströme

---

54 PdW vom 30. Januar bis 4. Februar 1933. In: Blick in den Abgrund, S. 496.
55 Ebenda.
56 PdW vom 11. bis 18. Juni 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 354.
57 PdW vom 19. bis 26. Juni 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 357.
58 PdW vom 24. bis 31. Dezember 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 481.

steigen wir und steigen wir nicht. Wir sind es und sind es nicht.“[59] Und doch gibt es ohne Analogien keine geschichtliche Erkenntnis.

So wie in der großen Weltwirtschaftskrise 1929 ff. verbreitet sich heutzutage Angst. Viele haben das Gefühl, daß wir uns auf der „Titanic“ befinden und daß wir bald den Eisberg rammen werden. Wie der schwarze Freitag 1929 hat der 15. September 2008, der Tag, an dem die Lehman-Bank zusammenbrach, den Lauf der Geschichte verändert. Die Ideologen der „entfesselten Marktwirtschaft“ können uns am Ende wie ihre Vorgänger in der Großen Depression in eine fürchterliche Katastrophe führen, also zu noch mehr Armut und Elend, Arbeitslosigkeit und letztendlich auch zum Krieg, denn der Kapitalismus „trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“ (Jean Jaurès)[60].

Der Chef der EZB hält das „Modell des Sozialstaates“ im Widerspruch zum Sozialstaatspostulat des Grundgesetzes (Art. 20 GG) endgültig für „ausgedient“, nachdem schon die rot-grüne Regierung es angetastet hatte. Der fiskalpolitische Sparkurs zu Lasten der unteren Schichten der Bevölkerung müsse unbeirrt fortgesetzt werden.

Wie schon am Ende der Weimarer Republik wird eine Reichen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer als schädlich für das Wachstum ausgeschlossen. Anstrengungen zur Verfolgung und Bestrafung der Steuerflucht- und sonstiger Wirtschaftskriminalität werden unterlaufen und mit nur abgebremster Energie verfolgt. Gleichzeitig erinnert die Geldflut der EZB, wie der frühere Chef der Bundesbank, Helmut Schlesinger, kritisch anmerkte, an „Kriegsfinanzierung“.

Die Sanierung der verzockten Banken durch Steuergelder ist dabei kein neues Phänomen. Schon Emil Fuchs schrieb vor exakt 80 Jahren, daß nicht nur die Danat und die Dresdner Bank durch die Krise so erschüttert seien, daß sie aus eigener Kraft nicht weiter existieren konnten. „Der Staat mußte eingreifen und die Beträge zur Sanierung zur Verfügung stellen, da der Zusammenbruch dieser Großbanken das ganze kapitalistische Kreditsystem und damit die kapitalistische Wirtschaft bedrohte. Diese Sanierung der Banken durch den Staat bedeutet nichts anderes als eine Aktion der Bourgeoisie zur Rettung des Kreditsystems und damit zur Rettung ihrer Macht. Die Führung der Banken zusammen mit den Vertretern der Bourgeoisie im Staatsapparat [...] haben diese Rettungsaktion organisiert, indem sie verschiedene Banken zusammengelegt und mit neuen Kapitalien ausgestattet haben. Die neuen Kapitalien werden aus Steuermitteln aufgebracht. Letzten Endes ist es also wieder das Proletariat, das die Verluste, die die Kapitalbesitzer in der Krise ihrer Banken gehabt haben, bezahlen muss.“[61]

Die „neugegründeten Finanzierungsinstitute“, heute heißen sie „bad banks“, müssten zusätzlich auf die Reichsbank, heute Bundesbank, zurückgreifen. „Und hier entsteht wieder das alte Dilemma: Gibt sie wenig Kredit, werden die Arbeitslosen nicht weniger; gibt sie viel, wird die Währung gefährdet“,[62] also die große Inflation angeheizt.

Die Krisen von 1873 und von 1929 mündeten schließlich in Weltkriege, wobei a) die Konzentration von Wirtschaftsmacht in den Händen weniger Eigentümer, b) die militärischen Vernichtungspotentiale, c) die technisch hochentwickelten Überwachungsapparate (einschließlich

---

59 Zit. nach H. H. Holz: Zirkus – die ehrlichste der Künste. Über einen Themenkreis im Werk von H. Falk. In: Tagesanzeiger Magazin, Nr. 16 vom 22. April 1978, S. 28.

60 Vgl. Wladimir I. Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa. In: *Social-Demokrat*, Nr. 44 vom 23. August 1915: „Unter dem Kapitalismus ist ein gleichmäßiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung einzelner Wirtschaften und einzelner Staaten unmöglich. Unter dem Kapitalismus gibt es kein anderes Mittel, das gestörte Gleichgewicht von Zeit zu Zeit wiederherzustellen, als Krisen in der Industrie und Kriege in der Politik“.

61 PdW vom 20. Februar bis 27. Februar 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 264.

62 PdW vom 12. März bis 19. März. In: Blick in den Abgrund, S. 282.

eingeschleuster Staatstrojaner) und d) die mediale Beeinflussung und Manipulation der Bevölkerung seither unvorstellbar zugenommen haben.

Das Vertrauen in die Parteien, vor allem außerhalb von Wahlkämpfen, ist tief gesunken. Der Anteil der Nichtwähler nimmt zu. Integre Persönlichkeiten mit der Ausstrahlungskraft eines Erwin Eckert oder Emil Fuchs sind rar geworden. Man muss kein Apokalyptiker sein, um wenig Hoffnung und Optimismus in die Zukunft zu haben. Wie werden sich die Menschen verhalten, wenn die ganz große Katastrophe erst einmal voll eingetreten ist? Wie werden die Menschen reagieren, wenn aller Sicherheiten verschwinden? Nach Eric Hobsbawm ist, solange Profit, Gewinn und maximales Wirtschaftswachstum dominieren und der Staat in das marktradikale Geschehen nicht eingreift, alles möglich: Inflation, Deflation, Hyperinflation. Lebte Emil Fuchs noch, er hätte mit Eric Hobsbawm die geschichtliche Erfahrung geteilt, daß wir uns erneut auf eine Tragödie zubewegen. „Es wird Blut fließen, mehr als das, viel Blut, das Leid der Menschen wird zunehmen, auch die Zahl der Flüchtlinge.“[63]

Beim Militär wird ebenso wenig gespart wie in der Weimarer Republik. Der Konflikt um die Ukraine bietet die Rechtfertigung für erneutes Wettrüsten. Was wir erleben, ist keine Reform der Bundeswehr, sondern die Umwandlung der Bundeswehr von einem Instrument der Landesverteidigung, so wie es das Grundgesetz vorschreibt, in eine nicht verfassungsgemäße internationale Eingreiftruppe zum geopolitischen Schutz „unserer“ Rohstoffe.

Das hochverschuldete Griechenland soll nach dem Diktat der Geldgeber nicht etwa an der Rüstung sparen, sondern bei Löhnen, Gehältern, Gesundheit, Bildung und Kultur. Deutschland ist heute nach der Verantwortung für zwei Weltkriege der viertgrößte Rüstungsexporteur der Welt; bezogen auf den Anteil der deutschen Bevölkerung an der Weltbevölkerung nimmt Deutschland sogar den ersten Platz ein.[64] Wie schrieb Emil Fuchs im Januar 1933: „Der Weltbrand lodert heller empor. Wann wird er in jenes Stadium gekommen sein, wo niemand sein Umsichgreifen mehr hindern kann? – Das alles wäre nicht möglich ohne die Mithilfe der europäischen und amerikanischen Geldmächte und Munitionsfabriken. – Geld, Geld, Geld muss verdient werden, und wenn wir alle darüber zugrunde gehen!“[65] Trotz Arbeitslosigkeit steigen die Papiere an den Börsen, „von St. Moritz wird berichtet, daß die internationale Vergnügungsgesellschaft sich seit fünf Wintern nicht so glänzend und großartig amüsiert habe wie heuer. Dort hat man wieder Geld.“[66]

Einmischungen in die Politik anderer Länder, das Streben nach Regimechange, insbesondere in den heutzutage als Schurkenstaaten Deklarierten, und hysterische Schreie zugunsten eines „humanitären“ Krieges tragen dazu bei, gerade die Massaker hervorzurufen, die sie angeblich verurteilen (Domenico Losurdo). Das Beispiel Libyen mahnt!

Wie aufgeschreckte Krankenschwestern eilen die Politiker ans Krankenbett des Kapitalismus und tun so, als ob sie die Lage in den Griff bekommen bzw. bekommen werden, stets begleitet von TINA, der gebetsmühlenhaft wiederholten Rechtfertigung: There Is No Alternative. So wie es Emil Fuchs in den 30er Jahren klarsah, bewegen wir uns heute auf eine Tragödie, Weltkrieg nicht ausgeschlossen, zu, sei es nun durch die unversöhnlichen, tatsächlichen und geschürten Gegensätze im Nahen Osten, in der Ukraine oder langfristig durch die Konkurrenz der Weltmächte USA und China. Der krisen- und kriegsanfällige Kapitalismus kann, wie schon Emil Fuchs warnte, nicht die Lösung für die Zukunft sein. Fuchs war sich mit Kommunisten, Sozialdemokraten und linksbürgerlichen Demokraten darin einig, daß der Mutterboden von Krieg

---

63 Eric Hobsbawm: Es wird Blut fließen, viel Blut. Interview mit dem *stern* am 7. Mai 2009. Nachdruck in diesem Band.

64 Siehe A. M. Jäger-Gogoll und J. M. Becker, Zur Einführung. In: Robert Neumann. Sir Basil Zaharoff. Der König der Waffen, Frankfurt/Main 2011, S. 12.

65 PdW vom 1. bis 7. Januar 1933. In: Blick in den Abgrund, S. 481.

66 PdW vom 8. bis 15. Januar 1933. In: Blick in den Abgrund, S. 487.

und Faschismus der Kapitalismus sei. Der Frankfurter linksbürgerliche Max Horkheimer brachte das mit den Worten zum Ausdruck: „Wer aber nicht vom Kapitalismus reden will, soll vom Faschismus schweigen.“[67]

Gegen die Tendenz im heutigen Italien, eine Regierung unabhängig von Parteieinflüssen und Parlamentsmehrheiten zu installieren, hätte Fuchs, wie schon 1932, argumentiert: „Die Bourgeoisie sieht sich immer stärker von der ‚Antikapitalistischen Sehnsuchtswelle‘ bedroht und fürchtet daher, im Reichstag ihren kapitalistischen ‚Ausweg‘ aus der Krise nicht durchsetzen zu können, da sie nicht die Entlarvung der Nazis [...] riskieren will.“[68]

Gleichzeitig ertönt heute vereinzelt die Forderung nach Verbot der einzigen Partei, die sich – mehr zaghaft als entschlossen – dem Mainstream entgegenstellt und schon deshalb zu Unrecht als verfassungswidrig abgestempelt wird, weil sie immer noch auf die Möglichkeiten der Enteignung gemäß Art. 14 und 15 des Grundgesetzes verweist.

Daß bei einem „Anstieg der Leistungen der Wirtschaft“ noch lange nicht die „Arbeitslosigkeit“ verschwindet, wusste Emil Fuchs schon vor 80 Jahren. „Es scheint fast, daß erhöhte Leistung der Wirtschaft heute noch lange nicht Abnahme der Erwerbslosigkeit bedeutet. Ein sehr bedenkliches Symptom, das auch von Amerika berichtet wird, wo steigende Leistung der Wirtschaft sich vollziehen soll, ohne daß bis jetzt die Arbeitslosigkeit abnimmt.“ Die Neuwahl Roosevelts 1932 bedeutete für Fuchs eine „Umstellung der Politik von brutaler Vertretung der Hochfinanzinteressen zu denen der Waffen.“[69] Fuchs sah den „Kriegskapitalismus“, den *Warfare State*, voraus, und tatsächlich gelang Roosevelt eine Senkung der Arbeitslosigkeit erst, „nachdem die USA die Rüstungen forciert hatten und dann in den Krieg eingetreten sind“.[70]

Würden wir der neuerlichen offiziellen Losung des „Antifaschismus von oben“ Glauben schenken, so gäbe es keinen Grund zur Beunruhigung. Vertreter der Allparteienkoalition treten gemeinsam dafür ein, der „rechtsextremistischen“ Mordserie ein Ende zu bereiten. Die Instrumente zum Verbot neofaschistischer Organisationen liegen im Grundgesetz bereit, allerdings nicht in Art. 21, Absatz 2, sondern im Art. 139, in dem es heißt: „Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

Bundespräsident Gauck und der herrschende Zeitgeist

Der von fast allen Parteien gewählte neue Bundespräsident Joachim Gauck attestiert Thilo Sarrazin (SPD) „Mut“, wenn er die Ethnisierung sozialer Konflikte öffentlich thematisiert. Mit der Wahl Gaucks zum Bundespräsidenten fallen alle glaubwürdigen Bemühungen um die Bekämpfung der aus Fremdenhass gespeisten „rechtsextremistischen Mordserie“ in sich zusammen. Die Biedermänner und Brandstifter gerieren sich als Feuerwehrleute.

Daran, daß Joachim Gauck den über 4.000 Unterzeichnern eines Aufrufes gegen die Kriegsvorbereitungen im Nahen Osten Mut attestiert, ist nicht zu denken. Während der Weltrat der Kirchen 1948 den Krieg als Mittel der Politik ächtete und proklamierte: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein!“, rechtfertigt Gauck den Krieg in Afghanistan und wird als Bundespräsident mit pastoralem Pathos auch weitere mögliche Kriegsbeteiligungen Deutschlands, auch um der Rohstoffe willen, rechtfertigen.

Während Linksprotestanten in den 60er, 70er und 80er Jahren *gegen* den amerikanischen Vietnamkrieg und *für* die *Freiheit* des vietnamesischen Volkes, *gegen* die südafrikanische

---

67 M. Horkheimer: Die Juden und Europa. In: Gesammelte Werke, Band 4, Frankfurt am Main 1988, S. 308 f.

68 PdW vom 8. bis 14. August 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 393.

69 G. Fülberth: Ein kleiner Unterschied bei viel Gemeinsamkeit. In: Blick in den Abgrund, S. 539.

70 Ebenda.

Apartheid, die von mächtigen Banken und Konzernen Westdeutschlands unterstützt wurde, *für* die *Freiheit* der Schwarzen, *gegen* den Putsch in Chile und *für* die *Freiheit* des chilenischen Volkes, *gegen* eine Welt voller Waffen und *gegen* die atomare „Nachrüstung" und *für* die *Freiheit* von Waffen und Waffenexporten protestierten, wirft Gauck ihnen „Linkslastigkeit" und einen negativen Begriff von „Freiheit" in ihrer Kapitalismuskritik vor.[71]

Am Ende ist gar die Ostdenkschrift der EKD aus dem Jahre 1965 das Werk der linksunterwanderten evangelischen Kirche. Am Ende sind es wieder die bösen Kommunisten, die an allem schuld sind ... 1998 schrieb Gauck in seinem Nachwort zum „*Schwarzbuch Kommunismus*" wörtlich: „Einheimischen wie Vertriebenen galt der Verlust der Heimat als grobes Unrecht, das die Kommunisten noch zementierten, als sie 1950 die Oder-Neiße-Grenze als neue deutsch-polnische Staatsgrenze anerkannten." Was hätte wohl Willy Brandt dazu gesagt, nachdem er 1970 den Warschauer Vertrag unterzeichnete?

Die Kritik am Linksprotestantismus trug Gauck übrigens vor einem Jahr auf dem Pfarrertag der Ev. Kirche in Hessen und Nassau in Frankfurt vor, jener Landeskirche, die einst von Kirchenpräsident Martin Niemöller angeführt wurde.[72] Von einem Widerspruch an gleicher Stelle ist mir nichts bekannt.

Es ist zu befürchten, daß Gauck einem offiziellen Tag des Gedenkens an die „Opfer aller autoritärer und totalitärer Regime" zustimmen wird, einem Konzept, das sowohl das einzigartige Verbrechen der Judenverfolgung und -vernichtung relativiert als auch den Faschismus im Ganzen verharmlost und damit dessen stille Rehabilitierung begünstigt.[73]

2002 forderte Gauck bei der Festveranstaltung des Bundes der Vertriebenen in Berlin, „am Ort der Wannseekonferenz und der Stasizentrale, dem einstigen Regierungssitz brauner und roter Despoten" neben dem Holocaustdenkmal auch ein „Zentrum gegen Vertreibungen" zu errichten. Gauck forderte die Ablösung einer „neurotischen Nachkriegsära", gemeint sind die späten und noch keineswegs abgeschlossenen Bemühungen um die Aufarbeitung deutscher Geschichte. Gauck will einen Paradigmawechsel: aus einem „Tätervolk" ein Volk der „Opfer" machen – als ob sich Täter und Opfer gegeneinander aufrechnen ließen! O-Ton Gauck: „Die Toten von Auschwitz, denke ich, werden nichts dagegen haben, wenn ich die Toten von Schwientochlowitz in der Erinnerung neben sie lege". Mit den „Toten von Schwientochlowitz" sind Deutsche gemeint, die nach Kriegsende in einem Arbeitslager der Roten Armee ums Leben gekommen sind. Ob Herr Gauck weiß, daß es die Rote Armee war, die nach einem aufgenötigten, ungeheuer opferreichen Krieg am 27. Januar 1945 das Vernichtungslager Auschwitz befreite? Geradezu obszön ist der Hinweis von Gauck – nach seiner Wahl – auf die fürchterlichen Massenmorde unter dem Pol Pot-Regime als Beleg für die von ihm für notwendig gehaltene Relativierung der Shoah. Vielleicht kann nur jemand so reden, dessen Eltern bereits vor 1933 aktive Mitglieder der NSDAP gewesen sind.

Nichts gegen Talare, aber bei Gauck kriecht der Mief und Muff der 50er Jahre wieder hoch. Was uns Ex-Pastor Gauck dem Sinne nach und in der verquasten Sprache eines Freiheitsapostels der 50er Jahre wie Theodor Litt darbietet, ist eine völkisch akzentuierte „Zwei-Reiche-Lehre", versetzt mit der Dämonologie eines Walter Künneth. Gauck redet von „Freiheit", neuerdings von „Freiheit und Verantwortung". Von „Gleichheit" und „Brüderlichkeit" redet er nicht und stellt sich damit gegen die Große Französische Revolution von 1789.

---

71 Siehe die Erklärung zur bevorstehenden Wahl des neuen Bundespräsidenten von Pfarrer Hartwig Hohnsbein und Pfarrer Helmhard Ungerer vom 24. Februar 2012.

72 Siehe H. Hohnsbein: Gauck als Kirchenkritiker. In: *Ossietzky* 14/2011.

73 Siehe inzwischen L. Elm: Europäischer Gedenktag „23. August" – das falsche Datum. In: *Marxistische Blätter* 4/2015, S. 107-113.

Es mag sein, daß Gauck den Satz beherzigt, daß, wer an der Spitze des Staates steht, die Ebene der Emotion bedienen muss. Mit Gauck hat die Bundesrepublik jedoch einen Präsidenten bekommen, in dessen Person der gegenwärtige Zustand deutscher Politik nahezu ideal abgebildet ist: „reaktionär, selbstgefällig, die faschistische Vergangenheit beschönigend, von blindwütigem Antikommunismus bestimmt, fremdenfeindlich und gleichgültig gegenüber den Opfern kapitalistischer Ausbeutung.“[74] Fast kommen mir bei aller Unterschiedlichkeit der verfassungsrechtlichen Situation Assoziationen zur Wahl Hindenburgs im Jahre 1925 und 1932 in den Sinn, 1932 auf der Grundlage der breiten Koalition von SPD, Zentrum, DDP, bis DNVP.

Schluss

Ein letztes Wort zum Pazifisten Emil Fuchs: Der Zeit seines Lebens engagierte, radikale Pazifist Emil Fuchs hatte schon in der Weimarer Republik für Waffen und Waffenexport nichts übrig. „Zwar möge es durch [...] Rüstungsaufträge [...] etwas mehr Arbeit geben.“ Das deutsche Proletariat hat jedoch kein „Interesse daran, durch die Lieferung des Kriegsmaterials [...] Arbeit zu bekommen. Niemals! Die Arbeit, die das europäische Proletariat jetzt vielleicht bekäme, würde es nur zu bald selbst in den Krieg stürzen. Deshalb ist es die Aufgabe des Proletariats, gegen die Kriegslieferungen zu kämpfen, um den Krieg zu verhindern.“[75]

Emil Fuchs hätte sich heutzutage als Christ und Sozialist dem Kriegstreiben widersetzt bzw. sich dem Rummel um unwichtige Nebenkriegsschauplätze und Nebelkerzen entzogen. Emil Fuchs hätte die im Herbst 2011 veröffentlichten 95 Thesen, 494 Jahre nach dem Thesenanschlag Martin Luthers an der Wittenberger Schloßkirche, unterschrieben, deren erste 6 Thesen lauten: 1. Der Kapitalismus ist menschenfeindlich! 2. Die kapitalistische Marktwirtschaft ist nicht sozial, sondern asozial: 3. Im Kapitalismus geht alle Macht von den Privatbesitzern der Produktionsmittel und nicht vom Volke aus! 4. Der Kapitalismus bringt jährlich Millionen Menschen in der Welt durch Hunger und Unterernährung um! 5. Der Kapitalismus zerstört in seinem Wachstumsstreben unsere natürliche Umwelt! 6. Die herrschende Meinung ist immer die Meinung der Herrschenden!“[76]

Damit nun Ihre Meinung im Gespräch hörbar wird, beende ich diesen notwendigen Ausflug in die Geschichte und das Denken des Christen und Sozialisten Emil Fuchs, weil die Verdrängung der historischen Erinnerung sich bitter rächen wird, wenn wir die Rutschbahn in neue Katastrophen nicht verhindern können, und bedanke mich für Ihre geduldige Aufmerksamkeit.

Erstveröffentlichung

---

74 Siehe Leserbrief in der *jungen Welt* vom 17.03.2012, S. 14.

75 PdW vom 6. bis 12. März 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 277.

76 Unsere 95 Thesen. In: *junge Welt* vom 29. Oktober 2011.

Friedrich-Martin Balzer: „Dem Ganzen dienen, sich selbst treu bleiben". Erwin Eckert. Ein Lebensbild in Briefen und Selbstzeugnissen

Vortrag am 26. Februar 2014 im Institut für Stadtgeschichte Mannheim[1]

Bei den Oberbürgermeisterwahlen am 31. Juli 1949 in Mannheim stimmten nahezu 35 Prozent der Wähler für den kommunistischen Kandidaten Erwin Eckert, nachdem die Versuche der KPD, mit der SPD einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen, gescheitert waren. Angesichts der damaligen Verhältnisse, in denen der Antikommunismus noch bzw. schon wieder weit verbreitet war, ist die Zustimmung von mehr als 26.000 Stimmen für den ehemaligen Mannheimer Stadtpfarrer Erwin Eckert ein außergewöhnliches Ereignis. Wer war dieser Kirchen- und Volkstribun, der Tausende in die Kirche und Hunderttausende in die Versammlungssäle zog?

* * *

Geboren wurde Erwin Eckert am 16. Juni 1893 im badischen Zaisenhausen, als ältester Sohn unter sieben Geschwistern. Fünf Jahre darauf gingen seine Eltern nach Mannheim, wo er das Humanistische Gymnasium besuchte. In Heidelberg, Göttingen und Basel studierte er Theologie und Philosophie. Frühe politische Überlegungen führten 1911 zum Eintritt in die SPD. Dann kam der Erste Weltkrieg, und unter dem Einfluss des von ihm verehrten Reichstagsabgeordneten Ludwig Frank meldete *auch er* sich *freiwillig*. Dem Krieg dienen zu wollen, das verging ihm jedoch bald. Nach dem mit Auszeichnung bestandenen theologischen Examen wurde er zunächst Vikar in Pforzheim, 1922 Pfarrer in Meersburg und 1927 auf eigenen Wunsch Pfarrer an der Trinitatis-Kirche in Mannheim. Sich zu organisieren, um in der Gesellschaft sowie für diese wirksam tätig sein zu können, ließ ihn 1920 in Pforzheim den „Bund evangelischer Proletarier" gründen sowie 1924 in Meersburg die „Arbeitsgemeinschaft der religiösen Sozialisten Deutschlands" ins Leben rufen. Aus dieser ging 1926 der „Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands" hervor, dessen geschäftsführender Vorsitzender er von 1926 bis 1931 war.[2] Gleichsam programmatisch hatte Eckert 1926 bei der Gründung des Bundes in Meersburg seine Eröffnungspredigt unter das Bibelwort gestellt: „Ich bin gekommen, ein Feuer anzuzünden auf Erden; was wollte ich lieber, denn es brennete schon!". Gleichzeitig wirkte er als Schriftleiter des wöchentlich erscheinenden Bundesorgans „*Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes*", das ab 1931 „*Der Religiöse Sozialist*" hieß und zuletzt eine Auflage von 17.000 Exemplaren erreichte.

In den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts nahm Eckert immer entschiedener Stellung gegen alles, was den eigentlichen Intentionen der jungen Weimarer Republik widersprach. So unterstützte er den Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten und wandte sich gegen den aufkeimenden neuen Militarismus, der seit 1928 im Panzerkreuzerbau bedrohliche Gestalt annahm. Er kritisierte das Wehrprogramm, das seine Partei trotz anderer Wahlversprechen 1929 beschloß. Partei ergriff er – wie auch viele andere Intellektuelle – für das Neuartige, bessere Zustände Versprechende, das in der Sowjetunion im Entstehen begriffen war, so u. a. 1930 als einziger sozialdemokratischer Delegierter auf dem Nürnberger Deutschen Evangelischen Kirchentag und in der Berichterstattung über die Sowjetunion im „*Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes*"[3]. Angesichts der von den Oberen betriebenen antisowjetischen Hetze,

---

1 Gewidmet Dieter Kraft zum 65. Geburtstag am 14. Februar 2014.

2 Zur Tätigkeit Erwin Eckerts im Bund der Religiösen Sozialisten siehe F.-M. Balzer: Klassengegensätze in der Kirche, Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands. Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth Bonn [3]1993.

3 „Die unverkennbar auf Krieg hinarbeitende Hetze gegen die Sowjetunion, die von der Geistlichkeit der verschiedenen Konfessionen wegen des bedrohten Seelenheils der Gläubigen [...] inszeniert worden ist, wird auch von manchen Leuten durchschaut, in deren Weltanschauung die religiösen Gefühle den Grundton geben. [...]" Die Meinungen der Herausgeber des „Sonntagsblatts des arbeitenden Volkes" wirken als, „mitunter an die deutsche soziale Revolution gemahnende Versuche, für soziale Befreiung der Werktätigen die Bestätigung in überkommenen Lebensdeutungen zu finden, sympathischer als die

die zweifellos ein propagandistisches Vorspiel für den Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion war, in dessen Rücken allein 6 Millionen Juden ermordet wurden, stellte er sich gegen heftige Proteststürme schützend vor die Sowjetunion, die schließlich mit der Roten Armee das Vernichtungslager Auschwitz befreite. Eckert mahnte seine Zuhörer, zuallererst die Unmenschlichkeit im Kapitalismus des eigenen Landes wahrzunehmen und zu bekämpfen. „Nicht anklagen, sondern Buße tun soll die evangelische Kirche", war das Thema seiner Rede. Wie sagte Brecht: „Mögen andere von ihrer Schande sprechen; ich spreche von der meinen".

Ein argumentativ-kämpferischer Stil kennzeichnete seine Reden, gehalten in Hunderten von deutschen Städten. Sie richteten sich gegen soziale Not und Ungerechtigkeit im Kapitalismus, gegen den Nationalismus konservativer und rechtsliberaler Kreise. Von großer Sorge um die neu aufkommende Gefahr des Faschismus getrieben, warnte er insbesondere vor dem, was die unmenschlichen Nazi-Parolen ankündigten: „Ausrottung des Marxismus" und „Juda, verrecke".

Eckerts Verteidigung der Weimarer Republik brachte ihn zunehmend in Konflikt mit den Oberen seiner Kirche. Es hagelte Disziplinar- und Ordnungsstrafen. Nach drei Dienstgerichtsverfahren wurde er schließlich am 11. Dezember 1931 aus dem Kirchendienst unehrenhaft und fristlos entfernt. Bereits vorher missfiel seine Solidarität mit linken Sozialdemokraten der SPD-Führung – sie schloss ihn am 2. Oktober 1931 kurzerhand aus der Partei aus. Eckert reagierte prompt und trat am 3. Oktober der KPD bei. Seine Entscheidung war genauso spektakulär wie die von protestantischen Pfarrern, die sich früher der Sozialdemokratie zugewandt hatten. Sie wirbelte jedoch ungleich mehr politischen Staub auf. Ein Christ in der KPD – das schien vielen völlig undenkbar, ja widersinnig und empörend. Auch der „Bund der religiösen Sozialisten" glaubte schließlich, einen, der Kommunist geworden war, nicht länger im Vorstand halten zu können. Eckert sah keine andere Möglichkeit, als sowohl aus der Kirche als auch aus dem Bund auszutreten. Er wollte sich selbst treu bleiben.

Als die NSDAP an die Macht gebracht worden war, richtete sich der nun staatlich legalisierte Terror auch gegen Eckert. In Düsseldorf am 1. März 1933 verhaftet, kam er zunächst in Schutzhaft, später in verschärfte Einzelhaft. Daraus am 17. Oktober 1933 entlassen, begann für ihn der illegale antifaschistische Widerstand. Am 1. November 1936 wurde er vom sogenannten Volksgerichtshof in Kassel wegen „Vorbereitung zum Hochverrat" zu drei Jahren und acht Monaten Zuchthaus verurteilt. Nach seiner Entlassung 1940 lebte Eckert bis zur Befreiung unter Polizeiaufsicht.

Wie nicht anders zu erwarten war, gehörte Eckert 1945 in Baden zu den aktivsten Antifaschisten der ersten Stunde, u. a. als geschäftsführender Vorsitzender der antifaschistischen Bewegung „Das Neue Deutschland" und als Lizenzträger der antifaschistisch-demokratischen Illustrierten „Die Neue Demokratie". Maßgeblich setzte er sich als Vorsitzender der südbadischen KPD für die Schaffung einer einheitlichen sozialistischen Partei aus Sozialdemokraten und Kommunisten ein. Im April 1946 wurde Eckert zum Staatsrat der provisorischen Regierung Badens in der französischen Zone ernannt, im November 1946 Mitglied und Vizepräsident der Verfassunggebenden Versammlung Badens und Staatskommissar für Wiederaufbau im ersten badischen Allparteienkabinett. Bis zum Verbot der KPD im Jahre 1956 blieb er Abgeordneter des badischen, ab 1952 des baden-württembergischen Landtages. Ab 1950 stand er an herausragender Stelle in der internationalen Friedensbewegung und wirkte zwölf Jahre lang als Mitglied des Weltfriedensrates. Sein Wirken galt dem Widerstand gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Das trug ihm eine Verurteilung im sogenannten „Düsseldorfer Friedensprozess", eine Gefängnisstrafe mit

---

Geschäftspolitik, die den Ausgleich zwischen Sozialismus und Religion in parteiprofitlichen Konkordaten der Herrschaftsinstrumente Staat und Kirche praktiziert". In: Moskauer Rundschau, Nr. 11 vom 16. März 1930. Zit. nach: SAV 1930, Nr. 13, S. 101.

Bewährung ein. Nach ihrer Neukonstituierung im Jahre 1968 schloss er sich, nachdem er – in Übereinstimmung mit dem Verfassungsrechtler Prof. Helmut Ridder – die Alternative „Aufhebung des KPD-Verbotes“ bevorzugt hatte, schließlich der DKP an.

Am 20. Dezember 1972 starb Eckert hier in Mannheim. Die Todesanzeige enthielt seinen Wahlspruch: „Dem Ganzen dienen, sich selbst treu bleiben“.

Zahlreiche Selbstzeugnisse bezeugen, *daß* und *wie* Erwin Eckert seiner Lebensmaxime folgte. Mich beeindrucken vor allem Briefe, die er seiner Frau schrieb, befand er sich nun auf Reisen oder in Haft. Aus einigen Briefen und auch aus Redetexten erlaube ich mir zu zitieren, auch längere Passagen. Er, um den es hier geht, kann und soll für sich selbst sprechen.

* * *

Vor 100 Jahren, da war Eckert gerade mal 21 Jahre jung, hatte er sich noch völlig von der allgemeinen, an Hysterie grenzenden Kriegsbegeisterung treiben lassen und dies mit dem Predigerwort „Gott will es“ gerechtfertigt. Bald aber ließen ihn Erlebtes und Beobachtetes auf den Schlachtfeldern des Balkans und Frankreichs im „Weltfest des Todes“, wie Thomas Mann später den Ersten Weltkrieg bezeichnete[4], zu einem entschiedenen Gegner des Krieges werden. Dienen wollte er dem Frieden und Verhältnissen, die diesen ermöglichen und gewährleisten. Im Rückblick erfasste er, daß er eine „knabenhaft naive, idealisiert heroisierende Haltung“ eingenommen hatte. Und er schrieb 1933 im Rückblick auf den 1. Weltkrieg: „Ich sehe keine Entwicklung zu einem ‚Höheren‘. Gegen unsere modernen Schlachten waren die des Mittelalters, die der Griechen, Römer [...], war die tierische Vernichtung des Menschen früherer Epochen human, eine Spielerei, ein gelegentlicher Fehltritt aus dem Instinkt heraus. Aber wir töten exakt, nach dem Chronometer berechnet. *Wir tun es gar nicht mehr*. Maschine verrichtet den Mord; die Materien sind es, die unser Geist so zusammenfügt, deren Energie er so steigerte und zusammenballte, daß sie uns vernichtet.“ Fast könnte man meinen, er habe im Sinne notwendiger Positionen zur heute geführten Debatte um den „Drohnenkrieg“ geschrieben.

Grundsätzlich widersprach er der Illusion, Großmacht- und Expansionsgelüste könnten etwas für Demokratie und soziale Erneuerung tun: „Ein siegreicher Krieg wird die Herren von und zu, die alten Feudalen und die neuen Industrieritter noch fester in den Sattel setzen, an dem vielleicht demokratische Steigbügel pendeln.“ Fehlt heute, ein Jahrhundert nach 1914, nicht auch die Stimme Eckerts, der ausspricht, was einmal gewusst war: daß Geschichte nicht von Schlafwandlern gemacht wird, sondern Täter und Opfer kennt, daß Demokratie und Frieden immer neu gegen Ungleichheit und Krieg, die Zwillingskinder kapitalistischer Ordnung, erkämpft werden müssen?[5]

* * *

Nach dem ersten Weltkrieg schlugen überall die Wogen politischer Erregung hoch, auch hier in Mannheim. Gesucht wurde nach dem richtigen Weg zu politischer und wirtschaftlicher Neuordnung. Eckert beteiligte sich intensiv daran, damals noch die Positionen der SPD verteidigend. So kritisierte er die 1917 entstandene Partei der unabhängigen Sozialdemokraten. Sie hätte, so erinnerte er sich 1949, seiner Partei, der SPD, vorgeworfen, mit ihrer Parole „Durch Demokratie zum Sozialismus“ den Gegnern der Arbeiterklasse eine Atempause zu gewähren und Zeit zur Wiederaufrichtung ihrer Machtpositionen zu lassen. Nach Eckert hatten im Rosengarten 1919 gewaltige Kundgebungen stattgefunden. Ein Genosse sei atemlos in eine Versammlung gestürzt und habe gerufen, von der USPD sei die Redaktion der „*Volksstimme*“ besetzt worden. Die Versammlung sei sofort abgebrochen worden, man habe sich formiert und

---

4 Th. Mann: Der Zauberberg, Roman, Zweiter Band, Frankfurt/Main 1967, S. 757.

5 Textliche Übernahme einer Traueranzeige für Reinhard Kühnl (1936-2014) in: *junge Welt* vom 22. Februar 2014, S. 6.

sei in die Stadt gezogen. „Glücklicherweise“, so schrieb Eckert, sei es zu keiner blutigen Auseinandersetzung gekommen. Doch es bedrückte ihn, sehen zu müssen, wie „die flanierenden Sonntagsbummler auf den Planken sich über die feindlichen sozialistischen Brüder mokiert“ hätten. Damals schwor er sich, mit allem, was ihm möglich sei, „dazu beizutragen, daß die Arbeiterklasse sich nicht selbst zerfleischt“.[6]

Alles bewegte ihn als Christen aus tiefer innerer Religiosität heraus. Dies geht aus Briefen hervor, die der sozialdemokratische Theologiestudent Eckert an seine Verlobte richtete, an Elisabeth Setzer, die er liebevoll „Li“, seine „Einzige, Ewige“ nannte. Ihr berichtete er am 10. März 1919 von einer Auseinandersetzung um eine von ihm verfasste Predigt. Er sei „zu Tode traurig“ und „doch so fest und gewiss“. Er habe von der „Arbeit als Christustat für die anderen, für die Gesamtheit bis zum letzten Atemzuge“ gesprochen. Doch gerade diese sei vom prüfenden Geheimrat Bauer mit Fragezeichen versehen und verspottet worden. „ach, Li, Erlass mir’s; ich kann nicht mehr, die Art, wie er in meinem Herzen gewühlt hat, Dir zu beschreiben, wie er von Krassheit und Ungeklärtheiten und Theater und politischer Agitation, von Phrase, Li, von Phrase, Lisbet, es ist zum Verrücktwerden; ich bin aufgefahren, mir war’s, als ob einer giftige Eisen in meinen Körper schlüge.“

Doch nach dem Klagen ändert sich der Ton: „[...] den Kopf können sie mir abhacken, die Hände, ich würd’s vielleicht mit Anstand ertragen, aber das Herz ausreißen, den Gott zertrampeln in mir, auf meiner Seele mit ihren Dreckstiefeln herumtreten, Li, das ging über meine Kraft. [...] den Spaß mache ich ihnen nicht; ich werde Pfarrer, und wenn ich’s nicht in der Kirche werde; ich werde den Menschen predigen, vor ihnen leben und [...] im Fabrikbüro schaffen oder draußen auf dem Lande.“ Am Ende dieser Suche nach Hilfe und Trost bei der geliebten Frau findet der Leser nahezu prophetische Worte. „Li – ich seh’s –, es wird fürchterliches Töten geben – es kommt furchtbar; sie sehen ja nichts, die Törichten – und der Kampf aller gegen jeden, der Geist der Geheimräte, der ‚vergangenen‘ wertvollen Zeit wird nicht ruhen, bis wir auch in Deutschland ein furchtbares Chaos haben: fürchterliches Gottesgericht über die Verblendeten. Sie wollen ja nicht den einzigen Weg gehen über das gleiche Recht aller zur Freiheit aller; [...] sie wollen wieder, wie’s war, die Reichen und Besitzenden, Herrschen und Drücken, besänftigen, wenn’s zu schlimm wird, und Zeter schreien.“

Solcher Weitblick, verknüpft mit den Erinnerungen an das barbarische Grauen des Krieges, bewirkte auch Veränderungen in Eckerts theologischem Denken. In seiner Pforzheimer Predigt am Buß- und Bettag des Jahres 1919 stellte Eckert den tradierten Gottesbegriff in Frage, hätten doch alle europäischen Völker zu demselben Gott gebetet als einem, der ihnen und *nur ihnen* den Sieg über die anderen verleihen sollte. Die Begründung lautete: Man sei ja *sein* Volk! Auch die Deutschen hätten an den „Gott ihres Volkes“ geglaubt, aber gebetet für – wie Eckert es sah – „ein großes starkes Weltreich Deutschlands, um Sicherungen des Reiches durch Besitz und Rechte in den Ländern unserer Feinde, um Anteil und Einfluss an der Bestimmung der Erdengeschicke aller Völker“. Dem stellte er entschieden die Auffassung entgegen, Gott habe ein übergeordnetes Ziel, und dies bestehe in der „*Menschwerdung aller*“ und der Selbstverwirklichung der Menschen. Transzendenz wird säkularisiert, wird nicht mehr ausschließlich als „Leben nach dem Tode“, sondern als „Verwirklichung“ gedacht. Gott, so Eckert, will „ein Reich der Liebe, der Gerechtigkeit, der Freude und des Friedens“ auf Erden.

Und Eckert fügte hinzu: „Wir haben keinen Grund, gegen den Bolschewismus als Weltanschauung auf der Kanzel zu eifern; ein rechter Christ ist seinen Lebens- und Weltanschauungen nach, seinen Sehnsüchten und Hoffnungen nach nicht weit von ihm entfernt.“[7] Die christlichen

---

6 E. Eckert: Warum mir Mannheim teuer ist. In: Sonderausgabe *Badisches Volksecho*, Nr. 29a, Juli 1949, S. 1.

7 Alle vorangegangenen Zitate aus Erwin Eckerts Predigt am Buß- und Bettag am 23. November 1919

Völker Europas, so heißt es dann 1927 in seiner Mannheimer Antrittspredigt, seien „alles andere als christliche Völker, denn aus christlichem Bewusstsein müssen im Wirtschaftsleben ganz andere Gesetze und Maßstäbe Geltung haben“.[8]

Verständlich wird so seine auch aus christlichem Glauben abgeleitete Gegnerschaft zum Faschismus. „Christuskreuz statt Hakenkreuz!“ – so lautet seine Forderung, „Die große Lüge des Nationalsozialismus“ das Thema einer SPD-Veranstaltung in Neustadt a. d. H. Und ebenso erklärt sich aus seinem Verständnis des Christentums seine Hinwendung zur Politik, zu den Parteien der Arbeiterbewegung. Mit seiner Bindung zunächst an die eine, dann an die andere kamen jeweils neue, ja seine Lebensmaxime durchaus auch anfechtende Probleme auf ihn zu. Sich einer Parteidisziplin unterwerfen und dennoch sich selbst treu bleiben? Dem Ganzen dienen in einer Partei, die eine völlig andere Gesellschaft wollte?

Wieder werfe ich einen Blick in die Briefe an seine Frau, in denen er zumeist politische Analysen vermeidet. Doch es gibt eine bezeichnende Ausnahme, und die bezeugt seine Charakterfestigkeit, seine Selbstachtung, seine Weitsicht im Ringen um die als richtig erkannte Lebensmaxime.

* * *

In einem Brief, den er ihr nach dem zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahlen vom 10. April 1932 sandte, äußerte er sich dazu, daß Ernst Thälmann mehr als 1,2 Millionen Stimmen gegenüber dem ersten Wahlgang vom 13. März 1932 verloren hatte. Die Partei, heißt es da, habe versäumt, statt *Personalisierung* mit einer unrichtigen *programmatischen Aussage* „die Massen zu mobilisieren“. Es hätte der Kampf gegen Hitler ganz anders in den Mittelpunkt gestellt werden müssen. Nach seiner Auffassung war die Parole falsch, die vom Wähler gefordert hatte: „Schlagt die SPD, und ihr schlagt Hitler!“. Zudem kritisierte Eckert, die KPD habe die „psychologische Einstellung der Arbeiter- und Kleinbürgermassen“ nicht richtig erfaßt. Noch deutlicher formuliert er, es sei falsch gewesen, den „Führer Thälmann“ in den Mittelpunkt zu rücken. Wörtlich: „Es mußte vielmehr der Charakter des Kampfes als einer Teilmaßnahme im Kampf der Partei herausgestellt werden. Plakate nicht mit dem sehr fragwürdigen Kopf Thälmanns, sondern mit Erwerbslosen, Hungernden, deren Hoffnung allein die KPD ist, Plakate gegen den Krieg, Plakate für die sozialistische Betriebsführung“. Wie sehr ihm der Antifaschismus am Herzen lag, zeigt seine Suche nach etwas „Günstigem“ im Wahlergebnis. Er fand es darin, daß „die Nazis nicht unter scheinrevolutionären Parolen die Herrschaft des Kapitalismus ausbauen“ und auch nicht behaupten können, sie seien „die eigentlichen Sozialisten“. Daher müssten sie sich einordnen „in die übrige bürgerliche Front“.

Eckert zeigte sich seiner Frau gegenüber dennoch zuversichtlich. Er schrieb, daß es sich jetzt darum handeln würde, „die richtige Taktik zu finden und nicht zu sehr auf das Ergebnis der Wahlen gespannt zu sein – *die Entscheidungen fallen außerhalb der Parlamente*. Die Nacht über will ich noch viel nachdenken, bis ich ganz zur Klarheit komme über die in diesem Briefe angedeuteten Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten.“ Zum Schluss schreibt Eckert, und auch das ist aufschlussreich: „Pass bitte auf, daß *niemand* diesen Brief in die Hände bekommt – es ist der erste Versuch, mit Dir alles zu besprechen, was mich bewegt“.

Bemerkenswert ist an diesem Brief, daß in ihm die Kritik Alexander Schifrins vorweggenommen wurde, die linke Sozialdemokraten am „Prager Manifest“ des SPD-Exil-Vorstandes vom

---

(Text: Offenbarung Johannes 21, 3.4 und 7). In: Privatarchiv F.-M. Balzer (PAB). Erst nach dem Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion findet sich in der Zeitschrift *Evangelische Theologie* (1948/49) ein Beitrag von H. Diem über den „Antibolschewismus als Frage an die Kirche“. Literatur von und über Erwin Eckert findet sich im „Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon“, Band XXI, Ergänzungen XVI, Nordhausen 2008, Sp. 376-397.

8 Zit. nach: E. Eckert: Antrittspredigt in Mannheim am 30. Januar 1927 (Text: Philipper 3,12). In: PAB.

Januar 1934 geübt hatten. Schifrins Worte hätten auch seine sein können: Daß große Teile der deutschen Arbeiter vom Nationalsozialismus „lahmgelegt“ werden konnten, sei nicht allein der Brutalität der Gegner und dem fürchterlichen Druck der totalen Diktatur geschuldet, sondern auch der Tatsache, daß es „die passive Ergebung, die Kapitulation, die Vertrauenskrise gegenüber der eigenen Organisation“ gegeben habe. Man dürfe nicht behaupten, daß die Massen versagt hätten, da sie „überhaupt nicht in den Kampf geführt“ worden seien. Genau dies dachte auch Eckert, der folgerichtig mit Wilhelm Pieck die Überzeugung teilte, daß man die Massen, auch die sozialdemokratischen Arbeiter, von der Notwendigkeit des Kampfes überzeugen muss. Bekanntlich übte Pieck 1935 auf der „Brüsseler Konferenz“ heftige Selbstkritik, weil die Partei den Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie noch in einer Zeit geführt habe, „in der wir den Hauptangriff gegen die faschistische Bewegung hätten richten müssen“. Deutlich benannte er als gravierenden Fehler, das Anwachsen der faschistischen Gefahr unterschätzt zu haben.

Zu den Fehlern gehörte auch, daß Eckert als klassenkämpferischer Christ in den eigenen Reihen *teilweise* mit Misstrauen bedacht wurde. In einem Brief vom 20. Oktober 1932 schrieb er an seine Frau: „Das Misstrauen ist nach wie vor da – ich spüre es. Auch die Arroganz der halbwissenden Doktrinäre, die in lauernder Angst leben, sie [die KPD-Genossen] könnten ‚die Linie verbiegen‘. Mund halten, Bebi!“.

* * *

Eckerts Briefe, die er 1933 aus der Nazi-Haft schrieb, erinnern in ihrer sensiblen Zartheit wie in ihrer präzisen Beobachtungsgabe teilweise an die bekannten Briefe Rosa Luxemburgs aus dem Gefängnis. Sie wurden in dem Buch „*Ärgernis und Zeichen*“ anlässlich seines 100. Geburtstages erstmals veröffentlicht, so daß ich aus Zeitgründen auf Briefstellen verzichten kann.

* * *

Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis am 17. Oktober 1933 stand Erwin Eckert vor großen Problemen, galt es doch, für sich und die Familie eine völlig neue Existenz aufzubauen. Die veränderten politischen Bedingungen geboten zudem äußerste Vorsicht. Kurz entschlossen zog Eckert nach Frankfurt am Main und eröffnete dort unter dem Namen seiner Frau eine Leihbücherei. Mühsam brachten sie den Kaufpreis – 1750 RM – auf dank der Veräußerung der Möbel des Esszimmers und des Tafelgeschirrs sowie dank seiner Freunde aus Mannheim, Karlsruhe und Stuttgart. Das kleine Geschäft wurde zugleich Treffpunkt illegaler Widerständler, unterbrochen durch die erneute Verhaftung Eckerts am 13. Juni 1936[9]. Über den Alltag Eckerts „zwischen Gefängnis und Zuchthaus“ wird in „*Prüfet alles, das Gute behaltet*“ berichtet.

* * *

In seinem Brief vom 17. Dezember 1939 aus dem Zuchthaus Ludwigsburg bei Stuttgart an seine Frau und seinen Sohn heißt es: „Am 29.11. wurden die letzten Zuchthausgefangenen von Freiendiez hierher versetzt, darunter auch ich. [...] Wir waren 13 Tage unterwegs, 6 Tage im Polizeigefängnis Frankfurt, in richtigen Drahtkäfigen von 2m Länge, 1,15 m Breite und 2 m Höhe eingesperrt. Am 5.12. ging’s bis Mannheim, wo wir mit starken Stahlfesseln, zwei und zwei geschlossen im Transportwagen, zum Schloßgefängnis gebracht wurden. Dort blieben wir bis zum 8., an dem wir, in gleicher Weise zum Zug gebracht, bis Bruchsal kamen. Bis zum 11. blieben wir dort in einem kleinen, alten, kaum geheizten Gefängnis. Am 11. endlich erreichten wir Ludwigsburg.

Nach der herkömmlichen Empfangsprozedur: Personalienaufnahme, Ausziehen, Einkleiden, Untersuchung auf Gesundheitszustand, Haar ganz kurz schneiden mit der Maschine, wurden

---

9 Siehe hierzu F.-M. Balzer: Zwischen Gefängnis und Zuchthaus. Alltag des Erwin Eckert. In: ders., Prüfet alles, das Gute behaltet, Bonn 2010, S. 116-137.

wir am zweiten Tag dem Leiter der Anstalt [...] vorgeführt. [...] Seither bin ich hier in einer Einzelzelle und klebe Tüten, soweit der Papiervorrat reicht, der wöchentlich zugestellt wird. Sonst gehe ich die Schritte des Raumes hin und her und überdenke vieles."

Er freute sich darauf, nach der erhofften Entlassung aus dem Zuchthaus Weihnachten 1940 wieder mit seiner Familie zusammen feiern zu können: „Aber auch wenn es nicht sein sollte, dann *seid nicht traurig*. Ich werde, wie ja täglich, besonders in diesen Tagen der innersten Verbundenheit bei Euch sein mit aller Kraft der Vorstellung und der Seele, auch wenn ich in meiner öden, engen Zelle sein werde und niemand bei mir sein wird. Alle die verständlichen Depressionen, die mich hie und da überfallen wollen, lasse ich nicht Herr werden über mich. Immer halten mich der Trost und die Gewissheit aufrecht, daß ich keinen leichtfertigen Weg, sondern einen notwendigen Weg der Klärung und Prüfung gegangen bin. [...] Ich bin bei Euch; ich umarme Euch in Liebe und Hoffnung. Euer Papa".

Der Mannheimer Sozialdemokrat Siegfried Einstein schrieb zu Eckerts 70. Geburtstag: „In jenen Jahren der großen Finsternis ging der Name Erwin Eckerts in den Kreisen der Illegalen von Mund zu Mund. Er war ein deutscher Humanist, Den Illegalen wohlbekannt; Und nannte man die besten Namen, so hat man seinen auch genannt!"[10]

* * *

1945 schlug auch für Eckert die Stunde der Befreiung. Er machte sich sogleich daran, für antifaschistische Aktionseinheit und eine sozialistische Einheitspartei in (Süd-)Baden zu sorgen. Seine erste Rede im kriegszerstörten Mannheim hielt Eckert am 24. Mai 1946 auf einer Großkundgebung auf dem Marktplatz. Am folgenden Tag sprach er in Heidelberg. Beide Reden sind im Band „*Ärgernis und Zeichen*" dokumentiert. Dennoch sei gestattet, auf sie etwas näher einzugehen. Es ist der Blick zurück und der nach vorn, der ihnen zugrunde liegt und in hohem Maße Eckerts Denken und Verhalten in einer geschichtlich entscheidenden Situation charakterisiert.

In der ersten nun vorzustellenden Rede beklagt er mit leidenschaftlichen Worten die Zerstörungen, die der Krieg verursacht hatte, weil damals trotz aller absehbaren Gefahren die eigentlich notwendige Einheitsfront der Arbeiterparteien gegen den Faschismus nicht zustande gekommen ist. „Als ich im Zuchthaus saß jahrelang in den engen Zellen, in den ersten Zeiten wie lebendig begraben, nichts hörte man als manchmal das Rasseln der Schlüssel der Wärter, die hereinkamen, und das Aufschreien eines Gequälten in der Nacht der Vernehmungen. Wenn ich dann manchmal in der engen Zelle saß, kam es über mich, als ob alles aus wäre. Ist das möglich, daß das alles Unsinn war, was wir wollten? Ist das möglich, daß die ganze Geschichte der Menschheit ihren Sinn verloren haben sollte? Ist es möglich, daß solche grauenhaften Zustände geduldet werden und siegen werden? Es war dann so, daß diese Zellenwände sich weiteten zu den großen Massenversammlungen und ich Euch vor mir sah, Tausende Kopf an Kopf voller Sehnsucht erfüllt für die Zukunft und ein besseres Menschendasein und Gerechtigkeit und Frieden und Freiheit. Dann kam es in meine Seele wie eine unerschütterliche Gewissheit, wenn anders das Leben einen Sinn haben soll, dann muss der Tag kommen, an dem dieser Wahnsinn ein Ende hat. Dann muss der Tag kommen, an dem wir wieder zu den Massen sprechen können und ihnen neue Hoffnung zu geben vermögen. [...] Da kam mein Schwur, daß diese Opfer nicht umsonst sein dürfen, und wenn ich wieder herauskomme, dann will ich Tag und Nacht kämpfen dafür, um die Seelen der Menschen bereit zu machen für den Kampf um eine neue Ordnung, in der es keine Unterdrückung der Arbeiter gibt, keine Ausbeutung der Menschen für andere Menschen. Keine Unterdrückung der Freiheit und keine Bereitschaft der Herzen zum Krieg. Und

---

10 S. Einstein: Nennt man die besten Namen. Gruß an Erwin Eckert zum 70. Geburtstag. In: *Die Andere Zeitung*, Nr. 25 vom 20.6.1963, S. 5-6, hier S. 6.

damals habe ich mir geschworen: Und wenn Du nur noch ein paar Jahre leben solltest, Deine Kraft gehört der Befreiung des Proletariats."

Einen breiten Raum nahm in dieser Rede Eckerts Auseinandersetzung mit dem landauf, landab zu hörendem Argument ein, der „Nationalsozialismus" sei siegreich gewesen, weil die Deutschen vom Christentum abgefallen seien. Und wieder wörtlich: „Dies zeigt, welche politische Unerfahrenheit in jenen Reihen ist. Wir wissen genau, warum der ‚Nationalsozialismus' kam. Er kam, weil der Kapitalismus in seinem letzten entscheidenden Kampf um seine Selbsterhaltung die schlimmsten Mittel anwenden mußte, um sich noch am Leben zu halten. Der Kapitalismus und seine Vertreter haben es großartig fertiggebracht, Millionen Menschen ermorden zu lassen, um sich am Leben zu halten. Und da kommen Leute, die meinen, man könne es so erklären, weil das deutsche Volk vom christlichen Glauben abgefallen ist. Wenn es der christlichen Kirche ernst gewesen wäre, mit ihrem Kampf gegen den Faschismus, hätten alle Pfarrer, Priester, Erzbischöfe und der Papst sich entschlossen gegen diese Pest wenden müssen, bevor er zur Macht kam. Sie haben es aber nicht nur nicht getan, sondern es ist Tatsache, daß die christlichen Kirchen in Hitler den Retter der abendländischen Kultur und des Christentums sahen."[11]

Die Kritik an der Kirche verband Eckert mit seiner Bereitschaft, sich wieder in sein kirchliches Amt einsetzen zu lassen. Er habe sich „nicht im Geringsten verändert" und könne „wieder auf die Kanzel" steigen und predigen. Dies könne er, so seine Begründung, „weil mein Herz und meine Seele davon überzeugt sind, daß ein wahrer Christenmensch mitten unter den Armen kämpfen muss für ihre Freiheit".

Drei Jahre später, anlässlich der eingangs erwähnten Oberbürgermeisterwahl, fragte der Redakteur des Mannheimer Evangelischen Kirchenblattes „*Die Gemeinde*" am 13. Juli 1949 bei Eckert an, wie er sein gegenwärtiges Verhältnis zur Kirche sehe. Eckert blieb die Antwort nicht schuldig: Auch 18 Jahre nach seiner Amtsenthebung habe sich bei ihm nichts geändert: „Ich bin kein Freidenker, sondern nach wie vor evangelischer Christ. Das wissen meine Genossen sehr wohl. [...] Wenn die Kirche das an mir 1931 begangene Unrecht hätte wiedergutmachen wollen, als es sich herausstellte, daß mein Kampf gegen den Nationalsozialismus und die Folgen seiner Gewaltherrschaft, um dessen willen sie mich im Grunde entließ, nur allzu berechtigt war, dann hätte sie mich 1945 wieder in mein Pfarramt in Mannheim-Jungbusch, dessen Kirche völlig zerstört ist, einsetzen müssen. Sie hat das nicht getan. Die heutigen Führer der evangelischen Landeskirche Badens hielten es nicht einmal für notwendig, auch nur ein Wort darüber zu verlieren, daß ich damals widerrechtlich aus meinem Amt entlassen wurde. Die nationalsozialistischen Pfarrer aber sitzen heute noch im Amt und predigen allsonntäglich von den Kanzeln. Der Oberkirchenrat Friedrich, der mir damals in der Verhandlung des Dienstgerichtes ‚blinden Hass gegen den Nationalsozialismus' vorwarf, hat auch nach 1945 im Oberkirchenrat weiter fungiert."

Der von der KPD am 31. Mai 1946 gerichtete Antrag an die US-amerikanische Militärregierung, Eckert wieder in sein Amt einzusetzen, blieb jedoch erfolglos[12]. Es dauerte mehr als ein halbes Jahrhundert, bis sich die Badische Landeskirchenleitung – nicht ohne Anstöße von außen und innen – 1999 entschloss, ihr Versagen gegenüber Eckert einzugestehen[13]. Damit hat sich der „Fall Eckert" jedoch keineswegs erledigt. Die *juristische* Aufhebung der unehrenhaften

---

11 Siehe F.-M. Balzer: Die Mitverantwortung des deutschen Protestantismus für Faschismus und Holocaust. Eine Streitschrift. In: F.-M. Balzer: Prüfet alles, das Gute behaltet, Bonn 2010, S. 360-396.

12 Schreiben der KPD Mannheim an die US-amerikanische Militärregierung, Abt. Entnazifizierung, vom 31. Mai 1946, weitergeleitet an den Evangelischen Oberkirchenrat (Dek. MA 18/55, Bd. 13). Siehe U. Wennemuth: Die evangelische Kirche in Mannheim nach 1945: Wiederaufbau und Strukturveränderungen. In: U. Wennemuth, Geschichte der evangelischen Kirche in Mannheim, Sigmaringen 1996, S. 507.

13 Erklärung der Badischen Kirchenleitung zur Rehabilitation des Pfarrers Erwin Eckert am 22. April 1999. In: F.-M. Balzer (Hrsg.): Protestantismus und Antifaschismus vor 1933 a. a. O., S. 504-506.

Entfernung Eckerts aus dem Kirchendienst steht nach wie vor auf der Tagesordnung[14]. Karl Dietrich Bracher wies darauf hin, daß gerade in der Verwaltungsgerichtsbarkeit, deren Opfer Eckert 1931 wurde, „in den letzten Jahren der Republik das Versagen der Justiz gegenüber dem Vordringen des Nationalsozialismus wie auch der autoritären und nationalistischen Bundesgenossen Hitlers [...] augenfällig geworden“ sei. Es ist immer noch „höchste Zeit“, so der legendäre Stuttgarter Präsident des Oberlandesgerichts Richard Schmid, mit der „kollektiven Verdrängung“ des (Kirchen-)Justizunrechts der Weimarer Republik aufzuräumen[15]. Der singuläre und irreguläre hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer rechnete „zu den beliebtesten Lebenslügen“ in der BRD die Annahme, der faschistische „Unrechtsstaat habe anno 1933 begonnen“[16]. Bauer hält dagegen, daß der Faschismus „nicht über Nacht gekommen ist, übrigens auch nicht über Nacht wieder verschwand“.[17] Ob sich ein (Kirchen)Jurist findet, der die „fristlose und unehrenhafte“ Entfernung Eckerts aus dem Kirchendienst neu aufrollt und so den Beschützern der willigen Vollstrecker nachhaltig in den Arm greift? Solange die Aufhebung der Verurteilungen nicht erfolgt, bleibt es dabei: summum ius summa iniuria.

* * *

Doch zurück zu der Mannheimer Rede von 1946. In ihr ging es Eckert um das aus seiner Sicht entscheidende „Fundament“ für die weitere Entwicklung. Er sah es in der „Einheit der werktätigen Masse“ und fragte: „Wie soll diese Einheit entstehen? Sie muss zunächst ihren Schwerpunkt finden in dem Zusammenschluss der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei zu einer Einheitspartei. Ich weiß sehr wohl, daß dagegen vieles eingewendet wird [...] Ich kann nur sagen: es ist absolut sinnlos, solche Einheitshemmungen in den Vordergrund zu stellen, die gar keine Hemmungen bedeuten dürfen. [...] Wir erkennen überhaupt keinen Ost- und Westblock an. Wir kennen nur Völker, die aus der Katastrophe des Vergangenen so viel gelernt haben werden, daß es nie mehr zu einem Krieg kommen kann. Wir wollen, daß Deutschland nicht zum Spielball werde für die Interessen der einen oder anderen politischen Konstruktion. Wir wollen, daß aus Schutt und Trümmern, aus Not und Grauen ein Volk sich wieder zusammenfindet mit einer anderen, neuen Erkenntnis und nicht mit militärischer Gewalt, ein Volk, das die sozialistische Ordnung aufbaut und damit die sinnvolle Lebensgestaltung für alle ermöglicht.“

Sehr direkt wandte sich Eckert an die „Genossen von der SPD“: „Es gibt doch nichts, was uns voneinander trennt. 1932 konnte man über den Weg verschiedener Meinung sein. Ihr habt Fehler gemacht, und wir haben auch Fehler gemacht. Wir haben viel zu sehr auf die SPD eingehauen, als ob sie unser Hauptgegner wäre, und haben nicht das richtige Verständnis gehabt. Heute, nachdem wir das alles sehen und kennen, warum sollten wir uns nicht zusammenfinden? [...] Die anderen, die dem Nationalsozialismus zur Macht verhalfen, jetzt kommen sie wieder,

---

14 Die im Jahre 1931 erfolgten Verurteilungen von Carl von Ossietzky und Erwin Eckert, beide Symbolfiguren des „anderen Deutschland“, harren noch heute auf Wiederaufnahme des widerrechtlichen Verfahrens. Nach Thomas Mann ist es „eine furchtbare, demütigende Vorstellung, in einem Lande zu leben, wo über Erscheinungen der Unordnung gewaltsam mit Hilfe der Justiz Stillschweigen gebreitet werden soll“. (Thomas Mann in einem Schreiben an den Verteidiger Ossietzkys, Alfred Apfel).

15 R. Schmid: Offenbar war hierzulande kollektive Verdrängung am Werk, in: H. Hannover/E. Hannover-Drück: Politische Justiz 1918-1933. Mit Beiträgen von F. Bauer und R. Schmid, Hamburg 1977, S. 9-13.

16 Nach dem bayerischen Gesetz sind Strafrechtsentscheidungen aus der Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 aufzuheben, „wenn sie nachweislich auf Vorschriften beruhen, die zur Festigung oder Durchsetzung des Nationalsozialismus dienten. Urteile *aus dieser Zeit* sind auch dann aufzuheben, wenn die Entscheidungen aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen ergangen sind“. Zit. nach: G. Hahne (Hrsg.): „Dem Ganzen dienen, sich selbst treu bleiben“ Erwin Eckert: Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben, o. O., o. J. (1997), S. 70.

17 F. Bauer: Richter zerstören die Demokratie, in: H. Hannover/E. Hannover-Drück: Politische Justiz 1918-1933 a. a. O., S. 6.

und Ihr seht, daß die gleichen Leute von damals, die mich bekämpften, sich zusammenfinden und davon reden, daß nur das Christentum Deutschland erretten könne."

Zum Schluss seiner Mannheimer Rede heißt es: „Vergesst nicht, die Einheit zu schaffen! Hofft nicht auf das Ausland! Hofft auf die Kraft, die in Euch selbst ist! Das Ausland wird uns erst dann helfen, wenn es merkt, daß wir uns aus eigener Kraft entschlossen haben aufzubauen. Kriecht nicht vor den Besatzungsbehörden! Seid stolz und aufrecht auch in der Not und auch im Zusammenbruch, soweit Ihr aufrecht stehen könnt und ein reines Gewissen habt. Vergesst mich nicht! Mein Herz ist bei Euch. Kämpft, damit wir siegen! Vorwärts zur Einheit! Vorwärts zur neuen Demokratie! Zum Sozialismus! Vorwärts in den Zukunftsstaat, der getragen wird von den breiten Massen des werktätigen Volkes! Genossen, ans Werk! Arbeiter, kämpft, damit Ihr siegt!"

Ich komme nun zu der zweiten Rede, die ebenso als ein wesentliches Selbstzeugnis Eckerts betrachtet werden darf. Er hielt sie am 25. Mai 1946 in Heidelberg. Hier setzte er sich vor allem mit dem rechten SPD-Politiker und heutigen Ahnherren des Seeheimer Kreises, Kurt Schumacher, auseinander. Der hatte mit britischer Hilfe geradezu putschartig das Ruder über die SPD in den Westzonen ergriffen.

Auf der ersten Westzonenkonferenz in Wennigsen bei Hannover 1946 beschimpfte Schumacher die Kommunisten als „Russenpartei", als „rotlackierte Nazis", die jetzt ein Bündnis mit der Bourgeoisie schließen wollen, während doch der Kapitalismus bereits am Boden liege und der Sozialismus Tagesaufgabe sei. Mit scheinradikalen Losungen sollte die KPD links überholt werden. Eckert empörte sich: „Wenn Sie, Genosse Schumacher, nur gesagt hätten, daß wir eine Diktatur wollten, hätte ich gesagt: das ist falsch."[18] Bekanntlich zielte das KPD-Programm vom 11. Juni 1945 auf eine antifaschistisch-demokratische Neuordnung. Die Hoffnung darauf wurde durch den 1946 einsetzenden Kalten Krieg zunichte gemacht. „Aber zu sagen, wir seien ‚rotlackierte Nazis', das ist zu viel! Sie können mich beleidigen, wie Sie wollen; das ist mir ganz gleich. Aber wenn Sie so von meinen Freunden sprechen, begehen Sie damit eine Gemeinheit, die nicht schlimmer gemacht werden kann. [...] es ist traurig, daß man Ihnen als altem Exponenten der sozialdemokratischen Politik heute noch Anschauungsunterricht geben muss, daß die Demokratie als solche keine Demokratie schlechthin ist. Sie selbst haben – und das war eine äußerst gefährliche Formulierung – gesagt: ‚Ohne Sozialismus keine Demokratie'. Sehr richtig. 1918 haben wir schon gehofft, daß der Sozialismus die Sicherheit einer wirklichen Demokratie bedeuten könnte, und wie schnell hat es sich gezeigt, daß die Voraussetzung der wirklichen Demokratie, nämlich der Sozialismus, keine Möglichkeit der Verwirklichung fand, da wir keine sozialistische Ordnung gestalten konnten, sondern die Reorganisation der kapitalistischen Machthaber begünstigt wurde."

* * *

Anlässlich der Mannheimer OB-Wahlen 1949 schrieb Eckert an seine Frau: „Meine liebe Elisabeth, gestern Abend war in Neckarau eine Versammlung, wie sie seit 1945 noch nicht

---

18 Siehe das Programm der KPD vom 11. Juni 1945. In: Deutschland im Spannungsfeld der Siegermächte (1945-19499); Frankfurt/Main 1982, S. 92-93. „Die KPD veröffentlichte bereits am 11. Juni 1945 ein Programm, das es verdient, an analytischer Klarheit und nüchterner Programmatik neben das Kommunistische Manifest von vor 100 Jahren gestellt zu werden: vom Faschismus als eindeutig imperialistischer Klassendiktatur wird die Mitverantwortung breiter Volksteile nicht ausgespart. Die politische Spaltung der Arbeiterklasse muss sofort überwunden werden; das Konzept der ‚antifaschistisch-demokratischen Grundordnung', der breiten Bündnispolitik auf der Grundlage einer an der Paulskirche von 1848 anknüpfenden Verfassungsreform, die den Weg zur demokratischen Konsequenz sozialökonomischer Strukturreformen öffnet. Ausländische, z. B. sowjetische Nachahmungsmuster für einen möglichen deutschen Weg zum Sozialismus gibt es da noch nicht." Hans-E. Schmitt-Lermann, Die KPD im Kalten Krieg, Ms. in: PAB.

stattgefunden hat; etwa 1500 Leute waren da. Als ich herein kam, minutenlanger Beifall, laute Erwin-Rufe, über dem Podium in metergroßen goldenen Buchstaben auf rotem Grund ‚Wählt Erwin Eckert'. Ich habe mehr als einmal, von wirklich tosendem Beifall unterbrochen, gesprochen, und wenn es nach der Stimmung in der Stadt und in den Versammlungen ging und nicht nach ganz anderen Motiven, die aus der Kommunistenhetze und der Angst der Bürger und SPD vor einem Kommunisten an der Spitze der Stadt kommen, dann würde ich bestimmt gewählt. [...] Alte Freunde aus dem Bund der Religiösen Sozialisten begrüßten mich mit Tränen in den Augen. [...] Die Leute meinen es ehrlich. Ich bin manchmal direkt gerührt, wie sehr sie an mir hängen, und weiß gar nicht, womit ich das verdient habe."

Nach dem Urteil von Wolfgang Abendroth war Erwin Eckert – nach Max Reimann – der populärste Arbeiterführer in den Westzonen und der frühen Bundesrepublik.[19] Kirchennahe Historiker sehen in Eckert nur einen „Kommunalpolitiker"[20]. Der außenpolitische Ausschuss des amerikanischen Repräsentantenhauses reihte Eckert hingegen 1949 in die lange Liste der 506 nicht-russischen kommunistischen Revolutionäre dieser Welt ein. Unter ihnen waren Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Maurice Thorez, Palmiro Togliatti, Mao Tse-tung und Ho Chi Minh, denen Lenin die „*Fackel der Weltrevolution*" übergeben habe.[21]

Die Popularität Eckerts beruhte zum einen auf der festen Überzeugung des Redners, für eine gerechte Sache zu kämpfen, und zum anderen darauf, daß Menschen am besten auf Grund ihrer eigenen selbstgemachten Erfahrungen zu überzeugen sind.[22] Der dritte Grund für die große Wirkung Eckerts als Redner nach 1945 war, daß der gemeinsame Erfahrungsschatz der ersten Nachkriegsjahre im Gegensatz zu heute weitgehend noch nicht verschüttet war.

* * *

Für den Schriftsteller Heinz Kamnitzer war Erwin Eckert „einzigartig gewesen in deutschen Landen – leider". Er sei ihm so nah geworden, „weil dieser verwegene Hüne mit der Bassstimme sich für seinen himmlischen und irdischen Glauben mit offenem Visier schlug, ohne Pardon zu geben und die Folgen zu fürchten, und voller Mitgefühl vor allem für die Lasttiere der Gesellschaft gewesen ist [...] Dazu kam der Frohsinn seiner Natur, verbunden mit dem Prinzip Hoffnung".[23]

Die von Eckert gewonnenen Überzeugungen und Erfahrungen halfen, Widrigkeiten und Niederlagen auszuhalten. Mit Anna Seghers wusste Eckert, daß alles Bestehende veränderbar ist. Er wusste, „wie tief und furchtbar die äußeren Mächte in den Menschen hineingreifen können, bis in sein Innerstes". Doch dort gibt es etwas, was „unangreifbar und unverletzbar" ist.[24]

Erwin Eckert ist sicher so etwas wie eine Jahrhundertgestalt. Zeitgenössische Weggefährten *und* Widersacher verglichen Eckert – entweder als Hoffnungsträger oder als „Advokaten des Teufels" – mit Thomas Münzer, dem „Theologen der Revolution", so der Titel der Münzer-Biographie des großen Sohns von Ludwigshafen, Ernst Bloch. An der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert war Münzer, dieser unerschrockene und wortgewaltige Pamphletist, Wort- und Heerführer aus christlichem Glauben, eine einzigartige Gestalt, ein „prophetisch drohender

---

19 Bei der Mannheimer OB-Wahl stimmten in den proletarischen Wahlbezirken 88 und 89 auf der Schönau 59,8 bzw. 63,8 Prozent der Wähler für Eckert. Siehe H. Mies: Mit einem Ziel vor Augen, Berlin 2009, S. 77.

20 Siehe A. M. Ritter: Erwin Eckert (1893-1972). Pfarrer, Religiöser Sozialist, Kommunalpolitiker. In: Lebensbilder aus der Evangelischen Kirche in Baden im 19. und 20. Jahrhundert, Band II, Heidelberg u. a. 2010, S. 506-533.

21 *Der Spiegel* Nr. 26 vom 22. Juni 1949, S. 9.

22 Siehe A. Abusch: Mit offenem Visier, Memoiren, Berlin 1986, S. 352.

23 Brief von H. Kamnitzer an den Verfasser vom 8. Juni 1991.

24 A. Seghers: Das Siebte Kreuz, Neuwied 1973, S. 435.

Rebell, ein rebellisch-glühender Prophet, ein politischer Führer mit plebejischem Instinkt“, dem die Einheit eines zusammenwachsenden fortschrittlich geeinten Deutschlands näher lag als dem Reformator Martin Luther.[25] Eckerts revolutionäre Theologie konnte anknüpfen nicht nur an Thomas Münzers „revolutionär-chiliastische Predigt und Tat, nicht nur an die gewaltige Tradition der Taboriten, sondern ebenso an den Jesus der Tempelreinigung“.[26] Mit Thomas Münzer wusste Eckert, „daß die Notleidenden Gottes Lieblinge sind“, daß er sich zu ihnen statt zu den „großen Hansen“ bekennen müsse, wenn er ihr volles Lebensrecht zu seiner Sache macht gegen alle, die sie an menschenwürdigem Leben hindern. „Damit begriff er“, so der DDR-Theologe Gert Wendelborn, „wichtige Akzente biblischer Verkündigung.“[27] Sie eignen sich vorzüglich zur Solidarität mit allen, die die Sache der Menschen auf ihre Fahnen geschrieben haben und sie im Kampf durchsetzen wollen.

Mit Wolfgang Abendroth teilte Eckert die Überzeugung, daß Religion keineswegs nur „Opium des Volkes“ [sei], „ein Mittel, die unterdrückte Klasse an die Herrenschicht zu binden. Die Religion in den Händen der Herrenschicht ist ein Machtmittel der Reaktion, aber in den Händen der unterdrückten Klasse wird sie zum Hebel der Revolution.“[28] Gegenwärtige Beispiele in Venezuela (Hugo Chávez bezeichnete sich ebenso wie Eckert als Marxist und Christ) und anderen südamerikanischen Ländern auf vergleichbarem gesellschaftlichen Entwicklungsniveau belegen dies eindrücklich.

In Eckerts Lebensweg und in seinem revolutionären Wirken bündeln sich in besonderer Weise Spannungsfelder und Entscheidungsmöglichkeiten der jüngeren deutschen Geschichte: Seinem Wahlspruch „Dem Ganzen dienen, sich selbst treu bleiben“ folgend, überwand Eckert Schranken, die vielen seiner Zeitgenossen unüberwindbar blieben. Er unterwarf sich keiner Staats- oder Parteiräson bzw. keiner administrativ-willkürlich auferlegten Disziplinordnung seiner Kirchenleitung, blieb seinen Einsichten treu und trug Konflikte aus: nicht nur mit seinem Übertritt zur KPD und dem Austritt aus der Kirche und dem Bund der religiösen Sozialisten. Die Wandlung vom Kriegsfreiwilligen zum lebenslangen aktiven Kriegsgegner, sein Engagement in der westdeutschen Friedensbewegung, die kritische Parteinahme für die DDR – all das entsprang – wie der marxistische Philosoph und Bloch-Schüler Hans Heinz Holz es formulierte – einer „konfliktgeladenen Asymmetrie“ zwischen den Begründungsweisen eines Kommunisten und Christen für die Revolution.[29] Für die KPD war Eckert eine ständige Prüfung für die Toleranzfähigkeit der KPD/DKP gegenüber Menschen, die nicht ins Bild ihrer sonstigen Anhängerschaft passten. Sie hat diese Prüfung bestanden, auch wenn Herbert Mies 1993 in der nach wie vor lesenswerten Sammelschrift „Erwin Eckert. Pfarrer und Kommunist“[30] selbstkritisch anmerkt, daß in der Partei der Dialog mit der Motivation und Gedankenwelt Eckerts zu wenig gesucht wurde.[31]

---

25 A. Abusch: Der Irrweg einer Nation. Zum Verständnis der deutschen Geschichte, Mexiko 1945, S. 24.

26 Siehe W. Abendroth: Religion und Sozialismus. In: Freie Sozialistische Jugend, 3. Jg., (1927), 12, (Dezember), S. 177-184, Nachdruck in: W. Abendroth, Gesammelte Schriften, Band 1, 1926-1948, S. 67-73 hier: S. 73.

27 Siehe G. Wendelborn: Christentum und Sozialismus. Als Theologieprofessor in der DDR. Herausgegeben von F.-M. Balzer, Bonn 2010, S. 170.

28 Siehe Anmerkung 22, a. a. O., S. 70.

29 H. H. Holz: Achtung für eine Aporie. In: F.-M. Balzer (Hrsg.): Ärgernis und Zeichen. a. a. O., S. 359-362. Holz plädiert dafür, daß „das Gespräch zwischen Marxisten und Christen aus der Pragmatik der politischen Bündnispolitik oder aus Vorhutgefechten von Polemik und Apologetik“ (S. 362) ins Zentrum der Gemeinsamkeit von Religionskritik und Kapitalismuskritik, nämlich gegen die falschen Götter im Himmel und auf Erden, führen möge.

30 E. Eckert. Pfarrer und Kommunist. Zeitzeugen erinnern sich. Herausgegeben vom Gesprächskreis Geschichte und Politik e.V., Hemsbach 1993.

31 Ebenda, S. 140. Siehe die Traueranzeige der DKP „Erwin Eckert, sein kämpferischer Geist, seine Hingabe zur Sache der Arbeiterklasse und sein unbeugsames Eintreten für die Ideen von Marx, Engels und Lenin werden für uns immer Vorbild sein“.

Ich danke für die Gelegenheit, an Eckert zu erinnern, und hoffe, deutlich gemacht zu haben, was noch zu tun ist, wenn wir nicht wie 1914, 1918, 1933, 1945 und 1989 auf dem Trümmerhaufen einer verfehlten rechten und gescheiterten linken Politik zu sitzen kommen wollen.

Erstveröffentlichung

Friedrich-Martin Balzer: Löscht denn hier niemand? Ostermarsch in Marburg

Als in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 die Marburger Synagoge lichterloh in Flammen stand, fragte die 21-jährige Geschichtsstudentin Lisa Hörmeyer, die spätere Frau von Wolfgang Abendroth, die Umstehenden entsetzt: „Löscht denn hier niemand“, um anschließend festzustellen, daß zwar die Feuerwehr vor Ort war, aber mit den Brandstiftern unter einer Decke steckte. Die Schläuche waren nicht angeschlossen. Ein Jahr später war der 2. Weltkrieg im vollen Gange. Diese Begebenheit kam mir in den Sinn, als sich die Krise um die Ukraine in den letzten Monaten zuspitzte.

Die Ursachen für Weltkriege sind seit dem Beginn des imperialistischen Zeitalters bekannt. Der Erste Weltkrieg war ein Konflikt der imperialistischen Länder untereinander. Für Lenin und auch für den bürgerlichen Historiker Fritz Fischer war Deutschland mit seinem Griff nach der Weltmacht der zu spät gekommene und deshalb aggressivste Expansionist bei der Neuaufteilung der Welt.

1993, drei Jahre nach dem Ende der DDR, zwei Jahre nach dem Zusammenbruch der UdSSR erschien die Schrift von Wolfgang Michal, Deutschland und der nächste Krieg. War zunächst noch der Traum des deutschen und des US-amerikanischen Außenministers von der „euroatlantischen Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok“ im Umlauf, so stand bald die Rivalität zwischen Russland und Deutschland im Vordergrund. Es begann die sogenannte „pénétration pacifique“, eine wirtschaftliche Durchdringung neugewonnener Einflusszonen. Nach Michal pumpen die Deutschen mehr als 130 Milliarden Mark in die Staaten der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropas. „Der Handel erreicht 1994 erstmals die 100 Milliarden-DM-Grenze.“(Michal)

Die Einkreisung der Sowjetunion mit dem letztendlichen Ziel ihrer Zerstörung ist nicht neu. Ökonomischer Expansionsdrang und ideologischer Antikommunismus führte zu vom Westen angeheizten Interventions- und Bürgerkriegen in der jungen Sowjetunion. Der Antibolschewismus führte 1941 zum deutschen Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Es kam entgegen dem Potsdamer Abkommen nach der hauptsächlich durch unermessliche Opfer der Sowjetunion errungenen Befreiung vom Faschismus zur Wiederaufrüstung und Remilitarisierung des Separatstaates Bundesrepublik – gegen den Widerstand der Friedensbewegung der 50er Jahre. Die massenhafte Friedensbewegung in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts mit 5 Millionen Unterschriften unter den Krefelder Appell richtete sich gegen Aufrüstung und Kriegsgefahr und die Stationierung von auf die Sowjetunion gerichteten Atomraketen.

Nach dem Kollaps bzw. dem „Rückzug“ der Sowjetunion, so Eric Hobsbawm, hat sich die Weltkarte enorm verändert. Die Zusage der USA, die Ausdehnung der NATO auf die östlichen Grenzen des durch Anschluss der DDR größer gewordenen Deutschland zu beschränken, wurde alsbald gebrochen. Aus den früheren Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes sind inzwischen Nato-Staaten geworden: Albanien, Bulgarien, DDR, Polen, ČSSR, Rumänien, Ungarn. Hinzu kamen die baltischen Staaten mit den Ländern Litauen, Lettland und Estland sowie Kroatien und Slowenien. In Polen werden US-amerikanische Raketen installiert – angeblich gegen einen anderen Schurkenstaat. Zuletzt führte die Nato gemeinsame Manöver mit der Ukraine durch. Wer dies nicht als Provokation ansieht, ist geschichtsblind und übersieht die Sicherheitsinteressen Russlands. Russland muss diese Einkreisung als Bedrohung einstufen. Russland unter Putin leidet unter keinem Verfolgungswahn. Es ist der Westen, der von ungezügelter „Selbstherrlichkeit“ befallen ist.

Schluss mit der expansiven Politik des Westens gegen den Osten, wie sie durch die Nato-Osterweiterung, die EU-Assoziierungsabkommen sowie die Stationierung einer Raketenabwehr in Polen zum Ausdruck kommt. Verteidigt die Charta der Vereinten Nationen. Wehrt Euch gegen die Verletzung der Souveränität und die Verletzung des Gebotes der Nichteinmischung überall

auf der Welt. Legt den Brandstiftern in den USA das Handwerk, die nach eigenem Bekunden mehr als 5 Milliarden US-Dollar in die Finanzierung der Proteste auf dem Maidan gesteckt haben.

Stellt Euch auf die Seite der diskriminierten Russen, Kommunisten und anderer verfolgter Minderheiten in der Ukraine. Helft Ihnen doch. Übt Solidarität mit den vom Putsch und Staatsstreich befallenen oder bedrohten Völkern und Staaten durch gewaltsamen „Regime-Change“ von außen. Wir haben die Nase voll von Krims Märchen, wonach die Bundesregierung angeblich uneigennützig das Demonstrationsrecht und die Menschenrechte auf dem Maidan verteidigt und anschließend vertragsbrüchig über Nacht eine Junta anerkennt und unterstützt, die mit Faschisten in einem Boot sitzt. Wartet nicht auf die Feuerwehr. Löscht die Fackel des Krieges selbst. Fordert den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO. Raus aus Afghanistan ohne Wenn und Aber. Hände weg von Syrien, Afrika und Venezuela.

Wir brauchen keinen Bundespräsidenten, der schmalzig und heuchlerisch Verbrechen der deutschen Wehrmacht in Frankreich, Italien und Griechenland zum Nulltarif bedauert und gleichzeitig Deutschland dazu aufruft, sich seiner weltpolitischen und militärischen „Verantwortung“ zu besinnen.

Gehen wir auf die Straßen. Stoppen wir die Brandstifter, die vor lauter Geschichtsvergessenheit und kapitalistischem Expansionsdrang im Begriff sind, die Welt in den 3. Weltkrieg zu führen: JETZT. Rüstet ab. Verhindert deutsche Waffenexporte in alle Welt. Fallt den verbrecherischen und völkerrechtswidrigen Drohnenkriegern in den Arm. Warum stellt niemand den Antrag, die USA wegen ihres unter Obama verschärften Drohnenkrieges aus den G8-Staaten auszuschließen und die Verantwortlichen vor ein Kriegsverbrechertribunal zu stellen? Verhindert die für 2016 angekündigte Renovierung der immer noch auf deutschem Boden stationierten US-amerikanischen Atomraketen.

„Unser Leben“, so Reinhard Kühnl auf dem Marburger Forum 1981, „kann nur gesichert werden, wenn es gelingt, in Europa eine Zone der Entspannung und der Abrüstung zu schaffen, eine Zone, die gänzlich frei von Atomwaffen ist“. Ihr seht, es gibt gute Gründe, die Friedensbewegung in unserem Land stark zu machen. Auf einen will ich hier näher eingehen.

Es war von Anfang an die Absicht des Grundgesetzgebers, eine rechtliche Garantie für einen deutschen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der Völker zu geben. Das Grundgesetz der BRD schreibt folglich in Art. 26, Abs. 1 normativ vor: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, [...] sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“ In Grundgesetz-Kommentaren werden u. a. folgende Tatbestände genannt: grundsätzliche und systematische Missachtung völkerrechtlicher Verträge, Ablehnung einer friedlichen Lösung internationaler Streitigkeiten, Verweigerung der Zusammenarbeit mit anderen Nationen auf rechtlichem, wirtschaftlichem und ähnlichem Gebiet, Angriff auf die Eigenständigkeit anderer Staaten, Aufreizung zu Gewaltakten. Als friedenstörende Handlungen werden angesehen: die systematische Stimmungsmache gegen einen bestimmten ausländischen Staat, Unterstützung eines anderen Angreifers, Hervorrufen von Bürgerkriegslagen in einem anderen Staat, [...] Vorbereitung einer psychologischen Kriegsführung, insbesondere durch Terrorakte gegen einen anderen Staat, ferner durch Kriegspropaganda, Verbreiten unwahrer Nachrichten oder gefälschter Dokumente.

Als Täter der inkriminierten Handlungen kommen sowohl „Staatsorganträger als auch Einzelpersonen“ in Betracht. Werden derartige inkriminierte Handlungen von Staatsorganen begangen, sind sie wegen ihrer Verfassungswidrigkeit nichtig. Mit dem Kreis der Privatpersonen ist auch die Presse einschließlich Rundfunk und Fernsehen angesprochen. Im Übrigen unterliegen der Verpflichtung zum völkerfriedensrechtsfreundlichen Verhalten nicht nur die Bürger der BRD, sondern alle Personen, die sich als Ausländer oder Staatenlose in der BRD aufhalten;

denn Art. 26 GG will jedes friedenstörende Verhalten vom Gebiet der BRD aus verhindern. Für die von der Bundesregierung gehätschelte Oligarchin Julia Timoschenko, die nach eigener Aussage alle „Russen abknallen“ und eigenhändig mit der „Kalaschnikow Putin in den Kopf schießen“ will, wäre die Bundesrepublik kein Aufenthaltsort ohne Strafverfolgung, um nur ein Beispiel zu nennen. Art. 26 GG verbietet der Presse „die systematische Stimmungsmache gegen einen bestimmten ausländischen Staat“.

Die gesetzliche Verabschiedung von Strafnormen steht 65 (!) Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes im Wesentlichen immer noch aus. Sorgen wir dafür, daß nach dem Scheitern einer entsprechenden Petition der VVN an den Bundestag in den 70er Jahren Die Linke im Bundestag endlich einen Gesetzentwurf für ein Friedensgesetz einbringt, um diesem grundgesetzwidrigen Zustand gesetzlich und faktisch ein Ende zu bereiten.

Wir müssen die „Friedensbewegung“ weder abschreiben noch neu definieren. Was wir brauchen, ist eine genaue Analyse der gegenwärtigen Situation und massenhafte Aktionen. Lassen wir uns von der alltäglichen Propaganda in den Mainstream-Medien nicht verunsichern! Ja, schlagen wir Alarm! Solange wir selbständig denken, sind wir keine „fellow travellers“ einer der Weltmächte, weder Deutschlands noch Russlands.[1]

Wir wissen, wer die finanziellen Verpflichtungen, die Deutschland und die EU etwa in der Ukraine eingegangen sind, am Ende bezahlen soll. Es sind die ohnehin sozial Benachteiligten, nicht die Reichen und Superreichen, die Steuer- und Kapitalflüchtigen. Mit Oligarchen haben wir nichts gemein, seien es lokal, regional, national oder international agierende Oligarchen, seien es Oligarchen in der Ukraine, in Russland oder in Deutschland, auch wenn die „deutsche Wirtschaft“, wie es so schön heißt, sich aus Eigeninteresse gegen wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland ausspricht und russische Oligarchen ein paar Fußballvereine in Europa finanzieren. Wenn ein Oligarch jemand ist, der auf Grund seiner wirtschaftlichen Machtstellung bestrebt und fähig ist, seine Interessen unmittelbar gegenüber der Regierung durchzusetzen, dann gibt es in Deutschland nicht wenige Oligarchen.

„Marschieren wir gegen den Osten? Nein. Marschieren wir gegen den Westen? Nein“. Auch auf diesem Ostermarsch marschieren wir mit Fasia Jansen „für eine Welt, die von Waffen nichts mehr hält, denn das ist für uns das Beste“.

Nach Meinungsumfragen haben trotz der antirussischen Stimmungsmache 55% der Deutschen „Verständnis für Russlands Haltung“. Nutzen wir diese Chancen! Wir sind nicht allein. Vertrauen wir nicht den Merkels und Steinmeiers, den heuchlerischen „Diplomaten“ und Brandstiftern, den grünen „Bellizisten“ und ethischen Imperialisten. Tun wir es in Bälde und massenhaft! Reißen wir uns heraus aus unserem individualisierten Nischendasein! Rücken wir zusammen!

Halten wir uns an das arabische Sprichwort „Die Ernte ist wie die Saat. Drum was ihr sät, seht. Ein Tor, wer früh versäumt hat und zu spät späht“. Löschen wir den hauptsächlich vom Westen entfachten Brand selbst – durch Kampf für Abrüstung und Wahrung des Völkerrechts überall auf der Welt! Sonst wird uns etwas passieren, was wir seit dem 8. Mai 1945 nicht für möglich gehalten haben.

Erstveröffentlichung

---

1 „Die komplizierte Dialektik der Situation besteht (...) darin, daß das heutige Russland zwar nicht sozialistisch ist, unter Putin aber in außen- und sicherheitspolitischer Hinsicht das derzeit entscheidende Hindernis zur Verwirklichung der Weltherrschaftspläne der USA darstellt.“ Klaus Steiniger, Zur Mär vom „russischen Imperialismus“, in: *RotFuchs*, 17. Jg. Nr. 210, Juli 2015 S.1-2, hier: S. 1.

Friedrich-Martin Balzer: Marx an die Uni. Anmerkungen zu einer gleichlautenden Buchveröffentlichung

Lothar Peter veröffentlichte 2014 ein Buch mit dem Titel „Marx an die Uni". Da kann, da muss erwartet werden, es behandele auch die jahrelange bundesweite Kampagne, die unter der Losung „Marx an die Uni" zum Ziel hatte, den marxistischen Philosophen Hans Heinz Holz an die Marburger Uni zu holen.[1] Vergesslichkeit kann es nicht sein, denn es liegt, leicht im Internet zu finden, eine mehr als 200-Seiten umfassende Dokumentation vor mit dem Titel „Deutsche Misere. Die Auseinandersetzungen um den marxistischen Philosophen Hans Heinz Holz (1970-1974)".

Zudem könnte man annehmen, dem Untertitel des Buches „Die ‚Marburger Schule' – Geschichte, Probleme, Akteure" folgend, es handele sich um die in Marburg lehrenden Marxisten. Fehlanzeige. Zwar ist von diversen Akteuren die Rede, allen voran von Wolfgang Abendroth, Werner Hofmann und Heinz Maus, wobei letzterer als Niekisch- und Horkheimer-Schüler eher ein vom Marxismus angeregter Soziologe war. Diese im Marburger Fachbereich für Gesellschaftswissenschaften und Philosophie tätigen Professoren benannte Gerhard Schäfer als das „Marburger Dreigestirn" in seiner gut recherchierten und aufschlussreichen Untersuchung über deren intra-personalen Beziehungen; besser wäre – statt von einer „Marburger Schule" – von einer „Abendroth-Schule" zu sprechen, weil Abendroth das Zentrum und der Initiator der Berufungen war und auch am längsten von allen marxistischen Professoren in Marburg wirkte (1951-1972). Wenn aber Peter das sog. „Dreigestirn" mit den in Marburg wirkenden marxistischen Professoren gleichsetzt, verstößt das gegen die Wahrheit. Nach der Berufung von Abendroth im Jahre 1951 war Maus erst 1960 zum ordentlichen Professor der Soziologie ernannt worden. Alle drei wirkten nur gut drei Jahre zur gleichen Zeit am gleichen Ort, da Hofmann nach seiner Berufung im April 1966 bereits im November 1969 starb. Hingegen wirkte Holz 9 Jahre von 1970 bis 1979 am Fachbereich für Gesellschaftswissenschaften und Philosophie, zunächst als Lehrstuhlvertreter bei den Politologen 1970/71, danach auf Betreiben von Abendroth als Lehrstuhlvertreter für Philosophie, bis er schließlich nach erbitterten, bundesweiten Auseinandersetzungen vom 11. Mai 1973 bis zur Mitte des Jahres 1979 als ordentlicher Professor für Philosophie eine große Anziehungskraft für linke Studenten weit über Marburg hinaus ausübte. In der Marburger Zeit von 1970 bis 1978 erschienen allein 261 Erstveröffentlichungen von Holz, dessen Gesamtwerk mittlerweile mehr als 2.200 Titel umfasst. International genießt Holz als Marxist einen überragenden Ruf. Seine Werke sind laut Worldcat in 7.500 Bibliotheken weltweit vertreten. Holz war gewähltes Mitglied der „World Academy of Letters" und „Honory Director" des „International Biographical Centre" in Cambridge.

Zu fragen ist, weshalb das Wirken des marxistischen Philosophieprofessors Holz in dem Buch von Peter nur am Rande vorkommt, obgleich Abendroth anlässlich der Antrittsvorlesung von Holz in Anwesenheit von Ernst Bloch am 11. Mai 1973 erklärt hatte, die Berufung von Holz sei „ein gewaltiger Fortschritt" für die Marburger Universität. Zwar spricht Peter (Seite 153) im Zusammenhang mit der im Jahre 1984 stattgefundenen Auseinandersetzung mit Wolfgang Fritz Haug „von führenden Vertretern der Marburger Schule wie Hans Heinz Holz, Frank Deppe und Georg Fülberth"[2]. Holz ist jedoch – anders als den beiden Politologen – kein eigener

---

1 „Der Verband Deutscher Studentenschaften fordert: 1. Marx an die Uni. Endlich sollen Marxisten Marxismus lehren! Institutionelle Verankerung des wiss. Sozialismus im gesamten Lehr- und Studienbetrieb. 2. Daß der durch alle Entscheidungsgremien der Marburger Universität eindeutig für die Besetzung des Lehrstuhles Philosophie II bestimmte Marxist Hans Heinz Holz umgehend vom Kultusministerium als ordentlicher Professor berufen wird." In: vds-press, Nr. 21 vom 26. März 1971. Vgl. auch Kurt Pätzolds Beitrag „Professor Unding" in diesem Band.

2 Siehe Hans Heinz Holz/Thomas Metscher/Josef Schleifstein/Robert Steigerwald (Hrsg.), Marxismus – Ideologie – Politik, Frankfurt/Main 1984. Mitverfasser ist auch Lothar Peter mit seinem Beitrag „Die

Abschnitt gewidmet. Ist dies Ausdruck einer Geringschätzung Marburger Politologen, die in der Philosophie lediglich eine Hilfswissenschaft der Politologie zu sehen meinten?

Während das Literaturverzeichnis 22 Titel von Deppe auflistet, 16 von Abendroth, 15 von Hofmann, 9 von Fülberth und Boris, 8 von Peter und Maus, 7 von Tjaden, 5 von Kühnl, 3 von Römer, kommt Holz strenggenommen nur einmal vor, und dies als Antipode von Wolfgang Fritz Haug. Auf Seite 107 heißt es über Holz lediglich: Durch die „kontroverse" Berufung des „früheren" Schülers von Ernst Bloch – man stelle sich vor, Deppe würde als „früherer Schüler von Wolfgang Abendroth" bezeichnet – „schien" der Fachbereich für Gesellschaftswissenschaften und Philosophie „zunächst verstärkt" zu sein, jedoch habe Holz Marburg „bereits" 1978 wieder verlassen. Das ist unzutreffend, da Holz hier seinen Verpflichtungen bis zum Ende des SS 1979 nachkam. Gehen mußte er nach den vergeblichen Bleibeverhandlungen mit dem Land Hessen.

Was ist daran anfechtbar, daß der Bloch-Schüler auf Anregung von Helmut Plessner sich auf dessen während seiner Emigration innegehaltenen Lehrstuhl in Groningen berufen ließ? Hätten die Professoren Kühnl, Römer, Boris, Fülberth Marburg nicht verlassen, wäre ihnen eine ordentliche Professur an einem herausragenden Ort im In- oder Ausland angeboten worden? Von Kühnl ist bekannt, daß er mit seiner beruflichen Situation in Marburg nicht glücklich gewesen ist und z. B. statt Gastprofessor lieber ordentlicher Professor in Tel Aviv geworden wäre. Die Abendroth-Schüler, so Peter, seien von Holz' „zur Abstraktion neigendem wissenschaftlichem Habitus" (!) „enttäuscht" worden, als ob diese Bezeichnung nicht ein wissenschaftliches Prädikat besonderer Güte wäre.

Wie können die auf das Verhältnis von Theorie und Praxis bedachten Marburger Linken „enttäuscht" gewesen sein von Holz, der bereits 1946 bis 1956 der KPD angehörte? Holz beteiligte sich am Kampf gegen die Atombewaffnung der Bundesrepublik ebenso wie am Kampf gegen die Notstandsgesetze. Er gehörte mit Abendroth und Ridder geradezu zum „Dreigestirn" der Notstandsopposition. Nach 1990 engagierte er sich aktiv in der Programmdiskussion der DKP und stellte sich in unzähligen Veranstaltungen der Diskussion vor Ort. Bei Peter heißt es abfällig, Holz habe sich einem „leninistischen Ultradogmatismus" verschrieben und in der Rolle des „Cheftheoretikers der verbliebenen organisatorischen Reste der DKP", der Peter selbst einmal angehörte, „Bestätigung" gesucht.

Als ob nicht auch Abendroth an der theoretischen Einheit von Marx, Engels und Lenin festgehalten hätte und den Ideen von Lenin und der Oktoberrevolution lebenslang die Treue gehalten hätte! Bei aller Kritik an Entartungserscheinungen, Deformationen und Verbrechen in der Sowjetunion ist auch Abendroth, wie er es seinem Lehrer Heinrich Brandler zugutehält, der sozialistischen Oktoberrevolution, ihrem Staat und der Gedankenwelt Lenins treu geblieben. Man lese Abendroths Rede zum 100. Geburtstag von Lenin am 24. April 1970 über „Lenin und die internationale Arbeiterbewegung" im Marburger Audimax. Es wäre durchaus lohnenswert, diese Rede und auch Abendroths im gleichen Jahr in der *Wirtschaftswoche* erschienenen Aufsatz über Leninismus „Auch heute führt die Unterklasse den Klassenkampf, wenn auch mit falschem Bewusstsein" mit dem Aufsatz von Holz in der *jungen Welt* über Lenin, den „Kompass der Revolution" aus dem Jahre 2009 zu vergleichen.

Die Frage ist, wieviel von der Gedankenwelt Lenins nach 1990 in der Schule Wolfgang Abendroths, den Hanno Drechsler einen „revolutionären Kommunisten" nannte, übriggeblieben ist,

---

Ideologie des ‚Arguments' in der Krise". Anmerkungen zu W. F. Haug: Krise oder Dialektik des Marxismus" (S. 54-73), in dem es auf S. 71 f. 1984 noch heißt: „Entscheidendes Kriterium der Tätigkeit marxistischer Intellektueller muss nach wie vor und trotz des modischen Trends, der Arbeiterklasse ‚adieu' zu sagen, der Bezug zu den realen Lebensbedingungen, Interessen und Bewusstseinsformen der Arbeiterklasse sein".

auch wenn die Familie Abendroth und die ursprünglichen, sozialdemokratischen Mitherausgeber von Abendroths „Gesammelten Schriften“, Joachim Perels und Uli Schöler, davon nichts mehr wissen wollen? Auch in der Zukunft werden sich die Geister an dem Schreiben scheiden, das Abendroth anlässlich des Todes von Walter Ulbricht an Albert Norden geschickt hat.[3]

Als Holz in seiner „Kleinen Eloge auf einen Freund“ in meinem Buch „Prüfet alles, das Gute aber behaltet“ 2010 kritisierte, daß die Marburger Schule der Politikwissenschaft nach dem Zerfall des sozialistischen Staatensystems verebbt sei, löste dies bei Marburger Politologen Protest aus. Ob Holz damit gemeint hat, daß die Abendroth-Schüler nicht mit der gleichen Intensität an den Frontstellungen z. B. zur „Frankfurter Schule“ und zu Wolfgang Fritz Haug festgehalten haben wie Holz selbst? Während Haug vom *Neuen Deutschland* breiter Raum für seine Veröffentlichungen zur Verfügung gestellt wurde, veröffentlichte Holz 2009 einen Aufsatz in der *jungen Welt* mit dem Titel „Marxismus ohne Lenin? Antworten auf Wolfgang Fritz Haug“.

Mit Sicherheit bleibt zu fragen, was die Marburger Politologen nach dem Tode von Wolfgang Abendroth getan haben, um sein Leben und sein Werk für die Nachwelt zu erhalten und wirksam zu machen. Es waren andere, die sich darum kümmerten. Holz selbst hat sich ab 1967 wiederholt mit Erbe und Auftrag von Abendroth beschäftigt, in zwei einstündigen Gesprächen mit Abendroth im Rundfunk (1976 und 1981), zahlreichen Aufsätzen und einem Sonderheft der von ihm mitherausgegebenen Zeitschrift *Topos*, zuletzt 2006 anlässlich des 100. Geburtstages von Abendroth in der *jungen Welt* („Kampf um das Recht“).

Nebenbei: Nicht nur die Philosophie, sondern auch die Rechtswissenschaft spielt in der Wahrnehmung unter den Marburger Politologen ein Schattendasein. Die fünf Bände der gesammelten Schriften von Peter Römer, erschienen im Centro di Studi Filosofici Sant’ Abbondio, tauchen im Literaturverzeichnis von Lothar Peter nicht auf.

Während Abendroth sich stets darum bemühte, Marxisten an die Universität zu holen (in Marburg u. a.: Maus, Hofmann, Holz), scheinen Marburger Politologen am Ende nicht mehr von dem Konzept „Marxisten an die Uni“ begeistert gewesen zu sein, wie der Abgesang auf die universitären Marxisten von Georg Fülberth in der Wochenzeitung *Die Zeit* 1999 unter dem Titel „Marxismus Emeritus. Die Vertreter des Historischen Materialismus an den deutschen Universitäten gehen in Rente“[4] belegt. Wer unter der provinziellen Enge leidet und sich auf die Zeit nach der Pensionierung extra muros freut, sollte keine Steine auf den Marxisten Hans Heinz Holz werfen, der mehr als andere den bundesdeutsch-provinziellen Antikommunismus im Untersuchungsausschuss des Hessischen Landtages zu spüren bekam und schließlich in den Niederlanden ein produktives Tätigkeitsfeld fand, das durch solcherlei Beschränkungen nicht gekennzeichnet war.

Es ist unbestritten, daß der Fachbereich für Gesellschaftswissenschaften und Philosophie an der Philipps-Universität, trotz der Berufsverbote auch dank der weitgehend liberalen Berufungspolitik des SPD-Landes Hessen, Akteure und Produkte hervorgebracht hat, die weit über dem

---

3 Darin heißt es u. a.: „Einer der Größten aus der Tradition der Arbeiterbewegung ist [mit Walter Ulbricht] von uns gegangen, und gleichzeitig einer der Größten der Geschichte des deutschen Volkes. Mochte ich oft Probleme anders gewertet haben, als er es tat (und in vielen entscheidenden Fragen hat sich gezeigt, daß er im Recht war, wenn auch, wie mir immer noch scheint, in manchen nicht), so ändert das nichts an seiner ungeheuren historischen Leistung, der die DDR so viel verdankt, aber auf lange Sicht auch die westdeutsche Arbeiterbewegung und der internationale Sozialismus.“ Ulbricht sei „stets ein Vorbild an Treue zu Humanität und Sozialismus und an wissenschaftlicher Konsequenz in der Anwendung des Marxismus gewesen“. „Mein alter Lehrer und Freund Heinrich Brandler, [...] hat mir noch wenige Tage vor seinem Tode versichert, daß er ihn genauso schätzte, wie ich es tue.“ Brief vom 2. August 1973. In: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO). Signatur: DY 30/IV B 2/2.028/22. Siehe auch G. Fülberth: Nobelpreis für Walter Ulbricht, in: *Unsere Zeit* vom 29. Juli 2011, S. 2.

4 In: DIE ZEIT Nr. 30/1999, 22. Juli 1999.

Niveau des bundesdeutschen Durchschnitts liegen – vor und auch nach 1985, dem Todesjahr von Wolfgang Abendroth. Aber nachdem alle Akteure pensioniert bzw. im Fall Deppe emeritiert sind, sollte der Anspruch Abendroths nach wissenschaftlicher Redlichkeit und Genauigkeit nicht unterschritten werden wie in diesem „höflichen" (Rainer Rilling), aber wissenschaftlich unzureichenden Beitrag zur „Marburger Schule" von Lothar Peter.

Höflich waren übrigens auch die Briefe, die Wolfgang Abendroth mit dem Haupt der Frankfurter Schule Theodor W. Adorno wechselte. In der Sache wurde von Abendroth der Gegensatz hart und unmissverständlich ausgetragen[5]. Abendroth kritisierte den „Adornismus" als eine „Rückzugsbrücke". Die Vertreter der „Frankfurter Schule" hätten sich „total zurückgezogen". Nach Abendroth abstrahierten sie permanent von der Realität, betrieben also „einen Scheinmarxismus als Selbstbefriedigung" (S. 37).

Bei Peter findet sich auf Seite 140 hierzu der entlarvende Satz: „Es mag dahingestellt bleiben, ob Holz wirklich die bessere Wahl war" als der von Iring Fetscher favorisierte Kandidat der Frankfurter Schule, Alfred Schmidt. Dazu passt, daß Peter den 1991 (!) in Budapest erschienenen Briefwechsel zwischen Georg Lukács und Werner Hofmann unter dem Titel „Ist der Sozialismus noch zu retten" nennt. Das in sieben Sprachen übersetzte und bei Rowohlt erschienene Buch aus dem Jahre 1967 „Wolfgang Abendroth/Hans Heinz Holz/Leo Kofler. Gespräche mit Georg Lukács", herausgegeben von Theodor Pinkus, findet hingegen keine Erwähnung.

Wenn Peter den Vorwurf des „Sektierertums" gegen Holz erhebt, weil dieser „abweichende Erwägungen zu Robert Steigerwald" unter dem Titel „Die revisionistische Wende" (*junge Welt* vom 13. Dezember 2007) argumentativ vortrug, so übersieht er, daß Differenzen zwischen Steigerwald und Holz seit Jahren, auch in der Parteizeitung *Unsere Zeit*, legitimer Weise diskutiert wurden. Den Anfang machte Steigerwald mit seiner Kritik an Holz in den *Marxistischen Blättern* 5/1973 mit dem Titel „Der Holzweg des ‚Neomarxismus'". Die Antwort von Holz „Über den Ursprung von Dissidenzen" erschien am gleichen Ort in 6/1973.

Die politisch heruntergekommene Situation des Marburger Fachbereichs für Gesellschaftswissenschaften und Philosophie spiegelt sich auch in der Zustimmung (7:2) des Fachbereichs zur „Ehrenpromotion" an Helmut Schmidt wider. Die „Ehrenpromotion" im Jahre 2007 dem Weggang von Holz im Jahre 1979 anzulasten (bloß, weil sein Nachfolder die Ehrenpromotion von Schmidt betrieb), wie dies in der Diskussion eloquent versucht wurde, ist aberwitzig. Post hoc non est propter hoc. Holz gehörte ab den späten 50er Jahren nachweislich zu den entschiedenen Gegnern von Helmut Schmidt und wandte sich explizit gegen dessen Ehrenpromotion ausgerechnet durch den Fachbereich für Gesellschaftswissenschaften und Philosophie an der Wirkungsstätte von Wolfgang Abendroth.[6]

Nach Abendroth gibt es keinen wissenschaftlichen wie auch keinen gesellschaftlichen Fortschritt ohne Diskussion und Weiterentwicklung der Diskussion: Diskussion nicht als Selbstbefriedigung, sondern als Diskussion für die tägliche Praxis, als auf den Begriff gebrachtes eingreifendes Denken. Dies gilt auch in einer Zeit, die durch territoriale und militärische Expansion des Kapitalismus bei gleichzeitiger, wenn auch ungleichmäßiger Regression des Klassenbewusstseins – nicht nur in Deutschland – gekennzeichnet ist.

Überarbeitete Fassung eines vorbereiteten Diskussionsbeitrages, der nur teilweise auf der Veranstaltung zur Buchvorstellung in Marburg am 2. Juli 2014 vorgetragen werden konnte. Siehe inzwischen auch die Besprechung von Richard Albrecht in den *Marxistischen Blättern* 4/2014, S. 136-138.

---

5 Siehe Georg Ahrweiler, Btr. Lukács, Köln 1978, S. 15-50.

6 Siehe das Protestschreiben von Hans Heinz Holz an die Marburger Protestversammlung vom 26. Februar 2007 in: Friedrich-Martin Balzer, Prüfet alles, das Gute behaltet, Bonn 2010, S. 225. Siehe auch mein Dossier: Ehrendoktorwürde für Helmut Schmidt. Was würden Wolfgang Abendroth und Helmut Ridder dazu sagen? a. a. O., S. 225-239.

Erstveröffentlichung

Friedrich-Martin Balzer: Grußwort zum 80. Geburtstag von Klaus Fuchs-Kittowski

Lieber Klaus,

Du bist der Träger eines großen Namens.

Dein Großvater, der Theologe, Pazifist, Quäker und Sozialist Emil Fuchs, geboren 1874 im hessischen Odenwaldkreis, erhielt 1914, vor 100 Jahren, den – neben Berlin und Prag – ersten von drei Ehrendoktorwürden an der hessischen Universität Gießen. In seinen historisch zu nennenden Wochenberichten am Ende der Weimarer Republik warnte er nach dem 30. Januar 1933 vor der Weltkatastrophe und dem Versinken in hoffnungslose Barbarei.

Sein Sohn, einer der weltweit bedeutendsten Kernphysiker des 20. Jahrhunderts, Klaus Fuchs, wurde 1911 im hessischen Rüsselsheim geboren. Als verfolgter Antifaschist sah er es für seine moralische und politische Pflicht an, die Kenntnisse, die er beim Bau der US-Atombombe beigesteuert und erworben hatte, im gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus an den damaligen Bündnispartner, die Sowjetunion, weiterzugeben.

Just am 13. Mai 1974, als Emil Fuchs 100 Jahre alt geworden wäre, hielt ich an der Theologischen Fakultät in Heidelberg einen Vortrag über die Assoziation nicht-proletarischer, christlicher Antifaschisten an die Arbeiterbewegung. Zum 100. Geburtstag von Klaus Fuchs würdigte ich in der „*jungen Welt*“ den herausragenden Beitrag von Klaus Fuchs für die „Sicherung des Friedens“.

Anlässlich des Todes seiner Schwester Elisabeth, Deiner Mutter, schrieb Klaus Fuchs 1938 an Emil Fuchs: „Wir [die Rotfüchse] haben uns den Weg nicht so schwer gedacht. Wenn wir ihn aber noch einmal zu wählen hätten, würden wir ihn doch wieder wählen. Wir können ja nicht anders“.

Du weißt und Sie sehen, ich bin Dir und Deiner Familie seit fast einem halben Jahrhundert als im hessischen Marburg wirkender Historiker eng verbunden.

Lieber Klaus,

Du bist nicht nur der Träger eines großen Namens, sondern Du hast Dir als Informatiker und Philosoph selbst einen Namen gemacht. Die Bibliographie Deiner Veröffentlichungen und die Zahl der Dich auszeichnenden Ehrungen sind lang und eindrucksvoll. Dein Eintrag in Wikipedia gibt davon andeutungsweise Zeugnis.

Stets hast Du Dich aber auch unermüdlich und in besonderer Weise um die Lebendigerhaltung und Weitertragung des Erbes Deines Großvaters Emil Fuchs, mit dem Du von Kindheit an viele Jahrzehnte zusammengelebt hast, gekümmert, zuletzt durch die Edition seiner Interpretation des Matthäus-Evangeliums. Dein Vormund war kein Geringerer als der Gefängnispfarrer von Plötzensee, Harald Poelchau, der mehr als 1.000 Antifaschisten auf ihrem Weg zur Hinrichtungsstätte begleitete. Ebenso hast Du Dich stets um Deinen Onkel Klaus Fuchs gekümmert, den Du zusammen mit Deinem Vater im englischen Gefängnis besucht und nach seiner vorzeitigen Entlassung auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld in Empfang genommen hast. Wenn das Bild, das die Gegner und Nutznießer von Klaus Fuchs von ihm zeichneten, weitgehend zurechtgerückt worden ist, so ist dies auch auf Dein unermüdliches Suchen nach der Wahrheit zurückzuführen.

Die Zeichen der heutigen Zeit, in der etappenweise der Dritte Weltkrieg, so Papst Franziskus, näher rückt, schrecken uns, Dich als Mitglied des „Deutschen Friedensrates“ der DDR sowie des „Forums der InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung“ ganz besonders.

An Deinem 80. Geburtstag, lieber Klaus, danke ich Dir ganz persönlich, danken wir Dir alle dafür, daß Du Dein Leben lang dem Ganzen und dem friedlichen Zusammenleben der Völker gedient hast und Dir dabei selbst und Deinen Dich prägenden Vorfahren treu geblieben bist.

Erstveröffentlichung

III. Spiegelungen

Renate Riemeck: Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten

„Die deutsche Kirchen- und Religionsgeschichtsschreibung hat meist die demokratischen und revolutionären Tendenzen, die sich in der wirklichen Geschichte der christlichen Bewegungen und Kirchen gezeigt haben, entweder verschwiegen oder verfälscht und aus ihrem Bewusstsein verdrängt. Erst in den Jahren nach dem Zweitem Weltkrieg hat sie ernstlich begonnen, diesen Mangel zu beheben."

Mit dieser Feststellung leitet Wolfgang Abendroth Friedrich-Martin Balzers Buch. „Klassengegensätze in der Kirche – Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten" ein.

Das Buch entstand als Dissertation im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg/Lahn. Ihres gewichtigen Inhalts wegen wurde diese soziologische Doktorarbeit in die „*Kleine Bibliothek*" des Pahl-Rugenstein-Verlages (Köln) aufgenommen und dadurch einer breiteren Leserschaft zugänglich gemacht. Man kann ohne Einschränkungen konstatieren, daß ihr Erscheinen im gegenwärtigen Zeitpunkt hoch aktuell ist: Mitglieder der Evangelischen Studentengemeinden und junge Pfarrer werden oder sind überzeugte Sozialisten – und einige von ihnen (man denke an den „Fall Trommershäuser") schließen sich der Kommunistischen Partei an. Mit anderen Worten – Erwin Eckert, der im vorigen Jahr verstarb, hat Nachfolger gefunden; Theologen wenden sich, durch ihr soziales Engagement bedingt, der DKP zu – und bleiben Theologen.

Balzers Arbeit kann diese Entwicklung begreiflich machen. Als Politologe und Soziologe muss er zunächst in einem einleitenden Kapitel die „Sozialen Grundlagen der Entfaltung des Klassenkampfes innerhalb der protestantischen Landeskirchen der Weimarer Republik" darlegen, um den Widerspruch zwischen formaler Kirchenzugehörigkeit der werktätigen Bevölkerung mit ihrer faktischen Entkirchlichung überzeugend aufdecken zu können.

Sehr aufschlussreich ist die Aufschlüsselung der sozialen Herkunft der Pfarrer (60 Prozent entstammten den akademischen Mittelschichten, 28 Prozent waren Söhne von Pfarrern, 6,3 Prozent von Hochschullehrern, 5,3 Prozent von Rechtsanwälten, 4 Prozent von Ärzten usw.). Schon von daher waren sie auf die „bürgerlich-kleinbürgerlichen Kirchengemeinden" eingestimmt. Und ihre Kirchenleitungen waren alles andere als Vertretungen der sogenannten „Volkskirche": Sie setzten sich aus Grafen, Baronen, Bankdirektoren, Gerichtspräsidenten, Staatsanwälten und Beamten des höheren Dienstes zusammen; Bauern: 0, Arbeiter: 0, Angestellte: 0.

Balzer zitiert Erwin Eckert, der 1928 hierzu schrieb: „In diesen Kirchen sitzen die Vertreter der feudalen orthodoxen Kreise und die kapitalistisch-liberalen Vertreter des zur Macht gelangten Bürgertums. Das Volk ist überhaupt nicht vertreten."

Auf Grund dieser Tatsachen macht Balzer die Anliegen des „Bundes Religiöser Sozialisten" und vor allem Erwin Eckerts Entscheidungen deutlich.

Die Bewegung der religiösen Sozialisten war eine kleine Minderheit im deutschen Protestantismus. Ihre Träger bekannten sich fast alle zur SPD; Geistliche war nur sehr weniger darunter. Am stärksten verbreitet war diese Bewegung in Süddeutschland, besonders in Baden, Württemberg und der Pfalz. Andere regionale Schwerpunkte lagen in Mitteldeutschland, speziell in Thüringen. Als „soziographisches Rekrutierungsfeld" für den „Bund Religiöser Sozialisten" ermittelte Balzer die Industriedörfer, die Klein- und Mittelstädte; er wählte Baden als Exempel für die Erfassung der Sozialstruktur eines Landes, in dem der „Bund" seine Tätigkeit entfaltete, um die Arbeiterklasse gegen die bestehenden Verhältnisse in der Kirche zu mobilisieren.

Sodann wendet der Autor sich der „politischen Theorie und gesellschaftlichen Praxis" des Pfarrers Erwin Eckert zu.

In sieben Etappen von 1893 (dem Geburtsjahr Eckerts) bis 1931 (seinem sensationell wirkenden Eintritt in die KPD) schildet Balzer die Entwicklung dieses ungewöhnlichen Mannes.

Als Sohn eines Lehrers, der in einem Mannheimer Arbeiterviertel wirkte, lernte Eckert das soziale Elend des Proletariats kennen. Nach dem Besuch des humanistischen Gymnasiums trat er achtzehnjährig (1911) der SPD bei. Er studierte Theologie, meldete sich 1914 als „Kriegsfreiwilliger“ und kehrte nach mehreren Verwundungen als Kriegsgegner zurück.

In einer Pforzheimer Zeitung schrieb er 1920: „Die evangelische Kirche darf nie mehr für den Krieg predigen. Sie soll künden von allen Kanzeln und bei allen Gelegenheiten: Völkerversöhnung und Völkerfrieden“.

An den markanten Schnittpunkten der „Klassenkämpfe in der Weimarer Republik“ zeigt Balzer die Stellungnahmen und die Einsatzbereitschaft des Pfarrers Eckert auf, der 1923 in einem (später als Aufsatz veröffentlichten) Vortrag über „Materialistische Geschichtsauffassung und Religion“ gesagt hatte, der Klassenkampf sei „ein geistiges Ringen voll Aufopferung und Entsagung, ein Kampf um Recht, um Frieden und Freude, um Wahrheit, um Glück und Reinheit, um Brüderlichkeit und Menschlichkeit“. Und „Ein Christ kann also nicht nur Sozialist sein, er muss es sein.“

Zu den Schnittpunkten, die Eckerts Aktivitäten im Rahmen des „Bundes“ herausforderten, gehören:

1. die Wahl des Reichspräsidenten im Jahre 1925;

2. der Kampf der religiösen Sozialisten an der Seite von SPD und KPD für die entschädigungslose Fürstenenteignung (1925), in dessen Verlauf es zu Disziplinarmaßnahmen gegen sozialistische Pfarrer und schweren Auseinandersetzungen Eckerts mit der badischen Kirchenleitung kam, die aber durch die Wahl des Mannheimer Kirchengemeinderates positiv für ihn entschieden wurden (er wurde mit großer Mehrheit zum Stadtpfarrer an der Trinitatis-Kirche gewählt);

3. das Einschwenken der SPD in der Frage des Baues eines Panzerkreuzers und ihr Bemühen um ein „Wehprogramm“ (1928/29), wobei das SPD-Mitglied Eckert seine Partei vergeblich aufforderte, „der durch die bürgerlichen Parteien maßgeblich beeinflussten deutschen Republik die Mittel zu einer eventuellen Kriegsbeteiligung zu nehmen“;

4. die Haltung der Weimarer Republik, der SPD und des „Bundes Religiöser Sozialisten“ zur Sowjetunion, die zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb des „Bundes“ führte und Eckert veranlasste, auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Nürnberg (1930) als einziger Redner unter empörtem Lärm seiner Zuhörer für die Sowjetunion Partei zu ergreifen.

Das führte zu Spannungen zwischen Eckert und dem „Bund“, Eckert und der SPD. Sie verschärften sich durch die politische Entwicklung in Deutschland, die in den Septemberwahlen 1930 ihren Ausdruck fand: Die SPD verlor ca. 580.000 Stimmen, die NSDAP gewann über Millionen Stimmen (6,4 Millionen gegenüber 810.000 bei den Wahlen von 1928). Den Aufstieg verdankten die Nazis zwar nicht den Arbeiterstimmen, sondern vor allem den durch die Wirtschaftskrise hart betroffenen kleinbürgerlichen Schichten. (Die von der SPD enttäuschten Arbeiter wählten größtenteils die KPD).

Angesichts der drohenden Gefahr des Faschismus analysierte Erwin Eckert fortan im „*Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes*“ in regelmäßig erscheinenden Wochenberichten die politische Lage. Balzer stellt dazu fest: „Diese bisher an keiner Stelle ausgewerteten Analysen stellen eine Fundgrube für jeden an der sozialwissenschaftlichen Erforschung dieser Periode Interessierten dar. Sie sind bedeutungsvoll, weil sie nicht die Ansichten eines einzelnen oder irgendeine Idee, sondern die objektive Situation des wirtschaftlichen Lebens widerspiegeln.“

Die sich zuspitzende Krise der Demokratie unter der Notverordnungspolitik Brünings, der Demagogie der Nazis und des beginnenden Zusammenschlusses der kapitalistisch orientierten

Rechten, führte zum Konflikt zwischen der sozialdemokratischen Linken und dem SPD-Parteivorstand. Er endete mit dem Ausschluss der Führer der linken Opposition und der Gründung der SAP (Sozialistische Arbeiterpartei). Auch Pfarrer Eckert wurde vom badischen Landesvorstand aus der SPD ausgeschlossen, weil er gegen die „verkehrte Taktik der SPD“ und ihre „Tolerierungspolitik“ gegenüber der Regierung Brüning aufgetreten war.

Der „Bund Religiöser Sozialisten“, dessen Vorsitzender Eckert war, geriet dadurch seinerseits in eine Konfliktsituation. Im siebenköpfigen Bundesvorstand war Emil Fuchs der Einzige, der für Eckert Verständnis aufbrachte, die Landesvorsitzenden aber stimmten seiner politischen Einstellung in weitaus größeren Maß zu. Schließlich aber kam es zu einem Zusammenspiel zwischen dem „Bund“ und SPD-Vorstand. Eckert wurden etappenweise die Wirkungsmöglichkeiten im „Bund Religiöser Sozialisten“ entzogen. Der „Bund“ geriert damit auf jene schiefe Linie, die ihn seiner vormals erworbenen politischen Einflussmöglichkeiten beraubte, „noch bevor er von der NSDAP verboten wurde“ (Balzer).

Eckert entschloss sich nun zu einem spektakulären Schritt: Nach einer Unterredung mit dem Zentralkomitee der KPD trat er am 3. Oktober 1931 in diese Partei ein. Die Überraschung, daß die KPD erstmals einen amtierenden Pfarrer aufnahm, war ungeheuer groß. Auf Massenversammlungen in Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart und Berlin begründete Eckert seinen Entschluss: Die SPD-Politik führe zu einer „Schwächung der Kampfkraft der Arbeiterklasse“ gegenüber Faschismus und Kapitalismus. Wenn der Weg der SPD nicht zur Einigung des Proletariats führe, könne es doch eigentlich nur „den anderen Weg geben, nämlich den, der Kommunistischen Partei zu vertrauen“, sagte Eckert auf diesen Kundgebungen.

So in Stuttgart: „Sie müssen nicht denken, daß der Weg, den ich gegangen bin, einfach war und einfach sein wird. Aber ich freue mich auf diesen Weg, freue mich, weil ich die Überzeugung habe, daß mein Leben nicht besser eingesetzt werden kann als bei den Kommunisten, als da, wo es sich darum handelt, den Massen zu helfen, die leiden, die Kinder zu sättigen, die hungern, die Frauen zu unterstützen, die krank sind – als da, wo es sich darum handelt, die Leidenden zum Licht, die Unterdrückten durch Kampf zum Sieg zu führen.“

Die Begründung seines Übertritts war von großer öffentlicher Wirkung. Dies lag, wie Balzer ausführt, vor allem „in der spontanen Hinwendung“ zahlreicher Menschen „zu antifaschistischem Einheitsfrontdenken“. Eckert sah sich gezwungen, aus der Kirche auszutreten. Sie hatte keinen Raum für ihn.

Balzer hat es vermocht, das Besondere von Eckerts Existenz „zwischen allen Fronten“ herauszuarbeiten. Sein Buch ist aber zugleich ein außerordentlich wichtiger, gut fundierter Beitrag zu einem höchst interessanten Kapitel in der Geschichte der Weimarer Republik. Es ist ihm eine Meisterleistung sozialgeschichtlicher Forschung gelungen, zu der man ihn beglückwünschen kann.

Als besonderen Glücksfall darf man es betrachten, daß Balzer in persönlichem Kontakt mit Eckert gestanden hat und deshalb bislang unveröffentlichtes Material zugänglich machen konnte. Insofern ist das Buch zugleich auch ein großartiger „Nachruf“ auf Erwin Eckert, der am 20. Dezember 1972 verstarb. Aber es nicht nur ein „Nachruf“, es ist auch unausgesprochen ein Vorgriff auf die Zukunft und ein wesentlicher Beitrag zum Verständnis der Gegenwart.

Friedrich-Martin Balzer, Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten. Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1973, 301 S.

In: *Deutsche Volkszeitung*, Nr. 41 vom 11. Oktober 1973, S. 5.

Helmut Ridder: „Aufarbeitung“

Es ist kaum zu fassen und dennoch wahr, daß fast vier Jahrzehnte seit der militärischen Niederringung des „Dritten Reiches“ vergehen mussten, bevor Studien wie die hier vorgelegte damit rechnen konnten, ein sowohl nachhaltiges wie auch breitere Kreise erfassendes Interesse zu finden. Begonnen hat es mit lokal- und regionalgeschichtlichen Untersuchungen zum „alltäglichen Faschismus“ an der Macht. Vergegenwärtigt man sich, daß der zeitliche Abstand mittlerweile über die durchschnittliche Lebenszeit der seinerzeitigen Initiatoren und Hauptakteure des braunen Mord- und Repressionsapparats hinausreicht, mindert sich, mit der Verwunderung über diese Verspätung allerdings auch die Genugtuung darüber, daß der „Unfähigkeit zu trauern“ ganz allmählich nicht nur die Rede über „Aufarbeitung“, sondern sogar einige Stücke realer „Aufarbeitung“ folgen. Es sollte daher, wer sich dazu bereitfindet, von vornherein auch das erschreckende Phänomen der Verspätung niemals aus dem Auge verlieren, weil sonst aus der „Gnade der späten Geburt“ – sie ist wirklich eine Gnade – ein Fluch wird. Der zur Zeit amtierende Bundeskanzler [Helmut Kohl, FMB] hat einmal, peinlicherweise vor einem englischen Auditorium, die Deutschen jener zwölf Jahre von 1933 bis 1945, von denen gewiss nur eine kleine Zahl zu den „Hauptschuldigen“ – und auch nur eine kleine Zahl zu den aktiven Widerständlern – gehört hat, konkludent verglichen mit dem alttestamentlichen Dulder Hiob, der all das, was die „Nazis“ – wo kamen sie denn nur her? – an Verbrechen begangen haben, miterlitten und mitgeduldet habe, um sich am Ende gerechtfertigt von seinem Schmerzenslager erheben zu können. Mag sein, daß er dabei mit seinen eigenen moralischen Überzeugungen nicht in Konflikt geraten ist. Aber ganz sicher ist diese Sicht weit entfernt von den historischen Realitäten, die sich nicht mit Hilfe von Querschnitten durch selektierte Situationen der Vergangenheit, sondern nur durch eine diachronische Verfolgung geschichtlicher Zusammenhänge begreifen lassen. Daraus erst erwächst die Befähigung, zwischen individueller Schuld und nationaler Verantwortung zu unterscheiden – und sich der letzteren nicht zu entziehen, und erschließt sich das Kontinuum, innerhalb dessen das „Dritte Reich“ als das ganz und gar nicht zufällige Ergebnis moralischen und politischen Fehlverhaltens und die von daher überkommenen „Erblasten“ sichtbar werden, deren sich die ungenierte Rede vom „freiheitlichsten“ etc., in der Bundesrepublik realisierten, System aller Völker und Zeiten nicht bewusst wird.

Das Buch von Balzer und Schnell ist da besonders hilfreich. Es berichtet über einen „Fall“ aus *der Reichsrepublik von Weimar*! Als Chronik endet es schon mit dem Jahre 1931, mit der Verurteilung des Pfarrers Erwin Eckert durch ein Kirchliches Dienstgericht wegen seines kompromisslosen Auftretens gegen den die Amtskirche vergiftenden antirepublikanischen „Thron und Altar“-Protestantismus, der, in und durch Weimar seines Summepiskopats beraubt, hier einen seiner skandalösesten Triumphe gefeiert hat. Der „Fallbericht“ ist von den beiden Autoren mit großer Sorgfalt so dokumentiert, daß die Persönlichkeitsstruktur, das theologische und politische Bekenntnis von Erwin Eckert plastisch hervortreten; unverkennbar ist auch, wie die Autoren, von Wolfgang Abendroth auf die Spur des „Bundes Religiöser Sozialisten Deutschlands“ gesetzt, mit mehr als bloßem Engagement und Sympathie zu Werk gegangen sind, nämlich mit Liebe zu einem „Kirchentribun“ – sie sind in Deutschland noch seltener als die außerhalb der Kirchen wirkenden „Volkstribunen“ – und um der von ihnen nicht verloren gegebenen Sache der Kirche willen. So ist eine Arbeit entstanden, die auch ihrem Untertitel „Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik“ gerecht wird und den Leser befähigen kann, dieses Verhältnis als ein für das allgemeine Verhältnis der Gesellschaft von Weimar zur Republik paradigmatisches zu verstehen.

Das Buch wäre umsonst geschrieben, würden die Institutionen, die damals Erwin Eckert vertrieben haben, die SPD und die Evangelische Kirche, es achtlos beiseitelegen. Doch das ist wohl nicht zu befürchten. Daß kein Volk dauerhaft aus seiner Geschichte aussteigen kann und letztlich immer wieder von ihr eingeholt wird, das wird gerade gegenwärtig teils schon bewusst

erfahren, teils immerhin geahnt. Wer sein Ahnen zum Wissen und Lernen vervollkommnen möchte, dem wird das Buch eine große Hilfe sein. Nicht kann und darf es dazu dienen, den für manche seiner Altersgenossen legendär gewordenen, den Jüngeren größtenteils unbekannt gebliebenen Mannheimer Stadtpfarrer Erwin Eckert, für den der Weg zur KPD ein konsequent bruchloser gewesen ist, als Kultfigur auf einen Sockel zu heben und dadurch erneut „unschädlich“ zu machen. Das wäre die falscheste aller möglichen Rezeptionen seines Vermächtnisses.

Ich habe Erwin Eckert nach einer flüchtig gebliebenen Begegnung im Jahre 1945 wiedergetroffen – ein eigentümlicher Zufall – zu Beginn der 60er Jahre bei einem Gang durch die Kreml-Museen. An der geborstenen Glocke begegneten wir uns und vergaßen über einem langen, sehr langen Gespräch die Zeit. Wir sprachen über die unterschiedlichen Vorbedingungen, unter denen die Kirchen in den Republikversuch von Weimar hineingegangen sind, und über das Für und Wider der kirchlichen Korporationsschale nach dem Ende des Staatskirchentums.

Bei der Lektüre der vielen Texte Eckerts, die von den Autoren dankenswerterweise nicht nur in kurzen Auszügen wiedergegeben werden, habe ich mich lebhaft an das erinnert, was Eckert mir, der ich bis dahin nur blasse Vorstellungen vom Wollen und Wirken der „Religiösen Sozialisten“ gehabt hatte, bei jenem Gespräch nahegebracht hat. Das Eindrücklichste für mich aber war dies: Während er auf all das, was die kirchlichen Behörden, die politischen Gegner und die Pressehetze in der späten Weimarer Republik ihm angetan hatten und was er an Verfolgungsmaßnahmen des „Dritten Reichs“ hatte erleiden müssen, mit einer gewissen Ausgeglichenheit zurückzublicken vermochte, überkam ihn unüberwindliche Bitterkeit in der ganz frischen Erinnerung an die erneute strafgerichtliche Verfolgung im Zuge der durch das berüchtigte Erste Strafrechtsänderungsgesetz des Deutschen Bundestags ausgelösten antikommunistischen Repressionswelle.

An diesem Punkt ist anzusetzen, wenn man anhand des exemplarischen „Falles Eckert“ an eine fruchtbare „Aufarbeitung“ deutscher Vergangenheit gehen will. Es kommt in der Gegenwart darauf an, die Gegenwart, die noch Vergangenheit ist, zu überwinden, nicht „die Bundesrepublik Deutschland aus dem Schatten der Vergangenheit heraustreten“ zu lassen, sondern das Publikumsbewusstsein der bundesdeutschen Gegenwart von seiner ideologischen Unterjochung durch die antirepublikanische Vergangenheit zu befreien.

Friedrich-Martin Balzer/Karl Ulrich Schnell, Der Fall Eckert. Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik. Mit einem Geleitwort von Hans Prolingheuer, Röderberg Verlag, Frankfurt/Main 1987, 217 S.

In: *Frankfurter Hefte/Neue Gesellschaft*, Nr. 9/1988, S. 879-880.

Hanfried Müller: Gegen den Strom

Gegen den Strom, Miszellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus. Unter diesem Titel legt Friedrich-Martin Balzer, Marburger Politologe und international bekannt als spiritus rector des „Marburger Forums“, im Verlag Arbeit & Gesellschaft, Marburg 1990, eine Sammlung von Essays vor, die zwischen 1964 und 1989 entstanden sind.

In seinem Nachwort nennt Gert Wendelborn die durchgängige Thematik der Aufsätze: „Hier ist ganz primär die Rede von evangelischen Christen, die seit der Weimarer Republik und teilweise sogar schon zuvor sich gegen den Strom der vorherrschenden kirchlichen und politischen Linie bewegten und alle Folgen auf sich nahmen.“ Wendelborn empfiehlt das Buch insbesondere, „weil man hier so vieles über den Bund der Religiösen Sozialisten und einige seiner Gestalten – allen voran Erwin Eckert, aber auch Heinz Kappes, Arthur Rackwitz, Georg Wünsch, Hans Francke und Ludwig Simon, dazu über den nimmermüden Überzeugungsdemokraten Martin Rade erfährt“. Wendelborn reflektiert, daß die Präsentation dieser Schwimmer gegen den Strom – („Mit dem Strom schwimmen nur Leichen“) – selbst gegen den Strom erfolgt: Weniger denn je gehören die von Balzer ins Licht gerückten religiösen Sozialisten „zu jenen Gestalten der evangelischen deutschen Kirchengeschichte des 20. Jahrhunderts, die sich allgemeiner Aufmerksamkeit oder gar Billigung erfreuen können. Ihre Erinnerung ist von der Kirche (fast) völlig verdrängt worden. Der gegenwärtige historische Augenblick scheint weniger denn je geeignet, sie wieder populär zu machen. Aber es liegt für den Unvoreingenommenen zutage, daß sie als unermüdliche Warner vor dem und Kämpfer gegen den Faschismus mindestens seit 1930 in vollem Recht waren. Sie schrieben, redeten und handelten in prophetischer Klarsicht, wussten die Zeichen der Zeit zu deuten... Was aber ihr soziales, ja sozialistisches Engagement betrifft, so scheiden sich an ihm nach wie vor und mehr denn je die Geister. Das war schon bei den alttestamentlichen Propheten, bei Jesus und den Aposteln nicht anders. Die Frage nach wahrer und falscher Prophetie ist bedrängender denn je, und wer wüsste nicht um die Qualen geschichtlicher Entscheidungen?“

In den Aufsätzen Balzers – „erzogen von einem so scharfsinnigen und integren Gelehrten wie Wolfgang Abendroth“ – wird die Stimme eines freien Menschen laut. Und das ist erquickend in einer Zeit, von der in so hohem Maße Schillers Reiterlied gilt: „Aus der Welt die Freiheit verschwunden ist, man sieht nur Herren und Knechte; die Falschheit herrschet, die Hinterlist bei dem feigen Menschengeschlechte“. Ich kann nur unterstreichen, was Wendelborn über den Autor sagt: „Indem Balzer seine Arbeiten seit den sechziger Jahren aufs Neue der Öffentlichkeit übergibt, bekennt er sich zu seiner Vergangenheit und bezeugt seinen Willen zur Kontinuität ungeachtet sehr veränderter Bedingungen. Nein, ein Opportunist war er niemals und ist es auch heute nicht. Jeder Demokrat, auch wenn er anderer Meinung ist, sollte es ihm danken. Wir brauchen heute mehr denn je diese starken Charaktere, diese unbequemen Mahner, diese wachen Kritiker. Es ist ja für den Eingeweihten keine Frage, daß er auch mit seinem scharfen Urteil über die damalige offizielle Kirche im Recht ist ...“

Wendelborn deutet nur zurückhaltend in seinem Nachwort an, daß das Buch auch zwischen Theologen „linker Orthodoxie“ und den Erben des Religiösen Sozialismus heute noch Fragen aufwirft. Wendelborn dazu: Balzers „letzter Aufsatz ... weist auch auf Möglichkeiten eines geduldigen Dialogs mit dem Verfasser hin. Dieser scheint mir unumgänglich, wo er über die Bekennende Kirche urteilt ...“. Balzer „selbst nennt in seinem letzten Aufsatz Karl Barth und Dietrich Bonhoeffer als Vertreter der wahren Kirche neben Eckert. Dies dürfte ein guter Einstieg in eine noch lange nicht abgeschlossene Sachdiskussion sein – und eine literarische Publikation ist allemal so gut, wie sie auch zu fruchtbarem und weiterführendem Widerspruch anregt.“

Das Feld gesellschaftsgeschichtlichen, kirchengeschichtlichen und theologischen Widerspruchs, das sich hier eröffnet – und zwar in der Perspektive, durch den Widerspruch zur Verständigung zu finden – sei hier nur knapp skizziert:

Lange Zeit haben sich Erben der Bekennenden Kirche und des Religiösen Sozialismus gegenseitig vorgeworfen, ihre Väter seien nicht zureichend gegen nationalsozialistische Verführung immunisiert gewesen. Dabei wurde oft das eigene und das andere Lager mit zweierlei Maß gemessen – und dementsprechend auf der eigenen Seite in apologetischem Interesse nicht kritisch genug differenziert. Tatsächlich wirkte auf Seiten der Bekennenden Kirche (umfassend und verhängnisvoll) die nationale Demagogie der NSDAP verführerisch – jedoch im Lager der religiösen Sozialisten ebenso die soziale Demagogie (von schlichter Feigheit auf beiden Seiten einmal abgesehen). Darum sollte man beides nicht verschweigen: weder die national-klerikalen Unfälle auf der einen, noch die sozial-klerikalen Unfälle – von Wünsch bis Barnikol, die ins Lager der Nazis überliefen, – auf der anderen Seite. Messen wir uns doch gegenseitig lieber an denen, die „gestanden“ haben, – von Erwin Eckert bis zu Dietrich Bonhoeffer – als an denen, die „umgefallen“ sind! Und konzedieren wir uns, daß unsere Väter auf beiden Seiten besonders versuchlich waren, wo es um „Volksmission“, um „Volkskirchlichkeit“, um „positives Christentum“ ging – all das für die einen aus konservativer, für die anderen aus liberaler oder lebensphilosophischer Tradition verführerisch.

Wichtiger, aber unter uns noch immer offen, bleibt die theologische Frage: Ist eigentlich auch für Christen und ihre Theologie das (insbesondere politische) Ethos derart normativ, daß von „Mißbrauch“ des Namens Jesu Christi, wie wir sagen würden, vom „politischen Missbrauch der Religion“, wie es charakteristischerweise auf der anderen Seite heißt, nur dann die Rede sein kann, wenn die Politik, für die man sich unter Berufung auf den Namen Jesu Christi oder auf das Evangelium und Gesetz Gottes engagiert, ethisch verwerflich ist? Oder führt man den Namen Gottes bereits dann missbräuchlich und „unnütz“, wenn man ihn überhaupt für die eigene politische Sache ins Feld führt? Dabei sei ohne weiteres zugegeben: das hat die kirchliche Rechte stets wirksamer, unverantwortlicher und verhängnisvoller getan als die kirchliche Linke. – Vor allem aber sei bei alledem konzediert: Solange religiöse Sozialisten im Namen Jesu von politischen Dämonen Besessene geheilt und Teufel ausgetrieben haben, sind wir, die wir theologisch anders, dialektisch, nicht-religiös denken, nicht zu ihren Richtern berufen: „Wer nicht wider uns ist, der ist für uns“ (Mark. 9,40). Erben der Bekennenden Kirche, der Reformation und Dialektischen Theologie und Erben Thomas Münzers, Weitlings und des Religiösen Sozialismus sollten gemeinsam üben, sich unter dieser Devise zu begegnen. Balzers Buch ist auf weite Strecken ein Lehrbuch für diesen Weg – erfreulicher Weise für die „andere Seite“ immer aufgeschlossener, je später die Aufsätze entstanden sind.

In: *Weißenseer Blätter*, 4/1991, S. 47-48 und S. 70.

Georg Fülberth: Falsche Flagge

Am 5. Juli 1961 hielt der Schriftsteller Robert Neumann im überfüllten Auditorium Maximum der Marburger Philipps-Universität einen Vortrag mit dem Titel „Was geht uns Eichmann an?“ Eingeladen war er vom Clausthaler Wingolf, einer nichtschlagenden, farbentragenden evangelisches Verbindung. Neumanns Adresse hatten sich die Korporierten von „*konkret*“ besorgt.

Das Thema war aktuell. In Jerusalem stand Adolf Eichmann vor Gericht. Ende 1959 hatten in mehreren Städten der Bundesrepublik antisemitische Schmierereien stattgefunden, darunter an der Kölner Synagoge. Die Notstandsgesetze wurden vorbereitet; einige ihrer Gegner zogen Parallelen zum Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung und dessen Bedeutung für die Etablierung Hitlers. Es war die Zeit, als immer wieder ehemalige NS-Täter in Führungspositionen der BRD entdeckt wurden. Häufig kamen die die Hinweise auf sie aus der DDR. Diese befand sich damals in einer prekären Situation. Inzwischen war die Bundesrepublik zum westeuropäischen Akkumulations-Zentrum aufgestiegen. Ihren Arbeitskräftebedarf deckte sie nicht nur durch dir Anwerbung von Menschen aus Südeuropa: Gleichzeitig strömten große Massen von DDR-Bürgern in den reicheren Westen. Täglich veröffentlichte die „*Bild*-Zeitung“ hohe „Fluchtzahlen“. In ihrer Legitimationskrise verwies die DDR-Führung auf die faschistische Gefahr in der BRD. Der Nationalsozialismus und seine Fortwirkung war somit auch ein Thema in der Auseinandersetzung zwischen den beiden deutschen Staaten.

Im November 1962 – die Mauer stand inzwischen – hielt Neumann seinen Vortrag ein weiteres Mal: an der Ostberliner Humboldt-Universität, eingeladen vom PEN-Zentrum. Er spielte eine Tonbandaufnahme der Marburger Diskussion vor und erbat Stellungnahmen. Diese wurden ebenfalls aufgezeichnet und eine Woche später in Marburg durch Wolfgang Abendroths Oberseminar unter Beteiligung Robert Neumanns besprochen. 1964 fand das Ganze noch einmal vor größerem Publikum statt: wieder im Marburger Auditorium Maximum sowie bei einer Diskussion im Westdeutschen Rundfunk.

Ende 1993 – jetzt war die Mauer wieder weg – sind die damaligen Aufnahmen als sechsteilige Folge vom Südwestfunk, vom Süddeutschen Rundfunk und von Radio Bremen gesendet worden. Ab 14. August 1994 wird der Mitteldeutsche Rundfunk nachkommen. Lange Auszüge liegen jetzt als Paperback vor. Der damalige Erstchargierte des Clausthaler Wingolf, Friedrich-Martin Balzer, hat sie zusammen mit dem Rundfunkredakteur Reinhard Hübsch herausgegeben.

Wir erhalten Einblick in ein intellektuell-politisches Stegreifstück, dessen Teilnehmer ihre Rollen aufsagen, ohne das Textbuch zu kennen. Dieses wurde nämlich erst 1999 zu Ende geschrieben. Auch Robert Neumann fungiert nicht als Autor, sondern als Regisseur und Darsteller.

In der Diskussion vom Juli 1961 spüren wir Nachwirkungen jenes akademischen Existentialismus, der in den fünfziger Jahren an Einfluss gewonnen hatte und zu den restaurativen Tendenzen in ein kompliziertes, teils opponierendes, teils konformes Verhältnis getreten war. Mehrmals wurde die Situation einer individuellen „Entscheidung“ konstruiert. Ein ehemaliger Infanterist gab seinen Beschluss bekannt, nie mehr ein Gewehr in die Hand nehmen zu wollen. Der Diskussionsleiter, ein Kirchenmann, bezichtigte sich, nicht zum Märtyrer geworden zu sein. Wolfgang Abendroth ging mit dem marxistischen Verursacher-Prinzip dazwischen: Die Eliten von Armee, Bürokratie und Justiz hätten zu den faschistischen Verbrechen „bewusst Beihilfe geleistet“. Deshalb komme es jetzt darauf an, „zu verhüten, daß Männer aus diesen Schichten, die bewusst mitgewirkt oder auf realen Widerstand verzichtet haben, wieder an führenden Stellen tätig sein dürfen“.

Der Hinweis auf die Kontinuität der Eliten wurde in der Ostberliner Diskussion so weit vergröbert, daß nahezu eine Übereinstimmung zwischen Dritten Reich und BRD entstand. Ein

Sprecher vertrat die Meinung, „daß der Faschismus in Westdeutschland wieder entsteht“. Etwas vorsichtiger, aber nicht völlig davon abweichend äußerte sich Wieland Herzfelde: „Noch herrscht der Faschismus in der Bundesrepublik meiner Meinung nach nicht, aber er ist bereits in einem Zustand, wo es unter Umständen schon großer Kämpfe bedarf, um zu verhindern, daß er herrschen wird, an einem der kommenden Tage oder Jahre.“ Neumann widersprach: Noch gebe es eine einigermaßen funktionierende Demokratie, mit der man solchen Gefahren entgegentreten könne. Er trug seine Irritation aber die Haltung der kommunistischen Führungen nach dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffs-Vertrages 1939 vor und fand Widerspruch.

Abendroths Oberseminar, das eine Woche später zusammenkam, um die Tonbänder zu diskutieren, hatte also viel Stoff. Wir treffen hier auf eine sehr interessante Institution. Formal war es eher eine Art Privatissimum, Teilnahme war nur auf Einladung möglich. Da der Prinzipal in diesem Punkt erfreulich permissiv war, saß die Bude immer auch mit Lehramtskandidaten voll, welche mit den Fingern schnippten und riefen: „Herr Professor, ich weiß was.“ Der Qualität der Diskussionen tat das überhaupt keinen Abbruch, Neuigkeiten aus Politik und Wissenschaft schlugen schnell um und wurden auf hohem Niveau diskutiert. Zuweilen sprachen berühmte Gäste, zum Beispiel Ernest Mandel und Pierre Broué, jetzt also Robert Neumann. Die Instituts-Fama behauptete, daß auch der Habilitand Jürgen Habermas sich in diesem Gremium habe blicken lassen. 1968/69 wurde das Oberseminar eingestellt, wahrscheinlich galt es dem leidenschaftlichen Personal, das jetzt im SDS viel zu sagen hatte, als Ausgeburt der Ordinarien-Universität. Abendroths spätere, fast schon verzweifelte Versuche, es wiederzugründen, schlugen zu seinem großen Kummer fehl.

In den Oberseminar-Diskussionen der sechziger Jahre dominierte er zwar, aber seine klärenden Interventionen setzten meist erst dann ein, wenn der Nachwuchs sich ziemlich verfranzt hatte. Das Tonband-Protokoll vom 23. November 1962 macht einige Debatten-Redner kenntlich: ein künftiger SPD-Oberbürgermeister, ein späterer sozialdemokratischer Landrat, mehrere Professoren in spe. Einige Assistenten pflegten einen linken Anti-Stalinismus, der, soweit sie der SPD angehörtes, von normalem Antikommunismus nicht allzu weit entfernt war. In der Diskussion mit Robert Neumann entzündete er sich an den hanebüchenen Erklärungen der einstigen KPD-Führungen für ihre „Sozialfaschismus-Politik und vor allem für ihre Haltung 1939-1941. Abendroth stimmte zwar mit der Tatsachenfeststellung der Kritiker überein, versuchte aber in der Wertung nach Kräften zu modifizieren. Vor allem zügelte er dort, wo die Belustigung über die Manöver der KPD-Leitung das Bild des kommunistischen Widerstandes insgesamt zu beschädigen drohte. Irgendwann brachte jemand die These vorn Zusammenhang zwischen Antikapitalismus und Antisemitismus in der NSDAP auf. Die Widerlegung durch den jungen Hilfsbremser Reinhard Kühnl kühlte die Aufregung, welche der angebliche Fund auslöste, ab.

Einig war man sich im Urteil über die aktuelle BRD: Die ökonomischen, administrativen und juristischen Eliten des bürgerlichen Deutschlands, welche für den Faschismus verantwortlich waren, seien noch nicht entmachtet, deshalb bestehe Wiederholungsgefahr, allerdings wahrscheinlich nicht in der alten Form.

Abendroths und Neumanns Kontrahenten in einer Rundfunkdiskussion am 20. Mai 1964, Rolf Schroers und Johannes Gross, waren heiter gestimmt. Kontinuität der Eliten? Aber das wollte man doch gerade! Die paar alten Nazis in Führungsstellungen seien nicht typisch, sie seien eben von gestern und nicht von heute und morgen. In der jetzt beginnenden Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit – sehr zu begrüßen! – erhalte das Land eine bessere Bourgeoisie.

An der Universität, in welche die Diskussion dann noch einmal (1964) zurückkehrte, war schließlich von Eichmann längst nicht mehr die Rede. Man debattierte stattdessen, ob ein

offizieller Gesprächskontakt mit Ostberlin hergestellt werden sollte: Wandel durch Annäherung. Ein Redebeitrag des stud. phil. Hans Eichel in einer Vollversammlung 1964 ist wohl nur deshalb dokumentiert, weil der Sprecher später Ministerpräsident wurde.

Erst die nachträgliche Lektüre macht den Sinn des Ganzen klar. Damals begann das, was imperialistische Geistesriesen heute gern „die Zivilisierung der Bundesrepublik" nennen: die Modernisierung und Flexibilisierung eines Staates, der unter Voran-Tragung des Hakenkreuzes niemals zur Wiedervereinigung gekommen wäre. Diese Umschminkung zur „Sanften Republik" wurde von den Akteuren zunächst als Abwehr einer obrigkeitsstaatlichen Gefahr, später – von einigen besonders Verrückten – als Systemüberwindung verstanden.

Robert Neumann – emigrierter Jude, Autor der Parodiensammlungen *Mit fremden Federn* und *Unter falscher Flagge* – hat in Tagebuch-Eintragungen und 1964 in einem Artikel für die „*Zeit*" folgende Begründung für seine Aktivitäten genannt: Eichmann sei für ihn nur ein Vorwand gewesen. In Wirklichkeit habe er Ost und West an einen Tisch bringen wollen. Diesem Thema habe sich nämlich keine der beiden Seiten entziehen können. „Im Judenproblem, im gemeinsamen Schuldgefühl, lag – so glaubte ich – die Möglichkeit für ein leitartikelfreies Gespräch". Den Ost-West-Kontakt führte er auf seine persönliche Initiative zurück. Was er wohl nicht wusste: Zur gleichen Zeit bemühten sich Universitäts-Parteileitungen der SED planmäßig und gezielt um Kontakte zu westdeutschen Hochschulen. Für Heidelberg, Marburg und Münster war Leipzig zuständig. Durch solche Gespräche sollte die Anerkennung der DDR gefordert werden. War die einmal erreicht, mußte man sehen, was aus der bisherigen scharfen Kritik an der BRD wurde.

Solche Kontakte widersprachen der offiziellen Politik der Bundesregierung. Ein Vortrag des Volkskammerpräsidenten Dieckmann in einem Marburger Vorort im Januar 1961 wurde abgebrochen, nachdem Korporierte die Fensterscheiben zerschmissen hatten. Die offizielle Bundesrepublik und ihre Rechten mussten offensichtlich damals erst von der DDR und einigen Linken zu ihrem späteren Glück genötigt werden. Das individuelle Resultat sah anders aus als das historische. Zum Beispiel landete der Erstchargierte schließlich im SDS.

Heinz Kamnitzer, lange Jahre PEN-Präsident und Mitwirkender der Ostberliner Diskussion von 1961, fühlt sich heute verladen. In einem 1993 geführten Interview mit Reinhard Hübsch sagte er: „Ich bin erst jetzt durch Sie davon unterrichtet worden, daß ich an einer ‚Operation Mauerdurchlöcherung' beteiligt gewesen bin. Damals sagte man uns, man wolle unbeschadet aller Gegensätze – nicht nur der Weltanschauung, sondern auch (wenn Sie so wollen) der Staatsverfassungen – einfach zusammenkommen, um festzustellen und auszumessen, was der Raum der Gemeinsamkeiten ist. Also von einem Gedanken wie etwa ‚Da ist eine Mauer, und die muss (in Ihrem Titel heißt es:) durchlöchert werden', von so etwas war überhaupt keine Rede". Kamnitzer hat endlich gemerkt, was da begann: „Und wenn ich dann jetzt noch bei der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte höre, daß etwa Herr Bahr sagt, die ganze Verständigungspolitik der Sozialdemokratie sei ja darauf gerichtet gewesen, die Verhältnisse sozusagen zu kippen; wenn ich höre, wie etwa Dr. Vogel – ich glaube, er war es – sagte, es sei ‚ideologische Erosion' gewesen, die die Sozialdemokraten da auf die Bahn brachten (und er benutzte dabei ein Klischee, das ich ironischerweise aus unseren Sprachzusammenhängen her kannte) – wenn ich das altes resümiere, so ist es post mortem eigentlich schmerzlich für mich."

Tja, so kommt es eben, wenn man vor lauter Faschismus den Kapitalismus nicht mehr sieht. Betreibt das andere System seine Feindseligkeit mit freundlicherem Gesicht, gehen am Ende die Argumente aus. In jenen Dialogen verließen sich die DDR-Vertreter nicht in erster Linie auf innere Systemqualitäten des Sozialismus, sondern auf Außenverhältnisse. Neben der angeblichen Faschismus-Tendenz der BRD waren es Friedenschance und Kriegsgefahr. Seit Heinemann und Brandt überwog der zweite Aspekt. Ringvorlesungen über „Braune Universität"

und Friedensbewegung aber haben letztlich die DDR mehr entlegitimiert als die BRD. Sie erschienen als Selbstheilungskräfte des Westens, weshalb es einer Gegenwelt im Osten gar nicht bedürfe.

Kamnitzer sollte sich aber trösten. Konsequente Abgrenzung hätte die Niederlage nicht vermieden, sondern ihr lediglich eine andere – vielleicht noch ärgere – Form gegeben.

Noch einer sinniert über sein Leben: Ernst Nolte. 1963 war er als Ordinarius nach Marburg gekommen. Dort verfasste er das Buch *Deutschland und der Kalte Krieg*, gründete den „Bund Freiheit der Wissenschaft“ und besuchte Studentenvollversammlungen, wo er mitschrieb. Nach Abendroths Emeritierung warf er sich an einen anderen Frontabschnitt: Westberlin. In der „*FAZ*“ vom 13. Mai 1994 hat er das Buch, in dem die von Robert Neumann angezettelte Diskussion dokumentiert ist, rezensiert und viel Schlimmes darin entdeckt. Er kommt zu dem Schluss: „Im Rückblick mag man sich fragen, wie eigentlich ein Staat und eine Gesellschaft, die mit so geballter Energie sowohl von außen wie von innen angegriffen wurden, überleben und am Ende sogar einen vollständigen Sieg erringen konnten – mindestens dem Anschein nach. In Augenblicken der Besinnung könnten die führenden Politiker der Bundesrepublik wohl ein Empfinden haben, das demjenigen des ‚Reiters über den Bodensees‘ nahekäme.“

Alles falsch. Niemals waren Staat und Gesellschaft der BRD in Gefahr. Die Ökonomie war allezeit robust. Und just die Bestrebungen, welche Ernst Nolte als Vorbereitung zum Hochverrat bekämpfte, haben die nationale Sehnsucht im Endeffekt besser bedient als seine Agitation. Er hat jahrzehntelang im falschen Saal gesungen.

Reinhard Hübsch/Friedrich-Martin Balzer, „Operation Mauerdurchlöcherung“. Robert Neumann und der deutsch-deutsche Dialog, Pahl-Rugenstein Verlag NF, Bonn 1994, 227 S. In: *konkret* 8/94 S. 28-29.

Dieter Kraft: Christen in der DDR. Recht zur Revolution bejaht

Ein Buch ist auf dem Markt, das die Gemüter bereits heftig bewegt hat und den Ostberliner Theologen und Europaabgeordneten Wolfgang Ullmann sogar um seine akademische Kontenance brachte und zu peinlichen Anwürfen provozierte.

„Sie haben das Recht zur Revolution bejaht – Christen in der DDR – Ein Beitrag zu 50 Jahren ‚Darmstädter Wort'". Natürlich ist die Provokation bereits im Titel perfekt, jedenfalls für all jene, denen allein schon das Wort „Revolution" ein Gräuel ist, die DDR folglich ein Staat war, der zu Unrecht existierte, und das „Darmstädter Bruderratswort" vom 8. August 1947 mit seiner konsequenten Absage an die politischen Irrwege des deutschen Protestantismus ein schnöder Verrat an „kirchlichen Interessen" bleibt.

Herausgegeben wurde der bei Pahl-Rugenstein erschienene Band von den Historikern Friedrich-Martin Balzer (Marburg) und Christian Stappenbeck (Berlin). Er enthält Texte von drei prominenten Theologen, die in der DDR auf eine unverwechselbare und z.T. auch einzigartige Weise die unterschiedlichen Traditionslinien der kirchlichen Linken repräsentieren und trotz Anfeindung und Boykott eine weitreichende Wirkungsgeschichte hatten und z.T. noch immer haben. Allein schon den biographischen Notizen ist zu entnehmen, daß die drei Autoren zu den außergewöhnlichen Gestalten der DDR-Kirchengeschichte gehören.

1. Karl Kleinschmidt (1902-1978): führender Vertreter der Religiösen Sozialisten, zuletzt Domprediger in Schwerin und bis zu seinem Lebensende Mitglied der SED, u. a. Gründungsmitglied des Schriftstellerverbandes und des Friedensrates, Vizepräsident des Kulturbundes und Mitbegründer des Bundes Evangelischer Pfarrer in der DDR, Kolumnist der „*Berliner Zeitung*" und Redakteur des „*Evangelischen Pfarrerblatts*", Münzer-Interpret.

2. Hanfried Müller (1925): entschiedener Vertreter der Dialektischen Theologie, bis zu seiner Emeritierung 1990 Professor für Systematische Theologie an der Berliner Humboldt-Universität, parteilos, Gründungsmitglied der FDJ-Hochschulgruppe Göttingens, nach Verweigerung der Zulassung zum Examen und zur Promotion aufgrund des Engagements gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands Übersiedlung in die DDR 1952, u. a. Mitglied des Weltfriedensrates und Synodaler für die Berliner Fakultät und Sektion, Mitverfasser der Sieben Sätze „Von der Freiheit der Kirche zum Dienen" des Weißenseer Arbeitskreises (Kirchliche Bruderschaft in Berlin-Brandenburg), seit 1982 Herausgeber der noch immer erscheinenden „*Weißenseer Blätter*", Bonhoeffer-Monograph.

3. Gert Wendelborn (1935): Vertreter einer richtungsübergreifenden Integrationstheologie, bis zu seiner Vertreibung aus der Rostocker Universität 1992 Professor für Ökumenik und Kirchengeschichte, u. a. Mitglied des Hauptvorstandes der CDU, des Weltfriedensrates, des Nationalrates der Nationalen Front, Volkskammerabgeordneter, Luther-Biograph.

Wer solche Lebensdaten herzeigen kann, der darf heutzutage ohne Zweifel als DDR-„staatsnah" gelten. Und darum geht es auch in den edierten Texten, die vor allem in den autobiographischen Partien und den historischen Retrospektiven von einer eindeutigen Option für den ersten sozialistischen deutschen Staat getragen sind – einer Option, von der Theologen wie Hanfried Müller und Gert Wendelborn selbstverständlich auch nach der Vernichtung der DDR nicht abgerückt sind und die wohl auch Karl Kleinschmidt niemals revidiert hätte.

Damit aber erschöpft sich auch schon fast das den drei Exponenten der kirchlichen Linken in der DDR Gemeinsame, denn im jeweiligen Begründungszusammenhang werden von ihnen sehr unterschiedliche und teilweise auch sich gegenseitig ausschließende Positionen geltend gemacht.

Als religiöser Sozialist insistiert Karl Kleinschmidt auf das im „Vaterunser" erhoffte und erbetene „Reich Gottes auf Erden". Seine Kirchenkritik hebt denn auch dort an, wo die mit der

staatlichen Anerkennung der Kirche im 4. Jahrhundert einsetzende Entweltlichung des Evangeliums zu dominieren beginnt: „Ihre staatliche Anerkennung kostete die Christenheit ihr Unabhängigkeit und den Verzicht auf alles, was denen unbequem oder gefährlich werden konnte, denen sie nun Anerkennung und Sicherheit zu verdanken hatte“ (S. 25). Die Bejahung der sozialistischen Revolution ist für Karl Kleinschmidt folglich ein Imperativ, der sich aus dem urchristlichen Chiliasmus ableitet. Weil die Ziele der sozialistischen Revolution den welt- und gesellschaftsverändernden Perspektiven der urchristlichen Botschaft entsprechen, müssen Christen Sozialisten sein.

Für Hanfried Müller ist eine solche theologische Begründung politischen Handelns völlig ausgeschlossen: Weder *müssen* Christen Sozialisten, noch müssen sie Antikommunisten sein. Es ist die Freiheit eines Christenmenschen, für den Sozialismus nach dem Maß menschlicher Einsicht votieren zu dürfen. Der Name Jesu Christi aber darf niemals instrumentalisiert werden, seien die politischen Ziele auch noch so menschenfreundlich. Denn vor dem Gebot der Nächstenliebe steht das Gebot der Gottesliebe, das es den Menschen verwehrt, über den Namen Gottes zu verfügen. Selbst eine für den Sozialismus agierende „christliche Partei“ wie die DDR-CDU ist deshalb theologisch ebenso illegitim wie eine Kirche, die im Bündnis mit konservativen Mächten zu einer antikommunistischen Partei verkommt. Die Kirche Jesu Christi darf überhaupt keine politischen Bündnisse eingehen, auch nicht mit den Kräften des Sozialismus. „Denn auch ein solches Bündnis hätte wiederum die Kirche säkularisiert und die Gesellschaft klerikalisiert oder christianisiert – sei es auch diesmal unter linken Vorzeichen.“ (S. 210)

Es gehört zur Charakteristik der Integrationsfähigkeit des Rostocker Theologen Gert Wendelborn, daß er Müllers von Karl Barth geprägten theologischen Ansatz ebenso zu würdigen versteht wie die vom Religiösen bestimmte Theologie eines Emil Fuchs oder den mit Luthers Zwei-Reiche-Lehre befestigten „Thüringer Weg“ des Bischofs Moritz Mitzenheim und sozial engagierte Aspekte westdeutscher Theologen wie Dorothee Sölle oder Jürgen Moltmann. Dennoch verfällt Wendelborn niemals in jene weithin herrschende theologische Beliebigkeit, für die sich die Wahrheitsfrage gar nicht erst stellt. „Es gibt unter Christen ... keine behaglichen Zwischenwege des Neutralismus zwischen Wahrheit und Lüge, Gehorsam und Ungehorsam.“ (S. 276) Und das gilt auch in politischen Fragen. Entweder für oder gegen den Sozialismus. Wenn aber für ihn, dann auch mit Courage und Eindeutigkeit und, wenn es sein muss, auch unter Berufung auf Luthers Protest und Polemik wider die frühkapitalistische Vermarktung des Menschen.

Es ist das große Verdienst der Herausgeber, in dem vorliegenden Band eine Lektüre zusammengestellt zu haben, die die kirchliche Linke in der DDR in ihrer Breite und Spezifik und zudem ganz authentisch zu Worte kommen lässt. Dadurch wird diese Publikation zugleich zu einer Informationsquelle, an der niemand vorübergehen sollte, der sich ein Bild über die Kirche in der DDR nicht nur von der herrschenden Kirchengeschichtsschreibung vorgeben lassen will.

Apropos Bild, die einzige, aber nicht ganz unerhebliche Fehlleistung der Herausgeber sieht der Leser und vor ihm schon der Käufer auf den ersten Blick: ein ästhetisch wirklich schreckliches und theologisch überaus abstoßendes Umschlagbild, ein Gemälde von Nils Stenbock-Fermor aus dem Jahre 1936 – mit Karl Kleinschmidt in der Rolle eines hehren Christus-Schwertträgers. Man sollte das Buch dennoch unbedingt kaufen.[1]

---

[1] Siehe inzwischen Hanfried Müller, *Erfahrungen, Erinnerungen, Gedanken: Zur Geschichte von Kirche und Gesellschaft in Deutschland seit 1945*, herausgegeben von Dieter Kraft, Schkeuditz, 2010; Gert Wendelborn, *Christentum und Sozialismus. Als Theologieprofessor in der DDR*, herausgegeben von F.-M. Balzer, 2. korrigierte Auflage, Bonn 2011, vor. Zu Kleinschmidt siehe Gert Wendelborn: Zum 100. Geburtstag von Karl Kleinschmidt. In: *Neue Dialog Hefte*, H. 3 (57) 2003, S. 48-53. Das Umschlagbild zu „Christen in der DDR“ gilt auch bei den Herausgebern als ästhetisch und theologisch kitschiges Bild. Als provokatorisch gedachter Werbegag ist es durchaus anfechtbar.

Friedrich-Martin Balzer/Christian Stappenbeck, Sie haben das Recht zur Revolution bejaht. Christen in der DDR. Ein Beitrag zu 50 Jahre „Darmstädter Wort“, Pahl-Rugenstein Verlag NF, Bonn 1997, 369 S. In: *Unsere Zeit* vom 19. März 1999, S. 9.

Heinrich Fink: Mut zum Widerspruch

Wie gut, daß Friedrich-Martin Balzer seine Abitur-Rede, die er 1960 hielt, nicht in den Papierkorb geworfen hat. Mit Albert Schweitzer wollte der junge Balzer „wider die resignierte Vernünftigkeit“ Mitschüler und Lehrer zu kritischem Engagement ermutigen. Dieser Text ist bis heute eine lesenswerte Herausforderung. Und nachlesen kann man ihn in einem vom Jenenser Historiker Manfred Weißbecker eingeleitetem Band.

In seinem ausführlichen Vorwort würdigt Weißbecker die Texte Balzers als „Archiv“, das allen denen Orientierung und Zusammenschau erleichtert, die sich den Weg zum Verstehen nicht durch Schematisierung und Vorurteile einengen lassen wollen. Balzer hat angesichts deutlich wechselnder Zeiten mit nie wechselnder antifaschistischer Überzeugung gezeigt, daß es nicht genügt, Widersprüche in der Gesellschaft aufzudecken, sondern auch begründet und gezielt Vorschläge zu deren Lösung zu unterbreiten. Als Schüler, Student und in den drei Jahrzehnten seiner Lehrertätigkeit hat er stets vor opportunistischer Duldsamkeit gewarnt.

1968 polemisiert Balzer gegen die Denunziationen Rudi Dutschkes als „ungewaschene und verlauste und verdreckte Kreatur“ (so der CSU-Bundestagsabgeordnete Unertl). 1972 solidarisiert er sich mit streikenden Schülern und gibt zu bedenken, daß in der Bundesrepublik für einen Soldaten pro Tag 120 Mark ausgegeben werden, während für Schüler und Studenten nur 3.20 Mark aufgebracht werden. Dann fordert er eine Chance für die „sanfte Gewalt der Vernunft“. Und in einer Abschiedsrede für Abiturienten mahnt er diese, zu „träumen und gewissenhaft zu beobachten“. Er spricht auf Antikriegskundgebungen, wendet sich gegen „politische Justiz“ und prangert Sozialabbau und Berufsverbote an. Zudem forscht und veröffentlicht Balzer zum Leben von Erwin Eckert (1893-1972). Er fordert von der Evangelischen Kirche, diesem Christen, Pfarrer, Antifaschisten, Revolutionär und DKP-Mitglied zumindest posthum Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Er hat, so gesteht Balzer, von Eckert, Heinz Kappes, Karl Kleinschmidt, Ludwig Simon und anderen religiösen Sozialisten viel gelernt.

Man kann auch von Martin Balzer lernen. Die sorgfältige Text-Auswahl eignet sich hierzu vorzüglich.

Friedrich-Martin Balzer, „Es wechseln die Zeiten ...“. Reden, Aufsätze, Vorträge, Briefe eines 68ers aus vier Jahrzehnten (1958-1998). Mit einem Geleitwort von Manfred Weißbecker, Pahl-Rugenstein Verlag NF, Bonn 1998, 357 S. In: *Neues Deutschland*, 28./29. November 1998, S. 11.

Kurt Pätzold: Professor Unding. **Ein offenes Stück über die Angst der westdeutschen Nachkriegsuniversitäten vorm Marxismus**

Von nicht wenigen Bühnen dieses Landes gähnt die Langeweile oder grinst bloßer Klamauk. Dabei fehlt es keineswegs an Stoffen und Geschichten, die das Leben schrieb und die einen nachdenklichen und unterhaltsamen Theaterabend wohl füllen könnten. Hier ein Vorschlag, der freilich ins Theatergerechte erst noch umzusetzen wäre. Geeignet vorzüglich nicht nur für Studentenbühnen, wenn auch die Ansprüche an Spielraum und Personage, in mehreren Fällen auch an das Vermögen der Darsteller nicht eben gering sein mögen.

Beginnen wir wie eingeübt: Orte der Handlung: Universitäten in der Schweiz, dort vor allem Bern, und der Bundesrepublik, in letzterer Marburg und (ehemals) Berlin-West, dort selbst in Beratungszimmern von Senaten und Fakultäten, des Weiteren in Hörsälen und einem Auditorium maximum, Räume in zwei bundesdeutschen Kultusministerien, sowie Redaktionen von Zeitungen und Zeitschriften zwischen Hamburg und München. Zeit der Handlung: 1970 bis 1973. Personen: Professoren der Philosophie, darunter Ernst Bloch, der Politologie, darunter Wolfgang Abendroth, der Geschichtswissenschaft, darunter der Schweizer Nationalrat Walther Hofer, und der Altphilologie, weiterhin der Präsident der Wissenschaftsakademie in Israel, ein

berühmter Literaturwissenschaftler, ein weniger berühmter Rechtshistoriker, ein funktionierender Assistent, ein hervorragender Publizist, durchschnittliche Journalisten und Redakteure, unter letzteren ein doch herausragender Kalter Krieger, Aktivisten des konservativ-antikommunistischen „Bund Freiheit der Wissenschaft", ein sozialdemokratischer Minister und ein ebensolcher Senator, Richter an einem Landes- und einem Oberlandesgericht, ein Bote, der einen Brief aus der DDR überbringt, ein als orthodoxer Marxist, Stalinist und subversives Element verschriener, wissenschaftlich hoch ausgewiesener Philosoph, dazu etwa 1.500 Studenten.

Über den Titel des Stückes ließe sich reden. Als Vorschlag könnte bedacht werden: „Hans Heinz Holz oder die deutsche Misere." Letzteres stammt von Hans Mayer, wie auf dem Theaterzettel, im Falle, es würde davon Gebrauch gemacht, auszuweisen wäre. Der Literaturwissenschaftler hat uns auch ein Gespräch überliefert, das am Rande eines Kongresses von Philosophen stattfand und sich für den 1. Aufzug eignen könnte. Professor I: „Sie haben Holz damals geprüft und durchfallen lassen. Warum?" Darauf Professor II: „Er hat wissenschaftlich versagt." Hierauf Professor I: „Worüber haben sie ihn geprüft?" Professor II: „Über Leibniz." Professor I (ironisch): „Dann hätte ich verstanden, wenn sie bei Holz durchgefallen wären."

Nun ist schon heraus, daß es sich bei dem Ausforschenden um Ernst Bloch, beim Ausgeforschten um einen Mainzer Professor, bei dem Durchgefallenen um Hans Heinz Holz handelte. Letzterer hätte im Mittelpunkt des Stückes zu stehen, als Person wäre, fände sich keine geeignete Besetzung, auf ihn auch zu verzichten, da er nicht die Misere gibt. Die wird an dem deutlich, was ihm widerfährt. Und das ist, nachdem er zu einer Habilitation in Bern eingeladen worden war, seine Abweisung aus politischen und weltanschaulichen Gründen, sodann seine Benennung auf Berufungslisten an der Freien Universität (damals West-) Berlin und der Universität Marburg, darauf seine Berufung in Marburg, die eine wütende Kampagne auslöst, die nicht nur gegen seine noch ausstehende Ernennung zum Professor zielt, sondern seine Entfernung unter Anschuldigungen verlangt, die ein Gericht als haltlos erklärt, was dem antikommunistischen Vorkämpfer der Aktion, leitender Redakteur der Zeitung „*Die Welt*" nicht nur die Prozesskosten, sondern auch einträgt, daß er ein Lügner genannt werden darf.

Das Stück, das sich als Trauerspiel gestalten ließe, aber auch etwa als Groteske daherkommen könnte, führt in Zeiten der Bundesrepublik, da als Folge von äußeren und inneren politischen Veränderungen das nahezu vollständige Monopol der nichtmarxistischen Strömungen der Wissenschaft nicht mehr unangefochten gesichert war. Berufung und Ernennung eines Einzelnen schienen es zum Einsturz zu bringen. Daher Alarmstimmung und Kampfrufe für einen Pluralismus ohne Marxisten, die ehemaligen und jene ausgenommen, die sich als solche nur ausgaben oder für solche fälschlich nur gehalten werden konnten. Dieser Kampf vereinte Liberale und Konservative, wenn auch nicht alle: Kein anderer als der später ermordete FDP-Wirtschaftsminister Heinz-Herbert Karry schlug im hessischen Kabinett die Ernennung von Holz vor, unterstützt vor Ort durch den Marburger FDP-Kreisvorsitzenden und Theologieprofessor Horst Schwebel und neben vielen anderen Kollegen vor allem der frühere Marburger FDP-Bundestagskandidat und Erziehungswissenschaftler Professor Leonhard Froese.

Es war Wolfgang Abendroth, der auf seine ebenso sachliche wie ruhige Art diesen Kreuzrittern entgegentrat. Mit Argumenten, die heute noch und wieder in Zuschauersälen, vorausgesetzt, daß sie auch Zuhörersäle wären, ein verständiges Publikum zu Beifall auf offener Szene hinreißen könnten. Denn da wäre zu hören: „... es gibt keine wissenschaftliche Fortentwicklung ohne Antagonismus und ständige kontroverse Diskussion. Wissenschaftler, die das leugnen wollen, haben die Grundlagen wissenschaftlichen Denkens vergessen. Wissenschaft entwickelt sich nicht durch Lobgemeinschaften, sondern durch scharfe Auseinandersetzungen." Und den Demagogen, welche die Forderung von Studierenden „Marx an die Uni" zu „nur Marx an die Uni" absichtsvoll verfälschten, fragte der Jurist, Historiker und Politologe: „Gibt es irgendwo

in der Bundesrepublik oder in West-Berlin gegenwärtig – da unter Sozialwissenschaftlern nicht einer von Hundert ein Marxist ist – auch nur entfernt so viele Marxisten unter den Hochschullehrern wie in Frankreich, Italien, Großbritannien, Japan (und sogar den USA)?“

Eine gewisse Schwierigkeit böte der Schluss des Stückes wegen der vielen Möglichkeiten, ihn zu gestalten. Sollte er auf die Wirklichkeit verweisen, ließe sich jener (West-)Berliner Religionsphilosoph zitieren, der im Berufungsstreit in einem Brief schrieb: „Marxismus, wenn er ernstgemeint ist, wird als ‚orthodox‘ verfemt und bleibt ein Gespenst, vor dem es der bürgerlichen Wissenschaft und ihren Administratoren graut.“ Sollte eine späte, nach den Ereignissen des Jahres 1990 verspätete Warnung an die deutsche Hochschullehrerschaft gerichtet werden, wäre Abendroths Hinweis zu nutzen, daß die Wissenschaft, werde ihr die Herausforderung durch Marxisten an den Hochschulen genommen, sich von der Wirklichkeit nur immer weiter entfernen werde. Würde das Ganze hingegen strikt daraufhin inszeniert, das Publikum in Trauernde und Triumphierende zu spalten, dann hätten am Schluss die eineinhalbtausend Studenten aufzumarschieren, die – als die Berufung des Hans Heinz Holz auf sich warten ließ – sich im Auditorium maximum der Universität zum Protest versammelten und sich in einer Freudenkundgebung wiederfanden, denn es hatte sich kurz zuvor ein sozialdemokratischer Minister gefunden, der nicht glaubte, daß mit dem Einzug eines bekennenden Marxisten in den Lehrkörper die Studentenschaft einem „Verfassungsfeind“ ausgeliefert würde. Nur auf den „Bösewicht“ hin, der den Holz einfach madig machen wollte, sollte das Stück nicht ausklingen, denn es hat keinen Zweikampf zum Inhalt. Dann lieber schon der auch nicht hochstimmende Rückblick in die Geschichte, sei es mit den Worten des Abendroth-Schülers Reinhard Kühnl, der von den Zeiten sagte, es habe „zum ersten Mal eine kleine Chance bestanden, einen wirklichen wissenschaftlichen Pluralismus herzustellen“, oder mit denen des (West-)Berliner Wissenschaftssenators, der – seit dem Ende des Marxistentöters Hitler war ein Vierteljahrhundert vergangen – befand, daß der Marxismus „eigentlich ein selbstverständlicher Vorgang an den Hochschulen in der Nachkriegszeit hätte sein müssen“. So oder so: Das Unternehmen liefe auf die künstlerische Durcharbeitung eines Stückes westdeutscher Geschichte hinaus, würde aktueller Bezüge nicht entbehren und es folglich an den Staatsbühnen schwer haben.

In: Friedrich-Martin Balzer/Helge Speith: Deutsche Misere. Die Auseinandersetzungen um den marxistischen Philosophen Hans Heinz Holz (1970-1974), Marburg 2002, S. 6-8.

Werner Röhr: Schröders Nachtgedanken

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hat gar nicht Hartz, sondern Papen erfunden. Natürlich ist Berlin nicht Weimar. Wie weit die Parallelen aber reichen, zeigen Wochenberichte zweier christlicher Sozialisten aus den Jahren 1930 bis 1933. Eine Entdeckung.

Die gegenwärtig unter Bedingungen wachsender Massenarbeitslosigkeit forcierte Offensive des Kapitals gegen den „sozialen Wohlfahrtsstaat“, sprich die sozialen Errungenschaften der Arbeiter, wird von einer sozialdemokratisch geführten Regierung betrieben. Sie exekutiert den Angriff auf das Tariflohnsystem, das Rentensystem, das Gesundheitssystem, die Arbeitslosenunterstützung und das Sozialleistungssystem. Die Gewerkschaften leisten kaum Widerstand, obwohl die Offensive sich direkt gegen sie richtet, ihre Rechte beschneidet und aushöhlt und Vertreter des Großkapitals offen ihre Ausschaltung fordern. Als die deutsche Bourgeoisie die im Oktober 1929 ausgebrochene Weltwirtschaftskrise benutzte, die Krisenlasten auf die Werktätigen abzuwälzen und alle sozialen Errungenschaften, die in Jahrzehnten des Kampfes der Arbeiter und insbesondere in der Novemberrevolution erkämpft worden waren, zu beseitigen, warf sie seinerzeit die Sozialdemokratie aus der Regierung.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) war zwischen 1919 und 1933 der Spitzenverband der industriellen Unternehmerverbände. Sieben Wochen nach dem „Schwarzen

Freitag“ legte er am 2. Dezember 1929 in der Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang“ ein „Reformprogramm“ vor, das eine „Entlastung der Wirtschaft“ durch gravierende Veränderungen der Finanz- und Steuerpolitik vorsah: Die Wirtschaft sollt von „unproduktiven Ausgaben entlastet“, der „Zinssatz gesenkt“ und „eine angemessene Rente des in der Wirtschaft arbeitenden Eigenkapitals ermöglicht werden“.

Ein Lehrstück

Die Regierung unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller wurde 1930 gestürzt. Der von dem Zentrumspolitiker Heinrich Brüning geführten Regierung gehörten keine Sozialdemokraten mehr an, wohl aber tolerierten sie die Regierung im Reichstag – als „kleineres Übel“. Es war eine Präsidialregierung, die mangels parlamentarischer Mehrheit den massiven Sozialabbau per Notverordnung durchsetzte. Manche Sozialdemokraten zogen aus ihrem Hinauswurf aus der Regierung den Schluss, solch ein Fußtritt könne nur durch noch mehr Willfährigkeit bei der Exekution der Kapital-Offensive vermieden werden. Die Öffnung des Weges zum Faschismus sei zu verhindern, wenn man Brünings Aufgabe selbst erfülle.

Der Ex-SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine wirft seinem Nachfolger Gerhard Schröder öffentlich vor, die Sparpolitik Heinrich Brünings zu wiederholen, die für die arbeitenden wie die arbeitslosen Massen ungeheure Not brachte, aber die Krise nicht überwand, sondern ihrerseits verschärfte. In einem Band, der aktueller nicht sein könnte, treten dem Leser derartige Parallelen deutlich vor Augen. Es handelt sich um wöchentliche verfasste Überblicke über die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse in Deutschland und der Welt. Sie wurden von zwei evangelischen Pfarrern verfasst, von Erwin Eckert und Emil Fuchs. Eckert schrieb die Berichte von Oktober 1930 bis August 1931, Emil Fuchs die folgenden von November 1931 bis März 1933. Die Herausgeber haben mit diesen Berichten ein außergewöhnlich anschauliches Zeitdokument ausgegraben, das heute als einzigartige zeitgeschichtliche Quelle gelten darf. Von all jenen westdeutschen Historikern, die mit Emphase verkündeten, „Bonn ist nicht Weimar!“ war bisher kein einziger auf den Gedanken gekommen, sie als Quelle heranzuziehen oder gar der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Woche für Woche, Tag für Tag wählten Eckert und später Fuchs die für wichtig gehaltenen Informationen aus Politik, Wirtschaft und Kultur aus, ordneten und analysierten sie. Beide waren keine professionellen Ökonomen, doch sie nahmen mit scharfer Beobachtungsgabe wahr, was in den Jahren der großen Krise die Lebensumstände der Arbeiter und Arbeitslosen, der Bauern und des Mittelstandes prägte und somit auch deren Bewusstsein bestimmte. Natürlich ging das nicht ohne Irrtümer und Fehlgriffe ab. Doch mit welcher Sicherheit sie die Auswahl trafen, wie souverän ihre Urteile meistens waren und welch objektives Bild sie bieten, das ist erstaunlich.

Natürlich ist die Souveränität des Urteils ihrem scharfen Intellekt geschuldet, aber ebenso ihrer Parteilichkeit. Ihre Kommentare sind an der Lage der arbeitenden Massen orientiert, auf deren verzweifelte Notlage wollen sie aufmerksam machen, sie ist der Bezugspunkt bei der Beschreibung der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Entwicklung. „Ihre Radikalität ergab sich“, schreibt Georg Fülberth in einer Nachbemerkung, „gleichsam aus der Evidenz der Wirklichkeit in der Weimarer Republik: hier mußte keine Oberfläche analytisch durchstoßen werden ...: die Tagespolitik gab Stoff genug“.

„Kleinliche Wirtschaftsfragen“

Das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen-Schleicher vom Sommer 1932 war faktisch ein Programm zur Aushungerung des Volkes. Die schlimmste aller Notverordnungen, die vom 4. September 1932 sah massiven Lohnabbau wie Senkung der Erwerbslosenunterstützung in einem Maße vor, daß sogar der von den bürgerlichen Parteien beherrschte Reichstag Papen mit

531 zu 32 Stimmen das Misstrauen aussprach, woraufhin er bei seiner ersten Sitzung prompt aufgelöst wurde. Die NSDAP stimmte als stärkste Parlamentsfraktion gegen Papen, doch ihr Propagandaleiter Goebbels schrieb im selben Herbst: „Wir haben es nicht nötig, uns nur mit kleinlichen Wirtschaftsfragen zu befassen“. Fuchs’ Kommentar: „Für Goebbels ist also die Zerschlagung der Sozialversicherung, die Kürzung der Renten, der ganze ungeheuerliche Raubzug auf die Taschen der Werktätigen eine ‚kleinliche Wirtschaftsfrage’“.

Für die Verfasser der Wochenberichte waren dies die wichtigsten Fragen, sie verfolgten sehr genau die Praxis der Regierungen Brüning und Papen, dem Volke „schwerste Lasten und Opfer“ zuzumuten, um die Unternehmen zu entlasten. Sie berichteten laufend über die Massenentlassungen von Arbeitern und alle Schritte zum Lohnraub an den noch Beschäftigten, über Aussperrungen und Stilllegungen. Nachdem Brünings Notverordnung vom 26.7.1930 den rigorosen Lohnabbau eingeleitet hatte, senkte die „Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ vom 1. Dezember 1930 die Umsatz-, Grund- und Gewerbesteuer, erhöhte dagegen die Bier-, Ledigen und Bürgersteuer. Sie kürzte die Beamtengehälter um sechs Prozent, schränkte die Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie die Gemeindefinanzen weiter ein und belastete die landwirtschaftlichen Berufe mit einer Einheitssteuer.

Am 15. Januar 1932 hatte Deutschland offiziell 5,966 Millionen Arbeitslose, faktisch aber sieben bis acht Millionen. Hinzu kamen vier Millionen Kurzarbeiter und für die noch beschäftigen Arbeiter und Beamten rigoroser Lohnabbau. Die Arbeitslosen verelendeten, der Mittelstands und große Teile der Bauernschaft verarmten. Doch während Millionen hungerten, taten die Regierungen Brüning und Papen alles, um die Lebenshaltungskosten und insbesondere die Lebensmittelpreise hoch zu halten, z. B. durch Zollerhöhungen für landwirtschaftliche Produkte, so eine zehnprozentige Zollerhöhung auf Schmalz und Speck, durch Kredithilfen für die Großagrarier und Vollstreckungsschutz für deren Schulden oder eine Margarinesteuer.

Kaum im Amt, senkte die Regierung Papen Anfang Juni 1932 per Notverordnung die Arbeitslosen-, Krisen – und Wohlfahrtunterstützungen, verschärfte die Bedürftigkeitsprüfungen und senkte die Renten für Kriegsopfer, Invaliden, Witwen und Waisen sowie die Unfallrenten. Durch eine Arbeitslosenabgabe wurden Löhne und Gehälter erneut gesenkt und die Salzsteuer erhöht. „Wenn die Regierung Papen mit einem Federstrich 1,5 Milliarden Mark aus den Taschen der Werktätigen zieht, so ist das eine ‚nationale Tat‘“, schrieb Fuchs.

Das Realeinkommen der noch beschäftigten Arbeiter und Angestellten betrug im August 1932 nur noch zwei Drittel vom Sommer 1929 bzw. die Hälfte des Jahres 1913. Das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen-Schleicher vom 14. August 1932 sah eine „Auflockerung des Tarifrechts“ vor. Der Lohnabbau sollte auf verschiedenen Wegen gleichzeitig erfolgen: An die Stelle des Tariflohns konnten Werksvereinbarungen treten, „Tarifunterschreitung“ waren möglich, sofern der Unternehmer Neueinstellungen vornahm, und gültig ab der 31. Wochenarbeitsstunde. Tarifgebundene Stammarbeiter konnten so durch Neueinstellungen ersetzt werden. Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich sollte generell möglich sein, womit alle Beschränkungen für die weitere Ausdehnung der Kurzarbeit entfielen. Für „notleidende“ Betriebe sollte ein Schiedsspruch möglich sein, der selbst diese Regelungen noch unterschritt.

Dabei hatte bereits am 31.7.1932 das Konjunktur-Institut in seinem amtlichen Bericht festgestellt, daß „auch die letzte Stütze der Wirtschaft, der verhältnismäßig stabile Mengenverbrauch in lebenswichtigen Gütern zu schrumpfen beginnt“. Dies war, so der bissige Kommentar von Fuchs, der „wissenschaftliche Ausdruck für steigenden Hunger“. Trotz der Verelendung der Massen erhöhte die Papen-Regierung im Etat vom Juli 1932 deren steuerliche Belastung um 400 Millionen, während alle Erträge aus Besitzsteuer im selben Etat außerordentlich niedrig angesetzt wurden.

Die Regierung Papen erteilte sich per Notverordnung selbst die Vollmacht, die Sozialversicherung zu ändern und die bisherigen drei Unterstützungsarten zusammenzulegen, jeder dieser Schritte bedeutete jedes Mal Unterstützungsabbau. Die Erwerbslosenfürsorge sollte nicht nur umgebaut werden, sondern auch an die sowieso fast bankrotten Gemeinden übergeben werden.

„Hungeroffensive“

In eine Rede in Münster kündigte Papen am 27. August 1932 weitere Subventionen für das agrarische wie das industrielle Kapital an, außerdem 1,5 Milliarden Steuererlass und 700 Millionen Steueranrechnung für Unternehmer, die neue Arbeiter einstellen würden. Für die notleidenden Massen aber stellte er die nächste Verteuerung der Lebenshaltungskosten durch neue Zölle in Aussicht. Die Arbeitslosenunterstützung und die Renten der Kriegsopfer waren bereits gekürzt worden, im Juli 1932 auch die Invalidenrenten. Eine Beschäftigtensteuer kürzte erneut sämtliche Löhne und Gehälter, die Unterstützung für vier Millionen Kurzarbeiter wurde um zwei Prozent gesenkt. Fuchs berechnet für den Juli 1932 faktisch rund acht statt der offiziellen 5,5 Millionen Arbeitslosen – und wird mit dieser Angabe im Herbst von den Konjunkturforschungsinstituten bestätigt.

Die „*Deutsche Allgemeine Zeitung*“, das führende Blatt der konservativen, deutschnationalen Kräfte, stand der Papen-Regierung nahe. Unter ihrem Chefredakteur Dr. Fritz Klein hatte sie stets am rabiatesten Lohnabbau gefordert. Nunmehr nannte sie Papens „Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft“ vom 4. September 1932 eine „kapitalistische Offensive“. In der Tat bildete sie den bis dahin größten Schlag gegen die noch beschäftigten Arbeiter: Fuchs schätzte, daß allein diese Notverordnung praktisch einen Lohnabbau von 20 bis zu 50 Prozent bedeutete. Lohnabbau war nun legal möglich ohne Änderung des Arbeitsvertrages, den Gewerkschaften aber wurde eine „Friedenspflicht“ auferlegt. Anschließend wurde ein Streikverbot verordnet, die Gewerkschaften haftpflichtig gemacht.

Das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen kennzeichnete Fuchs als Hungeroffensive. Die ungeheuerliche Senkung der Unterstützungssätze für Arbeitslose und Wohlfahrtsempfänger sowie die Verkürzung der Unterstützungszeit in der Arbeitslosenversicherung auf 13 Wochen entlastete die damalige Arbeitslosenversicherung in Deutschland so, daß sie Überschüsse abliefern konnte. Allein im ersten Halbjahr 1932 lieferte sie 160 Millionen Reichsmark an die Reichskasse. Gleichzeitig finanzierte sie den freiwilligen Arbeitsdienst, eine besonders infame Art der „Arbeitsbeschaffung“, bei der Tarifarbeiter durch Arbeitsdienstler mit Taschengeld aus Lohn und Brot verdrängt wurden und sich der Druck auf die verbliebenen Tariflöhne weiter erhöhte. Fuchs kommentierte das so: „Es gibt Unanständigkeiten, die man nicht für möglich halten sollte.“

Wieviel Terror war nötig?

Eckert und Fuchs beschrieben prägnant die Praktiken, mit denen die Nazipartei ihre Wahlsiege errang. Die Berichterstatter verfolgten, welchen zeitweiligen Taktiken der Brüning-Regierung das kurzzeitige, niemals wirklich durchgesetzte Verbot von SA und SS diente. Als Papen und Schleicher es unmittelbar nach Regierungsantritt wieder aufhoben, überzog eine beispiellose Terrorwelle Deutschland, allein in der dritten Juniwoche 1932 wurden 30 Arbeiter von SA-Banditen ermordet. Es verging kaum ein Abend, wo nicht in Großstädten Terrorakte der SA wie Überfälle, Attentate auf Funktionäre der Arbeiterbewegung und einzelne Arbeiter, selbst Feuerüberfälle auf Parteihäuser verübt wurden. Die Polizei aber wurde zumeist nicht gegen die SA, sondern gegen die sich gegen deren Terror Wehrenden eingesetzt.

Allen jenen, für die sich der deutsche Faschismus am 30. Januar 1933 wie ein erratischer Block in die deutsche Geschichte einschob, sei die Lektüre dieser Wochenberichte empfohlen. Sie belegen, welche Massenwiderstände überwunden werden müssten, um eine faschistische

Regierung aus Nazis und Deutschnationalen zu berufen, wieviel Mordterror in mehreren Jahren notwendig war, um das von der Wirtschaftskrise niedergedrückte Volk zur Hinnahme zu veranlassen. Die Wochenberichte zeigen, wie Reichswehr und Justiz dazu beitrugen, die Nazis regierungsfähig zu machen und die Verfassungsbrüche auf dem Wege dahin zu rechtfertigen. Sehr ausführlich wird Papens Staatsstreich vom 20. Juli 1932 dokumentiert sowie seine juristische Nachgeschichte vor dem Reichsgerichtshof mit dem massenhaften Hinauswurf preußischer Beamter nicht nur mit SPD-Parteibuch vor dem 30. Januar 1933. Eckert wie Fuchs sahen voraus, daß der deutsche Faschismus in Deutschland eine zügellose Herrschaft des großen Kapitals und des Großgrundbesitzes errichten wird und beide Arbeiterparteien um ihre nackte Existenz werden kämpfen müssen. Und: Ein solches Deutschland nimmt Kurs auf den Krieg.

Die imperialistischen Kriegsherde jener Jahre, vor allem der Krieg, den Japan gegen China bereits führte, nehmen in den Wochenberichten einen ständigen Platz ein. Nachdem aber Hitler in die Reichskanzlei eingezogen war, heißt es bei Fuchs: „Die deutsche Tragödie dehnt sich zu einer Tragödie Europas“, von diesem faschistischen Deutschland droht eine „Weltkatastrophe“. Die „Vernichtung des Nazismus in Deutschland“ ist die allerwichtigste Aufgabe überhaupt, hinter der alle anderen Probleme zurücktreten müssten.

In der Einführung informieren die Herausgeber über die beiden Verfasser, über den Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands und die Entstehungsgeschichte der Wochenberichte. Friedrich-Martin Balzer gibt in einem Anhang einen zusätzlichen Bericht über die Entmachtung und dann Vertreibung Erwin Eckerts aus diesem Bund. Fünf Historiker würdigen jeweils in wenigen markanten Sätzen Stärken und Schwächen der Berichte und ihrer Autoren. Angenehm und hilfreich ist das verifizierte Personenverzeichnis, dürftig dagegen bleiben die Literaturhinweise.

Nach den Erfahrungen mit politisierenden evangelischen Pfarrern 1989 ff. tut die Lektüre noch auf besondere Weise gut. Eckert und Fuchs waren Mitglied des Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands, in deren Zeitung die Wochenberichte erschienen. Beide waren Mitglieder der SPD, Eckert trat später zur KPD über. Mit einer gewissen Selbstverständlichkeit verstanden sie sich als Marxisten, doch ihre Kommentare sind nicht von einer marxistischen Kritik an der Ökonomie geprägt, sondern von praktischer politischer Parteinahme. Beide waren leidenschaftliche Befürworter der Einheitsfront der kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter. Sie schrieben ihre Wochenberichte als politische Aktivisten, die sich mit aller ihnen möglichen Kraft dem offen herbeigeführten Unheil entgegenstemmten. Ihnen ging es um die Mobilisierung aller Antifaschisten. Sie wollten denen Hoffnung und Mut machen, die angesichts der laufend dokumentierten Handlungen der deutschen Kapitalisten und ihrer Politiker am Erfolg der getrennt agierenden Nazigegner zweifelten, wollten sie mobilisieren und zusammenführen. Wenn sie diese Aussicht zu hoch veranschlagten und den „Abwehrwillen der Massen“ nicht kritisch genug zeichneten, so ist das der Kampfposition geschuldet, die sie bezogen. Reinhard Kühnl bilanziert: „Diese Berichte von Zeitgenossen können uns zeigen, daß man auch gegenüber den je aktuellen Ereignissen und den sie begleitenden herrschenden Ideologien die wirklich bestimmenden Kräfte und Ziele erkennen kann (ob es sich nun um den NATO-Krieg gegen Jugoslawien oder um die ‚deutsche Leitkultur’ handelt) – sofern man über kritische Analysekriterien und historisches Wissen verfügt.“

Erwin Eckert/Emil Fuchs, Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen. Herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer und Manfred Weißbecker. Mit Nachbetrachtungen von Georg Fülberth, Reinhard Kühnl, Gert Meyer, Kurt Pätzold und Wolfgang Ruge, Pahl-Rugenstein Verlag NF, Bonn 2002, 646 S. In: *junge Welt*, Nr. 295 vom 20. Dezember 2002, S. 11-12.

Manfred Weißbecker: „Ich habe mehrere Leben gelebt“ – Erinnerungen des Historikers Wolfgang Ruge[1]

Seit 1987 kenne ich diesen Satz: „Ich habe mehrere Leben gelebt.“ Er stand – vielsagend und doch weitgehend unverstanden – am Anfang einer Rede, die Wolfgang Ruge in der bis auf den letzten Platz gefüllten Aula der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität hielt. Die unmittelbare Fortsetzung lautete: „Bin in verschiedenen Ländern – auch fern von Europa – unterschiedlichen Berufen nachgegangen. Immer sehr gegenwartsbewusst.“[2] Mit solchen Worten leitete er damals seinen Dank für die ihm verliehene Ehrendoktorwürde ein. Den Beschluss, ihn auf diese Art und Weise auszuzeichnen, hatte der Akademische Senat am 2. Dezember 1986 gefasst. Es gelte, so lautete die Begründung, die herausragenden Verdienste des Historikers Wolfgang Ruge um die Entwicklung der Geschichtswissenschaft in der DDR und insbesondere seine beeindruckende Darstellung „der Lebenswege führender Gestalten der deutschen Geschichte unseres Jahrhunderts“ zu würdigen.[3]

Der so Geehrte stand damals am Beginn seines 70. Lebensjahres. Drei Jahrzehnte Arbeiten und Wirken in der DDR lagen hinter ihm, nachdem er, wie alle wussten, 1956 aus der Sowjetunion zurückgekehrt war. Die jüngeren Söhne der Muse Klio schauten zu ihm auf, und es bedeutete mir außerordentlich viel, als Dekan der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät die Laudatio halten zu dürfen. Noch heute stehe ich zu dieser, in der ich von einem der „produktivsten und profiliertesten“ sowie „bekanntesten und anregendsten“ Historiker der DDR sprach. In welchem Maße anregend, zeigte sich den Versammelten sogleich, als er seinem „Nachdenken über Weimar“ Ausdruck verlieh und viele seiner Zuhörer mit der Feststellung überraschte, der deutsche Staat sei zwischen 1919 und 1933 – früher von ihm selbst etwas abschätzig als „Republik auf Zeit“ charakterisiert – besser als sein Ruf gewesen. Gewiss, es dürfe nicht vergessen werden, daß aus der Weimarer Republik ein Regime hervorgegangen ist, das den grauenhaftesten aller bisherigen Kriege entfesselt habe. Aber, so seine Worte, bewerten müsse man „diese Republik jedoch nach dem, was sie war. Kraft objektiver Gegebenheiten konnte, solange sie bestand, in Deutschland nicht mit der Gewinnbarkeit eines Angriffskrieges gerechnet werden.“[4] In der Zeit ihrer Existenz ging nun einmal von deutschem Boden kein Krieg aus ...

An die Adresse jener, die gewohnt, ja auch daran gewöhnt worden waren, jene 14 Jahre der Weimarer deutschen Republik lediglich von ihrem Endpunkt her zu betrachten, richtete er den mahnenden Satz: „Auch in unserer brisant politischen Wissenschaft, die verständlicherweise mehr als andere Disziplinen um ihr Ansehen in der Öffentlichkeit bangt, ist es töricht, die Überprüfung unverrückbar scheinender Erkenntnisse zu scheuen, wenn die gesellschaftliche Erfahrung dazu drängt.“[5]

Solche Prüfungsmühe hat er nun, 16 Jahre nach der Verleihung des Titels *doctor honoris causa*, erneut geschultert. Sie betrifft wichtige Stationen seines dreiundzwanzig Jahre währenden Aufenthaltes in einem Land, mit dem er als junger Kommunist zunächst große Hoffnungen verband, in dem er sich jedoch mehr und mehr ins Abseits gestellt sah, nicht nur politisch, sondern auch geistig, erlebte er doch, wie dort die wohlformulierten Grundsätze marxistischer Theorie selbst den Anforderungen allgemeinster Menschlichkeit nicht standhielten. Das Ergebnis seiner

---

1 Wolfgang Ruge: Berlin – Moskau – Sosswa. Stationen einer Emigration, Bonn 2003, 452 S.

2 Wolfgang Ruge: Nachdenken übe Weimar. In: Ehrenpromotion Wolfgang Ruge. Ausgewählte Vorträge der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena 1988, S. 11.

3 Ehrenpromotion, a. a. O., S, 4. Einen Überblick über das Schaffen Wolfgang Ruges bietet eine von F.-M. Balzer herausgegebene CD-ROM, die zahlreiche – unter anderem auch die Erstveröffentlichung über Wolfgang Ruges berühmten Ururgroßvater Arnold Ruge und – als Hörbuch 15 von Wolfgang Ruge verfasste Sendungen von Radio DDR II – enthält.

4 Ehrenpromotion, S. 12 f.

5 Ebenda, S. 14.

Fragen an sich selbst ist hier zu benennen und kann nicht weniger ertragreich geschätzt werden als viele seiner früheren Leistungen, wenn nicht sogar mehr.

Wolfgang Ruge nennt seine Erinnerungen Tatsachenbericht und schlichte Niederschrift; Bescheidenheit war ihm wohl stets eigen. Doch zugleich gestaltet der erzählende und zugleich exakt sezierende Geschichtswissenschaftler eine Bestandsaufnahme umfassender Art. Als „lebenslanger Außenseiter", wie er sich selbst sieht (S. 139), richtet er seinen Blick in den Abgrund menschlicher Verhaltensweise und Widersprüche überall auf der Welt. (S. 7). Insofern stehen die drei Ortsangaben im Titel des Buches „*Berlin – Moskau – Sosswa*" tatsächlich ganz allgemein für Hoffnung und Illusion, für Ernüchterung und Enttäuschung sowie für Erniedrigung und ungerechtfertigte Demütigung.

Ersteres findet der Leser in den einleitenden Abschnitten. Da liest man zunächst von seiner Unbekümmertheit, ja von den uneingeschränkten Hoffnungen, mit denen er Berlin verlässt. Viel hat da der junge Kommunist bereits vor 1933 erlebt und überlegt. Er, der im Epochenjahr 1917 geboren wurde, aus einer traditionsbehafteten Familie stammt und entsetzt über die Gebrechen des Kapitalismus diesen überwinden helfen will, wird zunächst „Roter Pionier", dann folgerichtig Mitglied des deutschen kommunistischen Jugendverbandes. Was er in der deutschen Hauptstadt erfährt und lernt, was seine Ideale wachsen lässt und seine Phantasie anregt, alles steht in engstem Zusammenhang mit dem „Vaterland der Werktätigen". Moskau – allein diesen Namen versteht er – gleich zahlreichen anderen Arbeitern und Intellektuellen – als Synonym für die notwendige und zugleich erfolgreiche Revolution der ganzen Welt zur Überwindung des Kapitalismus.

Hier kann nicht im Einzelnen beschrieben werden, wie steinig und dornig Ruges Weg zwischen 1933 und 1956 gewesen ist; das Buch sollte unbedingt gelesen werden.[6] Lediglich einige markante Begebenheiten und Erlebnisse seien erwähnt.

Im August 1933 betritt Ruge gemeinsam mit seinem Bruder russischen Boden, wo seine Mutter als Funktionärin der Kommunistischen Internationale arbeitet. Da „überkommt ihn ein unbeschreibliches Gefühl, so wie es religiöse Menschen beim Anblick der Jungfrau Maria empfunden haben mochten". (S. 14) Doch immer sieht er sich eines Tages nach Deutschland zurückkehren, „gereift und gestählt, um mitzuhelfen, auf den Trümmern des Hitlerreiches ein neues Leben aufzubauen". (S. 55) Ihn umfängt bald der Alltag, weit entfernt vom Erwarteten. Und es ist nicht so sehr die Armut, die ihm begegnet, es sind nicht die Schlangen in den Kaufläden – nein, es sind die sich mehrenden Diskrepanzen zwischen Anspruch und Realität, zwischen dem bürokratischen Herrschaftsapparat und den bedenkenlos Unterdrückten, die ihm auffallen und zu denken geben. Nicht ohne Schwierigkeiten kann er seine Ausbildung betreiben; er wird Kartograph und erwirbt an einer Abendschule die Hochschulreife. An der Universität der nationalen Minderheiten verdient er seinen Lebensunterhalt mit dem Zeichnen historischer Karten und beginnt im Herbst 1940 am Tschernyschewski-Institut ein Fernstudium im Fach Geschichte.

Als der Krieg hereinbricht, von dem Ruge sagt, er habe „sein ganzes Leben durcheinandergebracht", wird erneut eine Hoffnung zerstört. Er muss feststellen, wie sehr sich bereits russischer Nationalismus über den proletarischen Internationalismus erhoben hat: Obgleich er 1936 die sowjetische Staatsbürgerschaft erhalten hatte, sieht er sich nun als „Deutschländer" behandelt. Statt, wie gewünscht, einberufen zu werden, trifft ihn und seine Frau Feindseligkeit: „Manche Leute glauben, ihre plötzlich entflammte Deutschfeindlichkeit zur Schau stellen zu müssen." (92) Im Wehrkreiskommando, wo er sich sofort zu melden hat, hängt zwar die Losung „Jeder

---

6 Wer sich – zum eigenen Schaden – dem nicht unterziehen will, sei auf die ausführlichen Rezensionen aus der Feder von Werner Röhr (*junge Welt*, 15.09.2003), Kurt Pätzold (*Neues Deutschland*, 4./5.10.2003), Babette Heusterberg (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 07. 10. 2003) und Georg Fülberth (*Freitag*, 10.10.2003) verwiesen.

wird gebraucht!“. Doch er erlebt das krasse Gegenteil. Mit seinem Ausweis, dessen Rubrik Nationalität ihn als Deutschen ausweist, darf er sich während der Bombardierung Moskaus nicht einmal am Luftschutz beteiligen. Schließlich erreicht ihn am 2. September 1941 der Deportationsbefehl. Einige Monate muss er in einer namenlosen kasachischen Siedlung darben und schuften, zusammen mit ehemaligen wolgadeutschen Bauern, die als Kulaken schon 1931 dorthin zwangsdeportiert worden waren. Aber auch hier soll er nicht geduldet werden. Anfang 1942 findet er sich, von seiner Ehefrau getrennt, als „Arbeitsmobilisierter“ im „Lagpunkt 239“ des Gulags im Norduralgebiet wieder, und das unter Sträflingen und Verbrechern, die vor allem Holz aus den sibirischen Wäldern zu gewinnen haben und qualvollem Sterben ausgeliefert sind.

Ruge erzählt in vielen Episoden vom elenden Dasein unter strenger militärischer Bewachung, von Hunger und Kälte, von Strafen und seiner „Arbeit“ als Holzfäller, Barackenwart, Saunaheizer, Bastschuhflechter, Gleisbauer, Heuschnitter u. a.m. Er übersteht einen schweren Unfall und Krankheiten, getrieben vom Willen zur Selbstbehauptung. Dies verdankt er nicht zuletzt seiner Jugend und seiner Fähigkeit zur Anpassung. In entscheidenden Situationen spielten auch immer wieder glückliche Zufälle eine Rolle. Vor allem treibt ihn der Gedanke, den Mann mit dem Schnauzbart, Stalin, überleben zu wollen, der ihm mehr und mehr als Inkarnation allen Übels erscheint. Zugleich analysiert er selbst erlebte Mechanismen und Funktionsweisen der „Unterführer“, die ein eigenes hierarchisches Herrschaftssystem schufen, Misstrauen säten sowie Spitzeltätigkeit und Denunziation erzwangen.

Erst 1944 beginnen sich die furchtbaren Verhältnisse langsam zu bessern. Die „Lebensgeister“ kehren zurück. Offiziell wird nun weniger von Sträflingen gesprochen. Doch Ruge bleibt ein Verbannter, auch als er nach dem Krieg in Sosswa landet. Lange elf Jahre hat er hier zu verbringen, 1948 dekretiert der Oberste Sowjet sogar, daß er für alle Zeiten dortbleiben soll und sich lediglich im Umkreis von sieben Kilometern bewegen darf. Verletzt er diese Bestimmung, droht als Strafe zwanzigjährige Zwangsarbeit. Dennoch gelingt es ihm auf abenteuerliche Art und Weise, ein Fernstudium an der Universität Swerdlowsk zu absolvieren, in einer Stadt, die zu betreten ihm strengstens verboten ist. Generell seiner Perspektive beraubt, kann er bald nur noch denken: In dieser Sowjetunion ist die „Verwirklichung humanistischer Prinzipien, die der sozialistischen Idee zugrunde liegen, unmöglich“. Zwar keimen nach dem Tod Stalins neue Hoffnungen auf, mit seiner Frau Taja, die er 1954 geheiratet hatte, nun nach Deutschland gelangen zu können. Doch vergeht noch eine lange Zeit voller bürokratischer Hemmnisse. 1956 kehrt er wieder nach Berlin zurück.

Den Band beschließt der Abschnitt „Nach dreiundzwanzig Jahren wieder in Berlin“. Seine Rückkehr erfolgt in die DDR, selbstverständlich. Etwas anderes gab es für ihn nicht. Neue Hoffnungen, vielleicht erwachsen aus Alternativlosigkeit? Ja, möchte ich sagen, und dies „trotz alledem“. Wenn demgegenüber Fritz Klein dem Erinnerungsbuch Ruges vorwirft, die sich aufdrängende Frage nach dem Verhältnis zwischen dem dargestellten Lebensabschnitt und seinem dann folgenden, mehr als 30 Jahre währendem Wirken in der DDR unbeantwortet zu lassen[7], berührt das auch, wenngleich in ganz anderer Hinsicht, Probleme meiner Laudatio auf Ruge aus dem Jahre 1987, auf die ich eingangs verwies. Denn da blieb der jetzt ausführlich dargestellte Lebensabschnitt keineswegs unerwähnt.[8] Den eigenen Angaben Ruges folgend, enthielt

---

7 Wolfgang Ruge erinnert sich an seine Exiljahre in Russland. In: *Die Zeit*, Nr. 40 vom 25. September 2003, 58. Jg., Literaturbeilage, S. 29.

8 „Wie so viele andere war nach dem 30. Januar 1933 für seine Familie und ihn kein Bleiben in Deutschland. Von Ende 1933 bis 1956 lebte er in der Sowjetunion, die ihm 1936 ihre Staatsbürgerschaft verlieh. Von 1934 bis 1941 war er als Zeichenlehrling, Zeichner und Kartograph in Moskau tätig. Nach dem Erwerb des Abiturs begann er 1940 ein Fernstudium an der Historischen sowie an der Literarischen Fakultät des Moskauer Tschernyschewski-Instituts für Philosophie, Literatur und Geschichte. Mit dem faschistischen Überfall Hitlerdeutschlande auf die UdSSR trat auch der junge Deutsche Wolfgang Ruge in

sie Daten, Namen, Arbeitsfelder. Indessen klingt alles, lese ich es heute, allzu nüchtern und trocken, gewiss auch fern von Betroffenheit über ein recht ungewöhnliches individuelles Schicksal. Sicher, vom Erlebten wurde zu wenig und wohl auch beschönigend erzählt, wichtiger aber scheint mir die Feststellung zu sein, daß zu wenig, ja viel zu wenig danach gefragt worden ist. Wie, so wäre auch zu untersuchen, war (und ist!) es möglich, daß Worte zwar Tatsachen wiedergeben, zumindest andeuten und dennoch die harte Wirklichkeit verbergen und verschleiern? Es handelte sich wohl kaum um reine Unwissenheit, eher um ein Ergebnis von Bindungen und Voreingenommenheiten, um das Resultat eingefahrener Denkstrukturen[9] sowie schließlich um eine politisch-parteiisch gewollte Verdrängung. Allem liegt das „törichte" Scheuen der Mühe zugrunde, unverrückbar erscheinende Tatsachen bezweifeln zu wollen und kritischer Befragung zu unterziehen.

Wolfgang Ruge forderte solches bereits in seiner Jenaer Rede „Nachdenken über Weimar", von der schon die Rede war. Er unterzog sich solcher Mühe 1991 mit dem Blick auf die gesellschaftlichen Wurzeln, als er sein außerordentlich lesenswertes Buch „*Stalinismus – eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte*" veröffentlichte. Nunmehr hat er sich den „grauenvollen und unverdienten" sowjetischen Jahren zugewandt – wie gewohnt: solide und akribisch, nicht ohne eine gewisse Spur von Humor und Altersweisheit. In seine Erinnerungen ist zweifellos das Wissen um „mehrere Leben" eingeflossen, und auch dies sollte Anlass bieten, immer und immer wieder Antworten auf die Fragen nach den Ursachen jener Zustände und ihnen adäquater Verhaltensweisen suchen.

Wolfgang Ruge, Berlin – Moskau – Sosswa. Stationen einer Emigration, Pahl-Rugenstein Verlag NF, Bonn 2003, 452 S. In: *Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 14. Jg., Nr. 56, (Dezember 2003), S. 212-217.

---

eine schwere Zeit ein, verständlicherweise. Sie sah ihn als Landarbeiter in Kasachstan, als Holzfäller und Forstarbeiter in westsibirischen Gebieten, als Techniker und als Ingenieur beim Eisenbahnbau, seit 1951 als Oberingenieur im Projektierungsbüro des Forstbetriebes Nr. 239 im Uralgebiet. Von 1947 bis 1948 absolvierte er an der Historisch-Philosophischen Lenin-Universität Swerdlowsk ein Fernstudium, das er erfolgreich als Diplomhistoriker mit einer Arbeit über den Schwarzmeerhandel Venedigs und Genuas im 13. und 14. Jahrhundert abschließen konnte. Mit einem Zertifikat als Übersetzer für Englisch-Russisch beendete er 1950 ein Fernstudium am Moskauer Fremdsprachen-Institut." Ehrenpromotion, S. 9.

9 Auch von ihnen sprach Wolfgang Ruge 1997 während einer Konferenz des Thüringer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V. Alle in Jena gehaltenen Vorträge befinden sich auf der von F.-M. Balzer herausgegebenen CD. „Ein Historiker, dessen Leben zur Neige geht, sieht sich zu einem doppelten Rückblick herausgefordert. Erstens, zu einer – letztmaligen – Betrachtung der Zeit, über die er geforscht hat, deren Pulsschlag und Atmosphäre er sich anhand unterschiedlich zu bewertender Quellen, aber auch unter Zuhilfenahme seiner Phantasie auszumalen bemüht war; ist doch Vorstellungsgabe bei Vorstößen ins Unbekannte und bei der Darstellung des Erkannten unverzichtbar. Zweitens, zu einem Rückblick auf sein eigenes Wirken zur Aufhellung der Vergangenheit, eines Wirkens, das von seiner Einstellung zur jeweiligen Gegenwart und von seinem Engagement in ihr geprägt war. Denn es ist ja, auch wenn Gegenteiliges behauptet wird, nicht so, daß der Geschichtswissenschaftler, ein ins gesellschaftliche Getriebe eingreifender Mensch, sich gänzlich von seinen weltanschaulichen, politischen, sozialen und kulturellen Bindungen lösen könnte, um schlicht zu berichten, ‚wie es eigentlich gewesen ist'. So schließt dieser zweite Rückblick auch eine kritische Wertung der eigenen Bindungen und Voreingenommenheiten ein, insbesondere der Denkmuster, die zunehmend mit der Realität in Kollision gerieten und nach dem Zusammenbruch dessen, was wir halb entschuldigend Realsozialismus genannt haben, einer grundsätzlichen Überprüfung bedürfen." Wolfgang Ruge: Die russische Revolution von 1917 und die deutsche Novemberrevolution. Versuch eines Vergleichs. In: Die Revolutionen von 1917/18 und das Ende des 20. Jahrhunderts. Hrsg. vom Thüringer Forum für Wissenschaft und Bildung e. V., Jena 1997, S. 6.

Kurt Pätzold: Unveraltete Einsichten aus dem Düsseldorfer Prozess

Wer die Masse des in jüngster Zeit ermittelten, geordneten und editierten geschichtlichen Materials vor Augen hat und es nicht anders und richtig weiß, möchte in Marburg eine komplette Werkstatt von Herausgebern historischer Dokumente vermuten, die alle auf ein Thema deutscher Vergangenheit konzentriert sind: die geistige und praktische Auseinandersetzung mit dem Faschismus und dem Eintreten für – weltweit – menschenwürdige und friedliche Zustände. Indessen handelt es sich um die Früchte der Arbeit eines Mannes, des Pädagogen und Historikers Friedrich-Martin Balzer, der, eigene Kräfte und Mittel nicht schonend, mit Ausdauer und Leidenschaft sich wieder und wieder vor allem jener Hinterlassenschaft annimmt, von der er sicher ist, daß sie nicht in Vergessenheit geraten darf, und zudem weiß, daß es genügend Interesse gibt, eben das zu bewirken.

Für das Gerichtsverfahren gegen herausragende Persönlichkeiten der westdeutschen Friedensbewegung, das nach mehr als Siebenjähriger Vorbereitung 1959/1960 vor dem Landgericht in Düsseldorf stattfand, gilt das zweifelsfrei. Der Bundesgerichtshof, dessen Generalbundesanwalt Max Güde den Prozess verlangte, wollte, die Tücke des Objekts wohl abschätzend, in dem heiklen politischen Verfahren selbst nicht tätig werden. Denn: Gefordert war nicht mehr und nicht weniger, als den Angeklagten anzuhängen, sie wären Agenten Moskaus und Pankows, bezahlte natürlich, und heimtückisch darauf aus, dieses ganze herrliche Staatswesen Bundesrepublik zu unterminieren und zu beseitigen.

Wie Staatsanwälte und Gericht den Auftrag zu meistern suchten, wie sie dabei in einer Schlacht scheiterten, in der sie noch die lahmsten Beweise und fragwürdigsten Zeugen einsetzten und zugleich den Angeklagten und ihren Verteidigern faire Aktionsmöglichkeiten zu beschneiden suchten, das liest sich spannender, als sich noch der raffinierteste *Tatort* anschauen mag. Zum Tatort wurde der Gerichtssaal. Am dort Abgelaufenen kann kein Historiker vorbeisehen, es sei denn, was freilich so selten nicht vorkommt, er erforschte und präsentierte deutsche Nachkriegsgeschichte als Einäugiger. Während dieser 56 Prozess-Tage wurden ein paar Wahrheiten über eine Zeit gesagt, an deren Ende wir nicht gekommen sind. Ein Beispiel für viele: „Die Kommunisten von heute sind die Juden von gestern.“ Das meinte nicht anmaßend die Gleichsetzung der nazistischen Verfolgungen. Der Satz wies jedoch auf den Versuch hin, wie zuvor die Juden nun, nach Krieg und Holocaust, einzig die Kommunisten als „unser“, der Deutschen, Unglück zu markieren.

Zu den unveralteten Einsichten, die sich aus diesem Band gewinnen lassen, tritt freilich auch ein Gefühl der Wehmut. Unter dem Eindruck des Zweiten Weltkrieges, der damals noch zum Erleben der Mehrheit der Europäer gehörte, im Bewusstsein des atomaren Wettrüstens und der aus ihm hervorwachsenden Gefahren, war der Widerstandswille gegen existentielle Drohungen noch lebendig und stark. Wie vielen Personen, die sich damals in der Friedensbewegung regten und hörbar machten, begegnet der Leser! Wieviel ist ihnen dafür zu danken, daß die Menschheit das 20. Jahrhundert ohne einen dritten Weltkrieg überstand! Und wieviel Denkanstöße lassen sich vergleichend für eine ungeschönte Wahrnehmung dieses Jahrhundertbeginns gewinnen, vorausgesetzt, daß da noch ein Rest von Bereitschaft bewahrt ist, sich zu beunruhigen.

Justizunrecht im Kalten Krieg. Die Kriminalisierung der westdeutschen Friedensbewegung im Düsseldorfer Prozess 1959/60. Mit einer Einleitung von Heinrich Hannover, PapyRossa Verlag, Köln 2006, 380 S. In: *Ossietzky* 10/2006, S. 382-383.

Walter Ruge: Einer, der seinen Überzeugungen bis zuletzt treu blieb. Kurt Goldsteins Vermächtnis

Dies ist kein Nachruf – denn er lebt. Kurt Julius Goldstein lebt weiter in den gut zusammengestellten Texten von Dr. Friedrich-Martin Balzer aus Marburg. Völlig unbefangen erzählt diese Legende ihr Leben, ungebrochen von Qualen, Niederlagen und Demütigungen. Da sind die Erlebnisse aus der Kindheit und der erste herbe Schlag des Antisemitismus durch die Sprüche von Studienrat Zimmermann: „Goldstein! Lump! Prolet! Schuft! Schubiak! Schurke! Düsterer Filou! Kommunist! Bolschewik! Raus!“ Der Bruder hilft ihm darüber hinweg. Das generelle Vertrauen in Menschen besteht seine erste Prüfung. Er betrachtet das Jüdische nicht als etwas Besonderes, eher als etwas anderes. Er stellt es nicht heraus, verbirgt es aber auch nicht. Mensch ist er wie alle anderen auch, Deutscher ist er, Kommunist ist er, Spanienkämpfer, Überlebender von Auschwitz und Jude. Es ist bei ihm wie ein Sahnehäubchen, das anderen versagt wurde. Er zeigt Verständnis für unsereins, möchte es aber auch nicht anders haben. Immer wieder, auch nach den härtesten Schlägen, dieser aufrechte Gang eines Internationalisten, diese Souveränität der einmal erworbenen Persönlichkeit.

Bei allem Elend der faschistischen Lager immer noch diese Portion Humor, Schlitzohrigkeit und vor allen Dingen Geistesgegenwart. Wie er da bei der Musterung der in Auschwitz Eingetroffenen blitzschnell kombiniert: Ich werde sagen, ich sei „einfach Püttman“. Wie das dann einschlägt, wie er sofort zum „Facharbeiter“, ja zum Kapo, sogar zum Oberkapo wird, „Einfluss“ nicht allein für sich, nein, für seine Genossen gewinnt – großartig, eine richtige Entscheidung im richtigen Moment.

Er ist bereit etwas wegzustecken, wenn es denn der Sache dient. Die Auflösung der VVN in der DDR, seiner Organisation, seines Ziehkindes – wie muss ihn das geschmerzt haben! Im Buch erwähnt er diesen folgenschweren Einschnitt: Die bewährten Kämpfer gegen den Faschismus wurden ihrer politischen Körperschaft entledigt. Sie wurden zu Subjekten der sozial-fürsorglichen Betreuung durch die Dienststellen für Verfolgte des Naziregimes in den Rathäusern. Politisch wurden sie an die bestehenden Parteien und Massenorganisationen verwiesen. Es gab vergleichbare Entwicklungen – blutige – in der Sowjetunion, als sich die Parteiführung komplett der „Gesellschaft der alten Bolschewiken und Partisanen“ entledigte. Ihr Vorsitzender war der jüdische Kommunist Felix Kon. Diese Organisation hatte sich angemaßt, Beschlüsse und Direktiven des Politbüros kritisch zu bewerten. „Wir brauchen kein zweites Politbüro“, hieß es. Kurt Goldstein war viel zu klug, viel zu erfahren, um diese Zusammenhänge nicht zu sehen; aber sie hochzuspielen, das lag ihm nicht.

Besondere Hochachtung verdienen seine persönlichen Konsequenzen aus dem Franco-Putsch und der faschistischen Intervention in Spanien. Ein zutiefst humaner, friedliebender junger Mensch entschließt sich ohne Zögern, sein relativ wohlbestalltes Leben in Palästina gegen einen Karabiner in einem Land einzutauschen, das seit der Inquisition als „judenfrei“ galt. Wieviel Standhaftigkeit wurde den Interbrigadisten, den Rittern der Selbstlosigkeit, nach dem Verrat westlicher „Demokratien“ abverlangt! Sie schauten immer noch vertrauensvoll über die Pyrenäen auf die „freie“ Republik Frankreich. Wie Aussätzige wurden sie dort aufgenommen. Kurt blieb keines der Lager erspart, weder Gurs noch Vernet, wo er schließlich von den Vertretern der Republik Frankreich an die Gestapo ausgeliefert wurde, um nach Auschwitz deportiert zu werden.

Auch die Kehrtwende der sowjetischen Außenpolitik 1939, von der er im Lager Gurs am Nordhang der Pyrenäen erfuhr, meisterte sein nüchterner politischer Kopf. Er hat Verständnis für einen Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Hitlerdeutschland; dem „Freundschaftsvertrag“ versagt er indes seine Zustimmung. Diese Verträge haben Millionen Antifaschisten in der Welt zerstritten, besonders, nachdem aus Moskau obendrein die „Weisung“ kam, jedwede antifaschistische Agitation einzustellen.

Kurts glasklare politische Orientierung muss erstaunen, ja begeistern. Über seine Gewissensqualen klagte er wieder einmal nicht. Einer, der nicht klagt, gar sich selbst beklagt. So stand er denn auch später, einem Leuchtturm gleich, in den seichten Gewässern der „Wendehälse“.

Das Büchlein erfreut durch eine lange Auswahl von Reden und Ansprachen, die Kurt Goldstein im Laufe der Jahre gehalten hat. Keine Sonntagsreden, sondern Grundsatzgedanken, die immer den Bogen zur Gegenwart schlagen. Mal nimmt er Bezug auf den heuchlerischen Pinochet, mal wieder auf die atomare Bedrohung der Menschheit; er hat ein feines Gespür dafür, was die Menschen bewegt. Seine Mitkämpfer sind geprägte Internationalisten, mit denen er allen Demütigungen, jenen durch seine eigenen Genossen inbegriffen, standhielt.

Der letzte Wunsch Kurt Goldsteins, den er am 11. März 2007 an die 5. Tagung des 10. Landesparteitages der PDS richtete, lautete: „Befürwortet den Antrag (der Kommunistischen Plattform), unsere ‚Überlegungen zum Umgang mit der Geschichte‘ den Basisorganisationen zur Diskussion zu übergeben.“ Wohlgemerkt, er erwartete nicht, der Landesparteitag werde die „Überlegungen“ zu seinen eigenen erklären. Kurts Bitte an den Vorstand beschränkte sich darauf, das Dokument als ein Werk der Unterzeichner zur Diskussion zu stellen, vermittelnd zu sein. Das wurde abgelehnt.

Diese Bitte erwies sich nur fünf Monate später als Kurt Goldsteins Vermächtnis. Er schrieb: „Ich plädiere für eine offene Diskussion über unser Geschichtsverständnis an der Basis der Partei.“ Er wandte sich gegen „... eine bestimmte Art des Umgangs mit unserer eigenen Geschichte, mit dem Leben unserer Genossinnen und Genossen also. Diese Hemdsärmeligkeit sollte ein Ende haben.“

Mir war vergönnt, Kurt persönlich zu erleben. Er sprach verhalten, war ein Denker, kein klassischer Redner; aber man legte eine Hand an das besser hörende Ohr, um ja nichts zu versäumen. Im Berliner Landesvorstand führte man offensichtlich keine Hand ans Ohr; es ist fatal, im Schatten dieser ganzen „Ehrungen“ als „Veteran“, gar als „Überlebender“ wandeln zu müssen, wenn im entscheidenden Moment unsere Bitten de facto abgewiesen werden, kommt es doch nur darauf an, eine bestimmte „Linie“ durchzusetzen.

Dem Landesvorsitzenden Dr. Lederer und seiner Umgebung ging es um „dieses eigenartige Verfahrensbegehren“. Man habe ein Dokument „zur Diskussion an der Basis“ eingereicht. Die Adressaten bemängeln, daß „Änderungen am Text“ nicht möglich gewesen seien. Um nicht „falsche Eindrücke entstehen zu lassen“, stellt man fest: „Die Überlegungen können selbstverständlich von jeder Genossin und von jedem Genossen gelesen und in die Debatte mit einbezogen werden.“

Einer der „offenbar weit über 100 Delegierten des Landesparteitags“ wurde allerdings deutlicher: „Es ist gut und immer wieder nötig, die Geschichtsdebatte zu führen. Ich kann und werde der Verbreitung (des Diskussionsmaterials) nicht zustimmen.“ „Debatte“ ohne Verbreitung? Die Verfechter der Entschuldigungsrituale für die Toten vergehen sich an den Lebenden.

Das Fazit: Unser Kurt – so darf man wohl sagen – lebt. Er lebt nicht zuletzt durch die Veröffentlichungen von Friedrich-Martin Balzer aus Marburg.

Friedrich-Martin Balzer. Kurt Goldstein: Wir sind die letzten – fragt uns, Pahl-Rugenstein Verlag NF, 2. wesentlich erweiterte Auflage, Bonn 2004, 322 S. „Vorwärts und nicht vergessen!“ Kurt Julius Goldstein. Ein Porträt von Ingrid Strobl. DVD, 56 Min. In: *RotFuchs* 2/2008, S. 6.

Manfred Weißbecker: Im Dunst von Nebelkerzen. **Kurt Finker über das erste westdeutsche Nachkriegsjahrzehnt**

Wer pausenlos sich selbst feiert und Jubeljahre begeht, wer lediglich das eigene Geschichtsbild erinnert und nichts anderes als satte Selbstbestätigung sucht, der muss wohl oder übel ausklammern, was dazu nicht passt. Besonders krass gerät die Diskrepanz, wenn von den ersten zehn Jahren Bundesrepublik gesprochen wird und diese unbesehen einer angeblich rundum demokratischen Erfolgsgeschichte zugeordnet werden. Hingegen lässt sich nach der Lektüre des Bandes, den der bekannte Potsdamer Historiker Kurt Finker vorgelegt hat, die schwierige Suche nach neuen Pfaden deutscher Existenz in der Nachkriegsgeschichte und der Frühgeschichte der Bundesrepublik besser erkennen.

Die Lage sei – wie der Herausgeber Friedrich-Martin Balzer gewiss nicht ohne einen Bezug zur gegenwärtigen Krisensituation feststellt – damals für die Herrschenden so heikel gewesen, daß „nur ein gigantisches Ablenkungs- und Verfälschungsmanöver das Ansehen der bürgerlichen Machteliten in Wirtschaft, Militär, Bürokratie, Justiz und den Kirchen in Westdeutschland zu retten und wiederherzustellen vermochte“. Dazu hat Finker eine Fülle von Material zusammengetragen und umfangreich-dokumentarisch belegte Aussagen ehemaliger Militärs, Publizisten oder Historiker mit erläuternden und wertenden Kommentaren versehen. Daß diese teilweise bissig und zugespitzt geraten sind, muss nicht verwundern angesichts der Verbohrtheit und Unbelehrbarkeit in der Beschäftigung mit der Geschichte der faschistischen Diktatur und des Zweiten Weltkrieges, angesichts des zweifelhaften Umgangs mit der entscheidenden Frage nach den Ursachen des Geschehens.

Kaum ein Werk der westdeutschen Geschichtsschreibung und -publizistik des Jahrzehnts 1945 bis 1955 ist von Finker unbeachtet geblieben. Über weite Strecken gleicht der Band einem Kompendium, einem leicht erfassbaren Handbuch, das durch seinen Überblickscharakter und nicht zuletzt auch durch einen 935 Fußnoten umfassenden Anhang besticht.

Der Autor stellt fest, daß unmittelbar nach dem Krieg zunächst eine Mehrheit von Publizisten, Historikern, Politikern u, a. den Versuch unternahm, kritisch Bilanz zu ziehen und die faschistischen Verbrechen zu enthüllen, was den Bemühungen deutscher Antifaschisten entsprach und auch von den westlichen Besatzungsmächten im Rahmen ihrer „Re-Edukation“ verlangt war. Dies habe jedoch wenig zu einer Erhellung vor allem der sozialökonomischen Basis der faschistischen Verbrechen beigetragen. Dominierend sei die These von der Alleinschuld Hitlers gewesen, von der historischen Verantwortung eines „Dämons“, dessen rätselhaftes Wesen unergründbar gewesen wäre und immer noch sei. Zu solcher Mystifizierung des Faschismus trug das 1950 erschienene Buch des ersten Gestapo-Chefs bei, von dessen Titel „Luzifer ante portas“ Finker sich bei der Wahl seines Buchtitels inspirieren ließ.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen sei die Existenz eines deutschen Widerstandes gegen Diktatur und Krieg ignoriert worden. Im Zusammenhang mit der Gründung der BRD und deren Einbeziehung in das westliche Lager des Kalten Krieges wurde auch das Geschichtsbild den neuen Bedingungen angepasst. Es sei um eine Art Absolution“ gegangen, um das Wecken eines wohlwollend-kritisch-verzeihenden Verständnisses“ für das Verhalten der Deutschen. Von Anfang wurde hingegen behauptet, in Ostdeutschland würde keine wirkliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus erfolgen.

Ausführlich befasst sich Finker mit der aufdringlichen Art und Weise, in der ab 1948/49 die Nazi-Wehrmacht regelrecht glorifiziert worden ist, wobei grundsätzlich das „Soldatische“ und „Militärische“ vom „Politischen“ und „Ideologischen“ getrennt wurde. Stets sei versucht worden, einerseits die Oppositionellen und Widerständler unter den Soldaten und Offizieren, die ihren Eid auf Hitler gebrochen hatten, zu würdigen und zugleich alle zu ehren, die eidgetreu im militärischen Kampf bis zur letzten Patrone Nation und Reich retten wollten.

Alle geschichtlichen Überlegungen und Wertungen führt der Autor bewusst in die Gegenwart hinein, deren Geschichtsbild sich seit den 50er Jahren zwar um einiges verändert zeigt, sich dennoch von einigen generellen Positionen, die unmittelbar nach dem Krieg vertreten wurden, nicht getrennt hat.

Finkers Buch besticht nicht allein durch seine Interpretation der Publikationen im ersten Nachkriegsdezennium – da lässt sich einiges auch bei anderen Autoren finden, u. a. bei Norbert Frei, Ludwig Elm oder jüngst in der Arbeit von Jan Korte über die Besonderheiten des Antikommunismus in der Bundesrepublik. Was den vorliegenden Band so wertvoll macht, sind die nachlesbaren, vielfach erschütternden Aussagen damals agierender Politiker, Publizisten, Historiker usw. Schließlich bewegt den Leser auch die Tatsache, daß jene so detailliert zitierten geschichtsfälschenden Nebelkerzen außerordentlich wirkungsvoll gewesen sind und es wohl immer noch sind.

Kurt Finker: Der Dämon kam über uns. Faschismus und Antifaschismus im Geschichtsbild und in der Geschichtsschreibung Westdeutschlands (1945-1955). Hgg. v. F.-M. Balzer. Mit einem Geleitwort von O. Köhler. Pahl-Rugenstein Verlag NF, Bonn 2008, 385 S. In: *Neues Deutschland* 20.08.2009, S. 13.

Thomas Metscher: Spurensuche

Friedrich-Martin Balzer hat ein ungewöhnliches, hochwichtiges Buch vorgelegt.[1] Es ist ein Buch der Spurensuche, angeschrieben gegen das organisierte Vergessen. Es handelt von Menschen, deren Werk und Wirken erinnert werden muss, wenn die Zukunft nicht so trostlos bleiben soll, wie sie jetzt oft erscheint.

Balzer, Abendroth-Schüler und vom Beruf her Lehrer, war seit frühen Jahren ein leidenschaftlicher Sammler. „Ausgraben und aufbewahren“ war und ist, wie Georg Fülberth in einer Würdigung zu seinem siebzigsten Geburtstag schrieb, das Thema seines Lebens –, dem Gedächtnis der „namenlos Gemachten“ gewidmet, „die in ihrer Zeit widerständig waren und ein riesiges Erbe von Gedanken und nachahmenswerten Taten und Handlungen hinterließen“ (*junge Welt* vom 24. November 2010).

Ein Mittelpunkt dieser Erinnerungsarbeit ist der christliche Kommunist Erwin Eckert, ehemals Vorsitzender des Bundes religiöser Sozialisten, von seiner Kirche aus dem Pfarramt gejagt, als er die SPD verließ und in die KPD eintrat, eingesperrt von den Nazis, unter Adenauer verurteilt als Aktivist der Bewegung gegen die Wiederbewaffnung, der populärste westdeutsche Kommunist nach Max Reimann in den Jahren 1945-49 – über den Balzer bei Abendroth promovierte, über den er viele Bücher produzierte, dessen Nachlass er sicherte und verwaltet. Es sind solche in Vergessenheit Geratene, denen Balzers Spurensuche gilt: Emil Fuchs, Kurt Julius Goldstein, Robert Neumann, Wolfgang Ruge sowie Unbekannte wie Helge Speith. Daneben aber stehen durchaus bekannte, ja weltbekannte Namen: Eric Hobsbawm, Wolfgang Abendroth, Hans Heinz Holz, Helmut Ridder; mit Editionen, elektronisch erfassten Gesamtbibliographien als Grundlage weiterer Forschungen, in der Erfassung nicht zuletzt auch wenig bekannter oder als verloren gegoltener Schriften. So behandelt Balzer Hobsbawms frühe publizistische Arbeiten zur Literatur, Holz’ höchst umfangreiches, den universalistischen Zug seines Denkens beeindruckend dokumentierendes publizistische Werk, die Vita des frühen Abendroth (seine Rolle im griechischen Widerstand), die, außerhalb des Kreises seiner engsten Schüler, nach wie vor viel zu wenig bekannt ist. Ans Licht geholt werden aber auch verdrängte Seiten der deutschen Nachkriegsgeschichte: so der juristische Terror der Adenauerzeit gegen Marxismus,

[1] F.-M. Balzer, Prüfet alles, das Gute behaltet. Auf Spurensuche u. a. nach Wolfgang Abendroth, Erwin Eckert, Emil Fuchs, Kurt Julius Goldstein, Hans Heinz Holz, Eric Hobsbawm, Robert Neumann, Helmut Ridder und Wolfgang Ruge. Mit einem Geleitwort von Hans Heinz Holz und einem Beitrag von Manfred Gailus, Bonn 2010, 427 S.

Kommunismus, Friedensbewegung („*Der Düsseldorfer Prozess. Die Friedensbewegung auf der Anklagebank des Kalten Krieges*“), die dubiose Rolle der offiziellen Kirche unter den Bedingungen von Faschismus und Krieg in der hier erstmals veröffentlichten Streitschrift, die Hobsbawm immerhin „elektrisierend“ nannte.

Balzers Buch erschöpft sich freilich nicht als Werk der Spurensuche und Erinnerung – so unabdingbar dies für jede emanzipatorische Theorie und Praxis heute auch ist. Vieles von dem, was Balzer ins Licht rückt, ist für den Marxismus, will er als weltgestaltende Kraft zukünftig eine Rolle spielen, theoretisch wie praktisch von grundlegender Bedeutung.

Ich denke da vor allem an das Verhältnis von Marxismus und Religion – die Schwierigkeiten, die ein kommunistischer Christ wie Eckert mit Kommunismus und Kommunisten hatte (als Mensch, der auch als Kommunist gläubiger Christ blieb, ja aus dem Christentum Impulse des Handelns schöpfte). Balzer rüttelt hier an ein nach wie vor wenig erschüttertes Tabu des traditionellen Marxismus (seiner dominanten Strömungen jedenfalls). Bis heute steht ein – im Grunde metaphysischer – Atheismus dem unverkrampften Bündnis von Marxisten und Christen (wie Vertretern anderer Religionen) hindernd im Weg. Es ist dies keineswegs eine scholastische, es ist eine sehr praktische Frage. Für die zukünftige Gestaltung der Welt mag sie eine Schlüsselrolle spielen. Man denke an den Aufbruch in den lateinamerikanischen und arabischen Ländern, an die Bewegung in der islamischen Welt insgesamt. Hier gibt es einen Aufbruch von Massen, die in der großen Mehrzahl ein religiös geprägtes Bewusstsein haben (wie unterschiedlich auch immer) – für eine Theorie, die den Atheismus zum ersten Prinzip und damit zur Glaubenssache erhebt, werden sie kaum zu gewinnen sein.

Angesichts dieser Sachlage enthält Balzers Buch ein beredtes Plädoyer dafür, das Verhältnis von Marxismus und Religion zu überdenken und neu zu bestimmen – aus politischer wie aus theoretischer Notwendigkeit. Denn von der Sache her ist es höchst zweifelhaft, ob ein prinzipieller Atheismus notwendig zum Marxismus gehört. Theismus wie Atheismus bewegen sich auf der gleichen Diskursebene, der des Glaubens, die jenseits der Ebene wissenschaftlichen Wissens liegt. Auf dieser aber und nur auf dieser ist der Marxismus angesiedelt (allenfalls käme, im Sinne einer Erweiterung, noch die Ebene der Kunst hinzu). Jeden Anschein von ‚Religionsförmigkeit‘, jede Vermengung von Wissen und Glauben hat er zu vermeiden, wenn er theoretisch wie praktisch eine Zukunft haben soll. Der Atheismus nun ist genauso ‚Glaubenssache‘ – er ist ‚negativer‘ Glaube – wie es der Theismus als ‚positiver‘ Glaube ist. Der Marxismus als wissenschaftliche Theorieform liegt vor der Ebene persönlichen Glaubens; die strikte Unterscheidung zwischen beiden sollte für ihn selbstverständlich sein. Glaube spielt für ihn eine Rolle in der Form religiöser Ideologien, die je nach ihren Inhalten zu überprüfen, zu bewerten und zu behandeln sind. Der Raum für einen ‚kommunistischen Christen‘ (oder Vertreter jeder anderen Religion), für eine ‚Theologie der Befreiung‘, einen Glauben, der die Revolution bejaht ist also offen, von der Sache her ist hier nichts präjudiziert, vorausgesetzt, daß die Vertreter dieser Auffassung den Raum wissenschaftlichen Wissens akzeptieren und das aus wissenschaftlicher Analyse folgende politische Handeln mittragen. Für solche Überlegungen kann man sich auf Wolfgang Abendroth berufen, den Balzer in diesem Zusammenhang zitiert. So sprach Abendroth bereits in den zwanziger Jahren von den „Pfaffen des Atheismus“, die „ihr Anathema gegen alle Ungläubigen des Unglaubens schleudern“ und dadurch die christlichen Arbeiter „auf die andere Seite der Barrikade zurückdrängen“ (200). Erinnert sei, daß bereits zu Beginn des vorigen Jahrhunderts der große irische Marxist James Connolly (auch er gehört zu denen, die dem Vergessenwerden zu entreißen sind) publizistisch und politisch offensiv exakt diese Linie vertrat (vgl. Priscilla Metscher, *James Connolly and the Reconquest of Ireland*. Minneapolis 2001, 127-133); heute lassen sich im Denken Fidel Castros solche Auffassungen finden.

Allzu schnell wird bei den scholastischen Querelen über wissenschaftlichen Atheismus vergessen, wer der Hauptfeind ist. Es ist, wie Abendroth als „zorniger alter Mann“ 1979 formulierte, „der Monopolkapitalismus, der erst die Schande des Kolonialismus und seiner zynischen Verbrechen, dann die Barbarei zweier Weltkriege und in der Verzweiflungssituation der großen Krise nach 1929 die auch in ihrer Zielsetzung totale Inhumanität des deutschen Faschismus geschaffen hat“. Wenn wir den Hauptfeind schlagen wollen, so Abendroth, und wir müssen es, „bevor er in schlimmen inneren Widersprüchen noch furchtbarere Katastrophen für die Menschheit bewirken kann“, „dann“, so Balzer, „müssen wir allem Sektierertum eine Absage erteilen und religiös gebundene Menschen, wenn sie den Klassenkampf von unten mit dem Ziel der Verteidigung demokratischer und sozialer Rechte mitkämpfen und sich gegen Krieg und Kriegsgefahren stellen, als das ansehen, was sie sind: nicht bestenfalls nützliche Idioten, sondern gleichberechtigte Partner im Kampf für die beste Sache der Welt“ (214 f.). Gibt es ein Wort von größerer Aktualität und Gültigkeit als dieses? Balzer sei Dank, daß er es, am Ende einer Parallel-Biographie von Eckert und Abendroth, uns als Aufgabe gestellt hat.

In: *Marxistische Blätter*, 3/2011, S. 97-98.

Robert Steigerwald: Mit dem Strom schwimmen nur die Leichen

Wann wir uns und wie erstmals begegneten, ich weiß es nicht mehr, aber es sind seitdem mehr als vier Jahrzehnte vergangen. Auch haben wir nur selten direkt miteinander zu tun gehabt, aber wenn dem so war, hat es Gewinn gebracht. Ich denke da an folgendes Beispiel: Irgendwann ging mir mal das Wort vom religiösen Sozialismus über die Lippen, Martin unterbrach: „Es gibt religiöse Sozialisten, aber keinen religiösen Sozialismus.“ Und das stimmt: Es gibt keinen religiösen Kapitalismus, keinen religiösen Kommunismus. Bei dem Wort „nationaler Sozialismus“ war uns stets klar, daß da mit dem Sozialismus schlimmster Missbrauch betrieben wurde.

Martin Balzer gehört zur Schar derjenigen, die in Abendroths Schule gegangen sind. Mehr als Siebzig seiner Studenten hat Wolfgang Abendroth promoviert, viele davon wurden Professoren und einige haben die DKP mitgeprägt.

Friedrich Martin Balzer, der ehemalige Lehrer an einem Gymnasium, hat, soweit ich das beurteilen kann, zwei Leidenschaften. Erstens ist er Sammler und Bewahrer. Er hat das gesamte Lebenswerk Wolfgang Abendroths und Helmut Ridders „gesammelt“ und digital erfaßt, ebenso das publizistische Frühwerk von Hans Heinz Holz und das Spätwerk von Wolfgang Ruge. Gesamtbibliographien liegen von allen vier und von Gert Wendelborn vor.

Über die Personen und das Werk der religiösen Sozialisten hat Balzer ein umfangreiches Archiv erstellt. Zu Abendroth und Erwin Eckert, dem jahrelangen Vorsitzenden der religiösen Sozialisten Deutschlands, hat er immer wieder veröffentlicht, also das Werk nicht nur bewahrt, sondern vermittelt. Das ist, soweit es die religiösen Sozialisten betrifft mehr noch als bei Abendroth, sehr nötig, denn Abendroth-Schüler und -Enkel, Abendroth-„Anhänger“ gibt es in beachtlicher Zahl, mit den religiösen Sozialisten sieht es dagegen weniger gut aus. Vor allem aber wären sie in der jungen und jüngeren Generation ohne Balzers Arbeiten kaum bekannt. In meinen Bücherregalen nehmen Balzers Publikationen einen breiten Platz ein.

Wer diese Arbeiten kennt, der kann nur mit einem bösen Grinsen auf das Getöse der Merkel, Seehofer und Co. über die christliche Prägung unserer Geschichte reagieren. Balzer zieht den Schleier weg, der zur Tarnung dieser „christlichen Prägung“ benutzt wird. Die Führung der evangelischen Kirche – dieser „Volkskirche“ – lag in den Händen von Prälaten, Gutsbesitzern, Staatsanwälten, Diplomaten, ehemaligen Staatssekretären und Ministern, es gab darin keinen einzigen Arbeiter oder Bauern. Ihrem Klasseninteresse entsprechend nahm sie Partei. Sie stand an der Seite der Fürsten, als es um deren Enteignung ging, ließ in ihren Reihen Nazi-Aktivisten wirken, stand an der vordersten Front der Kriegshetzer gegen die Sowjetunion, rechtfertigte

Rüstungsprogramme, die doch nur dem kommenden Krieg dienen konnten, teilte die Ziele des zum Kriege treibenden Faschismus bis zum Ende des Krieges und darüber hinaus, wie Balzers jüngste Streitschrift über die „Mitverantwortung des deutschen Protestantismus für Faschismus und Holocaust“ eindrucksvoll in seiner neuesten Sammelschrift „*Prüfet alles, das Gute behaltet*“ belegt. Und – natürlich – bekämpfte sie in jeder nur möglichen Art die Schar der religiösen Sozialisten um Erwin Eckert, Heinz Kappes, Emil Fuchs, Arthur Rackwitz, Hans Francke, Karl Kleinschmidt und Ludwig Simon – über sie alle schrieb Martin Balzer, und ohne sein Schreiben wüsste ich zwar von Erwin Eckert und Heinz Kappes, auch über Emil Fuchs, aber die anderen hat Balzer mir erst bekannt gemacht. Und sie dürfen nicht der Vergessenheit überlassen werden. Ihr Widerstand fand nur im Bund der religiösen Sozialisten eine Stütze. Im Bund war in zunehmendem Maße die Bereitschaft groß, sich immer mehr kritisch gegen die Politik der SPD-Führung zu stellen und das Bündnis und die Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu suchen. Nicht ohne „Bauchschmerzen“ wurden diese dazu bereit, Erwin Eckert, den wahrhaften Kirchen- und Volkstribun in ihre Reihen aufzunehmen – ein weithin über Deutschland hinauswirkendes Signal. In der Todesanzeige der DKP für Eckert hieß es 1972: „Erwin Eckert, sein kämpferischer Geist, seine Hingabe zur Sache der Arbeiterklasse und sein unbeugsames Eintreten für die Ideen von Marx, Engels und Lenin werden uns immer Vorbild sein.“

Welche sind die Grundmerkmale von Balzers Schreiben? Entlarvung der Rolle der Kirchen – dieses neben dem Staatsapparat wichtigsten und mächtigsten Instruments zum Schutz und zur Rechtfertigung des Kapitalismus. Kenntnisse vermitteln über Persönlichkeiten, die als Christen Sozialisten sein wollten, und es auch wurden. Diese wurden dafür zunächst von ihrer „eigenen“ Kirche und dann von den Nazis verfolgt, das „reichte“ bis hin ins Zuchthaus und KZ. Balzer zeigt, wie diese Kirchengeschichte in die allgemeine Geschichte des deutschen Imperialismus eingefügt war und enthüllt die Geheimnisse, die dem Treiben zum Krieg dienten.

Balzer geht auch, zumeist an Hand von Arbeiten Eckerts, aber auch der DDR-Theologen Hanfried Müller, Rosemarie Müller-Streisand und Gert Wendelborn auf theologische Probleme ein, zieht Verbindungslinien, verbunden mit kritischen Erwägungen zu Barth und Bonhoeffer, zeigt, wie eine kleine Intellektuellen-Gruppe um Tillich den religiösen Sozialisten mittels einer existentialistischen Missdeutung des Marxismus entgegenwirken wollte.

Die Bandbreite der Arbeiten Balzers ist erstaunlich, wie in seinem jüngsten Sammelband, in dem er auf Spurensuche nach zukunftsweisenden Gestalten des 20. Jahrhunderts geht, dokumentiert wird.[2] Es wäre durchaus begrüßenswert, wenn diese Publikation viele Leser findet. Das wäre sicherlich der beste Geburtstagsgruß hinüber nach Marburg, wo Martin mit seiner Frau Brigitte an seiner Seite arbeitet und lebt.

Im September 1990, in der Zeit, da sich gar manche seitwärts in die Büsche schlugen, setzte Balzer an den Schluss eines seiner Texte das alte chinesische Sprichwort: „Lernen bedeutet Rudern gegen den Strom – Wer aufhört zu rudern, fällt zurück.“ Und fügt hinzu „Vom Aufhören kann keine Rede sein. Nur der Strom ist breiter geworden.“

In: *Unsere Zeit* vom 19. November 2010, S. 15.

Hans See: Ein anregendes Buch über „die Grundtorheit des 20. Jahrhunderts“

Die Grundtorheit des 20. Jahrhunderts, die zwei Weltkriege und den Kalten Krieg mit verursacht und dennoch überlebt hat, wird jetzt Bundespräsident. Das war mein erster Gedanke, als ich erfuhr, daß der ehemalige Rostocker Pfarrer und spätere Leiter der nach ihm benannten

---

[2] Siehe F.-M. Balzer, „Prüfet alles, das Gute behaltet“. Mit einem Geleitwort von Hans Heinz Holz und einem Beitrag von Manfred Gailus, Bonn 2010, 527 S.

Gauck-Behörde zum Nachfolger des zurückgetretenen Christian Wulff nominiert wurde. Denn ich las gerade die von Friedrich-Martin Balzer herausgegebene und kommentierte Dokumentation über den Fall des 1931 in die KPD eingetretenen Sozialdemokraten und evangelischen Pfarrers Erwin Eckert. Eckert (1893-1972) brachte mit diesem Aufsehen erregenden Schritt nicht nur seine antikommunistischen Kirchenoberen, sondern auch die nicht minder antikommunistische Spitze der SPD gegen sich auf. Das bedeutete, daß Eckert alles verlor, was bis dahin seinem Leben für die Armen und Entrechteten einen Sinn und einen einigermaßen sicheren Rahmen für sein Wirken geboten hatte.

Am Ende verlor er seine persönliche Freiheit. Nach monatelanger Haft 1933 war er bis 1936 in der Illegalität tätig, wurde 1936 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu drei Jahren und 8 Monaten Zuchthaus verurteilt; nach seiner Freilassung stand er bis Kriegsende unter Polizeiaufsicht. Ein Glücksfall, daß er nicht auch – wie Millionen andere – in diesem Kampf des abendländischen Christentums und des faschistischen, sprich rassistischen und antikommunistischen Nationalismus und Imperialismus gegen den angeblich „jüdischen“ Liberalismus und dessen Kinder, die Sozialdemokratie und den „Bolschewismus“, sein Leben verlor. Eckert, der seit 1911 der SPD angehört hatte, wurde ausgeschlossen und trat der Kommunistischen Partei Deutschlands bei. Aber nicht, wie man annehmen könnte, weil er seinen Glauben an Gott, sondern den an die Entschlossenheit seiner Partei verloren hatte, den damals schon klar erkennbaren Aufstieg Hitlers zum allmächtigen Diktator und damit die Machtübernahme der von großen Teilen der Wirtschaft unterstützten NSDAP zu verhindern. Zu spät: Die von der Mörder- und Räuberbande zur Staatspartei aufgestiegene NSDAP verbot nicht nur die KPD, sondern auch die SPD. Erst im KZ waren beide Seiten bereit, sich zusammenzuraufen.

Eckert war als Sozialdemokrat freiwillig in den Ersten Weltkrieg gezogen, wurde Offizier und begann in dieser Position allmählich zu durchschauen, daß die Kriegsziele ganz andere waren als die offiziell genannten, die ihn dazu gebracht hatten, diesen Krieg als Verteidigungskrieg misszuverstehen. Die Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionen der sich gegen Ende des Ersten Weltkriegs spaltenden Sozialdemokratie, die allmählich gewonnene Einsicht, daß nur die Überwindung dieser Spaltung der Arbeiterklasse eine letzte Chance bot, ihre kriegslüsternen und ausbeuterischen Feinde an der Eroberung der Staatsgewalt, der Errichtung eines Terrorregimes und das Anzetteln eines Zweiten Weltkrieg zu verhindern, waren, wie Balzer schreibt, sein ganzes Leben lang Richtschnur seines politischen Denkens und Handelns.

1920 war Eckert Mitglied des „Bundes evangelischer Proletarier“ geworden, der sich bald „Bund evangelischer Sozialisten“ nannte und dessen Mitgliedschaft aus Sozialisten dreier sozialistischer Parteien bestand. Gemeinsam kämpften sie gegen die politische Reaktion (z. B. den Kapp-Putsch) sowie die „konservative Revolution“, besonders jedoch gegen die antisozialistische Agitation der eigenen Kirche. Sie waren für die Aktionseinheit der Arbeiterbewegung, für eine radikale Friedenspolitik, für eine sozialistische Wirtschaftsordnung, weil sie durch Erfahrung und durch die marxistische Analyse des Kapitalismus zu dem Ergebnis gekommen waren, daß diese „Ordnung“ – systembedingt – immer wieder soziale Probleme verursacht, die zu Bürgerkriegen und imperialistischen Kriegen führen können, auch zum Faschismus. In seinem entschiedenen Kampf gegen den Faschismus war Eckert immer heftiger in die Kritik der Oberen seiner Kirche und seiner Partei, der SPD, geraten. Die Kirchen-Führer erteilten ihm Redeverbot, die SPD-Führer schlossen ihn aus der Partei aus. Einen Tag nach seinem Parteiausschluss, am 3. Oktober 1931, trat Eckert in die KPD ein, was dann auch zu seiner Entlassung aus dem Kirchendienst führte. Hoch interessant die Auseinandersetzung um die Frage, ob ein Christ Marxist sein könne. Die Antwort: Ja.

Friedrich-Martin Balzer, der bei dem marxistischen Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth über „Erwin Eckert und den Bund religiöser Sozialisten“ promovierte, der seitdem Eckerts

Leben gründlich erforschte, darüber auch mehrere Bücher publizierte, sagt mit Recht, daß Eckert in gewisser Weise als „Theologe der Befreiung“ angesehen werden könne. Abendroth hatte sich vor 1933 in den Fall Eckert eingeschaltet und für ihn Partei ergriffen, Balzer – selbst Pfarrerssohn und Marxist – hatte noch Gelegenheit, Eckert persönlich kennen zu lernen. Eckert war nach 1945 wieder in der KPD und in der Friedensbewegung aktiv, war sogar kurzzeitig in die DDR übergesiedelt, weil er einen Autounfall für einen Anschlag auf sein Leben hielt, und er war von 1952 bis zum KPD-Verbot 1956 Landtagsabgeordneter im Baden-Württembergischen Abgeordnetenhaus. Als einer der leitenden Vorsitzenden des 1959 verbotenen Friedenkomitees wurde er 1960 „wegen Rädelsführerschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation“ zu neun Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt – ein Mann, der 1946 Staatsrat der provisorischen Regierung Badens war und 1949 bei seiner Kandidatur zum Oberbürgermeister Mannheims fast 35 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhielt.

Schön, daß – neben dem Landesbischof Ulrich Fischer – der heutige Mannheimer Oberbürgermeister Peter Kurz (SPD) ein Geleitwort zu diesem 527 Seiten umfassenden Dokumentationsband schrieb und darin durchblicken lässt, es sei damals sicher besser gewesen, den Dialog mit Eckert zu suchen, statt ihn aus der SPD auszuschließen. Schön, daß die evangelische Landeskirche im Jahr 1999 Eckert zu rehabilitieren suchte. Aber so lobenswert man diese Gesten auch finden mag, was bedeuten sie angesichts der Tatsache, daß zur selben Zeit ein Mann wie Joachim Gauck (Jahrgang 1940) zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt wird? Jetzt, wo diese Zeichen einer Rehabilitation Eckerts die Hoffnung hätten wecken können, daß die Grundtorheit des 20. Jahrhunderts, der Antikommunismus, allmählich überwunden wird. Der Kampf gegen den Neofaschismus kann doch nur durch Beendigung des Klassenkampfs von oben (als den ich den Antikommunismus betrachte) erfolgreich geführt werden. Die erneut ihr Haupt erhebende Mörderideologie wird ihren Siegeszug fortsetzen, wenn der von allen bürgerlichen politischen Parteien zum Hoffnungsträger erhobene und zum Bundespräsidenten gewählte Kommunistenjäger der Rechten weiterhin Recht gibt wie bisher.

Was dies bedeutet, wird erst durch den Vergleich der beiden Biographien von Erwin Eckert und Joachim Gauck bewusst. Dieser Vergleich kann – auch wenn beide Personen nie und nichts miteinander zu tun hatten – sehr eindringlich verdeutlichen, was Thomas Mann meinte, als er den Antikommunismus die „Grundtorheit des 20. Jahrhunderts“ nannte. Thomas Mann war – wie jeder weiß – kein Kommunist. Mit Joachim Gauck – und dem inquisitorischen Antikommunismus, den er repräsentiert – ist diese Grundtorheit, die nicht nur Deutschland unermesslichen Schaden zufügte, die zwei Weltkriege und den Kalten Krieg wesentlich mitverursachte, noch immer lebendige Gegenwart. Das 20. Jahrhundert liegt aber hinter uns, aber mit Gauck droht uns, daß es bis weit ins dritte Jahrtausend herübergerettet wird. Zwar sieht sich Gauck selbst als postmodernes Gesamtkunstwerk, nämlich als „linken liberalen Konservativen“. Doch hinter dieser Selbstetikettierung verbirgt sich laut Tagesspiegel, der sich auf den *Focus* beruft, der „wahrscheinlich größte deutsche ‚Antikommunist von Gottes Gnaden‘“.

Daß es Kommunistenjäger noch immer gibt, angefangen bei den mordenden Neonazis über den auf dem rechten Auge blinden Verfassungsschutz bis tief in die Mitte der gutbürgerlichen Gesellschaft, man denke an die Forderung des CSU-Generalsekretärs nach einem Verbot der Partei Die Linke, ist ein ernstes Problem. Aber eines, gegen das man noch mit Aussicht auf Erfolg ankämpfen kann, weil so viel politische Dummheit trotz jahrelanger Gehirnwäsche in Deutschland (noch?) nicht mehrheitsfähig ist. Ich sehe das schwer lösbare Problem darin, daß ein bekennender fundamentalistischer Antikommunist, auch noch ein Pfarrer aus der DDR, von allen Parteien – außer der als Buhmann notwendigen Linkspartei – zum Staatsoberhaupt Deutschlands gewählt wurde. Das ist ein gefährliches Signal, daß sich längerfristig als eine für die Weiterentwicklung der Demokratie tödliche Weichenstellung erweisen könnte. Denn wer die Teilung Deutschlands gut 20 Jahre nach der als „Wiedervereinigung“ bezeichneten Eroberung der

neuen Bundesländer in Form der Teilung der Weltgesellschaft in gute Antikommunisten und böse Kommunisten aus persönlichen Motiven im höchsten Staatsamt des einflussreichsten Staates der Europäischen Union fortsetzt, kann nicht das Notwendige aus den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts gelernt haben.

Eigentlich brauchten wir jetzt einen Bundespräsidenten, der demonstrativ seine strikt antikommunistische Haltung revidiert. Damit würde er nicht nur jenen Teilen der jüngeren Generationen, denen raffinierte Demagogen wie Götz Aly und Erika Steinbach (um zwei von vielen zu nennen) die NSDAP neuerdings als linke Partei anzudrehen versuchen, einen großen Dienst leisten, sondern auch unser Ansehen in der Welt verbessern. Wenn es den postkommunistischen Demagogen gelingen sollte, Linke als verkappte Rechte zu denunzieren, indem sie die NSDAP als linke Partei bezeichnen, hat dies sicher mit ihrer Kritik an der Politik Israels zu tun. Doch mit diesem Versuch, die Kritik an der israelischen Politik als Antisemitismus darzustellen, ethnisieren die angeblichen Israelfreunde soziale und wirtschaftliche Konflikte und tun damit genau das, was seit jeher als Problem aller rechten Ideologie auszumachen und eine der Wurzeln des Antisemitismus ist. Wenn Gauck dazu noch den „Mut“ Thilo Sarrazins lobt, bestätigt er den aufgrund seines Antikommunismus ohnedies schon vorhandenen Verdacht, mit den extremen Rechten zu sympathisieren. Dies wäre inmitten der größten aller bisherigen Wirtschaftskrisen der Weltgeschichte der politische Supergau.

Wenn sich Gauck an der Ethnisierung sozialer Konflikte beteiligt, indem er denen nach dem Mund redet, die den derzeit hoch kochenden Kassenkampf, bevor er in einen offenen Klassenkampf umschlägt, in einen Rassenkampf zu verwandeln versuchen, beteiligt er sich an der Pervertierung und am Verrat des historisch vor allem durch die Arbeiterbewegung humanisierten und demokratisierten Freiheitsbegriffs. Davor muss man ihn warnen. Wer angesichts der Wirtschaftskrise den frühkapitalistischen Freiheitsbegriff zu idealisieren versucht, betreibt das Geschäft derer, die immer wieder versuchen, die ganze Geschichte ins vordemokratische Zeitalter zurückzudrehen. Die Biographien der beiden deutschen Pfarrer, zweier Protestanten verschiedener Generationen, zeigen, wie man dabei unter die Räder geraten kann. Eckert wurde 1893 bei Karlsruhe, Gauck 1940 in Rostock geboren. Eckert wurde kurz vor der Übergabe der Macht durch die Großindustriellen an Hitler zum Kommunisten und aus seinem Pfarramt entlassen. Gauck wurde kurz vor dem Zusammenschluss des geteilten Deutschlands, das ohne die Machtübergabe an Hitler gar nicht geteilt worden wäre, zum amtlich bestellten Antikommunisten und verließ dafür freiwillig sein Pfarramt. Eckert erlitt, indem er der KPD beitrat, um den Faschismus zu verhindern, Diskriminierung, politische Verfolgung und Gefängnis. Auch noch 1959. Hier auf Bewährung. Mit etwas Glück hatte Eckert das Regime der faschistischen Mörderbanden überlebt. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges hat ein Gericht der sich selbst als Rechtsstaat feiernden BRD sich geweigert, die „vorgelegten Beweismittel über die Friedensarbeit der Angeklagten überhaupt zur Kenntnis zu nehmen“. Es lehnte die Beweisanträge des Verteidigers Heinrich Hannover, was verfassungswidrig war, kurzerhand ab. Aber auch Eckerts Verfassungsbeschwerde blieb erfolglos. Der demokratische Rechtsstaat glaubte, die Rechtsstaatlichkeit nicht beachten zu müssen, denn es waren ja Kommunisten, die man vor Gericht gestellt hatte.

Ja, wenn es Nazis gewesen wären, dann wäre die Lage eine andere. Im Nachrichtenmagazin Der SPIEGEL war 1961 (im Jahr des Mauerbaus) von dem „bislang ungewöhnlichsten politischen Strafprozess“ zu lesen, der „das Elend der politischen Justiz im liberalen Rechtsstaat“ erhelle. Das große Elend der politischen Justiz im westlichen Teil des geteilten Deutschlands ist vergessen. Es war der größere und schon immer reichere Teil, der bis 1969 ein reiner CDU-Staat gewesen ist. Um dessen Unrecht an linken Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten vergessen zu machen, wurde während des Kalten Krieges im rechten Lager der Eindruck erweckt, als hätten die Nazis, um Deutschland vor dem Untergang zu bewahren, nur Juden

verfolgt und vernichtet, als sei es nun Sache der CDU/CSU (und der in zugelassenen Parteien untergetauchten und in Sicherheitsorganen untergebrachten Altnazis), die die von den Nazis unvollendet gelassene historische Aufgabe zu erfüllen hätten, Deutschland vor Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten zu retten. Wer heute auf die politische Justiz der DDR Steine wirft, sollte nicht vergessen, daß er im Glashaus sitzt.

Mit der im Kalten Krieg unter jedem freiheitlichen Bett lauernden kommunistischen Gefahr konnte das schreiende Unrecht des Rechtsstaats BRD völlig aus dem öffentlichen Bewusstsein ausgelöscht werden. So wie heute die ausländerfeindliche Politik der gesamtdeutschen Regierung (und der Bundesländer) hinter allen nur denkbaren ausländerfreundlichen Symbolhandlungen und menschenrechtlichen Lippenbekenntnissen verborgen wird. Wenn Bundespräsident Gauck der Präsident aller Deutschen werden und auch im Ausland über das so genannte bürgerliche Lager hinaus anerkannt werden möchte, was bisher keineswegs der Fall ist, sollte er sich dazu durchringen, seinen Antikommunismus als Fehler, zumindest als historisch überholt, einzugestehen. Ein Fehler, der genau das bewirkt, was er angeblich verhindern soll, den Verlust bürgerlicher Freiheiten. Natürlich wollen Antikommunisten nicht den Verlust der Freiheit derer, die sich berufen fühlen, im Kampf gegen Sozialisten und Kommunisten, Bankenkritiker und antikapitalistische Strömungen den Kapitalismus zu retten. Daß die Rettung des Kapitalismus, der Freiheit der Kapitalverwerter, am besten vom Faschismus garantiert werden kann, weiß Bundespräsident Gauck so gut wie jeder, der sich auch nur ein wenig mit der deutschen Geschichte – oder der chilenischen – befasst hat.

Vielleicht sollte Gauck seine innere Befreiung vom Trauma des Antikommunismus mit der Lektüre der Bücher von Friedrich-Martin Balzer über Erwin Eckert beginnen. Diese Bücher, vor allem die jetzt erschienene Dokumentation, könnten ihm zu einem Damaskuserlebnis verhelfen, das bekanntlich den fanatischen Christenverfolger Saulus in den urchristlichen Paulus verwandelte. Und vielleicht kennt ja der evangelische Theologe Gauck auch Max Webers plausible Feststellung, beim Urchristentum habe es sich um einen „Liebeskommunismus“ gehandelt. Das würde erklären, weshalb es so viele Christen gibt, die es ablehnen, nicht gewendete Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten zu verfolgen. Weltweit ist die Zahl der Christen groß, die den Mut haben, Sozialisten oder Kommunisten zu verteidigen, selbst Sozialisten oder Kommunisten zu werden und als solche den kriminellen Missbrauch von Wirtschaftsmacht, vor allem die prokapitalistische Reservearmee, die Faschisten, gemeinsam mit Antifaschisten zu bekämpfen.

Man muss kein Kommunist sein, nicht einmal ein Kommunistensympathisant, sondern nur über eine praktische Intelligenz verfügen, um den tieferen Sinn der Feststellung Thomas Manns, daß der Antikommunismus die Grundtorheit des 20. Jahrhunderts sei, zu erfassen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Für Pfarrer Eckert war dies der Eintritt in die KPD, für Pfarrer Gauck würde es genügen, seinen Antikommunismus zu bereuen. Eckert tat seinen Schritt noch mit dem Risiko, im Zuchthaus oder im KZ zu enden. Joachim Gauck hatte offensichtlich in der DDR nichts zu befürchten. Daß sein Vater von den Russen verschleppt wurde, war aus rechtsstaatlicher Sicht zweifellos ein Vergehen. Aber daß dieser Vater schon vor 1933 der NSDAP beitrat, die Mutter ebenfalls Nationalsozialistin war, sollte schon aus Fairness im Zusammenhang mit der Schilderung der Verhaftung des Vaters von Herrn Gauck erwähnt werden. Ebenso die Verbrechen der Nazis an den slawischen Völkern. Das würde die ungeheuerlichen Verbrechen an den Juden keineswegs relativieren.

Kurz: Der neue Bundespräsident hat nun die große Chance, selbst eine weitere historische Wende herbeizuführen. Er könnte zum Beispiel dafür sorgen, daß Erwin Eckert auch auf höchster Ebene seiner Kirche und des Staates rehabilitiert und die systematische die Verteufelung des Kommunismus, was nicht die Rechtfertigung von Verbrechen der kommunistischen Systeme

bedeuten würde, beendet wird. Wenn er seinen Antrittsbesuch im kommunistisch regierten kapitalistischen China macht, bietet sich ihm eine einzigartige – eine welthistorische – Möglichkeit, die Tür zu einem friedlicheren neuen Zeitalter aufzustoßen, indem er sich als ein Christ zeigt, der nicht nur die bürgerliche, sondern auch die marxistische Aufklärung als notwendigen Bestandteil der Menschheitsgeschichte anerkennt, der nicht nur die Verbrechen der Kommunisten, sondern auch die der Christen und der Kapitalisten anprangert, weil auch deren Praxis ständig die Ideale ihrer Propheten verriet. So könnte endlich ein friedlicher Wettstreit um die Verwirklichung der besten aller möglichen Welten vorangetrieben werden. Stattdessen planen die kapitalistischen Freiheitskämpfer schon wieder neue Kriege.

Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Erwin Eckert in Quellen und Dokumenten. Mit Originalbeiträgen von Wolfgang Abendroth, Karl Barth, Rudolf Bultmann, Eduard Dietz, Erwin Eckert, Hans Francke, Emil Fuchs, Aurel von Jüchen, Heinz Kappes, Walter Kreck, Julius Kühlewein, Ernst Lehmann, Paul Piechowski, Arthur Rackwitz, Martin Rade, Leonhard Ragaz, Georg Reinbold, Luise Rudolph, Ernst Schneller, Theodor von Waechter, Georg Wünsch und Klaus Wurth. Mit einem Geleitwort des Badischen Landesbischofs und des Mannheimer Oberbürgermeisters, Pahl-Rugenstein Verlag NF, Bonn 2011, 527 S. In: *BIG Business Crime*. *Vierteljahresschrift Theorie, Praxis und Kritik der kriminellen Ökonomie*, 2/2012 und in: *Marxistische Blätter*, 4/12, S. 63-67.

Georg Fülberth: Heinz Düx. Justiz und Demokratie

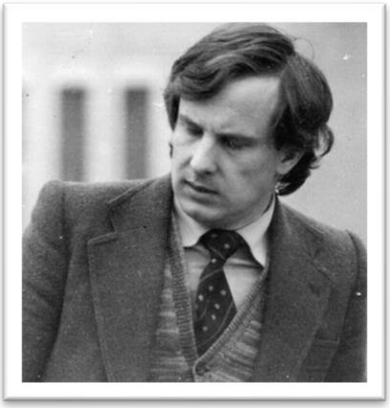
50 Jahre Auschwitz-Prozess: Bei dieser Gelegenheit ist an den hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer erinnert worden, der nicht ruhte, bis im Frankfurter Haus Gallus einige Täter auf der Anklagebank saßen. Zuweilen wird auch der 1924 geborene Untersuchungsrichter Heinz Düx erwähnt. Für ihn wie für Bauer war der Frankfurter Prozess keine Fundsache – ebenso wenig wie „die Beschützer der willigen Vollstrecker“, seine Kollegen, die irgendwie keine Nazi- und Kriegsverbrecher ausfindig machen konnten, etwa nur zufällig einen blinden Fleck abbekommen hatten. Düx war in der KPD, der SPD, der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes, schrieb in randständigen linken Blättern und wurde dennoch 1970 Vorsitzender eines Zivilsenats am Oberlandesgericht in Frankfurt am Main. Solche Karrieren waren damals fast nur in Hessen möglich. Sein Senat hatte viel mit Rückerstattungs- und Entschädigungsfragen zu tun. Die juristische Beschäftigung mit den Nazi-Verbrechen und der Einsatz für die Rehabilitierung der Opfer waren seine Lebensthemen. Es führte ihn zu einem zweiten Gegenstand: dem Zustand der westdeutschen Justiz, in der er seine Inneneinsichten eines Außenseiters gewann.

Zum Glück hat Düx das, was er dabei erlebte, aufgeschrieben – in einer Flut von operativen Schriften: Fachartikeln, Gutachten, Referaten bis hin zu Leserbriefen. Dabei gerät er notwendig immer wieder auch aus dem juristischen Feld hinaus, wenn er zeigen muss, was Berufsverbote, Rüstungspolitik, der immer trauriger werdende Zustand der SPD mit der Kontinuität der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland zu tun haben. Nicht ganz nebenbei entsteht eine Art Kommentar zu ausgewählten Artikeln des Grundgesetzes.

Zum Glück hat sich jetzt ein Herausgeber gefunden, der all dies gesammelt hat: fast 1.000 Seiten. Ob sie heute viele Leserinnen und Leser finden werden, muss bezweifelt werden. Macht nichts. Es gibt ja auch eine Zukunft. In ihr wird man wahrscheinlich staunend lesen, welch merkwürdige Kämpfe im vergangenen Jahrhundert geführt werden müssten, um ein paar Nazis vor Gericht zu bringen und einigen – bei weitem nicht allen – der von ihnen Geschundenen ein wenig zu helfen, und daß, wer das tat, notwendig am linken Rand der Gesellschaft landen und bleiben mußte. In deren Mitte war nichts auszurichten.

F.-M. Balzer (Hrsg.), Heinz Düx, Justiz und Demokratie. Anspruch und Realität in Westdeutschland nach 1945. Gesammelte Schriften (1948-2013), Pahl-Rugenstein Verlag NF, Bonn 2013, 982 S. In: *konkret* 1/2014, S. 60.

Kurzbiographie Friedrich-Martin Balzer



Friedrich-Martin Balzer, Sohn des Pfarrers der Bekennenden Kirche Samuel Balzer und seiner Ehefrau Margarete, geb. Genuit; Jg. 1940, Studium der Germanistik, Anglistik und wissenschaftlichen Politik; 1972 Promotion bei Wolfgang Abendroth, 1968-1997 Gymnasiallehrer, davon die letzten 20 Jahre als Studiendirektor im Privatschuldienst; nach der vorzeitigen Pensionierung als Autor und Editor tätig; Bibliograph der Werke von Wolfgang Abendroth, Heinz Düx, Eric Hobsbawm (Veröffentlichungen in deutscher Sprache), Hans Heinz Holz, Helmut Ridder, Wolfgang Ruge und Gert Wendelborn. Zahlreiche Buchveröffentlichungen zur Geschichte der Weimarer Republik, des Faschismus, der BRD und der DDR (siehe www.friedrich-martin-balzer.de): u. a. Kurt Goldstein. Wir sind die letzten – fragt uns. Spanienkämpfer, Auschwitz- und Buchenwaldhäftling, Bonn 1999, 2. stark erweiterte Auflage, Bonn 2005; zusammen mit Werner Renz, Das Urteil im Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963-1965), Bonn 2004; Heinz Düx, Die Beschützer der willigen Vollstrecker. Persönliche Innenansichten der bundesdeutschen Justiz, Bonn 2004; Justizunrecht im kalten Krieg. Die Kriminalisierung der westdeutschen Friedensbewegung im Düsseldorfer Prozess 1959/60. Mit einer Einleitung von Heinrich Hannover, Köln 2006; zuletzt erschienen „Prüfet alles, das Gute behaltet. Auf Spurensuche u. a. nach Wolfgang Abendroth, Erwin Eckert, Emil Fuchs, Kurt Julius Goldstein, Hans Heinz Holz, Eric Hobsbawm, Robert Neumann, Helmut Ridder und Wolfgang Ruge“, Bonn 2010, „Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Erwin Eckert“, Bonn 2011; Heinz Düx, Justiz und Demokratie. Anspruch und Realität in Westdeutschland nach 1945. Gesammelte Schriften, Bonn 2013. Lebt seit 1960 in Marburg.

Personenregister*

A
Abendroth, Lisa, geb. Hörmeyer 311
Abendroth, Wolfgang 111, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 155, 156, 157, 159, 160, 161, 162, 164, 167, 168, 169, 171, 172, 173, 184, 186, 189, 214, 217, 228, 230, 235, 244, 259, 263, 307, 309, 311, 315, 316, 317, 318, 319, 320,324, 330, 332, 335, 336, 337, 345, 346, 347, 368, 369, 370, 371, 375, 381
Abusch, Alexander 184
Adenauer, Konrad 84, 164, 165, 171, 185, 190, 250, 258, 259, 368
Adorno, Theodor W. 101, 319
Agnoli, Johannes 140
Ahrweiler, Georg 319
Alberti, Rafael 115
Albrecht, Richard 320
Allende, Salvador 176
Althaus, Paul 43, 48, 49, 75
Aly, Götz 188, 376
Ammann, Walther 178, 181
Aner, Karl 68
Anselm von Canterbury 96
Aquaviva, Claudio 249
Aragon, Louis 176
Arendt, Hannah 264
Aristoteles 95
Arndt, Adolf 166
Arndt, Ernst Moritz 58, 59
Auden, Wystan Hugh 115, 116, 117
Auer, Friedrich-Wilhelm 195
Auerbach, Philipp 247
Augstein, Rudolf 270

B
Baden, Prinz Max von 65
Bahr, Egon 37, 339
Baker, Allen 67
Bakunin, Michail 118, 119
Balzer, Friedrich-Martin 71, 74, 75, 78, 105, 261, 333, 353, 361, 365, 366, 368, 371
Balzer, Samuel 256
Barbie, Klaus 251
Barbusse, Henri 279
Barnikol, Ernst 333
Barth, Karl 47, 48, 52, 65, 73, 199, 333, 343, 372
Bartsch, Hans Werner 217
Bauer, Fritz 37, 190, 218, 240, 248, 249, 254, 305, 380
Bauer, Johannes 298
Baumgarten, Otto 65, 70
Bäumlin, Richard 107
Bebel, August 140
Becher, Johannes R. 174, 176, 228
Beck, Ludwig 189
Benedikt XV. 68
Benedikt XVI. 226
Benn, Gottfried 94
Bergman, Ingrid 113
Bernal, John Desmond 130, 175, 177
Bernanos, Georges 116
Bethge, Eberhard 75
Bethmann-Hollweg, Theodor von 202
Bilfinger, Georg Paul 100
Bisky, Lothar 155, 158
Bismarck, Otto von 46, 63, 64, 67, 73, 81, 190
Bleier, August 70
Bloch, Ernst 60, 93, 102, 212, 224, 226, 308, 309, 316, 345, 346
Blücher, Ernst 59
Blume, Isabelle 176
Blumhardt, Christoph 16
Blunden, Edmund 115
Blunt, Anthony Frederick 134
Boehlich, Walter 237
Bogart, Humphrey 113
Bohl, Friedrich 241
Böhme, Ernst 66, 68
Bohr, Niels 221
Bonhoeffer, Dietrich 52, 75, 76, 199, 333, 341, 372
Bonus, Arthur 62
Boris, Dieter 316
Borm, Kurt 252
Bormann, Martin 193
Born, Max 45, 219
Bracher, Karl Dietrich 215, 216, 304
Bragg, Sir William 129
Brakelmann, Günter 77

* Das Personenregister orientiert sich an den Seitenzahlen [] des Buches.

Brandler, Heinrich 317
Brandt, Willy 37, 105, 152, 291
Braun, Peter 233, 280
Braun, Wernher von 85
Brecht, Bert 15, 82, 87, 176, 184, 234, 278, 295
Bredendiek, Walter 62, 66
Breitscheid, Rudolf 213
Broda, Engelbert August Ernst 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134
Broda, Paul 127, 131, 132, 133, 134, 235
Broué, Pierre 337
Brüning, Heinrich 26, 278, 281, 282, 284, 327, 348, 349, 350
Brünneck, Alexander von 172, 173, 259
Brunner, Emil 51
Brunner, Peter 77
Brunstäd, Friedrich 43
Buber, Martin 269
Buhr, Manfred 96
Bultmann, Rudolf 52
Bush, George W. 159

C
Cárdenas, Lázaro 175
Carlebach, Emil 244
Carré, John Le 127
Castro, Fidel 370
Céline, Louis-Ferdinand 115
Chadwick, James 129, 130
Chamberlain, Houston Stewart 61, 62
Charles, Ray 115
Chávez, Hugo 309
Claudel, Paul 115
Claus, Roland 155
Clemens von Alexandrien 103
Cohn, Willy 28, 268
Connolly, James 370
Cornford, John 116
Cuno, Wilhelm 25

D
Dalio, Marcel 113
Dalyell, Tam 130
Dath, Dietmar 226, 228
Dawes, Charles G. 22
Day-Lewis, Cecil 116
Dehn, Günther 49, 55, 73, 74, 283
Deinhammer, Robert 225
Deißmann, Adolf 65, 69, 70, 71
Deppe, Frank 316, 320
Dibelius, Otto 47, 48, 55, 63, 64
Dieckmann, Johannes 338
Diehl, Walter 175, 176, 178
Dietz, Eduard 213
Dimitroff, Georgi 87
Drechsler, Hanno 317
Dreher, Eduard 251
Duisberg, Carl 22
Dulles, Allen Welsh 265
Duncker, Franz 32
Dutschke, Rudi 344
Düx, Heinrich 238
Düx, Heinz 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 247, 248, 249, 253, 254, 255, 380

E
Ebersberg, Heinrich 251
Ebert, Friedrich 277
Eckert, Elisabeth, geb. Setzer 298, 307
Eckert, Erwin 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 55, 71, 72, 74, 75, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 200, 201, 204, 205, 206, 207, 208, 211, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 230, 266, 267, 268, 270, 271, 272, 274, 276, 288, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 324, 325, 326, 327, 328, 330, 331, 332, 333, 344, 349, 352, 353, 368, 369, 370, 371, 372, 374, 375, 376, 377, 378, 379
Eckstädt, Graf Vitzthum von 53
Ehrenburg, Ilja 175
Eichel, Hans 338
Eichhorn, Wolfgang 224
Eichmann, Adolf 82, 193, 259, 335, 338
Einstein, Albert 219, 221
Einstein, Siegfried 302
Eliot, Thomas Stearns 115
Elm, Ludwig 367
Engels, Friedrich 101, 136, 138, 227, 229, 317, 372
Ernst, Karl 280

F
Fabius, Laurent 122
Fast, Howard 176
Fellner, Hannes A. 229
Fetscher, Iring 319

Feuchtwanger, Lion 36
Feyerabend, Paul 100
Fichte, Johann Gottlieb 58, 59
Filbinger, Hans 83, 88
Finker, Kurt 191, 366, 367
Fischer, Ernst 176
Fischer, Fritz 15, 17, 273, 311
Fischer, Louis 117
Fischer, Ulrich 218, 375
Flemming, Friedrich 77
Flick, Friedrich 84
Foerster, Wilhelm 68
Fontane, Theodor 59
Förster-Nietzsche, Elisabeth 94
Forsthoff, Ernst 217
Francke, Hans 67, 332, 372
Franco, Francisco 113, 115, 118, 364
Frank, Ludwig 204, 294
Franziskus, Papst 322
Frei, Norbert 186, 367
Fried, Alfred H. 65, 66
Fried, Erich 131
Friedrich II. 81
Friedrich, Otto 304
Frielinghaus, Dieter 225
Froese, Leonhard 211, 346
Fuchs, Elisabeth 321
Fuchs, Emil 50, 72, 75, 179, 219, 221, 266, 268, 270, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 292, 321, 322, 327, 343, 349, 350, 351, 352, 353, 368, 372
Fuchs, Gerhard 268
Fuchs, Gretel 180
Fuchs, Klaus 130, 179, 180, 219, 220, 221, 224, 268, 321
Fülberth, Georg 230, 231, 316, 318, 349, 368
Furet, François 113
Fürnberg, Louis 229
Furtwängler, Wilhelm 85

G
Gablentz, Otto Heinrich von der 191
Gaede, Reinhard 69
Gailus, Manfred 186
Galen, Clemens August Graf von 184
Gandhi, Mahatma 76
Gauck, Joachim 290, 291, 292, 374, 375, 376, 377, 378, 379
Gaus, Günter 139
Gawlik, Hans 251
Geibel, Emanuel 64
Geiger, Theodor 24
Geissler, Christian 173
Genscher, Hans Dietrich 98
Gerstenmaier, Eugen 188
Gerwing, Hildegard Pauline Ruth 127, 128, 130, 131, 132, 133, 134
Geyer, Florian 121
Gießwein, Alexander 66
Globke, Hans Josef Maria 83, 84, 185, 250
Goebbels, Joseph 84, 193, 267, 350
Goerdeler, Carl 189
Goes, Albrecht 181
Goethe, Johann Wolfgang von 62, 103
Gogarten, Friedrich 48
Goldhagen, Daniel 234, 256, 264, 265, 266
Goldstein, Kurt Julius 231, 264, 363, 364, 365, 368
Gollancz, Victor 117
Gollwitzer, Helmut 77
Gontscharow, German 221
Göring, Hermann 84, 193
Gossweiler, Kurt 190, 224
Graf, Friedrich Wilhelm 261
Gramsci, Antonio 226
Greenstreet, Sydney 113
Grimme, Adolf 74
Groener, Wilhelm 215, 278, 283
Gross, Johannes 337
Grunau, Joachim 239
Güde, Max 177, 217, 361
Guevara, Ernesto Che 117
Guillén, Nicolás 115
Gumbel, Emil 215
Gysi, Gregor 156, 158

H
Haag, Paul 180, 181
Habermas, Jürgen 337
Hacks, Peter 224, 226
Hahn, Erich 224
Halban, Hans von 129
Hallgarten, George W. 15
Hamsun, Knut 115
Hannover, Heinrich 215, 377
Harnack, Adolf von 47, 62, 65, 67, 71
Hashagen, Justus 63

Hatzfeld, Adolf von 175
Haug, Wolfgang Fritz 101, 186, 187, 227, 316, 318
Heer, Hannes 186
Hefelmann, Hans 251
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 96, 99, 101, 102, 103, 225
Heine, Heinrich 37
Helldorf, Wolf Heinrich von 280
Hemfler, Karl 241
Hemingway, Ernest 116
Heraklit 102, 286
Herbert, Ulrich 186
Hernández, Miguel 115
Herrmann, Wilhelm 65
Hertzsch, Erich 72
Herz, Johannes 68
Herzfelde, Wieland 336
Hetzel, Hermann 66
Heuss, Theodor 185
Heussi, Karl 261
Heydorn, Wilhelm 68
Hikmet, Nazim 176
Hindenburg, Paul von 29, 30, 31, 64, 73, 216, 267, 281, 292
Hirsch, Emanuel 75
Hirsch, Max 32
Hirschler, Franz 267
Hitler, Adolf 17, 29, 30, 31, 32, 49, 73, 75, 77, 78, 84, 90, 91, 113, 115, 128, 174, 179, 187, 190, 193, 194, 196, 199, 201, 210, 216, 217, 234, 237, 238, 244, 249, 258, 262, 264, 267, 271, 272, 281, 285, 300, 303, 305, 335, 347, 366, 367, 374, 377
Hobbes, Thomas 95
Hobsbawm, Eric 232, 233, 234, 235, 288, 311, 368
Hobsbawm, Marlene 233
Hoereth-Menge, Edith 175, 176
Hofer, Walter 345
Hoffmann, Heinz 213
Hoffmann, Wilhelm 61
Hofmann, Werner 315, 316, 318, 319
Hollitscher, Arthur 216
Holter, Helmut 156
Holz, Hans Heinz 137, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 309, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 345, 346, 347, 368, 371
Holz-Markun, Silvia 224
Horkheimer, Max 83, 187, 289, 315
Hromádka, Josef 176, 199
Hübsch, Reinhard 335, 339
Hugenberg, Alfred 26, 29, 30, 31, 203, 285

I

Ikajew, R. I. 220
Isels, Rolf 224
Iwand, Hans Joachim 258

J

Jahn, Gerhard 147
Jansen, Fasia 314
Jaurès, Jean 286
Jelpke, Ulla 159
Joliot-Curie, Frédéric 175, 177, 221
Joliot-Curie, Irène 175
Judt, Tony 235
Jung, Carl Gustav 97
Jünger, Ernst 94

K

Kähler, Martin 46
Kaiser, Jakob 32
Kamnitzer, Heinz 308, 338, 339
Kant, Immanuel 62, 93, 95, 101, 227
Kapler, Hermann 214, 215
Kapp, Wolfgang 21, 375
Kappes, Heinz 200, 201, 202, 203, 206, 208, 209, 210, 211, 266, 268, 269, 270, 271, 274, 332, 344, 372
Karry, Heinz-Herbert 346
Kattenbusch, Ferdinand 63
Kaul, Friedrich Karl 263
Kelsen, Hans 110
Keßler, Heinz 224
Keßler, Johannes 62, 63
Keynes, John Maynard 125
Klee, Ernst 186, 253
Klein, Fritz 352, 358
Kleinschmidt, Karl 72, 221, 341, 342, 343, 344, 372
Kleist, Heinrich von 224, 227
Klenner, Hermann 109, 110
Knittel, Kurt 270
Knopp, Guido 188
Kofler, Leo 225, 319
Kögel, Rudolf 63
Kohl, Helmut 98, 141, 146, 151, 241
Kollwitz, Käthe 60
Kon, Felix 363

Korte, Jan 367
Kowarski, Lew 129
Kraft, Dieter 341
Kramer, Franz Albert 191
Krauss, Werner 239
Kreisky, Bruno 105
Kronawitter, Georg 151
Krupp, Alfred 84
Kuczynski, Jürgen 219, 263
Kühlewein, Julius 193, 194, 210, 271, 272
Kühnl, Reinhard 186, 265, 275, 313, 316, 337, 347, 354
Künneth, Walter 191, 197, 198, 291
Kupisch, Karl 261
Kurtschatow, Igor 220, 221
Kurz, Peter 218, 375
Kustosch, Brigitte 232, 373

L
Lacan, Jacques 97
Lafitte, Jean 175
Lafontaine, Oskar 151, 152
Lagarde, Paul de 62
Langbehn, Friedrich 62
Langbein, Hermann 248, 249
Langhoff, Wolfgang 216
Leavis, Frank Raymond 129
Lederer, Klaus 365
Lee, Laurie 116
Leffler, Siegfried 196
Léger, Fernand 227
Lehmann, Kurt 198
Lehr, Robert 166
Leibniz, Gottfried Wilhelm 100, 102, 221, 223, 345
Lemmer, Ernst 32
Lenhart, Anne 242
Lenin, Wladimir I. 103, 124, 127, 136, 213, 227, 229, 308, 311, 317, 318, 372
Lessing, Gotthold Ephraim 68, 255
Leuschner, Wilhelm 32, 33
Levi, Paul 213, 267
Levy-Strauss, Claude 98
Lewy, Guenter 260
Liebknecht, Karl 19, 27, 68, 121, 283
Lilje, Hanns 78, 199
Lippmann, Heidi 159
Litt, Theodor 291
Litten, Hans 242, 248, 249
Loach, Ken 113, 119
Löbe, Paul 32
Longo, Luigi 115
Lorca, Garcia 115
Lorre, Peter 113
Losurdo, Domenico 224, 225, 289
Lübbe, Hermann 81, 83, 84, 86, 87, 88, 89, 90
Luik, Arno 126
Lukács, Georg 93, 102, 136, 176, 187, 226, 319
Luther, Martin 46, 55, 59, 62, 64, 81, 194, 238, 258, 259, 292, 308, 342, 343
Lützow, Ludwig Adolf Wilhelm Freiherr von 59
Luxemburg, Rosa 20, 27, 68, 124, 202, 238, 267, 283, 301

M
Machado, Antonio und Manuel 115
MacNeice, Louis 116
Maier, Emil 215
Malraux, André 116
Mandel, Ernest 337
Mann, Golo 184
Mann, Heinrich 36
Mann, Thomas 184, 297, 376, 378
Mannschatz, Marie 224
Mao Tse-tung 308
Marahrens, August 78, 196, 273
Marcuse, Herbert 140
Martin, Kingsley 117
Marx, Karl 95, 96, 101, 103, 118, 119, 120, 124, 126, 136, 137, 138, 223, 227, 229, 233, 235, 315, 317, 346, 372
Maßfeller, Franz 251
Maurer, Hartmut 217
Maus, Heinz 315, 316, 318
May, Alan Nunn 127, 128, 129, 130, 132, 133, 134
May, Karl 121
Mayer, Hans 345
Mazzone, Alessandro 225
Mehlhorn, Stefan 230
Mehring, Franz 137
Meier, Kurt 261
Mende, Erich 238
Merkel, Angela 122, 314, 371
Merten, Hans 247
Metscher, Priscilla 370
Metscher, Thomas 316

Michal, Wolfgang 311
Michels, Robert 148
Mies, Herbert 309
Minh, Ho Chi 308
Mitzenheim, Moritz 343
Moltmann, Jürgen 343
Morgan, Charles 115
Muckermann, Joseph 267
Müller, Alfred Dedo 68
Müller, Hanfried 341, 342, 343, 372
Müller, Hermann 348
Müller, Ingo 245, 250, 251
Müller, Josef 247
Müller-Streisand, Rosemarie 372
Münchmeyer, Ludwig Johann 267
Münzer, Thomas 308, 309, 334
Mussolini, Benito 189, 199, 205

N
Napoleon I. 58
Naumann, Friedrich 18, 46, 65
Nenni, Pietro 115, 176
Neruda, Pablo 115, 176
Neumann, Franz L. 187
Neumann, John von 221
Neumann, Robert 8, 36, 37, 38, 187, 253, 258, 259, 261, 263, 335, 336, 337, 338, 339, 368
Niekisch, Ernst 315
Niemöller, Martin 180, 256, 291
Nietzsche, Friedrich 67, 93, 94, 97, 98
Nin, Andrés 117
Nithack-Stahn, Walther 66, 67
Nkrumah, Kwame 130
Nollau, Günther 252
Nolte, Ernst 339, 340
Norden, Albert 317
Nowak, Kurt 261

O
O'Brien, Conor Cruise 130
O'Faolain, Sean 115
Obama, Barack 122, 312
Oberhof, Johannes 175
Olden, Rudolf 278
Ormond, Henry 263
Orwell, George 117, 118, 119
Ossietzky, Carl von 267
Ovid 226

P
Pabst, Georg Wilhelm 128
Pacciardi, Randolfo 115
Papen, Franz von 28, 219, 278, 284, 350, 351, 352, 353
Pätzold, Kurt 231, 232
Peierls, Rudolf 219
Perels, Joachim 186, 317
Peter, Lothar 315, 316, 317, 318, 319
Philby, Kim 128
Picasso, Pablo 176
Pieck, Wilhelm 213, 300, 308
Pinkus, Theodor 319
Pinochet, Augusto 364
Platon 224, 227
Plessner, Helmut 60, 316
Poelchau, Harald 268, 322
Posser, Diether 181
Pot, Pol 291
Pound, Ezra 115
Pressel, Wilhelm 63
Pritt, Denis Noel 176
Prolingheuer, Hans 186
Putin, Wladimir 312, 313

Q
Quidde, Ludwig 66, 68

R
Rabofsky, Eduard 110
Rackwitz, Arthur 332, 372
Rade, Martin 66, 67, 68, 70, 71, 332
Rains, Claude 113
Ranke, Leopold von 188
Rath, Ernst Eduard vom 194
Rathenau, Walter 27
Rauschenbusch, Walter 60
Reich, Herbert 61, 62
Reichwein, Adolf 190
Reimann, Max 307, 368
Reinbold, Georg 213
Rembrandt Harmenszoon van Rijn 62
Remer, Ernst Otto 190
Remmele, Adam 208, 209
Rémond, Nicholas 100
Rendtorff, Trutz 43
Ridder, Helmut 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 178, 184, 186, 187, 189, 217, 228, 242, 244, 281, 296, 317, 368, 371

Riefenstahl, Leni 188
Rilling, Rainer 319
Ritschl, Albrecht 46
Ritter, Gerhard 193
Robeson, Paul 176
Rohleder, Theodor 67
Röhm, Ernst 92, 272
Römer, Peter 244, 316, 318
Rommel, Erwin 188
Roosevelt, Franklin Delano 289
Rosenberg, Alfred 197, 198
Rösing, Wilhelm 242
Rosselli, Carlo und Nello 115
Rotblat, Joseph 134
Rothe, Richard 50
Rousseau, Jean Jacques 29
Ruge, Walter 230, 231
Ruge, Wolfgang 230, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 368, 371
Rupp, Julius 60
Rutherford, Ernest 127

S
Sacharow, Andrej 221
Sackville-West, Vita 115
Sarrazin, Thilo 290, 377
Sartre, Jean Paul 98, 101, 176
Sasse, Martin 194, 259
Schäfer, Gerhard 315
Schafheutle, Josef 259
Schifrin, Alexander 300
Schiller, Friedrich 332
Schirkow, Dmitri Wassiljewitsch 220
Schlatter, Adolf 65
Schleicher, Kurt von 28, 29, 278, 350, 351, 352
Schleifstein, Josef 97, 316
Schlesinger, Helmut 287
Schmid, Richard 218, 305
Schmidt, Alfred 319
Schmidt, Helmut 98, 149, 319, 320
Schmitt, Carl 188, 217
Schnell, Ulrich K. 329
Schneller, Ernst 213
Schnitzler, Arthur 186
Scholder, Klaus 261
Schöler, Uli 317
Schölzel, Arnold 227
Schönfeldt, Otto 169
Schönherr, Albrecht 77
Schröder, Gerhard, SPD 141, 145, 146, 147, 151, 152, 156, 349
Schroers, Rolf 337
Schrübbers, Hubert 252
Schultze, Leopold 61
Schumacher, Kurt 148, 306
Schumpeter, Joseph 124, 125
Schwan, Gesine 122
Schwebel, Horst 346
Schweitzer, Albert 344
Seeberg, Reinhold 46, 63, 65
Seehofer, Horst 371
Seghers, Anna 174, 176, 308
Severing, Carl 277, 280, 282
Siegmund-Schultze, Friedrich 67, 70
Simon, Ludwig 332, 344, 372
Six, Hans 251
Skardon, William 130
Smith, Eleanor 115
Snow, Charles Percy 129
Sölle, Dorothee 343
Speer, Albert 188
Speith, Helge 368
Spender, Stephen 116
Sperling, Urte 230, 231
Stalin, Josef 118, 170, 268, 358
Stappenbeck, Christian 341
Steigerwald, Robert 102, 227, 316, 319
Stein, Heinrich Friedrich Karl vom und zum 58
Steinbach, Erika 111, 376
Steinmeier, Frank-Walter 112, 314
Stenbock-Fermor, Nils 343
Stern-Astor, Heinz Alfred 174
Stieff, Hellmuth 190
Stoecker, Adolf 21, 48
Stöhr, Hermann 77
Stoiber, Edmund 153
Strauß, Franz Josef 137
Street, Jessie 176
Streicher, Julius 84, 194, 195, 258
Strelitz, Johannes 240
Stresemann, Gustav 22
Strobl, Ingrid 264, 365
Suschitzky, Edith 127
Suttner, Bertha von 63, 65, 66

T
Tartschoff-Newman, Todja 259
Teller, Edward 221

Thälmann, Ernst 216, 300
Thierack, Otto 251
Thorez, Maurice 308
Thukydides 232, 235
Thümmler, Johannes 251
Tillich, Paul 372
Timoschenko, Julia 313
Titius, Arthur 70, 71
Tjaden, Kai Hermann 316
Togliatti, Palmiro 115, 308
Traub, Gottfried 50, 73
Treitschke, Heinrich von 62, 67
Troeltsch, Ernst 18, 20, 62, 65
Trommershäuser, Rolf 324
Trotzki, Leo 268
Tudor-Hart, Alex 127
Tumanow, Wladimir A. 110

U
Ulbricht, Walter 213, 308, 317
Ullmann, Wolfgang 341
Umfrid, Otto 66, 67, 68, 69
Unertl, Franz Xaver 344

V
Vallejo, César 115
Veidt, Conrad 113
Vercors (Jean Bruller) 176
Vittorini, Elio 115
Vogel, Jochen 339
Voltaire 93

W
Wagner, Richard 61, 62
Walther, Wilhelm 64
Waugh, Alec 115
Waugh, Evelyn 115
Weber, Ellen 316
Weber, Ludwig 67
Weber, Max 16, 18, 126, 378
Weil, Simone 117
Weißbecker, Manfred 75, 182, 276, 344
Weitling, Wilhelm 334
Wells, Herbert George 115
Wels, Otto 87
Wendelborn, Gert 309, 332, 333, 342, 343, 371, 372
Werner, Friedrich 195
Westerwelle, Guido 125
Wilhelm II. 62, 64
Willmann, Heinz 174, 175
Wimmer, Ernst 97
Windisch, Hans 191
Wintermann, Rudolf 70
Wippermann, Wolfgang 262
Wolf, Lore 272
Wolf, Winfried 159
Wolff, Walther 43
Wollgast, Siegfried 224
Wulff, Christian 374
Wünsch, Georg 332, 333
Wurm, Theophil 196, 214, 238

Y
Yeats, William Butler 115

Z
Zimmer, Gabriele 155, 156
Zweig, Arnold 36, 174, 176
Zypries, Brigitte 112

Angetrieben von der Sorge, daß die Befürchtung, „wo Faschismus möglich war, da wird immer alles möglich sein“, sich bewahrheitet, wurden Antifaschismus und Opposition gegen menschenverachtende Kriege zu Balzers Lebensmaximen. Sie sind das Ergebnis seiner Wege, vom studentischen Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen (AgF) der 60er Jahre zum Betriebsratsvorsitzenden der 70er Jahre, vom Verbindungsstudenten zu Beginn der 60er Jahre zum Teilnehmer am Internationalen Vietnamkongreß im Februar 1968 in West-Berlin, vom studentischen Gegner der „Notstandsgesetze“ in der ersten Hälfte der 60er Jahre zum Bibliographen der Gesamtwerke von Wolfgang Abendroth, Helmut Ridder und Hans Heinz Holz, vom Wahlhelfer der Deutschen Friedensunion (DFU) 1961 zum Wahlhelfer der Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF) 1969, vom Pastorensohn zum Doktoranden über „Klassengegensätze in der Kirche“, vom Mitbegründer und Sprecher der Friedensinitiative Marburger Forum zum Mitinitiator und Kandidaten der „Friedensliste“ bei den Europawahlen 1983, vom Kriegskind im Westen zum Teilnehmer des vom Weltfriedensrat ausgerichteten Moskauer Kongresses aus Anlaß des 40. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus, vom Studiendirektor im Privatschuldienst zum Mitglied der „Marx-Engels-Stiftung“.

Der vorliegende Band enthält „Erträge“, die in Balzers wissenschaftlicher und politisch-publizistischer Werkstatt während der letzten 25 Jahre entstanden. Zugleich – und darin besteht sein besonderer Charakter – widerspiegelt er als Danksagung „Anstöße“, die Erfahrungen und Erkenntnisse bei Balzer auslösten, die im letzten halben Jahrhundert einen Lernprozeß von Dissoziation und Assoziation bewirkten. Kurz: Wer sich in „wechselnden Zeiten“ bewähren will, muß, alles prüfend und nur das Gute behaltend, „gegen den Strom“ schwimmen und sich dankbar derer erinnern, die ihn angestoßen und begleitet haben.

Das Buch würdigt viele kämpferische Antifaschisten, Friedensfreunde, Wissenschaftler der Generation seiner Lehrer. Es frischt bei Freunden und Mitstreitern seiner eigenen Generation manche verblassende Erinnerung auf und bietet Anlaß zu aktualisierten Diskussionen über Fragen, die längst als beantwortet gelten. Besonders jüngeren Menschen kann dieses Buch helfen, den durch die Expansion des fusionierenden und zugleich konkurrierenden Weltimperialismus völlig außer Kontrolle geratenen globalen Problemen zu trotzen und für eine friedlichere, antifaschistische Zukunft zu kämpfen. *Manfred Weißbecker*

www.friedrich-martin-balzer.de

ISBN 978-3-00-051009-0